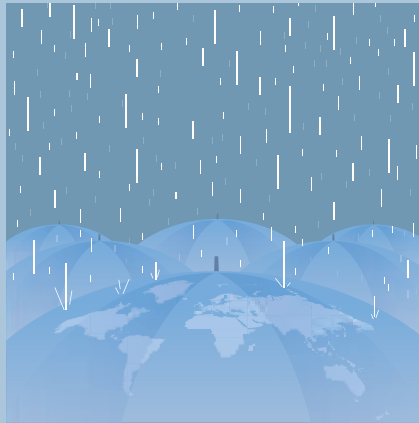


Bericht über die menschliche Entwicklung 2014



Den menschlichen Fortschritt dauerhaft sichern:
Anfälligkeit verringern, Widerstandskraft stärken





Der *Bericht über die menschliche Entwicklung 2014* ist der neueste in der Reihe der Berichte, die seit 1990 vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) herausgegeben werden. Sie bieten unabhängige und empirisch fundierte Analysen entwicklungspolitischer Themen, Trends und Handlungskonzepte.

Weitere Materialien im Zusammenhang mit dem *Bericht über die menschliche Entwicklung 2014* können folgender Internetseite entnommen werden: <http://hdr.undp.org>. Hier finden sich auch Volltexte und Zusammenfassungen des Berichts in mehr als 20 Sprachen, eine Sammlung von Forschungsarbeiten zur menschlichen Entwicklung, die für den Bericht von 2014 in Auftrag gegeben worden sind, interaktive Karten und Datenbanken zu nationalen Indikatoren der menschlichen Entwicklung, vollständige Erklärungen der Quellen und Methodologien, die für die Indizes der menschlichen Entwicklung des Berichts verwendet wurden, Länderprofile und andere Hintergrundmaterialien sowie auch ältere globale, regionale und nationale Berichte über die menschliche Entwicklung.

Die Berichte über die menschliche Entwicklung in deutscher Sprachfassung sowie weiteres deutschsprachiges Material finden Sie auf: <http://menschliche-entwicklung-staerken.dgvn.de/menschliche-entwicklung/berichte-menschliche-entwicklung/>

Bericht über die menschliche Entwicklung 2014

**Den menschlichen Fortschritt dauerhaft sichern:
Anfälligkeit verringern, Widerstandskraft stärken**



*Empowered lives.
Resilient nations.*

Veröffentlicht für das
Entwicklungsprogramm
der Vereinten Nationen
(UNDP)



Deutsche Gesellschaft
für die Vereinten Nationen
(Deutsche Ausgabe)
Berlin 2014

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR DIE VEREINTEN NATIONEN e. V.
Zimmerstraße 26/27
D-10969 Berlin
Telefon: (0 30) 25 93 75-0
Telefax: (0 30) 25 93 75-29
E-Mail: info@dgvn.de
Internet: www.dgvn.de
ISBN 978-3-923904-74-7

Originaltitel: Human Development Report 2014
Sustaining Human Progress:
Reducing Vulnerabilities and Building Resilience

Copyright © 2014 United Nations Development Programme (UNDP)
1 UN Plaza, New York, New York, 10017, USA

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ohne vorherige Genehmigung durch den Herausgeber dürfen keine Auszüge aus dieser Publikation angefertigt, reproduziert, archiviert oder übermittelt werden, auch nicht elektronisch, als Fotokopie, Aufnahme oder auf andere Weise.

Informationsdesign und Datenvisualisierung: Accurat s.r.l., Mailand, Italien

Der Druck und das verwendete Papier erfüllen die derzeit strengsten Umweltstandards. Die Umschlag- und Innenseiten sind gedruckt auf 100 Prozent recyceltem, chlorfreiem Altpapier, das mit dem Blauen Engel und FSC zertifiziert ist. Klimaneutraler Druck mit besonders umweltschonender Technologie. Zur Kompensation der ausgestoßenen Treibhausgase in Höhe von 2 Tonnen CO₂-Äquivalenten wurden zertifizierte Klimaschutzmaßnahmen im Rahmen eines Windenergieprojektes in Indien gefördert.

DEUTSCHE AUSGABE

Übersetzung: Klaus Birker, Ahrweiler
Angela Großmann, Bonn
Diethelm Hofstra, Lohmar
Christina Kamp, Bonn
Gabriele Lassen-Mock, Berlin
Bernd Neidlein, Istanbul

Redaktion: Michael Adrian, Steffen Stürznickel, Sabine Krieger-Mattila

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für die
Vereinten Nationen e.V. (DGVN), Berlin © 2014

Satz: EMS Eckert Medienservice, Rheinbach

Druck: Druckhaus Berlin-Mitte

Verlag: UNO-Verlag, Bonn

Vertrieb: BWV - Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH
Markgrafenstraße 12-14, D-10969 Berlin
Telefon: (0 30) 84 17 70 - 0
Telefax: (0 30) 84 17 70 -21
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de
Internet: www.bwv-verlag.de



ClimatePartner^o
klimaneutral
Druck | ID: 53160-1405-1002

Die diesjährige deutsche Ausgabe des Berichts über die menschliche Entwicklung war nur dank der finanziellen Förderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung möglich.

Team für den Bericht über die menschliche Entwicklung 2014

Direktor und leitender Autor

Khalid Malik

Stellvertretende Direktorin

Eva Jespersen

Recherche und Statistik

Maurice Kugler (Leitung Recherche), Milorad Kovacevic (Leitung Statistik), Subhra Bhattacharjee, Astra Bonini, Cecilia Calderon, Alan Fuchs, Amie Gaye, Sasa Lucic, Arthur Minsat, Shivani Nayyar, Pedro Martins, Tanni Mukhopadhyay und José Pineda

Kommunikation und Publikation

William Orme (Leitung), Botagoz Abreyeva, Eleonore Fournier-Tombs, Anna Ortubia, Admir Jahic, Brigitte Stark-Merklein, Samantha Wauchope und Grace Sales

Nationale Berichte über die menschliche Entwicklung

Jon Hall (Leitung), Christina Hackmann und Mary Ann Mwangi

Operative Abwicklung und Verwaltung

Sarantuya Mend (Leitung), Mamaye Gebretsadik und Fe Juarez-Shanahan

Vorwort

Der *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2014 – „Den menschlichen Fortschritt dauerhaft sichern: Anfälligkeit verringern, Widerstandskraft stärken“ – befasst sich mit zwei Konzepten, die eng miteinander verknüpft und für die Sicherung der Fortschritte menschlicher Entwicklung von größter Bedeutung sind.

Seit das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) 1990 seinen ersten globalen *Bericht über die menschliche Entwicklung (HDR)* veröffentlichte, konnten die meisten Länder ihre menschliche Entwicklung erheblich verbessern. Der diesjährige Bericht zeigt, dass die weltweiten Trends insgesamt positiv sind und weiterhin Fortschritte erzielt werden. Dennoch kosten naturbedingte oder von Menschen verursachte Katastrophen und Krisen Menschenleben und untergraben Existenzgrundlagen und Entwicklungsergebnisse.

Solche Rückschläge sind jedoch nicht unvermeidlich. Zwar sind alle Gesellschaften in irgendeiner Weise risikoanfällig, aber manche erleiden beim Eintreten widriger Ereignisse geringere Schäden und erholen sich schneller von deren Folgen. Dieser Bericht geht der Frage nach, warum das so ist. Zum ersten Mal untersucht ein globaler *Bericht über die menschliche Entwicklung* Vulnerabilität und Resilienz aus der Perspektive der menschlichen Entwicklung.

Ein großer Teil der wissenschaftlichen Forschung zum Thema Vulnerabilität befasst sich vor allem mit der Anfälligkeit für ganz bestimmte Risiken und ist häufig sektorspezifisch. Dieser Bericht wählt einen anderen, eher ganzheitlich ausgerichteten Ansatz. Er untersucht Faktoren, die zur Gefährdung der menschlichen Entwicklung beitragen, und er erörtert Möglichkeiten zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegenüber einer breiten Gruppe neu auftretender Risiken.

In unserer vernetzten Welt ist ein solcher Ansatz besonders wichtig. Zwar hat die Globalisierung weitreichende Vorteile gebracht, aber sie hat auch neue Probleme entstehen lassen, wie sich gelegentlich zeigt, wenn die Auswirkungen von Ereignissen in weiter Ferne Reaktionen auf lokaler Ebene hervorrufen. Um die Bürger auf

eine weniger risikoanfällige Zukunft vorzubereiten, muss die intrinsische Widerstandskraft der Gemeinwesen und Länder gestärkt werden. Dieser Bericht ebnet den Weg dafür.

In Übereinstimmung mit dem Paradigma der menschlichen Entwicklung geht dieser Bericht von einem Ansatz aus, der den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Er benennt „strukturell anfällige“ Gruppen, die aufgrund ihrer Geschichte oder ihrer ungleichen Behandlung durch die übrige Gesellschaft verwundbarer sind als andere. Anfälligkeiten haben sich häufig über lange Zeiträume hinweg entwickelt und verfestigt und können mit Faktoren wie Geschlecht, Zugehörigkeit zu ethnischen oder indigenen Gruppen oder dem geografischen Standort – um nur einige wenige zu nennen – zusammenhängen. Für viele der besonders anfälligen Personen und Gruppen gilt, dass ihre Fähigkeiten zur Bewältigung von Rückschlägen durch zahlreiche und sich überlappende Einschränkungen beeinträchtigt werden. So sehen sich Arme, die einer Minderheit angehören, oder Frauen, die eine Behinderung haben, mehrfachen Hindernissen gegenüber, die sich in negativer Weise gegenseitig verstärken.

Im Rahmen eines Ansatzes, der den gesamten Lebensverlauf in den Blick nimmt, untersucht der Bericht, wie sich Anfälligkeiten über verschiedene Lebensphasen hinweg verändern. Im Gegensatz zu eher statischen Modellen kommt diese Analyse zu dem Schluss, dass Kinder, Heranwachsende und ältere Menschen jeweils unterschiedlich gearteten Risiken ausgesetzt sind, die gezielte Antworten erfordern. Manche Lebensabschnitte werden als besonders wichtig erkannt: zum Beispiel die ersten 1000 Tage im Leben eines Kindes, der Übergang von der Schule ins Arbeitsleben und der vom Arbeitsleben in den Ruhestand. In diesen Zeiten erlittene Rückschläge können besonders schwer zu überwinden sein und lange nachwirken.

Aufgrund seiner Analyse der vorliegenden Belege gibt der Bericht wichtige Empfehlungen für die Verwirklichung einer Welt ab, in der Anfälligkeiten beseitigt und Widerstandskräfte gegen künftige Schocks gestärkt werden. Er

fordert den universellen Zugang zu einer sozialen Grundversorgung, vor allem hinsichtlich Gesundheit und Bildung, zu stärkerer sozialer Sicherung, einschließlich Arbeitslosenversicherung und Altersversorgung, und eine Verpflichtung auf Vollbeschäftigung, in der Erkenntnis, dass der Wert einer Erwerbstätigkeit weit über das dadurch generierte Einkommen hinausgeht. Er untersucht die wichtige Rolle bürgerlicher und fairer Institutionen und eines stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalts, wenn es darum geht, die Widerstandskraft auf lokaler Ebene zu stärken und die Gefahr des Ausbruchs von Konflikten zu verringern.

Der Bericht erkennt an, dass selbst noch so wirksame Maßnahmen zur Verringerung inhärenter Anfälligkeiten nicht verhindern können, dass Krisen auftreten, die verheerende Folgen haben können. Es kommt daher entscheidend darauf an, Kapazitäten für Katastrophenvorsorge und -bewältigung aufzubauen, die Gemeinschaften in die Lage versetzen, Schocksituationen besser standzuhalten und ihre Folgen zu bewältigen. Auf globaler Ebene geht der Bericht von der Erkenntnis aus, dass Risiken, die grenzüberschreitender Natur sind, ein kollektives Handeln erfordern. Daher verlangt er globale Verpflichtungen und eine bessere internationale Governance.

Diese Empfehlungen sind wichtig und kommen zum richtigen Zeitpunkt. Angesichts der fast abgeschlossenen Verhandlungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen über die Post-2015-Entwicklungsagenda und die Festlegung eines Katalogs nachhaltiger Entwicklungsziele leisten die in diesem Bericht gesammelten und analysierten Belege und die von ihm vertretene Perspektive der menschlichen Entwicklung einen besonders wertvollen Beitrag. So wird zum Beispiel die Beseitigung der Armut ein zentrales Ziel der neuen Agenda

sein. Der Bericht macht jedoch auch deutlich, dass die Entwicklungsfortschritte brüchig bleiben werden, wenn die Menschen aufgrund struktureller Faktoren und hartnäckiger Anfälligkeiten weiterhin Gefahr laufen, in Armut zurückzufallen. Bei der Beseitigung der Armut geht es nicht nur darum, sie „auf null zu bringen“ – es muss auch dafür gesorgt werden, dass das so bleibt.

UNDP hat sich zum Ziel gesetzt, die Länder bei ihren Bemühungen zu unterstützen, nicht nur Armut zu beseitigen, sondern gleichzeitig auch Ungleichheit und Ausgrenzung abzubauen und eine nachhaltige menschliche Entwicklung zu fördern. Die Verwirklichung dieser Ziele erfordert eine eingehende Würdigung der Konzepte von Vulnerabilität und Resilienz. Solange das Gefährdungspotenzial nicht wirksam eingedämmt wird und alle Menschen die Chance erhalten, am Fortschritt der menschlichen Entwicklung teilzuhaben, werden diese Entwicklungsfortschritte weder ausgewogen noch nachhaltig sein.

Dieser Bericht will Entscheidungsträgern und anderen Entwicklungsakteuren helfen, die in der Entwicklung erzielten Erfolge durch Maßnahmen zur Verringerung von Anfälligkeit und Stärkung von Widerstandskraft abzusichern. Ich empfehle ihn allen, denen daran gelegen ist, dass nachhaltige Entwicklungsfortschritte erzielt werden, vor allem zugunsten der schwächsten Menschen in unserer Welt.



Helen Clark
Administratorin
Entwicklungsprogramm
der Vereinten Nationen

Danksagungen

Der *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2014 ist ein Gemeinschaftswerk des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), des Büros für den Bericht über die menschliche Entwicklung (HDRO) und vieler geschätzter externer Berater und Mitwirkender. Dennoch sind die Ergebnisse, Analysen und politischen Empfehlungen dieses Berichts, wie auch früherer Berichte, allein diejenigen der Autoren und vertreten nicht den offiziellen Standpunkt des UNDP oder seines Exekutivrats. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat den Bericht über die menschliche Entwicklung offiziell als „Ergebnis eines unabhängigen gedanklichen Prozesses“ und als „Instrument zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit überall auf der Welt für Fragen der menschlichen Entwicklung“ anerkannt.¹

Wir freuen uns darüber, dass dieser Bericht Sonderbeiträge von Ellen Johnson Sirleaf, der Präsidentin Liberias, von Bill Gates, Stephen Hawking, James Heckman, Rajendra Pachauri, Juan Somavia, Joseph Stiglitz und M.S. Swaminathan enthält. Wir danken besonders den Autoren der Forschungsarbeiten, die für den Bericht 2014 in Auftrag gegeben wurden: Connie Bayudan; Des Gasper und Oscar Gomez; Andrew Fischer; Thomas Hale; Khalil Hamdani; Abby Hardgrove, Kirrilly Pells, Jo Boyden und Paul Dornan; Naila Kabeer; Inge Kaul; William Kinsey; Samir K.C., Wolfgang Lutz, Elke Loichinger, Raya Muttarak und Erich Striessnig; Rehman Sobhan; Adam Rose; Till von Wachter; Mary E. Young; und Ashgar Zaidi.

Während der Erstellung des Berichts erhielt das HDRO unschätzbar wertvolle Erkenntnisse von unserem hervorragenden Beratungsgremium, namentlich von Hanan Ashrawi, Edward Ayensu, Cristovam Ricardo Cavalcanti Buarque, Michael Elliott, Patrick Guillaumont, Ricardo Hausmann, Nanna Hvidt, Rima Khalaf, Nora Lustig, Sir James Alexander Mirrlees, Thandika Mkandawire, José Antonio Ocampo, Rajendra Pachauri, Samir Radwan, Rizal Ramli, Gustav Ranis, Frances Stewart, Akihiko Tanaka und Ruan Zongze.

Wir danken außerdem dem Statistikerremium des HDRO, das uns fachkundigen Rat zu Methodologien und zur Datenauswahl für die Berechnung der Indizes der menschlichen Entwicklung für diesen Bericht zur Verfügung stellte: Jose Ramon Albert, Sir Anthony Atkinson, Birol Aydemir, Rachid Benmokhtar Benabdellah, Wasmalia Bivar, Grant Cameron, Nailin Feng, Enrico Giovannini, D.C.A. Gunawardena, Peter Harper, Yemi Kale, Hendrik van der Pol und Eduardo Sojo Garza-Aldape.

Die zusammengesetzten Indizes des Berichts und andere statistische Quellen stützen sich auf die Fachkenntnisse der führenden internationalen Datenanbieter in ihren Spezialgebieten. Wir danken ihnen für ihre kontinuierliche kollegiale Zusammenarbeit mit dem HDRO. James Foster, Stephan Klasen and Conchita D'Ambrosio beteiligten sich mit kritischen Überprüfungen der zusammengesetzten Indizes des Berichts. Für die Gewährleistung von Exaktheit und Klarheit profitierte die statistische Analyse des Berichts außerdem von einer externen Überprüfung der statistischen Ergebnisse durch Sabina Alkire, Adriana Conconi, Maria Emma Santos, Kenneth Harttgen, Hiroaki Matsuura, Claudio Montenegro, Atika Pasha und Jackie Yiptong.

Die Beratungstreffen, die weltweit während der Erstellung des Berichts abgehalten wurden, waren auf die Unterstützung vieler Institutionen und Einzelpersonen angewiesen, die hier nicht alle aufgeführt werden können. Die Veranstaltungen fanden zwischen April 2012 und Februar 2014 in Addis Abeba, Almaty, Brüssel, Genf, Islamabad, Managua, New York und Tokio statt.² Für die Unterstützung durch Partnerorganisationen, einschließlich der UNDP-Landes- und Regionalbüros, aufgelistet unter <http://hdr.undp.org/en/2104-report/consultations>, sind wir sehr dankbar. Gleichzeitig ermöglichte uns die jährliche HDRO-Konferenz über die Messung des menschlichen Fortschritts die Weiterführung eines systematischen Dialogs mit wichtigen Partnern aus Regierungen, der Wissenschaft und der

Zivilgesellschaft über unsere Indizes und ihre Verbesserung.

Viele unserer UNDP-Kollegen weltweit – wie die HDRO-Lesergruppe und die Exekutivgruppe – lieferten Erkenntnisse von unschätzbarem Wert für die Erstellung des Berichts und die Fertigstellung der endgültigen Version. Ganz besonders möchten wir uns hierfür bei Adel Abdellatif, Pedro Conceição, Samuel Doe, George Ronald Gray Molina, Heraldito Muñoz, Selim Jehan, Natalia Linou, Abdoulaye Mar Dieye, Magdy Martinez-Soliman, Stan Nkwain, Thangaval Palanivel, Jordan Ryan, Turhan Saleh, Ben Slay, Mounir Tabet, Antonio Vigilante und Mourad Wahba bedanken.

Kollegen bei Helpage, beim Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und bei der Internationalen Arbeitsorganisation lieferten ebenfalls wertvolle Erkenntnisse und Kommentare. Auch Laurent Thomas und Neil Marsland von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen stellten großzügig ihr Fachwissen zur Verfügung.

Besonderer Dank gilt den Regierungen Frankreichs (AFD) und Deutschlands (BMZ) für ihre finanziellen Beiträge sowie der Regierung Japans (JICA) für ihre Unterstützung der Regionalkonsultation Ostasien.

Auch unserem Team für Faktenprüfung und Beratung, darunter Akmal Abdurazakov, Melissa Mahoney, Agnes Zabsonre und Simona Zampino, sind wir zu großem Dank verpflichtet.

Unsere Praktikanten Caterina Alacevich, Ruijie Cheng, Bouba Housseini, Yoo Rim Lee,

Élisée Miningou, Ji Yun Sul, Petros Tesfazion und Lin Yang verdienen ebenfalls Anerkennung für ihre Einsatzbereitschaft und ihre Beiträge. Der Bericht wurde durch viele „Freunde des HDRO“ bereichert, die keine Mühe scheuten, dabei zu helfen, ihn zu vervollkommen. Die kritische Durchsicht des Berichtsentwurfs durch James Heintz, Shiva Kumar, Peter Stalker und Frances Stewart und ihre Textbeiträge waren uns eine große Hilfe. Wir sind Amartya Sen und Joseph Stiglitz für ihre Prüfung des Berichts und ihre Rückmeldungen sehr dankbar.

Unsere besondere Anerkennung gilt der hochprofessionellen Arbeit unserer Herausgeber von Communications Development Incorporated unter Leitung von Bruce Ross-Larson und unter Mitarbeit von Joe Caponio, Christopher Trott und Elaine Wilson, sowie der Designer Federica Fragapane, Michele Graffieti und Gabriele Rossi von Accurat Design.

Doch vor allem bin ich wie immer der Administratorin des UNDP, Helen Clark, für ihre Führung und Weitsicht dankbar, ebenso wie dem gesamten HDRO-Team für sein Engagement und seinen Einsatz bei der Schaffung eines Berichts, der das Ziel verfolgt, die menschliche Entwicklung weiter voranzubringen.



Khalid Malik

Director

Human Development Report Office

Hinweise

1 UN-Resolution 57/264, 30. Januar 2003.

2 Die Teilnehmer werden unter <http://hdr.undp.org/en/2104-report/consultations> aufgeführt und gewürdigt.

Inhalt

Vorwort	iv
Danksagungen	vi
Überblick	1
KAPITEL 1	
Vulnerabilität und menschliche Entwicklung	19
Eine Perspektive der menschlichen Entwicklung	21
Anfällige Menschen in einer anfälligen Welt	24
Wahlmöglichkeiten und Befähigungen	29
Politische Maßnahmen und kollektives Handeln	31
KAPITEL 2	
Stand der menschlichen Entwicklung	41
Fortschritt der Menschen	41
Globale Bedrohungen für die menschliche Entwicklung	56
KAPITEL 3	
Verwundbare Menschen, verwundbare Welt	67
Verwirklichungschancen und Verwundbarkeiten im Laufe des Lebens – voneinander abhängig und kumulativ	69
Strukturelle Anfälligkeiten	86
Kollektive Gewalt und Leben in Unsicherheit	94
KAPITEL 4	
Widerstandskraft stärken: erweiterte Freiheiten, gesicherte Wahlmöglichkeiten	99
Universelle soziale Grundversorgung	102
Verwundbarkeiten im Laufe des Lebens berücksichtigen – auf den richtigen Zeitpunkt kommt es an	109
Vollbeschäftigung fördern	110
Soziale Sicherung stärken	117
Gesellschaftliche Inklusion fördern	123
Aufbau von Kapazitäten für Krisenprävention und Wiederaufbau	129
KAPITEL 5	
Steigerung des Fortschritts: Globale Güter und kollektives Handeln	135
Transnationale Anfälligkeiten und allgemeine Zusammenhänge	136
In einer globalisierten Welt den Menschen in den Mittelpunkt stellen	144
Kollektives Handeln für eine sicherere Welt	158
Endnoten	163
Bibliografie	171
STATISTISCHER ANHANG	
Anleitung für den Leser	187

HDI 2013: Schlüssel zu den Ländern und Rangstufen	193
Statistische Tabellen	
1. Index der menschlichen Entwicklung mit Einzelkomponenten	194
2. Trends des Indexes der menschlichen Entwicklung, 1980-2013	198
3. Ungleichheit einbeziehender Index der menschlichen Entwicklung	202
4. Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit	206
5. Index der geschlechtsspezifischen Entwicklung	210
6. Index der mehrdimensionalen Armut	214
6A. Index der mehrdimensionalen Armut – Veränderungen im Zeitverlauf (ausgewählte Länder)	216
7. Gesundheit: Kinder und Jugendliche	218
8. Gesundheit von Erwachsenen und Gesundheitsausgaben	222
9. Bildung	226
10. Verfügung über und Aufteilung von Ressourcen	230
11. Soziale Kompetenzen	234
12. Persönliche Unsicherheit	238
13. Internationale Integration	242
14. Umwelt	246
15. Bevölkerungstrends	250
16. Ergänzende Indikatoren: Wahrnehmung von Wohlbefinden	254
Regionen	258
Statistische Referenzen	259
SONDERBEITRÄGE	
Den menschlichen Fortschritt messen – Bill Gates	57
Die „Null-Hunger“-Initiative – Professor M.S. Swaminathan	60
Wie mit dem Klimawandel umgehen? – Rajendra Pachauri	64
Menschliche Entwicklung und frühkindliche Entwicklung – James Heckman	70
Die Würde der Arbeit wertschätzen – Dr. Juan Somavia	81
Behinderung und Vulnerabilität – Stephen Hawking	93
Unseren Horizont im Hinblick auf Vulnerabilität erweitern – Joseph Stiglitz	100
KÄSTEN	
1.1 Auf dem Weg zu mehr menschlicher Widerstandsfähigkeit: Konzepte und Definitionen	20
1.2 Schocks und Bedrohungen für die menschliche Entwicklung	27
1.3 Die Messung von Vulnerabilität	37
2.1 Ein Blick auf das verfügbare Einkommen	51
2.2 Makroökonomie und Sparpolitik	54
3.1 Bedeutende Unterschiede: 30 Millionen Wörter mehr	72
3.2 Somalia: Konflikte und die Ausgrenzung von Jugendlichen	78
3.3 Gewalt gegen Frauen	91
3.4 Widerstandsfähigkeit gegen Katastrophen – die Erfahrungen aus Japan	95
4.1 Makroökonomische Politik für Vollbeschäftigung	114
4.2 Politische Erfolge in Ostasien	116
4.3 Durch bürgernahe Institutionen die Vulnerabilität verringern	124
5.1 Globale Wertschöpfungsketten – pro und kontra	138
5.2 Internationale Migration	139
5.3 Systemische Barrieren für kollektives Handeln	141
5.4 Stillstand in der globalen Sicherheits-Governance	143
5.5 Kann die Doktrin der „Schutzverantwortung“ ausgeweitet werden?	147

5.6	Wer ist anfällig für den Klimawandel?	155
5.7	Vier bedeutende globale Agenden	157

GRAFIKEN

1.1	Wer ist anfällig, wofür und warum?	25
1.2	Maßnahmen zum Abbau von Vulnerabilität und zur Stärkung der Resilienz	33
2.1	Alle Regionen verzeichnen Verbesserungen beim Index der menschlichen Entwicklung, jedoch zeigen sich Anzeichen für eine Verlangsamung	43
2.2	Alle vier Gruppen der menschlichen Entwicklung verzeichneten eine Verlangsamung beim Index der menschlichen Entwicklung	44
2.3	Aufstieg in Gruppen mit höherer menschlicher Entwicklung seit 1990	45
2.4	Der durchschnittliche Abzug vom Index der menschlichen Entwicklung aufgrund von Ungleichheit ist in den meisten Regionen zurückgegangen	47
2.5	Die wirtschaftliche Situation und die Leistung eines Landes können wesentlich weniger beeindruckend wirken, wenn sie um die Einkommensverteilung bereinigt werden	48
2.6	In Ländern mit hoher oder zunehmender Ungleichheit war das Konsumwachstum bei den ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung niedriger als bei der Gesamtbevölkerung	50
2.7	In vielen Ländern gingen sowohl die mehrdimensionale Armut als auch die Einkommensarmut zwischen 2005 und 2012 zurück, doch das Ausmaß der Fortschritte variiert stark	52
2.8	Der globale ökologische Fußabdruck des Konsums ist derzeit größer als die Gesamtkapazität der Welt	56
2.9	Seit der Liberalisierung von Kapitalflüssen und der stärkeren finanziellen Integration in den 1980er Jahren kam es zu einem starken Anstieg des Auftretens von Bankenrisiken	58
2.10	Nahrungsmittelpreise waren seit 2007 beträchtlichen und unerwarteten Schwankungen unterworfen	59
2.11	Zwischen 1901 und 1910 gab es 82 registrierte Naturkatastrophen, zwischen 2003 und 2012 mehr als 4.000	61
2.12	Bewaffnete Binnenkonflikte und nichtstaatliche Konflikte machen die große Mehrzahl der Konflikte weltweit aus	62
3.1	Wird früher in lebenslange Verwirklichungschancen investiert, sind die Zukunftsaussichten besser	68
3.2	Die Regionen mit dem höchsten Anteil an Kindern unter fünf Jahren an der Gesamtbevölkerung sind Afrika südlich der Sahara, die arabischen Staaten und Südasien	71
3.3	Kognitive, soziale, emotionale und sprachliche Kompetenzen sind voneinander abhängig, denn sie alle werden durch frühe Erfahrungen ausgebildet und tragen zum Erwerb lebenslanger Verwirklichungschancen bei	73
3.4	Arme Kinder sind im Hinblick auf ihren Wortschatz schon im Alter von sechs Jahren im Nachteil, wie das Beispiel aus Ecuador zeigt	74
3.5	Schnell greifende bildungspolitische Handlungskonzepte und ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum würden zwischen 2010 und 2050 die Lücke zwischen dem Angebot von und der Nachfrage nach jungen Arbeitskräften in Südasien schließen und in Afrika südlich der Sahara verringern	77
3.6	In Lateinamerika und der Karibik sind die Mordraten bei Männern im Alter zwischen 15 und 29 am höchsten und sinken tendenziell mit zunehmendem Alter, während die sehr viel niedrigeren Mordraten bei Frauen weitgehend unverändert bleiben	80
3.7	In den meisten Ländern, für die Daten vorliegen, haben Arbeitsverhältnisse, die nicht dem Standard entsprechen, zwischen 2007 und 2010 zugenommen, während insgesamt die Beschäftigung zurückgegangen ist	83

3.8	Bis 2050 wird sich der Anteil der über 60-Jährigen an der Weltbevölkerung auf 15,5 Prozent verdoppeln. Die größten Zunahmen finden in Ostasien und Pazifik statt	84
3.9	In den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist die Armutsquote bei älteren Menschen tendenziell höher als in der Gesamtbevölkerung und bei älteren Frauen ist sie höher als bei älteren Männern	86
3.10	Etwa 1,2 Milliarden Menschen leben von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag und 1,5 Milliarden Menschen leben in mehrdimensionaler Armut	88
3.11	Mehrere Länder haben Gesetze, die Frauen in der Familie, im Hinblick auf wirtschaftliche Tätigkeiten, in Bezug auf Gewalt und in anderen Angelegenheiten diskriminieren	90
3.12	Im Jahr 2011 waren die Armutsquoten von Roma-Haushalten sehr viel höher als von Nicht-Roma-Haushalten	92
4.1	Etliche Länder ergriffen bereits Maßnahmen zur Sozialversicherung, als ihr BIP pro Kopf niedriger war, als das der meisten Länder in Südasien heutzutage	105
4.2	Entwicklung der flächendeckenden Gesundheitsversorgung in Prozent der Gesamtbevölkerung in ausgewählten Ländern	106
4.3	Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Wohlfahrt, die im Laufe des Lebens steigen, fördern und unterstützen nicht die Entwicklung von Kompetenzen während der entscheidenden ersten Lebensjahre	110
4.4	Investitionen in die frühe Kindheit – das schwedische Beispiel	111
4.5	Niveau und Qualität der wechselseitigen Beziehungen zu Eltern und Betreuungspersonen stehen in engem Zusammenhang mit dem späteren Verhalten eines Kindes, seinen kognitiven Fähigkeiten und der emotionalen Entwicklung	112
4.6	Nach der Weltwirtschaftskrise 2008 war die Arbeitslosenquote in den nordischen Ländern niedriger als anderswo in Europa	118
4.7	Gesellschaften mit starkem sozialem Zusammenhalt schneiden tendenziell besser ab als Gesellschaften mit geringerem Zusammenhalt	122
5.1	Missverhältnis zwischen globalen Herausforderungen und Global Governance-Mechanismen	148
5.2	Der Anstieg des privaten Netto-Kapitalflusses in Entwicklungsländer (1980-2012) verstärkte die Vulnerabilität vieler Volkswirtschaften und Menschen	150
5.3	In den letzten Jahren wurden Länder aller Weltregionen abhängiger von Importen und Exporten	153

KARTEN

3.1	Es wird damit gerechnet, dass der Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung in den meisten Regionen zwischen 2010 und 2050 sinken wird	76
-----	--	----

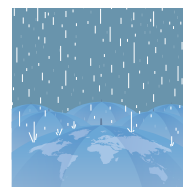
TABELLEN

2.1	Index der menschlichen Entwicklung und seine Komponenten, 2010 und 2013	42
2.2	Höchste positive Unterschiede zwischen dem Rang beim Bruttonationaleinkommen pro Kopf und dem Rang beim Index der menschlichen Entwicklung, nach Gruppe der menschlichen Entwicklung, 2013	46
2.3	Länder mit zunehmender oder sich verringernder Einkommensungleichheit nach Region, 1990 – 2012	47
2.4	Unsichere Beschäftigung und Erwerbsarmut, 2010 und 2012	53
3.1	Einkommensarmut und mehrdimensionale Armut, nach Regionen	88

**„Menschlicher Fortschritt
ist weder automatisch
noch unvermeidlich ...“**

Martin Luther King, Jr.

Überblick



„Es war die beste Zeit und die schlimmste Zeit ...“ – so beginnt Charles Dickens' Klassiker *Eine Geschichte aus zwei Städten*, in der er den vielen kontrastierenden Realitäten von Paris und London im 18. Jahrhundert nachspürt. Zwar ist unsere Welt von heute ein völlig anderer Ort, aber sie weist ähnlich starke Kontraste auf – einige sofort ins Auge fallend, andere wohl sehr viel komplexer.

Wie die Reihe der *Berichte über die menschliche Entwicklung* gezeigt hat, konnten die meisten Menschen in den meisten Ländern ihre menschliche Entwicklung erheblich verbessern. Durch Fortschritte der Technologie, der Bildung und des Einkommens wachsen die Aussichten auf ein immer längeres, gesünderes und sichereres Leben.¹ Insgesamt gesehen hat die Globalisierung die menschliche Entwicklung erheblich vorangebracht, vor allem in zahlreichen Ländern des Südens. Allerdings ist in der Welt von heute auch ein Gefühl der Unsicherheit weitverbreitet, das nicht nur die eigenen Lebensgrundlagen und die persönliche Sicherheit, sondern auch die Umwelt und die globale Politik betrifft.² Große Erfolge, die bei wichtigen Aspekten der menschlichen Entwicklung wie etwa Gesundheit und Ernährung erzielt wurden, können durch eine Naturkatastrophe oder einen Konjunkturereinbruch schnell untergraben werden. Diebstahl und gewaltsame Übergriffe können zu physischer und psychischer Beeinträchtigung führen. Korruption und staatliche Institutionen, die nicht auf die Anliegen der Bürger eingehen, lassen bei Hilfsbedürftigen ein Gefühl der Ohnmacht entstehen. Politische Bedrohungen, Spannungen innerhalb der Gemeinschaft, gewaltsame Konflikte, Vernachlässigung der öffentlichen Gesundheit, Umweltschäden, Kriminalität und Diskriminierung sind kumulative Ursachen für die Verwundbarkeit des Einzelnen und der Gemeinschaft.

Echter Fortschritt in der menschlichen Entwicklung bedeutet also nicht nur die Erweiterung des Entscheidungsspektrums der Menschen und ihrer Fähigkeit, Bildung zu erhalten, gesund zu sein, über einen angemessenen Lebensstandard zu verfügen und sich sicher zu fühlen. Es geht vielmehr auch darum, wie gesichert die erreichten Ergebnisse sind und ob die

Voraussetzungen für eine dauerhafte menschliche Entwicklung ausreichend sind. Ohne die Untersuchung und Bewertung des Aspekts der Vulnerabilität ist eine Bilanz der Fortschritte der menschlichen Entwicklung unvollständig.

Üblicherweise dient das Konzept der Vulnerabilität dazu, Risikofaktoren und Möglichkeiten zu ihrer Bewältigung zu beschreiben, einschließlich der Absicherung gegen Extremereignisse und der Diversifizierung von Vermögenswerten und Einkommen.³ Dieser Bericht folgt einem breiteren Ansatz, indem er die engen Verbindungen zwischen der Reduzierung der Anfälligkeit und der Förderung der menschlichen Entwicklung betont. Wir führen das Konzept der *menschlichen Vulnerabilität* ein, um die Gefahren deutlich zu machen, die den Verwirklichungschancen und Wahlmöglichkeiten der Menschen drohen. Wir betrachten Vulnerabilität unter dem Blickwinkel der menschlichen Entwicklung und lenken so die Aufmerksamkeit auf das Risiko einer künftigen Verschlechterung der Umstände und der erreichten Ergebnisse auf individueller, lokaler und nationaler Ebene. Ferner schlagen wir politische Handlungskonzepte und andere Maßnahmen vor, die es ermöglichen sollen, sich gegen Bedrohungen zu wappnen und die künftigen Fortschritte der menschlichen Entwicklung auf ein robusteres Fundament zu stellen.

Insbesondere betonen wir die systemischen und nie versiegenden Quellen der Anfälligkeit. Wir fragen, warum manche Menschen Widrigkeiten besser bewältigen als andere. So sind beispielsweise Frauen fast überall stärker durch persönliche Unsicherheit gefährdet als Männer. Wir fragen auch, welche strukturellen Ursachen dazu führen, dass manche Menschen verwundbarer sind als andere. Menschen sind in bestimmten Phasen ihres Lebens Unsicherheit und Verwundbarkeit in unterschiedlichem

Ausmaß und von unterschiedlicher Art ausgesetzt. Kinder, Heranwachsende und ältere Menschen sind naturgemäß stärker gefährdet, sodass wir die Frage stellen, durch welche Art von Investitionen und Maßnahmen diese Verwundbarkeit während der besonders sensiblen Übergangsperioden in ihrem Lebenszyklus verringert werden kann.

Dieser Bericht vertritt die Überzeugung, dass die Verwirklichungschancen des Einzelnen und der Gesellschaft nachhaltig gestärkt werden müssen, damit diese hartnäckigen Anfälligkeiten – viele davon struktureller Natur und häufig an die Lebensphasen gekoppelt – abgebaut werden können. Wer Fortschritte erreichen will, muss eine widerstandsfähige menschliche Entwicklung fördern. Über die Bedeutung von Widerstandskraft gibt es viele Debatten, aber unsere Betonung liegt auf der *menschlichen Resilienz*: Es muss dafür gesorgt werden, dass die Menschen Entscheidungen treffen, die heute und in der Zukunft belastbar sind, und dass sie über die Fähigkeit verfügen, widrige Ereignisse zu bewältigen und sich auf sie einzustellen (Kapitel 1).

Institutionen, Strukturen und Normen können die menschliche Widerstandskraft entweder stärken oder schwächen. Staatliches Handeln und die Unterstützung durch lokale Netzwerke können die Menschen dazu befähigen, Bedrohungen zu überwinden, wann und wo sie auch auftauchen, während horizontale Ungleichheit die Fähigkeit bestimmter Gruppen schwächen kann, diese zu bewältigen.

Dieser Bericht untersucht, welche politischen Handlungskonzepte und institutionellen Reformen dazu geeignet sind, die Widerstandskraft fest in der Gesellschaftsstruktur zu verankern, insbesondere in Bezug auf ausgegrenzte Gruppen und in sensiblen Phasen des Lebens. Neben der Untersuchung universeller Maßnahmen zur Überwindung von Diskriminierung hebt er die Notwendigkeit hervor, durch kollektives Handeln die Vulnerabilität zu überwinden, die auf bürgerferne nationale Institutionen und Defizite der Global Governance zurückzuführen ist.

Warum heute eine Diskussion über Vulnerabilität?

Menschliche Vulnerabilität ist nicht neu, aber sie wird heute immer stärker durch finanzielle Instabilität und wachsende Umweltbelastungen wie den Klimawandel verursacht, die zunehmend die Fortschritte der menschlichen Entwicklung zu untergraben drohen. Tatsächlich ist in den meisten Regionen der Welt seit 2008 ein langsames Wachstum aller drei Komponenten des Index der menschlichen Entwicklung festzustellen (Kapitel 2). Es ist von größter Wichtigkeit, dass umgehend gehandelt wird, um durch Verringerung der Risikoanfälligkeit die erreichten Ergebnisse zu festigen und zu verhindern, dass die Kontinuität des Fortschritts unterbrochen wird.

Die Welt verändert sich schnell. Das Ausmaß der Vernetzung und die damit zusammenhängenden Unsicherheiten beschleunigen sich zunehmend, ebenso wie die Bedrohungen durch Naturkatastrophen und sich ausbreitende gewaltsame Konflikte. Angesichts einer sich vertiefenden Globalisierung ist der politische Handlungsspielraum auf nationaler Ebene beim Aufbau von Kapazitäten zur Problembewältigung zunehmend eingeschränkt. In einer zunehmend vernetzten Welt ist das, was einst lokal war, jetzt häufig auch global, bewirkt durch internationalen Handel, Reisen und Telekommunikation. Ein Beispiel sind weltweit integrierte Lieferketten, die große Effizienzsteigerungen ermöglicht haben. Kommt es jedoch an einem Punkt der Kette zu Störungen, können anderswo gravierende lokale Probleme entstehen. Auf nationaler und globaler Ebene gibt es eine Unterversorgung mit öffentlichen Gütern, die für den Aufbau langfristiger Bewältigungskompetenz und widerstandsfähiger Gesellschaften benötigt werden. Überall auf der Welt fühlen sich Menschen unsicher.

Die Vorbereitung der Post-2015-Entwicklungsagenda und die Ausarbeitung eines Katalogs nachhaltiger Entwicklungsziele bieten der internationalen Gemeinschaft Gelegenheit zu Denkprozessen, Veränderungen und neuen Formen weltweiter Zusammenarbeit. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, unterstrich in seiner Rede im Juli 2013 vor der

Angesichts einer sich vertiefenden Globalisierung ist der politische Handlungsspielraum auf nationaler Ebene beim Aufbau von Kapazitäten zur Problembewältigung zunehmend eingeschränkt.

Generalversammlung, dass die Welt „den Bedürfnissen und Rechten der schutzbedürftigsten und am stärksten ausgegrenzten Menschen ... besondere Aufmerksamkeit widmen muss“.⁴ Er forderte eine neue Vision, die die gesamte Bandbreite der menschlichen Bestrebungen und Bedürfnisse zusammenführen und „ein Leben in Würde für alle“ sichern kann. Der vorliegende Bericht zum Thema Vulnerabilität leistet einen Beitrag zur globalen Debatte und bietet Empfehlungen dafür, wie neue Ziele erreicht und stärker belastbare Gesellschaften aufgebaut werden können.

Ein zentrales Ziel der Post-2015-Entwicklungsagenda muss sein, nicht nur die Armut an sich, sondern auch die Anfälligkeit der Menschen für das Abgleiten in Armut zu verringern. Beseitigung der extremen Armut bedeutet nicht nur, sie abzuschaffen; es muss auch sichergestellt werden, dass dies so bleibt. Voraussetzung dafür ist, dass menschliche Vulnerabilität und menschliche Entwicklung wieder im Mittelpunkt stehen. Es muss erreicht werden, dass Menschen, die von extremer Deprivation befreit wurden, dauerhafte öffentliche Unterstützung erhalten, die ihre soziale und wirtschaftliche Widerstandskraft stärkt und die systemischen Quellen ihrer Anfälligkeit erheblich reduziert.

Es gibt auch positive Nachrichten. In Kapitel 2 des Berichts wird anerkannt, dass in den meisten Regionen die durch Ungleichheit verursachte Beeinträchtigung der menschlichen Entwicklung in den letzten Jahren im Durchschnitt rückläufig war, hauptsächlich durch weitreichende Verbesserungen bei der Gesundheit. Jedoch verschärfte sich das Einkommensgefälle in mehreren Regionen, während die Ungleichheit bei der Bildung weitgehend unverändert blieb. Der Rückgang der Ungleichheit ist lobenswert, aber die Fortschritte bei der Gesundheit sind kein hinreichender Ausgleich für die wachsenden Einkommensdisparitäten. Um die Anfälligkeit, vor allem der marginalisierten Gruppen, zu bekämpfen und die jüngsten Erfolge dauerhaft zu festigen, ist der Abbau der Ungleichheit in allen Dimensionen der menschlichen Entwicklung unverzichtbar.

Wenn nicht weitere schutzbedürftige Gruppen und Personen spezifische Aufmerksamkeit

seitens der Politik erhalten und in allen Dimensionen der menschlichen Entwicklung gezielte Mittel für sie bereitgestellt werden, besteht die Gefahr, dass sie in den meisten Ländern und Gemeinwesen trotz kontinuierlicher menschlicher Fortschritte zurückgelassen werden. Ohne nationale und globale politische Strategien und Institutionen zur Verringerung der hartnäckigen und systemischen Vulnerabilität wird die Post-2015-Entwicklungsagenda nicht ausreichend dafür gerüstet sein, die riesigen und komplexen künftigen Herausforderungen zu bewältigen.

Wer ist anfällig – und warum?

Die meisten Menschen, ganz gleich wo, sind bis zu einem gewissen Grad anfällig für Schocks – seien es Naturkatastrophen, Finanzkrisen oder bewaffnete Konflikte. Aber auch langfristige soziale, wirtschaftliche und ökologische Veränderungen können sie verwundbar machen. Sogar in hochindustrialisierten Ländern höhlen wirtschaftliche Schwächen den Gesellschaftsvertrag aus, und gegen die langfristigen Auswirkungen des Klimawandels wird kein Land der Welt immun sein.

Dennoch sind manche Menschen viel anfälliger als andere, und in vielen Fällen wird diese Gefährdung durch diskriminierende gesellschaftliche Normen und institutionelle Defizite verschärft, sodass für bestimmte Gruppen die Unterstützung durch Familie, Gemeinschaft und Staat ausbleibt, auf die sie zur Stärkung ihrer Bewältigungskapazitäten angewiesen sind. Diese Gruppen sowie die Institutionen und Normen, die ihre Befähigungen schwächen und ihre Wahlmöglichkeiten einschränken, stehen im Mittelpunkt dieses Berichts.

Am anfälligsten sind Menschen, die unter extremer Armut und Entbehrung leiden. Trotz jüngster Fortschritte bei der Armutsbekämpfung leben über 2,2 Milliarden Menschen annähernd oder vollständig in mehrdimensionaler Armut. Dies bedeutet, dass für mehr als 15 Prozent der Weltbevölkerung nach wie vor das Risiko mehrdimensionaler Armut besteht. Gleichzeitig fehlt es fast 80 Prozent der Weltbevölkerung an umfassendem sozialem Schutz.⁵ Rund zwölf Prozent (842 Millionen)

Die meisten Menschen, ganz gleich wo, sind bis zu einem gewissen Grad anfällig für Schocks – seien es Naturkatastrophen, Finanzkrisen oder bewaffnete Konflikte.

leiden unter chronischem Hunger⁶, und fast die Hälfte aller Erwerbstätigen – mehr als 1,5 Milliarden – arbeitet in der informellen Wirtschaft oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen.⁷

In vielen Fällen befinden sich die Armen – ebenso wie beispielsweise Frauen, Immigranten, indigene Gruppen und ältere Menschen – in einer strukturell bedingten Anfälligkeit. Ihre unsichere Lage hat sich über längere Zeit entwickelt und verfestigt und damit zu Spaltungen geführt, die mit Geschlecht, Rasse, Art der Erwerbstätigkeit und gesellschaftlichem Status zusammenhängen und nicht leicht zu beseitigen sind. Menschen, die strukturell anfällig sind, verfügen vielleicht über die gleichen Fähigkeiten wie andere, sind aber dennoch mit zusätzlichen Hindernissen konfrontiert, wenn sie widrige Bedingungen zu überwinden versuchen. Ein Beispiel sind Menschen mit Behinderungen, die häufig keinen leichten Zugang zum öffentlichen Nahverkehr, zu den Büros staatlicher Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern haben. Daher ist es für sie erheblich schwieriger, am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben teilzuhaben oder Hilfe zu erhalten, wenn ihr körperliches Wohlbefinden bedroht ist.

Viele erleben, dass ihre Bewältigungskompetenz in mehrfacher Weise strukturell eingeschränkt ist. Dies gilt beispielsweise für Arme, für Angehörige von Minderheiten oder für Frauen mit Behinderungen. Drei Viertel der Armen der Welt leben im ländlichen Raum, wo Armut unter den Arbeitskräften in der Landwirtschaft am weitesten verbreitet ist. Sie sind in kaum zu durchbrechenden Kreisläufen mit geringer Produktivität, saisonaler Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen gefangen und besonders durch sich ändernde Wettermuster bedroht. Benachteiligte ethnische und religiöse Minderheiten sind anfällig für diskriminierende Praktiken, haben nur beschränkten Zugang zum formellen Justizsystem und leiden unter der Hinterlassenschaft von Unterdrückung und Vorurteilen in der Vergangenheit. Indigene Völker machen rund fünf Prozent der Weltbevölkerung aus, stellen jedoch rund 15 Prozent der Armen der Welt. Mehr als ein Drittel von ihnen lebt in extremer ländlicher Armut.⁸ Weltweit leben mehr als 46 Prozent der über

60-Jährigen mit einer Behinderung, die ihre volle Teilhabe an der Gesellschaft erheblich einschränkt, ein Problem, das durch diskriminierende gesellschaftliche Einstellungen weiter verschärft wird.⁹

Der Klimawandel bringt für alle Menschen und alle Länder gravierende Risiken mit sich, aber auch hier erleiden manche schlimmere Verluste als andere. Zwischen 2000 und 2012 wurden jährlich mehr als 200 Millionen Menschen, hauptsächlich in Entwicklungsländern, von Naturkatastrophen getroffen, insbesondere von Überflutungen und Dürren.¹⁰ Der *Bericht über die menschliche Entwicklung 2011* zeigte, dass das Ziel der Beseitigung der Armut gefährdet sein könnte, wenn es weiterhin nicht gelingt, das Tempo der globalen Erwärmung zu verlangsamen. Denn gerade die ärmsten Gemeinwesen der Welt sind durch höhere Temperaturen, steigende Meeresspiegel und andere Folgen des Klimawandels am stärksten gefährdet.¹¹

Die erhöhte Anfälligkeit in bestimmten Lebensphasen erhält in diesem Bericht besondere Aufmerksamkeit. Die Befähigungen, die der Mensch im Verlauf seines Lebens erwirbt, müssen gehegt und gepflegt werden, sonst können sie stagnieren oder sogar abnehmen. Sie werden beeinflusst durch Investitionen, die in früheren Lebensphasen vorgenommen wurden. Auch die Belastung durch kurzfristige Schockereignisse kann langfristige Folgen nach sich ziehen. Ein Rückschlag in der frühkindlichen Entwicklung zum Beispiel kann sich spürbar auf das ganze restliche Leben der betroffenen Person auswirken, etwa auf die Chancen, einen Arbeitsplatz zu behalten, auf Unsicherheit im Alter und auf die Weitergabe der Anfälligkeit an die nächste Generation. Der Bericht stellt fest, dass diese Anfälligkeit kumulativer Natur ist und dass die Politik daher rechtzeitig und kontinuierlich eingreifen muss. Besondere Aufmerksamkeit ist in sensiblen Phasen erforderlich: Durch Investitionen in frühkindliche Bildung, die gezielte Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche und Unterstützung für ältere Menschen können die lebenslangen Verwirklichungschancen gestärkt werden.

Die Herausforderung besteht nicht nur darin, zu verhindern, dass besonders anfällige

Durch Investitionen in frühkindliche Bildung, die gezielte Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche und Unterstützung für ältere Menschen können die lebenslangen Verwirklichungschancen gestärkt werden.

Bevölkerungsgruppen in extreme Schwierigkeiten und Deprivation zurückfallen. Sie liegt vielmehr darin, ein förderliches Umfeld zu schaffen, in dem diese Gruppen in den kommenden Jahrzehnten ihre menschliche Entwicklung kontinuierlich vorantreiben können. Dazu müssen Armut und Deprivation als mehrdimensionale Phänomene begriffen werden, die umfassende Maßnahmen erfordern, nämlich die Ausdehnung von Rechten und Dienstleistungen auf alle, unter besonderer Berücksichtigung der Chancengleichheit, der lebenslangen Verwirklichungschancen und des Zugangs für alle, die bisher ausgeschlossen waren. Solche sich gegenseitig verstärkenden Interventionen können die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft und die menschliche Tatkraft stärken. Die erfolgreichsten Initiativen für Armutsbekämpfung und menschliche Entwicklung waren bisher diejenigen, die einen mehrdimensionalen Ansatz verfolgten, der Einkommensunterstützung und Arbeitsplatzschaffung mit einer Erweiterung der Chancen für Gesundheitsversorgung und Bildung und anderen lokalen Entwicklungsmaßnahmen kombinierte.

Die Politik kann Schritte unternehmen, um die zwischen Menschen, aber auch zwischen Ländern bestehenden Unterschiede auszugleichen und die Widerstandskraft und die Verwirklichungschancen derjenigen zu stärken, die sonst dauerhaft anfällig bleiben würden. Die Gesamtheit aller Maßnahmen, die Schäden durch Naturgefahren verhindern, die dafür sorgen, dass der Wohlstand allen zugutekommt, und die die gesellschaftliche Widerstandskraft auf breiter Front stärken, kann den menschlichen Fortschritt schützen und auf Dauer festigen. Aber diese Maßnahmen geschehen nicht automatisch. Sie sind das Ergebnis eines entschlossenen kollektiven Handelns, ausgewogener und wirksamer institutioneller Reaktionen und weitsichtiger Führung auf lokaler, nationaler und globaler Ebene. Jede Gesellschaft profitiert letztlich von größerer Chancengleichheit. Solange die mehrdimensionalen und sich überschneidenden Anfälligkeiten nicht anerkannt und systematisch abgebaut werden, könnte der kontinuierliche Fortschritt der menschlichen Entwicklung zum Stillstand kommen oder sich sogar umkehren.

Menschliche Sicherheit und menschliche Entwicklung

Vor 20 Jahren führte der Bericht über die menschliche Entwicklung den Begriff der menschlichen Sicherheit als integralen Aspekt der menschlichen Entwicklung ein. Der vorliegende Bericht ist eng an dem Ansatz der menschlichen Sicherheit ausgerichtet, stellt dabei jedoch die Vulnerabilität in den Mittelpunkt und geht der Frage nach, wie sie die in der menschlichen Entwicklung erreichten Ergebnisse zu untergraben droht. In diesem Zusammenhang wird hervorgehoben, dass die Verringerung der Disparitäten und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts dringend geboten sind, insbesondere durch Maßnahmen gegen Gewalt und Diskriminierung in der Gesellschaft.

Konflikte und das Gefühl persönlicher Unsicherheit haben tiefgehende negative Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung, mit der Folge, dass Milliarden Menschen unter prekären Bedingungen leben. Viele Länder des unteren Drittels des Index der menschlichen Entwicklung haben lange Konfliktperioden hinter sich oder sind immer noch mit bewaffneter Gewalt konfrontiert. Mehr als 1,5 Milliarden Menschen, also rund ein Fünftel der Weltbevölkerung, leben in von Konflikten betroffenen Ländern.¹² Die politische Instabilität in jüngster Zeit verursachte enorme menschliche Kosten: Bis Ende 2012 wurden rund 45 Millionen Menschen – die höchste Zahl seit 18 Jahren – durch Konflikte oder Verfolgung zwangsvertrieben, davon mehr als 15 Millionen Flüchtlinge.¹³ In manchen Gebieten West- und Zentralafrikas werden die Verbesserungen auf dem Gebiet der menschlichen Entwicklung weiterhin durch Gesetzlosigkeit und bewaffnete Konflikte gefährdet, mit langfristigen Auswirkungen auf den Fortschritt der jeweiligen Länder. In mehreren Ländern Lateinamerikas und der Karibik fühlen sich trotz großer Entwicklungserfolge viele Menschen durch die steigende Zahl der Morde und anderer Gewaltverbrechen bedroht.

Überall auf der Welt sehen sich Frauen durch persönliche Unsicherheit gefährdet. Gewalt verletzt ihre Rechte, und das Gefühl persönlicher Unsicherheit schränkt ihre

Die Herausforderung besteht nicht nur darin, zu verhindern, dass besonders anfällige Bevölkerungsgruppen in extreme Schwierigkeiten und Deprivation zurückfallen. Sie liegt vielmehr darin, ein förderliches Umfeld zu schaffen, in dem diese Gruppen in den kommenden Jahrzehnten ihre menschliche Entwicklung kontinuierlich vorantreiben können.

Handlungsmöglichkeiten im öffentlichen und privaten Leben ein. Wenn mehr Freiheit und menschliche Sicherheit erreicht werden sollen, müssen also Maßnahmen unterstützt werden, die Veränderungen bei Institutionen und Normen bewirken und so die zwischenmenschliche Gewalt und Diskriminierung verringern. Verbesserungen der persönlichen Sicherheit können tiefgreifende Auswirkungen auf die tatsächliche und wahrgenommene Verwundbarkeit von Individuen und Gemeinwesen und auf ihr Gefühl von Sicherheit, Teilhabe und Handlungsfähigkeit haben.

Höhere Einkommen allein reichen nicht aus, um die Anfälligkeit für Konflikte und persönliche Unsicherheit zu verringern. Anhaltende Verwundbarkeit, die in der Regel nur über einen längeren Zeitraum gemildert werden kann, erfordert breit gefächerte politische Interventionen und veränderte Normen, die Toleranz fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt vertiefen.

Widerstandskraft stärken

Das Wohlergehen der Menschen wird stark beeinflusst von den größeren Freiheiten, über die sie in ihrem Leben verfügen, sowie von der Fähigkeit, auf negative Ereignisse – seien sie durch die Natur oder durch Menschen verursacht – zu reagieren und ihre Folgen zu überwinden. Widerstandskraft ist die Grundlage eines jeden Ansatzes zur Sicherung und dauerhaften Festigung der menschlichen Entwicklung. Im Kern geht es darum, sicherzustellen, dass Staaten, Gemeinwesen und globale Institutionen auf die Stärkung und den Schutz der Menschen hinarbeiten. Menschliche Entwicklung bedeutet Abbau der Barrieren, die Menschen in ihrer Handlungsfreiheit behindern. Es geht darum, die Benachteiligten und Ausgegrenzten zu befähigen, ihre Rechte zu verwirklichen, ihre Anliegen offen zu äußern, angehört zu werden und aktiv an der Gestaltung ihres Schicksals mitzuwirken. Es geht um die Freiheit, ein wertgeschätztes Leben zu führen und die eigenen Angelegenheiten in angemessener Weise zu regeln. Dieser Bericht beleuchtet wichtige Strategien, Grundsätze und Maßnahmen, die notwendig sind, um Widerstandskraft aufzubauen

– durch Stärkung der Wahlmöglichkeiten, Erweiterung der menschlichen Handlungsfreiheit und Förderung sozialer Kompetenzen. Er weist auch darauf hin, dass die Erreichung und Sicherung menschlicher Entwicklung von der Wirksamkeit der Vorbereitung auf mögliche Schocks und der Bewältigung ihrer Folgen abhängen kann.

Verpflichtung auf Universalität

Eine auf nationaler und globaler Ebene gemeinsam eingegangene Verpflichtung zur Bereitstellung sozialer Dienste für alle, zur Stärkung der sozialen Sicherung und zur Verwirklichung der Vollbeschäftigung wäre eine tiefgreifende gesellschaftspolitische Entscheidung. Damit würde die Grundlage für eine langfristige Stärkung der Widerstandskraft der Länder wie auch ihrer einzelnen Bürger gelegt. Eine solche Verpflichtung würde Individuen, Gesellschaften und Länder besser dazu befähigen, Rückschlägen standzuhalten und ihre Folgen zu überwinden, wobei einzuräumen ist, dass einige unter ihnen den Risiken und Bedrohungen stärker ausgesetzt sind als andere und daher zusätzliche Unterstützung benötigen.

Allgemeine Bereitstellung sozialer Dienste. Der allgemeine Zugang zu sozialen Grunddiensten wie Bildung, Gesundheitsversorgung, Wasser- und Sanitärversorgung und öffentliche Sicherheit stärkt die Widerstandskraft. Ein solcher Zugang ist nicht nur wünschenswert, sondern selbst in frühen Phasen der Entwicklung möglich. Erfahrungen aus jüngerer Zeit, beispielsweise in China, Ruanda und Vietnam, haben gezeigt, dass er relativ schnell (in weniger als einem Jahrzehnt) verwirklicht werden kann.

Soziale Grundversorgung für alle kann die sozialen Kompetenzen verbessern und die strukturelle Anfälligkeit verringern. Sie kann ein kraftvolles Instrument für den Ausgleich der Chancen und Ergebnisse sein. So bietet ein allgemein zugängliches öffentliches Bildungswesen von hoher Qualität die Möglichkeit, das Bildungsgefälle zwischen Kindern aus reichen und aus armen Haushalten abzumildern. Wenn Befähigungen wie etwa eine gute Bildung innerhalb der Familie von einer Generation an die nächste weitergegeben werden, kann dies die positiven Effekte langfristig festigen.

Widerstandskraft ist die Grundlage eines jeden Ansatzes zur Sicherung und dauerhaften Festigung der menschlichen Entwicklung. Im Kern geht es darum, sicherzustellen, dass Staaten, Gemeinwesen und globale Institutionen auf die Stärkung und den Schutz der Menschen hinarbeiten.

Eine auf universellen Zugang ausgerichtete Politik fördert auch die gesellschaftliche Solidarität, indem sie die Nachteile der Zielgruppenorientierung vermeidet, die eine soziale Stigmatisierung für die Empfänger und eine Segmentierung hinsichtlich der Qualität der Dienstleistungen bedeutet und dazu führt, dass viele der besonders Schutzbedürftigen gar nicht erreicht werden.¹⁴

Ein weitverbreitetes Vorurteil besagt, dass nur reiche Länder sich soziale Sicherung oder eine allgemeine Grundversorgung leisten können. Dieser Bericht erbringt den Beweis des Gegenteils. Die meisten Gesellschaften, mit Ausnahme derjenigen, in denen gewaltsame Auseinandersetzungen und Unruhen herrschen, sind in der Lage, soziale Grunddienste und einen sozialen Basisschutz bereitzustellen, und viele haben dies auch getan. Sie haben erkannt, dass eine Anfangsinvestition, die nur einen geringen prozentualen Anteil des BIP ausmacht, positive Ergebnisse nach sich zieht, die die Einführungskosten bei Weitem aufwiegen.

Ein Beispiel ist ein Unterstützungsprogramm für Kinder in Südafrika (Child Support Grant), für das im Zeitraum 2008/2009 0,7 Prozent des BIP ausgegeben wurden und das die Kinderarmut von 43 auf 34 Prozent reduzierte. Oder auch das Programm Bolsa Familia in Brasilien, das 2008/2009 0,3 Prozent des BIP kostete und die Ungleichheit um 20 bis 25 Prozent verringerte.¹⁵ Länder mit raschen wirtschaftlichen Fortschritten, zum Beispiel in Ostasien, profitierten von der größeren Reichweite der Sozialprogramme und von besseren Investitionsprogrammen für Gesundheit, Bildung und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dies konnte gelingen, obwohl die zur Verfügung stehenden Einnahmen und Ressourcen begrenzt waren.

Das Plädoyer für eine allgemeine soziale Grundversorgung stützt sich in erster Linie auf den Grundsatz, dass alle Menschen dazu befähigt sein sollten, ein Leben zu führen, das sie wertschätzen, und dass der Zugang zu bestimmten Grundelementen eines Lebens in Würde nicht an die Zahlungsfähigkeit der Betroffenen gekoppelt sein sollte. Die Art und Weise, wie solche Dienste erbracht werden, wird sicher von Land zu Land unterschiedlich sein, aber allen erfolgreichen Erfahrungen liegt

eine einzige Idee zugrunde: Der Staat trägt die Hauptverantwortung dafür, im Rahmen eines grundlegenden Gesellschaftsvertrags mit seinen Bürgern Sozialdienste für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Stärkung der sozialen Sicherung. Soziale Sicherung, die unter anderem Arbeitslosenversicherung, Programme für Altersversorgung sowie die Regulierung des Arbeitsmarkts umfasst, kann Menschen während ihres gesamten Lebens, insbesondere aber in den sensiblen Phasen, gegen Risiken und Missgeschick absichern. Programme der sozialen Sicherung bieten eine zusätzliche und berechenbare Unterstützung, damit Haushalte nicht gezwungen sind, Vermögenswerte zu verkaufen, die Kinder aus der Schule zu nehmen oder notwendige medizinische Behandlungen aufzuschieben, was ihrem langfristigen Wohlbefinden schaden würde. Ferner können die Verteilungsnetze und die Mechanismen zur Verwaltung der sozialen Sicherungsprogramme auch herangezogen werden, um bei Krisen wie Naturkatastrophen und Dürren kurzfristige Nothilfe zu leisten.

Viele Programme sozialer Sicherung haben positive Nebenwirkungen. Die Arbeitslosenversicherung verbessert die Funktionsweise der Arbeitsmärkte, weil sie es den Arbeitslosen ermöglicht, nach einer Beschäftigung zu suchen, die ihren Kompetenzen und Erfahrungen besser entspricht, anstatt gezwungen zu sein, gleich das erste Arbeitsangebot anzunehmen. Es hat sich gezeigt, dass Einkommensunterstützung für Haushalte die Erwerbsbeteiligung fördert, weil die bereitgestellten Mittel es Familienmitgliedern ermöglichen, nach besseren Beschäftigungschancen zu suchen, unter anderem auch im Wege der Migration. Manche behaupten, eine solche Unterstützung könne die Arbeitswilligkeit verringern. Hier kommt es entscheidend darauf an, wie eine solche Politik konzipiert wird. Dessen ungeachtet gibt es umfangreiche Belege dafür, dass Regulierungen des Arbeitsmarkts sich letztlich positiv auswirken und zur Verringerung von Ungleichheit beitragen können.

Soziale Sicherung ist bereits in frühen Entwicklungsphasen möglich und kann sogar weitere Vorteile mit sich bringen, wie etwa die Stimulierung von Ausgaben und die Verringerung der Armut. Soziale Sicherung gleicht

Einkommensunterstützung für Haushalte fördert die Erwerbsbeteiligung, weil die bereitgestellten Mittel es Familienmitgliedern ermöglichen, nach besseren Beschäftigungschancen zu suchen, unter anderem auch im Wege der Migration.

Schwankungen auf der Produktionsseite aus, indem er Schwankungen beim verfügbaren Einkommen verringert. Eine starke Politik zugunsten einer allgemeinen sozialen Sicherung stärkt nicht nur die Widerstandskraft des Einzelnen, sondern auch die der Wirtschaft insgesamt.

Sicherung der Vollbeschäftigung. Wie dieser Bericht zeigt, geht der soziale Wert der Beschäftigung weit über die Entlohnung hinaus. Allgemeiner Zugang zu menschenwürdigen Arbeitsplätzen ist ein entscheidender Faktor für die Stärkung der Widerstandskraft der gesamten Gesellschaft. Arbeit ist ein Mittel zur Existenzsicherung, zur Stärkung der menschlichen Handlungsfähigkeit, zur Schaffung eines sozialen Netzwerks und zur Gewährleistung von Sicherheit für Familien und Gemeinwesen. Arbeitslosigkeit wird in der Regel mit einer Zunahme von Kriminalität, Selbstmorden, Gewalt, Drogenmissbrauch und anderen sozialen Problemen in Verbindung gebracht, die die persönliche Unsicherheit verschlimmern können. Arbeitsplätze fördern die soziale Stabilität und den sozialen Zusammenhalt, und wenn es sich um menschenwürdige Arbeit handelt, wird die Fähigkeit der Menschen gestärkt, mit Schocks und Unsicherheit umzugehen. Dennoch gibt es unter den entwickelten wie unter den Entwicklungsländern nur wenige, die Vollbeschäftigung als übergreifendes gesellschaftliches oder wirtschaftliches Ziel anstreben. Die Ausweitung des Arbeitsplatzangebots sollte eine Leitschnur der öffentlichen Politik sein. Notwendig sind arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die den Arbeitnehmern helfen, wieder eine Beschäftigung zu finden, zum Beispiel durch Zeitarbeitsprogramme oder durch den Erwerb beschäftigungsrelevanter Fähigkeiten. Programme zur Schaffung von Arbeitsplätzen können vollständig in umfassendere Politikziele, wie etwa den Aufbau von Infrastruktur und Vernetzung, integriert werden, unter Heranziehung erweiterter Programme für öffentliche Arbeiten, die unter anderem „Geld für Arbeit“ für Arme und Arbeitslose anbieten.

Für Entwicklungsländer, die mit dem Problem der Arbeitslosigkeit konfrontiert sind, reichen aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nicht aus, wenn man berücksichtigt, dass die meisten Arbeitsplätze in der informellen

Wirtschaft zu finden sind: In zwei Dritteln der 46 Schwellen- und Entwicklungsländer, für die Daten zur Verfügung stehen, erreichen sie einen Anteil von über 40 Prozent.¹⁶ Das Streben nach Vollbeschäftigung und die Verringerung der beschäftigungsbezogenen Anfälligkeit in diesen Ländern erfordern politische Strategien, die ein beschäftigungsorientiertes Wachstum fördern und ein Rahmenwerk von sozialer Sicherung für alle bereitstellen, gleich ob sie im formellen oder im informellen Sektor arbeiten.

In gewisser Hinsicht ist ein wirtschaftlicher Strukturwandel erforderlich, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu bedarf es zielgerichteter Maßnahmen, die die Entwicklung strategischer Sektoren und Aktivitäten unterstützen, möglicherweise im Rahmen einer makroökonomischen Politik, die nicht ausschließlich auf Preisstabilität und Schuldenmanagement ausgerichtet ist. Auch kann durch globale Zusammenarbeit sichergestellt werden, dass der sich verstärkende weltweite Wettbewerb nicht zu einer Abwärtsspirale bei den Arbeitsnormen führt, sondern vielmehr zu der Übereinkunft, sich für Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle einzusetzen.

Bürgernehe Institutionen und solidarische Gesellschaften

Die Stärkung der Widerstandskraft des Menschen erfordert Institutionen, die auf die Bedürfnisse der Bürger eingehen. Um angemessene Arbeitsplätze, Gesundheitsversorgung und Bildungschancen sicherzustellen, insbesondere für die Armen und Schutzbedürftigen, bedarf es angemessener politischer Handlungskonzepte und adäquater Ressourcen. Hier gilt insbesondere, dass Staaten, die die horizontale, also zwischen einzelnen Gruppen bestehende, Ungleichheit anerkennen und Maßnahmen zu ihrer Verringerung ergreifen, besser in der Lage sind, den Grundsatz der Universalität umzusetzen, gesellschaftlichen Zusammenhalt aufzubauen und Krisen zu vermeiden oder zu überwinden.

Anhaltende Vulnerabilität hat ihre Wurzeln in historischer Ausgrenzung – Frauen in patriarchalischen Gesellschaften, Schwarze in Südafrika und den Vereinigten Staaten und Dalits in Indien sehen sich durch althergebrachte

Für Entwicklungsländer, die mit dem Problem der Arbeitslosigkeit konfrontiert sind, reichen aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nicht aus, wenn man berücksichtigt, dass die meisten Arbeitsplätze in der informellen Wirtschaft zu finden sind.

kulturelle Gepflogenheiten und gesellschaftliche Normen Diskriminierung und Ausschluss ausgesetzt. Wenn es gelingen soll, das Gefühl von Ungerechtigkeit, Verwundbarkeit und Ausgrenzung, das soziale Unzufriedenheit schüren kann, zu überwinden, sind bürgernahe und rechenschaftspflichtige Institutionen der Regierungs- und Verwaltungsführung von entscheidender Bedeutung. Andererseits sind auch bürgerschaftliches Engagement und kollektive Mobilisierung unverzichtbar, um sicherzustellen, dass die Staaten die Interessen und Rechte schutzbedürftiger Bevölkerungsgruppen anerkennen.

Staaten können sich einmischen und mit einer Kombination verschiedener politischer Maßnahmen die horizontale Ungleichheit reduzieren. Direkte Interventionen wie die gezielte Förderung benachteiligter Gruppen können nützlich sein, um historische Ungerechtigkeiten unmittelbar zu beheben, aber ihre langfristigen Wirkungen sind nicht eindeutig. Auch gelingt es nicht immer, durch solche Interventionen die strukturellen Triebkräfte anhaltender Ungleichheit zu beseitigen. Daher sind politische Strategien erforderlich, die nicht nur kurzfristig reagieren, sondern auch den langfristigen und nachhaltigen Zugang schutzbedürftiger Gruppen zu sozialen Diensten, Beschäftigung und sozialer Sicherung fördern. Dazu gehören neben formellen Anreizen auch Sanktionen, etwa in Form präventiver Rechtsvorschriften. So können zum Beispiel gesetzlich verankerte Rechte erhebliche Verbesserungen für schutzbedürftige Gruppen bewirken, indem ihre Position durch Rechtsmittel und öffentliche Kontrollen gestärkt wird, wenn Institutionen sie im Stich lassen.

Die Veränderung von Normen mit dem Ziel, mehr Toleranz zu schaffen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu verstärken, ist auch ein notwendiger und oft übersehener Aspekt des Aufbaus widerstandsfähiger Gesellschaften. Solidarische Gesellschaften können ihre Mitglieder besser gegen Not und Unglück schützen und werden eher bereit sein, eine auf Universalität basierende Politik zu akzeptieren. Fehlender gesellschaftlicher Zusammenhalt geht häufig mit Konflikten und Gewalt einher, vor allem bei ungleichem Zugang zu Ressourcen oder den aus natürlichem Reichtum

erwachsenden Vorteilen, aber auch mit der Unfähigkeit, die raschen sozialen oder wirtschaftlichen Veränderungen oder die Auswirkungen ökonomischer oder klimabedingter Schocks wirksam anzugehen. Werden dagegen allgemeine Ziele wie Gleichberechtigung, Inklusion und Gerechtigkeit verfolgt, dann stärkt dies die gesellschaftlichen Institutionen und somit den Zusammenhalt der Gesellschaften.

Kampagnen und Botschaften, die das Bewusstsein der Menschen zu ändern versuchen, sind unverzichtbar für sozialen Wandel. Rechtsvorschriften, politische Maßnahmen, Aufklärung und Normensetzung sind dann am wirkungsvollsten, wenn Menschen sich engagieren und über Mechanismen verfügen, um Institutionen zur Rechenschaft zu ziehen. Unter diesem Aspekt sind Offenheit, Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber den Armen und Ausgegrenzten sowie die Förderung einer positiven Dynamik zwischen staatlichen Institutionen und bürgerschaftlicher Teilhabe wesentliche Voraussetzungen für die Bürgernähe des Staates.

Krisenprävention und -reaktion

Naturkatastrophen und durch Menschen verursachte Katastrophen sind unvermeidlich, aber es können Anstrengungen unternommen werden, um ihre Auswirkungen abzumildern und die Überwindung ihrer Folgen zu beschleunigen. Die Chance, beim Wiederaufbau vieles besser zu machen, sollte genutzt werden. So war das unmittelbare Ergebnis des Tsunami von 2004 ein Tsunami-Warnsystem im Indischen Ozean. Damit jedoch die Rahmenwerke für die Katastrophenvorsorge und -bewältigung die Widerstandskraft stärken, muss ihnen ein systemischer Ansatz zugrunde gelegt werden, der sich über die unmittelbaren Bedrohungen und Schocks hinaus mit den tieferen Ursachen und längerfristigen Wirkungen befasst.

Der Hyogo-Rahmenaktionsplan sieht für den Fall von Naturkatastrophen folgende Rahmenbedingungen für die Vorbeugung und Bewältigung vor: Verbesserung der Risikoaufklärung, Stärkung und Einrichtung von Frühwarnsystemen, Integration der Verringerung von Katastrophenrisiken in die Entwicklungsplanung und Entwicklungspolitik sowie

Wenn es gelingen soll, das Gefühl von Ungerechtigkeit, Verwundbarkeit und Ausgrenzung, das soziale Unzufriedenheit schüren kann, zu überwinden, sind bürgernahe und rechenschaftspflichtige Institutionen der Regierungs- und Verwaltungsführung von entscheidender Bedeutung.

Die Globalisierung hat Länder einander angenähert und neue Chancen eröffnet. Aber sie hat auch die Gefahr verstärkt, dass sich negative Ereignisse rascher ausbreiten.

die Stärkung der Institutionen und Mechanismen zur Katastrophenbewältigung. Planungen zur Vorbereitung auf Katastrophen und ihre Bewältigung können auf allen Ebenen – der globalen, regionalen, nationalen und lokalen – vorangetrieben werden, verstärkt durch Informationsaustausch und solidarisches Handeln. Dies ist einfacher, wenn Regierungen und Kommunen entsprechend vorbereitet sind. Werden vor allem Notfallmaßnahmen geplant, tritt die Folgenbegrenzung unter Umständen in den Hintergrund, und es kann zu weiteren Schocks kommen, die möglicherweise noch größere Auswirkungen haben und die späteren Kosten für Schutzmaßnahmen in die Höhe treiben. Soforthilfemaßnahmen sind wichtig und notwendig, aber Resilienz kann nur entstehen, wenn umfassende Anstrengungen für den Aufbau von Vorbeugungs- und Bewältigungskapazitäten unternommen werden.

Innerstaatliche Konflikte und Unruhen führen in den betroffenen Ländern weiterhin zu enormen Kosten für die Entwicklung. Bei derartigen Konflikten kommen in der Regel verschiedene Ursachen zusammen. Ein gemeinsames Merkmal besteht jedoch darin, dass alle diese Ursachen – ob Ausgrenzungspolitik, Streben der Eliten nach wirtschaftlichen Vorteilen oder ungelöste soziale Missstände – zum sozialen Unfrieden beitragen oder zumindest verhindern, dass ein Mindestmaß an sozialer Harmonie und sozialem Zusammenhalt entsteht, das für die Erreichung belastbarer Entwicklungsergebnisse förderlich wäre. Diese Fragen werden in den Kapiteln 3 und 4 ausführlicher erörtert. In den für Konflikte und Gewalt anfälligen Gemeinwesen und Ländern können Programme, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, die Maßnahmen für Vorbeugung und Folgenbegrenzung unterstützen.

Politische Handlungskonzepte und Institutionen, die Ausschluss und Marginalisierung bekämpfen, ein Gefühl der Zugehörigkeit schaffen, Vertrauen fördern und Aufstiegschancen bieten, können das Konfliktpotenzial eindämmen. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Zugang zu Informationen können öffentliche Unterstützung für Frieden und eine weniger konfrontative Politik mobilisieren. Durch die Einbeziehung glaubwürdiger und

objektiver Vermittler und Mediatoren kann Vertrauen zwischen zerstrittenen und polarisierten Gruppen geschaffen und ein Konsens über Fragen von nationaler Bedeutung erreicht werden, von der Durchführung von Wahlen bis zu Elementen einer Verfassung. Lokale Komitees und Bürgerinitiativen können auf kommunaler Ebene zur Vertrauensbildung beitragen und die Grundlage für eine „Friedensinfrastruktur“ legen. Investitionen in Arbeitsplätze und Existenzgrundlagen können Kommunen und Einzelpersonen helfen, aktuelle Krisen zu bewältigen und die Widerstandsfähigkeit gegenüber den Herausforderungen künftiger Krisen zu stärken.

Globale Maßnahmen für die „Welt, die wir wollen“

Die Globalisierung hat Länder einander angenähert und neue Chancen eröffnet. Aber sie hat auch die Gefahr verstärkt, dass sich negative Ereignisse rascher ausbreiten. Die Geschehnisse in jüngster Zeit haben gezeigt, dass beim Umgang mit der Globalisierung in vielen Bereichen, von der Ernährungssicherheit bis zum Energiezugang, von der Finanzmarktregulierung bis zum Klimawandel, eine enorme Kluft besteht. Diese grenzüberschreitenden Herausforderungen werden wohl auch in den kommenden Jahrzehnten weiterbestehen, während die Global-Governance-Strukturen nicht über genügend Kapazitäten verfügen, um Schocks zu verhindern oder ihre Folgen möglichst gering zu halten. Die politischen Entscheidungsträger und Führungskräfte werden vielleicht erkennen müssen, dass sie auf das schiere Tempo und das Ausmaß dieser Veränderungen nicht vorbereitet sind.

Neue Bedrohungen verlangen nationale, globale und grenzüberschreitende Antworten, Ressourcen und Führungsfähigkeiten. Kollektives Handeln ist gefragt, das in der Lage ist, Prioritäten zu setzen, Zusammenarbeit zwischen einzelnen Problemlösungseinheiten zu organisieren und Staaten, internationale Organisationen, die Zivilgesellschaft und den Privatsektor dazu zu veranlassen, den Aufbau widerstandsfähigerer globaler Systeme zu unterstützen. Insbesondere ist kollektives

Handeln in Form einer globalen Verpflichtung auf Universalität gefragt, um die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter zu erleichtern und die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß transnationaler Schocks durch die Überwindung der Defizite in den Global-Governance-Strukturen zu verringern.

Globale Verpflichtung auf Universalität

Nationale Maßnahmen für die Bereitstellung sozialer Dienste für alle, für allgemeinen Sozialschutz und für Vollbeschäftigung lassen sich leichter umsetzen, wenn entsprechende globale Verpflichtungen eingegangen wurden und globale Unterstützung zur Verfügung steht. Solche Verpflichtungen sollten Teil der Post-2015-Agenda sein. Die Einbeziehung von Elementen eines weltweiten Gesellschaftsvertrags in die Agenda könnte politische Spielräume auf nationaler Ebene eröffnen. So könnten die Staaten selbst entscheiden, welche Ansätze für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Bereitstellung sozialer Dienste und die Durchführung von Maßnahmen sozialer Sicherung für ihre jeweilige Situation am besten geeignet sind. Gleichzeitig sind globale Übereinkünfte unverzichtbar, weil sie Handlungsimpulse geben, Engagement bewirken und finanzielle und sonstige Unterstützung mobilisieren können.

Politische Normen, die staatliche Leistungen sozialer Sicherung als positives Instrument abbilden, ermöglichen es den Staaten, Politiken und Programme zu beschließen und durchzuführen, die die Menschen innerhalb ihres Hoheitsgebiets schützen. Ein Katalog von Normen, die die Universalität betonen, könnte die Staaten zu einer Verpflichtung auf allgemeine Arbeitsschutzmaßnahmen ermutigen, die die Wahrscheinlichkeit ausbeuterischer Arbeitsbedingungen verringern, während solche Normen gleichzeitig ein Mindestmaß an sozialer Sicherung für Erwerbstätige und auch für Erwerbsunfähige fördern.

Heute verfügen weltweit nur 20 Prozent der Menschen über eine angemessene Sozialversicherung, über 50 Prozent haben keinerlei soziale Absicherung.¹⁷ Die nachhaltigen Entwicklungsziele bieten der internationalen Gemeinschaft und den einzelnen Staaten

Gelegenheit, die öffentliche Hand in ein positives Licht zu setzen und für den Grundsatz der Universalität einzutreten. Dies kann durch die öffentliche Bereitstellung sozialer Dienste geschehen, einschließlich eines allgemeinen Zugangs zu einem Mindestmaß an Gesundheitsversorgung und Bildung, und durch Bemühungen um Vollbeschäftigung und soziale Sicherung. Dies alles sind unverzichtbare Elemente einer nachhaltigeren und belastbareren menschlichen Entwicklung.

Erleichterung der Bereitstellung globaler öffentlicher Güter

Zahlreiche globale öffentliche Güter sind gesellschaftlich wertvoll und können die Vulnerabilität verringern, werden jedoch von den Märkten unterbewertet. Die Unterversorgung mit solchen Gütern – von der Kontrolle übertragbarer Krankheiten bis zu einer angemessenen Regulierung globaler Märkte – befördert Schocks von regionaler und sogar globaler Dimension. Je mehr die weltweite Interdependenz zunimmt und sich vertieft, desto stärker werden die Anzeichen einer durch die Unterversorgung mit globalen öffentlichen Gütern verursachten Vulnerabilität.

Die multilateralen Bemühungen um die Erleichterung der Zusammenarbeit und die Bereitstellung einiger dieser Güter erscheinen angesichts der Herausforderungen und des Gefährdungspotenzials zu schwach. Auch angesichts der Dynamik der Märkte, des Tempos der Kommerzialisierung und der Macht privater Interessen sind sie zu schwach. Internationale Regeln und Normen spiegeln häufig eher private Interessen wider, anstatt öffentliche Güter bereitzustellen und sozialen Interessen Vorrang einzuräumen.¹⁸ Die Versorgung mit globalen öffentlichen und universellen sozialen Gütern, die mit Blick auf das Ziel eines inklusiveren und nachhaltigeren Wachstums die Märkte korrigieren oder ergänzen würden, bleibt nach wie vor größtenteils unzureichend.

Mindeststandards für sozialen Schutz und Verpflichtungen auf die Erbringung sozialer Dienste sind wichtige öffentliche Güter, die in die nachhaltigen Entwicklungsziele aufgenommen werden können, um die Menschen verstärkt zur Bewältigung negativer Schocks

Besonders gefragt ist kollektives Handeln in Form einer globalen Verpflichtung auf Universalität, um die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter zu erleichtern.

Jetzt besteht die Aufgabe darin, durch nachdrückliche kollektive Anstrengungen die Versorgung mit öffentlichen Gütern sicherzustellen, die die Vulnerabilität verringern.

zu befähigen. Es gibt jedoch auch öffentliche Güter, die benötigt werden, um die Wahrscheinlichkeit von Krisen zu verringern, wie etwa Förderung von Klimastabilität oder Verringerung der Wahrscheinlichkeit einer erneuten Finanzkrise. In der Vergangenheit wurden durchaus Fortschritte erzielt, zum Beispiel durch die Ausrottung der Pocken. Jetzt besteht die Aufgabe darin, durch ebenso nachdrückliche kollektive Anstrengungen die Versorgung mit weiteren öffentlichen Gütern sicherzustellen, die die Vulnerabilität verringern.

Behebung der Unzulänglichkeiten der Global-Governance-Strukturen

Zwischen den Kontroll- und Lenkungsmechanismen und der Risikoanfälligkeit und Komplexität globaler Prozesse besteht ein Missverhältnis. Zahlreiche internationale Institutionen und Strukturen wurden für die Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg konzipiert, und die bisherigen Reformen haben den veränderten Machtverhältnissen nicht Rechnung getragen. Gleichzeitig kommen neue Regelungen, beispielsweise für den globalen Schutz der Rechte des geistigen Eigentums, oftmals überproportional den Eliten zugute. Die Governance-Systeme sind nicht nur bei der Schutzgewährung und Stärkung von Kapazitäten unzulänglich, sondern produzieren in manchen Fällen neue Anfälligkeiten. In vielerlei Hinsicht beruhen die Defizite der Global-Governance-Strukturen bei der Verringerung von Vulnerabilität auf einer tiefen Asymmetrie von Macht, Mitsprache und Einfluss. In den politischen Agenden und Strategien sind die Interessen und Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder und der schutzbedürftigsten Menschen – zum Beispiel ungelernete Arbeiter, Immigranten und Ältere – unzureichend vertreten. Diejenigen, die über die geringsten Kapazitäten zur Bewältigung von Schocks und zur Anpassung an rasche Veränderungen verfügen, werden am wenigsten in die Festlegung der Regeln, Normen und Ziele der Global Governance einbezogen.

Die Liste der globalen Herausforderungen ist lang, und manchmal scheinen Antworten unerreichbar zu sein. Aber immerhin wissen wir, dass es möglich ist, die Märkte besser zu

regulieren, die Finanz- und Handelssysteme anzupassen und die Umweltbedrohungen zu verringern. Selbst in globalen Problemfeldern können bestimmte Anpassungen vorgenommen werden, um die Wahrscheinlichkeit eines kollektiven Handelns der Staaten zu erhöhen und innerhalb der Global Governance größere Geschlossenheit sicherzustellen. Dies sind vordringliche Veränderungen, die politische und institutionelle Fortschritte in konkreten Punkten erleichtern werden.

Erstens ist es zwingend erforderlich, die gleichberechtigte Teilhabe der Entwicklungsländer an der Global Governance zu gewährleisten, sodass die Bedürfnisse der risikoanfälligeren Länder, insbesondere der am wenigsten entwickelten und der kleinen Inselentwicklungsländer, nicht marginalisiert werden. Zweitens kann die Teilhabe durch Berücksichtigung der Perspektiven des privaten Sektors und der Zivilgesellschaft erweitert werden, mit dem Ziel, die Unterstützung der Staaten für globale kollektive Maßnahmen sicherzustellen. Drittens ist kollektives Handeln dann am wirksamsten, wenn es inklusiv ist, wenn also Entscheidungen in repräsentativen Institutionen getroffen werden, nicht in Ad-hoc-Gruppierungen wie der Gruppe der 20 oder in exklusiven Treffen mit intransparenten Entscheidungsprozessen. Schließlich können durch stärkere Koordinierung und Zusammenarbeit zwischen den Global-Governance-Institutionen in verschiedenen Themenbereichen Überschneidungen verringert und Ziele besser aufeinander abgestimmt werden.

Der Bericht hebt hervor, dass kollektives Handeln die Möglichkeit bietet, die globalen Systeme so umzustrukturieren, dass Menschen neue Handlungsfähigkeiten eröffnet werden, anstatt neue Anfälligkeiten zu schaffen und die bestehende Unsicherheit zu vergrößern. Eine breit angelegte Zusammenarbeit zwischen Staaten, internationalen Institutionen, dem Privatsektor und der Zivilgesellschaft ist möglich. Die Systeme der Global Governance müssen die Verkettung zwischen Globalisierung und Anfälligkeit aufbrechen. Dies wird eher möglich sein, wenn die globalen politischen Strategien und Entscheidungsprozesse inklusiv, rechenschaftspflichtig und aufeinander abgestimmt sind.

Zentrale Botschaften

In diesem Bericht geht es um die Frage, inwiefern die Verringerung der Anfälligkeit und die Stärkung der Widerstandskraft wesentliche Voraussetzungen für eine nachhaltige menschliche Entwicklung sind. In seinem Bemühen, das Verständnis dieser Frage zu verbessern und sie stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken, vertritt der Bericht folgende zentrale Standpunkte:

- *Anfälligkeit bedroht die menschliche Entwicklung – und wenn sie nicht durch Veränderungen der Politik und der gesellschaftlichen Normen systematisch angegangen wird, werden Fortschritte weder ausgewogen noch nachhaltig sein.*

Während fast alle Länder in den letzten Jahrzehnten das Niveau der menschlichen Entwicklung verbessert haben, waren die Zugewinne in jüngster Zeit keineswegs einheitlich. Fortschritte wurden vor dem Hintergrund wachsender Unsicherheit aufgrund immer stärkerer und häufigerer Krisen erzielt. Die Leistungen auf dem Gebiet der menschlichen Entwicklung geraten immer wieder durch negative Ereignisse unter Druck, von größerer finanzieller Instabilität bis zu hohen und stark schwankenden Rohstoffpreisen, von wiederkehrenden Naturkatastrophen bis zu weitverbreiteter sozialer und politischer Unzufriedenheit.

Hundert Millionen armer, ausgegrenzter oder anderweitig benachteiligter Menschen sind nach wie vor besonders anfällig für wirtschaftliche Schocks, Verletzungen ihrer Rechte, Naturkatastrophen, Krankheiten, Konflikte und Umweltgefahren. Wenn diese chronischen Anfälligkeiten nicht systematisch erfasst und reduziert werden, könnten sie die Nachhaltigkeit der Fortschritte menschlicher Entwicklung auf Jahrzehnte gefährden. Schocks aus vielerlei Ursachen sind unvermeidlich und häufig nicht vorhersehbar, aber die menschliche Vulnerabilität kann durch größere Bürgernähe des Staates, eine bessere öffentliche Politik und Veränderungen der gesellschaftlichen Normen verringert werden.

- *Anfälligkeit in bestimmten Lebensphasen, strukturelle Anfälligkeit und unsichere Lebensbedingungen sind fundamentale Ursachen für das Fortbestehen von Benachteiligung. Um die Erfolge menschlicher Entwicklung abzusichern und erreichte Fortschritte dauerhaft zu sichern, müssen diese Ursachen angegangen werden.*

Unterschiedliche Aspekte von Anfälligkeit können sich überlappen und hartnäckig fortbestehende Formen von Deprivation verstärken. Die Anfälligkeit im Lebensverlauf – von frühester Kindheit über Jugend, Erwachsenenalter bis ins hohe Alter – kann den Erwerb von Verwirklichungschancen beeinflussen. Unzureichende Investitionen in sensiblen Lebensphasen schaffen langfristige Anfälligkeit. Entsprechend gilt, dass im gesellschaftlichen Kontext verwurzelte Anfälligkeit diskriminierende Verhaltensweisen hervorbringt und strukturelle Barrieren errichtet, die Menschen und Gruppen daran hindern, ihre Rechte und Wahlmöglichkeiten auszuüben, sodass sich ihre Benachteiligung verfestigt. Auch die Sorge um die persönliche Sicherheit im Alltag hat tiefgehende Auswirkungen, wenn es darum geht, Fortschritte zu sichern und dauerhaft zu machen.

Die Überschneidung oder Überlappung von Anfälligkeiten, die durch wirtschaftliche, ökologische, physische, gesundheitliche oder andere Unsicherheiten verursacht werden, verstärken die nachteiligen Auswirkungen auf die Entscheidungsfreiheit und Handlungsfähigkeit der Menschen. Daher wird es für den Einzelnen und die Gesellschaft sehr viel schwieriger, mit Schocks fertig zu werden. Die Strategien zur Folgenbegrenzung und die Politik der öffentlichen Hand müssen Maßnahmen zur Stärkung der Widerstandskraft und stabilisierende Faktoren einbeziehen, damit künftige Herausforderungen besser bewältigt werden können.

- *Politische Maßnahmen zur Überwindung von Anfälligkeit sollten Bedrohungen vorbeugen, Verwirklichungschancen fördern und Menschen schützen, insbesondere die Verwundbarsten unter ihnen.*

Die meisten Anfälligkeiten sind eine dauerhafte Folge gesellschaftlicher Ausgrenzung,

Die Überschneidung oder Überlappung von Anfälligkeiten, die durch wirtschaftliche, ökologische, physische, gesundheitliche oder andere Unsicherheiten verursacht werden, verstärken die nachteiligen Auswirkungen auf die Entscheidungsfreiheit und Handlungsfähigkeit der Menschen.

Universalität sollte für alle Aspekte der nationalen Politik die Leitschnur sein, um sicherzustellen, dass alle Gruppen und Schichten der Gesellschaft über die gleichen Chancen verfügen.

unzulänglicher öffentlicher Dienste und anderweitigen Politikversagens. Hartnäckige Anfälligkeit ist ein Anzeichen für tiefgehende Defizite im Bereich der öffentlichen Politik, der Institutionen, der gesellschaftlichen Normen und der öffentlichen Dienstleistungen. Dies schließt frühere und gegenwärtige Diskriminierung bestimmter Gruppen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion, des Geschlechts und anderer identitätsbezogener Faktoren mit ein. Sie zeigt auch, dass Staaten oder Gesellschaften unfähig oder nicht willens sind, gravierenden externen Schocks vorzubeugen und besonders anfällige Gruppen davor zu schützen. In vielen Fällen wäre zumindest die Art solcher Schocks vorhersehbar, wenn auch nicht ihr genauer Zeitpunkt oder ihre konkreten Auswirkungen.

Die Stärkung der Widerstandskraft setzt also voraus, dass Individuen, Gesellschaften und Länder verstärkt dazu befähigt werden, auf Rückschläge zu reagieren. Menschen mit unzureichenden Verwirklichungschancen in Kernbereichen wie Bildung und Gesundheit sind weniger in der Lage, ein selbstbestimmtes, von ihnen wertgeschätztes Leben zu führen. Darüber hinaus können ihre Wahlmöglichkeiten durch gesellschaftliche Barrieren und andere ausgrenzende Praktiken eingeschränkt werden, sodass sich gesellschaftliche Vorurteile in den öffentlichen Einrichtungen und der öffentlichen Politik noch stärker verfestigen. Bürgernahe Institutionen und wirksame politische Maßnahmen können eine nachhaltige Dynamik in Gang setzen, indem sie die individuellen Fähigkeiten und die gesellschaftlichen Bedingungen für aktives menschliches Handeln stärken und so den Einzelnen und die Gesellschaft widerstandsfähiger machen.

- *Jeder hat das Recht auf Bildung, Gesundheitsversorgung und andere grundlegende Dienstleistungen. Um diesen Grundsatz der Universalität in die Praxis umzusetzen, bedarf es besonderer Aufmerksamkeit und zielgerichteter Ressourcen, insbesondere für arme und andere schutzbedürftige Gruppen.*

Die Universalität sollte für alle Aspekte der nationalen Politik die Leitschnur sein, um sicherzustellen, dass alle Gruppen und Schichten der Gesellschaft über die gleichen Chancen verfügen. Dazu gehört ein differenzierter und zielgruppenorientierter Umgang mit den unter Ungleichheit oder historischer Benachteiligung leidenden Schichten. Indem ein verhältnismäßig höherer Anteil an Ressourcen und Dienstleistungen für arme, ausgeschlossene und marginalisierte Gruppen bereitgestellt wird, können die Verwirklichungschancen und Lebensentscheidungen aller Menschen verbessert werden.

Universalität ist ein wirksames Instrument, um der schwer fassbaren Natur der Vulnerabilität beizukommen. Wenn sozialpolitische Maßnahmen ein universelles Ziel verfolgen, schützen sie nicht nur diejenigen, die gegenwärtig unter Armut, schlechter Gesundheit oder vorübergehender Arbeitslosigkeit leiden, sondern sie schützen auch Personen und Haushalte, denen es derzeit gut geht, die jedoch beim Auftreten von Problemen in Schwierigkeiten geraten würden. Darüber hinaus sichern sie bestimmte Kernkompetenzen künftiger Generationen.

- *Eine starke allgemeine soziale Sicherung verbessert nicht nur die individuelle Widerstandskraft – sie kann auch die Widerstandskraft der gesamten Wirtschaft stärken.*

Fast alle Länder auf jeder Entwicklungsstufe können für einen sozialen Basisschutz sorgen. Sobald die Haushaltslage es gestattet, können sie dann die soziale Sicherung schrittweise ausbauen. Ein Land mit niedrigem Einkommen könnte zunächst mit einer Grundversorgung in den Bereichen Bildung und Gesundheit beginnen und später das Angebot auf Transferzahlungen oder grundlegenden Arbeitsschutz ausweiten. Ein Land mit höherem Einkommen und bereits etablierten Programmen für Grundbildung, gesundheitliche Grundversorgung und an Bedingungen geknüpfte Transferzahlungen könnte den Anspruch auf Arbeitslosenversicherung auf üblicherweise ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen wie etwa landwirtschaftliche Arbeitskräfte oder Hausangestellte ausweiten

Die Post-2015-Agenda: Anfälligkeit verringern und Widerstandskraft stärken

Zwei Jahre vor dem Zieldatum 2015 sind in Afrika die Fortschritte bei den Millenniums-Entwicklungszielen nach wie vor ungleich. In manchen Bereichen sind bemerkenswerte Ergebnisse zu verzeichnen, etwa beim Grundschulbesuch, der Geschlechterparität auf Grundschulebene, der Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen, der Verringerung der Armut, der Immunisierung und der Eindämmung der Verbreitung von HIV/Aids.

Trotz all dieser Fortschritte gibt es noch viel Platz für weitere gute Nachrichten. Manche Bereiche, die eigentlich vorrangig gewesen wären, wurden vernachlässigt, wie etwa Malaria, die häufigste Todesursache von Kindern in Afrika südlich der Sahara und an vielen anderen Orten der Welt. Auch wurde bei den Einschulungszielen die Notwendigkeit einer qualitativ hochwertigen Bildung nicht berücksichtigt.

Während der letzten zehn Jahre hat Afrika große Fortschritte bei der Einleitung politischer und wirtschaftlicher Reformen erzielt, die erste Früchte tragen. Diese künftigen Erfolge sind jedoch durch zahlreiche Faktoren gefährdet, die nicht der Kontrolle Afrikas unterliegen, denen jedoch durch kollektives Engagement und eine neue internationale Entwicklungspartnerschaft begegnet werden kann. Zwar kämpfen manche Teile des Kontinents immer noch mit politischer Instabilität, aber dies ist heute eher die Ausnahme und nicht mehr die Regel. Die neue globale Entwicklungsagenda, die 2015 vereinbart werden soll, bietet Afrika die Gelegenheit zu einer Bestandsaufnahme dieser Herausforderungen und unserer Stellung in der Welt.

Von besonderer Priorität für meinen Kontinent ist der wirtschaftliche Wandel. Er wird uns helfen, unsere Anfälligkeit für soziale, wirtschaftliche und ökologische Schocks zu verringern, aber diese Priorität gilt nicht für Afrika allein. Der jüngste Wirtschaftseinbruch, der die Welt in eine Rezession stürzte, die wachsende Kluft zwischen Reich und Arm mit den damit einhergehenden Ungleichheiten, die soziale Unruhen schüren, das sich verschärfende Problem der Jugendarbeitslosigkeit sowie die globalen

Umweltbedrohungen, die durch negative wirtschaftspolitische Maßnahmen verursacht werden, zeigen ganz deutlich, dass der Wandel überall notwendig ist, nicht nur in Afrika.

Als die Hochrangige Gruppe der Vereinten Nationen für die Entwicklungsagenda nach 2015 im Januar 2013 in Liberia zusammentrat, benannten wir unter dem allgemeinen Thema „Wirtschaftlicher Wandel“ sechs Schlüsselbereiche, die unserer Auffassung nach Teil einer Transformationsagenda sein müssen: Bemühungen um ein inklusives Wachstum, das Ungleichheiten verringert, Förderung der wirtschaftlichen Diversifizierung und Wertschöpfung, Schaffung eines stabilen, förderlichen Umfelds für die Entfaltung des Privatsektors und des freien Unternehmertums, Notwendigkeit der Veränderung unserer Produktions- und Konsummuster zum Schutz unseres Ökosystems, Schaffung und Stärkung fairer und transparenter Institutionen und schließlich die Notwendigkeit, gleiche Chancen für alle zu schaffen.

Heute bieten sich Möglichkeiten, die den Wandel nicht nur einleuchtend, sondern sehr erschwinglich machen. Wir leben in einer Zeit, in der rasche technologische Veränderungen, die vor allem durch die Informationsrevolution vorangetrieben werden, die Integration der Weltwirtschaft vertiefen, die Arbeitsmarktstrukturen verändern, neue wirtschaftliche Chancen für alle Länder bieten, grünes Wachstum erleichtern und zahlreiche Länder mit niedrigem Einkommen in die Lage versetzen, den wirtschaftlichen Wandel durch Überspringen einzelner Phasen schneller zu verwirklichen.

Wir verfügen über die Mittel und Kapazitäten, um Veränderungen zu bewirken. Die Konsultationen über eine Post-2015-Entwicklungsagenda sind vielversprechend. Sie lassen eine Welt mit einer gemeinsamen Vision, mit Chancen und mit geteilter Verantwortung erwarten. Afrika wird seinen Beitrag zur Entwicklung einer Welt leisten, in der niemand zurückgelassen wird, in der alle die gleiche Chance auf Wohlstand haben und in der wir Achtung für unsere Umwelt zeigen.

oder in die Regelungen für Elternurlaub auch Väter einbeziehen.

- *Vollbeschäftigung sollte für alle Gesellschaften, egal auf welcher Entwicklungsstufe, ein politisches Ziel sein.*

Wenn Menschen keine oder nur eine schlecht bezahlte Beschäftigung finden können, stellt dies eine wichtige Quelle der Vulnerabilität dar, mit dauerhaften Auswirkungen für die Betroffenen, ihre Familien und ihr Umfeld. Es ist Zeit anzuerkennen, dass die Chance auf einen menschenwürdigen Arbeitsplatz ein fundamentaler Aspekt für den Erwerb von Verwirklichungschancen ist. Gleichzeitig ist anzuerkennen, dass das Streben nach Vollbeschäftigung Teil einer klugen und wirksamen Sozialpolitik ist. Die

Schaffung sinnvoller Beschäftigungsmöglichkeiten für alle erwachsenen Arbeitssuchenden sollte ebenso als universelles Ziel angestrebt werden wie Bildung oder Gesundheitsversorgung. Vollbeschäftigung sollte ein gesellschaftlich vereinbartes Ziel sein, nicht nur unter dem Aspekt sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Produktivität, sondern als wesentliches Element des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der grundlegenden menschlichen Würde.

Zu menschenwürdiger Arbeit mit angemessener Entlohnung gehören auch formelle Verträge, die plötzliche Entlassung verhindern und den Anspruch auf Sozialversicherung regeln. Eine solche Form der Arbeit kann die Risikoanfälligkeit der Beschäftigten enorm verringern, außer vielleicht in Zeiten

der Rezession. Um die menschliche Vulnerabilität generell zu reduzieren, ist also der Abbau der beschäftigungsbedingten Anfälligkeit von größter Bedeutung. Dies ist jedoch keine einfache Aufgabe. Es wird seit Langem anerkannt, wie wichtig Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit sind, aber dennoch herrscht in den meisten Ländern weiterhin hohe Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung.

- *Die Auswirkungen tatsächlich eintretender Krisen können durch Vor- und Nachsorgemaßnahmen abgemildert werden, die auch den Effekt haben können, dass die Gesellschaften danach widerstandsfähiger sind.*

Plötzlich auftretende Gefahren und Krisen, von Naturkatastrophen bis zu gewaltsamen Konflikten, haben häufig verheerende Folgen für die Fortschritte in der menschlichen Entwicklung. Der Aufbau von Kapazitäten für die Vorbereitung auf Katastrophen und die Bewältigung ihrer Folgen kann die Gemeinwesen dazu befähigen, diesen Schocks mit geringeren Verlusten an Menschenleben und Ressourcen zu widerstehen, und er kann einen schnelleren Wiederaufbau unterstützen. Maßnahmen zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Konfliktgebieten können die Konfliktgefahren langfristig verringern, während Frühwarnsysteme und bedarfsorientierte Institutionen die Auswirkungen von Naturkatastrophen begrenzen.

- *Anfälligkeiten haben zunehmend globale Ursachen und globale Auswirkungen. Sie erfordern daher kollektives Handeln und bessere internationale Governance.*

Umweltverschmutzung, Naturkatastrophen, Konflikte, Klimawandel und Wirtschaftskrisen halten sich nicht an politische Grenzen und können durch nationale Regierungen allein nicht bewältigt werden. Die

fragmentierten globalen Institutionen von heute sind weder ausreichend rechenschaftspflichtig noch ausreichend reaktionsschnell, um die drängenden globalen Herausforderungen zu bewältigen. Als integraler Bestandteil der Post-2015-Agenda sind bessere Koordinierung und vielleicht sogar bessere Institutionen erforderlich, um transnationale Schocks zu begrenzen und vordringlich auf die Änderungen unseres Klimas zu reagieren. Eine stärkere, bedarfsorientierte und repräsentativere Global Governance ist eine wesentliche Voraussetzung für wirksames Handeln auf globaler Ebene. Es kann viel getan werden, um die globalen und nationalen Krisenreaktionen zu verbessern, das Eintreten solcher Krisen zu verhindern und ihr Ausmaß zu begrenzen.

- *Um sicherzustellen, dass die Globalisierung die menschliche Entwicklung fördert und schützt, müssen globale Anstrengungen unternommen werden. Nationale Maßnahmen sind leichter umzusetzen, wenn globale Verpflichtungen und globale Unterstützung vorhanden sind.*

Ein internationaler Konsens über universelle soziale Sicherung würde der nationalen Politik Handlungsspielräume zur Bereitstellung besserer Dienstleistungen für alle Menschen eröffnen. Damit würde sich die Gefahr einer weltweiten Abwärtsspirale verringern. Elemente eines globalen Gesellschaftsvertrags könnten die Rechte aller Menschen auf Bildung, Gesundheitsversorgung, menschenwürdige Arbeit und Mitbestimmung über die eigene Zukunft anerkennen. Im Rahmen der globalen Agenda muss sich darum bemüht werden, in umfassender Weise Anfälligkeit zu verringern und Widerstandskraft zu stärken. Gleich ob es um die Definition neuer Ziele der nachhaltigen Entwicklung oder um die allgemeinere Diskussion über die Post-2015-Agenda geht – eine formelle internationale Verpflichtung würde mithelfen, universelles Handeln sicherzustellen.

Universalität sollte für alle Aspekte der nationalen Politik die Leitschnur sein, um sicherzustellen, dass alle Gruppen und Schichten der Gesellschaft über die gleichen Chancen verfügen.

**„Die Menschenrechte werden
nicht nur durch Terrorismus,
Unterdrückung und durch Morde
verletzt, sondern auch durch die
ungerechten wirtschaftlichen
Strukturen, die große
Ungleichheiten verursachen.“**

Papst Franziskus I

1.

Vulnerabilität und menschliche Entwicklung



„Menschliche Entwicklung ist ein Prozess zur Erweiterung der Wahlmöglichkeiten der Menschen. Die entscheidendsten davon sind: Ein langes und gesundes Leben zu führen, Bildung zu erhalten und einen angemessenen Lebensstandard zu haben.“
– Bericht über die menschliche Entwicklung 1990¹

„Vulnerabilität ist nicht dasselbe wie Armut. Sie bedeutet nicht Knappheit oder Mangel, sondern Schutzlosigkeit, Unsicherheit und das Ausgesetztsein gegenüber Risiken, Schocks und Stress.“
– Robert Chambers²

Am Sonntag, den 26. Dezember 2004, löste ein Erdbeben vor der Küste von Sumatra eine der schlimmsten Katastrophen seit Menschengehenken aus. Etwa 230.000 Menschen in 14 Ländern kamen ums Leben; der an den Lebensgrundlagen und Gemeinwesen entstandene Schaden lässt sich kaum ermessen. Fast ein Jahrzehnt später kämpfen viele Menschen noch immer damit, sich wieder ein Leben aufzubauen.

Negative Schocks können aus vielen Richtungen kommen. Ökologische Veränderungen können zu Naturkatastrophen wie Überschwemmungen oder Dürren führen. Wirtschaftliche Schocks können aufgrund einer Rezession oder sich verschlechternder Handelsbedingungen zum Verlust von Arbeitsplätzen führen. Gesundheitliche Schocks können bei Haushalten Einbußen beim Einkommen und gleichzeitig höhere Ausgaben für medizinische Versorgung verursachen. Und Kriege oder zivile Konflikte können tiefgreifende nachteilige Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung haben.

Eine Möglichkeit, die Anfälligkeit zu verringern, ist es, Katastrophen zu verhindern. Die Art und Weise, wie die Welt mit dem Klimawandel umgeht oder die globalen Finanzsysteme organisiert, kann von entscheidender Bedeutung für die Verminderung der Häufigkeit und des Ausmaßes von Schocks sein. Dort, wo keine Prävention möglich ist, können die Folgen gemildert werden, indem man die Bereitschaft und Reaktionsfähigkeit erhöht. Zwar lassen sich Naturkatastrophen nicht verhindern, doch Ökosysteme und seismische Aktivität können überwacht werden, und Frühwarnsysteme können Leben retten. Als im

Jahr 2010 in Island der Vulkan Eyjafjallajökull ausbrach, gab es keine Todesopfer: Durch die laufende Überwachung der seismischen Aktivität war man vorgewarnt, Rettungsdienste und Notfallpläne, mithilfe derer man die örtliche Bevölkerung über Nacht evakuieren kann, wurden mobilisiert, und der Luftraum von rund 20 Ländern wurde gesperrt. Als im Oktober 2013 der tropische Wirbelsturm Phailin über Indien hereinbrach, forderte er dank globaler Sturmüberwachungssysteme und der frühzeitigen Evakuierung von einer Million Menschen weniger als 50 Menschenleben, während es 1999, als letztmals ein ähnlicher Super-Zyklon die Region heimsuchte, noch 10.000 Tote gegeben hatte.³

Vulnerabilität kann auch verringert werden, indem die Widerstandsfähigkeit des Einzelnen wie auch die von Gemeinwesen gestärkt wird. Die Stärkung der Widerstandsfähigkeit kann manchmal im Zusammenhang mit einer bestimmten Bedrohung erfolgen, wie beispielsweise, dass Bodennutzungsgesetze geändert werden, um Menschen daran zu hindern, in überschwemmungsgefährdeten Gebieten zu siedeln. In anderen Fällen ist sie systemorientierter und langfristiger angelegt und will Menschen und Gesellschaften mit Kompetenzen ausstatten, um viele verschiedene Schocks überstehen und sich wieder davon erholen zu können. Sozialer Zusammenhalt kann sich tiefgreifend auf viele Aspekte des Lebens auswirken, vom Wiederaufbau nach Katastrophen bis hin zur Regierungsqualität. Bildung und Investitionen, insbesondere für die Jüngsten, können Menschen in die Lage versetzen, sich auch dann zurechtzufinden, wenn sie durch eine Finanzkrise oder Naturkatastrophe ihrer

Auf dem Weg zu mehr menschlicher Widerstandsfähigkeit: Konzepte und Definitionen

Der Begriff *Widerstandsfähigkeit* (bzw. *Resilienz*) wird von unterschiedlichen Disziplinen in unterschiedlicher Weise benutzt. In der Ökologie und den Naturwissenschaften wurde Resilienz traditionell als eine Eigenschaft verstanden, die es einem System ermöglicht, nach dem Erleiden eines Schocks seinen ursprünglichen Zustand wiederzuerlangen.¹ Der Begriff wird inzwischen unter dynamischeren Gesichtspunkten gesehen, wobei dies nicht ganz unumstritten ist. Der Weltklimarat definiert Resilienz als die „Fähigkeit eines Systems und seiner Bestandteile, ein Gefährdungseignis rechtzeitig und wirkungsvoll vorherzusehen, aufzufangen, sich darauf einzustellen oder sich von dessen Folgen zu erholen.“² Ein verwandtes Konzept, die *soziale Resilienz*, wird definiert als die Befähigung von Einzelnen oder Gruppen, unter neuen Gegebenheiten und nötigenfalls mit neuen Mitteln vorteilhafte Ergebnisse zu erzielen.³

Da das Konzept der Resilienz ursprünglich aus der Erforschung natürlicher Systeme und dem Ingenieurwesen stammt, wird es nach der herkömmlichen Definition dem Empowerment und der menschlichen Handlungsfähigkeit sowie den auf Macht bezogenen Begriffsinhalten der Vulnerabilität nicht hinreichend gerecht.⁴ Die Widerstandsfähigkeit einer Gruppe oder eines Gemeinwesens kann auf Kosten einer anderen Gruppe gehen.⁵ Bei der Beurteilung der Resilienz von Systemen müssen eventuell eingegangene Kompromisse und Asymmetrien zwischen unterschiedlichen Gruppen und Individuen innerhalb des Systems mit berücksichtigt werden.

Ein Herangehen an Resilienz vom Standpunkt der menschlichen Entwicklung stellt die Menschen und ihre Interaktionen in den Mittelpunkt, wobei Macht und soziale Stellung entscheidende Faktoren sind. Widerstandsfähigkeit gilt es sowohl auf der Ebene von Einzelpersonen – im Hinblick auf deren individuelle Befähigungen und soziale Kompetenzen – als auch auf der Ebene der Gesellschaft aufzubauen.

Widerstandsfähigkeit begünstigt auch ein besseres Verständnis von Systemen sowie der Wechselwirkungen von Komponenten und der damit verbundenen Rückkopplungen. Es ist wichtig, die Architektur und interne Logik von Systemen zu berücksichtigen, insbesondere da manche Systeme selbst Ursachen von Vulnerabilität sein können.⁶ Von Nutzen kann auch sein, wenn man versteht, was geschieht, wenn verschiedene Systembestandteile miteinander interagieren und wie ihre Interaktion unbeabsichtigte oder unvorhersehbare Folgen hervorrufen kann.⁷ Beispielsweise täte eine Studie über klimabedingte Katastrophen gut daran, die Stadt-Land-Problematik und das Migrationsgeschehen mit einzubeziehen.

Auch wenn die meisten Menschen in gewissem Maße anfällig sind, so richtet dieser Bericht das Hauptaugenmerk doch auf diejenigen, die von einer erheblichen Verschlechterung des Wohlergehens und der menschlichen Entwicklung besonders gefährdet sind. In welchem Ausmaß Schocks eine geringere menschliche Entwicklung zur Folge haben, ist von der Fähigkeit der Menschen abhängig, sich auf diese Schocks einzustellen und sie zu bewältigen. Diese Bewältigungs- und Anpassungsfähigkeit kann als *menschliche Resilienz* bezeichnet werden.

Vulnerabilität kann verringert werden, indem man Schocks vorbeugt oder die Widerstandsfähigkeit auf der Ebene von Individuen und Gemeinwesen stärkt. Aufgrund der Konstrukte der Gesellschaft sehen sich einige Menschen eingeschränkten Wahlmöglichkeiten und Befähigungen gegenüber. Bei menschlicher Resilienz geht es um die Beseitigung der Hindernisse, die Menschen in ihrer Handlungsfreiheit hemmen. Es geht auch darum, benachteiligten Menschen und ausgegrenzten Gruppen zu ermöglichen, ihre Anliegen zu äußern, damit Gehör zu finden und an der Gestaltung ihres Schicksals aktiv mitzuwirken.

Fußnoten

1. Holling 1973; Miller et al. 2010. 2. IPCC 2012, S. 2. 3. Hall und Lamont 2013. 4. Cannon und Muller-Mahn 2010. 5. Haushalte und Gemeinwesen können manchmal ihre Widerstandsfähigkeit nur auf Kosten ihres eigenen Wohlbefindens oder Selbstwertgefühls stärken; siehe Béné et al. (2012). 6. Stiglitz und Kaldor 2013a. 7. Gallopín 2006.

Lebensgrundlagen beraubt werden. Soziale Absicherung sowie bürgernahe Institutionen können sicherstellen, dass diejenigen, die Hilfe brauchen, diese im nötigen Umfang erhalten, und so die nachteiligen Auswirkungen verringern, die auch künftige Generationen beeinträchtigen könnten.

Bei *menschlicher Vulnerabilität* geht es um die Gefahr, dass die Errungenschaften der menschlichen Entwicklung und ihre Nachhaltigkeit ausgehöhlt werden. Eine Person (bzw. ein Gemeinwesen oder ein Land) ist dann anfällig, wenn das hohe Risiko einer künftigen Verschlechterung von Lebensumständen und Errungenschaften besteht. Natürlich leben wir alle in einer unsicheren Welt, und es wird

wohl nie möglich sein, derartige Risiken auf null zu reduzieren. Jeder, ob reich oder arm, ist in gewissem Maße anfällig. In diesem Bericht liegt das Hauptaugenmerk jedoch auf der Möglichkeit einer *erheblichen* Verschlechterung der Umstände, die Menschen in unannehmbar schlimme Verhältnisse – Armut und Elend – stürzt oder die Lebensbedingungen derer, die ohnehin schon unter einer niedrigen menschlichen Entwicklung leiden, noch weiter verschlechtern könnte.

In welchem Ausmaß Schocks eine geringere menschliche Entwicklung zur Folge haben, hängt von der Fähigkeit der Menschen, diese Schocks zu bewältigen, ab, aber auch davon, welche Hilfe sie eventuell erhalten.

Die Bewältigungs- und Anpassungsfähigkeit von Menschen wird hier als *menschliche Resilienz* bezeichnet (Kasten 1.1). Die meisten Menschen sind bis zu einem gewissen Grad widerstandsfähig – sie können beispielsweise mit kleineren Schocks zurechtkommen. Doch inwieweit sie auch mit großen oder dauerhaften Schocks fertigwerden können, ohne größere Opfer bringen zu müssen und in ihrer menschlichen Entwicklung zurückgeworfen zu werden, hängt von ihren jeweiligen Lebensumständen ab. Die erforderliche Anpassung richtet sich nach der Art des Schocks und den Lebensumständen der davon Betroffenen. Wer besser gestellt ist und sich bei Umstellungen leichter tut, ist widerstandsfähiger.

In diesem Bericht werden zwei grundlegende Aussagen entwickelt. Die erste besagt, dass die Vulnerabilität von Menschen erheblich von ihren Befähigungen und ihrem sozialen Kontext beeinflusst wird. Die zweite lautet, dass Defizite beim Schutz der Menschen gegen Vulnerabilität zumeist Folge einer unzulänglichen Politik und schwacher oder nicht funktionierender sozialer Institutionen sind. Zwar kann fast jeder anfällig gegenüber bestimmten Ereignissen oder Schocks sein, doch der Bericht befasst sich in erster Linie mit denjenigen, die durch Veränderungen ihrer persönlichen Umstände und durch externe Schocks ganz besonders gefährdet sind, insbesondere wenn diese durch anhaltende oder systematische Bedrohungen der menschlichen Entwicklung verursacht sind, wie z.B. Klimawandel, Gewalt und gesellschaftliche Schranken, die Menschen daran hindern, ihren vollen Handlungsspielraum auszuschöpfen.

Zwei zentrale Thesen dieses Berichts sind, dass die nachhaltige Verbesserung und Bewahrung individueller Wahlmöglichkeiten und Befähigungen sowie gesellschaftlicher Kompetenzen unerlässlich sind, und dass Strategien und Maßnahmen bei der menschlichen Entwicklung gezielt darauf hinwirken müssen, die Vulnerabilität zu verringern und die Widerstandsfähigkeit zu stärken. Ein besseres Verständnis von Vulnerabilität und Widerstandsfähigkeit aus einer mehrdimensionalen Perspektive der menschlichen Entwicklung ermöglicht eine eingehendere Analyse der wichtigsten Faktoren und Maßnahmen, die als Erklärung dafür

dienen können, warum manche Individuen, Gemeinwesen oder Länder widerstandsfähiger gegenüber nachteiligen Ereignissen sind und besser damit umgehen können.

In diesem Sinne versucht der Bericht eine Antwort auf einige grundlegende Fragen zu finden:

- Wer ist am anfälligsten? Welche Gruppen sind von Natur aus oder von ihrer Struktur her anfällig?
- Wie können Vulnerabilität verringert und menschliche Widerstandsfähigkeit gestärkt werden?
- Gibt es struktur- oder systembedingte Probleme, insbesondere auf globaler Ebene, die es in Angriff zu nehmen gilt, damit der Fortschritt bei der menschlichen Entwicklung besser gesichert werden kann?

Eine Perspektive der menschlichen Entwicklung

Dieser Bericht betrachtet Vulnerabilität aus einer Perspektive der menschlichen Entwicklung und geht über eine enge Auslegung von Vulnerabilität als „Risiken ausgesetzt zu sein“ hinaus. Diese Sichtweise unterstreicht die Bedeutung der Befähigungen von Menschen für die Minimierung nachteiliger Auswirkungen von Schocks und anhaltenden Bedrohungen. Außerdem bringt sie der Vulnerabilität zugrunde liegende wichtige Faktoren wie z. B. Ausgrenzung und Diskriminierung zutage, die allein aus einem risikobasierten Ansatz nicht ersichtlich würden. Die strukturbedingten Ursachen von Vulnerabilität sind der Schlüssel zum Verständnis, warum es manchen Gruppen und Menschen systematisch schlechter geht als anderen, wenn eine Katastrophe eintritt oder sogar dann, wenn sie ein sicheres Leben ohne Bedrohung durch Gewalt führen.

Ein risikobasierter Ansatz würde Maßnahmen zur Risikovorsorge wie z. B. Versicherungsschutz empfehlen. Solche Maßnahmen sind bestimmt wichtig, doch ein Ansatz der menschlichen Entwicklung bietet einen breiteren Katalog von politischen Maßnahmen zur Stärkung von Einzelnen und Gesellschaften und schlägt gleichzeitig Grundprinzipien vor, die befolgt und zu gezielten Maßnahmen

Die strukturbedingten Ursachen von Vulnerabilität sind der Schlüssel zum Verständnis, warum es manchen Gruppen und Menschen systematisch schlechter geht als anderen.

für die Verringerung der Vulnerabilität und Stärkung der Widerstandsfähigkeit ausgebaut werden können.

Menschen mit einem höheren menschlichen Entwicklungsstand, insbesondere solche, die sich guter Gesundheit und Bildung erfreuen, sind widerstandsfähiger als Menschen, die unterernährt sind und keine Bildung besitzen und deshalb in einer schlechteren Ausgangsposition sind, wenn es darum geht, als Reaktion auf negative Schocks den Beruf oder den Wohnort zu wechseln. Der Besitz von Vermögenswerten ermöglicht es Menschen, sich ihre Kernbefähigungen zu bewahren, indem sie diese Vermögenswerte einsetzen, wenn ihre Lebensumstände sich verschlechtern. Doch der soziale Kontext und die Machtverhältnisse sind von großer Bedeutung für die Vulnerabilität der Menschen. Beispielsweise können Minderheiten oder Menschen, die mit einer Behinderung leben, und selbst solche, die gesund und gebildet sind, sich gefährdet fühlen, wenn es ihnen nicht möglich ist, ihre Anliegen offen zu äußern, wenn das politische System ihre Äußerungen nicht ernst nimmt oder wenn Institutionen keine guten Dienstleistungen erbringen. In ähnlicher Weise spielt die Art der Risiken – insbesondere wenn diese anhaltend oder systembedingt sind – eine Rolle für die Ausprägung bestimmter Anfälligkeiten. Das Ansteigen des Meeresspiegels beispielsweise stellt langfristig ein Risiko für Gemeinwesen in Küstennähe dar.

Um bei einer Veränderung der Lebensumstände ihr Wohlergehen zu bewahren oder ihre Verluste zu minimieren, können Menschen oder Haushalte eine ganze Reihe verschiedener Anpassungen vornehmen, u. a. Orts- und Berufswechsel, ein verändertes Ausgabenverhalten, den Einsatz ihrer Vermögenswerte oder Schuldenaufnahme. Die Palette der verfügbaren Wahlmöglichkeiten richtet sich nach den Befähigungen des Einzelnen, seiner Stellung in der Gesellschaft und seinem Alter sowie mehreren weiteren Faktoren. Manche Gruppen wie Arme und „nahezu Arme“ verfügen üblicherweise kaum über Ersparnisse oder Vermögenswerte, auf die sie zurückgreifen könnten. Wenn eine Notlage entsteht, müssen sie sich nachteiliger Bewältigungsstrategien bedienen, z.B. vermindertes Nahrungsaufnahme

oder Kürzung der Ausgaben für Gesundheit oder die Bildung ihrer Kinder.⁴

Menschliche Widerstandsfähigkeit bedeutet, dass Menschen gefahrlos und ungehindert von ihren Wahlmöglichkeiten Gebrauch machen können. Dazu gehört, sich darauf verlassen können, dass die Möglichkeiten, die sich ihnen heute bieten, morgen nicht verschwunden sein werden. Eine geringere Anfälligkeit geht zwar oft mit größerer Widerstandsfähigkeit einher, doch Widerstandsfähigkeit ist mehr als nur das Gegenteil von Vulnerabilität. Zwar ist es wohl möglich, die Vulnerabilität zu verringern, indem man dafür sorgt, dass Schocks und Bedrohungen weniger häufig auftreten, doch auf die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft wirkt sich das kaum aus, solange nicht auch andere Maßnahmen durchgeführt werden. Um Widerstandsfähigkeit aufbauen zu können, bedarf es oft aktiver Maßnahmen sowohl zum Ausbau des Gemeinwesens als auch zur Aufhebung von Hürden bei der Meinungsfreiheit und zur Stärkung von Normen, nach denen in Not geratenen Mitmenschen geholfen werden muss. Dieser Zusammenhang sollte sinnvollerweise im Rahmen einer Entwicklung von der Vulnerabilität hin zur Resilienz gesehen werden.

Die Anfälligkeit von Menschen gegenüber bestimmten Schocks hängt nicht allein von ihrer eigenen Widerstandsfähigkeit ab, sondern auch davon, wie andere mit den Betroffenen umgehen. Zu den Institutionen, die in der Lage sind, Menschen in einer Notsituation zu unterstützen, gehören zahlreiche soziale und staatliche Institutionen auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene. Soziale Institutionen sind solche, in denen Menschen gemeinsam handeln; nicht dazu gehören gewinnorientierte Marktinstitutionen und der Staat.⁵ Zu den wichtigsten sozialen Institutionen zählen Familiennetzwerke (einschließlich globaler Familiennetzwerke), Gemeinwesenorganisationen und Nichtregierungsorganisationen. Das Ausmaß der Unterstützung durch soziale Institutionen hängt von den vorherrschenden Normen ab – beispielsweise davon, inwieweit Hilfe in Notlagen als gesellschaftliche Verpflichtung betrachtet wird – sowie von deren sozialen Kompetenzen bzw. ihrer Fähigkeit, Unterstützung zu leisten.⁶

Die Anfälligkeit von Menschen gegenüber bestimmten Schocks hängt nicht allein von ihrer eigenen Widerstandsfähigkeit ab, sondern auch davon, wie andere mit den Betroffenen umgehen.

Ein Ansatz der menschlichen Entwicklung bleibt unvollständig, wenn er nicht auch Vulnerabilität und Widerstandsfähigkeit in die Analyse mit einbezieht. Will man bei der menschlichen Entwicklung nachhaltigen Fortschritt erzielen, dann gilt es, die Wahlmöglichkeiten der Menschen zu erweitern und diese Wahlmöglichkeiten abzusichern. Die Welt hat nun schon seit einiger Zeit Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung erlebt. Doch dieser Fortschritt scheint durch Unsicherheit und durch anhaltende Ungleichheit und den Klimawandel zunehmend bedroht. Ein umfassenderes Verständnis von Vulnerabilität und Resilienz ist nötig, um Maßnahmen und Vorgehensweisen festlegen zu können, die zur Erhaltung des Fortschritts geeignet sind.

Dies wurde im *Bericht über die menschliche Entwicklung (HDR) 1994* zum Thema „menschliche Sicherheit“ erkannt. Dort wurde menschliche Sicherheit unter zwei Hauptgesichtspunkten definiert: „Sie bedeutet Sicherheit vor den ständigen Bedrohungen durch Hunger, Krankheit, Verbrechen und Unterdrückung. Sie bedeutet auch Schutz vor plötzlichen und schmerzlichen Störungen im Ablauf unseres täglichen Lebens – ob in der Familie, am Arbeitsplatz oder in unserer Umwelt.“⁷

Entsprechend der Auslegung im *HDR 1994* und später im Bericht der Kommission für Menschliche Sicherheit (Ogata und Sen) bedeutet ein gutes Abschneiden bei der menschlichen Sicherheit, dass ein hohes Niveau an menschlicher Entwicklung erreicht wurde und gleichzeitig die Menschen relativ sicher gegenüber Gefahren sind, die aus der Wirtschaft, schlechter Gesundheit, Gewalt und Verschlechterung der Umwelt herrühren.⁸ Der diesjährige Bericht ist zwar eng am Ansatz der menschlichen Sicherheit ausgerichtet, legt jedoch sein Hauptaugenmerk auf Vulnerabilität – auf Bedrohungen der Errungenschaften bei der menschlichen Entwicklung und Möglichkeiten, diese zu verringern. Dies ist eine direktere Methode, eine derart komplexe Fragestellung zu behandeln, insbesondere auch, da der Ansatz der menschlichen Sicherheit seit 1994 auf die unterschiedlichste Art und Weise ausgelegt worden ist. Von manchen wurde der Begriff der „menschlichen Sicherheit“ auf die Sicherheit Einzelner vor tätlichen Angriffen

reduziert,⁹ andere wiederum verwendeten ihn so, dass er fast jeden Aspekt der Entwicklung mit einschloss.¹⁰ In diesem Bericht ist die Herangehensweise an Vulnerabilität breiter angelegt als bei der ersten Auslegung, jedoch nicht so breit wie bei der zweiten. Sie umfasst Vulnerabilität gegenüber wie auch immer gearteten nachteiligen Ereignissen, von denen die Befähigungen und Wahlmöglichkeiten der Menschen bedroht werden könnten.

Motiviert ist diese Sichtweise vor allem auch von der Erkenntnis, dass ungeachtet des Fortschritts, der in vielen Ländern und in vielerlei Hinsicht bei der menschlichen Entwicklung erzielt wurde (siehe Kapitel 2), die Vulnerabilität vieler Menschen immer noch hoch ist und unter Umständen sogar zunimmt. Durch den Klimawandel ist es zu einem Anstieg von Elementarrisiken sowie einer Zunahme wirtschaftlicher Schwankungen im Zusammenhang mit der Globalisierung und der Rezession Ende der 2000er Jahre gekommen. Besonders die Beschäftigungsunsicherheit hat offenbar sowohl in reichen als auch in armen Ländern zugenommen.¹¹ Auch von globalen Pandemien geht weiterhin eine hohe Bedrohung aus. Manche Teile der Welt – insbesondere der Nahe Osten und Teile von Afrika – sind stark von politischer Gewalt bedroht, aber auch weltweit haben Terroranschläge Angst und Schrecken verbreitet. Aus Sicht der menschlichen Entwicklung ist es dringend notwendig, politische Handlungskonzepte auszumachen, die solche Bedrohungen vermindern, die menschliche Widerstandsfähigkeit erhöhen und Menschen schützen, wenn sie Gefahren ausgesetzt sind.

Die Konzepte von Vulnerabilität und Widerstandsfähigkeit leisten einen großen Beitrag zum Ansatz der menschlichen Entwicklung, denn sie betrachten nicht allein die Errungenschaften, sondern auch Risiken und Unwägbarkeiten. Durch sie können wir die möglichen Kehrseiten der menschlichen Entwicklung auf jeder beliebigen Ebene erkunden und Maßnahmen planen, um sie zu schützen und den Fortschritt zu sichern. Aus einer anderen Perspektive heraus zielen sie auf nachhaltige und sichere menschliche Entwicklung ab. Wenn Einzelne Belastungen ausgesetzt sind und wenn ihr Leben infolge eines Schocks permanent eingeschränkt ist, können ihre Befähigungen

Ein Ansatz der menschlichen Entwicklung bleibt unvollständig, wenn er nicht auch Vulnerabilität und Widerstandsfähigkeit in die Analyse mit einbezieht.

auf lange Sicht Schaden nehmen. Und diese verschlechterten Bedingungen können über Generationen hinweg Konsequenzen haben, insbesondere für Kinder und Frauen.

Anfällige Menschen in einer anfälligen Welt

Vulnerabilität als Konzept mag übermäßig breit angelegt und abstrakt erscheinen. Schließlich sind die meisten Menschen und die meisten Gesellschaften unabhängig von ihrem Entwicklungsstand in vielfältiger Weise anfällig für nachteilige Ereignisse und Umstände, die nicht immer vorhergesehen oder verhindert werden können. Wirtschaftliche Schwächen untergraben heute selbst in hochentwickelten Industriegesellschaften den Gesellschaftsvertrag, und es gibt nirgendwo ein Land oder Gemeinwesen, das immun gegen die langfristigen Auswirkungen des Klimawandels wäre. Doch Vulnerabilität als Konzept kann an Abstraktheit verlieren, wenn man es danach aufschlüsselt, wer anfällig ist, wofür die Betroffenen anfällig sind und warum (Grafik 1.1).

Wer ist anfällig?

Im Grunde ist jeder anfällig gegenüber irgendeinem nachteiligen Ereignis oder Umstand, doch manche Menschen sind anfälliger als andere. Eine Möglichkeit, wie man Gruppen identifizieren kann, die für negative Schocks oder Ereignisse anfällig sind, ist anhand von Schwellenwerten – dies ermöglicht außerdem bis zu einem gewissen Grad eine Messung von Vulnerabilität. Menschen sind anfällig für Armut, wenn sie „sich unter einer bestimmten akzeptablen Minimalschwelle von kritischen Wahlmöglichkeiten hinsichtlich verschiedener Dimensionen wie Gesundheit, Bildung, materielle Mittel und Sicherheit befinden oder in Gefahr sind, unter diesen Schwellenwert abzusinken.“¹² Es ist anzunehmen, dass die Schwellen je nach Entwicklungsniveau variieren werden.

Armut und Vulnerabilität sind miteinander verknüpft und mehrdimensional, und sie verstärken sich zuweilen auch gegenseitig. Aber sie sind nicht gleichbedeutend. Zwar ist

Vulnerabilität üblicherweise ein wichtiger Aspekt des Armseins, doch reich zu sein bedeutet nicht automatisch, dass man nicht anfällig wäre. Armut und Vulnerabilität sind beide dynamisch. Die Reichen sind vielleicht nicht immer oder ihr ganzes Leben lang anfällig, aber genauso werden auch einige der Armen womöglich nicht immer arm bleiben.

Doch die Armen sind von Natur aus anfällig, da sie nicht über ausreichende Kernbefähigungen verfügen, um ihre Handlungsfähigkeit in vollem Umfang ausüben zu können. Sie leiden unter vielen Entbehrungen. Nicht nur mangelt es ihnen an hinreichenden materiellen Vermögenswerten, sie sind oft auch schlecht gebildet, sind nicht gesund und weisen in anderen Bereichen Defizite auf. Genauso haben sie womöglich eingeschränkten Zugang zu den Justizsystemen.¹³ Sie neigen dazu, intrinsisch anfällig zu sein.

Die Armen fallen bereits unter die kritische Armutsschwelle. Falls Menschen als anfällig gelten, wenn sie einem hohen Risiko ausgesetzt sind, unter diese Schwelle abzusinken, dann sind automatisch alle Armen anfällig, da sie sich ja schon unterhalb dieser Schwelle befinden. Definitionsgemäß stimmt das, doch es ist mehr als nur eine Frage der Definition. Jeder, dem es an den Grundvoraussetzungen für ein im Mindestmaß akzeptables Leben mangelt, ist tatsächlich anfällig.

Fast 2,2 Milliarden Menschen sind anfällig für mehrdimensionale Armut, darunter fast 1,5 Milliarden, die mehrdimensional arm sind.¹⁴ Drei Viertel der Armen dieser Welt leben in ländlichen Gebieten, in denen die Landarbeiter, gefangen in einem Teufelskreis von niedriger Produktivität, saisonaler Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen, am stärksten von Armut betroffen sind.¹⁵ 1,2 Milliarden Menschen – 22 Prozent der Weltbevölkerung – leben von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag. Würde man die Grenze der Einkommensarmut auf 2,50 US-Dollar am Tag erhöhen, dann würde die globale Quote der Einkommensarmut auf rund 50 Prozent steigen, das wären 2,7 Milliarden Menschen.¹⁶

Verschiebt man die Armutsgrenze auf diese Weise, dann bezieht man eine große Zahl von Menschen mit ein, die potenziell anfällig für Armut und verschlechterte Lebensverhältnisse

Armut und Vulnerabilität sind miteinander verknüpft und mehrdimensional, und sie verstärken sich zuweilen auch gegenseitig

Wer ist anfällig, wofür und warum?



Quelle: HDR-Büro

sind. In Südasien leben 44,4 Prozent der Bevölkerung, d. h. rund 730 Millionen Menschen, von 1,25–2,50 US-Dollar am Tag.¹⁷ Viele, die erst seit Kurzem der Mittelklasse angehören, könnten leicht wieder in die Armut abrutschen, wenn sich die Umstände plötzlich ändern.

Weltweit ist der Anteil der in Einkommensarmut lebenden Menschen und der von mehrdimensionaler Armut Betroffenen in letzter Zeit zurückgegangen. Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, dass auch ihre Vulnerabilität abgenommen hätte (siehe Kapitel 3). Erhebliche Teile der Bevölkerung befinden sich nur knapp über der Armutsschwelle (die sog. „nahezu Armen“), und eine derartige Häufung lässt darauf schließen, dass spezifische oder generelle Schocks unschwer viele Menschen zurück in die Armut treiben könnten.

Vulnerabilität reicht jedoch noch weiter. Schlechte Gesundheit, Arbeitsplatzverlust, begrenzter Zugang zu materiellen Mitteln, Wirtschaftsabschwünge und ein unbeständiges Klima vergrößern allesamt die Vulnerabilität und wirtschaftliche Unsicherheit der Menschen, insbesondere wenn Vorkehrungen zur Risikominderung nicht ausreichend gefestigt und soziale Schutzmaßnahmen und Gesundheitssysteme nicht robust oder umfassend genug sind. Der Internationalen Arbeitsorganisation

(ILO) zufolge bieten weltweit nur ein Drittel aller Länder – in denen rund 28 Prozent der Weltbevölkerung leben – ihren Bürgern eine umfassende soziale Sicherung.¹⁸

Wenn also nur eine eingeschränkte soziale Sicherung besteht, können Finanzkrisen rasch zu tiefgreifenden sozialen Krisen führen. In Indonesien schoss während der asiatischen Finanzkrise Ende der 1990er Jahre die Armutsquote in die Höhe – von elf auf 37 Prozent.¹⁹ In ähnlicher Weise verursachte die globale Finanzkrise 2007/08 einen sprunghaften Anstieg bei der Erwerbsarmut. Schätzungen der ILO zufolge nahm die Zahl der Erwerbsarmen im Jahr 2011 um 50 Millionen zu. Nur 24 Millionen von ihnen kletterten im Zeitraum 2007 bis 2011 über die Einkommensarmutsgrenze von 1,25 US-Dollar am Tag, im Vergleich zu 134 Millionen zwischen 2000 und 2007.²⁰

Arbeit zählt zu den wichtigsten Sicherheitsquellen von Menschen. Arbeitsplätze ermöglichen und sichern den Lebensunterhalt, aber noch wichtiger im Hinblick auf die Verringerung der Vulnerabilität ist der Zugang zu angemessenen Arbeitsplätzen, die auch die nötige soziale Sicherung bieten. Zurzeit besteht eine Reihe von Hindernissen, die es schwerer machen, eine angemessene Arbeit zu finden. Eine davon ist die Globalisierung – sie hat die

Die Instabilität der internationalen Finanzen, regionale Pandemien, klimabedingte Katastrophen, bewaffnete Konflikte und fehlende Durchsetzung internationaler Normen und Standards wirken sich häufig direkt auf individuelle Befähigungen und soziale Kompetenzen auf der ganzen Welt aus.

sozialen Übereinkünfte in Bedrängnis gebracht und einige der eingebauten nationalen „Konjunkturpuffer“ abgebaut.²¹ Hinzu kommt der feste Glaube an sich selbst regulierende Märkte, insbesondere flexible Arbeitsmärkte, und an makroökonomische Maßnahmen, die eher auf Preisstabilität als auf Vollbeschäftigung ausgerichtet sind. Wenn es dann zu Krisen kommt, verstärken eine steigende Arbeitslosigkeit und eine eingeschränkte oder gar nicht vorhandene soziale Sicherung, die wirtschaftliche Unsicherheit und Vulnerabilität.

Durch die Stärkung von Befähigungen – in den Bereichen Gesundheit und Bildung sowie bei der Verfügung über Ressourcen – wird Vulnerabilität angegangen, indem Menschen in die Lage versetzt werden, auftretende Bedrohungen an Ort und Stelle zu bewältigen. Doch ein höherer Befähigungsstand kann allein noch nicht ausreichen – Frauen können sich unabhängig von ihrer Bildung durchaus unsicher fühlen. Außerdem funktionieren Menschen nicht als Einzelwesen – die Art und Weise, wie Individuen miteinander umgehen oder in Gruppen agieren, kann darüber entscheiden, wie sie Menschen im Verlauf von Krisen schützen. Ob nun restriktive Normen und Werte bestimmte Gruppen (wie z. B. Frauen und Minderheiten) einengen oder mangelnder Zusammenhalt in der Gesellschaft ein gemeinsames Handeln erschwert, beides wirkt sich darauf aus, wie Einzelne und Gemeinwesen auf Risiken und Bedrohungen reagieren.

An dieser Stelle stellt sich auch die immanente Frage nach Gerechtigkeit, denn Arme sind im Allgemeinen größeren Risiken ausgesetzt als Reiche. Arme Menschen und arme Länder sind in besonderem Maße von Vulnerabilität betroffen. Sie sehen sich größeren Schocks gegenüber, sind weniger anpassungsfähig und erhalten weniger Ausgleichszahlungen (oder gar keine), wenn Krisen eintreten.

Vulnerabilität gegenüber was?

Welchen Risiken sehen sich Einzelpersonen und Gesellschaften gegenüber, und was hat sich in den letzten Jahren verändert, dass Menschen sich nun schutzloser fühlen (Kasten 1.2)? Analytiker argumentieren, dass bestimmte Risiken sich offenbar verschärfen,

insbesondere diejenigen, die mit der Umwelt und dem Klimawandel verbunden sind sowie mit der zunehmenden Vernetzung von Ländern untereinander, wodurch der Zuständigkeitsbereich einzelstaatlicher Politik in Frage gestellt wird.²² Durch die Erderwärmung wird die Vulnerabilität infolge der Instabilität des Klimas, die sich in unbeständigen Wetterlagen und einer größeren Häufigkeit und Heftigkeit von Naturkatastrophen äußert, immer akuter. Wie im *HDR* 2011 aufgezeigt wurde, wirken sich diese wachsenden Bedrohungen am stärksten auf arme Menschen und arme Gemeinwesen aus: 98 Prozent der von Naturkatastrophen Getöteten und Betroffenen stammen aus Entwicklungsländern.²³ Bis zum Jahr 2025 könnte über die Hälfte der Bewohner von Entwicklungsländern durch Überschwemmungen und Stürme gefährdet sein.²⁴ Darüber hinaus sind die Bedrohungen, die von Umweltveränderungen ausgehen, im Begriff, chronisch zu werden – wie bei der seit Jahrzehnten herrschenden Dürre in der Sahelzone.²⁵ Darüber hinaus verlieren die Umweltsysteme immer mehr an Widerstandskraft, wie man am reduzierten regenerativen Wert der Waldbrände in den Vereinigten Staaten erkennen konnte.

Zunehmende Vulnerabilität und Bedrohungen machen vor Grenzen nicht halt.²⁶ Natürliche, finanzielle und andere Schocks in einem Land können globale Tragweite haben und weltweit den Entwicklungsfortschritt von Gemeinwesen und Ländern gefährden. Die Instabilität der internationalen Finanzen, regionale Pandemien, klimabedingte Katastrophen, bewaffnete Konflikte und fehlende Durchsetzung internationaler Normen und Standards wirken sich häufig direkt auf individuelle Befähigungen und soziale Kompetenzen auf der ganzen Welt aus.

Grenzüberschreitende Anfälligkeiten sind nichts Neues. Gemeinwesen und Einzelne, Organisationen und Firmen waren stets bedroht von externen Störereignissen wie durch die Natur oder von Menschen verursachte Katastrophen, wirtschaftlichen Höhen und Tiefen sowie übertragbaren Krankheiten. Es besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Netzwerke, die grundverschiedene Gemeinwesen miteinander verbinden, nie besser waren als heute. Daraus ergibt sich eine tiefgreifende

Schocks und Bedrohungen für die menschliche Entwicklung

Bedrohungen für die menschliche Entwicklung kommen von vielen verschiedenen Seiten.¹

Wirtschaftliche Risiken

Millionen von Haushalten führen ein ungewisses und nicht abgesichertes Leben, da ihr Einkommen und Wohlbefinden aufgrund von Schocks einer ständigen Bedrohung ausgesetzt sind. Da sie über keine privaten Ersparnisse und finanziellen Vermögenswerte verfügen und durch die einzelstaatliche Politik nicht ausreichend geschützt werden, sind diese Haushalte Finanzkrisen und Naturkatastrophen schutzlos ausgeliefert. In Entwicklungsländern, in denen ein Großteil der Beschäftigten in der informellen Wirtschaft tätig ist, wo sie keinerlei Sozialversicherungsschutz genießen, kann die wirtschaftliche Unsicherheit hoch sein. In den Entwicklungsländern in Afrika und Asien entfallen 25 bis 40 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung auf den informellen Sektor.² Doch wirtschaftliche Vulnerabilität ist nicht allein in Entwicklungsländern ein Problem. Da die Erholung von der globalen Wirtschaftskrise nur langsam voranschreitet, sehen sich viele Menschen in reichen Ländern weiterhin einer enormen Unsicherheit ausgesetzt. Für das Jahr 2014 wird mit einer Arbeitslosigkeit von mehr als elf Prozent in Frankreich, etwa 12,5 Prozent in Italien und knapp 28 Prozent in Griechenland und Spanien gerechnet. Die Arbeitslosenquote unter jungen Menschen ist noch höher – in Spanien beträgt sie fast 60 Prozent.³

Ungleichheit

Die 85 reichsten Menschen der Welt verfügen über ein genauso hohes Vermögen wie die ärmsten 3,5 Milliarden.⁴ Zwischen 1990 und 2010 ist die Einkommensungleichheit in den Entwicklungsländern um elf Prozent gestiegen.⁵ In den Bereichen Gesundheit und Bildung hat die Ungleichheit abgenommen, doch sie ist weiterhin hoch, vor allem in bestimmten Regionen. In Afrika südlich der Sahara herrscht die größte Ungleichheit bei der Gesundheitsversorgung, und Südasien weist die höchste Ungleichheit bei der Bildung auf.⁶ Ungleichheit stellt eine erhebliche Bedrohung für die menschliche Entwicklung dar, insbesondere weil sie ein Ausdruck von fehlender Chancengleichheit ist.⁷ Wenn eine bestimmte Schwelle überschritten wird, beeinträchtigt sie das Wachstum, die Armutsreduzierung und die Qualität des sozialen und politischen Engagements.⁸ Eine hohe Ungleichheit schwächt außerdem das gemeinsame Zielbewusstsein und fördert das Renditedenken einflussreicher Gruppen.⁹ Das Renditedenken, das darauf gerichtet ist, ein größeres Stück vom Kuchen abzukommen anstatt den Kuchen zu vergrößern, bringt die Ressourcenzuteilung in eine Schiefelage und schwächt die Wirtschaft.¹⁰ Ungleichheit hemmt künftige menschliche Entwicklung, da sie geringere Investitionen in die Grundversorgung und die öffentlichen Güter zur Folge hat, die Progressivität des Steuersystems verringert und die Aussicht auf politische Instabilität erhöht.¹¹ Eine hohe Ungleichheit zwischen verschiedenen Gruppen ist nicht nur ungerecht, sondern kann auch das Wohlergehen beeinträchtigen und die politische Stabilität gefährden. Wenn bestimmte Gruppen diskriminiert werden, erfolgt die Verteilung von Ressourcen und Macht nicht leistungsgerecht, und talentierte Menschen werden benachteiligt. Eine derartige Ungleichheit zwischen Gruppen schürt Unzufriedenheit und Unmut.¹²

Gesundheitsrisiken

Gesundheitliche Schocks können destabilisierender auf Haushalte und Gesellschaft wirken als vieles andere, wobei Hunger und Unterernährung die hohen Risiken, die mit durch Armut bedingten Gesundheitsgefährdungen verbunden sind, noch weiter verstärken. In Indien sind die Kosten der Gesundheitsversorgung für die Armen und selbst für die Mittelklasse zu einer Hauptursache von Verarmung geworden. Gesundheitsprobleme des

Hauptverdieners können Haushalte dauerhaft in Armut stürzen.¹³ Die jüngsten Daten deuten darauf hin, dass über 40 Prozent der Krankenhauspatienten sich entweder Geld leihen oder Vermögenswerte verkaufen müssen und dass nahezu 35 Prozent in die Armut abrutschen, weil sie für ihre Behandlung selber bezahlen müssen.¹⁴ Das Leben aller, nicht allein der Armen, ist gefährdet: durch die HIV/AIDS-Epidemie, das zunehmende Auftreten von Malaria und Tuberkulose, die rasche Ausbreitung von Denguefieber und Schweinegrippe sowie zunehmende Bedrohungen durch Bioterrorismus.

Umwelt- und Naturkatastrophen

Globale Risiken im Zusammenhang mit der Umwelt und dem Klimawandel scheinen sich immer weiter zu verschärfen. Der Klimawandel wird bewirken, dass es in trockenen Regionen zu mehr Dürren und zu häufigeren und heftigeren Wirbelstürmen, Taifunen und weiteren extremen Wetterereignissen kommt. Er wird außerdem zum Ansteigen des Meeresspiegels, zu Überschwemmungen, zur Wasserknappheit in Schlüsselregionen, zum Abwandern oder Aussterben von Pflanzen- und Tierarten sowie zur Versauerung der Weltmeere führen.¹⁵ Weitere Bedrohungen der Umwelt ergeben sich aus der zunehmenden Industrialisierung und raschen Verstädterung. Es gibt wohl kein Land, das keine wachsenden Probleme mit knappem Wasser, schlechter Sanitärversorgung, degradiertem Land, erodierten Böden, verschmutzter Luft und Bedrohungen der Biodiversität hätte. Der Klimawandel verstärkt die Unberechenbarkeit der Einkommen in der Landwirtschaft und die Unsicherheit von Lebensgrundlagen, die von Ökosystemen abhängig sind.¹⁶ So haben beispielsweise die Angehörigen von Hirtenvölkern im westlichen Niger die Auswirkungen einer anhaltenden Dürre in Verbindung mit Überweidung zu spüren bekommen – die Baumsavanne mit ihren immergrünen Gräsern hat sich in einen Flickenteppich von nackter Erde und ungenießbaren Sträuchern verwandelt.¹⁷

Ernährungsunsicherheit

Starke Schwankungen bei den Lebensmittelpreisen und der Verfügbarkeit von Nahrung geben angesichts der schlimmen Folgen für arme Menschen und arme Länder besonderen Anlass zu Besorgnis. Im Anschluss an die weltweite Wirtschaftskrise im Jahr 2008 hat die Zahl der Menschen, die weltweit an Hunger leiden, wegen der starken Zunahme der Nahrungsmittelpreise und aufgrund der Rezession weniger rasch abgenommen – nach Schätzungen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen waren es 2012 immer noch 842 Millionen Menschen.¹⁸ Dies zeugt stark von der Unzulänglichkeit globaler Bemühungen um die Abschaffung des Hungers und allgemeiner die Verringerung von Entbehrungen.

Körperliche Unsicherheit

Konflikte und Kriege fügen der Gesellschaft und der menschlichen Sicherheit Schocks zu. Eine große Bedrohung für das Leben und die Existenz der Menschen sind Ausbrüche von örtlicher Gewalt, Anschläge von terroristischen Gruppen, Kämpfe zwischen Straßenbanden und Proteste, die in Gewalt ausarten. Kriminelle und häusliche Gewalt tragen weiter zur persönlichen Unsicherheit bei. Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation zufolge sterben jeden Tag um die 4.400 Menschen durch vorsätzliche Gewalttaten.¹⁹ Von den schätzungsweise 1,6 Millionen Todesfällen durch Gewalt, die es im Jahr 2000 gab, waren knapp die Hälfte Suizide, fast ein Drittel waren Tötungsdelikte und ein Fünftel durch Krieg verursacht (mit hauptsächlich männlichen Opfern). In etlichen Konflikten wird die gezielte Verstümmelung von Zivilisten als bewusste Strategie eingesetzt, um Gemeinwesen zu demoralisieren und ihre sozialen Strukturen zu zerstören. Vergewaltigungen sind oft ein Mittel zum Ausdruck von Macht und Brutalität gegenüber Gemeinwesen.²⁰

Fußnoten

1. Eine ausführliche Liste und eingehende Betrachtung findet sich in: World Economic Forum (2014). 2. World Bank o. J. 3. OECD 2013d, f. 4. Fuentes-Nieva und Galasso 2014. 5. UNDP 2014. 6. Daten des HDR-Büros (siehe Tabelle 3 im Statistischen Anhang). 7. Hierbei handelt es sich um Ungleichheit, die auf Faktoren und Umstände zurückzuführen ist, die über den Verantwortungsbereich des Einzelnen hinausgehen, so wie Rassenzugehörigkeit und sozioökonomischer Hintergrund. Siehe Roemer (1993) und Van de Gaer (1993). 8. UNDP 2014. 9. Unter Umständen ist dies auch eine Folge dieses Verhaltens, da das Renditedenken die Ressourcen von unten nach oben umverteilt. 10. Stiglitz 2012b. 11. Pineda und Rodríguez 2006b; Bénabou 2000; Alesina et al. 1996. 12. Stewart, Brown und Mancini 2005. 13. Narayan und Petches 2007. 14. Raman und Björkman 2000. 15. IPCC 2013. 16. UNDP 2011a, 2012a. 17. Sinclair und Fryxell 1985; Tshipanga 2011. 18. FAO, IFAD und WFP 2013. 19. Krug et al. 2002b. 20. Krug et al. 2002a.

Durch ein hochintegriertes globales System wurden Investitionen, der Handel und das Wirtschaftswachstum angekurbelt, doch auch Schocks können ansteckend sein. Wenn globale Versorgungsketten unterbrochen werden, wirkt sich das auf weit mehr Menschen aus als nur auf die in dem Land, von dem der Schock ausgeht.

und völlig neue Form der Interdependenz, bei der die Handlungen jedes einzelnen Menschen sich möglicherweise auf die Lebenschancen Anderer rund um den Globus wie auch auf die Chancen von künftigen Generationen auswirken.

Durch ein hochintegriertes globales System wurden Investitionen, der Handel und das Wirtschaftswachstum angekurbelt, doch auch Schocks können ansteckend sein. Wenn globale Versorgungsketten unterbrochen werden, wirkt sich das auf weit mehr Menschen aus als nur auf die in dem Land, von dem der Schock ausgeht, wie das Erdbeben und der Tsunami in der japanischen Region Tohoku 2011 zeigen. Die asiatische Finanzkrise 1997 hatte verheerende Auswirkungen auf die Region und darüber hinaus. Und die Bankenpleiten in New York 2008 erschütterten überall das Finanzkapital und lösten eine immer noch nachklingende weltweite Rezession mit langfristigen Folgen aus. Länder und Individuen sind schlecht gerüstet, um auf globale Schocks reagieren zu können, und einige der politischen Lösungswege, die bisher eingeschlagen wurden, erzeugen allem Anschein nach neue Anfälligkeiten.²⁷

Eine vernetzte Welt schafft auch eine globale Nachfrage nach Arbeitnehmern mit unterschiedlichen Qualifikationen. Eine derartige Schaffung von Arbeitsplätzen ist positiv zu sehen und verbessert für gewöhnlich das Leben der Menschen. Heute gibt es auf der ganzen Welt mehr als 200 Millionen Migranten – eine im Allgemeinen anfällige Gruppe mit begrenzten förmlichen Schutzvorkehrungen. Viele Migranten – wenn nicht sogar die meisten – haben einen unsicheren Rechtsstatus und sehen einer ungewissen Zukunft entgegen. Sie müssen den Verlust von Würde, die Zerrüttung von Familien und sogar Gefahr von Gewalt mit der Aussicht auf bessere Verdienstmöglichkeiten aufwiegen.

Die sozialen Medien ermöglichen, dass Menschen auf der ganzen Welt immer vernetzter werden. Facebook und Twitter ist es zu verdanken, dass neu miteinander verbundene Gemeinschaften Ideen und Wissen in einer Weise miteinander austauschen, wie man es sich noch vor wenigen Jahren nicht hätte vorstellen können. Doch wie schon im *HDR* 2013 festgestellt

wurde, drängen viele Menschen – insbesondere jüngere, die besser ausgebildet sind und sich mit sozialen Medien auskennen – auf bessere, sicherere Arbeitsplätze und darauf, mit Achtung behandelt zu werden. Sie verlangen von den Regierungen, es besser zu machen. Darin besteht eindeutig eine Kraft, die Veränderungen vorantreiben könnte, doch wie sich in den vergangenen Jahren erwiesen hat, kann sozialer und politischer Wandel unruhige Verhältnisse, ja sogar Konflikte hervorrufen, wenn er nicht gut gehandhabt wird.

Das Warum der Vulnerabilität

Dieser Bericht analysiert systembedingte und übergreifende Vulnerabilität, die die Fähigkeit von Einzelnen, ihre eigenen Angelegenheiten zu regeln, verringert und die Grundlagen der Gesellschaft schwächt. Er betrachtet Gruppen von Menschen, die strukturbedingt am anfälligsten sind, und versucht zu verstehen, warum das so ist. Er entwickelt außerdem das Konzept von Lebensbefähigungen, indem er untersucht, wie sich die Vulnerabilität im Verlauf eines Lebens verändert. Dieser Ansatz weist auf heikle Übergangsphasen im Leben hin, in denen Unterstützung benötigt wird, und schätzt ab, wie Anfälligkeiten mit zunehmendem Lebensalter von Menschen zusammenspielen und sich verstärken können.

Strukturbedingte Vulnerabilität wurzelt in der Stellung von Menschen in der Gesellschaft – ihrem Geschlecht, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Rasse, der Art ihrer Tätigkeit oder ihrem sozialen Status – und bildet sich allmählich heraus, um über längere Zeit hinweg bestehen zu bleiben. Ein umfassenderes Verständnis dieser Vulnerabilität beinhaltet, dass Menschen, die ansonsten mit gleichen Befähigungen ausgestattet sind, sich aufgrund dessen, wer sie sind, wo sie leben oder was sie tun, dennoch unterschiedlichen Hindernissen gegenübersehen können.

Die Armen sind eine derartige strukturbedingt anfällige Gruppe. Doch arme Menschen sind nicht die einzige Gruppe, die sich in dieser Weise kategorisieren lässt. Politische und wirtschaftliche Diskriminierung gibt es in Ländern, die beim Index der menschlichen Entwicklung auf unterschiedlichstem Niveau

stehen. Minderheiten und sozial ausgegrenzte Gruppen erfahren eine hohe horizontale Ungleichheit und werden beim Zugang zu Arbeitsplätzen, Justiz und Dienstleistungen häufig diskriminiert.²⁸ Das Projekt „Minorities at Risk“ (Gefährdete Minderheiten) hat mehr als 283 Minderheitengruppen in über 90 Ländern ausgemacht, die in unterschiedlichem Maße von einer politischen und wirtschaftlichen Ausgrenzung betroffen sind, die von Missachtung bis hin zu Unterdrückung reicht.²⁹ Vor allem indigene Völker erfahren nur schwachen Schutz ihrer Eigentumsrechte³⁰ und sind daher dem Risiko von Enteignung und Ausbeutung ausgesetzt.

Menschen erleben viele Anfälligkeiten aufgrund wirtschaftlicher, ökologischer, physischer, gesundheitlicher und anderer Unsicherheiten. Sich überlappende strukturbedingte Anfälligkeiten können die nachteilige Auswirkung auf Freiheiten und Funktionstüchtigkeit ganz erheblich verstärken. Nehmen wir zum Beispiel ältere Menschen. Je älter man wird, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, mit Behinderungen leben zu müssen. Weltweit leben mehr als 46 Prozent aller über 60-jährigen mit einer Behinderung.³¹ Wenn Anfälligkeiten einander überlagern, fällt es den Einzelnen sehr viel schwerer, sich von Erschütterungen in ihrem Leben wieder zu erholen oder auch, neue Möglichkeiten in Befähigungen umzuwandeln. Vor allem arme Haushalte äußern Ängste, dass sie ihre Arbeitsstelle verlieren oder keine Arbeit finden können, dass ihre Kinder krank werden, dass sie nicht in der Lage sind, ihre Kinder zur Schule zu schicken und dass sie einen Verlust ihrer Würde erleben.

Eine solche Vulnerabilität führt zu weitverbreiteten und andauernden Unterschieden bei den Befähigungen ausgegrenzter Gruppen und bei den Indikatoren ihres Wohlbefindens. Während beispielsweise indigene Völker nur etwa fünf Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, stellen sie 15 Prozent der Armen und 33 Prozent der extrem armen Landbewohner der Welt.³² Und in den meisten Regionen der Erde beschneidet politische Ausgrenzung das Mitspracherecht von Frauen und ihre Möglichkeiten zur Mitgestaltung von Gesetzen und Politik, die sich auf ihr Leben auswirken. Lediglich in Kuba und Ruanda entspricht der

Frauenanteil im Parlament ihrem Anteil an der Bevölkerung.³³

Diese Anfälligkeiten sind über die Lebensphasen hinweg nicht gleichmäßig verteilt. Sie stellen sich im Säuglingsalter bis zur frühen Kindheit besonders akut dar, da dann die Anfälligkeit für Krankheiten, soziale Zerrüttung und Versäumnisse in Bezug auf Lernen und Ernährung am größten ist. Eine hochwertige Gesundheitsversorgung sowie geistige Anregung schon im frühesten Alter kann es einem Kind ermöglichen, einen Lebensweg hin zu höheren menschlichen Befähigungen einzuschlagen. Das Jugendalter bringt im sozialen und im Bildungsbereich wie auch im Hinblick auf die körperliche und seelische Gesundheit sowohl Chancen als auch Vulnerabilität mit sich. Ältere Menschen sind auf Pflegekräfte, zugängliche öffentliche Dienstleistungen und oft auch auf wirtschaftliche Unterstützung angewiesen. Das Konzept der *Lebensphasen* oder der *Lebensbefähigungen* erfasst diese entscheidenden Veränderungen und was sie für Maßnahmen zur Verminderung von Anfälligkeiten bedeuten.

Wahlmöglichkeiten und Befähigungen

Bedrohungen von Wahlmöglichkeiten und Befähigungen äußern sich in Vulnerabilität. Wenn es bei der menschlichen Entwicklung um die Erweiterung von Wahlmöglichkeiten geht, dann ist menschliche Vulnerabilität ihrem Wesen nach auf eine Beschränkung der Wahlmöglichkeiten zurückzuführen, die für die menschliche Entwicklung entscheidend sind – Wahlmöglichkeiten bezüglich Gesundheit, Bildung, Verfügung über materielle Mittel und persönlicher Sicherheit.

Einzelne neigen dazu, sich anfälliger zu fühlen, wenn sie nur wenige und ungewisse Optionen haben. Wirtschaftlich unabhängige Frauen sind tendenziell weniger anfällig als solche, die für ihren Lebensunterhalt auf andere angewiesen sind. Ebenso sind ungebildete und unqualifizierte Arbeitnehmer anfälliger als gut ausgebildete Menschen, weil sie weniger Arbeitsmöglichkeiten haben. Bei hoch verschuldeten Haushalten ist davon auszugehen,

Wenn es bei der menschlichen Entwicklung um die Erweiterung von Wahlmöglichkeiten geht, dann ist menschliche Vulnerabilität ihrem Wesen nach auf eine Beschränkung der Wahlmöglichkeiten zurückzuführen.

Wahlmöglichkeiten beruhen auf Befähigungen. Die Befähigungen eines Individuums – alles, was jemand tun oder sein kann – bestimmen die Entscheidungen, die es treffen kann.

dass sie anfälliger gegenüber Ausbeutung und weniger gut in der Lage sind, sich im Notfall selber zu schützen.

Wahlmöglichkeiten beruhen auf Befähigungen. Die Befähigungen eines Individuums – alles, was jemand tun oder sein kann – bestimmen die Entscheidungen, die es treffen kann. Menschen sind anfällig, wenn es ihnen an ausreichenden Kernbefähigungen fehlt, da dies ihre Handlungsfähigkeit gravierend einschränkt und sie davon abhält, die Dinge zu tun, auf die sie Wert legen, oder mit Bedrohungen umzugehen.

Vulnerabilität ist facettenreich und dynamisch. Es reicht nicht aus, ausschließlich die wirtschaftliche Vulnerabilität, eng definiert als niedrige und unregelmäßige Einkünfte, in den Mittelpunkt zu stellen. Erst die Betrachtung von menschlicher Vulnerabilität im Zusammenhang mit Befähigungen, Wahlmöglichkeiten und Freiheiten ermöglicht es, die volle Bandbreite von Anfälligkeiten zu analysieren. Fehlendes Einkommen ist sicherlich nicht die einzige Ursache von Vulnerabilität. Jemand, der zwar über ein hohes Einkommen verfügt, aber keine Möglichkeit hat, politisch zu partizipieren, ist nicht arm im herkömmlichen Sinne, kann dafür aber höchst anfällig für Diskriminierung und Vernachlässigung sein. Andererseits kann eine wohlhabende Person anfällig gegenüber gewalttätigen Angriffen sein, der Besitz von Ressourcen kann allerdings die Vulnerabilität dieser Person vermindern, da reichere Menschen sich gegen viele Widrigkeiten besser schützen können.

Arbeitslose Menschen, die Anspruch auf Sozialversicherungs- oder Arbeitslosenleistungen haben, können weniger gefährdet durch Einkommenseinbußen sein, doch die Arbeitslosigkeit hat noch weitere, schwerwiegende Auswirkungen auf ihr Leben. Es ist hinreichend nachgewiesen, dass der Wert eines Arbeitsplatzes weit über den erhaltenen Lohn hinausgeht³⁴ und dass damit Arbeitslosigkeit weit mehr bedeutet als den Verlust von Einkommen. Zu den Folgen von Arbeitslosigkeit gehören psychische Schäden (wie verminderte Arbeitsmotivation und geringeres Selbstvertrauen), das Verlernen von Fertigkeiten, verstärkte Gesundheitsprobleme und Krankheiten (bis hin zum Tod), Beeinträchtigungen der familiären Beziehungen

und des Soziallebens sowie gesellschaftliche Ausgrenzung.³⁵

Die Betrachtung von Vulnerabilität im Kontext von Befähigungen und Wahlmöglichkeiten legt das Augenmerk auf die wichtigen Zusammenhänge zwischen menschlicher Vulnerabilität, persönlichen Unterschieden, ökologischen Verschiedenheiten, sozialen Abweichungen, beziehungsorientierten Perspektiven und der Verteilung von Ressourcen unter den Haushalten. Vulnerabilität kann abhängen vom Alter und Geschlecht einer Person, ihren sozialen Rollen, ihrem Standort und epidemiologischem Umfeld sowie anderen Abweichungen, die sich nur wenig oder gar nicht kontrollieren lassen.³⁶

Vor allem Alter und Behinderung sind wichtige Facetten der Vulnerabilität. Kinder sind von Natur aus anfälliger als andere Menschen. Für sie besteht eine größere Gefahr als bei Erwachsenen, beispielsweise bei einer Massenpanik, einer Überschwemmung oder einem Wirbelsturm verletzt oder getötet zu werden. Ebenso sind alte und behinderte Menschen, die in Hochhäusern wohnen, im Brandfall stärker gefährdet als Erwachsene und Jugendliche, da sie nicht wie diese die Treppen hinunterrennen können. Junge Menschen wiederum sind anfälliger für hochriskante Verhaltensweisen – zum Beispiel, wenn sie den Verheißungen verlockender Werbung für Zigaretten und Alkohol erliegen.

Selbst dann, wenn Einzelne über ein ähnliches Einkommen oder eine vergleichbare Bildung verfügen, wird ihre Vulnerabilität davon abhängen, ob sie ungeachtet ihrer Rassen-, Religions- oder ethnischen Zugehörigkeit gleichberechtigt an der Gesellschaft teilnehmen können. Die Qualität von Institutionen beeinflusst daher die Vulnerabilität und die Fähigkeit, Krisen zu bewältigen.

Sowohl reale als auch gefühlte Bedrohungen wirken sich auf das Verhalten aus. Angst vor gewalttätigen Übergriffen ist für Frauen überall auf der Welt von besonderem Belang. Der Begriff *körperliche Unversehrtheit* verleiht dieser Form von Vulnerabilität konkrete Bedeutung.³⁷ Man denke nur an die brutale Vergewaltigung in Delhi, die 2012 weltweite Schlagzeilen machte und schlaglichtartig beleuchtete, wovor Frauen in vielen Gesellschaften sich in ihrem

Alltagsleben fürchten. Eine gute Ausbildung oder ein hohes Einkommen bieten keinen ausreichenden Schutz vor einer derartigen Bedrohung der körperlichen Unversehrtheit.

Wahrscheinlich gibt es keinen anderen Aspekt der menschlichen Sicherheit, der für die Menschen so entscheidend ist wie ihre Sicherheit vor körperlicher Gewalt, denn diese kann den erlebten Wert des menschlichen Fortschritts mit einem Mal hinfällig werden lassen. Selbst in Lateinamerika und der Karibik, Regionen mit einer hohen menschlichen Entwicklung, fürchten sich viele Menschen vor einer Bedrohung der Fortschritte durch die Zunahme von Tötungsdelikten und anderen Gewaltverbrechen. In weiten Teilen West- und Zentralafrikas drohen bewaffnete Konflikte und Gesetzlosigkeit die Erfolge der menschlichen Entwicklung wieder zunichte zu machen, was langfristige Rückwirkungen auf die nationalen Fortschritte hätte.

Die Existenz von Gewalt, mit der Bedrohung, die davon ausgeht, spielt üblicherweise im Leben der Armen und sozial Ausgegrenzten eine größere Rolle. Sie wirkt sich mehr auf die Wahlmöglichkeiten und Freiheiten von Frauen aus, und meistens sind davon eher Menschen betroffen, denen geringere Ressourcen und Befähigungen zur Verfügung stehen, um Streitigkeiten durch Verhandlungen beilegen zu können. Gewalt bedeutet Machtausübung, um durch Tötlichkeiten und Bedrohungen Wahlmöglichkeiten und Freiheiten zu beschneiden. Sie ist außerdem ein Mittel zur Durchsetzung sozialer und kultureller Normen.³⁸

Von weiterer entscheidender Bedeutung ist wirtschaftliche Sicherheit. In der Welt von heute sehen sich zahlreiche Menschen wirtschaftlicher Unsicherheit gegenüber und müssen Angst haben, nicht über die Runden zu kommen. In Entwicklungsländern sind die Hälfte bis drei Viertel der nicht in der Landwirtschaft Beschäftigten in der informellen Wirtschaft tätig.³⁹ Da sie keine Arbeitsplatzsicherheit und keine soziale Absicherung haben, führen informelle Arbeitnehmer ein unberechenbares und prekäres Leben und sind anfällig für Missbrauch und Korruption, oft ausgerechnet vonseiten derjenigen Ordnungskräfte und staatlichen Einrichtungen, die sie eigentlich schützen sollten. In den Industrieländern sind

die Auswirkungen der globalen Finanzkrise immer noch bemerkbar. Griechenland, Irland und Italien haben sich von ihrem wirtschaftlichen Abschwung im Jahr 2008 noch nicht erholt.⁴⁰ Die Vereinigten Staaten haben vielleicht einen großen Teil ihres Wirtschaftswachstums wiedererlangt, doch es gibt dort weiterhin viele Langzeitarbeitslose.⁴¹ Zudem sieht eine ganze Generation von jungen Leuten einer höchst unsicheren Zukunft entgegen, was Arbeitsplätze und Finanzen betrifft.⁴²

Wirtschaftliche und persönliche Sicherheit sind eng miteinander verknüpft. Die Menschen fühlen sich sicher, wenn sie Arbeitsplätze haben, die ihnen eine ausreichende soziale Absicherung bieten, sodass sie zuversichtlich in die Zukunft blicken können. Vollbeschäftigung senkt die Kriminalität und steigert das allgemeine Wohlergehen.⁴³ Im Gegensatz dazu sorgt eine hohe Arbeitslosigkeit für Verunsicherung und vermittelt ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit. Gleichermaßen münden eine langjährige Ungleichbehandlung und die Vorenthaltung von Rechten in eine tiefgreifende Diskriminierung, und bisweilen sind Gruppen oder Vereinigungen bestrebt, mit gewaltsamen Mitteln Abhilfe für seit Langem bestehende Ungerechtigkeiten zu schaffen. In Indien gibt es in vielen Bezirken – die Schätzungen reichen von einem Zehntel bis zu einem Drittel aller Bezirke – Rebellenbewegungen oder regierungsfeindliche Gruppen wie die Naxaliten und sonstige maoistische Gruppierungen, die in der einen oder anderen Form einen bewaffneten Kampf führen.⁴⁴ Horizontale Ungleichheit und verweigerte Grundrechte sind oft die Ursachen für die Gewalt von Gruppen.⁴⁵

Politische Maßnahmen und kollektives Handeln

Ein Kernaspekt der menschlichen Entwicklung ist die Freiheit, ein lebenswertes Leben zu führen, um seine Angelegenheiten angemessen regeln zu können. Höhere Befähigungen, insbesondere was die Ausbildung anbelangt, erhöhen die menschliche Handlungsfähigkeit – die Fähigkeit von Menschen, Entscheidungen zu treffen. Sie ist eine Form von Freiheit, nämlich die Freiheit zu handeln. Doch höhere

Wahrscheinlich gibt es keinen anderen Aspekt der menschlichen Sicherheit, der für die Menschen so entscheidend ist wie ihre Sicherheit vor körperlicher Gewalt, denn diese kann den erlebten Wert des menschlichen Fortschritts mit einem Mal hinfällig werden lassen.

Wenn kein starker sozialer Zusammenhalt vorhanden ist und eine ethnische und sonstige Zersplitterung besteht, wird die Fähigkeit einer Gesellschaft zum gemeinsamen Handeln bei der Reaktion auf nachteilige Ereignisse stark vermindert.

Befähigungen reichen womöglich nicht aus. Um im vollen Umfang handlungsfähig zu sein, müssen Menschen auch frei von sozialen, institutionellen und sonstigen Zwängen sein, die ihre Handlungsfähigkeit hemmen. Die Mitwirkungsmöglichkeiten sind zwar ihrem Wesen nach an das Individuum gebunden, aber es kann auch für Gesellschaften eine sinnvolle Analogie gezogen werden. Wenn kein starker sozialer Zusammenhalt vorhanden ist und eine ethnische und sonstige Zersplitterung besteht, wird die Fähigkeit einer Gesellschaft zum gemeinsamen Handeln bei der Reaktion auf nachteilige Ereignisse stark vermindert.

Wie bereits hervorgehoben wurde, geht es in diesem Bericht darum, tiefgreifende, systembedingte Vulnerabilität in Angriff zu nehmen sowie politische Maßnahmen und soziale Institutionen zu untersuchen, die die Menschen stärken und robustere Grundlagen für widerstandsfähigere Menschen und Gesellschaften schaffen. Es wird hier nicht der Versuch unternommen, Patentlösungen dafür aufzuzeigen, wie man spezifischen Risiken begegnen kann oder die Unzulänglichkeiten bestimmter Systeme beim Risikomanagement, wie z.B. beim Umgang mit Naturkatastrophen, zu überwinden.

Einzelstaatliche Regierungen tragen die zentrale Verantwortung dafür, gefährdeten Menschen zu helfen, insbesondere wenn andere Institutionen dabei versagen, doch das Maß, in dem sie dieser Verantwortung nachkommen, ist recht unterschiedlich. In Gesellschaften mit einem ausgeprägten sozialen Zusammenhalt spielen neben dem Staat auch soziale Institutionen üblicherweise eine größere Rolle.⁴⁶ Soziale Institutionen unterstützen gefährdete Menschen, wo der soziale Zusammenhalt stark ist. In gespaltenen Gesellschaften hingegen können soziale Institutionen zwar sehr viel Unterstützung innerhalb einer bestimmten Gruppe leisten, aber weniger gruppenübergreifend. Auch internationale Unterstützung (ob offiziell oder inoffiziell) ist hilfreich, wobei Finanz- und Sachmittel im Allgemeinen als Reaktion auf größere Katastrophen fließen, etwa nach Tsunamis, Wirbelstürmen oder Kriegen.

Nationale Politikmaßnahmen und internationales Handeln sind interdependent. Globale Regelwerke und Normen sowie gemeinsames

Handeln wirken sich bisweilen auf den Umfang und die Effizienz einzelstaatlicher Reaktionen auf größere Krisen aus oder können diese bestimmen. Sie können sogar neue Anfälligkeiten hervorrufen. Obwohl ein integriertes globales System viele Vorteile mit sich gebracht hat, indem es Investitionen, den Handel und das Wirtschaftswachstum ankurbelte, hat es gleichzeitig auch die Vulnerabilität verstärkt. Denn Schocks finanzieller, natürlicher oder sonstiger Art, die in einem Teil der Welt auftreten, können leicht in andere Teile der Welt weitergetragen werden. Bislang gibt es auf globaler Ebene noch keine Entsprechung zu den in vielen entwickelten wie auch in einigen Entwicklungsländern bestehenden impliziten Gesellschaftsverträgen, die Staaten darauf verpflichten, das Wohlergehen der Menschen durch Sozialversicherungs- und Arbeitslosenleistungen zu wahren, wenn die wirtschaftlichen und sozialen Lebensumstände von Menschen beeinträchtigt sind.

Aber nicht nur Einzelpersonen sind anfällig, auch Gemeinschaften, Regionen und Länder können es sein. Einige Länder sind stärker betroffen und müssen größere Schocks (wirtschaftliche, ökologische, politische) verarbeiten als andere, während manche Länder widerstandsfähiger als andere und damit besser in der Lage sind, ihre menschliche Entwicklung angesichts derartiger Schocks aufrechtzuerhalten. Wie die einzelnen Armen, so sind auch arme Länder allgemein anfälliger als reiche, von größeren Schocks betroffen und weniger widerstandsfähig. Im Vergleich zu Individuen in den reichen Ländern sind Individuen in armen Ländern zumeist anfälliger, haben geringere soziale Kompetenzen sowie Regierungen, die weniger Ressourcen zur Verfügung haben, um sie gegen Widrigkeiten schützen zu können.

Regierungen mögen sich dieser Problematik vielleicht bewusst sein, doch die Märkte sind blind dafür. Die Tätigkeit von Märkten kann zwar die Vulnerabilität verringern – durch die Erhöhung von Produktion, Wirtschaftswachstum und Einkommen –, sie verstärken aber ohne Frage auch die Vulnerabilität, indem sie im Streben nach Produktivität und Profiten die öffentlichen Güter und menschliche Sicherheit vernachlässigen. Wenn man die Vulnerabilität

verringern will, müssen die Märkte daher reguliert und ergänzt werden. Öffentliche Güter können dafür sorgen, dass Märkte – sowohl national als auch global – besser funktionieren und nachhaltigere Ergebnisse liefern. Daher müssen Regierungen und soziale Institutionen den Markt regulieren, überwachen und komplementieren.

Prävention, Förderung und Schutz

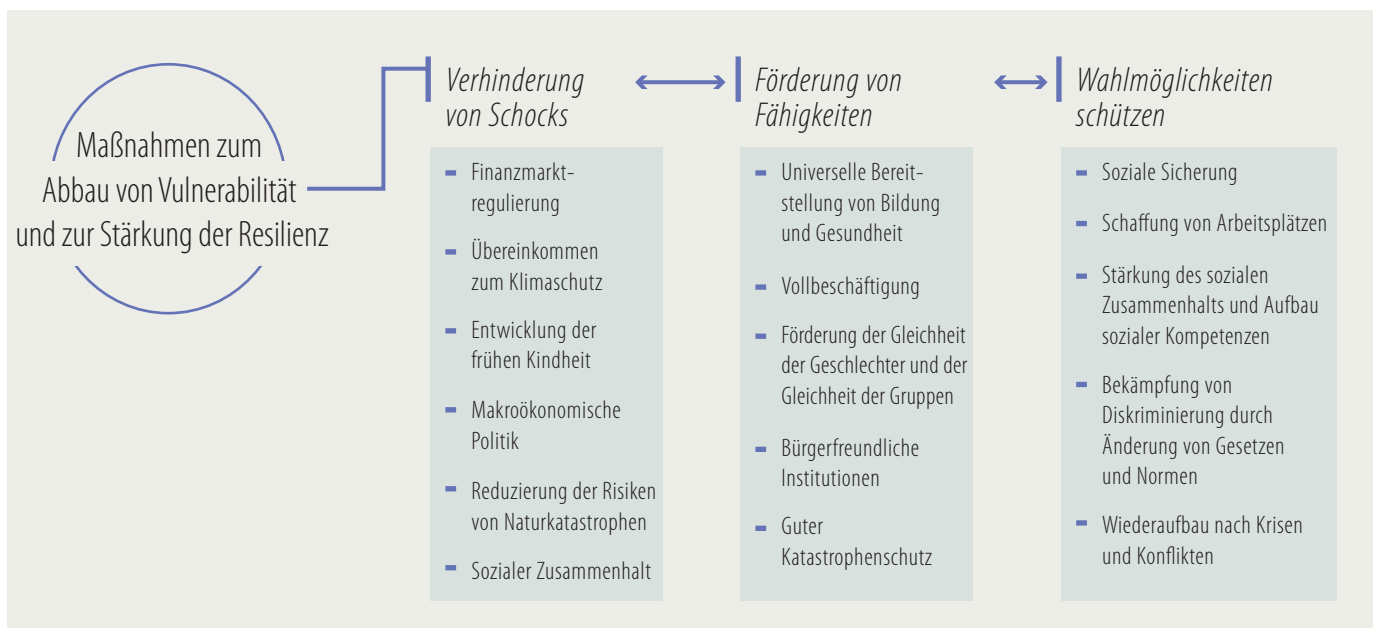
Politische und damit verbundene Maßnahmen können dabei helfen, die großen Probleme, die zur Anfälligkeit von Menschen und Gemeinwesen führen, in drei breit angelegten Bereichen in Angriff zu nehmen: Prävention, Förderung und Schutz (Grafik 1.2). Das Interesse gilt hier Maßnahmen, die über alle drei Bereiche hinweg wirken und sowohl Einzelne als auch Gesellschaften widerstandsfähiger machen. Ein Eintreten für die Bildung für alle kann in zwei oder in allen drei Bereichen hilfreich sein, da dadurch individuelle Befähigungen gestärkt werden, zum sozialen Zusammenhalt beigetragen wird und Entbehrungen verringert werden. Im Gegenzug ermöglicht die Erweiterung der Mitsprachemöglichkeiten – und der

Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Politik – für Menschen unterschiedlicher Meinung, den Einzelnen wie auch den Gesellschaften, ihre speziellen Anliegen anzusprechen und für gleiche Lebenschancen einzutreten. Damit wird die Grundlage für eine sichere und nachhaltige Entwicklung gelegt.

Vermeidung von Schocks. Maßnahmen, die darauf abzielen, Konflikte zu vermeiden, die wirtschaftliche Stabilität zu verbessern, die Auswirkungen von Umweltschocks zu vermindern und die Verbreitung von Krankheiten aufzuhalten, können dabei helfen, die Häufigkeit und das Ausmaß von Schocks zu verringern. Einzelstaatliche Vorgehensweisen wie die Etablierung einer stabilen Makropolitik, die Eindämmung von Krankheiten mittels Schutzimpfungen und die Verringerung der Gefahr von Überschwemmungen können helfen, Schocks zu vermeiden. Hingegen erfordert die Verminderung der globalen Schwankungen bei Kapitalströmen oder Nahrungsmittelpreisen und die Verhinderung eines starken Anstiegs der Kohlendioxidemissionen ein gemeinsames, globales Handeln. Wenn dies nicht gegeben ist, sind nationale Maßnahmen womöglich nur von begrenztem Wert.

GRAFIK 1.2

Maßnahmen zum Abbau von Vulnerabilität und zur Stärkung der Resilienz



Quelle: HDR-Büro

Durch Prävention lassen sich vorhergesagte Trends abwenden. Man nehme zum Beispiel die Zunahme der Zahl von Menschen mit Übergewicht. Wenn sich der derzeitige Trend fortsetzt, wird es im Jahr 2030 weltweit mehr als doppelt so viele stark übergewichtige Menschen geben wie 2008, und zwar 1,12 Milliarden statt bisher 0,5 Milliarden – womit die Anfälligkeit gegenüber Krankheiten stark ansteigt.⁴⁷ Es bedarf jetzt einer entschlossenen Politik, um zu verhindern, dass diese Zahlen stark zunehmen. Oder man nehme den Lebensphasenansatz bezüglich der Herausbildung von Befähigungen. Durch die richtigen Investitionen zur rechten Zeit, speziell während der sensiblen Phasen der frühen Kindheit und des Jugendalters, kann künftige Vulnerabilität reduziert werden. In den meisten Fällen ist Prävention auch kosteneffizient.

Eine weitere große Besorgnis hinsichtlich der Vermeidung negativer Schocks gilt der hohen und noch steigenden Ungleichheit. Wenn bestimmte Schwellen überschritten werden, kann hohe Ungleichheit zu Entfremdung, sozialen Unruhen und Vulnerabilität in weiten Schichten der Bevölkerung führen.⁴⁸ Hohe Ungleichheit kann außerdem die Aushöhlung sozialer Kompetenzen zur Folge haben, und es könnten „Kippunkte“ erreicht werden, bei deren Überschreiten ein Zerfall der Gesellschaft unvermeidlich ist.⁴⁹

Förderung von Befähigungen. Eine verbesserte Sozial- und Wirtschaftspolitik kann Kernbefähigungen stärken und so die menschliche Widerstandsfähigkeit direkt verbessern. Dasselbe gilt für die Verminderung gesellschaftlicher oder anderer Hindernisse und die Fähigkeit von Einzelnen und Gemeinwesen, im Angesicht von Widrigkeiten zu handeln (durch bessere Normen und Gesetze und die Wahrung von Rechten). Letztere kann politische Maßnahmen erfordern, um Einschränkungen von Chancen und der Ausübung von Wahlmöglichkeiten zu verringern oder abzuschaffen, etwa durch die Beseitigung von Diskriminierung, die Verbesserung der Gleichstellung der Geschlechter und die Verleihung von Rechten an Einwanderer (siehe Kapitel 4). Selbstverständlich werden spezifische politische Maßnahmen, die auf unterschiedliche Anfälligkeiten gerichtet sind, immer wichtig sein, doch das größere

Interesse gilt hier grundlegenden Maßnahmen, die Anfälligkeiten in der gesamten Gesellschaft verringern.

Wahrung von Wahlmöglichkeiten. Politische Maßnahmen mögen darauf abzielen, Schocks zu vermeiden sowie Einzelne und Gesellschaften widerstandsfähiger zu machen. Doch nachteilige Ereignisse – entweder von Menschen verursachte oder sonstige – werden immer noch auftreten. Manche Menschen, die nicht in der Lage sind, Schocks zu bewältigen, werden Hilfe benötigen. Wirtschaftliche Abschwünge und der von der Globalisierung ausgehende Druck werden immer noch Arbeitslosigkeit verursachen, selbst wenn sie effizient angegangen werden. Der plötzliche Tod des Hauptverdieners lässt selbst gut gerüstete Haushalte sofort anfällig werden. Politische Gegenmaßnahmen können Krankenversicherung, soziale Grundsicherung und aktive Arbeits- und Arbeitsplatzbeschaffungsprogramme beinhalten. Wenn man Unterstützung durch den Haushalt oder das Gemeinwesen erfährt, bewahrt dies außerdem die Wahlmöglichkeiten und das allgemeine Wohlergehen.

Prinzipien, die den politischen Maßnahmen zugrunde liegen

Ausgehend von den Vorstellungen, die die menschliche Entwicklung und die Förderung gleicher Lebenschancen bestimmen, schlagen wir vier Leitprinzipien für die Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen zur Verringerung der Vulnerabilität und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit vor: Bekenntnis zum Universalismus, Vorrang für die Menschen, Verpflichtung zu kollektivem Handeln und Koordinierung von Staaten und sozialen Institutionen. Unter Berücksichtigung dessen, dass je nach dem, welcher Art von nachteiligen Ereignissen sich Menschen gegenübersehen, viele unterschiedliche Ansätze und Perspektiven erforderlich sein werden, um die Vulnerabilität zu verringern, können diese Prinzipien die Entwicklung in eine nachhaltigere und widerstandsfähigere Richtung bringen.

Bekenntnis zum Universalismus. Alle Individuen sind gleichermaßen wertvoll und haben einen Anspruch auf Schutz und Unterstützung. Deshalb muss stärker anerkannt werden,

Alle Individuen sind gleichermaßen wertvoll und haben einen Anspruch auf Schutz und Unterstützung.

dass diejenigen, die Risiken und Bedrohungen am stärksten ausgesetzt sind, nämlich Kinder oder Menschen, die mit einer Behinderung leben, eventuell zusätzliche Unterstützung benötigen, um sicherzustellen, dass sie gleiche Lebenschancen haben wie andere. Universalismus kann daher ungleiche Ansprüche und Beachtung erfordern. Gleiche Rücksichtnahme auf alle könnte also nach einer Ungleichbehandlung zugunsten der Benachteiligten verlangen.⁵⁰

Die Grundidee der menschlichen Entwicklung ist die Förderung gleicher Lebenschancen für alle, beruhend auf dem Kant'schen Prinzip, dass alle Menschen gleich viel wert sind,⁵¹ wie es auch in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist. Alle Menschen müssen in die Lage versetzt werden, ein ihnen lebenswert erscheinendes Leben zu führen. Sowohl die Wirtschafts- als auch die Sozialpolitik wirken sich auf die Lebenschancen und Befähigungen der Menschen aus. Wenn die weiter gefassten Ziele von Gleichheit und Gerechtigkeit verfolgt werden, verstärkt dies die sozialen Kompetenzen und vertieft den sozialen Zusammenhalt. Inwieweit es den politischen Maßnahmen und den reagierenden Governance-Systemen gelingt, die Aussichten der meisten Mitglieder der Gesellschaft zu verbessern, wird darüber entscheiden, ob die soziale Solidarität verstärkt wird und ob Zersplitterung und Stigmatisierung vermieden werden können.

Vorrang für die Menschen. Die Verringerung von Anfälligkeiten verlangt danach, die Kernbotschaft der menschlichen Entwicklung als „Vorrang für die Menschen“ neu zu formulieren – eine Botschaft, für die durchweg in allen *HDRs* seit dem ersten im Jahr 1990 geworben wurde. Sämtliche politischen Konzepte, besonders die makroökonomischen, müssen als Mittel zum Zweck, nicht als Selbstzweck gesehen werden. Die politischen Entscheidungsträger müssen ein paar einfache Fragen stellen: Verbessert Wirtschaftswachstum das Leben der Menschen in Bereichen, die wirklich von Bedeutung sind – von Gesundheit, Bildung und Einkommen über grundlegende menschliche Sicherheit bis hin zu persönlichen Freiheiten? Fühlen sich die Menschen stärker gefährdet? Werden bestimmte Menschen zurückgelassen? Wenn ja, wer sind sie und wie können derartige

Anfälligkeiten und Ungleichheiten am besten angegangen werden?

Bei dem Motto „Vorrang für die Menschen“ geht es nicht nur um Politik, die den Menschen in den Fokus nimmt. Es geht auch um Politik, die von Menschen beeinflusst wird, damit alle Mitglieder der Gesellschaft über volle Rechte als Bürger verfügen und ein Mitspracherecht bei der Entwicklungspolitik haben. Eine Verringerung der Vulnerabilität macht erforderlich, dass die Stimme der Benachteiligten deutlich gehört werden kann. Allen Bürgern Mitwirkungsmöglichkeiten einzuräumen, ist ein leistungsfähiges Instrument zur Verminderung von Risiken. Wie Amartya Sen konstatierte: „Hungersnöte lassen sich leicht verhindern, wenn man sich ernsthaft darum bemüht, und einer demokratischen Regierung, die sich Wahlen und der Kritik von Oppositionsparteien und unabhängigen Zeitungen gegenüber sieht, bleibt nichts anderes übrig, als sich entsprechend zu bemühen. Es kann nicht überraschen, dass es in Indien unter britischer Herrschaft bis zur Unabhängigkeit immer noch Hungersnöte gab, diese aber...[mit einer demokratischen Regierung nach der Unabhängigkeit] verschwanden.“⁵²

Vorrang für Menschen hat Folgen für politisches Handeln und Maßstäbe: Die beiden sind untrennbar miteinander verbunden, denn „was wir messen, wirkt sich auf das aus, was wir tun, und wenn unsere Maßstäbe fehlerhaft sind, kann es sein, dass Entscheidungen verzerrt werden.“⁵³ Wie in allen *HDRs* argumentiert wurde, führt eine zu enge Orientierung auf das BIP und dessen Wachstum in die Irre. Wirtschaftswachstum ist wichtig, aber nicht als Selbstzweck, sondern durch die Möglichkeiten des Handelns, die sich durch die erzeugten Ressourcen für ein Land und seine Menschen eröffnen. Wachstum, das nicht in ausreichendem Maße neue Arbeitsplätze schafft – sog. „jobless growth“ – kann nicht mit einem Wachstum gleichgesetzt werden, das dies tut.⁵⁴ Arbeitsplätze sind eine Quelle von Würde und Selbstwertgefühl. Höherwertige oder angemessene Arbeitsplätze tragen zu sozialem Zusammenhalt und politischer Stabilität bei.⁵⁵ Beispielsweise strapaziert der Sparkurs in Europa die sozialen Strukturen gewaltig und bringt eine höhere Belastung der Jungen und der Alten mit

Die Grundidee der menschlichen Entwicklung ist die Förderung gleicher Lebenschancen für alle, beruhend auf dem Kant'schen Prinzip, dass alle Menschen gleich viel wert sind, wie es auch in der Charta der Vereinten Nationen verankert ist.

sich,⁵⁶ selbst wenn man zugesteht, dass es nötig ist, die Haushaltsdefizite zu verringern.

Der Index der menschlichen Entwicklung – ein kombinierter Maßstab von Einkommen, Bildung und Gesundheit – wurde 1990 als Alternative zum BIP vorgestellt. Darin, dass dieser Index weitgehend übernommen wurde, äußert sich das Bestreben der Länder, zu verstehen, ob, wie und warum es Menschen besser geht. Seit seiner Einführung wurde das Arsenal um weitere Maßstäbe der menschlichen Entwicklung für Ungleichheit, Geschlechter und Armut erweitert.

All diese Maßstäbe bewerten die Errungenschaften bei der menschlichen Entwicklung, doch sie umfassen keine Maßstäbe von Vulnerabilität. Dazu ist es erforderlich, über die Errungenschaften hinaus auch Gefahren und Schwankungen zu betrachten, insbesondere solche, die sich auf die stärker benachteiligten Gruppen wie Arme und „nahezu Arme“ auswirken (Kasten 1.3). Dieser Bericht schlägt keinen neuen Maßstab für menschliche Vulnerabilität vor. Maßnahmen zur Verringerung der Vulnerabilität erfordern es, dass man über Mittelwerte hinausgeht und abschätzt, wie sicher die Sozialleistungen sind und wie gut sie verteilt sind, und dass man misst, wie stark Armut und Not abnehmen, ob es genug angemessene Arbeitsplätze gibt und ob die soziale Grundsicherung ausreicht, um Einzelnen und Gesellschaften dabei zu helfen, nachteilige Ereignisse zu bewältigen (siehe Kapitel 2). Zusammengenommen stellen sie eine Checkliste bereit, mit der sich beurteilen lässt, ob Politik sich am Menschen orientiert und ob weiter gefasste Ziele der menschlichen Entwicklung hinlänglich erreicht wurden.

Verpflichtung zu kollektivem Handeln. Um den heutigen Herausforderungen begegnen zu können, bedarf es kollektiven Handelns (siehe Kapitel 4 und 5). Wenn Menschen gemeinsam handeln, dann bündeln sie ihre individuellen Befähigungen und Wahlmöglichkeiten, um Bedrohungen zu bewältigen, und ihre vereinte Widerstandsfähigkeit vertieft den Entwicklungsfortschritt und lässt ihn nachhaltiger werden. Dasselbe lässt sich von Staaten sagen, die kollektiv handeln, um die Anfälligkeit für grenzüberschreitende Bedrohungen zu verringern, indem sie globale öffentliche Güter bereitstellen. Trotz der vielen Unsicherheiten

um uns herum scheint eines klar: Eine positive Sicht auf den öffentlichen Bereich wird in hohem Maße von der erfolgreichen Bereitstellung öffentlicher Güter abhängen, sowohl national als auch global.

All dies ist machbar. Die Finanzsysteme können besser reguliert werden. Diskussionen über den Welthandel können wieder aufgenommen werden, wie das jüngste Übereinkommen der Welthandelsorganisation in Bali bezeugt.⁵⁷ Die Handlungsweisen von Unternehmen können auf der ganzen Welt an gemeinsamen Kodices und Normen ausgerichtet werden. Der Klimawandel kann abgemildert werden. Dies aber nur, wenn Bürger und Staaten überall den Wert grenzüberschreitender Zusammenarbeit und globaler öffentlicher Güter erkennen – und wenn sie anerkennen, dass das Wohlergehen von Menschen nicht allein den Launen des Marktes oder einzelstaatlichen Maßnahmen überlassen werden kann.

Ein gemeinsam genutzter Planet, auf dem Individuen in der Lage sind, mit ihren Entscheidungen auf Andere und auf die Zukunft der ganzen Menschheit Einfluss zu nehmen, erfordert die Annahme und die Förderung sozialer Normen, die gegenseitige Verantwortung füreinander verkörpern. Er erfordert außerdem globale, nationale und lokale Verpflichtungen, um Vulnerabilität zu vermeiden und denjenigen beizustehen, die von nachteiligen Ereignissen betroffen sind. In der historischen Millenniumserklärung, die im Jahr 2000 von 189 Ländern unterzeichnet wurde, und der Übereinkunft über den „Millennium Development Compact“, die kurz darauf folgte, kommt diese globale Solidarität wahrscheinlich am deutlichsten zum Ausdruck. Ob dies nun in globalen Gesprächen der Regierungen über die nachhaltigen Entwicklungsziele zum Ausdruck kommt oder durch den wachsenden Sinn für eine „ökologische Staatsbürgerschaft“ bei der Rio+20-Konferenz im Juni 2012: Diese Solidarität muss im Kontext der Vulnerabilität weiter genährt und als eine kollektive Verantwortung interpretiert werden, Anderen, die in Not sind, zu helfen.⁵⁸

Koordinierung zwischen Staaten und soziale Institutionen. Es ist außerdem an der Zeit, die Fragestellungen weiter zu fassen und nochmals

Wenn Menschen gemeinsam handeln, dann bündeln sie ihre individuellen Befähigungen und Wahlmöglichkeiten, um Bedrohungen zu bewältigen, und ihre vereinte Widerstandsfähigkeit vertieft den Entwicklungsfortschritt und lässt ihn nachhaltiger werden.

Die Messung von Vulnerabilität

In den letzten 40 Jahren wurde Beträchtliches zur Messung der Vulnerabilität geleistet. Forscher haben vorgeschlagen, verschiedene Arten von Vulnerabilität zu messen, von denen viele in diesem Bericht behandelt werden. Ein Teil der Arbeiten befasste sich mit spezifischen Anfälligkeiten, sei es für Naturkatastrophen, für Einkommensarmut oder für Schwankungen bei den Nahrungsmittelpreisen. Andere wiederum verfolgten einen breiteren systemischen Ansatz zur Beurteilung der Anfälligkeit einer Volkswirtschaft oder der Umwelt gegenüber Schocks. Doch es wurde wenig getan, um die Vulnerabilität und Nachhaltigkeit von Errungenschaften der menschlichen Entwicklung einzuschätzen.

Viele der frühen Arbeiten zum Thema Vulnerabilität befassten sich mit Naturkatastrophen in den 1970er Jahren. Eine richtungweisende Studie zeigte auf, dass die Häufigkeit des Auftretens von Naturkatastrophen und die Zahl der Todesopfer im Zunehmen begriffen waren und die Entwicklungsländer unverhältnismäßig stark davon betroffen waren.¹ Einer der Autoren entwickelte das Konzept der Vulnerabilität mit einer externen (Bedrohung durch Risiken) und einer internen Komponente (der Bewältigungsfähigkeit der Menschen).² Neuere Rahmengerüste wie der *World Risk Report* haben eine dritte Komponente eingeführt, nämlich die Anpassung (die Fähigkeit zum langfristigen gesellschaftlichen Wandel).³

Während man Armut direkt wahrnehmen kann, ist das bei Vulnerabilität nicht möglich: Sie ist im Grunde ein Maßstab dafür, was sich in der Zukunft zutragen könnte. Die Messung der Vulnerabilität für Armut zielt gewöhnlich auf die wahrscheinlichen Ursachen von Vulnerabilität und der davon Betroffenen ab. So untersuchte beispielsweise eine in Äthiopien durchgeführte Studie die Auswirkungen und möglichen Wechselwirkungen von Gesundheit, Bildung und Konsum bei den Armen und kam zu dem Ergebnis, dass Menschen, die sowohl chronisch unternährt als auch Analphabeten sind, anfälliger gegenüber Armut sind und bei ihnen eher wahrscheinlich ist, dass sie längere Zeit in tiefer Armut verharren.⁴

Das *Macroeconomic Vulnerability Assessment Framework* des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen bewertet die Befähigung eines Landes, eine Krise kurzfristig zu bewältigen und Politikbereiche zu identifizieren, die es zu stärken gilt, um langfristige Widerstandsfähigkeit aufzubauen.⁵ Es betrachtet die Ursachen und Übertragungswege von Vulnerabilität genauso wie Bewältigungsmechanismen.

Der Globale Index für Ernährungssicherheit (*Global Food Security Index*),⁶ der die Vulnerabilität gegenüber Hunger misst, beinhaltet Maßstäbe für Bezahlbarkeit, Verfügbarkeit, Qualität und Sicherheit. Rund 870 Millionen Menschen auf der Welt verfügen über keine sichere Nahrungsquelle und an dieser Zahl wird sich so rasch nichts ändern, da durchschnittlich gerade einmal 2,5 Millionen Menschen im Jahr der Ernährungsunsicherheit entgegen. Der Globale Friedensindex (*Global Peace Index*),⁷ in dem 22 Indikatoren für Gewalt oder die Abwesenheit von Gewalt in einer Gesellschaft zusammengefasst sind, dient der Beurteilung der Vulnerabilität von Staaten für Konflikte. Ein eng verwandter Maßstab, der Positive Friedensindex (*Positive Peace Index*), bewertet nationale Einstellungen, Institutionen und Strukturen, um ihre Befähigung zur Schaffung und Aufrechterhaltung einer friedlichen Gesellschaft zu ermitteln.

Zu den breiter angelegten Ansätzen zählen Arbeiten, die darum bemüht sind, die ökologische und wirtschaftliche Vulnerabilität einzuschätzen. Das Sekretariat der Pazifischen Gemeinschaft beispielsweise hat einen Index der ökologischen Anfälligkeit (*Environmental Vulnerability Index*) entwickelt, der auf drei Grundpfeilern aufbaut: Gefahr (wie z. B. extreme Klimaereignisse), Abwehr (wie z. B. Landfläche) und Schädigung (wie z. B. gefährdete Arten).⁸

Die Vereinten Nationen verwenden den Begriff „wirtschaftliche Vulnerabilität“, um die am wenigsten entwickelten Länder zu definieren, und zwar als Länder mit niedrigem Einkommen, „die an strukturbedingten Hindernissen von nachhaltiger Entwicklung kranken, ... welche sich in einem niedrigen Niveau bei der Entwicklung von Humanressourcen und einem hohen Niveau bei strukturbedingter wirtschaftlicher Vulnerabilität äußern.“ Sie verwenden einen Index der strukturbedingten wirtschaftlichen Vulnerabilität, um das Risiko, das Schocks darstellen, wiederzugeben, zugleich mit dem Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen und einem Index des menschlichen Vermögens. Der Index der wirtschaftlichen Vulnerabilität bezieht neben Maßstäben für die Schutzlosigkeit gegenüber Schocks (wie der Anteil der Bevölkerung, der in tiefgelegenen Küstenzonen lebt) auch Indikatoren von Schocks (natürliche und externe wie die Instabilität von Exporten und landwirtschaftlicher Produktion und Opfer von Naturkatastrophen) mit ein. Er stellt die hohe Vulnerabilität der am wenigsten entwickelten Länder und kleinen Inselentwicklungsländer heraus und zeigt auf, dass die Vulnerabilität in den am wenigsten entwickelten Ländern langsamer zurückgeht als in anderen Entwicklungsländern.⁹

Die Betrachtung der gesamten Anfälligkeit einer Gesellschaft gegenüber Einbußen bei der menschlichen Entwicklung oder beim Wohlbefinden ist eine noch größere Herausforderung. Experimentelle Arbeiten der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung definieren die Anfälligkeit für einen künftigen Verlust an Wohlbefinden, als Mangel an „Vermögenswerten, die für die Widerstandsfähigkeit gegenüber Risiken entscheidend sind“. Dies mündete in einem Vorschlag für einen Katalog von Indikatoren zur Beurteilung der Vulnerabilität einer Gesellschaft auf der Grundlage des Zugangs zu verschiedenen Arten von Kapital, nämlich wirtschaftlichem (Armut), menschlichem (Bildung) und sozialem (Unterstützungsnetzwerke), ebenso wie kollektive Vermögenswerte wie z. B. Grundversorgungsleistungen.¹⁰

Diese Ansätze sind zwar sehr unterschiedlich, haben aber etliche Vorstellungen gemeinsam. Erstens wird das Gesamtrisiko definiert durch die Wechselwirkung zwischen der Möglichkeit, dass etwas passiert (Ausgesetztsein) und den wahrscheinlichen Auswirkungen, wenn etwas passiert (Vulnerabilität). Zweitens erleichtert es die Analyse und Messung von Vulnerabilität, wenn die Risikobelastung und die Bewältigungs- oder Anpassungsfähigkeit getrennt betrachtet werden. Drittens ist Vulnerabilität selbst ein mehrdimensionales Konzept, das Maßstäbe für die Befähigung der Menschen zur Bewältigung (im Sinne von Fertigkeiten, Vermögenswerten oder Befähigungen) und Anpassung auf lange Sicht mit einschließen kann.

Alle diese Berichte betrachten aber nur Teilbereiche der Vulnerabilität, denn sie messen im Allgemeinen nur die Vulnerabilität gegenüber einer bestimmten Art von Bedrohung (wirtschaftliche Schocks, Hunger, Naturkatastrophen). Daher können sie zwar sinnvoll sein, insofern als sie Teilmaßstäbe für Vulnerabilität liefern, sie beurteilen jedoch nicht die breite systembedingte Vulnerabilität, die im Mittelpunkt dieses Berichts steht. Auch werfen sie nicht besonders viel Licht auf die Art und Weise, wie die Systeme selbst Vulnerabilität verursachen können.

Ganz offenbar gibt es noch vieles mehr, worüber man sich Gedanken machen muss, und noch vieles aus der bereits geleisteten Arbeit zu lernen. Dieser Bericht entwickelt keine neuen Maßstäbe, sondern zieht es stattdessen vor, den Schwerpunkt auf die feste Verankerung der Vulnerabilität im Ansatz der menschlichen Entwicklung zu legen, was dann den Weg für die Erarbeitung neuer Maßstäbe ebnet.

Fußnoten

1. O'Keefe, Westgate, Wisner 1976. 2. Wisner et al. 2004. 3. Alliance Development Works 2012. 4. Kwak und Smith 2011. 5. UNDP 2011d. 6. Siehe <http://foodsecurityindex.eiu.com>. 7. Siehe <http://economicsandpeace.org/research/iep-indices-data/global-peace-index>. 8. Siehe www.sopac.org/index.php/environmental-vulnerability-index. 9. UNDESA 2013a. 10. Morrone et al. 2011.

auf die Dynamik zwischen Staaten und Märkten sowie zwischen Ländern und globalen Kräften zurückzukommen, um den Aufgabebereich von privaten und öffentlichen Räumen zu betrachten. Die Vulnerabilität von heute ist tiefsitzend und systembedingt. Globale Bezüge über mehrere Fronten hinweg haben große Teile der Bereiche einzelstaatlicher Politik, die früher stärker voneinander getrennt waren, zu einem großen globalen öffentlichen Bereich verschmelzen lassen, der sich immer noch weiter ausdehnt. Dieser Bereich wurde jedoch von einem übermäßigen Glauben an den Wert und die Zulänglichkeit von entfesselten Märkten beherrscht. Polanyis Warnung – hinsichtlich der sozialen Zerstörung, die nicht regulierte Märkte verursachen können – ist heute noch genauso gültig wie 1944, als er *The Great Transformation* verfasste.⁵⁹ Was nun erforderlich ist, ist die von ihm vorweggenommene Antwort in Form einer staatlichen Intervention, um Menschen und Gesellschaften vor den Gefahren des Glaubens an selbstregulierenden Märkte zu schützen.

Menschen alleine können nicht gedeihen. Ja, sie können nicht einmal allein funktionieren. Wenn sie geboren werden, sorgt die Familie für ihren Lebensunterhalt. Umgekehrt können auch Familien nicht unabhängig von der jeweiligen Gesellschaft funktionieren. Maßnahmen zur Verbesserung von sozialen Normen, sozialem Zusammenhalt und sozialen Kompetenzen sind wichtig, damit Regierungen und soziale Institutionen gemeinsam handeln können, um Anfälligkeiten zu verringern. Und wenn Märkte und Systeme selber Anfälligkeiten hervorrufen, müssen Regierungen und soziale Institutionen die Märkte regulieren, um die Vulnerabilität einzudämmen, und den Menschen dort helfen, wo die Märkte dabei versagen.

Politische Maßnahmen sind nur so gut wie ihre Ergebnisse. So elegant die Maßnahmen auf dem Papier auch erscheinen mögen, sie sind nur wirksam, wenn sie in der Praxis funktionieren. Viele Faktoren können sich auf eine politische Ökonomie auswirken, und einige davon, wie z. B. der soziale Zusammenhalt oder das Vertrauen der Bürger in die Regierung,

werden in diesem Bericht angerissen. Über diese speziellen Anliegen hinaus ist jedoch die Qualität der Regierungsführung wichtig für die Wirksamkeit politischer Maßnahmen. Überall wünschen sich die Menschen, dass der Staat besser funktioniert – dass er hochwertige Dienstleistungen bietet, weniger korrupt ist und sich stärker zu Rechtsstaatlichkeit verpflichtet. Dieser Bericht unternimmt nicht den Versuch, derartige übergreifende Gedankengänge eingehend zu erörtern, sondern hebt lediglich hervor, dass sie von höchster Relevanz für die Ergebnisse der menschlichen Entwicklung sind.

* * *

In den letzten Jahrzehnten haben die meisten Länder beträchtlichen Fortschritt bei der menschlichen Entwicklung gemacht. Doch ein zunehmendes oder hohes Niveau von Vulnerabilität erhöht die Wahrscheinlichkeit dafür, dass diese Errungenschaften der menschlichen Entwicklung ausgehöhlt werden. Damit wächst auch die Notwendigkeit zu prüfen ob diese Errungenschaften sicher und nachhaltig sind, genau wie die Notwendigkeit, Maßnahmen festzulegen, um die Vulnerabilität zu verringern und die Widerstandsfähigkeit zu stärken. Kapitel 2 zeigt auf, wie es zahlreichen Menschen in unterschiedlichen Apekten inzwischen viel besser geht, insbesondere im Verlauf des letzten Jahrzehnts. Es dokumentiert auch, dass es immer mehr Hinweise darauf gibt, dass dieser Fortschritt sich in letzter Zeit verlangsamt hat, und verweist auf den Kontext wachsender Ungewissheit und Risiken. Wenn wir die Fortschritte betrachten, betonen wir die Notwendigkeit, genau hinzuschauen, wessen Wohlergehen beurteilt wird, und den Menschen bei der Politikgestaltung Vorrang einzuräumen. Wenn man die Wahlmöglichkeiten der Menschen jetzt erweitern und sie für die Zukunft sichern will, dann muss man verstehen, welchen Bedrohungen sich Menschen gegenübersehen und welche zugrundeliegenden Faktoren die Vulnerabilität prägen.

Politische Maßnahmen
sind nur so gut wie
ihre Ergebnisse.

„Menschen auf der der ganzen Welt brauchen Freiheit und Sicherheit, damit sie ihr Potenzial voll ausschöpfen können.“

Aung San Suu Kyi

„Jeder intelligente Narr kann Dinge größer, komplexer und gewalttätiger machen. Es braucht ein Stück Genialität – und jede Menge Mut –, sich in die entgegengesetzte Richtung zu bewegen.“

Albert Einstein

2.

Stand der menschlichen Entwicklung



Fast alle Länder haben in den letzten Jahrzehnten Verbesserungen der menschlichen Entwicklung erreicht, und Milliarden Menschen geht es heute substantiell besser. Im *Bericht über die menschliche Entwicklung (HDR) 2013* wurde dargelegt, dass mehr als 40 Entwicklungsländer – mit der Mehrheit der Weltbevölkerung – größere Zugewinne beim HDI erzielt hatten, als angesichts ihrer Situation im Jahr 1990 prognostiziert worden wäre.¹ Aufgrund von niedrigerer Säuglings- und Kindersterblichkeit, weniger Todesfällen infolge HIV/Aids und besserer Ernährung ist die Lebenserwartung bei der Geburt gestiegen. Mehr Investitionen und größere politische Entschlossenheit haben höhere Bildungsniveaus zur Folge gehabt. Die mehrdimensionale Armut wurde beträchtlich verringert, wenngleich große Unterschiede zwischen Ländern und Regionen fortbestehen.

Wir dürfen diese Errungenschaften jedoch nicht als selbstverständlich betrachten. Es gibt Hinweise, dass sich der Fortschritt insgesamt verlangsamt – und dies ist besorgniserregend. Wir müssen auch eine grundlegende Frage stellen: Wessen Wohlstand beobachten wir? Wir müssen mit unseren Untersuchungen jenseits von Durchschnittswerten und Einkommenschwellen ansetzen, um einen umfassenderen Überblick davon zu gewinnen, wie Verbesserungen des Wohlergehens unter Personen, Gemeinschaften und Ländern verteilt sind. Wir müssen auch beurteilen, ob die Zugewinne sicher sind und ob der Fortschritt nachhaltig ist. Kurzum, wir brauchen ein tiefergehendes Verständnis der Dynamik von Vulnerabilität und Ungleichheit.

Die Zugewinne der jüngeren Vergangenheit wurden nicht in einem stetigen Prozess erzielt. Ungewissheiten prägen unsere Welt in zunehmendem Maße – von größerer finanzieller Instabilität bis zu hohen und volatilen Rohstoffpreisen, von wiederkehrenden Naturkatastrophen bis zu verbreiteter sozialer und politischer Unzufriedenheit. Auch hat die Interdependenz zwischen Ländern zugenommen und sich vertieft. Entscheidungen und Ereignisse in einem Teil der Welt lösen Schocks an anderen Orten aus, insbesondere weil die Marktintegration fortschreitet und Menschen ohne Zeitverzug miteinander kommunizieren. Die internationale Übertragung von Schocks – wie Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Finanzkrisen, Naturkatastrophen und bewaffneten Konflikten – lässt Unsicherheit, ja sogar Hilflosigkeit entstehen. Länder und Personen haben ihr eigenes Schicksal nicht fest in der Hand

und sind deshalb anfällig dafür, von Entscheidungen oder Ereignissen an anderen Orten betroffen zu werden. Aus diesem Grund ist es so wichtig, die Anfälligkeit für systemische und anhaltende Bedrohungen zu verringern, die die gegenwärtige und zukünftige menschliche Entwicklung gefährden können. Die menschliche Entwicklung dauerhaft zu sichern und weiter voranzubringen, wird fraglos mehr politischen Ehrgeiz sowohl auf der nationalen als auch auf der internationalen Ebene erfordern.

Fortschritt der Menschen

Menschliche Entwicklung bedeutet die Herstellung gleicher Lebenschancen für alle. Dabei geht es darum, die Verwirklichungschancen der Menschen zu verbessern, um ihre heutigen Wahlmöglichkeiten zu erweitern, ein gesundes, produktives und sicheres Leben zu führen. Es geht aber auch darum sicherzustellen, dass diese Entscheidungen diejenigen zukünftiger Generationen nicht beeinträchtigen oder beschränken. Die Fokussierung auf Menschen hat Konsequenzen für die Messung des Fortschritts und die Formulierung politischer Handlungskonzepte. Sie erfordert einen breiteren Analyserahmen und eine Überprüfung der verfügbaren Politikinstrumente. Messung und politische Maßnahmen sind untrennbar miteinander verknüpft, denn „was wir messen, beeinflusst unser Handeln; und wenn unsere Messungen fehlerhaft sind, können die Entscheidungen, die auf ihrer Grundlage getroffen werden, verfälscht sein.“²

Ungleicher und sich verlangsamer Fortschritt der menschlichen Entwicklung

Seit 1990 ist der Index der menschlichen Entwicklung (Human Development Index – HDI) ein wichtiges Fortschrittsmaß – ein zusammengesetzter Index auf der Grundlage von Lebenserwartung, Schulbesuchsdauer und Einkommen. Der diesjährige Bericht bietet HDI-Werte für 187 Länder. Der globale HDI beträgt jetzt 0,702, und die meisten Entwicklungsländer kommen weiter voran, wenngleich die Geschwindigkeit, mit der Fortschritte erzielt werden, in hohem Maß ungleich bleibt (Tabelle 2.1).

Die niedrigsten regionalen HDI-Werte sind diejenigen für Afrika südlich der Sahara (0,502) und Südasien (0,588), und der höchste ist derjenige für Lateinamerika und die Karibik (0,740), dicht gefolgt von Europa und Zentralasien (0,738). Die Gruppe der Länder mit sehr hoher menschlicher Entwicklung

gemessen am HDI weist einen Wert von 0,890 auf, was beträchtlich über dem Wert der Gruppen der Länder mit mittlerem und niedrigem HDI liegt. Gruppen mit niedriger menschlicher Entwicklung nähern sich jedoch weiterhin den höheren Werten an.³

Wenngleich alle Regionen Verbesserungen verzeichnen, zeigen sich Anzeichen für eine Verlangsamung – gemessen an der Wachstumsrate der HDI-Werte (Grafik 2.1).⁴ Obwohl vier der sechs Regionen im Zeitraum von 2000 bis 2008 raschere Zugewinne erzielten als in den 1990er Jahren, verlangsamte sich von 2008 bis 2013 der Fortschritt in allen Regionen. Dies war besonders auffällig in den arabischen Staaten sowie in Lateinamerika und der Karibik – wo das durchschnittliche jährliche Wachstum um etwa die Hälfte zurückging – als auch in Asien. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise scheint weitverbreitete negative Auswirkungen gehabt zu haben.

Die Verlangsamung betrifft alle drei Komponenten des HDI. Das Wachstum des

TABELLE 2.1

Index der menschlichen Entwicklung und seine Komponenten, 2010 und 2013

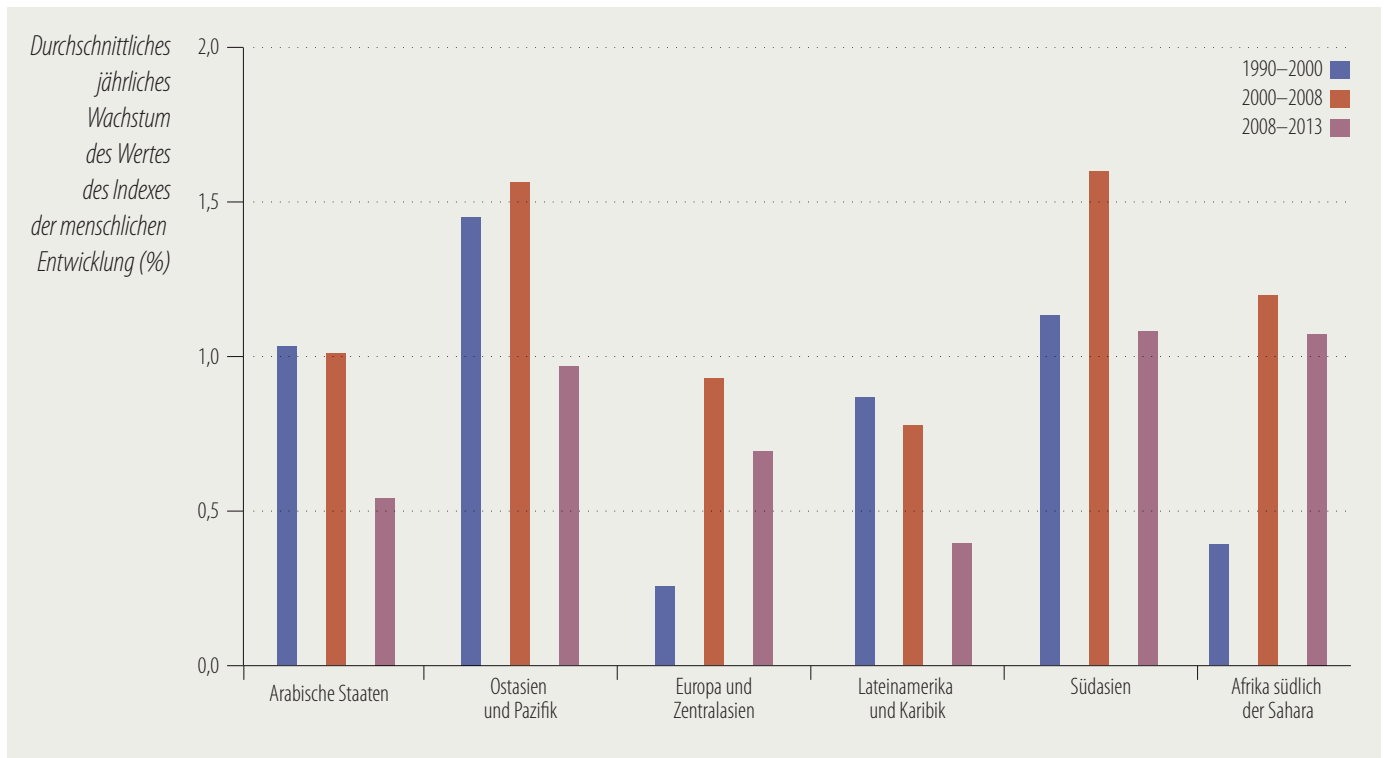
Gruppe der menschlichen Entwicklung oder Region	Index der menschlichen Entwicklung		Lebenserwartung bei der Geburt (Jahre)		Durchschnittliche Schulbesuchsdauer (Jahre)		Voraussichtliche Schulbesuchsdauer (Jahre)		Bruttonationaleinkommen pro Kopf (KKP \$ 2011)	
	2010	2013	2010	2013	2010	2013	2010	2013	2010	2013
Sehr hohe menschliche Entwicklung	0,885	0,890	79,7	80,2	11,7	11,7	16,2	16,3	38.548	40.046
Hohe menschliche Entwicklung	0,723	0,735	73,9	74,5	8,1	8,1	13,1	13,4	11.584	13.231
Mittlere menschliche Entwicklung	0,601	0,614	67,1	67,9	5,5	5,5	11,3	11,7	5.368	5.960
Niedrige menschliche Entwicklung	0,479	0,493	58,2	59,4	4,1	4,2	8,7	9,0	2.631	2.904
Arabische Staaten	0,675	0,682	69,7	70,2	6,2	6,3	11,7	11,8	15.281	15.817
Ostasien und Pazifik	0,688	0,703	73,5	74,0	7,4	7,4	12,3	12,5	8.628	10.499
Europa und Zentralasien	0,726	0,738	70,7	71,3	9,6	9,7	13,3	13,6	11.280	12.415
Lateinamerika und Karibik	0,734	0,740	74,2	74,9	7,9	7,9	13,8	13,7	12.926	13.767
Südasien	0,573	0,588	66,4	67,2	4,7	4,7	10,6	11,2	4.732	5.195
Afrika südlich der Sahara	0,468	0,502	55,2	56,8	4,8	4,8	9,4	9,7	2.935	3.152
Welt	0,693	0,702	70,3	70,8	7,7	7,7	11,9	12,2	12.808	13.723

KKP = Kaufkraftparität.

Quelle: Berechnungen des HDR-Büros.

GRAFIK 2.1

Alle Regionen verzeichnen Verbesserungen beim Index der menschlichen Entwicklung, jedoch zeigen sich Anzeichen für eine Verlangsamung



Hinweis: Nach Bevölkerung gewichtetes Panel für 99 Entwicklungsländer.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros.

Bruttonationaleinkommens (BNE) pro Kopf ist zurückgegangen, insbesondere in den arabischen Staaten sowie in Europa und Zentralasien. Die Wachstumsraten der Lebenserwartung bei der Geburt waren in der jüngeren Zeit in den meisten Regionen rückläufig – insbesondere in Asien –, wenngleich sie in Afrika südlich der Sahara stiegen. Und seit 2008 hat sich auch das Wachstum der voraussichtlichen Schulbesuchsdauer verringert.

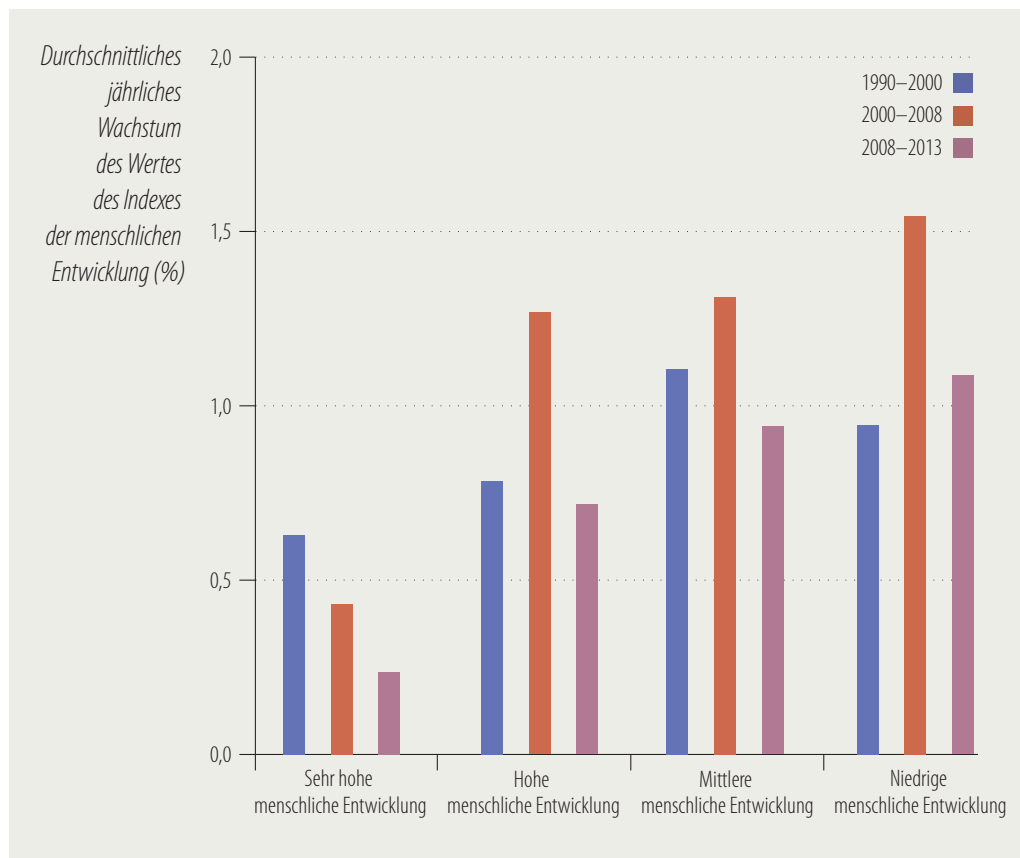
Alle vier Gruppen der menschlichen Entwicklung verzeichneten eine Verlangsamung beim HDI-Wachstum (Grafik 2.2). Die Gruppe mit sehr hoher menschlicher Entwicklung hatte de facto bereits vor der globalen Krise langsamere Fortschritte erzielt. Bei der Gruppe mit niedriger menschlicher Entwicklung konnte dagegen zwischen 2000 und 2008 eine Beschleunigung beobachtet werden. Danach ging der Fortschritt jedoch zurück, was zu einem großen Teil auf ein niedrigeres Wachstum der Schulbesuchsdauer zurückzuführen war. Trotz des Erfolgs bei der Primarstufenbildung – mit

Bruttoeinschulungsquoten von durchschnittlich 100 Prozent – scheint es schwieriger zu sein, mehr Schüler in die Sekundarstufe und darüber hinaus aufsteigen zu lassen. In dieser Ländergruppe schließen 43 Prozent der Kinder, die die Grundschule besuchen, sie nicht ab, und die Bruttoeinschulungsquoten in der Sekundarstufe betragen im Durchschnitt nur 39 Prozent. Die Folge: Der Übergang von der Primarstufe zur Sekundarstufe und zu höherer Bildung ist inakzeptabel niedrig. Um zu verhindern, dass zukünftig Formen von Vulnerabilität eintreten, sind höhere Investitionen erforderlich.

Bewegungen zwischen Gruppen der menschlichen Entwicklung können für 141 Länder verfolgt werden (Grafik 2.3).⁵ Von den 47 Ländern in der Gruppe mit niedriger menschlicher Entwicklung im Jahr 1990 sind 16 jetzt in der Gruppe mit mittlerer menschlicher Entwicklung, und ein Land befindet sich in der Gruppe mit hoher menschlicher Entwicklung (China). Von den 45 Ländern in der Gruppe mit

GRAFIK 2.2

Alle vier Gruppen der menschlichen Entwicklung verzeichneten eine Verlangsamung beim Index der menschlichen Entwicklung



Hinweis: Nach Bevölkerung gewichtetes Panel für 141 entwickelte Länder und Entwicklungsländer.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros.

mittlerer menschlicher Entwicklung im Jahr 1990 sind 29 jetzt in der Gruppe mit hoher menschlicher Entwicklung, und drei Länder (Argentinien, Kroatien und Saudi-Arabien) in der Gruppe mit sehr hoher menschlicher Entwicklung. Beeindruckenderweise sind 32 Länder, die 1990 in der Gruppe mit hoher menschlicher Entwicklung waren (fast 90 Prozent von ihnen), jetzt in der Gruppe mit sehr hoher menschlicher Entwicklung.

Manche Länder schneiden bei der menschlichen Entwicklung wesentlich besser ab als beim Einkommen allein – wie die großen Unterschiede zwischen den Rangplätzen beim BNE pro Kopf und beim HDI zeigen (Tabelle 2.2). Hohe positive Unterschiede zwischen den Rangplätzen sind vor allem für Ostasien und den Pazifik sowie für Europa und Zentralasien festzustellen, während negative

Unterschiede in den arabischen Staaten und in Afrika südlich der Sahara vorherrschen. Länder mit positiven Unterschieden haben im Allgemeinen einen höheren HDI-Wert, und die Mehrzahl ist in eine Gruppe mit höherer menschlicher Entwicklung aufgestiegen. Sie weisen auch weniger Ungleichheit und einen niedrigeren Anteil armer und bedürftiger Menschen auf. Im Allgemeinen begannen sie mit recht niedriger Ungleichheit und konnten diese weiter verringern, teils durch hohe Investitionen in die Gesundheit und Bildung der Menschen sowie durch Ausgaben für die soziale Sicherung.

Besserer Zugang zu Gesundheitsleistungen hat die Sterblichkeit von Müttern und Kindern verringert und allgemeiner die Lebensqualität verbessert. Höhere Alphabetisierungsraten und Qualifizierung trugen erheblich zur

Erweiterung der Befähigungen von Menschen sowie ihrer Produktivität und Eignung für den Arbeitsmarkt bei. Soziale Sicherungsmaßnahmen wie Geldtransferprogramme und andere Formen der Einkommensunterstützung haben die Schwächsten vor Schocks geschützt. Alle diese Aspekte sind wesentlich, um die menschliche Entwicklung voranzubringen.⁶

Anhaltende Ungleichheit bei der menschlichen Entwicklung

Eines der bedeutendsten Entwicklungshemmnisse ist tiefe und langanhaltende Ungleichheit, die die Entscheidungsmöglichkeiten beschränkt und das soziale Gefüge brüchig werden lässt. Große Unterschiede in Bezug auf Einkommen, Wohlstand, Bildung, Gesundheit und andere Dimensionen der menschlichen Entwicklung bestehen weltweit fort. Sie erhöhen die Vulnerabilität marginalisierter Gruppen und schmälern ihre Fähigkeit, sich von Schocks zu erholen. Menschen am unteren

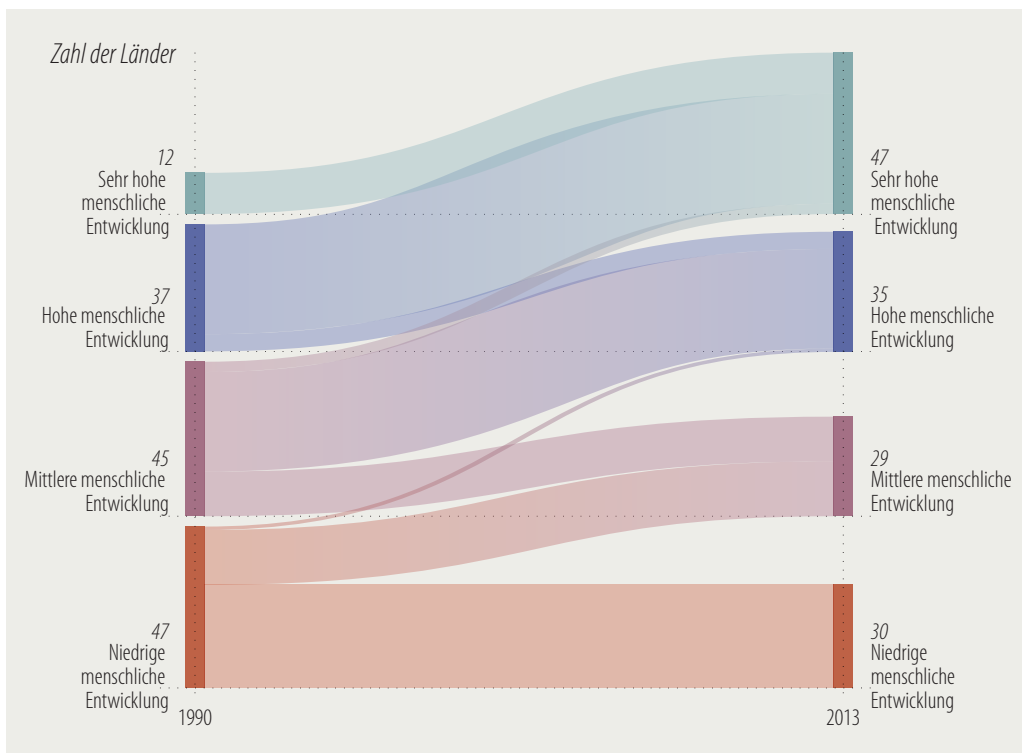
Ende der sozioökonomischen Verteilungsskala befinden sich nicht zufällig dort. Es mangelt ihnen an einem ausreichenden Spektrum von Befähigungen, die sie in die Lage versetzen, ein erfüllendes Leben zu führen, und sie sind gewöhnlich am anfälligsten für Gesundheitsrisiken, Umweltschäden und wirtschaftliche Schocks.

Im *Bericht über die menschliche Entwicklung* 2010 wurde der Ungleichheit einbeziehende Index der menschlichen Entwicklung IHDI eingeführt, ein Ungleichheitsmaß, das berücksichtigt, wie der Fortschritt jedes Landes über die drei HDI-Dimensionen – Lebenserwartung, Schulbesuchsdauer und Einkommen – verteilt ist.⁷ Er geht über traditionelle einkommensbasierte Ungleichheitsmaße hinaus, indem er Unterschiede in den Bereichen Bildung und Gesundheit berücksichtigt.

Dokumentiert wird der Abzug vom HDI-Wert aufgrund von Ungleichheit, der den prozentualen Unterschied zwischen dem HDI und dem Ungleichheit einbeziehenden

GRAFIK 2.3

Aufstieg in Gruppen mit höherer menschlicher Entwicklung seit 1990



Hinweis: Für die Definition der Gruppen der menschlichen Entwicklung wurden die Schwellenwerte von 2013 verwendet. Es lagen Daten für 141 entwickelte Länder und Entwicklungsländer vor.

Quelle: Berechnungen des HDR-Büros.

TABELLE 2.2

Höchste positive Unterschiede zwischen dem Rang beim Bruttonationaleinkommen pro Kopf und dem Rang beim Index der menschlichen Entwicklung, nach Gruppe der menschlichen Entwicklung, 2013

	Rang beim Bruttonationaleinkommen pro Kopf	Rang beim Index der menschlichen Entwicklung	Unterschied
<i>Sehr hohe menschliche Entwicklung</i>			
Neuseeland	30	7	23
Australien	20	2	18
Republik Korea	33	15	18
Irland	28	11	17
Polen	51	35	16
<i>Hohe menschliche Entwicklung</i>			
Georgien	116	79	37
Sri Lanka	103	73	30
Tonga	127	100	27
Fidschi	114	88	26
Ukraine	109	83	26
<i>Mittlere menschliche Entwicklung</i>			
Samoa	134	106	28
Tadschikistan	157	133	24
Palästina, Staat	129	107	22
Vanuatu	153	131	22
Kiribati ^a	154	133	21
<i>Niedrige menschliche Entwicklung</i>			
Ruanda	171	151	20
Madagaskar	174	155	19
Simbabwe	175	156	19
Salomonen	172	157	15
Nepal ^b	158	145	13

a. Kirgisistan ist ebenfalls ein Land mit mittlerer menschlicher Entwicklung und einem Rangunterschied von 21.

b. Kenia und Togo sind ebenfalls Länder mit niedriger menschlicher Entwicklung und einem Rangunterschied von 13.

Quelle: Berechnungen des HDR-Büros (basierend auf Tabelle 1 im *Statistischen Anhang*).

HDI misst. Auf der Grundlage von Daten für 94 Entwicklungsländer ging der durchschnittliche Abzug aufgrund von Ungleichheit in den meisten Regionen zurück – außer in Ostasien und dem Pazifik (Grafik 2.4). Am höchsten ist der Abzug in Afrika südlich der Sahara (34 Prozent), gefolgt von Südasien (29 Prozent), den arabischen Staaten (26 Prozent) sowie Lateinamerika und der Karibik

(25 Prozent). Am niedrigsten ist der Abzug in Europa und Zentralasien (13 Prozent).

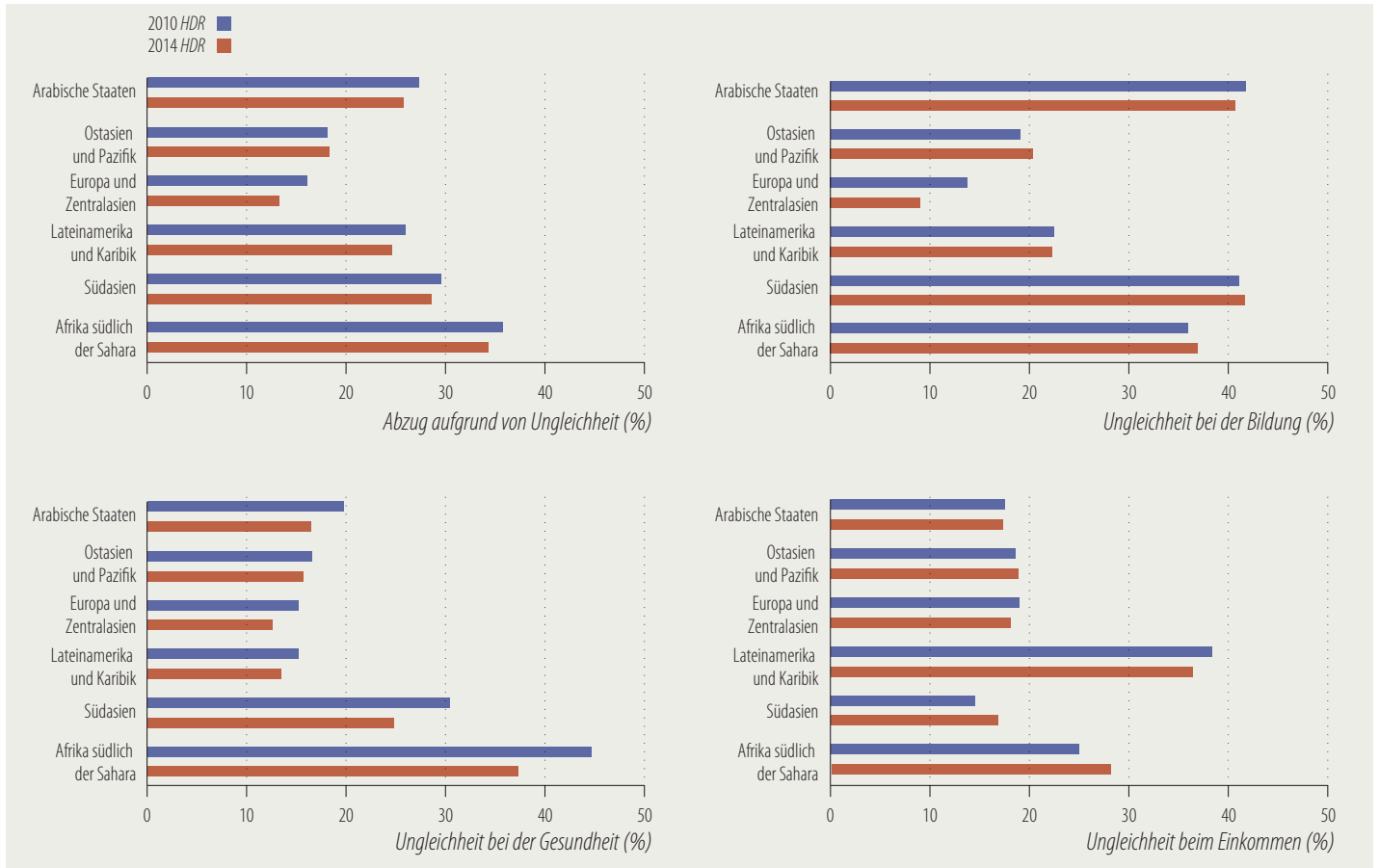
Aufgeschlüsselt nach den HDI-Komponenten betrug die durchschnittliche Ungleichheit 19 Prozent bei der Gesundheit (Rückgang gegenüber 23 Prozent im Jahr 2010), 27 Prozent bei der Bildung (ungefähr identisch mit 2010) und 23 Prozent beim Einkommen (Anstieg gegenüber 21 Prozent im Jahr 2010). Im Gesundheitsbereich wurde die größte Ungleichheit in Afrika südlich der Sahara festgestellt (37 Prozent), gefolgt von Südasien (25 Prozent). Beide Regionen verzeichneten jedoch substantielle Fortschritte, möglicherweise aufgrund von Impfkampagnen und besserer Ernährung, die die Sterblichkeit bei Kindern unter fünf Jahren stark zurückgehen ließen. Im Bildungsbereich fanden sich die höchsten Ungleichheitswerte in Südasien (42 Prozent), den arabischen Staaten (41 Prozent) und Afrika südlich der Sahara (37 Prozent). Es gab begrenzte Fortschritte bei der Verringerung von Unterschieden im Bildungsbereich, außer in Europa und Zentralasien.⁸

In Bezug auf das Einkommen besteht die größte Ungleichheit in Lateinamerika und der Karibik (36 Prozent), gefolgt von Afrika südlich der Sahara (28 Prozent). Die einkommensbezogene Ungleichheit ging in Lateinamerika und der Karibik zurück, scheint jedoch in Südasien und in Afrika südlich der Sahara zugenommen zu haben. Weil die Ungleichheit beim Einkommen in mehreren Regionen zugenommen zu haben scheint und die Ungleichheit im Bildungsbereich mehr oder weniger konstant geblieben ist, ist in der Gesamtbetrachtung die Verringerung der Ungleichheit beim HDI in erster Linie auf Fortschritte im Gesundheitsbereich zurückzuführen.

Im HDR 2013 wurde eine negative Beziehung zwischen Ungleichheit und menschlicher Entwicklung festgestellt.⁹ Ungleichheit verlangsamt die Geschwindigkeit der menschlichen Entwicklung und kann sie sogar zum Stillstand bringen. Obwohl die Ungleichheit beim HDI in der jüngeren Zeit insgesamt zurückgegangen ist, können wachsende Einkommensunterschiede durch Fortschritte in den Bereichen Gesundheit und Bildung nicht ausgeglichen werden. Um Vulnerabilität zu bekämpfen und jüngere Errungenschaften

GRAFIK 2.4

Der durchschnittliche Abzug vom Index der menschlichen Entwicklung aufgrund von Ungleichheit ist in den meisten Regionen zurückgegangen



Hinweis: Der HDR 2010 spiegelt Ungleichheit im Zeitraum von 2000 bis 2010 wider, und der HDR 2014 spiegelt Ungleichheit im Zeitraum von 2003 bis 2013 wider. Bevölkerungsgewichtetes Panel für 94 Entwicklungsländer. Quelle: Berechnungen des HDR-Büros.

aufrechtzuerhalten, ist es unverzichtbar, Ungleichheit in Bezug auf alle Dimensionen menschlicher Entwicklung zu verringern.

Obwohl die Einkommensunterschiede zwischen den Ländern in den letzten 20 Jahren kleiner geworden sind, weil die Schwellenländer den Rückstand zu den entwickelten Ländern verringert haben, hat die Ungleichheit in vielen Ländern auf der Welt zugenommen (Tabelle 2.3).¹⁰ Dies gilt insbesondere für die meisten entwickelten Regionen wie Osteuropa und für Asien. Wo die Ungleichheit kleiner geworden ist, vor allem in Lateinamerika und der Karibik, trugen dazu vor allem die Ausweitung der Bildung und staatliche Transfers an die Armen bei.¹¹

Diese beiden Tendenzen – sich verringerende Einkommensungleichheit zwischen Ländern

TABELLE 2.3

Länder mit zunehmender oder sich verringernder Einkommensungleichheit nach Region, 1990 – 2012

Region	Zunehmende Ungleichheit	Sich verringerende Ungleichheit	Keine Tendenz ^a	Total
Afrika	13	19	3	35
Asien	18	10	3	31
Lateinamerika und Karibik	4	14	2	20
Europa, Nordamerika, Ozeanien und Japan	30	8	6	44
Insgesamt	65	51	14	130
Anteil der Länder	50,0	39,2	10,8	100,0
Anteil der Gesamtbevölkerung	70,6	25,3	4,1	100,0

a. Die Ungleichheit blieb relativ konstant oder variierte ohne eine klare Aufwärts- oder Abwärtstendenz in dem Zeitraum. Quelle: UNDESA 2013b.

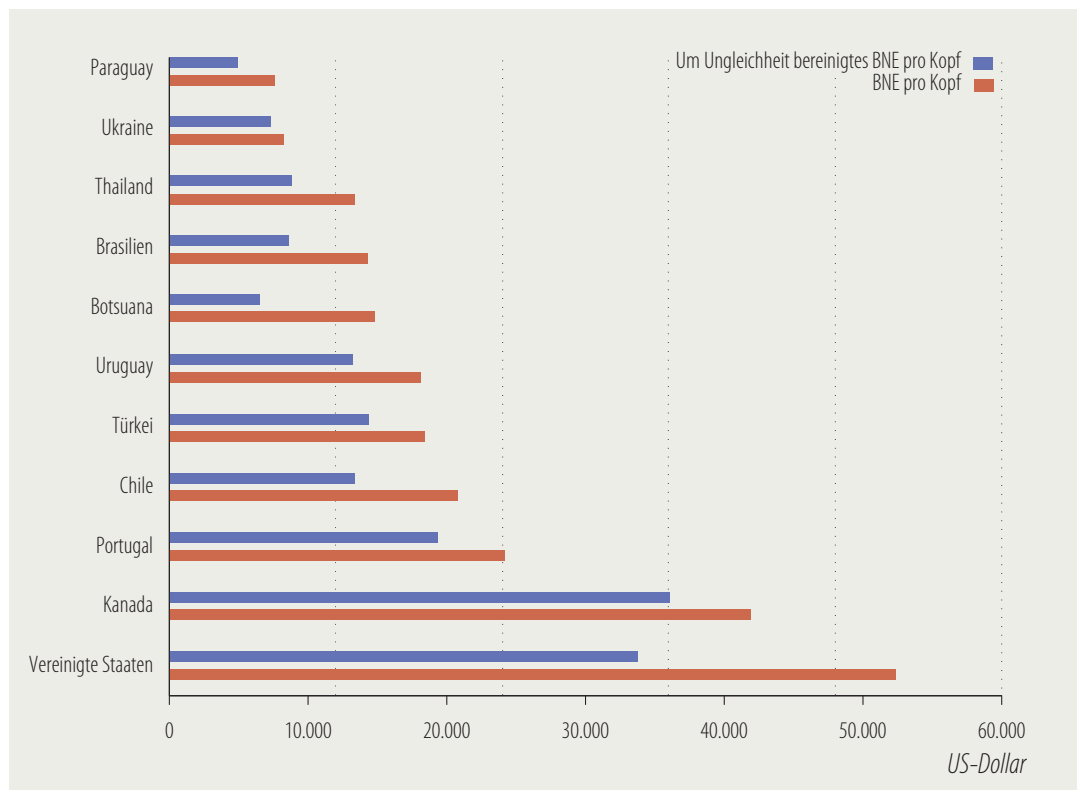
und zunehmende Ungleichheit innerhalb von Ländern – heben einander so gut wie auf, was zu der Feststellung zwingt, dass die globale Einkommensungleichheit (unter den Bürgern der Welt) hartnäckig hoch bleibt.¹² Schätzungen zufolge erhalten die ärmsten zwei Drittel der Weltbevölkerung weniger als 13 Prozent des Welteinkommens, während das reichste Prozent fast 15 Prozent anhäuft.¹³

Über das Einkommen hinaus, verfügt das reichste Prozent der Bevölkerung über etwa die Hälfte des Reichtums auf der Welt, wobei die 85 reichsten Personen zusammengenommen genauso viel besitzen wie die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung.¹⁴ Es ist wahrscheinlich, dass die Globalisierung, der technologische Fortschritt, die Deregulierung der Arbeitsmärkte und falsch ausgerichtete makroökonomische Maßnahmen diese großen Unterschiede von Einkommen und Wohlstand entstehen lassen und aufrechterhalten.

Die Bekämpfung von Ungleichheit ist wichtig, um Vulnerabilität zu verringern und Fortschritte nachhaltig zu sichern. Zunehmende Einkommensungleichheit in entwickelten Ländern und Entwicklungsländern wurde mit höherer wirtschaftlicher Volatilität und langsameren Fortschritten bei der menschlichen Entwicklung in Zusammenhang gebracht.¹⁵ Hohe und anhaltende Ungleichheit erschwert auch die Verringerung der Armut. Erkenntnisse lassen darauf schließen, dass ein Anstieg des Nationaleinkommens um ein Prozent die Einkommensarmut in Gesellschaften mit der geringsten Ungleichheit um 4,3 Prozent verringert, in denjenigen mit der größten Ungleichheit jedoch um gerade einmal 0,6 Prozent.¹⁶ Ungleichheit spielt nicht nur eine Rolle für die Menschen am unteren Ende der Verteilungsskala, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt – weil sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht sowie die soziale

GRAFIK 2.5

Die wirtschaftliche Situation und die Leistung eines Landes können wesentlich weniger beeindruckend wirken, wenn sie um die Einkommensverteilung bereinigt werden



Hinweis: Für das um Ungleichheit bereinigte BNE pro Kopf wird der Atkinson-Index verwendet. Die Daten gelten für 2013.
Quelle: Berechnungen des HDR-Büros.

Mobilität behindert und auf diese Weise soziale Spannungen wachsen lässt, die zu inneren Unruhen und politischer Instabilität führen können. Große Einkommensunterschiede können sogar demokratische Werte untergraben, wenn Reiche Einfluss auf politische Agenden nehmen (beispielsweise Steuererleichterungen für Großverdiener und Kürzungen bei Sozialleistungen durchsetzen) oder versuchen, (über die Medien) soziale Wahrnehmungen zu beeinflussen.

Wirtschaftlichen Fortschritt aus anderen Blickwinkeln beurteilen

Die wirtschaftliche Situation und die Leistung eines Landes können wesentlich weniger beeindruckend wirken, wenn auch die Einkommensverteilung berücksichtigt wird. Das BNE pro Kopf ist in den Vereinigten Staaten höher als in Kanada, aber das Gegenteil gilt für das um Ungleichheit bereinigte BNE pro Kopf. Auch in Botsuana, Brasilien und Chile muss das BNE pro Kopf aufgrund hoher Ungleichheit stark korrigiert werden (Grafik 2.5).

Die Bilanz des Vereinigten Königreichs ist nach der Bereinigung um Ungleichheit ebenfalls weniger beeindruckend. In den 1980er Jahren stieg das durchschnittliche Haushaltseinkommen um 3,2 Prozent jährlich, aber die Bereinigung des Wachstums mit dem Gini-Koeffizienten verringerte es auf nur 2,1 Prozent.¹⁷ Dies ist nicht viel mehr als das bereinigte Wachstum von zwei Prozent in den 1990er Jahren, einem glanzlosen Jahrzehnt. Für den Zeitraum von 1961 bis 2010 verringert die Bereinigung das durchschnittliche jährliche Wachstum des mittleren Haushaltseinkommens von 1,9 Prozent auf etwa 1,5 Prozent.

Eine andere Möglichkeit zur Beurteilung des Fortschritts besteht darin, das Wachstum des Konsums für die ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung zu verfolgen. Nach diesem Maß zu urteilen, haben einige Länder gut abgeschnitten. In Bolivien, Brasilien und Kambodscha war das Konsumwachstum bei den ärmsten 40 Prozent höher als bei der Bevölkerung insgesamt (Grafik 2.6). Aber in Ländern mit hoher oder zunehmender Ungleichheit – wie in China, Malaysia und Uganda – war das Konsumwachstum bei den Menschen am unteren

Ende der Verteilungsskala niedriger als bei der Gesamtbevölkerung.

Geschlechtsspezifische Ungleichheit

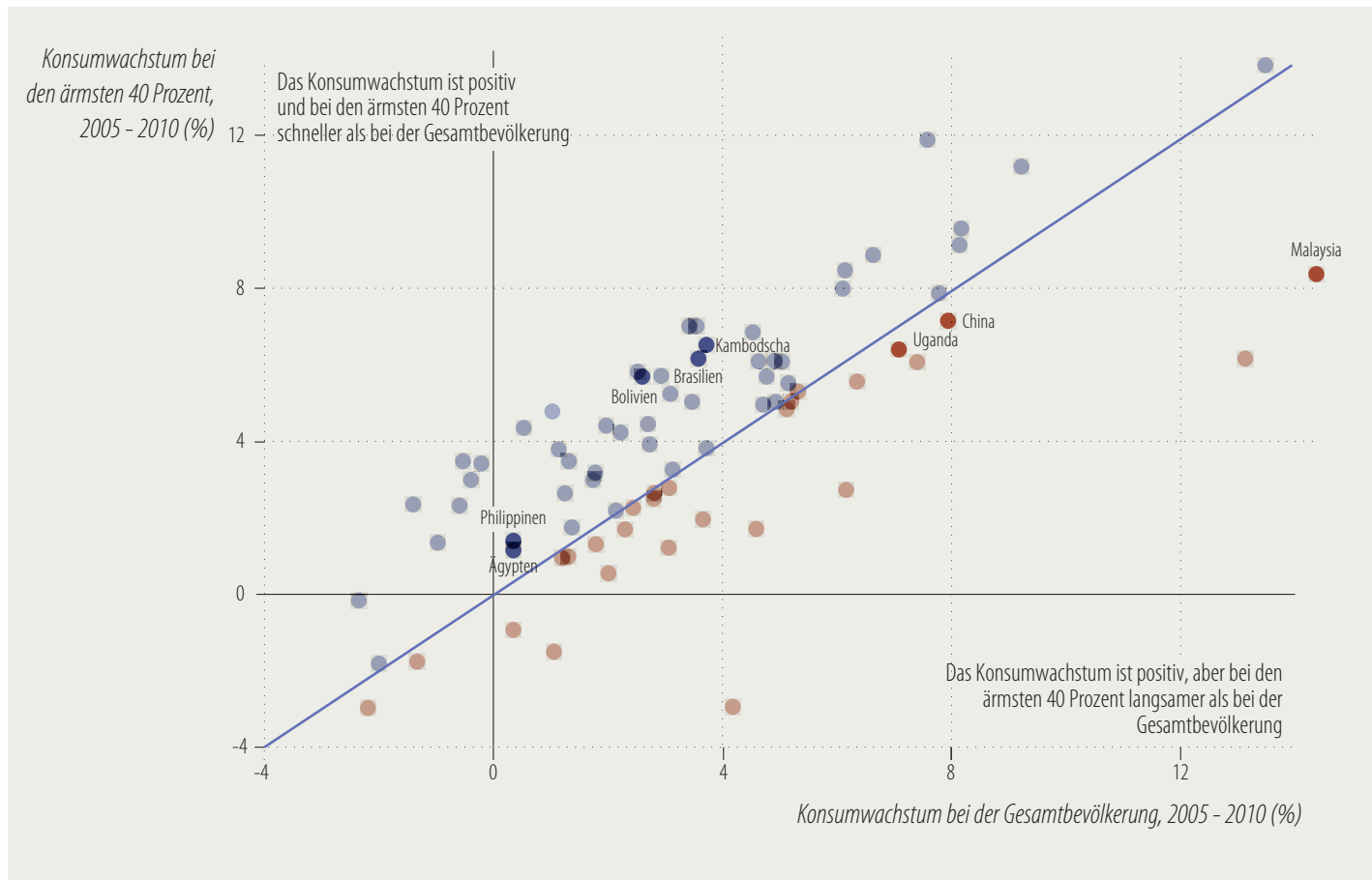
Frauen sind in Bezug auf Gesundheit, Bildung und Beschäftigung von vielen Arten von Benachteiligung und Diskriminierung betroffen. Um diese Unterschiede zu veranschaulichen, werden in diesem Bericht HDI-Werte für 148 Länder für Frauen und Männer getrennt präsentiert. Weltweit ist der HDI-Wert für Frauen im Durchschnitt etwa acht Prozent niedriger als der HDI-Wert für Männer. Was die Regionen betrifft, besteht der größte Unterschied in Südasien (17 Prozent). In der Gruppe mit sehr hoher menschlicher Entwicklung ist der Unterschied klein (drei Prozent), beträgt aber etwa 17 Prozent in der Gruppe mit niedriger menschlicher Entwicklung. Die Slowakei hat die Geschlechterparität verwirklicht, und in 15 Ländern sind die HDI-Werte für Frauen geringfügig höher als die Werte für Männer (siehe Tabelle 3 im *Statistischen Anhang*).

Der Index für geschlechtsspezifische Ungleichheit für 149 Länder macht deutlich, wie stark nationale Errungenschaften in den Bereichen reproduktive Gesundheit, Ermächtigung der Geschlechter und Erwerbsbeteiligung durch geschlechtsspezifische Ungleichheit untergraben werden. Im Gegensatz zum HDI signalisiert ein höherer Wert beim Index für geschlechtsspezifische Ungleichheit eine negative Bilanz. Die Werte reichen von einem Durchschnitt von 0,317 für Europa und Zentralasien bis zu 0,575 für Afrika südlich der Sahara und von einem Durchschnitt von 0,197 für die Gruppe mit sehr hoher menschlicher Entwicklung bis zu 0,586 für die Gruppe mit niedriger menschlicher Entwicklung. Slowenien schneidet von allen Ländern am besten ab (0,021), während der höchste Wert für den Jemen ermittelt wird (0,733).

Weltweit sind Frauen bei der politischen Vertretung auf der nationalen Ebene benachteiligt. Im Durchschnitt haben sie 21 Prozent der Sitze in nationalen Parlamenten inne. In Lateinamerika und der Karibik, wo sie etwa 25 Prozent der Sitze belegen, fällt die Bilanz für sie besser aus. In den Parlamenten der arabischen Staaten halten sie weniger als 14 Prozent der Sitze.

Große Einkommensunterschiede können sogar demokratische Werte untergraben, wenn Reiche Einfluss auf politische Agenden nehmen oder versuchen, soziale Wahrnehmungen zu beeinflussen.

In Ländern mit hoher oder zunehmender Ungleichheit war das Konsumwachstum bei den ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung niedriger als bei der Gesamtbevölkerung



Quelle: Narayan, Saavedra-Chanduvi und Tiwari 2013.

Schlechte Dienste im Bereich der reproduktiven Gesundheit tragen als wichtiger Faktor zur geschlechtsspezifischen Ungleichheit bei, insbesondere in Entwicklungsländern. Beispielsweise beträgt die Müttersterblichkeit in Afrika südlich der Sahara 474 pro 100.000 Lebendgeburten. Der Tod der Mutter hat naturgemäß schwerwiegende negative Auswirkungen für Kleinkinder und ihre älteren Geschwister, die von der Mutter nicht mehr betreut werden können: Sie könnten während ihres gesamten Lebens in niedriger menschlicher Entwicklung gefangen bleiben. Geburten in der Adoleszenz haben für junge Mütter und ihre Säuglinge ebenfalls möglicherweise schlechtere Ergebnisse in Bezug auf die menschliche Entwicklung zur Folge. In Afrika südlich der Sahara werden

110 Geburten pro 1.000 Frauen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren registriert.

Die Defizite im Bildungsbereich sind ebenfalls groß. Im Durchschnitt haben 60 Prozent der Frauen ab 25 Jahren zumindest zeitweise die Sekundarstufe besucht, verglichen mit 67 Prozent der Männer. Dieser Unterschied ist besonders groß in der Gruppe mit niedriger menschlicher Entwicklung (15 Prozent gegenüber 29 Prozent). Dabei weist Südasien das größte Geschlechtergefälle im Bildungsbereich auf (15 Prozentpunkte). In der Gruppe mit sehr hoher menschlicher Entwicklung besteht auf dieser Stufe nahezu Geschlechterparität (etwa 86 Prozent gegenüber 88 Prozent).

Frauen sind gegenüber Männern auch bei der Erwerbsbeteiligung im Rückstand

(51 Prozent im Vergleich zu 77 Prozent). Die Situation ist weniger chancenreich für Frauen in den arabischen Staaten, wo 25 Prozent der Frauen im Erwerbsalter erwerbstätig sind, verglichen mit 73 Prozent der Männer. In Afrika südlich der Sahara ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen tendenziell höher, weil Frauen mehrheitlich gezwungen sind, den Lebensunterhalt im informellen Sektor zu sichern.

Armut

Typische Armutsmaße basieren auf Einkommen oder Konsum. Diese Größen erfassen wichtige Deprivationsdimensionen, liefern jedoch nur ein partielles Bild. Menschen können hinsichtlich vieler Dinge außer Einkommen von Deprivation betroffen sein. Sie können unter schlechter Gesundheit und schlechter Ernährung, einem niedrigen Bildungs- und

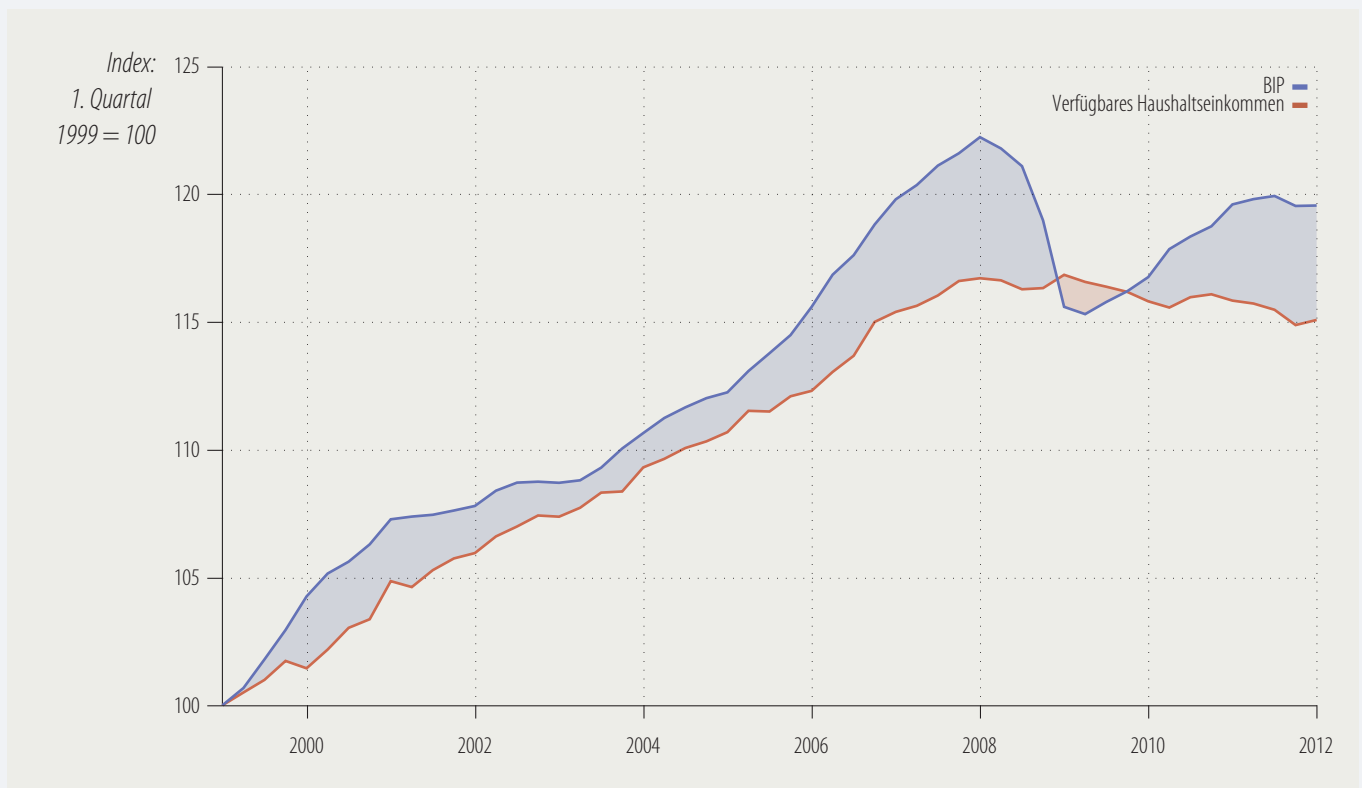
KASTEN 2.1

Ein Blick auf das verfügbare Einkommen

Insbesondere in Rezessionen können materielle Lebensstandards mithilfe von Maßen für das Haushaltseinkommen und den Konsum besser überwacht werden als mit dem BIP (siehe Grafik). Beispielsweise ging das BIP 2008 und 2009 im Euro-Raum stark zurück (um 5,7 Prozent), während das verfügbare Haushaltseinkommen auf Vorkrisenniveau blieb. Dies kann zumindest teilweise auf automatische Sozialschutzstabilisatoren und diskretionäre Maßnahmen zurückgeführt werden, die die Haushaltseinkommen in

den ersten Jahren der Krise schützten. Gleichmaßen stieg das verfügbare Haushaltseinkommen in der Zeit vor der Krise bis 2007 weniger rasch als das BIP. Sich von Standardeinkommensmaßen abzuwenden, kann folglich den Blickwinkel verändern, unter dem wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt betrachtet wird. Das verfügbare Einkommen hat jedoch auch Nachteile, weil dabei angenommen wird, dass Steuersysteme und Sozialleistungen länderübergreifend vergleichbar sind.

Während 2008 und 2009 das BIP im Euro-Raum stark zurückging, blieb das verfügbare Haushaltseinkommen auf Vorkrisenniveau

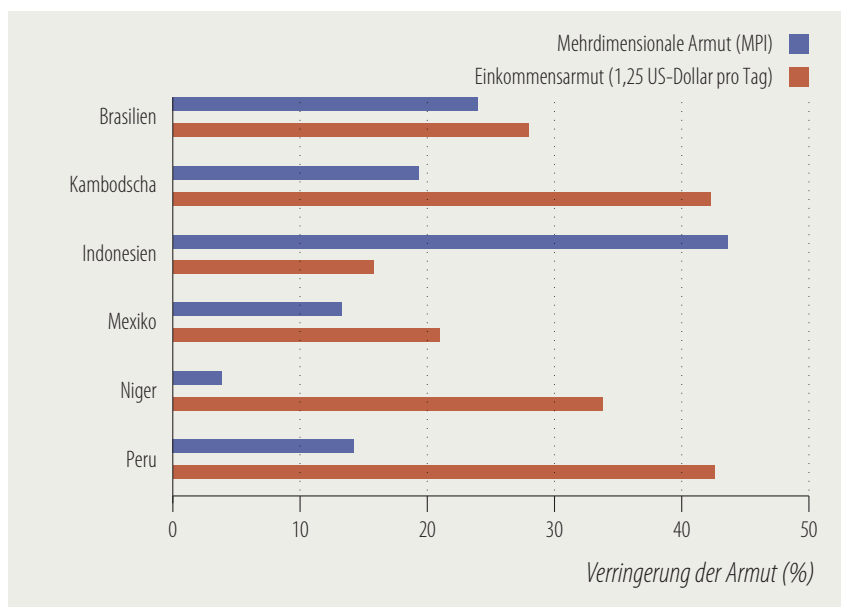


Hinweis: Das verfügbare Haushaltseinkommen wird unter Verwendung des Deflators für die saisonbereinigten Konsumausgaben der Haushalte in realen Werten gemessen. Das BIP wird unter Verwendung des BIP-Deflators in realen Werten gemessen.

Quelle: Atkinson 2013.

GRAFIK 2.7

In vielen Ländern gingen sowohl die mehrdimensionale Armut als auch die Einkommensarmut zwischen 2005 und 2012 zurück, doch das Ausmaß der Fortschritte variiert stark



Quelle: Berechnungen des HDR-Büros.

Qualifizierungsniveau, unzureichenden Mitteln zur Sicherung des Lebensunterhalts und schlechten Haushaltsbedingungen leiden, und sie können sozial ausgeschlossen sein.

Einige dieser allgemeineren Armutsaspekte werden im Konzept der mehrdimensionalen Armut erfasst. In 104 Entwicklungsländern hatten 1,2 Milliarden Menschen ein Einkommen von 1,25 US-Dollar oder weniger pro Tag.¹⁸ Die Zahl der von mehrdimensionaler Armut Betroffenen für 91 Entwicklungsländer betrug jedoch schätzungsweise 1,5 Milliarden – gemessen mithilfe des Index der mehrdimensionalen Armut (Multidimensional Poverty Index – MPI).¹⁹ Der MPI wurde im HDR 2010 eingeführt, um Formen von Deprivation in den drei Dimensionen des HDI – Lebenserwartung, Bildung und Lebensstandard – zu messen. Gemäß dem MPI sind 2,2 Milliarden Menschen von mehrdimensionaler Armut oder Bedürftigkeit (das heißt von zwei oder mehr von zehn Formen von Deprivation) betroffen. Der MPI misst nicht nur den Anteil der Personen, die von Deprivation betroffen sind, sondern auch die Deprivationsintensität

für jeden armen Haushalt und liefert somit ein umfassenderes Bild (siehe Kapitel 3).

Der Anteil der von mehrdimensionaler Armut Betroffenen ist gewöhnlich höher als der Anteil derer, die ihren Lebensunterhalt mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag bestreiten müssen. In Kambodscha waren 2010 47 Prozent der Bevölkerung von mehrdimensionaler Armut betroffen, aber nur 19 Prozent lebten von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag. In Brasilien und Indonesien ist jedoch die Einkommensarmut höher. Außerdem variiert das Fortschrittstempo stark, wenn auch in vielen Ländern sowohl die mehrdimensionale Armut als auch die Einkommensarmut zurückgegangen sind (Grafik 2.7). Die mehrdimensionale Armut ging in Indonesien stärker zurück als die Einkommensarmut, während in Peru das Gegenteil der Fall war.

Unsichere Beschäftigung und stagnierende Löhne

Wirtschaftswachstum, durch das nicht genügend menschenwürdige Beschäftigung entsteht, wird die menschliche Entwicklung wohl nicht fördern. Im HDR 1993 wurde die Aufmerksamkeit auf Wachstum ohne Arbeitsplatzgewinn gelenkt, bei dem die Produktion steigt, aber die Beschäftigung weit zurückhinkt.²⁰ Das Problem scheint wieder akut zu sein. Nach der Krise 2008 stieg die Arbeitslosigkeit beträchtlich. Eine Analyse von 65 Ländern zeigte, dass in mehr als zwei Dritteln von ihnen Ende 2012 die Beschäftigungsquote das Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht hatte. In einigen Ländern wie in Irland und Spanien stieg zwischen 2007 und 2012 die Langzeitarbeitslosenquote um mindestens 20 Prozentpunkte.²¹ Weltweit sind derzeit etwa 200 Millionen Menschen arbeitslos.

Trotz starken Produktivitätswachstums waren die Veränderungen der Reallöhne recht gering. Zwischen 2000 und 2011 stiegen die Reallöhne um nur fünf Prozent in entwickelten Volkswirtschaften sowie um 15 Prozent in Lateinamerika und der Karibik, und im Nahen Osten waren sie rückläufig. In Asien wuchsen sie jedoch um bemerkenswerte 94 Prozent. Infolgedessen ist der Anteil der Arbeit am BNE in vielen Teilen der Welt gesunken. Für

16 entwickelte Länder, für die Daten vorliegen, ging der durchschnittliche Anteil der Arbeit von etwa 75 Prozent des BNE Mitte der 1970er Jahre auf etwa 65 Prozent in den Jahren vor der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise zurück.²²

Menschenwürdige und gut bezahlte Arbeitsplätze sind unabdingbar, um die Lebensstandards zu verbessern. Trotz Verbesserungen in der jüngeren Vergangenheit bleibt der Anteil der Arbeitnehmer in unsicherer Beschäftigung in Afrika südlich der Sahara und in Südasien sehr hoch – bei etwa 77 Prozent der Gesamtbeschäftigung (Tabelle 2.4). Fast die Hälfte der Welterwerbsbevölkerung ist weiterhin von unsicherer Beschäftigung betroffen, das heißt auf instabilen und schlecht bezahlten Stellen gefangen. Hohe Anteile erwerbstätiger Armer lassen darauf schließen, dass das Arbeitseinkommen unter dem verharret, was zur Sicherung menschenwürdiger Lebensstandards notwendig ist. In mehreren Regionen mögen die Fortschritte beeindruckend gewesen sein, aber 40 Prozent der Arbeitnehmer in Afrika südlich der Sahara und 24 Prozent der Arbeitnehmer in Südasien leben immer

noch in Haushalten, die umgerechnet weniger verdienen als 1,25 US-Dollar pro Tag pro Person.

Die Beschäftigung ist auch in mehreren entwickelten Ländern prekärer geworden, wo die Zahl der Arbeitnehmer mit befristeten und Teilzeitverträgen stark gestiegen ist. Stagnierende Reallöhne haben höhere Lebensstandards verhindert. In den meisten Entwicklungsländern ist unsichere Beschäftigung weiterhin die Norm. Lohnarbeit im formellen Sektor ist nur für einige verfügbar, während die Mehrheit der Bevölkerung unbezahlter Arbeit oder selbständiger Erwerbstätigkeit nachgeht – beispielsweise Subsistenzlandwirtschaft und Straßenhandel –, die häufig mit größerer Anfälligkeit für Schocks in Zusammenhang gebracht werden (siehe Kapitel 3 und 4). Schlechte beschäftigungspolitische Ergebnisse haben negative wirtschaftliche Auswirkungen, können jedoch auch zu einem Verlust erworbener Befähigungen (wie Qualifikationen und Gesundheitsstatus) führen, Entscheidungsmöglichkeiten und Freiheiten beschränken, das psychologische Wohlbefinden von Personen beeinträchtigen und soziale Unzufriedenheit schüren.

TABELLE 2.4

Unsichere Beschäftigung und Erwerbsarmut, 2010 und 2012

	Unsichere Beschäftigung ^a (% der Gesamtbeschäftigung)		Erwerbsarmut ^b (% der Gesamtbeschäftigung)	
	2010	2012	2010	2012
Welt	53,1	49,2	26,6	12,3
Entwickelte Volkswirtschaften und Europäische Union	11,2	10,1
Übriges Europa ^c und Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	23,8	19,7	5,0	1,7
Ostasien	58,4	48,9	31,2	5,6
Südostasien und Pazifik	65,2	61,1	33,7	11,7
Südasien	81,3	76,9	43,9	24,4
Lateinamerika und Karibik	35,8	31,5	7,8	3,5
Naher Osten	33,5	27,0	1,4	1,8
Nordafrika	42,1	41,4	9,5	6,4
Afrika südlich der Sahara	81,8	77,2	56,7	40,1

a. Summe von auf eigene Rechnung arbeitenden Erwerbstätigen und unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen.
b. Erwerbstätige, die in einem Haushalt mit einem Verdienst von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag pro Person leben.
c. Nicht-EU-Länder in Mittel- und Südosteuropa.
Quelle: ILO 2013d.

Ein politischer Handlungsrahmen, bei dem die Menschen im Mittelpunkt stehen, muss mit makroökonomischen und strukturellen Maßnahmen, Arbeitsmarktinterventionen und einer sozialen Sicherung abgestimmt werden. Diese Maßnahmen sollten darauf ausgerichtet sein, inklusives Wirtschaftswachstum zu fördern, menschenwürdige und produktive Arbeitsplätze zu schaffen sowie soziale Grundversorgung und soziale Absicherung bereitzustellen, wobei gleichzeitig der Chancengerechtigkeit und der Nachhaltigkeit besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Die komplexen Probleme, mit denen moderne Gesellschaften konfrontiert sind, erfordern

eine Neubewertung der Arten von politischen Handlungskonzepten und Maßnahmen, die Synergien zur Förderung und Aufrechterhaltung menschlicher Entwicklung entstehen lassen können (Kasten 2.2).

Die menschliche Entwicklung sichern und aufrechterhalten

Im Lauf der Jahre wurde viel darüber diskutiert, was Nachhaltigkeit bedeutet und mit welchen Maßen nachhaltiger Fortschritt – oder sein Ausbleiben – gemessen werden kann. 2012 verständigte sich die Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung in

KASTEN 2.2

Makroökonomie und Sparpolitik

In den Jahren vor der globalen Finanzkrise befanden sich die Staatsfinanzen der meisten entwickelten Länder in einem recht guten Zustand. Staatliche Defizite waren rückläufig, und Schulden waren entweder stabil oder sanken. Dann löste die Rezession automatische Stabilisatoren wie Arbeitslosengeld aus und erforderte Konjunkturpakete, die höhere Ausgaben der öffentlichen Hand bewirkten. Manche Regierungen übernahmen die Verantwortung für riesige Schulden des privaten Sektors, insbesondere in Not geratener Banken. In der wirtschaftlichen Schwächephase schrumpften die Steuereinnahmen. Die Tendenzen von steigenden Schulden und rückläufigem BIP führten zusammen zu einem drastischen Anstieg der Haushaltsdefizite und der öffentlichen Schuldenquoten.

Trotz frühzeitiger Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung, zum Teil das Ergebnis antizyklischer fiskalpolitischer Maßnahmen, verlagerten viele Regierungen – vor allem in Europa – den Schwerpunkt ihrer Politik rasch auf Sparmaßnahmen. Sparprogramme haben neben anderen Faktoren zu einem drastischen Rückgang der Investitionen der öffentlichen Hand in Europa beigetragen. Zwischen 2008 und 2012 gingen die staatlichen Bruttoanlageinvestitionen in Irland um 65 Prozent zurück, in Griechenland und Spanien um 60 Prozent, in Portugal um 40 Prozent und in Italien um 24 Prozent. Insgesamt gingen die Investitionen der öffentlichen Hand im Euro-Raum (17 Länder) zwischen 2009 und 2012 von 251 Milliarden Euro auf 201 Milliarden Euro zurück – ein nominaler Rückgang um 20 Prozent – und das nach einer ständig rückläufigen Tendenz der Investitionen als Anteil am BIP seit den 1970er Jahren. Haushaltskürzungen wirken sich auch negativ auf die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen aus. Zwischen 2009 und 2011 gingen in einem Drittel der Länder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – einschließlich Griechenlands, Irlands, Portugals und des Vereinigten Königreichs – die Gesundheitsausgaben zurück. Die Ergebnisse? Geringere Ausgaben für Präventionsprogramme, Kürzungen des Angebots an Gesundheitsleistungen,

Anstiege der Eigenzahlungen von Patienten und Lohnkürzungen in Krankenhäusern. Die Krise kehrte auch die langfristige Tendenz steigender Investitionen in Bildung um: 2011/12 kürzten 15 OECD-Länder ihre Bildungshaushalte.

Diese unverhältnismäßige Fokussierung auf die Ausgaben der öffentlichen Hand und die Schulden lenkt die Aufmerksamkeit von einer tiefergehenden und grundsätzlicheren Frage ab: Wie kann inklusives und nachhaltiges langfristiges Wachstum erreicht werden? Die Sparpolitik setzt einen Teufelskreis in Gang: Kürzungen von wachstumsfördernden öffentlichen Ausgaben – wie Investitionen und Sozialausgaben – schwächen die Steuerbasis, führen dazu, dass mehr Menschen auf Sozialhilfe angewiesen sind, verschärfen Haushaltsdefizite und Schulden und führen zu weiteren Sparmaßnahmen. Die Kürzungen untergraben auch die zukünftige menschliche Entwicklung und bergen die Gefahr, dass hart erkämpfte Zugewinne verloren gehen. Und sie haben wahrscheinlich mehr Ungleichheit zur Folge, die per se ein Hindernis für nachhaltiges Wachstum ist und die Gefahr von Wirtschafts- und Finanzkrisen erhöht.

Die makroökonomische Politik hat große Bedeutung für die menschliche Entwicklung. Sie beeinflusst das Angebot an und die Qualität von Beschäftigung, den Umfang der sozialen Sicherung und die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen. Es gibt zunehmend Erkenntnisse dahingehend, dass aktuelle makroökonomische Entscheidungen – insbesondere in entwickelten Ländern – die Volatilität der Produktion und der Wechselkurse fördern, die Ungleichheit vergrößern und auf diese Weise die menschliche Entwicklung untergraben. Dies ist im Wesentlichen auf eine übermäßige Fokussierung auf die Preisstabilität und falsch gewählte Zeitpunkte für die Durchführung von Sparmaßnahmen zurückzuführen, die die Probleme öffentlicher und privater Schulden verschärfen und wenig leisten, um die Grundlage für eine wirtschaftliche Erholung zu schaffen. Es ist an der Zeit, die Argumente für Sparmaßnahmen zu überprüfen und die Politik auf höhere Investitionen zugunsten von dauerhaftem Langzeitwachstum neu auszurichten.

Quelle: EC 2013a,b; Berg und Ostry 2011a; Kumhof und Rancière 2010; Karanikolos et al. 2013; Nayyar 2012; OECD 2013c,e; Väililä und Mehrotra 2005.

Rio auf eine breite Sichtweise, gemäß derer nachhaltiger Fortschritt alle drei Dimensionen betreffen muss, die die Lebenschancen von Menschen beeinflussen – die soziale, die wirtschaftliche und die Umweltdimension.

Umweltschutz kann als ein Gut per se betrachtet werden, aber Amartya Sen und andere haben dargelegt, dass die Fokussierung auf die Nachhaltigkeit von Menschen und ihren Entscheidungen ein nützlicherer Ansatz ist.²³ Menschen haben sich immer auf den Reichtum und die Widerstandsfähigkeit der natürlichen Welt verlassen. Es ist jedoch klar, dass die Zukunft unsicher ist, sodass die Anfälligkeiten der Menschen zunehmen. Umweltschäden und Klimaveränderungen bedrohen das langfristige Überleben der Menschheit. Bei der Aufgabe, den Fortschritt aufrechtzuerhalten, geht es deshalb darum, sicherzustellen, dass heutige Entscheidungen und Umsetzungen von Verwirklichungschancen die Entscheidungen und Wahlfreiheiten, die zukünftigen Generationen zur Verfügung stehen, nicht beeinträchtigen.²⁴ Während Nachhaltigkeit durch bereinigte Nettoeinsparungen und ökologische Fußabdrücke gemessen werden kann, spiegeln diese Maße den dynamischen Charakter der den Menschen zur Verfügung stehenden Wahlmöglichkeiten nicht angemessen wider. Ein wichtiger Aspekt dieses Ansatzes besteht darin, dass er zusätzlich zu der Forderung, den bestehenden Spannungen zwischen heutigen und zukünftigen Wahlmöglichkeiten mehr Aufmerksamkeit zu widmen, auch deutlich macht, dass erreichte Zugewinne bei der menschlichen Entwicklung vor negativen Schocks und nachteiligen Ereignissen geschützt werden müssen.

In den *Berichten über die menschliche Entwicklung* 2011 und 2013 wurde ausgeführt, dass Umweltkatastrophen die menschliche Entwicklung nicht nur verlangsamen, sondern sogar umkehren könnten. Der Klimawandel könnte das größte Einzelhindernis für die Verwirklichung der nachhaltigen Entwicklungsziele und der Entwicklungsagenden für die Zeit nach 2015 werden.²⁵ Umweltbedrohungen weisen auf potenzielle Konflikte zwischen dem Wohl heutiger und zukünftiger Generationen hin. Wenn der heutige Konsum die natürlichen Grenzen unseres Planeten übersteigt, werden die Wahlmöglichkeiten zukünftiger und

heutiger Generationen gravierend beeinträchtigt werden.²⁶

Ob sich ein Land oder eine Gemeinschaft auf einem nachhaltigen Entwicklungspfad befindet, hängt von seiner Position in Bezug auf lokale und globale Schwellenwerte ab. Eine lokale Schwelle bezieht sich auf die innerhalb der Grenzen eines Landes verfügbaren Ressourcen, während eine globale Schwelle aus einem größeren Blickwinkel unter Berücksichtigung der Grenzen des Planeten definiert wird. Beispielsweise könnte der Verbrauch einer natürlichen Ressource durch ein Land wegen des Ressourcenreichtums innerhalb seiner Grenzen deutlich unter der lokalen Schwelle bleiben. Der Pro-Kopf-Verbrauch könnte jedoch über der globalen Schwelle liegen. Über diese Schwellen hinauszugehen, kann schädliche Konsequenzen innerhalb von Grenzen und über Grenzen hinweg haben, weshalb es wichtig ist zu untersuchen, wie diese lokalen und globalen Grenzen im Gleichgewicht gehalten werden können.

Das universalistische Prinzip bietet einen guten Ausgangspunkt für die Kombination intra- und intergenerationeller Gerechtigkeit beim Verbrauch von Umwelt- und anderen Ressourcen. Die Wissenschaft liefert eine Vorstellung von den globalen Schwellen für bestimmte Ressourcen, während soziale Gerechtigkeit verlangt, dass jeder einen gleichen Anspruch auf die Ressource hat, die für die Nutzung durch heutige Generationen zur Verfügung steht. Dies ermöglicht uns, Länder zu ermitteln, die sich auf nicht nachhaltigen Entwicklungspfaden befinden, insbesondere in Bezug auf bestimmte Umweltindikatoren.

Obwohl die Umwelt eine zentrale Dimension darstellt, was die Wahlmöglichkeiten heutiger und zukünftiger Generationen betrifft, ist sie nicht die einzige. Wirtschaftliche, soziale und politische Faktoren können Wahlmöglichkeiten ebenfalls erweitern oder einschränken. Nichtsdestotrotz werden durch mehr oder weniger gut etablierte Schwellenwerte globaler ökologischer Nachhaltigkeit formellere Bewertungen ermöglicht.

Viele Länder, insbesondere diejenigen in den Gruppen mit hoher menschlicher Entwicklung, befinden sich heute auf nicht nachhaltigen Entwicklungspfaden.²⁷ Von

Das universalistische Prinzip bietet einen guten Ausgangspunkt für die Kombination intra- und intergenerationeller Gerechtigkeit beim Verbrauch von Umwelt- und anderen Ressourcen.

140 Ländern, für die Daten vorliegen, weisen 82 ökologische Fußabdrücke auf, die die globale Tragfähigkeit überschreiten. Infolgedessen übersteigt der globale Pro-Kopf-Fußabdruck die globale Nachhaltigkeitsschwelle beträchtlich. Die Kohlendioxidemissionen von 90 aus 185 Ländern liegen über der globalen Schwelle, und ihre Emissionen sind hoch genug, um die globalen Pro-Kopf-Emissionen über die globale Nachhaltigkeitsschwelle zu treiben. Die Trinkwasserentnahme durch 49 von 172 Ländern, für die Daten vorliegen, übersteigt ebenfalls die globale Schwelle. Insgesamt ist die Korrelation zwischen höherem HDI und nicht nachhaltigen ökologischen Fußabdrücken und Emissionen positiv, während der Wasserverbrauch sowohl in Entwicklungsländern als auch in entwickelten Ländern nicht nachhaltig ist.²⁸

Der globale ökologische Fußabdruck des Konsums ist derzeit größer als die gesamte Biokapazität der Welt, also die Fähigkeit der Biosphäre zur Deckung des menschlichen Bedarfs

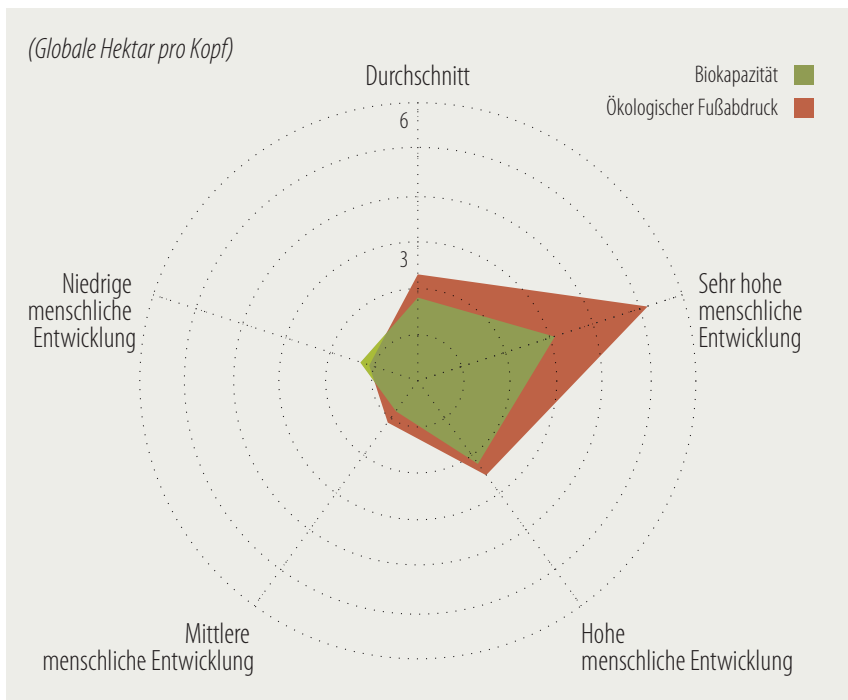
an Materialverbrauch und Abfallentsorgung (Grafik 2.8). Insbesondere die Gruppe mit sehr hoher menschlicher Entwicklung weist ein sehr großes ökologisches Defizit auf – denn ihr ökologischer Fußabdruck ist fast doppelt so groß wie die verfügbare Biokapazität.

Menschliche Entwicklung erfordert die Ausweitung der Wahlmöglichkeiten, die derzeit für Menschen verfügbar sind. Zur Wahrung intergenerationaler Gerechtigkeit ist es jedoch auch wichtig, die Auswirkungen auf die Wahlmöglichkeiten zukünftiger Generationen zu bedenken. Menschliche Entwicklung sollte nicht zulasten zukünftiger Generationen gehen. Um menschliche Entwicklung zu sichern und aufrechtzuerhalten und dramatische lokale und globale Auswirkungen abzuwenden, sind mutige und unverzügliche Maßnahmen zur Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit erforderlich.

Globale Bedrohungen für die menschliche Entwicklung

GRAFIK 2.8

Der globale ökologische Fußabdruck des Konsums ist derzeit größer als die Gesamtbiokapazität der Welt



Hinweis: Die Daten gelten für 2010.

Quelle: Global Footprint Network 2014 und Berechnungen des HDR-Büros.

Wirtschaftliche, soziale und Umweltschocks haben große negative Auswirkungen auf das Leben von Menschen und sind eine Hauptschwierigkeit bei der Aufgabe, menschliche Entwicklung dauerhaft zu sichern und voranzutreiben. Nicht prognostizierbare Veränderungen von Marktbedingungen, der Umwelt und von sozialen Wahrnehmungen können dramatische destabilisierende Wirkung haben – und können die heutigen und zukünftigen Wahlmöglichkeiten von Personen und Haushalten beschränken sowie den Fortschritt ganzer Gesellschaften behindern. Beispielsweise bedrohen starke Schwankungen von Preisen und der wirtschaftlichen Aktivität – wie im Fall der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise von 2007 bis 2008 und der zunehmenden Volatilität der Rohstoffpreise seit 2007 – die Lebensgrundlagen von Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig entsteht dadurch ein Klima der Ungewissheit, das sich negativ auf Entscheidungsprozesse und die Übernahme von Risiken auswirkt.

In den letzten Jahren zeichneten sich Preise von Finanzanlagen, die Rohstoffpreise und

Den menschlichen Fortschritt messen

Die in der Ära der Millenniums-Entwicklungsziele verwirklichten Errungenschaften waren enorm. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Zahl der Kinder, die jedes Jahr sterben, ist von mehr als 12,4 Millionen auf 6,6 Millionen um fast die Hälfte zurückgegangen. Dies entspricht nicht ganz der Zwei-Drittel-Zielvorgabe im Millenniums-Entwicklungsziel 4, aber es ist ein großer Gewinn für die Menschheit.

Weil die Millenniums-Entwicklungsziele 2015 auslaufen, überlegt die Entwicklungsgemeinschaft, was die nächsten globalen Ziele sein sollen und wie auf dem aktuellen Fortschritt aufgebaut werden kann. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat eine Hochrangige Gruppe zu dem Thema einberufen, und eine der von ihr hervorgehobenen Prioritäten ist eine „Datenrevolution“. Um das Tempo der Verbesserungen zu beschleunigen, benötigen Entwicklungsorganisationen und Regierungen von Entwicklungsländern der Gruppe zufolge Zugang zu mehr und besseren Daten.

Wenige Menschen sind so sehr von der Macht von Daten überzeugt wie ich. Im jährlichen Rundschreiben der Bill & Melinda Gates Foundation habe ich mich 2012 zur Bedeutung von Messungen geäußert. Nach meiner Erfahrung trifft der Managerspruch „Was gemessen wird, wird auch erledigt“ zu. Die bloße Verfolgung wichtiger Indikatoren steigert die Wahrscheinlichkeit, dass Veränderungen dieser Indikatoren positiv sein werden, beträchtlich. Zweitens liefert die Analyse von Entwicklungsstatistiken Erkenntnisse, die die Ergebnisse im Lauf der Zeit verbessern. Beispielsweise hat die zahlenmäßige Zunahme exzellenter gemeindenaher Gesundheitssysteme in der jüngeren Zeit viel mit den klaren Belegen dafür zu tun, dass Gesundheitskräfte mit Patientenkontakt positive Resultate erzielen.

Wenn erst einmal Konsens über die Bedeutung von Daten und die Notwendigkeit einer Datenrevolution besteht, ist der nächste Schritt eine intensivere Debatte über die konkreten Inhalte dieser Revolution.

Eine Priorität ist, die laufenden Prozesse der Datenerhebung zu rationalisieren. Derzeit ist das Datenangebot außerordentlich fragmentiert, sodass unterschiedliche Akteure dieselben Dinge häufig mehrere Male auf leicht unterschiedliche Weise zählen. Gleichzeitig wird die Erstellung anderer nützlicher Statistiken vollständig vernachlässigt. Die Antwort besteht darin, nicht jedes erdenkliche Datenteilchen über wirtschaftliche und menschliche

Entwicklung zu sammeln, was die Kosten steigern und zu einem Stillstand führen würde. Wir brauchen einen Koordinierungsmechanismus, im Rahmen dessen sich die Entwicklungsgemeinschaft und die Entwicklungsländer selbst über eine begrenzte Liste von Indikatoren verständigen, bei denen es sich lohnt, sie sorgfältig zu verfolgen.

Eine zweite Priorität sind Investitionen in die Fähigkeit von Entwicklungsländern, Langzeitdaten zu erheben: Letztlich haben Entwicklungsdaten nur Wert, wenn sie im jeweiligen Land von politischen Entscheidungsträgern genutzt werden. Wir sollten nicht hingehen und eine Datenrevolution auf der Grundlage einer riesigen Geldspritze starten, um eine Fülle von Daten zu einem bestimmten Zeitpunkt zu sammeln, wenn die nächsten globalen Ziele Geltung erlangen. Für eine wirklich dauerhafte Revolution müssen wir stattdessen den Ländern helfen, mehr Experten einzustellen und auszubilden sowie in ihre eigenen Systeme für die Verfolgung von Daten zu investieren, die für sie auf Jahre von Nutzen sein werden. Dazu wird auch zählen, sorgfältig zu überlegen, wie digitale Technologie die Datensammlung in Ländern verbessern kann, in denen die derzeit genutzten Techniken Jahrzehnte alt sind. Beispielsweise kann die Verwendung eines globalen GPS-Systems anstelle eines Bandmaßes und eines Kompasses zur Abschätzung von Ernteerträgen die Arbeit um einen Faktor größer 10 beschleunigen.

Eine dritte Priorität besteht darin sicherzustellen, dass Daten über menschliche Entwicklung allgemein verfügbar sind, Grundlage staatlicher Politik bilden und die Verantwortlichkeit erhöhen. Dies bedeutet, Bürgern, der Zivilgesellschaft, Gebern, Unternehmern und Parlamentariern uneingeschränkten Zugang zu staatlichen Daten einzuräumen, unabhängig davon, was die Daten aussagen. Es bedeutet auch, sicherzustellen, dass Experten die verfügbaren Daten nutzen, um bessere politische Entscheidungen zu treffen.

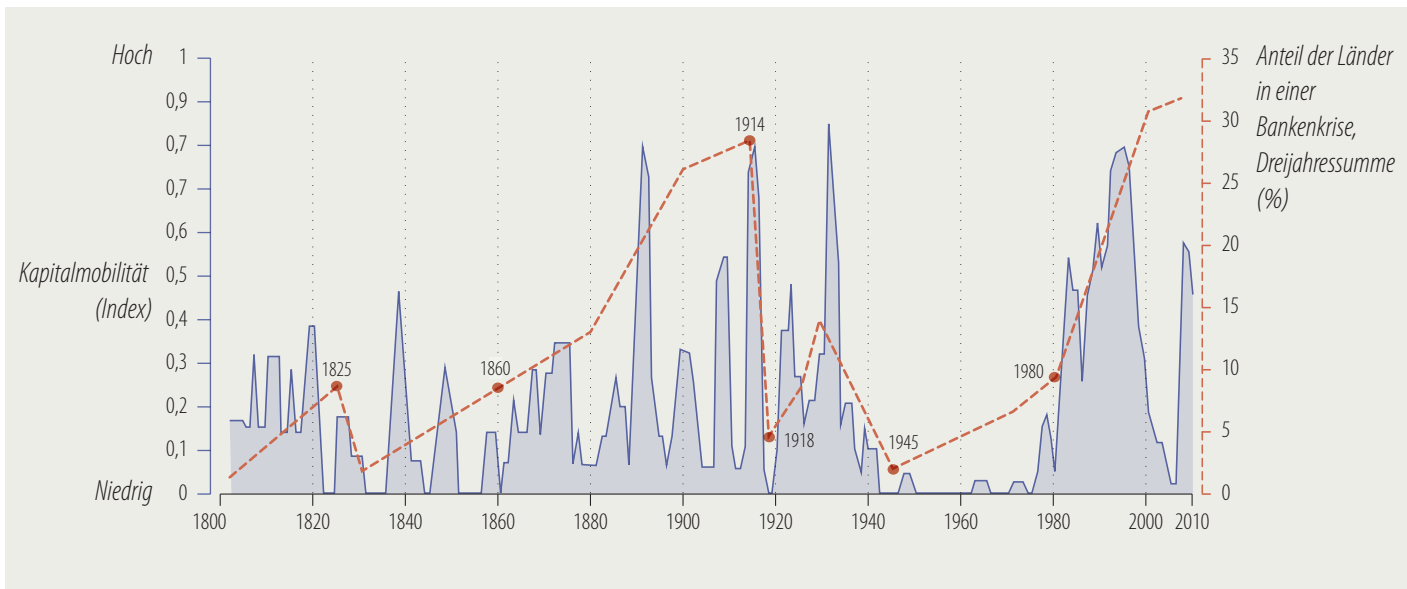
Der Nutzen einer Datenrevolution ist, dass sie sich positiv auf jede einzelne Priorität im Bereich der globalen Entwicklung und im Gesundheitsbereich auswirken wird. Mit besseren Daten werden Länder in Bezug auf jedes einzelne Ziel, das sie festlegen, besser abschneiden, sei es, das Leben von Kindern zu retten, Ernteerträge zu steigern oder die Teilhabe von Frauen zu verbessern. In letzter Konsequenz können bessere Daten ein besseres Leben für Milliarden von Menschen bedeuten.

Kapitalflüsse durch besonders hohe Volatilität aus.²⁹ Hinzu kamen Ausbrüche von sozialer und politischer Instabilität von Nordafrika bis Lateinamerika, sogar in Ländern mit guten oder sich rasch verbessernden Lebensstandards. Ohne zu versuchen, umfassend oder erschöpfend zu sein, werden im Rest dieses Kapitels vier zusammenhängende globale Bedrohungen analysiert, die zu größerer Vulnerabilität führen und Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung untergraben können: finanzielle Instabilität, schwankende Nahrungsmittelpreise, Naturkatastrophen und gewaltsame Konflikte.

Finanzielle Instabilität

In den letzten Jahrzehnten hat die Welt tiefergehende und häufigere Finanzkrisen durchlaufen, die sich rasch auf andere Wirtschaftssektoren ausgebreitet haben. Sie haben Ungewissheit entstehen lassen, sich negativ auf Lebensgrundlagen ausgewirkt und die soziale Stabilität bedroht. In der jüngsten Krise stieg die Zahl der Arbeitslosen zwischen 2007 und 2009 weltweit um fast 30 Millionen, die derzeitige Arbeitslosigkeit bleibt jedoch Schätzungen zufolge weit über den Vorkrisenniveaus.³⁰ Wirtschaftliche Schocks können langfristige

Seit der Liberalisierung von Kapitalflüssen und der stärkeren finanziellen Integration in den 1980er Jahren kam es zu einem starken Anstieg des Auftretens von Bankenrisen



Quelle: Reinhart 2012.

negative Folgen haben, insbesondere wenn sie einen Teufelskreis aus niedriger menschlicher Entwicklung und Konflikten auslösen.³¹ Naturkatastrophen und politische Schocks – wie Dürren und Staatsstürze – haben gewöhnlich starke negative Auswirkungen auf die menschliche Entwicklung. Der wahrscheinlichste Auslöser für Abschwünge beim HDI sind jedoch Finanzschocks wie z.B. Bankenrisen.³² Die Zahl der von Bankenrisen betroffenen Länder scheint in Zeiten hoher internationaler Kapitalmobilität höher zu sein. Zwischen 1950 und 1980, als Kapitalkontrollen verbreitet waren, erlebten wenige Länder Bankenrisen. Aber nach der Liberalisierung von Kapitalflüssen und der weiteren Integration von Finanzmärkten kam es zu einem starken Anstieg des Eintretens von Bankenrisen (Grafik 2.9).³³ Die Bankenkrise in Skandinavien Anfang der 1990er Jahre, die asiatische Finanzkrise 1997 und die jüngste globale Finanzkrise veranschaulichen diese zunehmende Instabilität.

Obwohl die ärmsten Länder aufgrund ihrer begrenzten Integration in globale Kapitalmärkte von dem ursprünglichen Finanzschock weniger stark betroffen waren, waren sie außerordentlich anfällig für sekundäre

Beeinträchtigungen wie rückläufige Nachfrage nach ihren Exporten und niedrigere ausländische Investitionen. Entwicklungsländer sind traditionell weniger gut in der Lage, starke wirtschaftliche Schocks zu bewältigen und brauchen gewöhnlich länger, um sich von Krisen zu erholen. Beispielsweise ist die Volatilität des BIP-Wachstums in den ärmsten Ländern oft höher – außer in den letzten Jahren –, und der Zeitraum, in denen sie in einer tiefen Rezession stecken, ist bei ihnen auch länger, was zum Teil auf ihre nicht diversifizierten wirtschaftlichen Strukturen und ihren begrenzten politischen Handlungsspielraum zurückzuführen ist.³⁴

Wirtschaftskrisen erhöhen häufig die Zahl derer, die von Arbeitslosigkeit und schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen betroffen sind. In Konjunkturhochs kann jedoch die Ungleichheit zunehmen – was zur nächsten Krise beitragen kann.³⁵ Ungleichheit kann de facto sowohl eine Ursache als auch eine Folge makroökonomischer Instabilität sein.³⁶ Eine gerechtere Einkommensverteilung kann zu höherem Wirtschaftswachstum führen und größere soziale und politische Stabilität fördern. Und in der Tat wurde niedrige Einkommensungleichheit

mit längeren Wachstumsperioden und folglich größerer wirtschaftlicher Nachhaltigkeit in Zusammenhang gebracht.³⁷

Schwankende Nahrungsmittelpreise

Schwankende Nahrungsmittelpreise sind zu einer wachsenden Bedrohung für die Ernährungssicherheit und damit für die menschliche Entwicklung geworden. Die Agrarpreise sind von Natur aus Schwankungen unterworfen, aber die Schwankungen der Nahrungsmittelpreise seit 2007 waren beträchtlich und unerwartet (Grafik 2.10).³⁸ Hohe und schwankende Nahrungsmittelpreise können negative langfristige Auswirkungen auf das physische und psychische Wohlbefinden von Personen haben, wenn arme Haushalte gezwungen sind, billigere, aber weniger nährreiche Nahrungsmittel zu kaufen, Portionsgrößen zu verkleinern und sogar Mahlzeiten auszulassen. Die Betroffenen müssen möglicherweise auch länger arbeiten oder andere Ausgaben für Gesundheit oder Bildung streichen. Hohe Preise nutzen Nahrungsmittelerzeugern und Nahrungsmittel exportierenden Ländern, schaden jedoch armen Konsumenten. Außerdem wirkt sich eine höhere Preisungewissheit auch negativ auf Kleinbauern und Händler aus.

Zwischen 1960 und 1990 waren die Nahrungsmittelpreise allgemein rückläufig – weil technologische Fortschritte es ermöglichten, dass die landwirtschaftlichen Erträge rascher wuchsen als die Nachfrage. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass sie in der nahen Zukunft hoch und volatil bleiben. Warum? Weil das Bevölkerungswachstum und steigende Einkommen in Schwellen- und Entwicklungsländern die Nachfrage in nie dagewesene Höhen treiben. Auch die steigende Nachfrage nach Biokraftstoffen spielt eine Rolle. Parallel dazu ist das Angebot durch Bodendegradierung, Klimaveränderungen und niedrige Investitionen in die Landwirtschaft – insbesondere vernachlässigte Forschung und landwirtschaftliche Beratungsdienste – Beschränkungen unterworfen. Als eine Folge der größeren Häufigkeit extremer Wetterereignisse, der Finanzialisierung von Rohstoffmärkten und der Volatilität von Wechselkursen werden die Preise wahrscheinlich stärker schwanken.

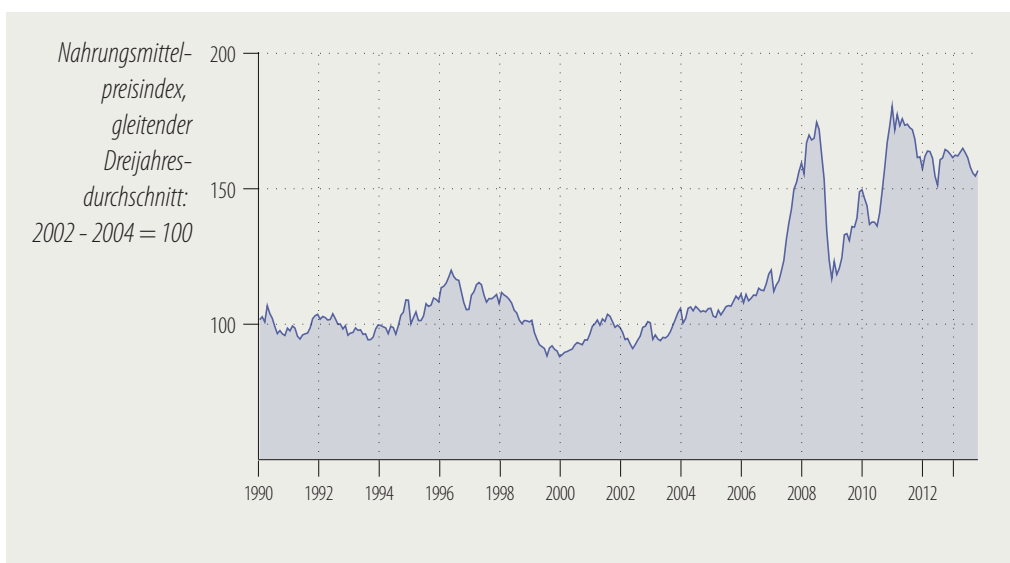
Naturkatastrophen

Häufigere und gravierendere Umweltkatastrophen zerstören Leben, Lebensgrundlagen, physische Infrastruktur und fragile Ökosysteme. Sie können sich negativ auf die Befähigungen

Schwankende Nahrungsmittelpreise sind zu einer wachsenden Bedrohung für die Ernährungssicherheit und damit für die menschliche Entwicklung geworden.

GRAFIK 2.10

Nahrungsmittelpreise waren seit 2007 beträchtlichen und unerwarteten Schwankungen unterworfen



Quelle: FAO 2013.

Die „Null-Hunger“-Initiative

Die 2012 vom Generalsekretär der Vereinten Nationen auf den Weg gebrachte „Null-Hunger“-Initiative integriert die Ziele, den Verlust und die Verschwendung von Nahrungsmitteln auf null zu verringern und ein vollständig nachhaltiges Nahrungsmittelsystem zu schaffen. Wie kann dies erreicht werden? Lassen Sie mich das Beispiel Indien anführen.

Vor mehr als 70 Jahren war der indische Subkontinent von einer schwerwiegenden Hungersnot in der Region Bengalen betroffen, die zum Tod von mehr als drei Millionen Kindern, Frauen und Männern führte. Die Bevölkerung Indiens betrug damals 300 Millionen; heute beläuft sie sich auf mehr als 1,2 Milliarden. 2013 kam es in Indien zu einem historischen Übergang von den Hungerbedingungen von 1943 zu einer gesetzlichen Verpflichtung, für mehr als 75 Prozent der Bevölkerung zu sehr niedrigen Kosten den grundlegenden Mindestkalorienbedarf aus im Inland erzeugten Nahrungsmitteln zu decken. Die Herausforderung besteht jetzt darin, die Verpflichtung in Bezug auf das Recht auf Nahrung in einer Zeit des Klimawandels zu erfüllen, die durch ungünstige Schwankungen der Temperatur, der Niederschläge und der Höhe des Meeresspiegels charakterisiert werden kann.

Die in Indien gewonnenen Erfahrungen zeigen, dass die Herausforderung durch eine Strategie mit den folgenden sechs Elementen bewältigt werden kann:

- Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Bodengesundheit und Erhaltung hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen.
- Regenwassersammlung, Wiederauffüllung von Grundwasserleitern und Verbundnutzung von Grundwasser, Oberflächenwasser, aufbereitetem Abwasser und Meerwasser. Meerwasser macht 97 Prozent der globalen Wasserressourcen aus, und es ist heute möglich, Meeresbewirtschaftungssysteme unter Nutzung von Salzpflanzen und Aquakultur zu fördern.
- Verbreitung geeigneter Technologien und der benötigten Einsatzmittel.
- Kredite mit niedrigen Zinsen sowie wirksame Kollektiv- und Einzelversicherungen.
- Gesicherte und rentable Vermarktung.
- Sicherung der Wirtschaftlichkeit und von Skaleneffekten für Kleinbauern durch Genossenschaften, Selbsthilfegruppen, Erzeugerunternehmen und Vertragsanbau.

Durch eine wissenschaftlich gestützte Verknüpfung von Ernährung und Landwirtschaft können Defizite im Ernährungsbereich mit landwirt-

schaftlichen Mitteln beseitigt werden. Um Ernährungssicherheit zu erreichen, müssen parallel Unterernährung oder Kalorienmangel, Proteinhunger und versteckter Hunger aufgrund des Mangels an Mikronährstoffen wie Eisen, Jod, Zink, Vitamin A und Vitamin B12 überwacht werden. Proteinmangel kann durch die Ausweitung des Anbaus und die höhere Zufuhr von Hülsenfrüchten (Körnerleguminosen), Milch und Eiern gelindert werden. Mikronährstoffmangel kann durch die Verbreitung angereicherter Kulturpflanzen entgegengewirkt werden. Mit Mikronährstoffen angereicherte Sorten werden bei mehreren Kulturpflanzen wie Reis, Bohnen und Weizen verfügbar. Die Vereinten Nationen haben 2014 zum Internationalen Jahr der familienbetriebenen Landwirtschaft erklärt, und die Entwicklungsländer sollten Anstrengungen unternehmen, jeden landwirtschaftlichen Familienbetrieb zu einem Betrieb mit Biofortifikation zu machen. Wir sollten auch darauf abzielen, in jedem Dorf einer Frau und einem Mann Ernährungskompetenzen zu vermitteln, damit sie Aufgaben im Kampf gegen den Hunger auf der Gemeinschaftsebene wahrnehmen können.

Um Ernährungssicherheit für alle zu erreichen, müssen Faktoren wie sauberes Trinkwasser, Hygiene, primäre Gesundheitsversorgung und Ernährungskompetenz berücksichtigt werden. Allem anderen übergeordnet ist der beste Weg zur Überwindung von Armut und Unterernährung, der Unterstützung kleinbäuerlicher Familien mit dem Ziel, dass sie mehr produzieren und verdienen, Priorität einzuräumen. Das indische Gesetz über Ernährungssicherheit beinhaltet mehrere interessante Aspekte, deren Übernahme lohnenswert ist. Einige von ihnen enthalten einen Lebensphasenansatz mit besonderer Betonung der ersten 1.000 Tage im Leben eines Kindes zu verwenden und die älteste Frau im Haushalt zur Empfängerin subventionierter Nahrungsmittel zu machen. Damit wird in diesem Gesetz der wichtigen Rolle von Frauen für die Ernährungssicherheit im Haushalt Rechnung getragen.

In den meisten Entwicklungsländern hängt die Sicherheit des Lebensunterhalts von mehr als 50 Prozent der Bevölkerung von Ackerbau und Viehzucht, Binnen- und Seefischerei, Forstwirtschaft und Agroforstwirtschaft sowie Agroverarbeitung, der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und der Agrarindustrie ab. Unter solchen Bedingungen wird nichts eine Chance auf Erfolg haben, wenn es in der Landwirtschaft falsch läuft. Neuere Tendenzen bei den Nahrungsmittelpreisen signalisieren, dass die Zukunft Ländern mit Getreide und nicht Ländern mit Gewehren gehört.

von Menschen auswirken und die menschliche Entwicklung in allen Ländern bedrohen – insbesondere in den ärmsten und anfälligsten.³⁹ Höheres Einkommen und höherer sozioökonomischer Status gehen damit einher, Verluste besser kompensieren zu können und widerstandsfähiger zu sein. Frauen, Menschen mit Behinderungen sowie rassische und ethnische Minderheiten können es schwerer haben, sich von Katastrophen zu erholen, zum Teil deshalb, weil sie über weniger persönliches Vermögen verfügen und ungleichen Zugang

zu Unterstützung haben.⁴⁰ Kinder, Frauen und ältere Menschen sind besonders anfällig.⁴¹

Die Häufigkeit und die Intensität von Naturkatastrophen nehmen zu. Zwischen 1901 und 1910 wurden 82 Katastrophen registriert, zwischen 2003 und 2012 hingegen mehr als 4.000. Selbst bei Berücksichtigung besserer Erfassungsmöglichkeiten ist der Anstieg beträchtlich. Besonders besorgniserregend ist die wesentlich größere Häufigkeit hydrologischer und meteorologischer Katastrophen (Grafik 2.11). Wenngleich die Zahl der Todesfälle

aufgrund von Naturkatastrophen zurückzugehen scheint, nimmt die Zahl der Betroffenen zu.

Die Häufigkeit und die Schwere von Hitzewellen, Überschwemmungen, Dürren und schweren Niederschlägen wurden mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht. Diese extremen Ereignisse verursachen außergewöhnlich hohe wirtschaftliche und soziale Kosten. Außerdem lassen immer mehr wissenschaftliche Erkenntnisse darauf schließen, dass menschliches Handeln für die Erwärmung der Atmosphäre und der Weltmeere, steigende Meeresspiegel und manche Klimaextreme verantwortlich ist.⁴² Die globale Erwärmung erhöht die Wahrscheinlichkeit schwerwiegender, allgegenwärtiger und unumkehrbarer Auswirkungen.⁴³ Manche dieser Witterungsextreme könnten jedoch potenziell verhindert oder zumindest abgemildert werden. Klimaänderungen und Umweltschäden sind große Bedrohungen der menschlichen Entwicklung. Maßnahmen zur Verringerung dieser

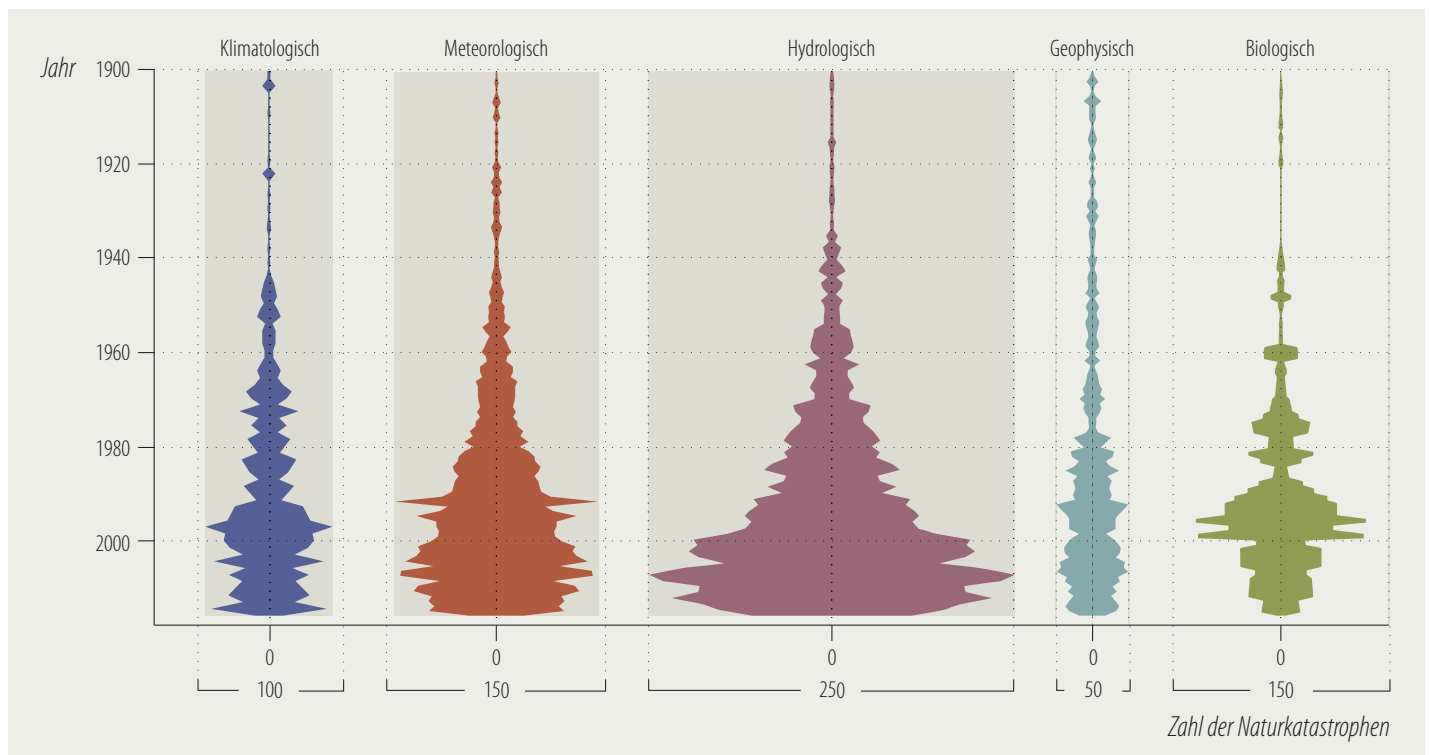
Anfälligkeiten einschließlich einer globalen Verständigung auf Verhandlungen über den Klimawandel werden eine Voraussetzung dafür sein, menschliche Entwicklung zu sichern und aufrechtzuerhalten.

Gewaltsame Konflikte

Bewaffnete Konflikte haben erhebliche negative Auswirkungen auf Personen, Gemeinschaften und Länder. Zusätzlich zum einhergehenden Verlust von Menschenleben zerstören sie Lebensgrundlagen, führen zu Unsicherheit und zerstören Sozialdienste, Institutionen und Märkte. Konflikte können auch große Bevölkerungsvertreibungen auslösen. Ende 2012 waren etwa 45 Millionen Menschen durch Konflikte oder Verfolgung zwangsvertrieben – der höchste Wert in 18 Jahren. 15,4 Millionen davon waren Flüchtlinge.⁴⁴ Vertriebene Bevölkerungen, die von ihren Arbeitsplätzen, ihrem Eigentum und ihren sozialen Netzwerken getrennt sind, sind in hohem Maß anfällig für weitere Gewalt,

GRAFIK 2.11

Zwischen 1901 und 1910 gab es 82 registrierte Naturkatastrophen, zwischen 2003 und 2012 mehr als 4.000



Hinweis: Die Hauptkatastrophentypen umfassen extreme Temperaturen und Dürren (klimatologisch), Stürme (meteorologisch), Überschwemmungen (hydrologisch), Erdbeben (geophysisch) und Epidemien (biologisch).
Quelle: CRED 2013.

Krankheit, Armut und Naturkatastrophen und nur eingeschränkt in der Lage, Widrigkeiten zu bewältigen.

Bewaffnete Binnenkonflikte und nichtstaatliche Konflikte machen die große Mehrheit der Konflikte weltweit aus (Grafik 2.12).⁴⁵ Die Zahl der nichtstaatlichen Konflikte hat in der jüngeren Vergangenheit zugenommen, und trotz einer rückläufigen Zahl der Binnenkonflikte steigt die Zahl der internationalisierten Binnenkonflikte. Die Zahl der zwischenstaatlichen Konflikte ist gesunken, was zum Teil auf das Ende der Kolonialkriege und des Kalten Krieges zurückzuführen ist. Bewaffnete Konflikte brechen aus unterschiedlichen Gründen und in sehr unterschiedlichen Kontexten aus. Entwicklungsdefizite, nicht beseitigte Missstände (einschließlich der Folgen früherer Konflikte) und Einnahmen aus natürlichen Ressourcen sind jedoch übliche Faktoren, die bei der Mehrzahl der bewaffneten Konflikte eine Rolle spielen.

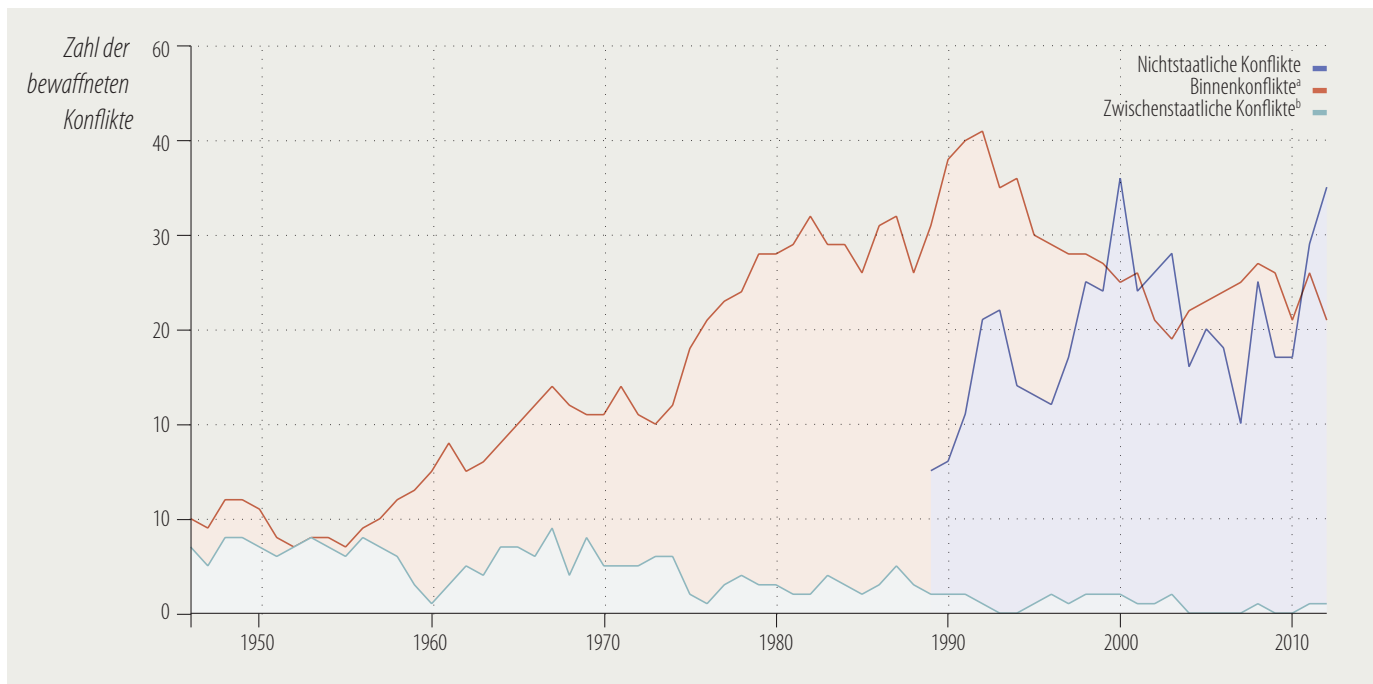
Eine Ursache für innere Unruhen war die sich verstärkende Wahrnehmung, dass den

menschlichen Bedürfnissen bei der Politikgestaltung kein Vorrang eingeräumt wurde oder die Stimme des Volkes nicht gehört wurde, die als wichtiger Ruf nach besserer Regierungsführung verstanden werden sollte. Es bedarf mehr Verantwortungsübernahme und einer größeren Bereitschaft von Regierungen, auf die Anliegen ihrer Bürger einzugehen. Um den politischen Raum zu öffnen und Wirkungen zu erzielen, sind grundlegende tiefgreifende Veränderungen erforderlich – über Veränderungen in der Regierung hinaus, wie der „Arabische Frühling“ deutlich gemacht hat. Wachsende wirtschaftliche und soziale Spannungen – ausgehend von zunehmender Ungleichheit und fehlenden wirtschaftlichen Chancen – ziehen wahrscheinlich weitere soziale Unruhen nach sich.⁴⁶

Mehrere globale Faktoren können Konflikte verschärfen und zu mehr Fragilität führen. Dazu zählen das grenzüberschreitende organisierte Verbrechen, internationale Märkte für militärische Güter und Sicherheitsdienstleistungen sowie die Ausbreitung von radikalem

GRAFIK 2.12

Bewaffnete Binnenkonflikte und nichtstaatliche Konflikte machen die große Mehrzahl der Konflikte weltweit aus



a. Schließt internationalisierte Binnenkonflikte ein.
 b. Schließt extrasystemische Konflikte ein.
 Quelle: UCDP und PRIO 2013; UCDP 2013.

Extremismus. Die Bekämpfung dieser Ursachen von Vulnerabilität wird ausschlaggebend sein, um den Frieden zu fördern und die menschliche Entwicklung voranzutreiben.⁴⁷

Die Welt war immer Ungewissheit und Unvorhersagbarkeiten ausgesetzt. Aber die zunehmende Häufigkeit und Schwere von ökonomischen und ökologischen Schocks bedrohen die menschliche Entwicklung. Dies zwingt dazu, mutige nationale und internationale Maßnahmen mit dem Ziel zu ergreifen, die Vulnerabilität von Personen, Gemeinschaften und Ländern zu verringern und ihre Resilienz zu stärken.

* * *

Trotz anhaltender Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung bleiben viele Menschen anfällig für Schocks, die ihre Fähigkeit untergraben, ein gesundes und erfülltes Leben zu führen. Im nächsten Kapitel werden einzelne, für systemische Bedrohungen besonders anfällige Bevölkerungsgruppen sowie diejenigen Mechanismen identifiziert, durch die diese Anfälligkeiten die menschliche Entwicklung negativ beeinflussen.

Wie mit dem Klimawandel umgehen?

Um Anfälligkeiten entgegenzuwirken und um die Widerstandskraft zu stärken, müssten die Auswirkungen des Klimawandels bewältigt werden, die mit der Zeit immer schwerwiegender werden könnten, wenn die Minderung der Treibhausgasemissionen (THG) entweder verzögert wird oder nicht ausreichend groß ausfällt. Im kürzlich abgeschlossenen Bericht der Arbeitsgruppe I des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) als Teil des Fünften Sachstandsberichts wird klar festgestellt, dass jedes der letzten drei Jahrzehnte an der Erdoberfläche sukzessive wärmer war als jedes vorhergehende Jahrzehnt seit 1850. Auf der Nordhalbkugel war der Zeitraum von 1983 bis 2012 wahrscheinlich die wärmste 30-Jahres-Periode der letzten 1.400 Jahre.

Das Ausmaß des Meeresspiegelanstiegs seit Mitte des 19. Jahrhunderts war größer als das mittlere Ausmaß in den vorhergehenden zwei Jahrtausenden. Im Zeitraum von 1901 bis 2010 betrug der globale mittlere Meeresspiegelanstieg 0,19 Meter. Prognosen zufolge wird der Meeresspiegel beim Szenario mit der höchsten THG-Konzentration bis 2100 um 0,52 bis 0,98 Meter und bis 2200 um 0,58 bis 2,03 Meter steigen. Dies würde fraglos die Widerstandskraft und die Anpassungskapazitäten von Gesellschaften in tief liegenden Küstenbereichen und kleinen Inselstaaten auf die Probe stellen. Es ist auch wahrscheinlich, dass der mittlere Meeresspiegelanstieg zu Aufwärtstendenzen bei extremen Hochwasserereignissen in Küstenregionen beitragen wird.

Die Länge, Häufigkeit und Intensität von Wärmeperioden oder Hitzewellen werden in den meisten Landgebieten zunehmen. Auf der Grundlage von Emissionsszenarien wird in den meisten Regionen aus einem Tag mit Temperaturen, die ihn zum heißesten Tag in 20 Jahren machten, bis zum Ende des 21. Jahrhunderts wahrscheinlich ein Tag werden, der ihn zum heißesten Tag in zwei Jahren macht. Und die Häufigkeit schwerer Niederschläge oder der Anteil schwerer Niederschläge an der Gesamtregenmenge wird im 21. Jahrhundert in vielen Gebieten der Welt steigen. Ein nahezu eisfreier arktischer Ozean im September ist im Szenario mit der höchsten THG-Konzentration bis Mitte des Jahrhunderts wahrscheinlich. Damit übereinstimmend werden für den Zeitraum von 2081 bis 2100 Temperaturanstiege im Bereich von 2,6° C bis 4,8° C gegenüber dem Zeitraum von 1986 bis 2005 prognostiziert.

Einige der erwarteten Veränderungen aufgrund des Klimawandels werden abrupt vorantreiben und wenig Zeit für die Anpassungen lassen. Ein großer Teil des anthropogenen Klimawandels aufgrund von CO₂-Emissionen ist für einen Zeitraum von mehreren 100 bis 1.000 Jahren irreversibel.

Beispielsweise werden etwa 15 bis 40 Prozent des ausgestoßenen CO₂ je nach Szenario länger als 1.000 Jahre in der Atmosphäre verbleiben. Es ist auch so gut wie sicher, dass sich der globale mittlere Meeresspiegelanstieg nach 2100 fortsetzen wird und der Anstieg aufgrund von Wärmeausdehnung über viele Jahrhunderte. Ein dauerhafter Masseverlust der Eisschilde würde einen stärkeren Meeresspiegelanstieg verursachen, und ein Teil des Masseverlusts könnte irreversibel sein. Es besteht eine hohe statistische Sicherheit, dass eine dauerhafte Erwärmung über eine bestimmte Schwelle hinaus zu einem fast vollständigen Verlust des grönländischen Eisschildes über einen Zeitraum von einem Jahrtausend oder mehr führen würde, was einen globalen mittleren Meeresspiegelanstieg von bis zu sieben Metern zur Folge hätte. Derzeitigen Schätzungen zufolge liegt die Schwelle über etwa 1° C, jedoch unter etwa 4° C. Im Vierten Sachstandsbericht wurde erklärt, dass gemäß den Emissionsszenarien die Küstenbevölkerung zwischen 1990 und den 2080er Jahren von 1,2 Milliarden Menschen je nach den Annahmen über Migration auf 1,8 bis 5,2 Milliarden Menschen zunehmen könnte. Bei wachsender Weltbevölkerung wird wahrscheinlich auch die Zahl der durch einen Meeresspiegelanstieg gefährdeten Menschen steigen.

Maßnahmen, die von kleinen Schritten bis zu grundlegenden Veränderungen reichen, sind für die Verringerung der von Klimaextremen ausgehenden Risiken unabdingbar. Die soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit können durch Katastrophenrisikomanagement und Anpassungsansätze verbessert werden. Eine Voraussetzung für Nachhaltigkeit im Kontext des Klimawandels ist die Bekämpfung der tieferen Ursachen von Vulnerabilität einschließlich der strukturellen Ungleichheiten, die Armut entstehen lassen und den Zugang zu Ressourcen beschränken.

Die wirkungsvollsten Maßnahmen zur Anpassung und zur Verringerung von Katastrophenrisiken sind solche, die relativ kurzfristige Entwicklungsnutzen haben und langfristig die Vulnerabilität verringern. Es gibt viele Ansätze und Wege, die in eine durch Nachhaltigkeit und Resilienz gekennzeichnete Zukunft führen. Grenzen der Widerstandskraft werden jedoch deutlich, wenn „kritische Schwellen“ im Zusammenhang mit sozialen und natürlichen Systemen überschritten werden und große Anpassungsprobleme entstehen. Folgerichtig muss sich die globale Gesellschaft bewusst sein, dass weder Klimaschutz noch Anpassungsmaßnahmen allein alle Auswirkungen des Klimawandels abwenden können. Anpassung und Klimaschutz können einander ergänzen und können zusammen die Risiken des Klimawandels beträchtlich verringern.

„Eine Gesellschaft offenbart sich nirgendwo deutlicher als in der Art und Weise, wie sie mit ihren Kindern umgeht.“

Nelson Mandela

„Ein Stein zum richtigen Zeitpunkt geworfen ist besser als Gold zur falschen Zeit gegeben.“

Persisches Sprichwort

3.

Verwundbare Menschen, verwundbare Welt



Irgendwann in seinem Leben fühlt sich fast jeder verwundbar. Doch es gibt Personen und Gruppen, die im Laufe der verschiedenen Lebensphasen ab der Geburt anfälliger sind als andere, weil sie gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen in unterschiedlicher Weise ausgesetzt sind. In diesem Bericht geht es um Menschen, die Gefahr laufen, dass sich infolge negativer Ereignisse ihre Lebensumstände wesentlich verschlechtern. Es soll untersucht werden, wie individuelle und gesellschaftliche Merkmale die Auswirkungen anhaltender Krisen und allgemeiner Risiken auf die Menschen bestimmen. Wir konzentrieren uns auf anhaltende und systembedingte Anfälligkeiten und fragen dann, wer verwundbar ist und warum. Dies führt uns zur Untersuchung einiger der entscheidenden zugrunde liegenden Faktoren, die diese Auswirkungen hervorrufen.

Menschen, deren entscheidende Verwirklichungschancen zum Beispiel in den Bereichen Bildung und Gesundheit begrenzt sind, sind weniger in der Lage, einfach so zu leben, wie sie es gerne möchten. Auch könnten ihre Wahlmöglichkeiten eingeschränkt sein oder durch gesellschaftliche Hemmnisse und andere ausgrenzende Praktiken beeinträchtigt werden. Zusammengenommen hindern begrenzte Verwirklichungschancen und eingeschränkte Wahlmöglichkeiten¹ die Menschen daran, mit Bedrohungen umzugehen. In bestimmten Lebensphasen können die Verwirklichungschancen dadurch eingeschränkt sein, dass es zu den geeigneten Zeitpunkten an Investitionen und Aufmerksamkeit mangelte. Die daraus entstandenen Anfälligkeiten können sich häufen und intensivieren. Man bedenke, wie eine mangelnde Entwicklung kognitiver und nichtkognitiver Fähigkeiten in der frühen Kindheit Erfolge in der Arbeitswelt und sogar den Alkohol- und Drogenkonsum im späteren Leben beeinflusst.² Wie Krisen und Rückschläge erlebt werden und wie damit umgegangen wird, bestimmt sich durch Faktoren wie Umstände der Geburt, Alter, Identität und den sozioökonomischen Status – Bedingungen, die der Einzelne kaum oder gar nicht kontrollieren kann.

In diesem Kapitel werden Verwundbarkeiten im Laufe des Lebens und strukturelle Anfälligkeiten (sowie ihre Überschneidungen) behandelt. Es geht auch darum, wie Wahlmöglichkeiten durch Sicherheit beeinflusst werden und dass einige Gruppen stärker betroffen sind als andere. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf persönlicher Unsicherheit.

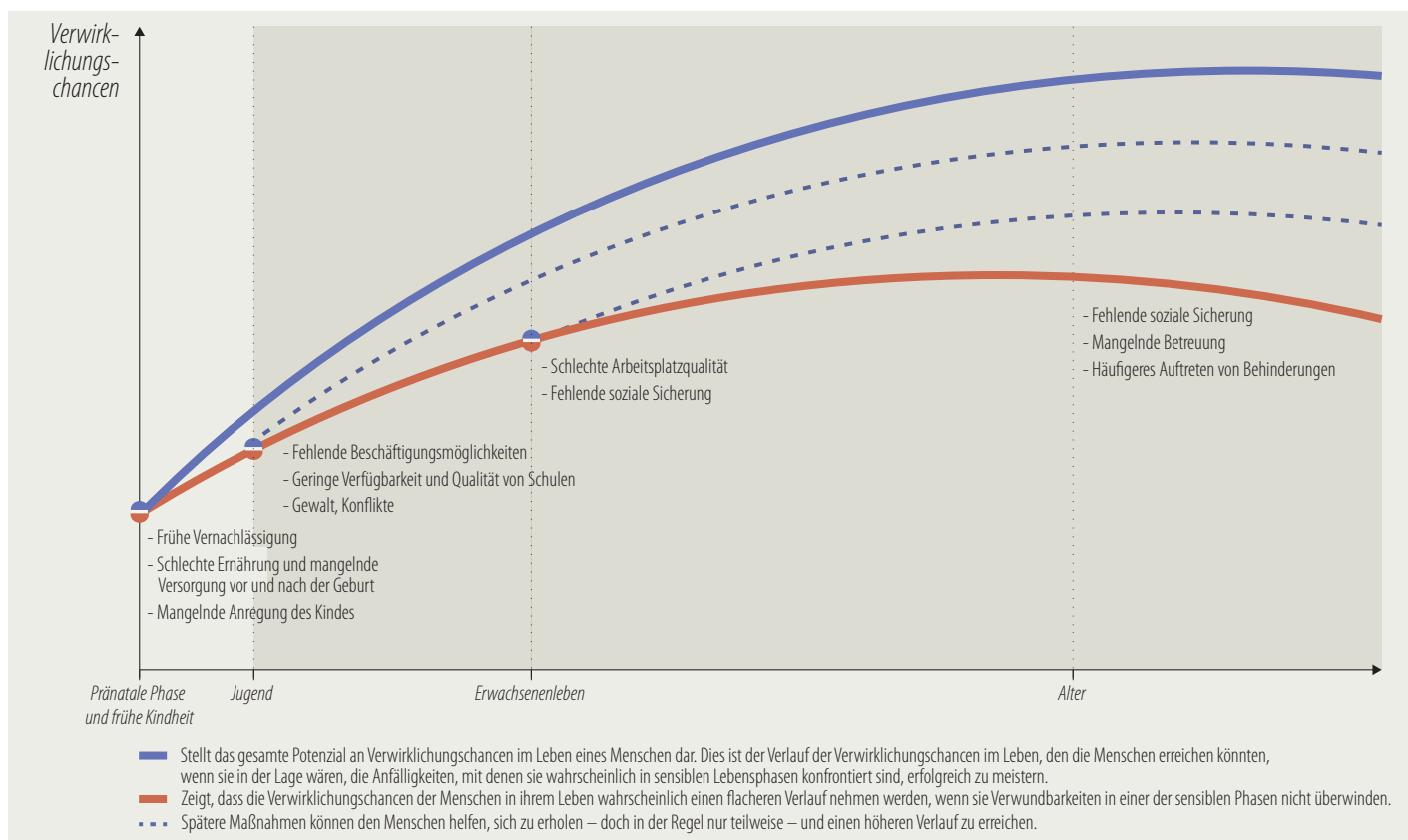
- *Vulnerabilität im Laufe des Lebens* bezieht sich auf Bedrohungen, denen ein Mensch in verschiedenen Abschnitten seines Lebens

ausgesetzt ist – von der frühen Kindheit über die Jugend und das Erwachsenenalter bis ins höhere Alter. Betrachtet man insbesondere Verwundbarkeiten im Laufe des Lebens und den Erwerb lebenslanger Verwirklichungschancen, fällt das Augenmerk auf sensible Phasen, in denen ein Mensch besonders anfällig sein könnte. Mangelt es in solchen Phasen an Aufmerksamkeit, kann das die Verwirklichungschancen einschränken und die Vulnerabilität erhöhen. Frühzeitige und kontinuierliche Investitionen ermöglichen einen stabileren Erwerb lebenslanger Verwirklichungschancen. Dieser Ansatz hilft uns dabei, Konzepte und Maßnahmen zu identifizieren, die die Menschen widerstandsfähig machen – ein Thema für das nächste Kapitel.

- *Strukturelle Vulnerabilität* ist in gesellschaftliche Zusammenhänge eingebettet. Ein solcher Fokus lenkt das Augenmerk auf individuelle und Gruppenmerkmale, einschließlich Gruppenidentitäten, die mit einer höheren Anfälligkeit gegenüber widrigen Umständen verbunden sind. Die verringerte Fähigkeit, sich rasch wieder zu erholen, kann auf unzureichende Investitionen in den Erwerb von Verwirklichungschancen nicht nur heute, sondern im gesamten Leben zurückgeführt werden. Es können auch Behinderungen, geografische Abgeschiedenheit oder andere Formen von Isolation dafür verantwortlich sein, oder gesellschaftliche Barrieren (wie Diskriminierung und die Ausgrenzung von Frauen), durch die Menschen an der Nutzung ihres Potenzials gehindert werden, selbst wenn sie ansonsten vergleichbare Fähigkeiten haben.

Gesellschaftliche Institutionen, einschließlich Normen, gestalten die Verwirklichungschancen

Wird früher in lebenslange Verwirklichungschancen investiert, sind die Zukunftsaussichten besser



Quelle: Berechnungen des HDR-Büros.

cen und Wahlmöglichkeiten, die dem einzelnen Menschen gewährt werden. Normen wie die Diskriminierung bestimmter Gruppen, eine schwache Rechtsstaatlichkeit und schwache Regressysteme sowie die gewaltsame Austragung von Streitigkeiten können die Freiheiten des Einzelnen stark einschränken. Auch können Personen oder Gruppen durch strukturelle Faktoren mehrfach benachteiligt sein. Gruppenspezifische Diskriminierung und Ausgrenzung gibt es in verschiedenen Bereichen – politische Beteiligung, Gesundheitsversorgung, persönliche Sicherheit und Bildung, um nur einige zu nennen. Sie führt zu chronischen und sich überlappenden Anfälligkeiten bei Minderheiten und anderen ausgegrenzten Gruppen, indem sie ihre Verwirklichungschancen und ihre potenzielle Rolle in der Gesamtgesellschaft einschränkt.

- *Kollektive Gewalt und Leben in Unsicherheit.* Mit der Vulnerabilität kommt in jeder

Bewertung der menschlichen Entwicklung und der Entwicklungsfortschritte eine wichtige Dimension hinzu. Bei menschlicher Entwicklung geht es nicht nur darum, die Wahlmöglichkeiten zu erweitern, sondern auch darum, ob diese Wahlmöglichkeiten abgesichert sind und ob sie auch in Zukunft bestehen werden. Persönliche Unsicherheit und Angst vor Gewalt können freie Wahlentscheidungen beeinträchtigen. Gewalt schränkt durch körperliche Verletzungen und Drohungen die Wahlmöglichkeiten und Freiheiten ein. Sie gedeiht in Ländern mit einem schwachen Staat, eingeschränkter Staats- und Regierungsführung und schwachen gesellschaftlichen Institutionen. Gewalt hängt auch mit einem hohen Grad an Armut und Ungleichheit zusammen. Frauen und sexuelle, ethnische und religiöse Minderheiten – sowie andere gesellschaftlich diskriminierte Gruppen und Gemeinschaften – nehmen

mit größerer Wahrscheinlichkeit persönliche Unsicherheit und Bedrohungen durch Gewalt wahr oder erleben sie tatsächlich.

Ob Gesellschaften Zusammenhalt aufweisen, kann Einfluss darauf haben, wie Personen und Gemeinschaften auf anhaltende und allgegenwärtige Krisen reagieren. Ein mangelnder gesellschaftlicher Zusammenhalt gepaart mit starker Ungleichheit stellt eine große Bedrohung für die Errungenschaften im Bereich der menschlichen Entwicklung dar, denn er verursacht institutionelle Schiefen und untergräbt den Gesellschaftsvertrag.³ Ungleichheit, die ein bestimmtes Maß übersteigt, verstärkt Versuche, durch Lobbying wirtschaftliche Vorteile zu erlangen. Dadurch werden das Wachstum beeinträchtigt, die Armut nur langsamer verringert und die Qualität des gesellschaftlichen und politischen Engagements gemindert. Natürlich gilt das Verhältnis auch umgekehrt, denn Versuche der Vorteilsnahme können zu stärkeren Ungleichheiten führen.⁴ Ungleichheiten beeinträchtigen die menschliche Entwicklung auch dadurch, dass sie zu geringeren Investitionen in die soziale Grundversorgung und in öffentliche Güter führen und politische Instabilität verschärfen.⁵ Gesellschaften, die Zusammenhalt und mehr Gleichheit aufweisen, schneiden in den meisten Bereichen menschlicher Entwicklung besser ab. Dies gilt auch hinsichtlich ihrer Reaktionen auf Bedrohungen und Herausforderungen.⁶ Die Menschen haben mehr Sicherheit, wenn Staaten gut funktionieren und wenn der gesellschaftliche Zusammenhalt durch den Schutz aller Rechte und durch Fortschritte hinsichtlich Toleranz und Inklusivität fördernde Normen gestärkt wird. Solche Staaten verfügen tendenziell auch über starke gesellschaftliche Institutionen, die Räume schaffen, in denen Einzelpersonen und Gruppen sich sicher fühlen können, wenn sie ihren Anliegen Ausdruck verleihen, ihre Rechte auf Unterstützung und Schutz in Anspruch nehmen und Bündnisse für kollektives Handeln schmieden.

Verwirklichungschancen und Verwundbarkeiten im Laufe des Lebens – voneinander abhängig und kumulativ

Verwirklichungschancen werden im Laufe eines Lebens erworben und müssen gefördert und erhalten werden, sonst können sie stagnieren. Viele der Verwundbarkeiten (und Stärken) der Menschen sind das Ergebnis ihrer Lebensgeschichten, wobei die Ergebnisse der Vergangenheit Einfluss auf das gegenwärtige Gefährdungspotenzial und die Bewältigungsmöglichkeiten haben.⁷ Der Erwerb lebenslanger Verwirklichungschancen weist zwei Merkmale auf.

- Erstens sind die Verwirklichungschancen im Laufe des Lebens in jedem Stadium abhängig vom Lebensweg – das heißt, sie werden durch Investitionen beeinflusst, die in den vorangegangenen Lebensabschnitten erfolgt sind. Sie unterliegen auch ökologischen Beziehungen und werden vom Zusammenspiel zwischen der unmittelbaren Umwelt, der Gemeinschaft und der Gesellschaft beeinflusst.
- Zweitens haben kurzfristige Krisen häufig langfristige Konsequenzen. Menschen erholen sich unter Umständen nicht automatisch rasch von dem, was nur eine vorübergehende Krise zu sein scheint (Hysterese). So kann ein Rückschlag in der frühen Kindheit ernste Konsequenzen für das gesamte restliche Leben eines Menschen haben. Das gilt zum Beispiel für die Chancen, einen Arbeitsplatz zu behalten, für die Unsicherheiten, die mit dem Altern zusammenhängen, und für die Weitergabe von Verwundbarkeiten an die nächste Generation. Einige Wirkungen sind umkehrbar, jedoch nicht immer.⁸ Ob sie sich aufheben lassen, hängt vom Kontext ab und ist nicht unbedingt kosteneffizient.⁹

Wenn frühzeitig in den Erwerb lebenslanger Verwirklichungschancen investiert wird, sind die Zukunftsaussichten besser (siehe die durchgezogene blaue Linie in Grafik 3.1). Auch das Gegenteil gilt: Wird nicht frühzeitig und kontinuierlich in lebenslange Verwirklichungschancen investiert, kann dies die Fähigkeiten eines Menschen, sein volles menschliches Entwicklungspotenzial zu erreichen, stark gefährden (siehe die durchgezogene rote Linie

Wenn frühzeitig in den Erwerb lebenslanger Verwirklichungschancen investiert wird, sind die Zukunftsaussichten besser.

Menschliche Entwicklung und frühkindliche Entwicklung

Aktuelle Untersuchungen zur Volkswirtschaft, Psychologie und den Neurowissenschaften menschlicher Entwicklung fließen zusammen zu einem tieferen Verständnis davon, wie wir werden, was wir sind. Dieser Bericht bietet Orientierungshilfen dafür, mit diesem Wissen Politik zu gestalten.

Ein gedeihliches Leben wird durch vielfältige Fähigkeiten gestaltet. Politiker müssen über den eindimensionalen Fokus hinwegkommen, menschliche Entwicklung anhand von Punkten in Leistungstests wie dem Programm zur internationalen Schülerbewertung (PISA) zu bewerten. Sie müssen ein sehr viel breiteres Spektrum notwendiger Lebenskompetenzen berücksichtigen.

Die frühen Lebensjahre sind wichtig für die Entwicklung der menschlichen Leistungsfähigkeit. Politiker müssen in dem Wissen handeln, dass Qualifikationen weitere Qualifikationen schaffen, dass ein gedeihliches Leben solide frühe Grundlagen hat und dass sich bedeutende Lücken in den Fähigkeiten schon zeigen, bevor Kinder in die Schule kommen. Dieser Bericht bietet Orientierungshilfe für effektive Strategien für eine menschliche Entwicklung, die im Mutterleib beginnt und bis ins Alter andauert.

Investitionen in die frühkindliche Entwicklung können wesentlich dazu beitragen, dass der Zufall der Geburt die Erfolge im Leben nicht mehr so stark mitbestimmt. Die produktivsten Investitionen fördern die Kindererziehung und die Bindung und die Interaktionen zwischen Eltern und Kind. Eine gute Kindererziehung ist sehr viel wichtiger als Geld. Ein Kind, das wirtschaftliche Vorteile genießt, aber keine gute Erziehung, ist stärker im Nachteil als ein Kind, das wirtschaftlich benachteiligt ist, aber Mutter oder Vater hat, die es betreuen und auf vernünftige Weise anleiten.

Die neue Wissenschaft frühkindlicher Entwicklung zeigt, dass das, was gesellschaftlich fair ist, auch wirtschaftlich effizient sein kann. Qualitativ hochwertige, das Familienleben ergänzende Maßnahmen, die positive Interaktionen zwischen Eltern und Kind fördern und Kindern Anregung bieten, sind mit einem großen wirtschaftlichen Nutzen verbunden und machen sich mehr als bezahlt. Eine gute frühkindliche Entwicklung kann einen wesentlichen Beitrag zu einer erfolgreichen nationalen Strategie für wirtschaftliche Entwicklung leisten.

in Grafik 3.1). Spätere Maßnahmen können Menschen helfen, sich zu erholen – doch normalerweise nur zum Teil – und auf einen Pfad höherer menschlicher Entwicklung zu gelangen (siehe die gestrichelten blauen Linien in Grafik 3.1).

Strukturelle Anfälligkeiten – die sich aus Faktoren wie Geschlecht, Ethnizität und Ungleichheiten zwischen verschiedenen Gruppen ergeben (siehe nächster Abschnitt) – interagieren mit den Besonderheiten der Lebensphasen und setzen bestimmte Gruppen von Kindern, Jugendlichen, Menschen im Erwerbsleben und älteren Erwachsenen einem größeren Risiko aus. Ein Beispiel ist die intergenerative Weitergabe von Vulnerabilität von benachteiligten Eltern an ihre Kinder. Diese Interaktion wird durch den gesellschaftlichen Kontext und durch den Grad an menschlicher Mitwirkung beeinflusst. Da die Menschen Krisen nicht passiv ertragen, spielen sie eine wesentliche Rolle bei der Gestaltung ihres Schicksals. Diese aktive Rolle oder Mitwirkung des Einzelnen und von Gemeinschaften lässt sich am einfachsten in Gesellschaften realisieren, die Raum dafür schaffen, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung äußern können, ihre Anliegen vortragen und durchdachte Entscheidungen darüber treffen können, wie sie leben wollen.

Das Ausmaß, in dem die Öffentlichkeit mit staatlichen Einrichtungen in Dialog treten oder

zur Verringerung von Vulnerabilität direkt aktiv werden kann, geht über Demokratisierung im institutionellen Sinne hinaus. Wenn Eliten politische Systeme vereinnahmen, kann das selbst in Demokratien den Spielraum für eine öffentliche Diskussion einengen und die Chancen auf eine kritische Prüfung der Werte und Prioritäten einer Gesellschaft verringern.

Frühe Kindheit – Schaffung solider Grundlagen zur Durchbrechung des intergenerativen Kreislaufs von Deprivation

Die Zeit, in der Grundlagen gelegt werden, ist die frühe Kindheit – ein Zeitfenster, das Gelegenheit bietet, zu einem frühen Zeitpunkt Ungleichheit aufzulösen und eine inklusive und nachhaltige gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen (Kasten 3.1). Weltweit gibt es 659 Millionen Kinder unter fünf Jahren (9,1 Prozent der Weltbevölkerung). Die Regionen mit dem höchsten Kinderanteil an der Gesamtbevölkerung sind Afrika südlich der Sahara (16,2 Prozent), die arabischen Staaten (12 Prozent) und Südasien (10,5 Prozent; Grafik 3.2). Bis 2050 wird damit gerechnet, dass der Anteil auf 7,9 Prozent sinken wird. Am stärksten wird der Rückgang in Südasien sein (auf 6,9 Prozent). 2050 werden nur die arabischen Staaten und die afrikanischen Länder

südlich der Sahara einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Kindern unter fünf Jahren haben.¹⁰

Die Bereitstellung einer medizinischen Grundversorgung und ausreichender Ernährung sowie Pflege und Stimulanz in einem fürsorglichen Umfeld tragen in der frühkindlichen Entwicklung dazu bei, Fortschritte der Kinder in der Primarschule sicherzustellen. Sie helfen zu gewährleisten, dass die Kinder auch die Sekundarschule abschließen, erfolgreich ins Erwachsenenleben eintreten und sich am Erwerbsleben beteiligen.¹¹

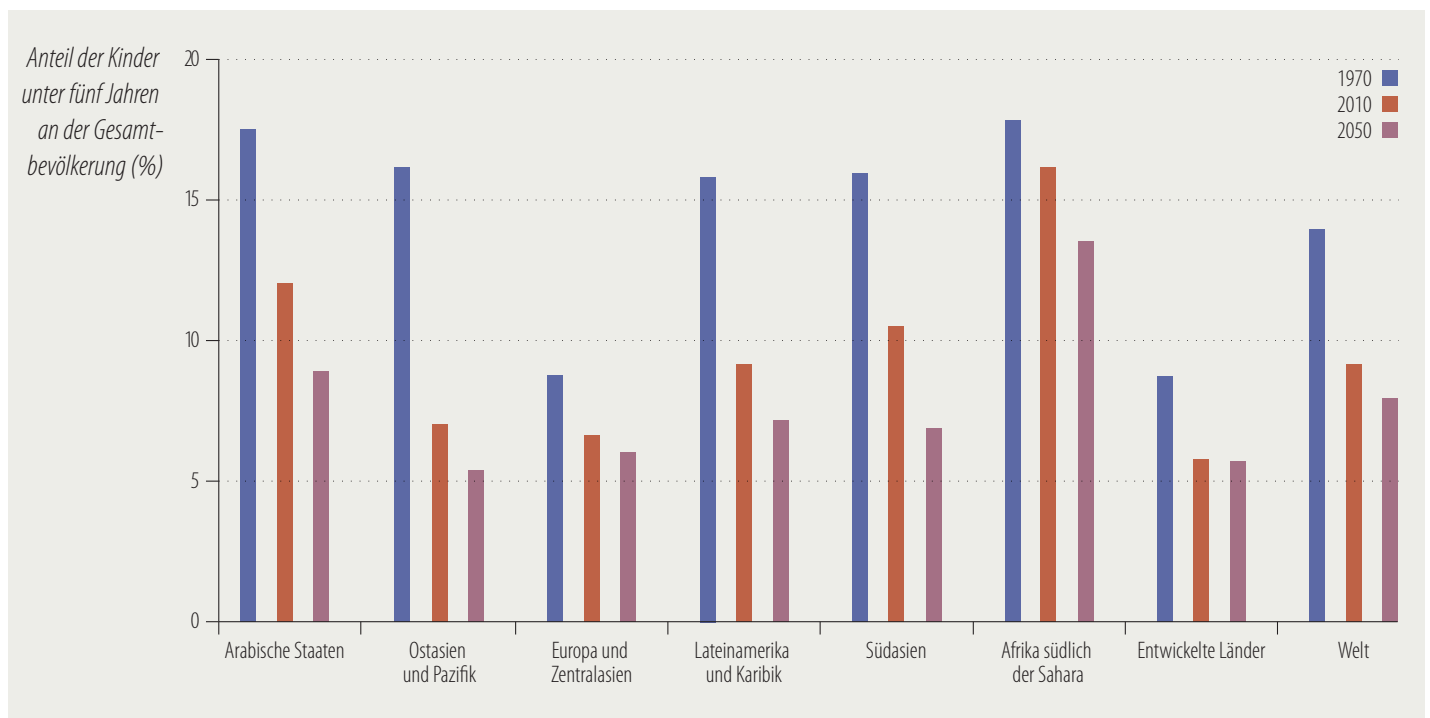
Ereignisse am Anfang des Lebens beeinflussen die Entwicklung der Schaltkreise im Gehirn, das dynamische Zusammenspiel zwischen Genen und Umwelt und die Programmierung des Immun-, Nerven- und Hormonsystems des Körpers. Dies hat Konsequenzen für die darauf folgenden Verläufe der menschlichen Entwicklung.¹² Sowohl die Architektur der Fähigkeiten (z.B. Bewältigungsfähigkeiten, kognitive und nicht-kognitive Kompetenzen)

als auch der Prozess des Erwerbs von Fertigkeiten werden stark durch neuronale Schaltkreise beeinflusst. Diese Schaltkreise entwickeln sich aus dynamischen Interaktionen zwischen den Genen und der Umwelt und den Erfahrungen am Lebensanfang. Mit anderen Worten: Die Umwelt kann Individuen in Abhängigkeit von ihrer genetischen Ausstattung unterschiedlich beeinflussen, und die gleiche genetische Ausstattung führt in Abhängigkeit von der Umwelt zu unterschiedlichen Ergebnissen.¹³ Diese Wechselbeziehung folgt hierarchischen Regeln in einer Abfolge von Ereignissen, sodass spätere Leistungen auf Grundlagen aufbauen, die zu einem früheren Zeitpunkt gelegt wurden.

Kognitive, soziale, emotionale und sprachliche Kompetenzen sind voneinander abhängig, denn sie werden alle durch frühe Erfahrungen ausgebildet und sie tragen alle zum Erwerb lebenslanger Verwirklichungschancen bei (Grafik 3.3).¹⁴ Als Folge davon sind verschiedene Arten von Stress im frühen Leben – wie

GRAFIK 3.2

Die Regionen mit dem höchsten Anteil an Kindern unter fünf Jahren an der Gesamtbevölkerung sind Afrika südlich der Sahara, die arabischen Staaten und Südasien



Quelle: Berechnungen des HDR-Büros basierend auf Lutz und KC (2013).

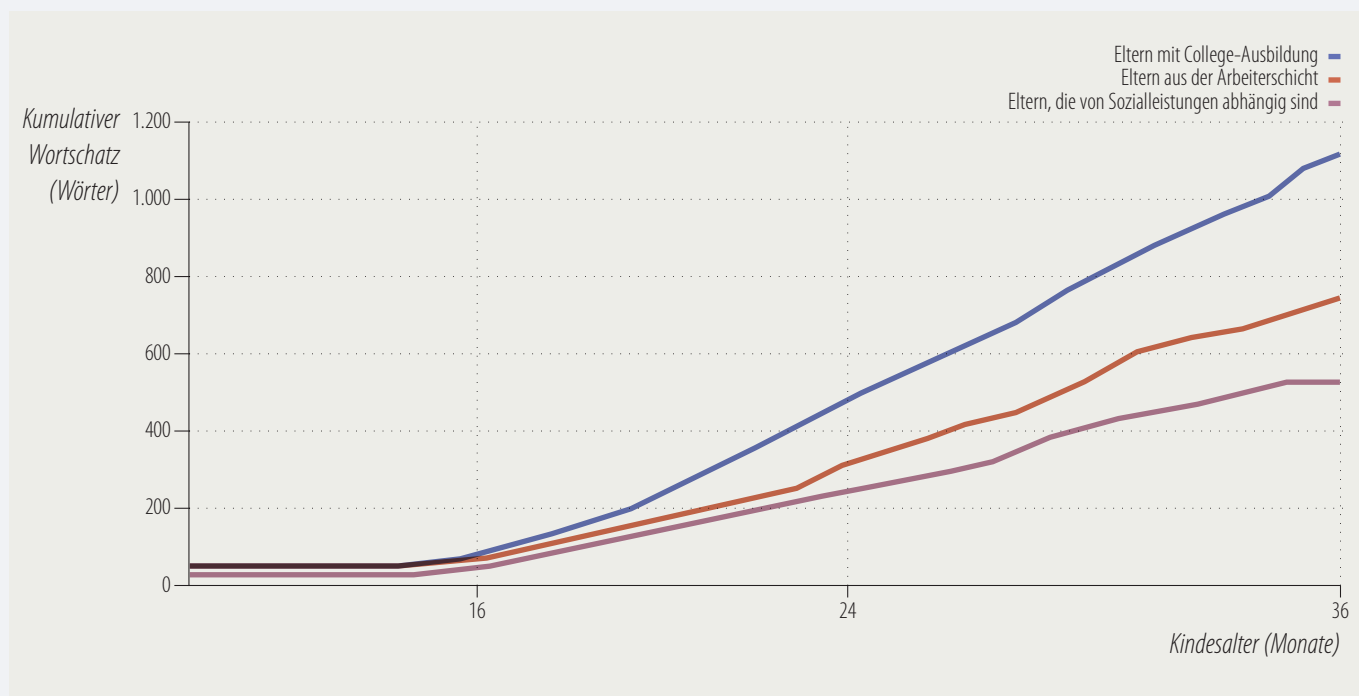
Bedeutende Unterschiede: 30 Millionen Wörter mehr

Es macht einen Unterschied aus, wie Kinder abhängig von Familienstatus und Einkommen in einer frühen Lebensphase Sprache ausgesetzt sind. Untersuchungsergebnisse aus den Vereinigten Staaten zeigen die Bedeutung guter Interaktionen zwischen Eltern und Kind sowie guter Anregung, insbesondere für Kinder in einem ärmeren sozioökonomischen Umfeld. Sie machen auch die entscheidende Rolle von Familie und Gemeinschaft deutlich (siehe Tabelle und Grafik). Der Erfolg eines Kindes hängt von der Qualität seines frühen häuslichen Umfelds ab.

Kumulative Wortschatzerfahrungen von Kindern in den Vereinigten Staaten

Sozioökonomischer Status der Familie	Gehörte Wörter pro Stunde	Gehörte Wörter im Alter von vier Jahren
Von Sozialleistungen abhängig	616	13 Millionen
Arbeiterschicht	1.251	26 Millionen
Berufstätig mit qualifizierter Ausbildung	2.153	45 Millionen

Lücken entstehen frühzeitig, vor der Einschulung – Wortschatz



Quelle: Hart und Risley 1995.

sozioökonomische Entbehrungen, mangelnde Fürsorge und eine harsche elterliche Erziehung – tendenziell mit Schwierigkeiten im Erwachsenenleben verbunden. Dazu gehört auch die Häufigkeit chronischer Erkrankungen. In Studien aus Neuseeland und den Vereinigten Staaten wurden Missbrauch in der Kindheit und andere Probleme mit einer Reihe von Gesundheitsproblemen in Verbindung gebracht, darunter Erkrankungen der Herzkranzgefäße, hoher Blutdruck, Typ-2-Diabetes, Fettleibigkeit und Krebs – sowie mit psychischen und Verhaltensproblemen

wie Depressionen, Alkoholismus, Tabakkonsum und anderen Arten von Drogenmissbrauch.¹⁵

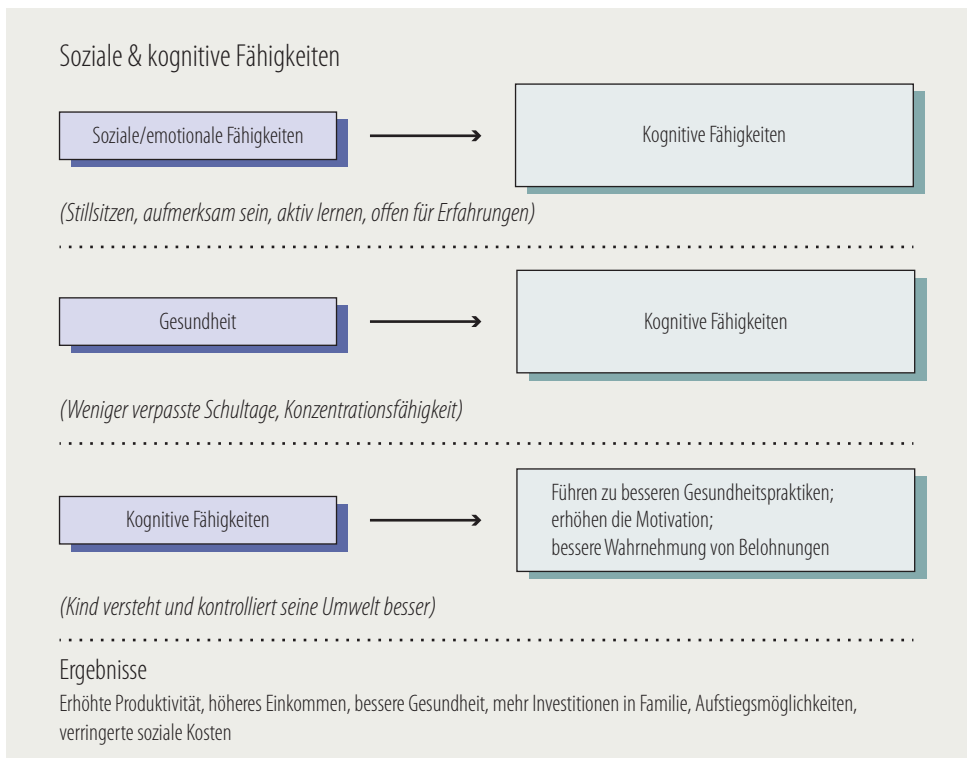
Weltweit sind Babys und Kleinkinder unzähligen Risiken ausgesetzt. Dadurch sind sie extrem verwundbar, zum Beispiel für die Folgen eines unzureichenden Zugangs zu Gesundheitsversorgung und Bildung, sauberem Trinkwasser, angemessener Sanitärversorgung und Ernährung.¹⁶ Je länger sie rauen Bedingungen oder Entbehrungen ausgesetzt sind, umso größer ist die Belastung des Stressbewältigungssystems des Körpers.¹⁷

Doch es ist ein Fehler anzunehmen, dass Fähigkeiten unveränderlich sind. Mannigfaltige Fähigkeiten, sowohl kognitive als auch nicht-kognitive, entwickeln sich kontinuierlich ab den frühen Lebensjahren in vielfältigen Lernsituationen und fördern weiteres Lernen und weitere Leistungen. Viele dieser Prozesse greifen ineinander.¹⁸ „Akademische Motivation“, also die Bereitschaft und vielleicht sogar die Begeisterung zu lernen, fördert zum Beispiel nicht nur gute Bildungsergebnisse, sondern verringert wahrscheinlich auch den Alkohol- und Drogenkonsum, die beide mit Straftaten in Verbindung gebracht werden. Weiterentwickelte Persönlichkeitsmerkmale wie akademische Motivation können das Lernen begünstigen, was wiederum die Leistung fördert. Auf der anderen Seite können Aggressionen, antisoziales oder regelverletzendes Verhalten zu Straftaten und zu Misserfolgen auf dem Arbeitsmarkt führen.¹⁹

Allzu oft wird der normale Verlauf frühkindlicher Entwicklung durch Armut gestört. Mehr als jedes fünfte Kind in einem Entwicklungsland lebt in absoluter Einkommensarmut und ist anfällig für Unterernährung.²⁰ In Entwicklungsländern (wo 92 Prozent der Kinder leben) werden sieben von hundert Kindern keine fünf Jahre alt, bei 50 Kindern wird die Geburt nicht registriert, 68 erhalten keine frühkindliche Bildung, 17 werden nie in eine Primarschule eingeschult, 30 bleiben in ihrer körperlichen Entwicklung zurück und 25 leben in Armut.²¹ Unzureichende Ernährung, unzureichende sanitäre Einrichtungen und schlechte Hygiene erhöhen das Risiko von Infektionen und Beeinträchtigungen bei der Entwicklung: Infolge von Unterernährung und Infektionen sind fast 156 Millionen Kinder in ihrer Entwicklung gehemmt.²² Unterernährung trägt zu 35 Prozent aller Todesfälle durch Masern, Malaria, Lungenentzündung und Durchfall bei.²³ Die Auswirkungen sind am schlimmsten,

GRAFIK 3.3

Kognitive, soziale, emotionale und sprachliche Kompetenzen sind voneinander abhängig, denn sie alle werden durch frühe Erfahrungen ausgebildet und tragen zum Erwerb lebenslanger Verwirklichungschancen bei



Quelle: Heckman 2013.

wenn die Entbehrungen in der frühen Kindheit auftreten.²⁴ Kinder sind auch betroffen, wenn ihre Mütter arm sind, nur wenig Bildung haben oder unter Depressionen oder großem Stress leiden, vielleicht infolge von Gewalt, schlechten Wohnverhältnissen oder fehlenden Dienstleistungen.

Viele arme Kinder kommen ohne grundlegende Ernährung, Gesundheitsversorgung und die für ein gesundes Wachstum nötige Stimulation in die Schule. So sind sie nicht bereit zum Lernen, schneiden im Unterricht schlecht ab, müssen Klassenstufen wiederholen und werden wahrscheinlich frühzeitig von der Schule abgehen. Für Kinder, die überleben, sind Armut und Unterernährung in den Vorschuljahren für einen späteren Verlust von mehr als zwei Schuljahren verantwortlich. Schon im Alter von sechs Jahren, oder im Einschulungsalter, kann ein armes Kind bereits Nachteile haben (Grafik 3.4).²⁵ Lücken bei den Fähigkeiten treten früh zutage. Zum Beispiel beginnt der Aufbau des Wortschatzes sehr früh im Leben. In den Vereinigten Staaten unterscheiden sich die verbalen Fähigkeiten von Kindern mit unterschiedlichem sozioökonomischen Hintergrund im

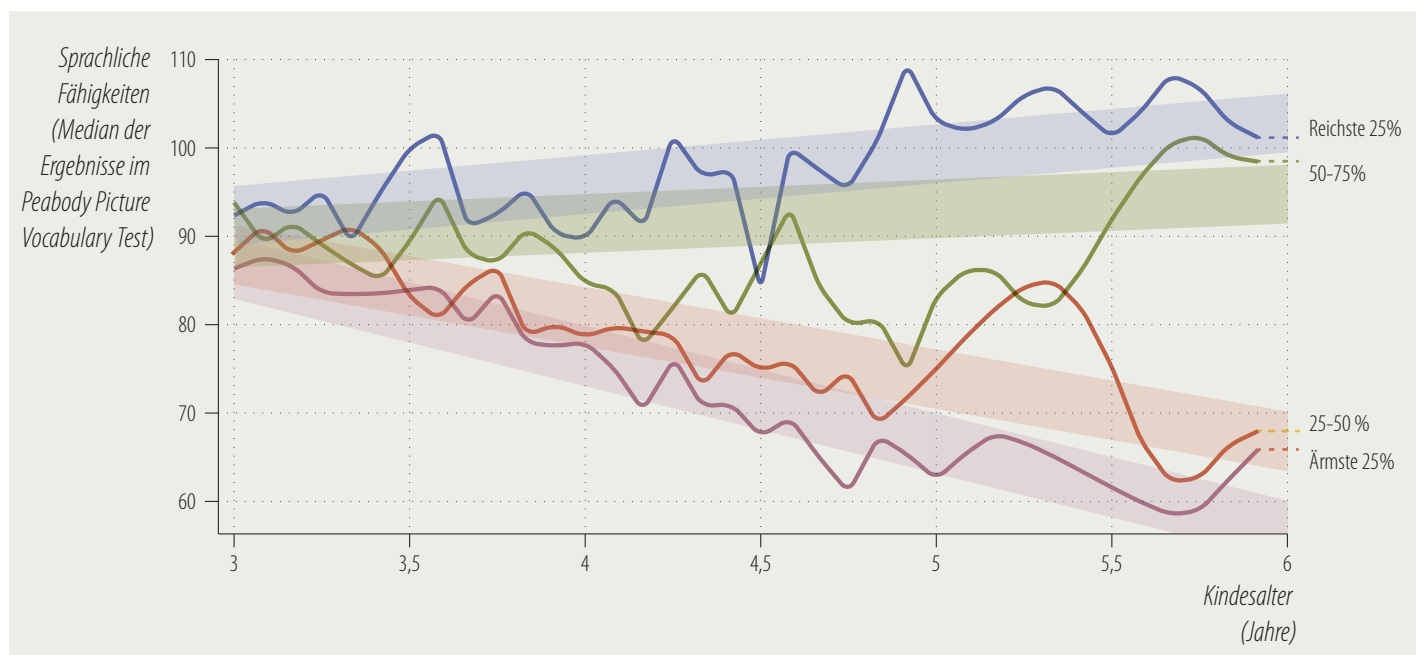
Alter von 36 Monaten deutlich, und im Alter von neun Jahren sind die Unterschiede in den Entwicklungsverläufen der verbalen Fähigkeiten noch immer vorhanden (Kasten 3.1).²⁶ Diejenigen, deren Hintergrund von Armut geprägt ist, lernen langsamer, wenn ihre Eltern wenig Bildung genossen haben. In Kolumbien und Mexiko hängt die Fähigkeit, semantisch flüssig zu sprechen, eng mit der Bildung der Eltern zusammen.²⁷

Gute Interaktionen zwischen Erwachsenen und Kindern in den frühen Lebensjahren sind eine notwendige Stimulation für die Entwicklung des Gehirns und hängen nicht notwendigerweise vom Geld ab.²⁸ Tatsächlich lassen sich durch die Kommunikation der Eltern mit ihren Kindern und ihre Sensibilität gegenüber den emotionalen Bedürfnissen der Kinder die Auswirkungen eines niedrigen sozioökonomischen Status auf die kognitive und sozioemotionale Entwicklung der Kinder in Grenzen halten.²⁹

Die schulische Entwicklung von Kindern kann auch durch wirtschaftliche Rezessionen gestört werden – insbesondere wenn Eltern ihre Arbeit verlieren. Die Krise in Indonesien 1998 führte zu einem Rückgang des Anteils der

GRAFIK 3.4

Arme Kinder sind im Hinblick auf ihren Wortschatz schon im Alter von sechs Jahren im Nachteil, wie das Beispiel aus Ecuador zeigt



Quelle: Paxson und Schady 2007.

beschulten 13- und 14-jährigen Kinder um fünf bis acht Prozentpunkte.³⁰ Durch die Krisen in den post-sowjetischen und zentralasiatischen Ländern ging der Anteil der beschulten Kinder dort um drei bis zwölf Prozentpunkte zurück.³¹

Wenn sich die Leistungen im Bildungsbereich verringern, werden Anfälligkeiten über Generationen weitergegeben, indem die zukünftigen Lern- und Arbeitsmöglichkeiten der Kinder eingeschränkt werden.³² Armut und Unterernährung in den Vorschuljahren werden mit einem mehr als 30 Prozent niedrigeren Einkommen in Zusammenhang gebracht.³³ Die bis zum Alter von 18 Jahren erlebten Bedingungen, einschließlich struktureller Anfälligkeiten wie Armut und Ungleichheiten zwischen verschiedenen Gruppen, tragen zu etwa der Hälfte der Ungleichheit beim im Laufe des Lebens erzielten Einkommen bei.³⁴

Die frühkindliche Entwicklung erleidet auch Schaden durch Gewalt, Vernachlässigung und Konflikte. Im Vergleich zu kanadischen Kindern aus der Mittelschicht haben Kinder im Gaza-Streifen dreimal so viele emotionale und Verhaltensprobleme.³⁵ Kinder, die erleben müssen, dass ihre Mütter von Beziehungspartnern geschlagen werden, wachsen mit größerer Wahrscheinlichkeit als andere zu Gewalttätern oder -opfern heran.³⁶

Dem Risiko des sexuellen Missbrauchs sind insbesondere Kinder ausgesetzt, die mit Behinderungen leben oder die psychisch oder kognitiv verwundbar sind³⁷ – Kinder, die in Gemeinwesen leben, in denen Arbeitslosigkeit und Drogenmissbrauch weit verbreitet sind – oder Kinder, die ausgesetzt oder Opfer des Kinderhandels wurden oder gezwungen sind, außerhalb ihres Zuhauses zu arbeiten.³⁸ Auch Kinder, die in Heimen aufwachsen, können unter schlimmen Entbehrungen leiden, die schädliche Auswirkungen auf die Entwicklung des Gehirns haben.³⁹ Sogar Schulen können Unsicherheit mit sich bringen: Eltern werden ihre Töchter mit größerer Wahrscheinlichkeit von der Schule fernhalten, wenn sie um ihre körperliche und sexuelle Unversehrtheit fürchten müssen.⁴⁰

Werden die schlimmsten Auswirkungen von Armut und Entbehrungen gemindert und der intergenerative Kreis der Armut durchbrochen, erhalten Kinder eine bessere Chance.

Anfälligkeiten in der Jugend steuern

Die Jugend – das Alter von 15 bis 24 – ist ein Schlüsselzeitraum des Übergangs, in dem Kinder lernen, sich auf die Gesellschaft und die Arbeitswelt einzulassen.⁴¹ In vielen Ländern steigt die Anzahl der jungen Menschen. Die Jugendbevölkerung weltweit umfasst 1,2 Milliarden (17,6 Prozent der Gesamtbevölkerung). Die Regionen mit dem höchsten Anteil an Jugendlichen sind Afrika südlich der Sahara (20,2 Prozent), die arabischen Staaten (19,6 Prozent) und Südasien (19,6 Prozent). Es wird damit gerechnet, dass der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung bis 2050 auf 13,8 Prozent sinken wird, wobei der größte Rückgang in der Region Ostasien und Pazifik stattfinden wird (von 17,3 Prozent 2010 auf 10,7 Prozent 2050).⁴² Die Daten zu einzelnen Ländern zeigen auch, dass damit zu rechnen ist, dass der Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung in den meisten Regionen bis 2050 sinken wird (Karte 3.1).

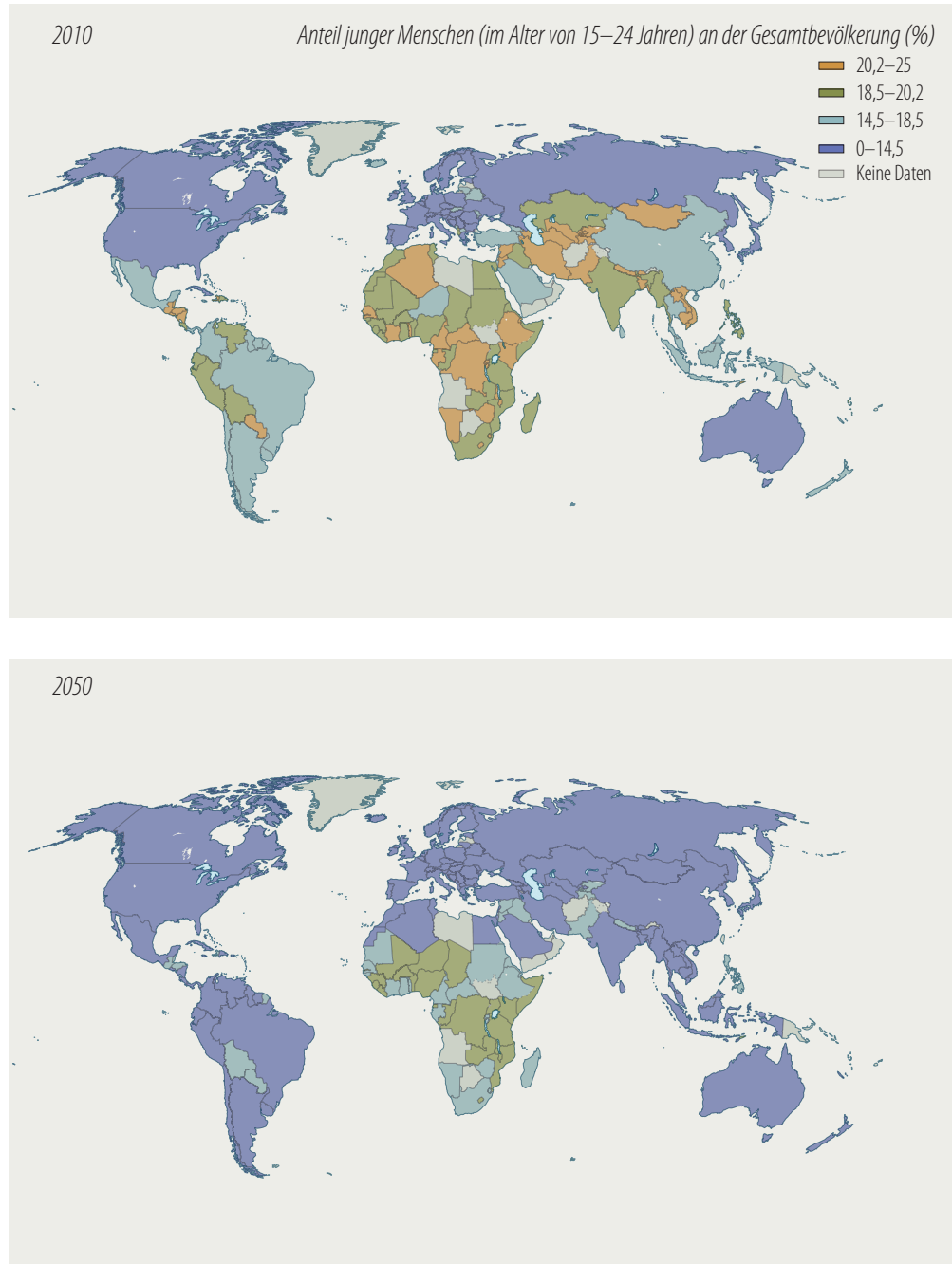
Die Regierungen werden ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen sicherstellen müssen, sonst haben sie mit sozialen und politischen Unruhen zu rechnen. Jüngste gesellschaftliche Umbrüche zeigen, dass die Diskrepanz zwischen einer immer besser ausgebildeten Jugend und fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten zu Entfremdung und Verzweiflung führen kann. Die Projektion der Internationalen Arbeitsorganisation in Bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen in der arabischen Region weist einen sehr flachen Verlauf auf. Es könnte also zu einem andauernden Missverhältnis zwischen Chancen und Ansprüchen kommen.⁴³

Überall auf der Welt sind junge Menschen besonders anfällig für Marginalisierung auf dem Arbeitsmarkt, denn es fehlt ihnen an Berufserfahrung, sozialen Netzwerken, Möglichkeiten zur Arbeitsplatzsuche und den finanziellen Mitteln, um erfolgreich Arbeit zu finden. Folglich ist es bei jungen Leuten wahrscheinlicher, dass sie arbeitslos, unterbeschäftigt oder in prekäreren Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Die Jugendarbeitslosigkeit ist fast immer höher als die bei Erwachsenen und auch empfindlicher gegenüber Wirtschaftskrisen.⁴⁴ 2012 wurde die globale Jugendarbeitslosenquote auf

Wenn sich die Leistungen im Bildungsbereich verringern, werden Anfälligkeiten über Generationen weitergegeben, indem die zukünftigen Lern- und Arbeitsmöglichkeiten der Kinder eingeschränkt werden.

KARTE 3.1

Es wird damit gerechnet, dass der Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung in den meisten Regionen zwischen 2010 und 2050 sinken wird



Hinweis: Diese Karten sind stilisiert und nicht maßstabgerecht. Sie spiegeln keine Position des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen zum rechtlichen Status irgendeines Landes oder Territoriums oder irgendeiner Grenzziehung wider.

Quelle: Berechnungen des HDR-Büros auf Grundlage von Lutz und KC (2013).

12,7 Prozent geschätzt – fast dreimal höher als die von Erwachsenen.⁴⁵ Im Falle einer Krise werden eher Jugendliche arbeitslos als Erwachsene und die Kluft zwischen den Arbeitslosenquoten von Jugendlichen und Erwachsenen

bleibt auch dann groß, wenn die Wirtschaft begonnen hat, sich wieder zu erholen.⁴⁶

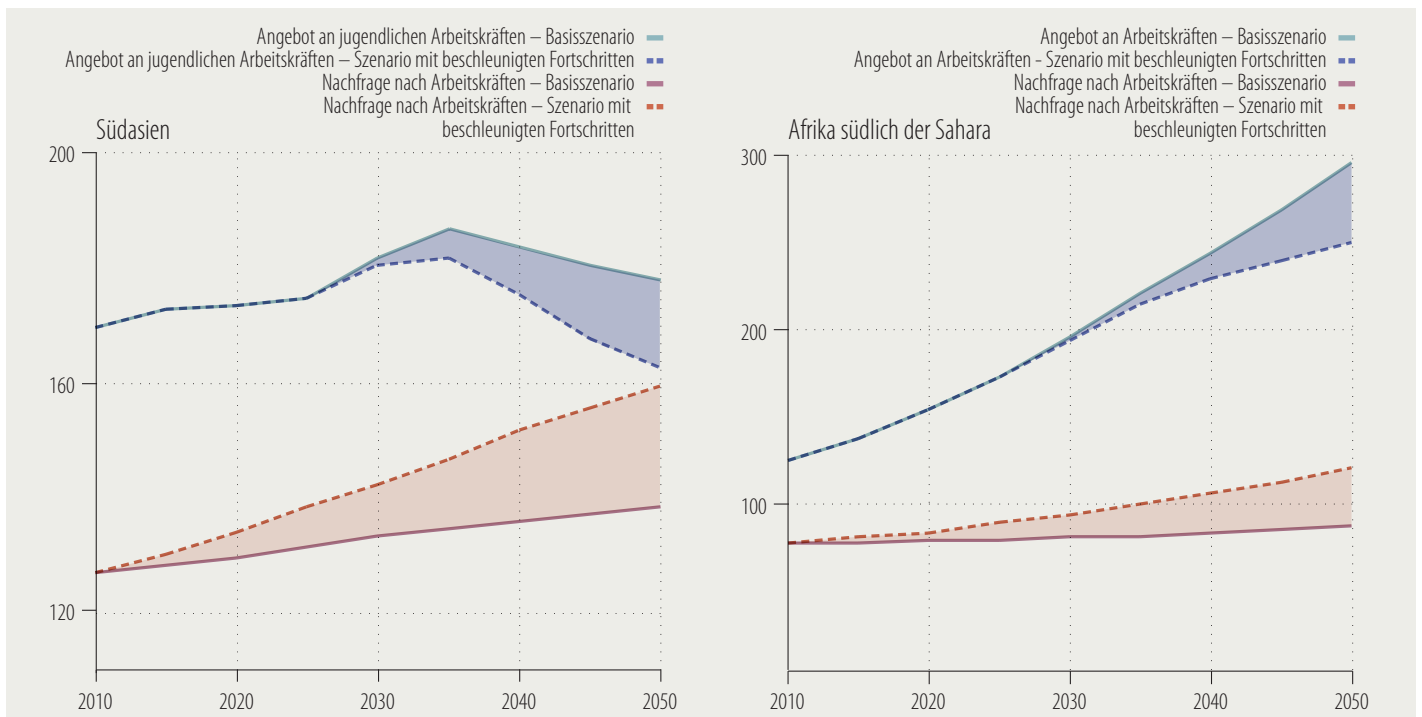
Viele der sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, mit denen junge Menschen heute konfrontiert sind, einschließlich der

Arbeitslosigkeit, müssen im Zusammenspiel von einmaligen demografischen Trends und spezifischen wirtschaftlichen Zusammenhängen verstanden werden.⁴⁷ Infolge des starken Rückgangs der Geburtenraten⁴⁸ hat im Laufe der vergangenen 40 Jahre in vielen Entwicklungsländern der Anteil junger Menschen an der Gesamtbevölkerung zugenommen und so ist ein „Jugendüberschuss“ entstanden. Dies stellt eine Chance zur Förderung menschlicher Entwicklung dar, denn die Arbeitskraft nimmt zu⁴⁹ und es gibt besser ausgebildete und potenziell produktivere Arbeitskräfte. Doch der zunehmenden jugendlichen Arbeiterschaft stehen keine zunehmenden produktiven Beschäftigungsmöglichkeiten gegenüber. Die hohe Jugendarbeitslosenquote von heute stellt einen bedeutenden Verlust an Potenzial für die menschliche Entwicklung dar. Dadurch ist nicht nur der wirtschaftliche Fortschritt bedroht,⁵⁰ sondern es steigt auch das Risiko, dass es zu sozialen Unruhen, Gewalt und Kriminalität kommt.⁵¹

Ehrgeizige politische Strategien sind notwendig, um die Erwartungen der Jugendlichen an den Arbeitsmarkt zu erfüllen. In einem Szenario mit ambitionierten politischen Handlungskonzepten läge 2050 die globale Jugendarbeitslosigkeit bei weniger als fünf Prozent.⁵² Das liegt am doppelten Effekt einer geringeren Anzahl von Jugendlichen, die auf den Arbeitsmarkt kommen, und eines höheren Wirtschaftswachstums. Es gibt jedoch bedeutende regionale Heterogenitäten. In einem „Weiter wie bisher“-Szenario würde die Kluft weiter wachsen, insbesondere in Afrika südlich der Sahara.⁵³ Doch durch ambitionierte politische Handlungskonzepte (rasch greifende bildungspolitische Strategien und beschleunigtes Wirtschaftswachstum) würde sich in Südasien die Lücke zwischen dem Angebot von und der Nachfrage nach jungen Arbeitskräften schließen und in Afrika südlich der Sahara würde sie schrumpfen. In Südasien würde sich diese Lücke aufgrund der doppelten Wirkung der Bildungspolitik auf die Bevölkerungsdynamik

GRAFIK 3.5

Schnell greifende bildungspolitische Handlungskonzepte und ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum würden zwischen 2010 und 2050 die Lücke zwischen dem Angebot von und der Nachfrage nach jungen Arbeitskräften in Südasien schließen und in Afrika südlich der Sahara verringern



Quelle: Berechnungen des HDR-Büros basierend auf Lutz und KC (2013) und Pardee Center for International Futures (2013).

Somalia: Konflikte und die Ausgrenzung von Jugendlichen

Entbehrungen, Ausgrenzung und Missstände sind während eines Konflikts besonders weit verbreitet. Sie werden durch Unterentwicklung und Armut, durch ungleiche Machtverteilung und durch Ungleichheiten zwischen einzelnen Gruppen verschärft, die viele Arten von Ausgrenzung und eine Konkurrenz um Ressourcen zur Folge haben. In Somalia erleben junge Menschen Ausgrenzung in drei Dimensionen – soziokulturell, wirtschaftlich und politisch – und Chancenlosigkeit. Als Folge davon werden sie sowohl zu Opfern als auch zu Konfliktquellen. Sie sind zwischen Konflikt und Armut gefangen und haben keine Arbeit und keine Stimme. Um ihre Entbehrungen und Frustrationen zu erfassen und das Potenzial an Energie und Begeisterung für Veränderungen aufzuzeigen, beschäftigte sich der nationale somalische Bericht über die menschliche Entwicklung 2012, „Empowering Youth for Peace and Development“, mit Jugendlichen, um deren Meinung über ihre Situation zu erfahren.

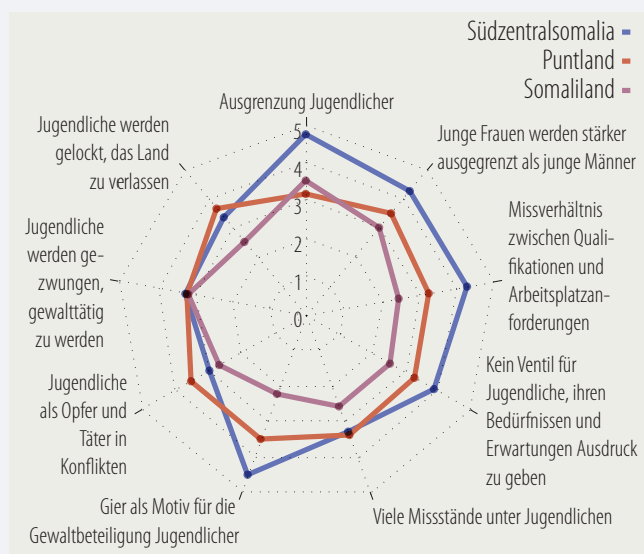
In allen Regionen Somalias erleben junge Menschen eine Kluft zwischen ihrer Bildung und den Beschäftigungsmöglichkeiten. Diese Kluft verhindert eine Stärkung ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rolle (siehe Grafik). Auch sehen sie kaum Möglichkeiten, sich gesellschaftlich

zu beteiligen oder ihre Bedürfnisse und Hoffnungen auszudrücken. Dieses Gefühl ist in der am stärksten konfliktbelasteten Region Südzentrosomalia besonders ausgeprägt. Der Mangel an Mitsprachemöglichkeiten, Wahlmöglichkeiten und Optionen zwingt Jugendliche, sich an Gewalt und Konflikten zu beteiligen. Die Motive sind finanzieller und nicht-finanzieller Art. Sie entstammen einem persönlichen Sicherheitsbedürfnis oder hängen mit Identität, Status und Rache zusammen.

Kombiniert man diese Ergebnisse in einem neuen Index der Frustration Jugendlicher, erreicht Somalia 3,96 von fünf Punkten (wobei fünf der Grad höchster Frustration ist). Fehlende einsetzbare Qualifikationen, Beschäftigungsmöglichkeiten, Mitsprachemöglichkeiten und Freizeitbeschäftigungen sind die wichtigsten Ursachen für Frustration und führen dazu, dass die Jugendlichen sich unterschätzt und von mehreren Teilen der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen.

Trotz ihrer Probleme sehen die jungen Menschen in Somalia noch mit Hoffnungen und Erwartungen in die Zukunft. Das zeigt, wie wichtig es ist, ihnen Mitsprachemöglichkeiten in ihrer Gesellschaft zu geben und ihnen eine Rolle in der Friedenskonsolidierung einzuräumen.

Wie Jugendliche Ausgrenzung wahrnehmen und bewältigen



Frustration der Jugendlichen und ihre Ursachen



Quelle: UNDP 2012e.

(durch die sich die Anzahl der auf den Arbeitsmarkt kommenden jungen Menschen verringert) und eines stärkeren Wirtschaftswachstums bis 2050 schließen. In Afrika südlich der Sahara würde es zusätzliche politische Strategien zur Erhöhung der Beschäftigungsintensität des Wachstums brauchen, um die Lücke zu schließen.

Junge Menschen sind auch angesichts der körperlichen, kognitiven, sozialen, geschlechtsbezogenen und emotionalen Veränderungen in ihrem Leben verwundbar. Zum Beispiel laufen Heranwachsende unter Umständen Gefahr, nicht mehr zur Schule zu gehen und keine Arbeit zu haben, was ihr Engagement in der Gesellschaft verringert. Einige sind gezwungen

zu arbeiten, werden Opfer des Kinderhandels für sexuelle Zwecke oder werden zu Migranten ohne Papiere. Diese Erfahrungen werden durch das sozioökonomische Umfeld beeinflusst. In vielen Ländern sind die Wahlmöglichkeiten junger Menschen durch wirtschaftliche Unsicherheit, technologischen Wandel, politische Aufstände, Konflikte (Kasten 3.2) und den Klimawandel eingeschränkt. Dadurch können Unternehmegerist und Enthusiasmus in Frustration und Verzweiflung umschlagen.

Der gesellschaftliche Übergang junger Menschen wird auch durch allgemeinere strukturelle Faktoren wie Armut, Geschlecht und Ungleichheit sowie lokale Praktiken gestaltend beeinflusst. In einigen Regionen verändern sich durch sozialen Wandel und die Ausweitung der formellen Bildung die Chancen und Hindernisse für junge Menschen beim gesellschaftlichen Übergang ins Erwachsenenleben. Zum Beispiel heiraten junge Leute später und bekommen erst später Kinder.

Es hat sich als wirksam erwiesen, zu einem früheren Zeitpunkt im Leben zu investieren, um die Erfolge der Heranwachsenden im späteren Leben zu verbessern. Bei großen Entbehrungen in der Kindheit kann es dagegen zu langfristigen Verlusten kommen.⁵⁴ Eine aktuelle Studie befasste sich mit 15-Jährigen, die im Alter von zwölf Jahren Nahrungsmittelknappheit erlebt haben. In Peru war die Wahrscheinlichkeit um 60 Prozent geringer, dass sie einen gesunden Körpermassenindex haben; in Äthiopien und in Andhra Pradesh (Indien) schnitten sie bei den kognitiven Leistungen schlechter ab; in Vietnam und Andhra Pradesh schätzten sie ihren Gesundheitszustand selbst schlechter ein und in Äthiopien und Peru gaben sie ein geringeres subjektives Wohlbefinden an.⁵⁵

In der Regel sind die Chancen in städtischen Gebieten besser.⁵⁶ In Andhra Pradesh gehen in ländlichen Gegenden 25 Prozent der Jugendlichen nicht mehr zur Schule, verglichen mit 15 Prozent in städtischen Gebieten. Mädchen wurden bei der Hausarbeit oder bei der Arbeit auf dem Land der Familie gebraucht, wohingegen die Jungen die Schule entweder verlassen haben, um gegen Bezahlung zu arbeiten, oder weil die Schulbildung als irrelevant oder minderwertig wahrgenommen wird. Junge Menschen aus nach der Verfassung gelisteten

Kasten oder ethnischen Gruppen hatten mit doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit die Schule verlassen. Für Familien in den Städten gibt es zudem eine vielfältigere Auswahl an Bildungsinstitutionen.⁵⁷

Die schulischen Erfahrungen junger Menschen werden durch Geschlechterungleichheit beeinflusst. Im ländlichen Äthiopien erreichten zum Beispiel 15-jährige Mädchen im niedrigsten Vermögensquintil im Durchschnitt 2,1 von 20 Punkten in einem Mathematiktest, während bei 15-jährigen Jungen der Durchschnitt bei 7,4 lag. Im ländlichen Vietnam erreichten 15-jährige Mädchen im Durchschnitt 9,4, 15-jährige Jungen dagegen 18,1.⁵⁸

Mit dem Beginn der Pubertät entstehen weitere Verwundbarkeiten, die für Jungen und Mädchen unterschiedliche Konsequenzen haben.⁵⁹ Teenagerschwangerschaften sind ein großes Problem. Sie bringen gesundheitliche Risiken für Mutter und Kind mit sich, erhöhen die Depressionsrate unter Müttern und führen bei den Müttern zu einem niedrigeren Bildungsstand und einer niedrigeren Stellung im Erwerbsleben.⁶⁰ Zu frühe Schwangerschaften haben auch Implikationen für junge Männer, denn sie erlegen ihnen finanzielle und gesellschaftliche Verpflichtungen auf, die sie noch nicht tragen können.⁶¹ Ähnliche Bedenken gibt es im Hinblick auf eine frühzeitige Heirat, die oft für junge Menschen arrangiert wird, deren gesellschaftliche und wirtschaftliche Optionen begrenzt sind.⁶² In den meisten Teilen der Welt werden Ehen junger Mädchen jedoch auch deshalb arrangiert, weil dies ein Weg ist, um ihre materiellen Bedürfnisse und die ihrer Familien zu decken. Frühe Eheschließungen bleiben tendenziell weiterhin üblich, wenn die sozialen und ökonomischen Optionen junger Frauen begrenzt sind.

Der gesellschaftliche Übergang junger Menschen ins Erwachsenenleben wird durch diese und andere lokale Gepflogenheiten und soziokulturelle Praktiken geprägt. Zum Beispiel haben junge Männer unter Umständen intergenerative Verpflichtungen, die sich auf ihren gesellschaftlichen Übergang auswirken, wie etwa, dass sie sich um älter werdende Eltern zu kümmern müssen.

Junge Erwachsene sind auch besonders anfällig für Gewalt,⁶³ was zu Ausgrenzung,

Es hat sich als wirksam erwiesen, zu einem früheren Zeitpunkt im Leben zu investieren, um die Erfolge der Heranwachsenden im späteren Leben zu verbessern. Bei großen Entbehrungen in der Kindheit kann es dagegen zu langfristigen Verlusten kommen.

Hoffnungslosigkeit, einem fehlenden Sinn im Leben und insbesondere unter Mädchen zu mehr Angst, Depressionen und post-traumatischem Stress führen kann.⁶⁴ An der Mordrate gemessen ist das Problem in Lateinamerika am größten. Dort beträgt die Mordrate über 70 pro 100.000 Einwohner.⁶⁵ Man geht davon aus, dass auf jeden jungen Menschen, der getötet wird, 20 bis 40 weitere kommen, die so schwer verletzt werden, dass sie im Krankenhaus behandelt werden müssen. Die Mordraten sind bei Männern zwischen 15 und 29 Jahren am höchsten und nehmen mit zunehmendem Alter tendenziell ab, während die sehr viel niedrigeren Raten bei Frauen in jedem Alter im Wesentlichen gleich bleiben (Grafik 3.6).⁶⁶

Bei jungen Menschen ist das Risiko besonders groß, von Gangs und kriminellen Banden, die von Erwachsenen gesteuert werden, zu kriminellen Aktivitäten gezwungen oder entsprechend manipuliert zu werden. In einem

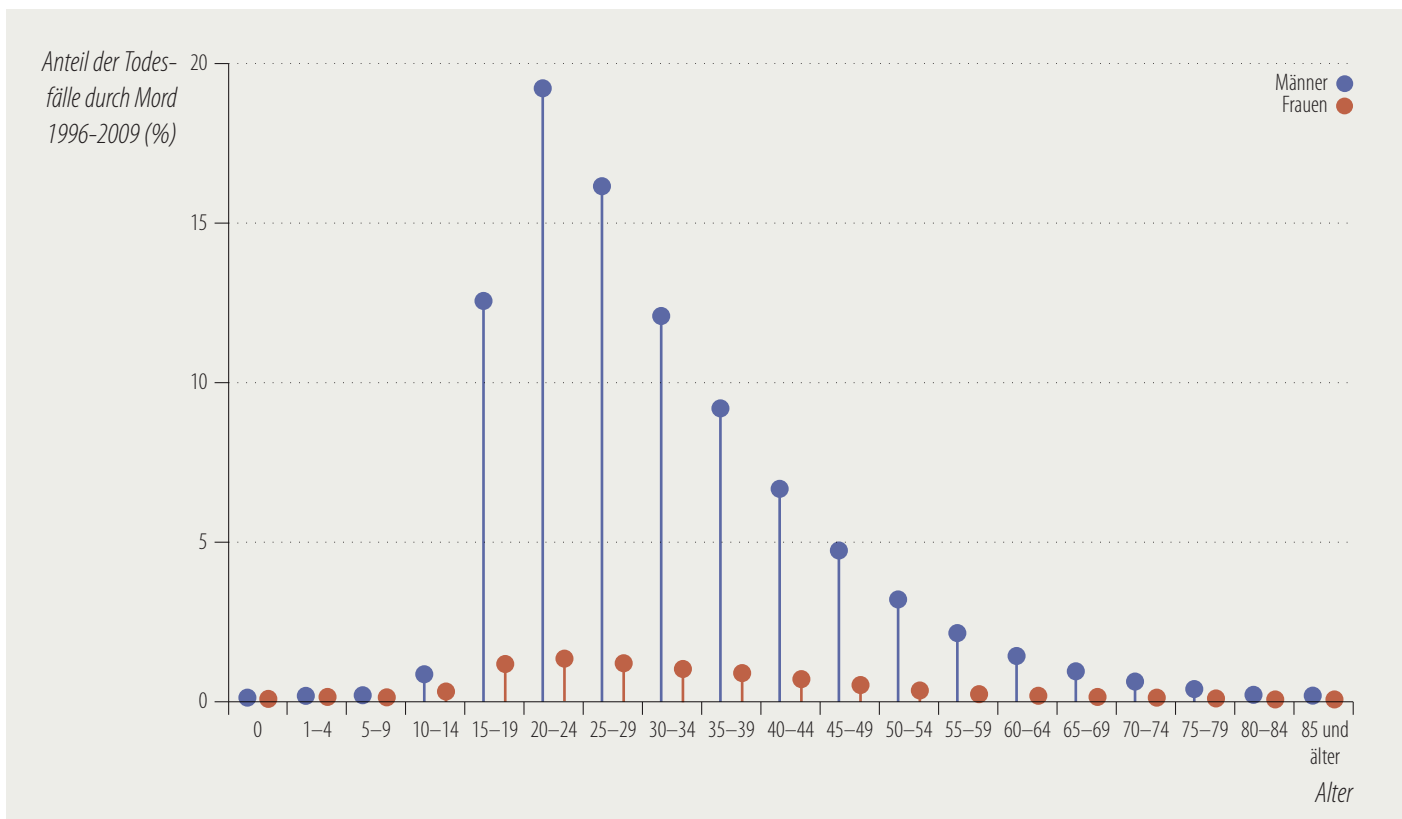
Umfeld mit hoher Jugendarbeitslosigkeit bieten Gangs Beschäftigung, ein Zugehörigkeits- und Identitätsgefühl und eine Plattform für Proteste gegen die Gesellschaft.

Erwachsenensein und Arbeit – es geht mehr als nur ums Geld

Von Erwachsenen wird erwartet, dass sie durch bezahlte und unbezahlte Arbeit für sich selbst und ihre Familien sorgen. Diejenigen, die Arbeit haben, werden oft als weniger verwundbar betrachtet. Doch viele sind prekärer Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit ausgesetzt. 2012 waren weltweit über 200 Millionen Menschen arbeitslos. Mehr als fünfzig Prozent aller Arbeitsverhältnisse sind durch Vulnerabilität geprägt. Der Anteil solcher Arbeitsverhältnisse ist in Südostasien (61 Prozent), Südasien (77 Prozent) und Afrika südlich der Sahara (77 Prozent) besonders hoch.⁶⁷ Selbst

GRAFIK 3.6

In Lateinamerika und der Karibik sind die Mordraten bei Männern im Alter zwischen 15 und 29 am höchsten und sinken tendenziell mit zunehmendem Alter, während die sehr viel niedrigeren Mordraten bei Frauen weitgehend unverändert bleiben



Quelle: UNDP 2013b.

Die Würde der Arbeit wertschätzen

In der Welt von heute ist es ein andauernder, harter Kampf, die Würde der Arbeit zu verteidigen. Nach der vorherrschenden wirtschaftlichen Denkweise der vergangenen Jahrzehnte wird Arbeit als Teil der Produktionskosten gesehen, die in einer globalen Wirtschaft so niedrig wie möglich sein müssen, um konkurrenzfähig zu sein. Arbeitskräfte werden als Konsumenten betrachtet, denen aufgrund ihrer relativ niedrigen Löhne leichter Zugang zu Krediten gegeben werden muss, damit sie mehr konsumieren und schließlich auf enormen Schulden sitzenbleiben. Nirgends im Blick ist die gesellschaftliche Bedeutung der Arbeit als eine der Grundlagen persönlicher Würde, als Quelle von Stabilität und Entwicklung für Familien oder als Beitrag zu friedlichen Gemeinschaften. Das ist die Bedeutung von „menschwürdiger Arbeit“. Es ist ein Versuch, uns daran zu erinnern, dass wir über politische Handlungskonzepte sprechen, bei denen es um das Leben von Menschen geht, nicht nur um Fragen des Reingewinns. Es ist der Grund, warum die Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation uns sagt, dass „Arbeit kein Wirtschaftsgut ist“.¹ Wir wissen auch, dass die Qualität der Arbeit in so vieler Hinsicht die Qualität einer Gesellschaft bestimmt. Also müssen wir damit anfangen, den arbeitenden Armen zu helfen, den Schritt aus der Armut und Informalität zu schaffen, hin zu einer guten Lebensgrundlage, Selbständigkeit oder einem formellen Arbeitsplatz. Darum sollte es uns in der Politik gehen: dass die Menschen weiter nach und nach bessere Arbeit mit einer Entlohnung bekommen, die die Lebenshaltung deckt, Respekt für Arbeitnehmerrechte, Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung der Geschlechter, eine Erleichterung der Organisation der Arbeitnehmer und der Tarifverhandlungen, grundlegende soziale Absicherung, angemessene Renten und Zugang zu Gesundheitsversorgung. Millionen Menschen weltweit sagen uns: „Gebt mir eine faire Chance auf einen anständigen Job und den Rest mache ich. Ich will kein Mitleid oder Almosen“. Es wird längere Zeit brauchen und eine unterschiedliche Gewichtung in Entwicklungsländern und in entwickelten Ländern erfordern, doch alle Gesellschaften sind mit dem Problem menschenwürdiger Arbeit konfrontiert, insbesondere inmitten der globalen Krise, die uns noch immer verfolgt.

Warum ist das so schwierig? Es gibt viele sich einander annähernde historische und strategiebezogene Erklärungen, aber eine solide zugrundeliegende Tatsache: Im heutigen globalen Wertesystem ist Kapital wichtiger als Arbeit. Die Zeichen dafür findet man überall – angefangen bei der inakzeptablen Zunahme der Ungleichheit bis hin zum sinkenden Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt. Wir alle müssen uns Gedanken über die Implikationen für den sozialen Frieden und die politische Stabilität machen, auch diejenigen, die gegenwärtig profitierten. Papst Johannes Paul II erinnerte uns: „Alle müssen wir uns dafür einsetzen, dass das Wirtschaftssystem, in dem wir leben, die grundlegende Ordnung des Vorranges der Arbeit vor dem Kapital und des Gemeinwohls vor den Privatinteressen nicht zerrüttet“. Wie Gandhi sagte: „Die Welt hat genug für jedermanns Bedürfnisse, aber nicht für jedermanns Gier“.

Doch die Dinge ändern sich. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer haben große Autonomie in Hinblick auf ihre politischen Strategien zur Krisenbewältigung bewiesen, geleitet von einem scharfen Blick auf die Beschäftigung und soziale Absicherung, wie es dieser Bericht empfiehlt. In den politischen Handlungskonzepten, die zu der Krise geführt haben, wurden die Selbstregulierungskräfte der Märkte überbewertet, die Rolle von Staat,

Staatstätigkeit und Regulierung unterbewertet und der Respekt für die Umwelt, die Würde der Arbeit, soziale Dienstleistungen und Wohlfahrtsfunktionen in der Gesellschaft entwertet. Sie führten zu einem nicht nachhaltigen, ineffizienten und unfairen Wachstumsmuster. Wir haben begonnen, diese Runde politischer Handlungskonzepte langsam abzuschließen, doch wir haben keine vorgefertigte Alternative, um sie zu ersetzen. Wir bewegen uns in eine eher längere Periode der Unsicherheit ohne offensichtliche Quelle für globale politische Führung: Eine Periode, in der man sich eher durchwurfst als energisch globale Entscheidungen zu treffen. Dies stellt für das System der Vereinten Nationen eine außergewöhnliche politische Chance und intellektuelle Herausforderung dar. Sich um eine kreative globale Vision mit klaren „Nachhaltigen Entwicklungszielen“ für die Zeit nach 2015 zu versammeln, kann ein erster Schritt in eine neue Runde politischer Strategien sein, in der es darum geht, wie eine Welt nach der Krise aussehen sollte. Auch außerhalb der Vereinten Nationen müssen wir zuhören. Es gibt große Sorgen und Unsicherheit in zu vielen Gesellschaften. Von Meinungsumfragen über Wahlen und Menschen auf den Straßen bis hin zu zunehmend lautstarken sozialen Bewegungen dringt eine klare Botschaft an Führungskräfte in Politik und Wirtschaft durch: „Eure Politik funktioniert für die meisten von uns nicht.“

Und deshalb ist es so wichtig, dass dieser Bericht darauf besteht, sich darauf rückzubesinnen, wie wichtig Vollbeschäftigung, eine universelle soziale Absicherung und der Weg zu menschenwürdiger Arbeit sind. Er baut auf dem bestehenden Konsens des größten Treffens von Staats- und Regierungschefs in der Geschichte der Vereinten Nationen auf. Auf ihrem Gipfel 2005 erklärten sie: „Wir unterstützen mit Nachdruck eine faire Globalisierung und beschließen, ... das Ziel der produktiven Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle, namentlich für Frauen und junge Menschen, zu einem zentralen Ziel unserer einschlägigen nationalen und internationalen Politiken sowie nationalen Entwicklungsstrategien ... zu machen“.² Also besteht diese Verpflichtung klipp und klar, zumindest auf dem Papier.

Lassen Sie mich zum Abschluss ein Beispiel für die vielen nötigen Veränderungen nennen, von denen ich glaube, dass darüber breiter Konsens besteht. Solide, große und kleine realwirtschaftliche Investitionen mit ihrem bedeutenden Beschäftigungspotenzial müssen Finanztransaktionen als steuernde Kraft der Weltwirtschaft verdrängen. Dass kurzfristige Finanzmarktgewinne mit wenig Beschäftigungswirkung immer verbreiteter sind, hat dazu geführt, dass nachhaltigen Unternehmen der Realwirtschaft, die einen längerfristigen Horizont haben, Mittel entzogen wurden. Die Welt wird mit Liquidität überflutet, aus der mithilfe eines regulativen Rahmenwerks produktive Investitionen werden müssen. So ein Rahmenwerk muss sicherstellen, dass Finanzinstitutionen ihre ursprüngliche Rolle erfüllen, Ersparnisse in die Realwirtschaft zu lenken. Auch ein größerer Anteil der Löhne am BIP bei mäßigen Inflationsraten wird zu mehr realer Nachfrage und einem stärkeren Wachstum der nachhaltigen Entwicklung führen. Ein Ausgangspunkt wäre, über eine entschlossene Mindestlohnpolitik zu einer faireren Verteilung der Produktivitätszuwächse und Gewinne zu gelangen.

Traum oder Möglichkeit? Das wird sich zeigen, doch ohne Zweifel wird es in den kommenden Jahren in der Politik und in den sozialen Auseinandersetzungen genau darum gehen.

Endnoten

1. ILO 2010a. 2. UN 2005.

Arbeit bietet mehr als Entlohnung. Arbeitsverhältnisse, insbesondere gute Arbeitsverhältnisse, gehen mit Würde und Status einher – und mit stabilen Gemeinschaften und Gesellschaften, die Zusammenhalt aufweisen.

diejenigen, die Arbeit haben, verdienen unter Umständen sehr wenig. Nach Schätzungen befanden sich im Jahr 2011 397 Millionen Menschen über 15 Jahren in einem Beschäftigungsverhältnis, lebten aber in Haushalten, die weniger als 1,25 US-Dollar pro Person pro Tag zur Verfügung haben. Die Regionen mit dem höchsten Anteil arbeitender Armer an der Zahl aller Beschäftigten sind Südasien (25,7 Prozent) und Afrika südlich der Sahara (41,7 Prozent).⁶⁸

Arbeit bietet mehr als Entlohnung. Arbeitsverhältnisse, insbesondere gute Arbeitsverhältnisse, gehen mit Würde und Status einher – und mit stabilen Gemeinschaften und Gesellschaften, die Zusammenhalt aufweisen. Stabile Arbeitsverhältnisse bringen auch gesamtgesellschaftlichen Nutzen. Sie ermöglichen es der Arbeiterschaft, Erfahrungen, Wissen und Produktivität zu erhalten und so die wirtschaftliche Leistung zu steigern.⁶⁹ Vollbeschäftigung trägt auch zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei, insbesondere indem sie das Wohlergehen von Mädchen verbessert. Befinden sich mehr Frauen in Arbeitsverhältnissen, hilft dies, die Wahrnehmung des „Wertes“ von Mädchen zu verändern, regt zu Investitionen in ihre Ausbildung und Gesundheit an und hilft, die Armut zu verringern.

Die jüngste Wirtschaftskrise führte bei vielen Erwerbstätigen zu relativ langen Zeiten der Arbeitslosigkeit. Seit dem letzten Quartal des Jahres 2007 waren in den meisten der 42 Länder, für die Daten vorliegen, viele der Arbeitslosen zwölf Monate oder länger ohne Arbeit.⁷⁰ Selbst wenn eine Rezession kurz ist, bleiben bei den Einzelnen oft „Narben“ zurück, die dauerhafte negative Folgen haben. In entwickelten Ländern führt ein Arbeitsplatzverlust zu einem Einkommensrückgang um zehn bis 25 Prozent, und dieser Rückgang kann fünf bis 20 Jahre anhalten.⁷¹ Auch in Entwicklungsländern wurden hohe Einkommensverluste durch unerwartete Verlagerungen von Arbeitsplätzen festgestellt.⁷² Dort haben Wirtschaftskrisen starke negative Auswirkungen auf das Einkommen, den Konsum der Haushalte und die Armut.⁷³

Keine menschenwürdige Arbeit zu haben, kann ernste Konsequenzen mit sich bringen, die über das entgangene Einkommen hinausgehen. Der Stress durch Entlassungen und

Zeiten von Arbeitslosigkeit kann infolge von Gesundheitsproblemen wie Schlaganfall oder Herzinfarkt die Lebenserwartung verringern.⁷⁴ Zeiten von Arbeitslosigkeit stehen auch mit hohen Depressionsraten und Alkoholismus in Zusammenhang.⁷⁵ Außerdem gibt es einen geschlechtsbezogenen Verzerrungseffekt. In Großbritannien ist es bei Frauen über 60 wahrscheinlicher als bei Männern gleichen Alters, dass ihr Einkommen gering ist, und Frauen, die eine Arbeit mit niedrigerem Status oder eine Teilzeitstelle hatten, bekommen im Allgemeinen eine geringere Berufsrente.⁷⁶

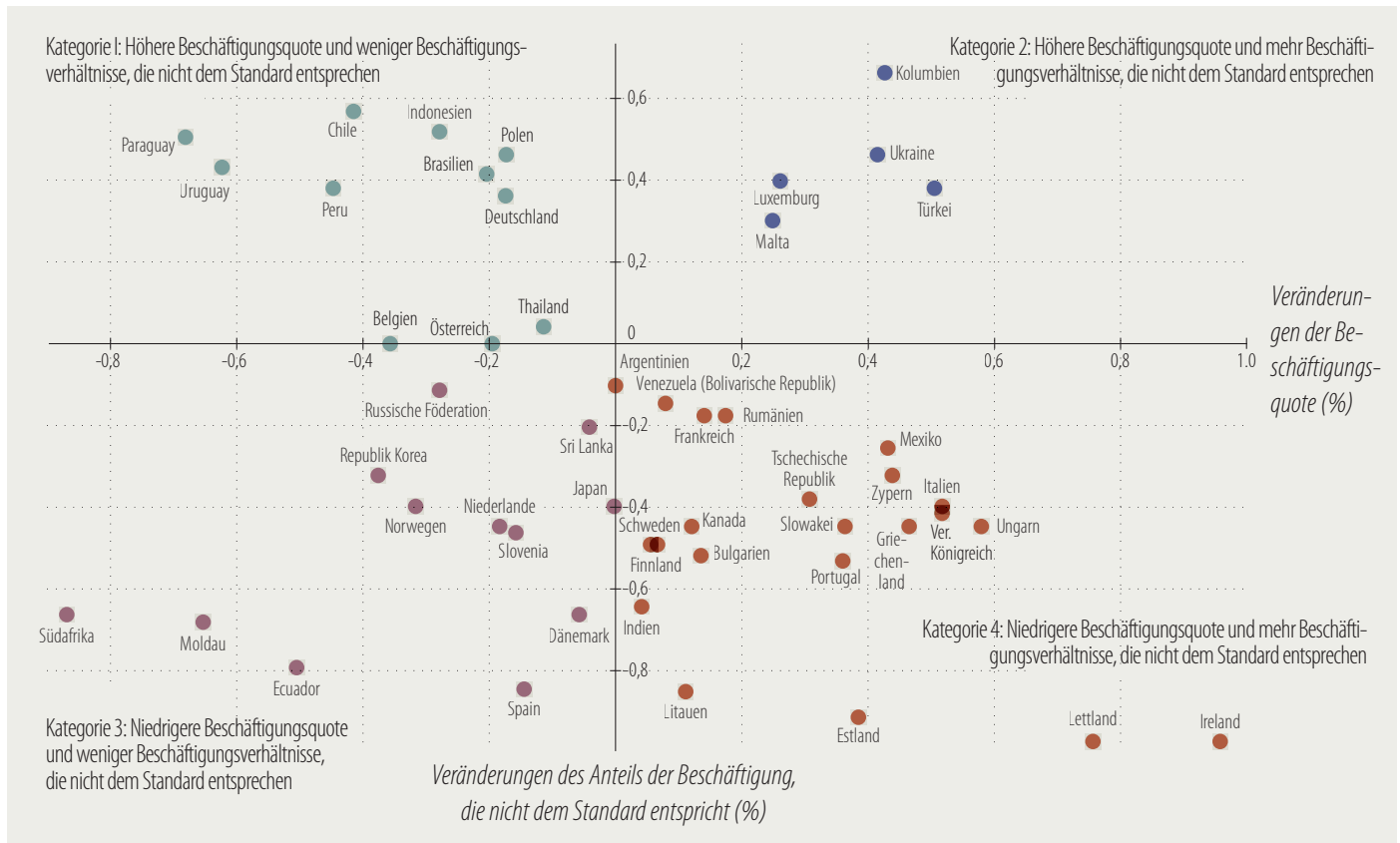
Viele der arbeitenden Armen befinden sich in Arbeitsverhältnissen, die nicht dem Standard entsprechen – unfreiwillige Teilzeitarbeit und befristete Arbeit in fortgeschrittenen Ländern und informelle Beschäftigung in Entwicklungsländern. Idealerweise kommt es in den Ländern im Laufe der Zeit zu einer Zunahme der Beschäftigungsquote und einem Rückgang atypischer Arbeitsverhältnisse (siehe die Länder in Kategorie 1 in Grafik 3.7). In den meisten Ländern, für die Daten vorliegen, haben jedoch zwischen 2007 und 2010 sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Beschäftigung in prekären Arbeitsverhältnissen zugenommen⁷⁷ (siehe die Länder in Kategorie 4 in Grafik 3.7).⁷⁸

Informelle Beschäftigung ist für Entwicklungsländer eine besondere Herausforderung. In zwei Dritteln der 41 Entwicklungs- und Schwellenländer, für die Daten vorliegen, macht der Anteil der informellen Beschäftigung über 40 Prozent der gesamten Beschäftigung aus.⁷⁹ Informelle Beschäftigung wird sehr unterschiedlich definiert, doch im Allgemeinen beinhaltet sie Arbeit ohne sozialen, rechtlichen oder regulativen Schutz.⁸⁰ Diejenigen, die informelle Tätigkeiten verrichten, verdienen im Durchschnitt weniger als die, die einer formalen Arbeit nachgehen.⁸¹

Die Anfälligkeiten der informell Beschäftigten gehen über niedrige und volatile Einkommen hinaus. Aufgrund der fehlenden formalen sozialen Absicherung ist ihre Fähigkeit, mit plötzlichen Widrigkeiten umzugehen, beeinträchtigt. Ihre Verwundbarkeit erhöht sich noch, wenn sie Schikanen durch die Behörden ausgesetzt sind. Viele Teilzeitbeschäftigte oder befristete Angestellte sind mit ähnlichen Problemen konfrontiert: Sie genießen

GRAFIK 3.7

In den meisten Ländern, für die Daten vorliegen, haben Arbeitsverhältnisse, die nicht dem Standard entsprechen, zwischen 2007 und 2010 zugenommen, während insgesamt die Beschäftigung zurückgegangen ist



Quelle: ILO 2012c.

unter Umständen nicht den gleichen Schutz oder die gleichen Leistungen, einschließlich Krankenversicherung, wie fest angestellte Vollzeitbeschäftigte.

Fast die Hälfte aller Arbeitskräfte weltweit ist in Arbeitsverhältnissen beschäftigt, die durch Vulnerabilität geprägt sind – gefangen in unsicheren Jobs, die oft außerhalb des Einflussbereichs von Arbeitsrecht und sozialer Absicherung liegen. Als Reaktion auf die Volatilität der Wirtschaft und wiederholte Krisen verlassen sich Arbeitgeber im Laufe der Jahre immer mehr auf Teilzeitkräfte oder befristete Beschäftigung.⁸² In den Entwicklungsländerregionen ist der Anteil der Arbeitsverhältnisse, die durch Verwundbarkeit geprägt sind, in Südasien und in Afrika südlich der Sahara am höchsten (77,5 Prozent 2011).⁸³

Wenn ein Haushaltsmitglied einen Arbeitsplatz verliert, können die anderen versuchen,

das auszugleichen.⁸⁴ Verliert ein männlicher Arbeitnehmer seinen Job, werden in einigen Fällen womöglich mehrere Frauen auf Arbeitssuche gehen, um dies auszugleichen. Doch in einer Rezession ziehen Frauen sich unter Umständen aus dem Erwerbsleben zurück. Und wenn eine Krise finanzielle Engpässe im Haushalt verursacht, werden die Frauen wahrscheinlich einen größeren Teil ihrer Zeit für unbezahlte Arbeit aufwenden.⁸⁵ Beteiligen sich Frauen stärker am Erwerbsleben, kann das Konflikte innerhalb der Haushalte verschärfen: Frauen, die bezahlte Arbeit aufnehmen, erleben unter Umständen mehr häusliche Gewalt.⁸⁶

Wenn Erwachsene ihre Arbeit verlieren, sind auch die Kinder davon betroffen.⁸⁷ In Entwicklungsländern können widrige wirtschaftliche Bedingungen dazu führen, dass die Einschulungsquoten um bis zu zwölf Prozentpunkte sinken.⁸⁸ Hinzu kommt, dass Kinder unter

Umständen die Schule verlassen, um zu arbeiten – was ihre Chancen untergräbt, in Zukunft der Armut zu entkommen.

Eine bessere Arbeitsmarktlage schafft gesellschaftlichen Nutzen, der über die Situation des Einzelnen hinausgeht.⁸⁹ In Gesellschaften, in denen ein jeder Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten hat, die einem menschenwürdigen Grundstandard entsprechen, gibt es tendenziell weniger Konflikte, solidere soziale Netzwerke und einen stärkeren Sinn für Fairness und Gerechtigkeit.⁹⁰ Dies beeinflusst den Grad an gesellschaftlichem Zusammenhalt innerhalb eines Landes und trägt tendenziell dazu bei, dass Institutionen besser funktionieren. So wird ein Umfeld geschaffen, das die menschliche Entwicklung fördert. Auch für die Sozialausgaben hat das Konsequenzen, denn unter Umständen steigen nach langen Zeiträumen, in denen

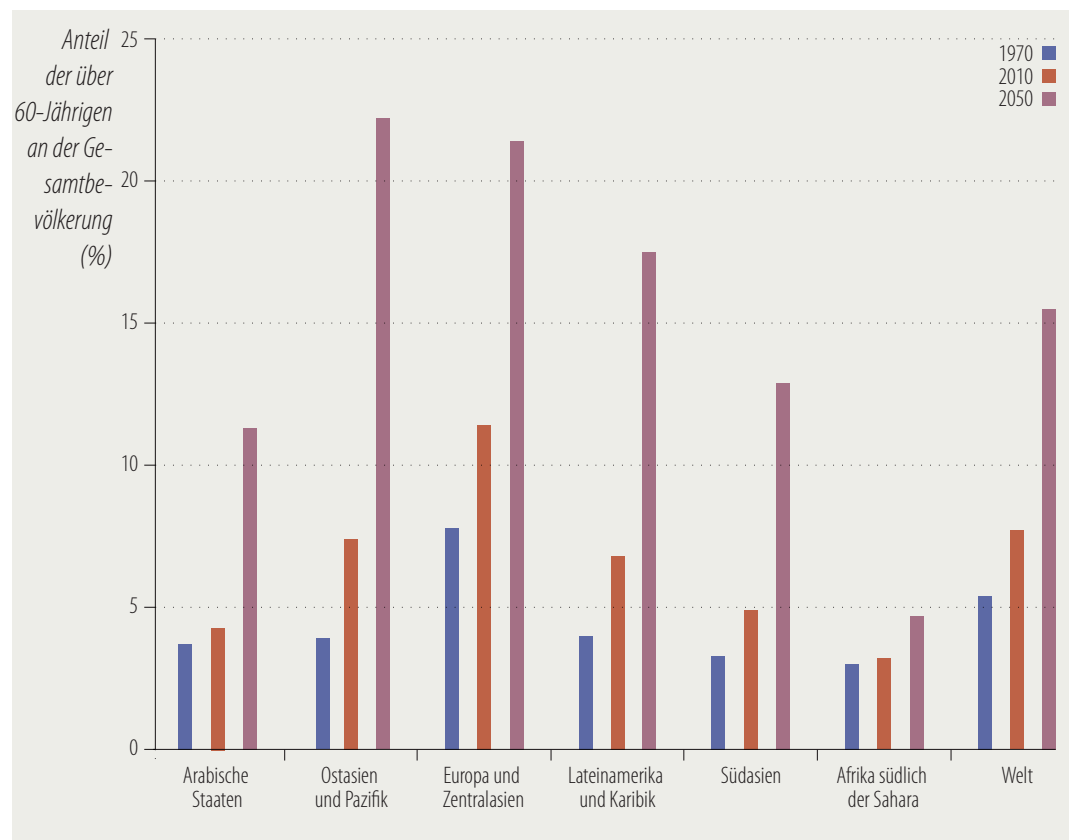
Arbeitsplätze verloren gingen, die Ausgaben im Bereich der öffentlichen Gesundheit.⁹¹

In Würde altern – für Viele schwer vorstellbar

Über 500 Millionen Menschen weltweit (fast acht Prozent der gesamten Bevölkerung) sind 60 Jahre oder älter. Die Region Europa und Zentralasien hat unter den Entwicklungslanderregionen den höchsten Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung (11,4 Prozent; Grafik 3.8). Es wird damit gerechnet, dass sich der Anteil der älteren Menschen an der Weltbevölkerung bis 2050 auf 15,5 Prozent verdoppeln wird, wobei die Region Ostasien und Pazifik die größte Zunahme verzeichnen wird (von 7,4 Prozent 2010 auf 22,2 Prozent 2050). Es wird erwartet, dass 2050 der Anteil

GRAFIK 3.8

Bis 2050 wird sich der Anteil der über 60-Jährigen an der Weltbevölkerung auf 15,5 Prozent verdoppeln. Die größten Zunahmen finden in Ostasien und Pazifik statt



Quelle: Berechnungen des HDR-Büros auf Grundlage von Lutz und KC (2013).

der älteren Menschen nur in Afrika südlich der Sahara bei unter fünf Prozent liegen wird.⁹²

Armut und soziale Ausgrenzung stellen für alternde Menschen Probleme dar, insbesondere weil ungefähr 80 Prozent der älteren Menschen auf der Welt keine Rente bekommen und auf Arbeit und auf ihre Familien als Einkommensquellen angewiesen sind.⁹³ Mit zunehmendem Alter werden die Menschen im Allgemeinen körperlich, psychisch und wirtschaftlich verwundbarer.⁹⁴ Im Alter ist Armut häufiger chronisch, denn fehlende wirtschaftliche Chancen und fehlende Sicherheit in früheren Lebensabschnitten akkumulieren sich im Alter zu Vulnerabilität. Die kumulativen Nachteile aus jüngeren Jahren bewirken auch, dass Armut von einer Generation an die andere weitergegeben wird. Zum Beispiel lebt in Bangladesch fast ein Drittel der Bevölkerung in Haushalten mit einem älteren Menschen. Sehr viele weitere Personen in anderen Haushalten sind Teil eines Unterstützungsnetzwerks für ältere Menschen – und von älteren Menschen.⁹⁵

Ein geringes Einkommen ist nicht die einzige Ursache für die stärkere Verwundbarkeit älterer Menschen. Zusätzliche Nachteile können ihre Fähigkeit zur Problembewältigung noch weiter beeinträchtigen, etwa wenn Einkommensverluste von Krankheit und Behinderungen begleitet sind, die finanzielle Mittel aufzehren. Sind ältere Menschen weniger in der Lage, ein persönliches Einkommen zu erzielen und – sei es nur indirekt – zum Haushaltseinkommen beizutragen, so hat das klare Auswirkungen auf ihre Würde und schwächt ihre Rolle innerhalb der Familie. Selbst wenn ältere Menschen von ihrer Familie gepflegt werden und untergebracht sind, so kann die Tatsache, dass sie keine eigenen Mittel haben, ihre Eigenständigkeit und ihre Fähigkeit beeinträchtigen, Wahlentscheidungen zu treffen, und es kann dazu führen, dass sie potenziell als Belastung wahrgenommen werden.⁹⁶

Der vorzeitige Tod eines Partners, unzureichender Zugang zu bezahlbarer körperlicher Pflege und Gesundheitsversorgung, Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe, Obdachlosigkeit, Verlust an Eigenständigkeit, Unterbringung in einem Heim, fehlende soziale Kontakte und Einsamkeit – all dies trägt zur Vulnerabilität älterer Menschen bei. Unter Umständen

sind sie auch mit einem eingeschränkten sozialen und physischen Umfeld konfrontiert, das in Kombination mit verringerten persönlichen Fähigkeiten ältere Menschen davon abhalten kann, die ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen. Dies verringert auch ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Bedrohungen, von denen sie betroffen sind.

Altersarmut hat eine starke geschlechtsspezifische Dimension. Die Lebenserwartung von Frauen ist höher als die von Männern, sodass Frauen unter Umständen mehr Zeit in Armut verbringen als Männer. Bei Frauen ist es wahrscheinlicher, dass sie ihren Partner verlieren, und weniger wahrscheinlich, dass sie erneut heiraten. Ihre geringere Bildung und die Notwendigkeit, Arbeit und Kinderbetreuung miteinander zu vereinbaren, führen dazu, dass Frauen mit größerer Wahrscheinlichkeit im informellen Sektor arbeiten. Ältere Frauen, insbesondere Witwen und kinderlose Frauen, sind sowohl wirtschaftlich als auch sozial besonders verwundbar.⁹⁷ Sie werden unter Umständen Verunglimpfungen und Misshandlungen ausgesetzt und leben womöglich unter Bedingungen, in denen sich niemand um sie kümmert.⁹⁸

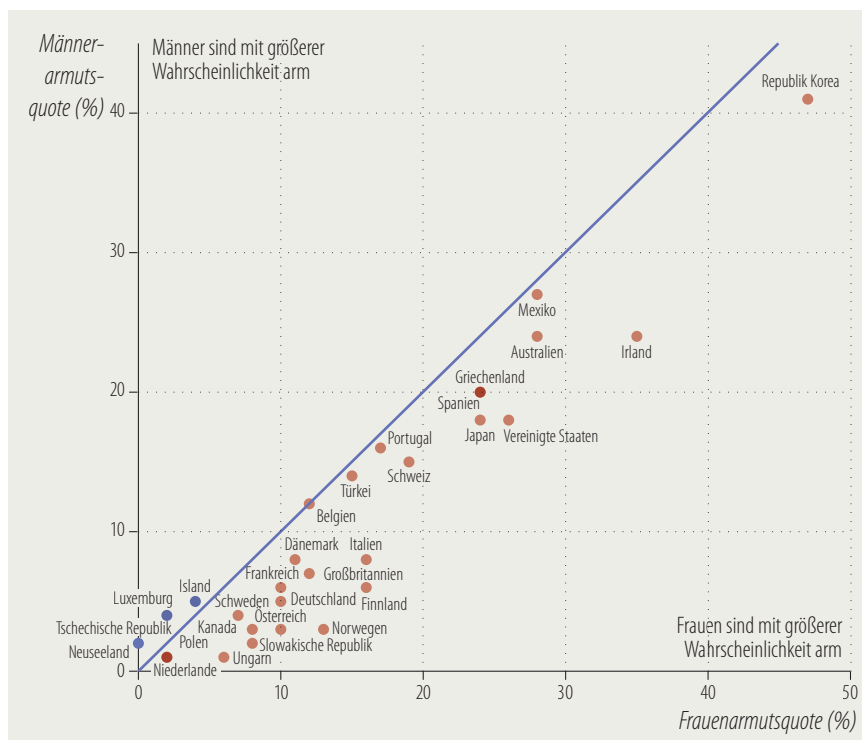
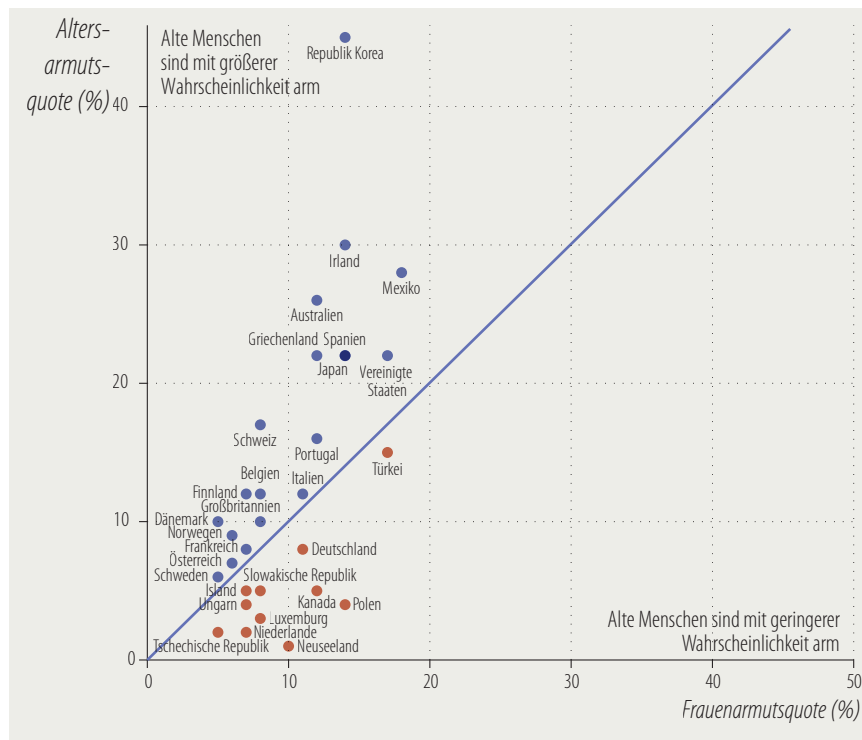
Die meisten älteren Menschen sowie diejenigen, die in Haushalten mit einer älteren Person leben, sind mit höheren Armutsquoten konfrontiert. In den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist die Altersarmutsquote höher als die durchschnittliche Armutsquote der Gesamtbevölkerung (13,5 Prozent gegenüber 10,6 Prozent)⁹⁹ und ältere Frauen sind mit größerer Wahrscheinlichkeit arm als ältere Männer (Grafik 3.9). In vielen Entwicklungsländern ist die Situation ähnlich. In der Dominikanischen Republik, in El Salvador, Guatemala, Honduras und Paraguay sind mehr als 40 Prozent der über 60-Jährigen arm.¹⁰⁰

Mit zunehmendem Alter werden Behinderungen wahrscheinlicher. Weltweit leben mehr als 46 Prozent der über 60-Jährigen mit einer Behinderung.¹⁰¹ Ob behindert oder nicht, 15 bis 30 Prozent der älteren Menschen leben allein oder nicht in Gemeinschaft mit Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter.¹⁰² Ältere Menschen werden oft misshandelt. Eine Umfrage in 36 Ländern im Zeitraum 2011/2012 ergab,

Armut und soziale Ausgrenzung stellen für alternde Menschen Probleme dar, insbesondere weil ungefähr 80 Prozent der älteren Menschen auf der Welt keine Rente bekommen.

GRAFIK 3.9

In den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist die Armutsquote bei älteren Menschen tendenziell höher als in der Gesamtbevölkerung und bei älteren Frauen ist sie höher als bei älteren Männern



Anmerkung: Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2008.
Quelle: OECD 2011b.

dass 43 Prozent der älteren Menschen Angst vor Gewalt und Misshandlung haben.¹⁰³

Ältere Menschen betreuen häufig auch ihren Partner und ihre Enkelkinder und zunehmend auch ihre Eltern. Insbesondere in Ländern mit hoher HIV/Aids-Prävalenz sind es für gewöhnlich die Großeltern, die sich um Aids-Waisen kümmern.¹⁰⁴ Bei Migranten ist die Situation ähnlich. Rund 69 Prozent der bolivianischen Migrantinnen und Migranten, die nach Spanien gingen, ließen ihre Kinder zu Hause, normalerweise bei den Großeltern. Im ländlichen China kümmern sich Großeltern um 38 Prozent der Kinder unter fünf Jahren, deren Eltern zum Arbeiten in die Städte gegangen sind.¹⁰⁵

Strukturelle Anfälligkeiten

Wo gesellschaftliche und rechtliche Institutionen, Machtstrukturen, politische Räume oder Traditionen und soziokulturelle Normen den Mitgliedern der Gesellschaft nicht gleichermaßen dienen – und wo sie für einige Menschen und Gruppen strukturelle Barrieren schaffen, die es ihnen erschweren, ihre Rechte und Wahlmöglichkeiten auszuüben –, entstehen dadurch strukturelle Anfälligkeiten. Strukturelle Anfälligkeiten äußern sich oft in gravierenden Ungleichheiten und weitverbreiteter Armut. Diese hängen mit horizontalen Ungleichheiten zusammen, das heißt Ungleichheiten zwischen einzelnen Gruppen auf Grundlage gesellschaftlich anerkannter und zugewiesener Gruppenmitgliedschaft.¹⁰⁶ Strukturelle Anfälligkeiten werden durch Ausgrenzung, durch einen niedrigen Grad menschlicher Entwicklung und durch die gesellschaftliche Stellung der Menschen fortgeschrieben. Sie mindern die Fähigkeit der Menschen, mit sich nachteilig auswirkenden Risiken und Krisen umzugehen.

Arme Menschen, Frauen, Minderheiten (nach Ethnizität, Sprache, Religion, Sexualität oder als Migranten), indigene Völker, Menschen in ländlichen oder abgelegenen Regionen oder Menschen mit Behinderungen sowie Binnenstaaten und Länder mit begrenzten natürlichen Ressourcen sind tendenziell mit höheren, teils rechtlichen Barrieren konfrontiert. Diese

Barrieren erschweren es ihnen, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu erwerben, Wahlmöglichkeiten wahrzunehmen und im Krisenfall ihre Rechte auf Unterstützung und Schutz einzufordern. Und selbst wenn Gesetze nicht ausdrücklich diskriminierend wirken, kann das Fehlen effektiver politischer Handlungskonzepte dazu führen, dass Menschen ausgegrenzt werden und ihre Verwundbarkeit zunimmt. Ungleichheiten zwischen einzelnen Gruppen (beziehungswise horizontale Ungleichheiten) und Ausgrenzung schränken den politischen Einfluss bestimmter Gruppen ein, selbst wenn es sich dabei, wie bei den Armen, um die Bevölkerungsmehrheit handelt. Horizontale Ungleichheiten können dazu führen, dass Eliten politische Handlungskonzepte bestimmen, durch die bestimmte Gruppen bevorzugt werden, und die nicht der Gesellschaft insgesamt dienen.¹⁰⁷ Dies erhöht die Anfälligkeiten der Ausgeschlossenen, indem es die Quantität und Qualität der für sie bereitgestellten öffentlichen Dienstleistungen einschränkt.

Unter Umständen sind einige Gruppen bestimmten Risiken auch stärker ausgesetzt und haben weniger Fähigkeiten und eigene Begabung, mit Krisen fertigzuwerden. Die Gefährdung einiger Gruppen und die Art und Weise, wie die Gesellschaft mit ihren natürlichen Merkmalen umgeht, führt zu negativen Ergebnissen.¹⁰⁸ Krisen schaffen auch neue Anfälligkeiten oder es entstehen dadurch neue Gruppen anfälliger Menschen. Zum Beispiel wird geschätzt, dass 200.000 Menschen infolge von Verletzungen, die sie während des Erdbebens in Haiti im Januar 2010 erlitten haben, mit einer langfristigen Behinderung leben.¹⁰⁹ Man kann dabei jedoch davon ausgehen, dass es nicht das Erdbeben selbst war, das so viele Menschen so stark getroffen hat, sondern das Erdbeben zusammen mit der Anfälligkeit des Landes.¹¹⁰

Armut und Anfälligkeit

Zwar hängen Armut und Anfälligkeit miteinander zusammen und verstärken sich oft gegenseitig, doch sind sie nicht gleichbedeutend. Arme Menschen sind verwundbarer als andere in der Gesellschaft, denn meistens ist für Arme das Risiko, dass Schocks sich negativ auswirken,

größer als bei anderen. Das ist zum Beispiel für Umweltkrisen gut dokumentiert.¹¹¹

Rund 1,2 Milliarden Menschen müssen mit weniger als 1,25 US-Dollar am Tag auskommen und 2,7 Milliarden leben von weniger als 2,50 US-Dollar pro Tag (Grafik 3.10).¹¹² Außerdem leben 1,5 Milliarden Menschen in mehrdimensionaler Armut und annähernd 0,8 Milliarden fast in Armut,¹¹³ also leiden rund 2,2 Milliarden Menschen unter zwei oder mehr wesentlichen Entbehrungen. Diese Zahlen gehen zurück, doch viele Menschen leben nur knapp über der Armutsgrenze. Daher könnten spezifische oder allgemeine Krisen sie leicht wieder in die Armut abrutschen lassen. Der Anteil der Menschen, die nur knapp über der Armutsgrenze leben (entweder in Bezug auf das Einkommen oder in mehreren Dimensionen), ist in Südasien, in Afrika südlich der Sahara und in Ostasien und dem Pazifik am größten (Tabelle 3.1).

Mehrdimensionale Armut hat eine starke geografische Komponente, denn sie ist in ländlichen Gebieten tendenziell am größten. In Somalia sind 60 Prozent der in städtischen Haushalten lebenden Bevölkerung davon betroffen und in ländlichen Haushalten über 95 Prozent, in Burkina Faso 43 Prozent beziehungsweise 94 Prozent, in Niger 56 Prozent beziehungsweise 96 Prozent und in Äthiopien 54 Prozent beziehungsweise 96 Prozent.

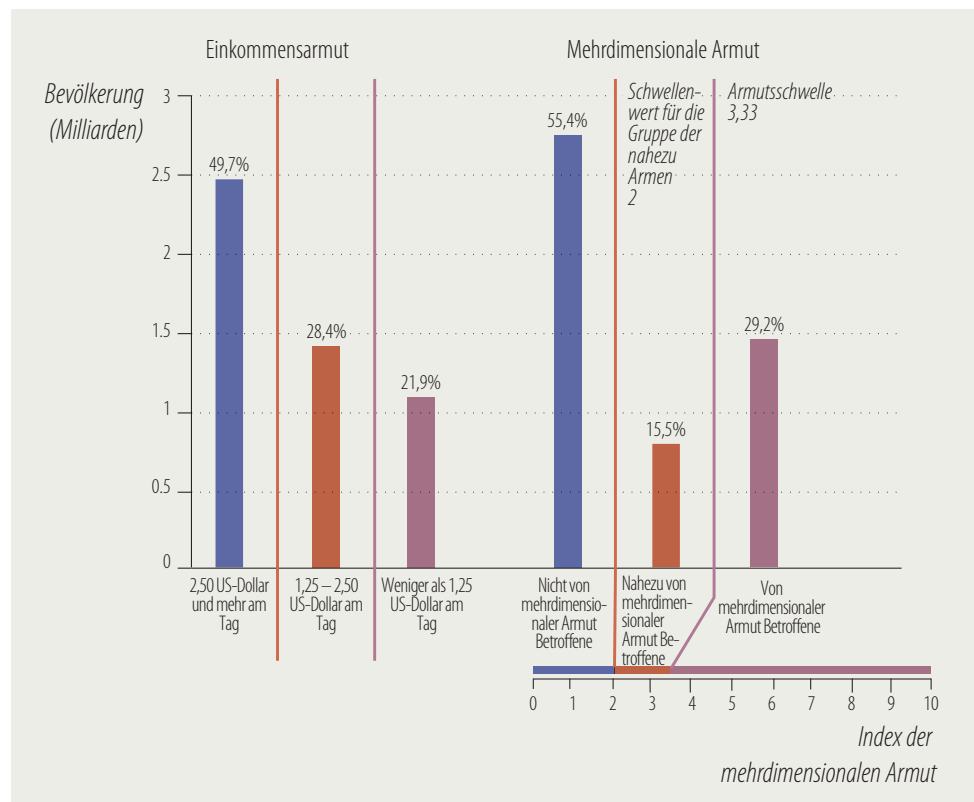
In vielen Ländern kommt mehrdimensionale Armut auch mit größerer Wahrscheinlichkeit in Haushalten vor, die von Frauen geleitet werden, sowie in Haushalten mit einer Person über 60. Ein weiterer wichtiger Faktor ist, ob es kleine Kinder im Haushalt gibt. In Bolivien liegt zum Beispiel der Anteil der Menschen, die in mehrdimensionaler Armut leben, insgesamt bei zwölf Prozent, doch in Haushalten mit mindestens einem Kind unter fünf Jahren liegt er bei 34 Prozent. Das entsprechende Verhältnis beträgt 21 Prozent zu 42 Prozent in Ghana, sieben Prozent zu 19 Prozent in Peru und vier Prozent zu elf Prozent in der Arabischen Republik Syrien.

Die Anfälligkeit nimmt zu, wenn Armut mit anderen Gegebenheiten im Haushalt zusammenwirkt.¹¹⁴ Arme Menschen leben mit größerer Wahrscheinlichkeit in durch die Auswirkungen des Klimawandels gefährdeten

Selbst wenn Gesetze nicht ausdrücklich diskriminierend wirken, kann das Fehlen effektiver politischer Handlungskonzepte dazu führen, dass Menschen ausgegrenzt werden und ihre Verwundbarkeit zunimmt.

GRAFIK 3.10

Etwa 1,2 Milliarden Menschen leben von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag und 1,5 Milliarden Menschen leben in mehrdimensionaler Armut



Quelle: Mehrdimensionale Armut, Berechnungen des HDR-Büros basierend auf verschiedenen Haushaltsbefragungen, darunter Befragungen zu Demografie und Gesundheit von ICF Macro, Multiple Indicator Cluster Surveys des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) und verschiedene nationale Haushaltsbefragungen; Einkommensarmut, Berechnungen des HDR-Büros basierend auf Daten der Weltentwicklungsindikatoren-Datenbank der Weltbank.

TABELLE 3.1

Einkommensarmut und mehrdimensionale Armut, nach Regionen

Region	Anzahl der untersuchten Länder	Von Einkommensarmut betroffene Personen (%)	Nahezu von Einkommensarmut Betroffene (%)	Anzahl der untersuchten Länder	Von mehrdimensionaler Armut Betroffene (%)	Intensität der Deprivation (%)	Nahezu von mehrdimensionaler Armut Betroffene (%)
Arabische Staaten	10	6,5	36,4	9	15,5	48,4	8,7
Ostasien und Pazifik	11	12,7	25,1	10	6,4	44,7	16,2
Europa und Zentralasien	15	1,4	6,0	15	1,8	37,3	4,5
Lateinamerika und Karibik	20	5,7	7,0	14	6,7	42,8	9,5
Südasien	8	30,6	44,4	7	53,4	50,8	17,9
Afrika südlich der Sahara	40	50,9	27,8	36	59,6	55,0	16,2

Quelle: Mehrdimensionale Armut, Berechnungen des HDR-Büros basierend auf verschiedenen Haushaltsbefragungen, darunter Befragungen zu Demografie und Gesundheit von ICF Macro, Multiple Indicator Cluster Surveys des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) und verschiedene nationale Haushaltsbefragungen; Einkommensarmut, Berechnungen des HDR-Büros basierend auf Daten der Weltentwicklungsindikatoren-Datenbank der Weltbank.

Gebieten, ob in niedrig gelegenen Küstenregionen, die dem größten Überflutungsrisiko durch steigende Meeresspiegel ausgesetzt sind, oder auf Grenzertragsböden, die von zunehmender Trockenheit und Dürre durch den Klimawandel bedroht sind.¹¹⁵

Arme Menschen sind verwundbar, denn sie haben im Allgemeinen keinen Zugang zu Ersparnissen, geliehenem Geld oder anderem Vermögen, worauf sie zurückgreifen können, um unvorhergesehenen Eventualitäten zu begegnen. Sind sie mit Arbeitsplatzverlust oder anderen Einkommensschocks konfrontiert, greifen sie auf schädlichere Bewältigungsstrategien zurück. Zum Beispiel rationieren sie ihr Essen oder verringern die Gesundheitsausgaben und die Ausgaben für die Bildung ihrer Kinder.¹¹⁶ Selbst Haushalte mit einem höheren Einkommen sind unter Umständen nicht bedeutend weniger anfällig (oder fühlen sich nicht so). Obwohl es in den letzten Jahrzehnten sowohl in entwickelten als auch in Entwicklungsländern Fortschritte gab, fühlen sich die Menschen im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Situation weniger sicher.¹¹⁷

Durch die jüngsten Austeritätsmaßnahmen hat die Armut in mehr als der Hälfte aller europäischen Länder zugenommen. Die am stärksten gefährdeten Gruppen sind Kinder, Einwanderer und Menschen mit Migrationshintergrund, ethnische Minderheiten und Menschen mit Behinderungen.¹¹⁸

Die Auswirkungen von Naturkatastrophen sind innerhalb der niedrigen Einkommensgruppen, bei älteren Menschen und bei Menschen mit Behinderungen überproportional hoch. Während der Überschwemmungen 2005 in Mumbai waren die ärmsten Haushalte am stärksten gefährdet. Zwar mögen die Schäden in absoluten Zahlen nicht hoch erscheinen, doch entsprachen die durchschnittlichen Verluste der Haushalte in etwa ihren durchschnittlichen Ersparnissen. Die Fähigkeit der Haushalte, nach den Überschwemmungen die Folgen zu bewältigen und Wiederaufbau zu leisten, wurde dadurch beeinträchtigt, dass ihre Ersparnisse aufgebraucht und Vermögensgegenstände verloren waren.¹¹⁹ Durch die Erdbeben 2001 in El Salvador sank das Pro-Kopf-Einkommen der am stärksten betroffenen Haushalte um ein Drittel.¹²⁰ In Bangladesch wurden bei großen

Überschwemmungen in manchen Jahren bis zu 7,5 Millionen Hektar Erntefläche geschädigt, was vor allem die Armen traf.¹²¹

Während und nach Katastrophen sind Kinder aus armen Haushalten besonders anfällig für Unterernährung und andere langfristige Folgen. Durch die Dürre 1982 bis 1984 in Simbabwe erhöhte sich die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder in ihrer Entwicklung zurückblieben, und die Einschulung der Kinder verzögerte sich im Durchschnitt um 3,7 Monate. Das beeinträchtigte ihre schulischen Leistungen noch bis zu 16 Jahre nach der Katastrophe. In Äthiopien waren zwischen 2002 und 2006 90 Prozent der Haushalte im ärmsten Einkommensquintil mindestens einem Risiko durch Schocks angesichts widriger Ereignisse ausgesetzt. Viele nannten mehrere Risiken, wobei der Durchschnitt bei 4,2 Risiken pro Haushalt lag.¹²² Familien reagieren auf Krisen zum Beispiel, indem sie weniger essen, Vermögenswerte im Haushalt reduzieren und Schulden anhäufen. All dies hat wahrscheinlich langfristige Folgen für die Entwicklung der Kinder. Einkommenskrisen haben gravierende Auswirkungen auf den Schulbesuch und die schulischen Leistungen der Kinder aus armen Haushalten.¹²³

Die Folgen von Katastrophen auf Menschen und Gemeinschaften werden nicht nur durch deren Verwirklichungschancen und Kompetenzen bestimmt, sondern auch durch ihre Vermögensgrundlage – ihr finanzielles und natürliches Kapital. Zum Beispiel bedroht eine beträchtliche Schädigung des Ökosystems unter Umständen die Lebensgrundlage ländlicher Gemeinschaften, die unmittelbar von natürlichen Ressourcen abhängig sind: Zugang zur biologischen Vielfalt der Meere, zu Nichtholzprodukten des Waldes und zum kleinbäuerlichen oder Subsistenzanbau und der Viehzucht. Wie verwundbar diese Gemeinschaften sind, bestimmt sich durch den Zustand der natürlichen Ressourcenbasis für gegenwärtige und alternative Wirtschaftsaktivitäten, die Systeme zum Management dieser Ressourcen und dadurch, wie nah natürliche Ökosysteme an Kippunkten sind, bei deren Überschreitung die Produktivität sich nicht wiederherstellen lässt. Umweltschäden und der Verlust an Qualität und Quantität natürlicher

Durch die jüngsten Austeritätsmaßnahmen hat die Armut in mehr als der Hälfte aller europäischen Länder zugenommen.

Ressourcen stellen große Gefahren dar. 2011 machten Arbeitskräfte in der Landwirtschaft weltweit 40 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung aus, 60 Prozent davon in Ländern mit niedrigem Index der menschlichen Entwicklung. Zwei Drittel der extrem Armen leben in ländlichen Gebieten. Ihre Lebensgrundlagen sind stark von der Landwirtschaft und von natürlichen Ressourcen abhängig. Bodendegradierung und Wassermangel geben Anlass zu großer Besorgnis. Es wird damit gerechnet, dass 2025 mehr als 1,8 Milliarden Menschen unter Wassermangel leiden werden. Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und arme Bäuerinnen und Bauern wird es am stärksten treffen.¹²⁴

Geschlecht

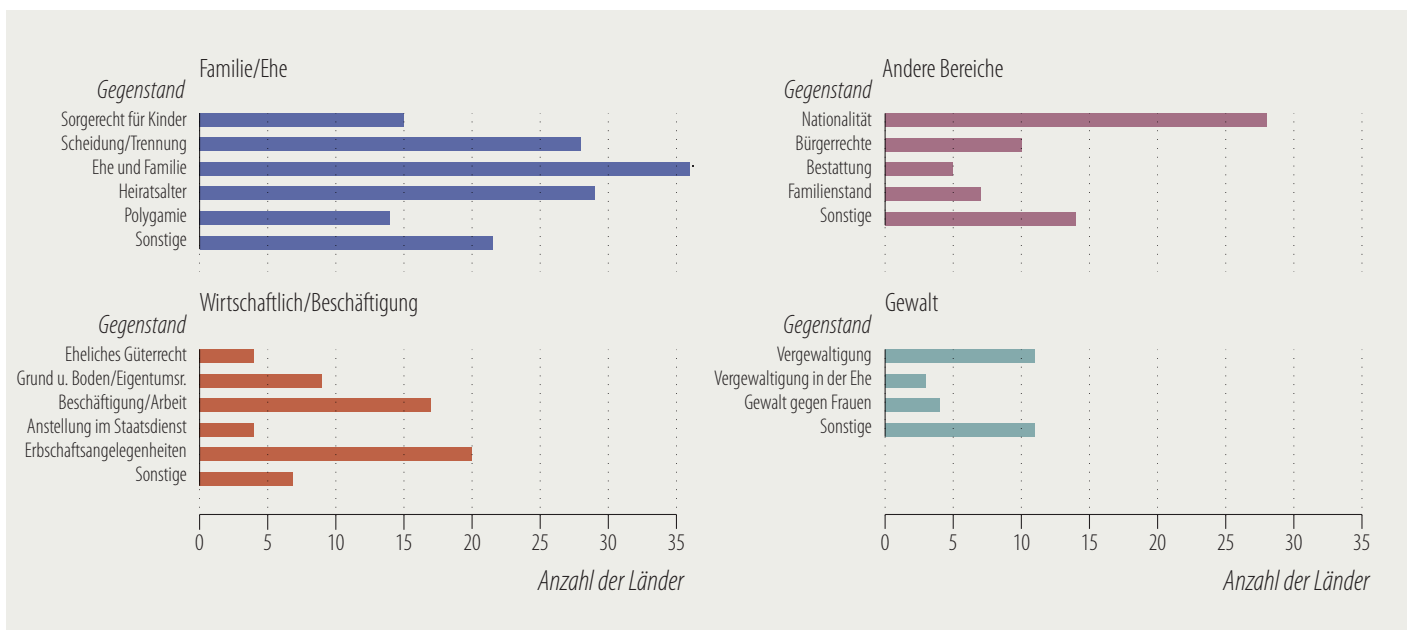
Weltweit leiden Frauen unter der größten Diskriminierung. Rechtssysteme entwickeln sich aus reichen und vielfältigen kulturellen Traditionen heraus, doch in einigen Ländern haben Gewohnheitsrecht und religiöse Vorschriften Vorrang vor dem Zivilrecht, das die Menschenrechte der Frauen schützen könnte. In Familien- und Eheangelegenheiten, im Hinblick auf

wirtschaftliche Rechte und auf Gewalt können Frauen durch Gesetze ausdrücklich diskriminiert sein (Grafik 3.11). Gesetze können auch die Rechte der Frauen auf Eigentum an Grund und Boden einschränken und für den Zugang der Frauen zu Verhütungsmitteln und Familienplanung die Zustimmung des Ehepartners erfordern.

Frauen sind unter Umständen auch durch gesellschaftliche Institutionen mit Diskriminierung konfrontiert – wie frühe Heirat, diskriminierende Erbvorgänge, eine höhere Belastung durch unbezahlte Betreuungsleistungen, Gewalt gegen Frauen (Kasten 3.3), die Bevorzugung männlicher Nachkommen und Beschränkungen des Zugangs zu öffentlichen Bereichen und Produktivmitteln. Die Diskriminierung durch gesellschaftliche Institutionen verletzt die Rechte der Frauen und führt auch zu schlechteren Ergebnissen bei der menschlichen Entwicklung. In 21 Ländern, in denen gesellschaftliche Institutionen Frauen wohl am stärksten diskriminieren, schlossen im Durchschnitt über 15 Prozent weniger Kinder die Primarschule ab als in anderen Entwicklungsländern, und der Anteil der unterernährten

GRAFIK 3.11

Mehrere Länder haben Gesetze, die Frauen in der Familie, im Hinblick auf wirtschaftliche Tätigkeiten, in Bezug auf Gewalt und in anderen Angelegenheiten diskriminieren



Quelle: Equality Now 2011.

Gewalt gegen Frauen

Ereignisse in den Jahren 2012 und 2013 lenkten weltweit die Aufmerksamkeit der Medien auf die starke Ausbreitung der Gewalt gegen Frauen. Malala Yousafzai wurde in Pakistan von den Taliban angeschossen, eine junge Studentin in Indien wurde von mehreren Männern vergewaltigt und starb, und es gab Berichte über Vergewaltigungen und andere sexuelle Belästigungen von Frauen auf dem Tahrir-Platz in Kairo. Diese Ereignisse erinnern daran, dass strukturelle Gewalt gegen Frauen weiterhin weltweit vorkommt und enorme Herausforderungen in Bezug auf die Beteiligung von Frauen am gesellschaftlichen Leben, die Sicherheit von Gemeinschaften und die Sicherheit im weiteren Sinne darstellt.

Etwa ein Drittel aller Frauen weltweit erleben im Laufe ihres Lebens sexuelle oder andere körperliche Gewalt, in erster Linie durch Beziehungspartner (die auch für fast 40 Prozent aller Frauenmorde verantwortlich sind – dies kann sich auch auf Ehren- und Mitgiftmorde erstrecken).¹ Man beschreibt dies als strukturelle „Beziehungsanfälligkeiten“, eingebettet in spezifische Kategorien sozialer Beziehungen.² Eine aktuelle Analyse der Weltgesundheitsorganisation weist darauf hin, dass weltweit 7,2 Prozent aller Frauen – oder eine von 14 Frauen – sexueller Gewalt durch jemand anderen als ihren Partner ausgesetzt sind.³

Gallup-Daten aus Umfragen in 143 Ländern aus dem Jahr 2011 weisen auf eine geschlechtsspezifische Angst vor Gewalt hin. In allen Ländern fühlten sich Frauen nicht nur weniger sicher als Männer, die geschlechtsspezifische Kluft bei der Wahrnehmung von Bedrohungen korrespondierte auch nicht mit dem Einkommensniveau: In vielen Ländern mit mittlerem und hohem Einkommen fand man Unterschiede im zweistelligen Bereich.⁴

Es gibt eine starke positive Korrelation zwischen Gewalt durch den Beziehungspartner und Armut, und die Prävalenz weist regionale Muster auf. Frauen in Afrika erleben Gewalt mit fast doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit wie Frauen in europäischen Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen. In Südostasien erleben Frauen mit fast achtmal größerer Wahrscheinlichkeit Gewalt durch einen aktuellen oder früheren Partner als durch jemand anderen.

Öffentliche Kampagnen und Mobilisierung haben zu Veränderungen im Straf- und Zivilrecht geführt. Dazu gehören Rechtsvorschriften und gerichtliche Beschlüsse, die den Schutz von Frauen durchsetzen. Viele Länder haben rechtliche und andere Mittel, um Opfer und deren Kinder zu unterstützen, und sie haben zivilrechtliche Maßnahmen eingeführt. Dazu gehören

Rechtsvorschriften über einstweilige Verfügungen, um Partnerinnen vor den Tätern zu schützen, die sie misshandeln. Doch Veränderungen gesellschaftlicher Normen und Rechtsvorschriften finden oft in kleinen Schritten statt und müssen hart erkämpft werden. In den Gesetzesänderungen im Strafrecht in Indien infolge der aktuellen Vergewaltigungsfälle⁵ werden Vergewaltigungen in der Ehe nicht kriminalisiert.⁶ Das macht sowohl die Reichweite als auch die Grenzen von Rechtsvorschriften als Mittel für sozialen Wandel deutlich.

Gewalt beeinträchtigt die Möglichkeiten der Frauen, sich an wirtschaftlichen Aktivitäten außerhalb ihres Zuhauses zu beteiligen. In Mexiko waren Drohungen und Gewalt durch missbilligende Ehemänner der Hauptgrund dafür, dass Frauen aus dem Arbeitsleben ausschieden.⁷ In Indien hindert durch den Ehemann angedrohte oder tatsächliche Gewalt viele Frauen daran, an Treffen von Selbsthilfegruppen teilzunehmen.⁸ Maßnahmen, die den Schwerpunkt auf gesellschaftliche Normen (Akzeptanz geschlechtsspezifischer Gewalt) und auf den Abbau psychosozialer Barrieren (Scham, Schuld, Abneigung und Vorurteile) legen, können die Gewalt gegen Frauen reduzieren und sie allgemein in ihrer Rolle besser stärken. Ein Beispiel ist *Yo quiero, Yo puedo* (Ich will, ich kann) in Mexiko. Das Programm setzt bei der einzelnen Person an und erhöht seine Nachhaltigkeit und den Grad, zu dem die Frauen es sich zu eigen machen, indem es persönliche Mitwirkung und eigenes Empowerment sowohl als Prozess als auch als Zustand versteht.

Den nicht fassbaren Auswirkungen auf die Bewegungsfreiheit von Frauen, auf ihr emotionales Wohlergehen und auf ihre Vorstellungskraft und Denkfähigkeit wurde bislang weniger Aufmerksamkeit gewidmet. All dies sind entscheidende Dimensionen menschlicher Verwirklichungsschancen.⁹ Jegliche Gewalt stellt einen Angriff auf die Persönlichkeit, die Würde und das Wertgefühl der Opfer dar. Zugleich spiegeln die Folgen der Gewalt gegen Frauen auch ihren systemischen Charakter wieder: Gewalt verteilt sich nicht nach dem Zufallsprinzip auf die Gesellschaft, sondern richtet sich gegen eine bestimmte Gruppe, aufgrund ihrer Identität als untergeordnete Gruppe. Iris Marion Young hat das so formuliert: „Gewaltsame Unterdrückung besteht nicht nur in der direkten Viktimisierung, sondern auch in dem täglichen Wissen aller Mitglieder der unterdrückten Gruppe, dass sie allein aufgrund ihrer Gruppenidentität Verletzungen ausgesetzt sein können. Allein mit der Bedrohung durch Angriffe zu leben ... raubt den Unterdrückten Freiheit und Würde und kostet sie unnötige Energie“.¹⁰

Endnoten

1. WHO 2013. 2. Kabeer, Mumtaz und Sayeed 2010. 3. WHO 2013. 4. Gallup 2013. 5. Parliament of India Rajya Sabha 2013. 6. Harvard Law and Policy Review 2013. 7. Funk, Lang und Osterhaus 2005. 8. Sen 1998; Kabeer et al. 2012. 9. Nussbaum 2005. 10. Young 1990, S. 62.

Quelle: Chalabi und Holder 2013; Kabeer 2014; Pick und Sirkin 2010.

Kinder und die Müttersterblichkeit waren doppelt so hoch.¹²⁵ In Ländern, in denen Frauen kein Recht auf Eigentum an Grund und Boden haben, gibt es im Durchschnitt 60 Prozent mehr unterernährte Kinder. In Ländern, in denen Frauen keinerlei Zugang zu Krediten haben, sind es 85 Prozent mehr. Auch die Müttersterblichkeit ist im Allgemeinen in

den Ländern höher, in denen Frauen weniger Kontrolle über ihre körperliche Unversehrtheit haben.

Mit wirtschaftlichen Abschwüngen wird eine fast fünfmal so hohe Zunahme der Säuglingssterblichkeit von Mädchen (verglichen mit der Säuglingssterblichkeit von Jungen) in Zusammenhang gebracht.¹²⁶ Die aktuelle

Nur in zwei Ländern, Kuba und Ruanda, entspricht der Anteil der Frauen im Parlament ihrem Anteil an der Bevölkerung oder übertrifft ihn noch.

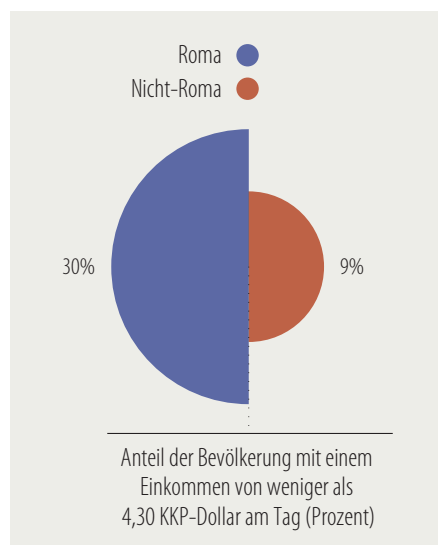
Weltwirtschaftskrise hat zu schätzungsweise 30.000 bis 50.000 zusätzlichen Todesfällen von Säuglingen in Afrika südlich der Sahara geführt, meistens unter den Armen, und die überwältigende Mehrheit der Babys war weiblich.¹²⁷

In den meisten Ländern steht es Frauen frei, sich politisch zu engagieren, doch nur in zwei Ländern, Kuba und Ruanda, entspricht der Anteil der Frauen im Parlament ihrem Anteil an der Bevölkerung oder übertrifft ihn noch. Bei den Parlamentswahlen in Ruanda 2013 wurden 51 von 80 Sitzen (64 Prozent) mit Frauen besetzt.¹²⁸ Doch in etwa 60 Prozent der Länder, für die Daten vorliegen, nehmen Frauen weniger als 20 Prozent der Sitze im Parlament ein. Sind Frauen im politischen Leben besser vertreten, so kann dies die Position von Frauen im Allgemeinen bedeutend verbessern. Ruanda hat jetzt einige der fortschrittlichsten Gesetze in Afrika, um die Rolle der Frauen zu stärken und sie vor Gewalt zu schützen. Gesetze und politische Handlungskonzepte allein reichen nicht aus, um Diskriminierung abzuschaffen, aber sie können wichtige erste Schritte sein.

Naturkatastrophen und der Klimawandel verstärken oft die Ungleichheit und Diskriminierung, auch die geschlechtsspezifische.¹²⁹

GRAFIK 3.12

Im Jahr 2011 waren die Armutsquoten von Roma-Haushalten sehr viel höher als von Nicht-Roma-Haushalten



Quelle: Berechnungen des HDR-Büros basierend auf UNDP, World Bank und EC (2011).

Doch indem man die Rolle und Mitwirkung der Frauen stärkt, lassen sich solche Verwundbarkeiten verringern. Zum Beispiel unterstützte drei Wochen nach dem Tsunami von 2004 im Indischen Ozean eine Gruppe armer Frauen vom Lande, die 1993 und 2001 die Erdbeben in Latur (Maharashtra) und Kutch (Gujarat) überlebt hatten, aktiv den Wiederaufbau, indem sie nach Tamil Nadu reisten, um ihre Solidarität mit Frauen in ähnlicher Situation auszudrücken und den Rehabilitationsprozess zu stärken.¹³⁰

Ethnische Gruppen und Minderheiten

Indigene Völker stellen rund fünf Prozent der Weltbevölkerung, aber sie machen 15 Prozent der Einkommensarmen dieser Welt aus. Mehr als 30 Prozent von ihnen leben in extremer ländlicher Armut.¹³¹ Sie haben tendenziell schlechte Bildungsabschlüsse, ungleiche Chancen und ungleichen Zugang zu Land und anderem Produktivvermögen.¹³² In Lateinamerika beträgt das Durchschnittseinkommen der indigenen Arbeitskräfte etwa die Hälfte des Einkommens der nichtindigenen.¹³³

Eine der verwundbarsten Gruppen in Europa sind die Roma. 2011 lebten rund 30 Prozent der Roma von weniger als 4,30 US-Dollar am Tag, bei der Nicht-Roma-Bevölkerung waren es neun Prozent (Grafik 3.12). Es gab viele nationale und regionale Initiativen, um ihre Bedingungen zu verbessern. Doch sie leiden weiter unter den Auswirkungen sozialer Ausgrenzung und unter dem damit verbundenen eingeschränkten Zugang zur Grundversorgung mit Dienstleistungen.¹³⁴

Behinderungen

Menschen, die mit Behinderungen leben, sind mit physischen Hindernissen konfrontiert, die es ihnen erschweren, ihre Rechte einzufordern und Wahlentscheidungen zu treffen. Sie haben oft keinen leichten Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Verwaltungsbüros und anderen öffentlichen Räumen, wie zum Beispiel Krankenhäusern. Das erschwert ihnen die Teilnahme am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben — oder es hindert sie daran, Hilfe in Anspruch zu nehmen, wenn

Behinderung und Vulnerabilität

Als theoretischer Physiker verstehe ich das Konzept der Vulnerabilität sehr gut: Es gibt wenig im Kosmos, das nicht Gefahr läuft, Schaden zu nehmen. Sogar das Universum selbst mag eines Tages zu Ende gehen.

Die Menschheit war schon immer anfällig für verschiedene Herausforderungen. Und es kann keinen Zweifel geben, dass große wissenschaftliche Entdeckungen – vom Penizillin zum Periodensystem, von der Evolution zur Elektrizität – uns geholfen haben, unsere Welt zu verstehen, unsere Vulnerabilität zu verringern und widerstandsfähigere Gesellschaften zu schaffen.

Trotz großer und vielfältiger Fortschritte gibt es weiterhin verwundbare Menschen und Bevölkerungsgruppen – und keine ist so sehr verwundbar wie die Behinderten. Die Vereinten Nationen schätzen, dass über eine Milliarde Menschen mit irgendeiner Form von Behinderung leben. Sie sind unter den Ärmsten dieser Welt überproportional stark vertreten und einem größeren Risiko ausgesetzt, unter Gewalt, Katastrophen, horrenden Gesundheitsausgaben und vielen anderen Härten leiden zu müssen.

Der überwiegenden Mehrheit der Menschen mit Behinderungen fällt es schwer, einfach nur zu überleben, geschweige denn ein Leben zu führen, das sie aus guten Gründen wertschätzen – um den Wortschatz menschlicher Entwicklung heranzuziehen. Behinderungen müssen jedoch kein Erfolgshindernis sein. Ich habe schon fast mein gesamtes Erwachsenenleben lang die Motoneuron-Krankheit, doch das hat mich nicht daran gehindert, prominent Karriere in theoretischer Physik zu machen und ein glückliches Familienleben zu führen.

Natürlich ist mir bewusst, dass ich in vieler Hinsicht Glück hatte. Mein Erfolg in theoretischer Physik hat sichergestellt, dass ich in der Lage

bin, ein Leben zu leben, das ich wertschätze. Ich habe von einer erstklassigen medizinischen Versorgung profitiert. Ich kann mich auf ein Team von Assistenten verlassen, die mich in die Lage versetzen, komfortabel und würdevoll zu leben und zu arbeiten. Mein Haus und mein Arbeitsplatz wurden für mich zugänglich gemacht. Computerexperten haben mich mit einem Kommunikationshilfesystem und einem Sprachsynthesizer unterstützt, die es mir ermöglichen, Vorlesungen und Arbeiten abzufassen und mit verschiedenen Zielgruppen zu kommunizieren.

Menschen mit Behinderungen sind verwundbar aufgrund der vielen Barrieren, mit denen wir konfrontiert sind: Einstellungen, physische Hindernisse und finanzielle Hürden. Wir können es schaffen, mit diesen Barrieren umzugehen, und wir haben die moralische Verpflichtung dazu. Abgesehen von der moralischen Verpflichtung täten wir gut daran, uns an die vielen anderen Gründe zum Handeln zu erinnern. Rechtsvorschriften, die eingeführt werden, um Behinderten heute zu helfen, werden zu irgendeinem Zeitpunkt fast jedem nutzen: Fast alle von uns werden irgendwann im Leben unter Beeinträchtigungen leiden oder sich um jemanden kümmern, dem es so geht. Erfindungen wie die optische Buchstabenerkennung und durch das Gehirn gesteuerte Technologien haben viele weitere Vorteile und helfen nicht nur Menschen mit Behinderungen.

Doch das Wichtigste ist, dass der Umgang mit diesen Barrieren das Potenzial so vieler Menschen freisetzen wird, die zu dieser Welt so viel beizutragen haben. Regierungen überall auf der Welt können nicht länger viele hundert Millionen von Menschen mit Behinderungen übersehen, denen der Zugang zu Gesundheit, Rehabilitation, Unterstützung, Bildung und Beschäftigung versagt ist – und die nie eine Chance bekommen, zu brillieren.

ihr körperliches Wohlbefinden bedroht ist. Unter den Menschen mit Behinderungen sind diejenigen, die in Armut leben, besonders verwundbar. Behinderte werden auch mit größerer Wahrscheinlichkeit als die gesamte Bevölkerung Opfer von Gewalt.¹³⁵ Sie sind unter Umständen weniger in der Lage zu arbeiten und daher in der Regel ärmer als der Rest der Bevölkerung. Außerdem werden Menschen mit Behinderungen, die ihre Kommunikationsfähigkeit einschränken, auch mit größerer Wahrscheinlichkeit Opfer von Misshandlungen, auch durch ihre Betreuer.

Menschen mit Behinderungen sind in Zeiten von Naturkatastrophen und gewaltsamen Konflikten besonders gefährdet. Kognitive, intellektuelle oder körperliche Beeinträchtigungen können ihre Fähigkeiten herabsetzen, Informationen abzurufen oder danach zu handeln.¹³⁶ Sie werden unter Umständen bei Evakuierungen zurückgelassen oder von Notunterkünften

und Flüchtlingslagern abgewiesen, weil sie eine komplexe medizinische Versorgung brauchen könnten. In der Katastrophenvorsorge muss die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen ausgeweitet werden – und die Umweltbarrieren und Beschränkungen, mit denen sie konfrontiert sind, müssen angegangen werden.¹³⁷

Die durch Behinderungen entstehenden Verwundbarkeiten sind von weiteren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und demografischen Faktoren abhängig. Zum Beispiel sind Menschen mit Behinderungen mit größerer Wahrscheinlichkeit weniger in der Lage zu arbeiten und deshalb ärmer als Menschen ohne Behinderungen. Tatsächlich sind die Beschäftigungsquoten bei Menschen mit Behinderungen niedriger.¹³⁸ Daten aus der Erhebung über die weltweite Gesundheitssituation für 51 Länder zeigen Beschäftigungsquoten von 52,8 Prozent bei Männern mit einer Behinderung und von 19,6 Prozent bei Frauen mit einer

Behinderung, im Vergleich zu 64,9 Prozent bei Männern ohne Behinderung und 29,9 Prozent bei Frauen ohne Behinderung.¹³⁹ Werden jedoch die Barrieren und Verwundbarkeiten von Behinderten angegangen, kann das ihre Potenziale freisetzen und der ganzen Gesellschaft nutzen.

Migranten

Internationale Migrantinnen und Migranten machen mehr als drei Prozent der Weltbevölkerung aus. Selbst wenn sie über Papiere verfügen, haben die meisten von ihnen weniger Rechte und genießen weniger Schutz als einheimische Staatsbürger und sie haben weniger Zugang zu sozialen Sicherungssystemen.¹⁴⁰ In der Regel sind sie vom gesellschaftlichen und öffentlichen Leben ausgeschlossen. Ohne Wahlrecht haben sie wenig Einfluss auf die sie betreffende Politik – obwohl sie unter Umständen zum wirtschaftlichen Fortschritt des Gastlandes beitragen. Ihre Verwundbarkeit überschneidet sich mit anderen strukturellen Anfälligkeiten. Zum Beispiel steigt die Zahl der Migrantinnen. Heute machen Frauen die Hälfte aller internationalen Migranten aus, in einigen Ländern 70 bis 80 Prozent, und sie sind Ausbeutung und Missbrauch im Menschenhandel stärker ausgesetzt.¹⁴¹

Erzwungene Migration aufgrund von Konflikten ist eine weitere Ursache von Vulnerabilität, wie die Syrienkrise auf dramatische Weise zeigt. Zwar machen Flüchtlinge nur einen kleinen Teil aller Migranten aus – rund 10,5 Millionen Menschen im Jahr 2011 –, doch der bewaffnete Konflikt hat rund fünf Millionen Menschen aus der Region vertrieben (mehr als 255.000 von ihnen allein zwischen Dezember 2012 und Januar 2013).¹⁴²

Anfällige Länder und Geografie

Bei Versuchen, mit der Vulnerabilität von Einzelpersonen und Gemeinschaften umzugehen, muss die Vulnerabilität ihrer Länder berücksichtigt werden. Eine wesentliche Begründung für die Sonderbehandlung von Ländern ist ihre strukturelle Anfälligkeit, die von äußeren Faktoren abhängt, die sich nicht einfach durch nationale Politik steuern lassen. Zum Beispiel

werden die am wenigsten entwickelten Länder als arme Länder definiert, die unter strukturellen Wachstumsschwächen leiden. Sie werden mit größerer Wahrscheinlichkeit als andere arm bleiben. Die Binnenstaaten und kleinen Inselstaaten unter den Entwicklungsländern sind zwei Ländergruppen, die es mit großen strukturellen Herausforderungen zu tun haben.

In diesem Bericht werden viele der strukturellen Anfälligkeiten diskutiert, denen die Länder ausgesetzt sind. Gezeigt wird auch, wie eine größere Vernetzung neue Anfälligkeiten mit sich bringt. Der größte Teil der Analyse und der Hinweise auf die Vulnerabilität eines Landes konzentriert sich auf Umwelt- oder Naturkatastrophen, wie Erdbeben oder Vulkanausbrüche, und auf Klimaschocks (siehe Kasten 3.4) – oder auf externe wirtschaftliche Ereignisse wie einen Rückgang der Auslandsnachfrage und Krisen bei den Terms of Trade.

Kollektive Gewalt und Leben in Unsicherheit

Der Bericht über die menschliche Entwicklung (HDR) 1994 führte das Konzept der menschlichen Sicherheit ein. Er begann mit der Aussage „Solange die Menschen sich in ihrem Alltagsleben nicht sicher fühlen, kann es keinen Frieden auf der Welt geben.“¹⁴³ Vorstellungen von Sicherheit erfordern ein Menschenbild, das physische und psychische Vulnerabilität, Stärken und Grenzen – einschließlich der Grenzen der Risikowahrnehmung – beinhaltet.¹⁴⁴

Im Jahr 2000 starben täglich etwa 4.400 Menschen aufgrund von vorsätzlichen gegen die eigene Person gerichteten, interpersonellen oder kollektiven Gewalttaten.¹⁴⁵ Viele Tausende mehr sind von Gewalttaten auf irgendeine Weise betroffen. Darüber hinaus entstehen enorme Kosten für die Behandlung der Opfer, die Unterstützung für zerrüttete Familien, die Reparatur von Infrastruktur und die strafrechtliche Verfolgung der Täter sowie infolge entgangener Produktivität und Investitionen.¹⁴⁶

Die Art und Weise, wie Menschen Bedrohungen wahrnehmen, liefert Feedback für politische Handlungskonzepte und gibt Aufschluss darüber, welchen Belastungen durch Angst die

Internationale
Migrantinnen und
Migranten machen mehr
als drei Prozent der
Weltbevölkerung aus.

Widerstandsfähigkeit gegen Katastrophen – die Erfahrungen aus Japan

Allein in den vergangenen fünf Jahren haben wir in Haiti ein Erdbeben erlebt (2010), in der nördlichen Hemisphäre eine Hitzewelle (2010), in Japan einen Tsunami (2011), in Ostafrika eine Dürre (2011-2012) und in den Philippinen einen Taifun (2013). Diese widrigen Naturereignisse haben zu großen menschlichen Verlusten und beträchtlichen wirtschaftlichen Kosten geführt. Die Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung wurden durch diese Auswirkungen abgeschwächt und in einigen Fällen wurden hart erkämpfte Gewinne zunichte gemacht.

Japan ist ein katastrophenanfälliges Land, das wichtige Erkenntnisse in Bezug auf die Widerstandsfähigkeit gegen Katastrophen bieten kann. 2011 löste ein mächtiges Erdbeben vor der Ostküste Japans große Tsunamiwellen aus, die über 15.000 Menschen das Leben kosteten und erhebliche Schäden an der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur verursachten. Es führte auch zu einer Atomkatastrophe in Fukushima. Doch trotz der hohen Verluste an Menschenleben und der finanziellen Kosten in Rekordhöhe – geschätzten 210 Milliarden US-Dollar – hätten die Auswirkungen noch drastischer sein können. Das Tohoku-Erdbeben mit einer geschätzten Stärke von 9,0 war das vierstärkste der Welt seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1900. Die daraus entstandenen Tsunamiwellen erreichten Höhen von bis zu 40 Metern und bewegten sich bis zu zehn Kilometer ins Landesinnere.

Japans Frühwarnsystem verhinderte eine sehr viel höhere Zahl an Todesopfern. Sobald seismische Aktivität bemerkt wurde, wurden Warnungen über Fernsehen, Radio und Mobilfunknetze gesendet. So konnten viele Menschen sich vorbereiten und die Folgen begrenzen, zum Beispiel indem sie sich in höhere Lagen begaben. Das Eisenbahnnetz und die Fabriken des Landes wurden schnell heruntergefahren, sodass größerer Schaden verhindert wurde. Auch Warnsirenen, klar markierte Evakuierungswege und öffentliche Bildungsprogramme spielten eine entscheidende Rolle bei der Rettung von Leben. Durch strenge Bauvorschriften wurde sichergestellt, dass viele hohe Gebäude dem Erdbeben standhielten. Bewaldete Grüngürtel und Betonbarrieren schützten die Gemeinschaften zu einem gewissen Grad vor dem Tsunami. Staatliche Institutionen arbeiten traditionell mit lokalen Gemeinschaften zusammen, um die Katastrophenvorsorge zu verbessern

und Evakuierungspläne auszuarbeiten. Japans anhaltende Investitionen in Technologie und öffentliches Bewusstsein waren unerlässlich, damit eine noch größere Katastrophe abgewendet werden konnte. Selbst wenn in Japan die Diskussionen über Vorsorge und Wiederaufbau entscheidend waren, der Fall Japan zeigt, dass Risiken von Natur aus ein Entwicklungsthema sind und dass umfassende Risikominderung und Wiederaufbau integrale Bestandteile der gesamten Staats- und Regierungsführung sein müssen. Frühwarnsysteme, Evakuierungswege, strenge Bauvorschriften und der Dialog mit den Gemeinschaften vor Ort müssen von institutionellen, rechtlichen und Governance-Systemen, die die Verringerung des Katastrophenrisikos und den Wiederaufbau zu Prioritäten machen, initiiert werden.

Im März 2015 wird in Sendai, einer der Städte, die 2011 vom Tohoku-Erdbeben und dem Tsunami betroffen waren, die dritte Weltkonferenz der Vereinten Nationen über die Verringerung des Katastrophenrisikos (WCDDR) stattfinden. Die Konferenz wird den Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben, die Umsetzung des Hyogo-Rahmenaktionsplans (HFA) zu überprüfen und einen Post-2015-Rahmenplan zur Verringerung des Katastrophenrisikos zu verabschieden. Der HFA ist ein Zehnjahresplan, mit dem Nationen und Gemeinschaften widerstandsfähiger gegenüber Katastrophen gemacht werden sollen. Er wurde 2005 auf der Weltkonferenz für Katastrophenvorsorge vereinbart. Die folgenden fünf zentralen Handlungsschwerpunkte wurden darin festgelegt: die Verringerung des Katastrophenrisikos zu einer Priorität zu machen, die Risiken zu kennen und zu handeln, Verständnis und Bewusstsein zu schaffen, Risiko zu verringern sowie vorbereitet und handlungsbereit zu sein.

Nichtsdestotrotz braucht der Aufbau einer Katastrophenvorsorge Zeit. Er erfordert bedeutende langfristige Investitionen in Bildung, Technologie und Infrastruktur sowie in geeignete Institutionen und internationale Regulierungssysteme. Um eine zukunftsorientierte globale Agenda zu erarbeiten, die eine widerstandsfähige und nachhaltige menschliche Entwicklung ermöglicht, wird es äußerst wichtig sein, von den aktuellen Erfahrungen mit Katastrophen zu lernen.

Quelle: UNISDR 2012a; Fraser et al. 2012.

Menschen in ihrem Leben ausgesetzt sind.¹⁴⁷ Die *Berichte über die menschliche Entwicklung* für Costa Rica 2005 und Lateinamerika 2013 zeigen, wie das Leben der Menschen dadurch eingeschränkt ist, dass sie es vermeiden, nachts auszugehen oder unterwegs zu sein, weil sie sich vor Gewalt fürchten.¹⁴⁸ Es wurde festgestellt, dass es eine Korrelation zwischen der Existenz von Banden und einer geringeren Unterstützung für formelle Mechanismen sozialer Kontrolle und Regulierung gibt. Das ebnet weiter den Weg für kriminelle Gruppen als einzige Schutzquelle.¹⁴⁹ Anhaltende horizontale Ungleichheit, die in politischen,

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dimensionen erlebt wird, kann Bedingungen schaffen, die körperliche Gewalt fördern. Dies gefährdet die menschliche Entwicklung vieler Menschen, darunter auch bestimmter Gruppen. Mord und bewaffnete Gewalt treten am häufigsten in von Armut geplagten städtischen Gebieten auf, die durch einen Mangel an Arbeitsplätzen, schlechte Wohnstandards, Bevölkerungsverdichtung und niedrige Standards an Bildung und gesellschaftlichen Annehmlichkeiten gekennzeichnet sind. Morde sind in armen städtischen Gebieten mit hoher Ungleichheit verbreiteter, von New York City bis Rio de Janeiro, sowie

in den amerikanischen Bundesstaaten, Städten und kanadischen Provinzen, in denen die Ungleichheit höher ist. Studien untermauern diese Zusammenhänge zwischen Gewalt und Ungleichheit.¹⁵⁰ Gewalt und Kriminalität werden aber nicht nur mit zunehmender Ungleichheit in Verbindung gebracht, sondern auch mit dem Vorhandensein von Schusswaffen und Drogen. Diese gelten in einigen Fällen als Erklärung für das sehr hohe Gewaltniveau in manchen süd- und mittelamerikanischen Ländern mit mittlerem Einkommen, wo die Ungleichheit in den letzten Jahren zurückgegangen ist.

Wie in Kapitel 2 betont wurde, belasten die enormen Kosten gewaltsamer Konflikte – zu meist innerstaatliche Konflikte sowie interne zivile Unruhen – weiterhin die Entwicklung in den betroffenen Ländern. Für diese Arten von Konflikten lassen sich verschiedene Ursachen feststellen. Ein gemeinsames Merkmal bleibt jedoch die Tatsache, dass diese Ursachen – angefangen von Ausgrenzungspolitik über Versuche der wirtschaftlichen Vorteilsnahme der Elite durch Lobbying bis hin zu ungelösten sozialen Missständen – alle dazu beitragen, sozialen Unfrieden zu verbreiten. Oder zumindest beeinträchtigen sie das Mindestmaß an gesellschaftlicher Harmonie und gesellschaftlichem Zusammenhalt, das belastbare Entwicklungsergebnisse fördern würde. Dies wird in Kapitel 4 ausführlicher diskutiert.

Eine Gesellschaft, die Zusammenhalt aufweist, ist eine, die auf das Wohlergehen aller ihrer Mitglieder hinarbeitet, gegen Ausgrenzung und Marginalisierung kämpft, Zugehörigkeitsgefühl schafft, Vertrauen fördert und ihren Mitgliedern die Möglichkeit zum sozialen Aufstieg bietet.¹⁵¹ Ein Mangel an diesen Merkmalen korreliert oft mit Konflikten und Gewalt. Das gilt insbesondere in Situationen, in denen ein ungleicher Zugang zu Ressourcen oder zu den Vorteilen des natürlichen Reichtums besteht. Er korreliert auch mit der Unfähigkeit, wirksam mit schnellem gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Wandel oder mit den Auswirkungen wirtschaftlicher oder klimabedingter Krisen umzugehen.

Geht die Ungleichheit beim Zugang zu Ressourcen und Erfolgen mit kulturellen Unterschieden einher, kann dies zu Mobilisierung führen und in politischen Umbrüchen und

Unruhen enden. Das liegt nicht nur am Unmut der Ausgegrenzten und sozial Benachteiligten. Unruhen und Konflikte können auch dann ausbrechen, wenn die Privilegierten Maßnahmen ergreifen, mit denen sie sicherstellen wollen, dass die Unterprivilegierten nicht mehr Ressourcen oder politische Macht einfordern.¹⁵²

In fast allen Ländern gibt es Gruppen, die unter sozialer Ausgrenzung leiden.¹⁵³ Zu einer solchen Ausgrenzung kommt es, wenn Institutionen einigen Gruppen systematisch die Mittel und die Anerkennung verweigern, die ihnen die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen würden.¹⁵⁴ Horizontale Ungleichheit und soziale Ausgrenzung können über lange Zeiträume anhalten. Sie können damit verbunden sein, dass bestimmten Gruppen Rechte verweigert werden und sie nicht in gleichem Maße Zugang zu sozialen Dienstleistungen haben. In einigen Fällen bestehen die andauernden Ungleichheiten und Entbehrungen über Jahrhunderte fort.¹⁵⁵

Es gibt Hinweise auf eine gewisse Korrelation zwischen gewaltsamen Konflikten und den Ungleichheiten zwischen verschiedenen Gruppen, die wahrscheinlicher wird, wenn politische und sozioökonomische Ungleichheiten sich gegenseitig verstärken.¹⁵⁶ Zum Beispiel wächst in Ländern mit großer horizontaler wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ungleichheit die Konfliktwahrscheinlichkeit signifikant. Auf ähnliche Weise treten gewaltsame Konflikte mit größerer Wahrscheinlichkeit auf, wenn die Entwicklung schwächer und die religiöse Polarisierung größer ist.¹⁵⁷ Zwar gibt es viele Beispiele für friedliche multikulturelle Gesellschaften, doch kulturelle Bindungen können eine starke Quelle für Mobilisierung und potenzielle Konflikte sein, wenn sie mit großen wirtschaftlichen und politischen Entbehrungen zusammenwirken.¹⁵⁸ Darüber hinaus erhöht sich die Spannungs- und Konfliktwahrscheinlichkeit, wenn die Ungleichheit zwischen einzelnen Gruppen drastisch zunimmt.¹⁵⁹

Die Art und Weise, wie Regierungen auf Proteste reagieren, kann erklären, wie soziale Ausgrenzung einige Gruppen dazu veranlassen kann, gewalttätig zu werden, selbst wenn die Proteste friedlich beginnen. Wenn der Staat den Raum für die Demonstranten und ihren Schutz beschränkt, führen friedliche Proteste

Eine Gesellschaft, die Zusammenhalt aufweist, ist eine, die auf das Wohlergehen aller ihrer Mitglieder hinarbeitet.

unter Umständen kaum zu Veränderungen und zu noch mehr Frustration. Oder gewaltsame und ausgrenzende Maßnahmen durch den Staat schweißen die Demonstranten zusammen und lassen ursprünglich friedliche Proteste in Gewalt umschlagen.

Institutionen, insbesondere gut funktionierende staatliche Institutionen, haben eine wichtige Funktion bei der Schaffung eines kulturellen Raums, in dem verschiedene Gruppen sich friedlich austauschen können und wo die Menschen beginnen können, die Meinungen anderer in ihr eigenes Weltverständnis einfließen zu lassen. Dies könnte für eine friedliche Konfliktlösung sehr wichtig sein und es weist darauf hin, was für eine bedeutende Rolle die Prävention gewaltsamer Konflikte spielt.¹⁶⁰

Inklusive und repräsentative Institutionen können das Konfliktpotenzial verringern, denn sie können etwas gegen Ausgrenzung tun, indem sie die Praxis der Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen ändern. Zu den Beispielen für politische Strategien zur Verringerung horizontaler Ungleichheit gehören die Verbesserung des kollektiven Eigentums an Grund und Boden durch Umverteilung von regierungseigenem Land, Zwangsankäufe und die Beschränkung des Eigentums in Fidschi, Namibia, Malaysia und Simbabwe. Andere Beispiele beziehen sich auf Quotenregelungen bei Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst (Indien, Malaysia und Sri Lanka sowie die Vorschriften für ausgewogene Beschäftigung in der Privatwirtschaft in Südafrika).¹⁶¹

Bewaffnete Konflikte machen die menschliche Entwicklung besonders anfällig, denn sie haben nicht nur kumulative Auswirkungen auf die Gesellschaft, sondern auch auf bestimmte Gruppen. In Kaschmir wurde gezeigt, dass die Körpergröße von Kindern dadurch geringer ausfiel, dass sie im Mutterleib und als Säuglinge Gewalt erlebt haben. Kinder in von Aufständen betroffenen Gebieten waren um eine Standardabweichung von 0,9 bis 1,4 kleiner als Kinder, die von Aufständen weniger betroffen waren. Die Auswirkungen waren bei den Kindern stärker, die in Zeiten geboren wurden, als die Gewalt am schlimmsten war.¹⁶²

Konflikte zwingen Menschen auch, ihre Heimat zu verlassen und ihre Lebensgrundlage

aufzugeben. Frauen und Kinder machen 80 Prozent aller Flüchtlinge und Vertriebenen aus.¹⁶³ Zwischen 2012 und 2013 flüchteten aufgrund von Konflikten und Verfolgung mehr als eine Million Menschen aus ihren Herkunftsländern, hauptsächlich aus der östlichen Demokratischen Republik Kongo, aus Mali, Sudan und der Arabischen Republik Syrien.¹⁶⁴ Insgesamt verzeichnet das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen fast 36 Millionen schutzbedürftige Menschen.¹⁶⁵

Die Zahl der Todesfälle durch grenzübergreifende Kriege ist seit einem Höhepunkt im Jahr 1995 merklich zurückgegangen, auf etwa 320.000 pro Jahr. Doch bewaffnete Konflikte bleiben weiterhin ein bedeutendes Hindernis für die menschliche Entwicklung, insbesondere für Länder mit einem niedrigen Index der menschlichen Entwicklung.¹⁶⁶ Im Jahr 2012 gab es weltweit 37.941 konfliktbedingte Todesfälle in 41 Konflikten.¹⁶⁷ Konflikte beeinträchtigen die Grundversorgung mit öffentlichen Diensten, wie zum Beispiel die medizinische Grundversorgung¹⁶⁸ und Bildung. Sie fügen den Menschen Schaden für ihr ganzes Leben zu. Es kommt zu anhaltenden Gesundheitsproblemen für ganze Generationen von Kindern in Konfliktzonen, denen oft auch der Primarschulabschluss vorenthalten wird. Zudem können gewaltsame Konflikte immenses psychisches Leid verursachen.¹⁶⁹ Der Verlust der Familie und Gemeinschaft, des Zuhauses und der Lebensgrundlage, Vertreibung und Zerrüttung können schwere Folgen für die psychische Gesundheit haben, die sich auf viele Haushaltsentscheidungen auswirken, darunter auch Migration.¹⁷⁰

In einigen Konflikten werden Zivilisten ins Visier genommen und verstümmelt, als absichtliche Strategie zur Demoralisierung von Gemeinschaften und zur Zerstörung ihrer sozialen Strukturen. Vergewaltigungen werden gezielt als Waffe eingesetzt, als Akt der Demütigung und aus Rache gegen den Feind als Ganzen.¹⁷¹ Zum Beispiel reichten Schätzungen der Anzahl der während des Konflikts in Bosnien-Herzegowina vergewaltigten Frauen von 10.000 bis 60.000.¹⁷²

**„Ein gut regiertes Land muss
sich für seine Armut schämen,
ein schlecht regiertes Land
für seinen Reichtum.“**

Konfuzius

**„Ich habe lange dafür gebraucht,
mich zu trauen, eine Meinung zu
äußern, jetzt, wo ich mich traue,
werde ich nicht schweigen.“**

Madeleine Albright

4.

Widerstandskraft stärken: erweiterte Freiheiten, gesicherte Wahlmöglichkeiten



In diesem Bericht ist bereits auf anhaltende Bedrohungen der menschlichen Entwicklung und auf die verschiedenen Ausprägungen von Vulnerabilität eingegangen worden. Es wurde auch aufgezeigt, dass Individuen in bestimmten schwierigen Phasen ihres Lebens verwundbarer sind als sonst, und wie der soziale Kontext, in dem ein Individuum lebt, dazu führen kann, dass einige verwundbarer sind als andere. Krisen in Form von Naturkatastrophen und gewaltsamen Auseinandersetzungen zerstören die Leistungsfähigkeit und die materiellen Grundlagen ganzer Gemeinschaften und machen sie noch verletzlicher. Bei politischen Maßnahmen zur Verringerung von Verwundbarkeit müssen diese Faktoren berücksichtigt werden.

Stärkung der Widerstandskraft bedeutet mehr als nur eine Verringerung der Anfälligkeit: Befähigung zu selbstbestimmtem Handeln ist erforderlich – und Handlungsfreiheit –, das heißt, Einschränkungen dieser Freiheit müssen reduziert werden. Gleichzeitig erfordert Widerstandsfähigkeit starke soziale und staatliche Institutionen, die die Menschen bei ihren Bemühungen, mit widrigen Ereignissen fertigzuwerden, unterstützen können. Das Wohlergehen der Bevölkerung hängt stark davon ab, ob die Menschen in einem Kontext leben, der ihnen Freiheiten zugesteht. Gesellschaftliche Normen und Praktiken können diskriminierend und benachteiligend sein. Wenn man die Handlungsfreiheit fördern will, müssen solche Normen hinterfragt und verändert werden.

In Kapitel 1 wurden bestimmte Grundprinzipien vorgestellt, an denen sich politische Maßnahmen orientieren sollten. Auf Grundlage dieser Prinzipien stellt das vorliegende Kapitel eine Reihe zentraler politischer Maßnahmen auf nationaler Ebene vor, durch die Anfälligkeit verringert und Widerstandskraft gefördert werden kann – sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene. Diese keineswegs vollständige Liste von Maßnahmen umfasst beispielsweise: allgemeine Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen, Berücksichtigung von in bestimmten Lebensabschnitten auftretenden Verwundbarkeiten, Förderung von Vollbeschäftigung, stärkere soziale Grundsicherung, politische Maßnahmen, die auf gesellschaftliche Inklusion ausgerichtet sind, und Aufbau von Kapazitäten, um sich gegen Krisensituationen zu wappnen und diese zu überwinden.

Unserer Schwerpunktsetzung auf diese politischen Maßnahmen liegen verschiedene Überlegungen zugrunde. Erstens wird Verwundbarkeit durch diese Maßnahmen in mehreren Dimensionen angegangen. Zum Beispiel kann die allgemeine Bereitstellung grundlegender sozialer Dienstleistungen auf vielfältige Weise Chancen eröffnen, weil dadurch grundlegende Ansprüche nicht mehr damit verbunden sind, diese Leistungen auch bezahlen zu können. Ein hohes Beschäftigungsniveau hat ebenfalls starke positive Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Bevölkerung. Gleichzeitig wird dadurch Gewalt reduziert, und der soziale Zusammenhalt wird gestärkt.

Zweitens sind diese politischen Maßnahmen miteinander verbunden – mit starken Synergieeffekten. Entwicklungsperspektiven, bei denen sich nicht alle Akteure einbringen können, sind weder wünschenswert noch nachhaltig. Wenn Gesellschaften jedoch Spielraum schaffen, damit alle Stimmen in der Bevölkerung gehört werden, ist es wahrscheinlicher, dass politische Entscheidungsträger auch auf die Probleme und Bedürfnisse von Minderheiten und anderen verwundbaren Bevölkerungsgruppen achten. So kann die Bevölkerung gleichzeitig Akteur und Nutznießer von Fortschritt sein. In solchen Gesellschaften wird tendenziell auch der Schaffung von Arbeitsplätzen und einer universellen Sozialpolitik hohe Priorität beigemessen. Wenn durch Vollbeschäftigung die steuerliche Basis erweitert wird, entsteht dadurch auch größerer finanzpolitischer Spielraum für die Bereitstellung qualitativ hochwertiger sozialer Dienstleistungen.

Drittens können solche politischen Maßnahmen Anfälligkeit in verschiedenen

Unseren Horizont im Hinblick auf Vulnerabilität erweitern

Die Vereinten Nationen haben seit langer Zeit betont, wie wichtig menschliche Sicherheit in all ihren Dimensionen ist.¹ Als ich noch Chefökonom der Weltbank war, befragten wir Tausende armer Menschen weltweit, um herauszufinden, was ihnen die meisten Sorgen bereitete. Ganz oben auf der Liste (neben den naheliegenden Sorgen um fehlendes Einkommen und zu geringes Mitspracherecht bei Belangen, die ihr Leben betrafen) stand die Unsicherheit – sprich: Verwundbarkeit.²

Grundsätzlich wird Verwundbarkeit folgendermaßen definiert: Gefährdung durch eine deutliche Verschlechterung des Lebensstandards. Dies ist besonders besorgniserregend, wenn der Zustand länger anhält und der Lebensstandard unter eine kritische Grenze sinkt – bis hin zur Verelendung.

Die traditionelle einseitige Ausrichtung der Ökonomen auf das BIP hat dazu geführt, dass Verwundbarkeit aus ihrem Blickfeld verschwunden ist. Individuen scheuen Risiken. Wenn sie feststellen, dass sie verwundbar sind, führt dies zu großen Einbußen im Wohlbefinden – sogar schon bevor sie mit den Folgen eines Schocks konfrontiert sind. Unsere Messsysteme versagen darin, die Bedeutung von Sicherheit für das individuelle und gesellschaftliche Wohlbefinden angemessen einzubeziehen. Dies war eine zentrale Kritik am BIP seitens der International Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress.³

Wenn wir ein politisches Konzept zur Reduzierung von Verwundbarkeit formulieren wollen, müssen wir eine umfassende Sichtweise auf die Ursachen einer solchen Verwundbarkeit entwickeln. Individuen und Gesellschaften sind unvermeidlich den von Ökonomen so genannten „Schocks“ ausgesetzt, widrigen Ereignissen, die potenziell zu einer spürbaren Senkung des Lebensstandards führen können. Je größer die Schocks sind – je tiefergreifender und lang anhaltender –, desto größer ist unter sonst gleichbleibenden Bedingungen die Verwundbarkeit. Individuen und Gesellschaften entwickeln jedoch Mechanismen zur Krisenbewältigung. Einige Gesellschaften und Volkswirtschaften haben bessere Krisenbewältigungsmechanismen entwickelt als andere. Die größte Verwundbarkeit entsteht in Gesellschaften, die großen Schocks ausgesetzt waren und gleichzeitig zugelassen haben, dass große Teile ihrer Bevölkerung über keine angemessenen Bewältigungsmechanismen verfügen.

Abwärtsspiralen

Wenn wir an Vulnerabilität denken, denken wir unvermeidlich an Abwärtsspiralen. Robuste Systeme haben gute Konjunkturpuffer: Ein Individuum, das in eine Finanzkrise gerät, kann sich schnell wieder davon erholen. Es ist eine der Funktionen des Konkursrechts, denjenigen, die ausufernde Schulden gemacht haben, einen Neustart zu ermöglichen. Die Probleme von Gläubigern werden eventuell nicht vollständig gelöst, es wird jedoch zumindest verhindert, dass das entsprechende Individuum unter einem Schuldenberg begraben bleibt. Unglücklicherweise sind große Teile der Bevölkerung in vielen Ländern der Welt nach wie vor sehr verwundbar

und diesen Abwärtsspiralen extrem ausgesetzt – und in manchen Fällen verschlimmert sich die Lage.

Diese Abwärtsspiralen funktionieren über viele Kanäle. Individuen mit unzureichendem Einkommen ernähren sich in der Regel nicht vernünftig, was dazu führt, dass sie tendenziell eher krank werden. Wenn sie einmal krank sind, können sie sich keine angemessene Gesundheitsversorgung leisten, und so können in Gesellschaften, in denen keine adäquate öffentliche medizinische Versorgung existiert, ein Unfall oder eine Krankheit der Anfang vom Ende sein. Ohne angemessene Gesundheitsversorgung sind solche Gesellschaften dem Risiko erheblicher Einbußen an Erwerbsfähigkeit ausgesetzt; geringere Einkünfte wiederum führen dann erst recht dazu, dass sie sich Gesundheitsversorgung nicht leisten können.

Neuere Forschungen haben gezeigt, dass die mentale Energie armer Menschen unverhältnismäßig stark auf das Hier und Jetzt ausgerichtet ist – nämlich auf die Anforderungen des Überlebens. Diese Menschen können nicht strategisch denken; sie können nicht langfristig planen. Es ist daher keine Überraschung, dass es ihnen nicht gelingt, Entscheidungen zu fällen (u.a. Investitionen zu tätigen), durch die sie sich aus der Armut befreien könnten.

Wirtschaftliche Anfälligkeit

Weltweite Aufmerksamkeit ist unweigerlich insbesondere auf diejenigen gerichtet, die von einer Naturkatastrophe betroffen sind – von einem Tsunami, einer Überschwemmung oder einem Erdbeben. Wirtschaftliche Katastrophen sind jedoch genauso verheerend wie Naturkatastrophen

Veränderungen in der Weltwirtschaft haben in den letzten Jahrzehnten zu immer stärkerer Anfälligkeit geführt. Durch die Verflechtungen von Banken und Ländern ist die finanzielle Ansteckung wahrscheinlicher geworden, so wie es in der Finanzkrise 2008 geschah. Die damaligen Ereignisse zeigen, wie wichtig Regulierungen im Finanzsektor sind – beispielsweise Kurssicherungssysteme und Kapitalkontrollen. Die verheerenden Auswirkungen der Krise auf die Weltwirtschaft – die Volkswirtschaften schrumpften und Millionen Menschen wurden in Armut gestürzt – machen deutlich, dass es hier nicht nur um Probleme des Bankensektors geht, sondern auch um wichtige Prioritäten für die menschliche Entwicklung im Allgemeinen.

Die Veränderungen haben nicht nur zu einer größeren Gefährdung durch Risiken geführt, sondern auch dazu, dass es weniger Bewältigungsmechanismen gibt, die Gesellschaften nutzen können, um den Verwundbarsten beizustehen. Das trifft insbesondere auf die Entwicklungsländer zu, denn in diesen Ländern standen traditionell starke soziale und familiäre Bindungen im Mittelpunkt der sozialen Sicherung. In vielen Ländern sind diese Bindungen jedoch so schnell schwächer geworden, dass staatliche Sozialschutzsysteme nicht rechtzeitig aufgebaut werden konnten.

(Fortsetzung)

Lebensphasen eines Individuums und in verschiedenen Entwicklungsphasen eines Landes reduzieren. Gut durchdachte soziale

Dienstleistungen können gewährleisten, dass Kinder in den wichtigsten Lebensphasen versorgt werden und Bildung erhalten und dass

Unseren Horizont im Hinblick auf Vulnerabilität erweitern (Fortsetzung)**Wie politische Strategien zu größerer Verwundbarkeit geführt haben**

Einer der zentralen Kritikpunkte an den im Washington-Konsens vereinbarten politischen Maßnahmen ist, dass diese systematisch zu größerer Verwundbarkeit führten – sowohl durch eine Verschlimmerung der Schocks, denen Individuen und Volkswirtschaften ausgesetzt wurden, als auch durch eine Reduzierung der Bewältigungsmechanismen. Durch politische Maßnahmen wie die Liberalisierung der Kapitalmärkte (die mit großen Schwankungen bei Geldflüssen innerhalb von Ländern und ins Ausland einhergingen) wurden die Entwicklungsländer immer stärker Schocks aus dem Ausland ausgesetzt. Die Liberalisierung der Finanzmärkte und die Deregulierung führten zu größeren Schocks im Inland – zu Kredit- und Vermögensblasen, die unausweichlich platzten. Durch eine Schwächung der sozialen Sicherungssysteme wurden automatische Stabilisatoren ebenfalls geschwächt, und einige finanzpolitische Maßnahmen wurden zu automatischen Destabilisatoren – sodass die Auswirkungen jedes Schocks verstärkt wurden. Gleichzeitig wurde durch die politischen Maßnahmen die Fähigkeit großer Teile der Bevölkerung, mit den Schocks, die die entsprechenden Volkswirtschaften durchlebten, fertigzuwerden, stark beeinträchtigt. Die politischen Maßnahmen auf der Basis des Washington-Konsens führten oft zu einer Schwächung der sozialen Sicherungssysteme; die negativen Auswirkungen auf die Verwundbarkeit müssten daher klar auf der Hand liegen.

Diese „Reformen“ führten daher zu stärkerer Anfälligkeit sowohl der Individuen als auch des Wirtschaftssystems insgesamt. So führte beispielsweise der oft gelobte Wechsel von definiertem Nutzen zu definierten Beiträgen zu größerer individueller und systemischer Verwundbarkeit.

Selbst in entwickelten Ländern argumentierten viele, dass der Wettbewerb in einer globalisierten Welt Abstriche beim Wohlfahrtsstaat und bei den sozialen Sicherungssystemen erfordere. Die Bevölkerung mit geringem und mittlerem Einkommen wird dadurch noch stärker gefährdet.

Die im Washington-Konsens vereinbarten politischen Maßnahmen führten außerdem oft zu größerer Ungleichheit. Die Menschen am unteren Ende der Wohlstandsskala werden unausweichlich stärker gefährdet sein, wenn die Regierungen nicht aktive Schutzmaßnahmen ergreifen.

Ungleichheit und Verwundbarkeit

Eine der Hauptursachen für Verwundbarkeit ist Ungleichheit – ein Faktor, der negative Auswirkungen auf viele der anderen erwähnten Faktoren hat. Ungleichheit trägt in vielerlei Hinsicht zu Verwundbarkeit bei. Sie führt zu Instabilität und zu noch häufigeren großen Schwankungen in der Wirtschaft.⁴ Extreme Ungleichheit bedeutet, dass große Teile der Bevölkerung in Armut

leben – und weniger Möglichkeiten haben, mit Schocks fertigzuwerden, wenn sie auftreten. Extreme wirtschaftliche Ungleichheit führt unausweichlich zu politischer Ungleichheit – mit dem Ergebnis, dass Regierungen tendenziell seltener die soziale Sicherung bereitstellen, durch die Menschen am unteren Ende der Wohlstandsskala vor den Folgen großer Schocks geschützt werden können.⁵ Wir müssen damit anfangen, Ungleichheit nicht mehr nur als moralisches Problem zu begreifen – was sie ja ist –, sondern auch als grundlegendes wirtschaftliches Problem, als integralen Aspekt bei der Vorstellung von menschlicher Entwicklung – und als besonders relevant für jegliche Analyse von Verwundbarkeit.

Anfälligkeit begrenzen

Einige Maßnahmen zur Verringerung von Anfälligkeit sind weithin bekannt und werden seit Langem bei der menschlichen Entwicklung berücksichtigt, beispielsweise bessere Bildung und mehr soziale Sicherung. Bildung ist in dieser Hinsicht wichtig. Sie ermöglicht Individuen nicht nur, ihr Potenzial voll auszuschöpfen, sie führt nicht nur zu Produktivitätssteigerungen: Sie verbessert auch die Fähigkeit des Einzelnen, Schocks zu bewältigen. Besser gebildete Individuen können beispielsweise einfacher von einem Arbeitsplatz zu einem anderen wechseln. Die nützlichen Auswirkungen entsprechender politischer Maßnahmen mögen zwar offensichtlich sein, sie sind jedoch nach wie vor von entscheidender Bedeutung.

Es gibt jedoch auch andere Maßnahmen, bei denen dies nicht so offensichtlich ist. Bei vielen Aspekten unseres Wirtschaftssystems ist eine Risikotragfähigkeit stillschweigend inbegriffen – anders ausgedrückt: Sie tragen dazu bei, dass Verwundbarkeit verringert wird. Ein Konkursrecht, das den gewöhnlichen Bürger (Schuldner) schützt – statt zu versuchen, zum Vorteil der Gläubiger so viel wie möglich aus den besonders Benachteiligten herauszupressen, wie es das amerikanische System tut –, ist äußerst wichtig. Ein gutes Konkursrecht ermöglicht dem Einzelnen, noch einmal neu anzufangen.

Einkommensabhängige Bildungsdarlehen können Familien Unterstützung bieten, sich aus der Armutfalle zu befreien und sich nach oben durchzukämpfen. Und gute soziale Sicherungssysteme wirken sich, wie bereits beschrieben, nicht nur positiv auf das Wohlergehen derjenigen aus, die unter Druck stehen, sondern auch auf die Gesamtleistung des Wirtschaftssystems.

Vulnerabilität hat vielerlei Ursachen und Folgen. Ihre Verringerung ist ein wichtiger Bestandteil einer jeden Agenda zur Verbesserung menschlicher Entwicklung. Wenn wir allerdings Anfälligkeit erfolgreich verringern wollen, müssen wir dafür einen breit angelegten systemischen Ansatz wählen.

Hinweise

1. Ogata und Sen 2003. 2. Narayan et al., 2000. 3. Stiglitz, Sen und Fitoussi 2010. 4. Der Internationale Währungsfonds hat darauf aufmerksam gemacht; siehe Berg und Ostry (2011b). 5. Natürlich gibt es noch viele andere schädliche Auswirkungen von Ungleichheit, wie Stiglitz (2012b) betont. Ungleichheit geht mit geringerem Wachstum einher, untergräbt die Demokratie, fördert soziale Spannungen und untergräbt das Vertrauen.

alte Menschen angemessene Pflege bekommen, wenn sie diese benötigen. Vollbeschäftigungspolitik macht für Jugendliche den schwierigen Übergang von der Ausbildung ins Arbeitsleben einfacher. Eine solche Politik schafft auch positive Rückkoppelungseffekte, die für Staaten

eine nachhaltige Entwicklungsperspektive ermöglichen. So unterschiedliche Länder wie beispielsweise die Republik Korea und Schweden konnten auf ihrem Weg zur Industrialisierung von gut ausgebildeten Arbeitskräften profitieren.

Universalität ist ein effektiver Ansatz, um dem unbestimmten Charakter von Anfälligkeit direkt entgegenzutreten.

Die politischen Maßnahmen, die hier erörtert werden, werden voraussichtlich einige Zeit in Anspruch nehmen, bis Resilienz bei der Bevölkerung und in Gesellschaften aufgebaut ist. Können spezielle Maßnahmen kurzfristig den Aufbau dieser Widerstandsfähigkeit beschleunigen und zum Schutz künftiger Wahlmöglichkeiten und Fähigkeiten beitragen? In Kapitel 3 wurde die Position vertreten, dass für die Analyse der Triebkräfte von Verwundbarkeit eine breit angelegte Sichtweise erforderlich ist. Unweigerlich muss daher die Reaktion umfassend und langfristig ausgerichtet sein. Kurzfristige Maßnahmen können jedoch besser mit langfristigen Erfordernissen in Einklang gebracht werden.

Anhaltende Schocks machen zwar langfristig entschlossenes politisches Handeln erforderlich, Reaktionssysteme können jedoch eine bessere kurzfristige Anpassung an widrige Ereignisse erleichtern, indem sie Wahlmöglichkeiten sichern und längerfristige Auswirkungen möglichst gering halten. Ein Beispiel hierfür ist die Bolsa Familia-Initiative in Brasilien, ein Geldtransferprogramm, das darauf ausgerichtet ist, negative längerfristige Auswirkungen gering zu halten, indem beispielsweise den Kindern ermöglicht wird, ihre Schulbildung fortzusetzen und ihre Gesundheit geschützt wird.¹ Die Auswirkungen des starken Anstiegs der Lebensmittelpreise nach der globalen Finanzkrise wurden durch höhere Transferzahlungen abgemildert. Darüber hinaus kann außer unmittelbarer Nothilfe nicht viel mehr getan werden. Diese jedoch, egal wie gut sie durchdacht ist, ist keine langfristig sinnvolle Maßnahme. Unabhängig davon, dass noch umfassendere soziale Schutzmaßnahmen ergriffen werden müssen, können Transferzahlungsprogramme relativ einfach eingerichtet werden. Sie wirken sich nur unwesentlich auf den Haushalt aus, wenn es, wie in Brasilien, eine Infrastruktur gibt, die man nutzen kann. Solche Programme müssen entwickelt werden, um zu gewährleisten, dass das Leistungsvermögen – insbesondere der nächsten Generation – gewahrt wird.

Universelle soziale Grundversorgung

Universalität impliziert gleichen Zugang und gleiche Chancen, um grundlegende Kompetenzen zu entwickeln. Universeller Zugang zu grundlegenden sozialen Dienstleistungen – Bildung, Gesundheitsversorgung, Wasser- und sanitäre Versorgung und öffentliche Sicherheit – fördert die Widerstandskraft. Universalität ist ein effektiver Ansatz, um dem unbestimmten Charakter von Anfälligkeit direkt entgegenzutreten. Sozialpolitische Maßnahmen, die ein gemeinsames Ziel verfolgen, schützen nicht nur diejenigen, die derzeit in Armut leben, krank sind oder sich in einer Phase der Arbeitslosigkeit befinden; sie schützen ebenfalls Individuen und Haushalte, denen es gut geht, die aber vielleicht demnächst, wenn Probleme auftreten, zu kämpfen haben werden. Solche Maßnahmen sichern auch bestimmte wichtige Kompetenzen künftiger Generationen ab.

Eine allgemeine soziale Grundversorgung ist nicht nur zwingend erforderlich – sie ist auch schon in frühen Entwicklungsstadien möglich. Neuere Erkenntnisse belegen, dass eine solche Grundversorgung in weniger als einem Jahrzehnt erreicht werden kann. Hinzu kommt, dass eine allgemeine Bereitstellung grundlegender sozialer Dienstleistungen besser ist als zielgruppenspezifische Maßnahmen, die zu sozialer Stigmatisierung für die Empfänger und zu einer Aufspaltung der Qualität der Dienstleistungen führen. Diejenigen, die es sich leisten können, nehmen dann nämlich keine öffentlichen Dienstleistungen mehr in Anspruch.

Eine allgemeine Bereitstellung sozialer Grundversorgung kann soziale Kompetenzen auf verschiedene Art und Weise fördern. Sie kann ein effektiver Ansatz sein, Chancen und Ergebnisse gerechter zu verteilen – und gleichzeitig zur Befähigung zu selbstbestimmtem Handeln in einer Gesellschaft beitragen. Allgemeine öffentliche Bildung kann die Kluft zwischen Kindern reicher und armer Eltern im Hinblick auf die Qualität der Bildung verringern. Die Vermittlung von Fähigkeiten und Fertigkeiten von einer Generation zur nächsten, wie beispielsweise in der Familie Erlerntes, kann langfristig nützlich sein. Universell

ausgerichtete Politikkonzepte fördern auch die soziale Solidarität.²

Das Argument für allgemeine soziale Grundversorgung beruht dann zuallererst auf der Prämisse, dass alle Menschen in die Lage versetzt werden sollten, ein Leben zu führen, das sie wertschätzen. Auch sollte der Zugang zu bestimmten grundlegenden Elementen eines Lebens in Würde nicht davon abhängen, ob jemand dafür bezahlen kann. Im Bericht des UN-Generalsekretärs „Ein Leben in Würde für alle“ aus dem Jahr 2013 wird festgestellt, dass eine „Vision der Zukunft, die fest in den Menschenrechten und in universell akzeptierten Werten und Prinzipien verankert ist, einschließlich der Prinzipien, die in der Charta, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Millenniumserklärung festgeschrieben wurden“³ eine der Voraussetzungen für die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung ist. Im Abschlussdokument des UN-Millenniumsgipfels vom September 2010 wird festgestellt, „dass die Förderung des Zugangs zu sozialen Dienstleistungen und die Bereitstellung von sozialer Gundsicherung einen wichtigen Beitrag zur Festigung und zum Erreichen weiterer Entwicklungsfortschritte leisten kann.“⁴

Das Bekenntnis zur universellen sozialen Grundversorgung erfordert tiefgreifende gesellschaftliche und politische Entscheidungen. Es spiegelt die Art der Gesellschaft wider, die die Menschen haben wollen. Die Art und Weise, wie solche Dienstleistungen erbracht werden, kann je nach Gegebenheiten und Länderkontext variieren. Allen erfolgreichen Erfahrungen liegt jedoch eine einzige Idee zugrunde: Der Staat hat die Hauptverantwortung, im Rahmen eines grundlegenden Gesellschaftsvertrags zwischen der Bevölkerung und ihrem Staat, soziale Dienstleistungen für die gesamte Bevölkerung bereitzustellen.

Auf einer mehr politikorientierten Ebene reicht es nicht aus, den Blick nur auf die Höhe der Budgets zu richten; es ist ebenso wichtig, wie und wann es eingesetzt wird. Es mag zwar sein, dass mehr finanzielle Mittel erforderlich sein werden, um eine soziale Grundversorgung für die gesamte Bevölkerung zu ermöglichen, bescheidene Investitionen zur richtigen Zeit können jedoch durchaus zur Verringerung der

Verwundbarkeit beitragen. Mit den Budgets müssen rechtliche und andere Maßnahmen verbunden werden, um den Zugang zu Dienstleistungen und Chancen gerechter zu gestalten.

Allgemeine oder gezielte Bereitstellung sozialer Grundversorgung

In den vergangenen Jahrzehnten hat es weltweit Veränderungen in den politischen Konzepten zu Sozialausgaben gegeben, der Schwerpunkt hat sich von Entwicklung auf Armutsbekämpfung verlagert.⁵ Dies hatte zur Folge, dass soziale Ausgaben eher für die Armen getätigt wurden als für alle. Zielgruppenspezifische Dienstleistungen wurden als effizienter und kostengünstiger angesehen, und als effektiver, um Umverteilung zu gewährleisten. Historische Beispiele bieten jedoch ein differenzierteres Bild. Eine allgemeine Bereitstellung sozialer Dienstleistungen konnte in vielen Fällen mit mehr Armutsbekämpfung, mehr Umverteilung und weniger Ungleichheit in Verbindung gebracht werden – gewissermaßen ein Paradoxon, denn gezielte Sozialleistungen sorgen theoretisch für mehr Umverteilung.⁶ Eine wichtige Rolle spielt dabei, dass die Mittelklasse und die Eliten weniger bereit sind, diese Maßnahmen über Steuern zu finanzieren, wenn nur wenige davon profitieren. Bei einer universellen Bereitstellung sind die Eliten jedoch eher bereit, Dienstleistungen zu bezahlen, und einige Ineffizienzen bei der Umverteilung werden durch den größeren Pool verfügbarer Mittel wieder ausgeglichen.⁷

In den europäischen Wohlfahrtsstaaten wurde die allgemeine Absicherung über die Sozialversicherung durch die Erwartungen und Forderungen der Mittelklasse vorangetrieben.⁸ Ebenso war das allgemeine Angebot von Bildung und Gesundheitsversorgung in den nordischen Ländern aufgrund der hohen Qualität, von der alle profitieren konnten, nachhaltig. Dadurch wurde gewährleistet, dass die Mittelklasse bereit war, dieses Angebot durch Steuern zu finanzieren. Aus diesen Gründen sind Rufe nach einer Politik der Solidarität laut geworden: Man sollte universalistische Prinzipien dazu nutzen, die Mittelklasse in die soziale Absicherung mit einzubinden, und auf diese

Das Bekenntnis zur universellen sozialen Grundversorgung erfordert tiefgreifende gesellschaftliche und politische Entscheidungen.

Universalistische Prinzipien in der Sozialpolitik sind in etlichen Ländern seit Jahren als Ziel in Länderverfassungen aufgenommen und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte anerkannt worden.

Weise eine Koalition zwischen Armen und Wohlhabenderen zu schaffen.⁹ Eine gezielte Bereitstellung für einzelne Bevölkerungsgruppen kann die Solidarität untergraben und zur Entstehung zweigleisiger Systeme führen: unterfinanzierte, qualitativ minderwertige Dienste für die Armen und qualitativ hochwertigere kommerzielle Dienste für die Mittelklasse und die Reichen.

Universalistische Prinzipien in der Sozialpolitik sind in etlichen Ländern seit Jahren bekannt und werden auch angewendet. Sie sind als angestrebtes Ziel in Länderverfassungen aufgenommen und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte anerkannt worden. Viele Länder in unterschiedlichen geografischen Regionen und Entwicklungsstadien müssen sich jedoch erst noch zur Bereitstellung allgemeiner sozialer Grundversorgung verpflichten. Ein Dauerproblem ist, angemessene Geldquellen zur Finanzierung der allgemeinen Grundversorgung zu erschließen. Es gibt beispielsweise eine stillschweigende Annahme, dass Wirtschaftswachstum, das höhere Einkommen mit sich bringt, eine Voraussetzung für allgemeine Gesundheitsversorgung ist. Seit der Finanzkrise 2008 mehren sich – sogar in Industrieländern – die Sorgen über einen geringeren finanzpolitischen Spielraum, was zu Sparmaßnahmen führt.¹⁰ Die Höhe des Staatseinkommens allein muss jedoch universelle Sozialpolitik nicht einschränken. Fehlende finanzielle Mittel sind zwar ein ernstes Problem, doch durch Mobilisierung von Ressourcen, Umstrukturierung des finanziellen Spielraums, neue Prioritätensetzung bei den Ausgaben und Effizienzsteigerung der Dienstleistungen durch besser konzipierte Institutionen können mehr Optionen geschaffen werden.

Allgemeine soziale Grundversorgung ist selbst in frühen Entwicklungsstadien möglich

Aus einer Studie über die Bedingungen in ausgewählten Ländern, die Universalitätsprinzipien verabschiedet haben, ergeben sich drei stilisierte Fakten. Erstens wurden die Prinzipien im Allgemeinen vor der Industrialisierung der Länder und bevor sie Wohlstand erreichten, verabschiedet. Zweitens wurden

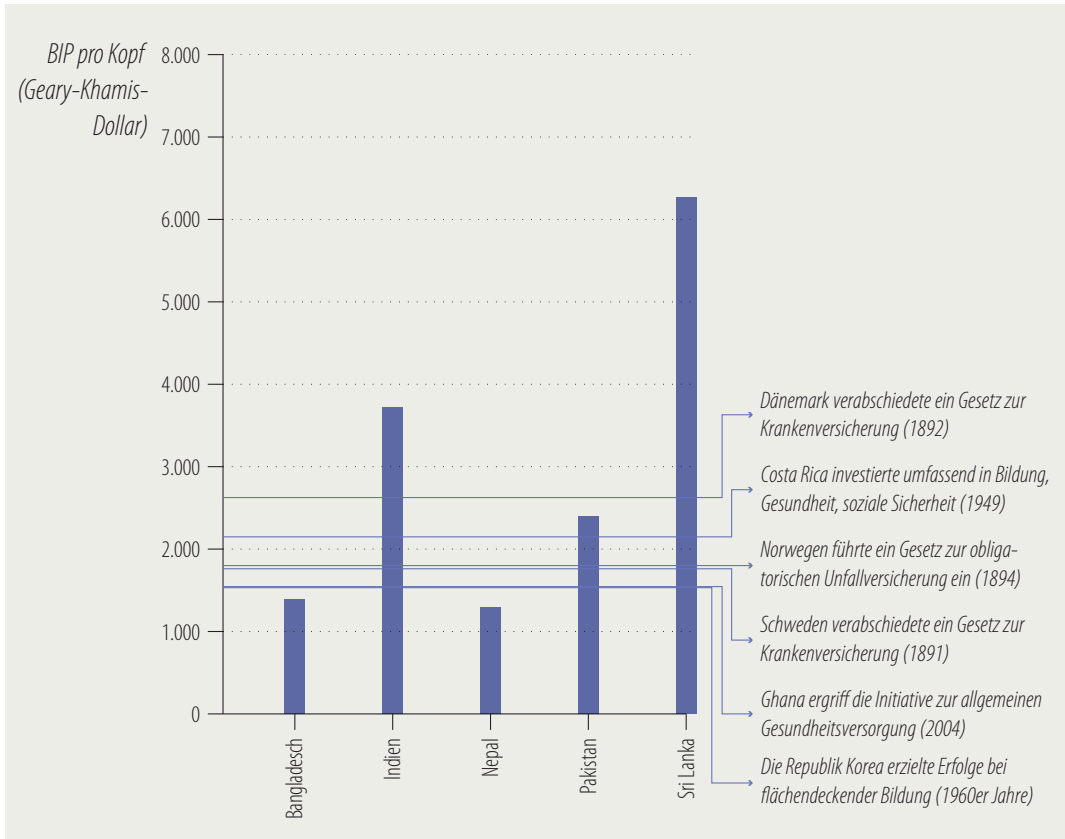
die Prinzipien unter ganz unterschiedlichen politischen Regimen verabschiedet – von Autokratien bis hin zu sehr gut funktionierenden Demokratien. Drittens dauerte es viele Jahre, in einigen Fällen sogar Jahrzehnte, bis Länder, die die Prinzipien schon früh verabschiedet hatten, sie auch umsetzten – bei einigen Ländern, die die Prinzipien erst vor Kurzem verabschiedet haben, dagegen nicht. Die Vorteile, die sich aus einer breit angelegten sozialen Grundversorgung ergeben, entstehen jedoch lange bevor die Bereitstellung umfassend verwirklicht werden konnte.

In Costa Rica, Dänemark, der Republik Korea, Norwegen und Schweden wurden die ersten Schritte zu einer allgemeinen sozialen Grundversorgung unternommen, als sie noch ein relativ geringes Pro-Kopf-Einkommen hatten. In Costa Rica wurden in einer Verfassungsänderung 1949 umfassende Maßnahmen zu Bildungsinvestitionen, zum öffentlichen Gesundheitswesen und zu sozialer Sicherheit verabschiedet. Dies geschah unmittelbar nach heftigen politischen Auseinandersetzungen, die zum Entstehen der Demokratie führten – als das BIP in Costa Rica pro Kopf bei 2.123 internationalen Dollar (Wert von 1990) lag. In Schweden (1891) und Dänemark (1892) wurden Gesetze zur Krankenversicherung verabschiedet, als das BIP pro Kopf bei 1.724 Dollar beziehungsweise 2.598 Dollar lag. In Norwegen wurde 1894 ein Gesetz zur obligatorischen Unfallversicherung verabschiedet, als dort das BIP pro Kopf 1.764 Dollar betrug. Die Republik Korea konnte bereits in den frühen 1960er Jahren große Bildungsfortschritte vorweisen, als dort das BIP pro Kopf weniger als 1.500 Dollar betrug.¹¹ In Ghana wurde die Initiative zu einer allgemeinen Gesundheitsversorgung im Jahr 2004 ergriffen, als das Pro-Kopf-Einkommen bei 1.504 Dollar lag – es gibt noch keine flächendeckende Versorgung, aber die privaten Ausgaben im Gesundheitssektor konnten bereits stark reduziert werden.¹² All diese Länder begannen, Maßnahmen zur Sozialversicherung zu ergreifen, als ihr BIP pro Kopf niedriger war als derzeit in Indien und Pakistan (Grafik 4.1).

Als Schweden 1842 die allgemeine Schulpflicht einführte, war sein BIP pro Kopf (926 Dollar) niedriger als das gegenwärtige

GRAFIK 4.1

Etliche Länder ergriffen bereits Maßnahmen zur Sozialversicherung, als ihr BIP pro Kopf niedriger war, als das der meisten Länder in Südasien heutzutage



Quelle: Berechnungen basierend auf Maddison (2010).

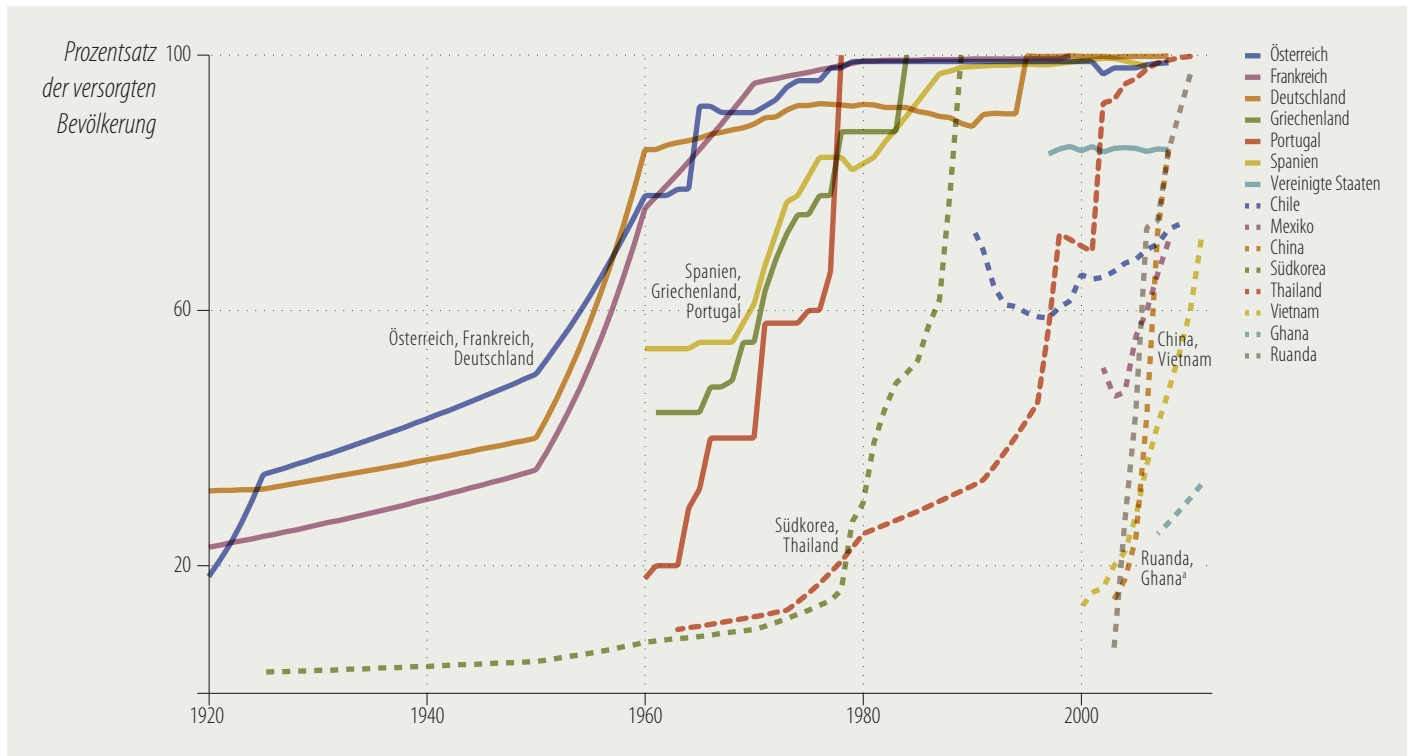
BIP pro Kopf aller Länder in Südasien. Das bedeutet, dass ein hohes nationales Einkommen keine Voraussetzung dafür ist, erste Schritte hin zu breit angelegten Investitionen in eine soziale Grundversorgung zu unternehmen. Investitionen in öffentliche Dienstleistungen wurden in allen genannten Ländern bereits vor dem Wirtschaftswachstum getätigt.

Die frühesten Maßnahmen hin zu breit angelegter – wenn nicht sogar universeller – Bildung, Gesundheitsversorgung und zu umfassender sozialer Sicherung wurden unter einer Vielzahl verschiedener politischer Bedingungen verabschiedet (Grafik 4.2). In Frankreich und den nordischen Ländern gingen der Verabschiedung von sozialpolitischen Maßnahmen ein Geist des Egalitarismus und eine solidarische Sicht von Wohlfahrt als Bürgerrecht voraus. In Deutschland wurde die Volksbildung unter der preußischen Herrschaft in Angriff genommen. In der

Republik Korea flossen hohe Investitionen in die Bildung – selbst als das Land in den späten 1940er Jahren gerade unabhängig geworden war –, und auch in Zeiten politischer Unruhen und in Kriegszeiten wurde der Zugang zu Bildung weiter ausgeweitet.¹³ In Sri Lanka, das auf eine ähnliche Kolonialgeschichte wie Indien und der Rest des Subkontinents zurückblickt, konnte trotz vieler Jahre militanter Auseinandersetzungen und Kriege eine fast flächendeckende allgemeine Bildung und Gesundheitsversorgung erreicht werden.

Während die ersten Initiatoren für den Übergang zu allgemeiner sozialer Grundversorgung länger brauchten, konnten Länder, die sich erst vor Kurzem dazu entschlossen, schneller Fortschritte erzielen. Allgemeine Schulpflicht und soziale Sicherung wurden zwar in Dänemark, Norwegen und Schweden schon im späten 19. Jahrhundert eingeführt, die einzelnen

Entwicklung der flächendeckenden Gesundheitsversorgung in Prozent der Gesamtbevölkerung in ausgewählten Ländern



a. Geschätzt
Quelle: ILO 2011b.

Programme wurden jedoch erst mehr als zehn Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, in den Jahren 1955 bis 1963, tatsächlich umfassend umgesetzt. In der Republik Korea dauerte es gut fünf Jahrzehnte, bis eine nahezu universelle Grundschulbildung und höhere sowie Hochschulbildung umgesetzt werden konnten.¹⁴ Im Vergleich dazu gelang es China, Ruanda und Vietnam innerhalb eines Jahrzehnts, ausgehend von einer sehr geringen Gesundheitsversorgung eine nahezu flächendeckende allgemeine Bereitstellung zu erreichen.¹⁵

Manchmal können schwere Krisen Fortschritte bei der menschlichen Entwicklung verlangsamen. Dies gilt auch für Bemühungen, eine allgemeine soziale Grundversorgung bereitzustellen, richtige kurzfristige Maßnahmen können langfristige Schäden verhindern. Nach den Krisen in Ostasien in den späten 1990er Jahren gerieten Indonesien, die Republik Korea, Malaysia, Thailand und andere Volkswirtschaften durch Marktversagen und den Schock der Kapitalflucht ins Wanken. Die

damit einhergehenden Arbeitsplatzverluste und der Rückgang des Wirtschaftswachstums bedeuteten, dass große Teile der werktätigen Bevölkerung Einkommensverluste hinnehmen mussten, was direkte negative Auswirkungen auf Ausgaben und Konsum der Haushalte und auf Gesundheit und Bildung hatte.

Bei genauerer Untersuchung reagierten die einzelnen Länder unterschiedlich auf die Krisen.¹⁶ Die indonesische Führung war durch politische Unsicherheit eingeschränkt, und die öffentlichen Ausgaben für soziale Bereiche gingen zurück. Durch anhaltende soziale Unruhen waren informelle gemeinschaftliche Netzwerke nicht so belastbar beziehungsweise flexibel. Die Haushaltsausgaben für Gesundheit und Bildung gingen ebenfalls zurück, was zu mehr Krankheitsfällen und höheren Schulabbrecherquoten führte.¹⁷ Die thailändische Regierung führte Unterstützungsmaßnahmen bei Arbeitsplätzen, Gesundheit und Bildung durch.¹⁸ Eine entsprechende Reaktion in Indonesien war jedoch schwieriger. Der

Unterschied bei diesen beiden Erfahrungen wird oft auf das unterschiedliche Niveau proaktiver politischer Maßnahmen der Regierungen zurückgeführt.¹⁹

Makro- und andere Vorteile

Durch eine Ausweitung der grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen können Armut und Ungleichheit verringert werden, noch bevor eine universelle Versorgung erreicht ist. Die Gestaltung und Reichweite von Sozialpolitik wird sich darauf auswirken, ob die Ungleichheit bestehen bleibt, dass einige Menschen in ihrem Leben mehr und andere weniger Einkommenschancen haben. In Mexiko konnte in den Jahren 1997 und 1998 die Armutsrate durch das Oportunidades-Programm um 17 Prozent gesenkt werden. In Brasilien wird der Rückgang der extremen Armut um 16 Prozent unter anderem auf das Bolsa Família-Programm zurückgeführt.²⁰ In Europa ging mit der Konsolidierung der allgemeinen Bereitstellung sozialer Grundversorgung eine Verringerung der Einkommensungleichheit einher. Deshalb wurde die Höhe der Sozialausgaben mit einer Verringerung von Ungleichheit in Verbindung gebracht, bekannt als die sogenannte „size-redistribution thesis“.²¹

Einige Studien haben seither gezeigt, dass wohl eher die institutionelle Ausgestaltung als die Höhe der Ausgaben für die Ergebnisse verantwortlich war.²² Länder können mit den Finanzmitteln, die sie für die Bereitstellung sozialer Grunddienste ausgeben, tatsächlich eine bessere Flächendeckung und Qualität erreichen. Innovative Finanzquellen können angezapft werden, um damit eine allgemeine Bereitstellung zu finanzieren. In Bolivien beispielsweise wurde 1997 eine allgemeine Altersrente eingeführt, die teilweise durch Mittel aus der Privatisierung öffentlicher Unternehmen finanziert wurde. 2007 wurde das Renteneintrittsalter von 65 auf 60 Jahre gesenkt, und die Renten wurden hauptsächlich durch Steuern auf den Verkauf von Kohlenwasserstoffen finanziert.²³

Sozialausgaben sind mit Armutsbekämpfung sowohl in der Gesamtbevölkerung als auch bei einzelnen Bevölkerungsgruppen in Verbindung gebracht worden.²⁴ Mit einer Armutsgrenze,

die auf 50 Prozent des mittleren Durchschnittseinkommens festgelegt wurde, verringerten die nordischen Länder Mitte der 1990er Jahre die Armut bei Familien mit Kindern durch Umverteilung um 80 bis 90 Prozent.²⁵ In anderen europäischen Ländern – beispielsweise in Belgien, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden und Spanien – wurde die Armut bei Familien mit Kindern ebenfalls um mehr als 50 Prozent gesenkt. Durch einkommensunabhängige Ansprüche auf Sozialleistungen wurde die Armut in Schweden um fast 72 Prozent verringert, unabhängig vom Niveau der einkommensabhängigen Zahlungen.²⁶ In Argentinien konnte durch allgemeine Kindergeldzuschüsse, die 2009 eingeführt wurden und auf die 85 Prozent der Kinder Anspruch hatten, die Armut um 22 Prozent und die extreme Armut um 42 Prozent gesenkt werden.²⁷

Universalität in der Sozialpolitik kann auch zu Wirtschaftswachstum beitragen – dadurch entsteht ein positiver Kreislauf von Wachstum und menschlicher Entwicklung. Insbesondere in Ostasien ermöglichten rasche Fortschritte bei Bildung und Ausbildung den einzelnen Ländern, die neue wissensbasierte globale Wirtschaft zu ihrem Vorteil zu nutzen. Eine allgemeine Bereitstellung sozialer Grundversorgung wirkt sich in vielerlei Hinsicht positiv auf die Entwicklung aus, beispielsweise durch Verbesserung bei den menschlichen Ressourcen, was wiederum zum Wachstum beitragen kann und wodurch ein positiver Kreislauf entsteht. Länder, die beispielsweise demografische Dividenden erzielten, konnten in der Regel bessere Ergebnisse bei der Bildung vorweisen, bevor sie wirtschaftlich durchstarteten. Es gibt zwar keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen menschlicher Entwicklung und Wirtschaftswachstum, letzteres stärkt jedoch die Kontrolle eines Landes über Ressourcen und ist daher wichtig für die Entwicklung.

Eine Ausweitung von Bildung und Gesundheitsversorgung hat mehreren Ländern ermöglicht, demografische Dividenden zu erzielen.²⁸ In der Republik Korea beispielsweise lag der Abhängigkeitsquotient bei Kindern in den 1960er Jahren zwischen 74 und 81 Prozent und stieg bis 1966 an. Anschließend sank er immer weiter bis auf 22 Prozent im Jahr 2011. Bereits

Universalität in der Sozialpolitik kann auch zu Wirtschaftswachstum beitragen – dadurch entsteht ein positiver Kreislauf von Wachstum und menschlicher Entwicklung.

Die Umsetzung politischer Maßnahmen, die universell wirken sollen, beginnt oft damit, die „Früchte, die am niedrigsten hängen“, zu ernten.

vor dem wirtschaftlichen Aufstieg Mitte der 1960er Jahre hatte das Land große Erfolge bei der Bildung. 1945 hatte fast die gesamte Bevölkerung keine Schulbildung, und weniger als fünf Prozent hatten eine weiterführende Schule oder eine Hochschule besucht. Bis 1960 hatte sich der Grundschulbesuch jedoch verdreifacht (96 Prozent der Kinder im schulpflichtigen Alter besuchten die Klassen 1 bis 6). Der Besuch weiterführender Schulen war um das Achtfache gestiegen und der Hochschulbesuch um das Zehnfache. In den frühen 1990er Jahren lag die Abschlussrate an den weiterführenden Schulen bei 90 Prozent. Diese Bildungsrevolution setzte sich auch in Zeiten politischer Instabilität und in Zeiten von Armut und Krieg fort, und das Land konnte noch vor dem wirtschaftlichen Aufstieg die allgemeine Schulbildung umsetzen.

In China bietet sich ein komplexeres Bild. Während der 1960er Jahre lag der Abhängigkeitsquotient bei Kindern bei mehr als 70 Prozent. Er sank ab Mitte der 1970er Jahre, kurz vor den Reformen von 1978, und war bis 2011 auf 26 Prozent gesunken. Im Jahr 1982 (dem frühesten Jahr, für das Daten existieren) betrug die Alphabetisierungsrate bei erwachsenen Frauen 51 Prozent.²⁹ Im Jahr 2000 lag sie bei 87 Prozent und 2010 bei über 91 Prozent. 1997 (erstes Jahr, für das Daten verfügbar sind) hatten 94 Prozent der Bevölkerung einen Grundschulabschluss, bei Frauen lag die Abschlussrate bei 92 Prozent. Etwa 2007 war die allgemeine Grundschulbildung flächendeckend umgesetzt. Infolgedessen war das Wachstum im verarbeitenden Gewerbe in den vergangenen zwei Jahrzehnten nicht nur dem Zuwachs bei der erwerbstätigen Bevölkerung, sondern auch einer besser gebildeten, produktiven Arbeiterschaft zu verdanken.

In den letzten Jahrzehnten konnte in China jedoch ein Abbau der Leistungen in der Gesundheitsversorgung und bei der sozialen Sicherung beobachtet werden. Von 1950 bis in die 1970er Jahre war die Gesundheitsversorgung fast flächendeckend – dank des öffentlichen Gesundheitsversorgungsnetzes und aufgrund von Krankenversicherungen in Stadt und Land. Nach 1978 jedoch fand eine Verlagerung zu marktorientierten Mechanismen statt. Zusammen mit steigenden Kosten für medizinische

Versorgung und dem Zusammenbruch des genossenschaftlichen Gesundheitssystems auf dem Land führte dies dazu, dass große Teile der Bevölkerung (auch Bevölkerungsgruppen in der Stadt) sich keine Versorgung mehr leisten konnten. 2009 wurde ein Plan für eine Reform des Gesundheitswesens angekündigt, mit dem Ziel, eine flächendeckende Versorgung aller Stadt- und Landbewohner zu gewährleisten.³⁰ Ende 2013 hieß es, dass 99 Prozent der chinesischen Landbevölkerung durch das neue genossenschaftliche Krankenversicherungssystem auf dem Land Zugang zu Gesundheitsversorgung hätten.³¹

Eine universelle Sozialpolitik wird nicht überall gleich umgesetzt. Wenn auch Rand- und sonst ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen, einschließlich der Armen und Verwundbaren, Zugang erhalten sollen, sind zusätzliche Bemühungen und Ressourcen erforderlich. Die Umsetzung politischer Maßnahmen, die universell wirken sollen, beginnt oft damit, die „Früchte, die am niedrigsten hängen“, zu ernten. Das wird bei politischen Maßnahmen deutlich, die darauf ausgerichtet sind, den Armen, die knapp unter der Armutsgrenze leben, über diese Grenze hinwegzuhelfen. Wenn man eine solche verkehrte Entscheidung vermeiden will, muss man mit der „letzten Meile“ beginnen – und Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen bieten, die sich zuerst an den Bedürfnissen der Ärmsten und Verletzlichsten orientieren. Ein zweites Thema ist die Qualität. Viele Länder haben zwar das Ziel der allgemeinen Grundschulbildung fast erreicht, jedoch erreichen längst nicht alle Kinder einen Abschluss. Hinzu kommt, dass Kinder, die öffentliche Schulen besuchen, oft eine qualitativ sehr schlechte Bildung erhalten: In Ländern, in denen öffentliche und private Schulsysteme nebeneinander existieren, können systematische Qualitätsunterschiede entstehen, wenn das öffentliche Schulsystem nicht ausreichend finanziert wird. Die Qualität des Gesundheitswesens, zu dem die Bevölkerung (über Bezahlung) Zugang hat, und die Leistungen, die von der allgemeinen Gesundheitsversorgung abgedeckt werden, können sich im Ergebnis ebenfalls stark unterscheiden. Wenn genügend finanzielle Mittel in die öffentliche Bildung fließen, kann diese mit der privat angebotenen Bildung

problemlos konkurrieren.³² Wenn man das Angebot erweitern will, ist daher eine genaue Untersuchung erforderlich, um eine angemessene Ausgewogenheit zwischen öffentlichen und privaten Anbietern dieser grundlegenden Dienstleistungen zu gewährleisten. In einem „gemischten“ System ist die Bereitstellung von Dienstleistungen tendenziell aufgeteilt – die Reichen und die Mittelklasse entscheiden sich in der Regel gegen die öffentlich angebotene Bildung, was zu weniger Engagement führt, qualitativ hochwertige Bildung im öffentlich organisierten System anzubieten.

Verwundbarkeiten im Laufe des Lebens berücksichtigen – auf den richtigen Zeitpunkt kommt es an

Will man alle Individuen einbeziehen, sind zu verschiedenen Zeitpunkten im Leben soziale Dienstleistungen erforderlich, um lebenslange Widerstandskraft aufzubauen – insbesondere in sensiblen Lebensabschnitten wie in der frühen Kindheit, beim Übergang vom Jugendlichen- zum Erwachsenenalter und bei dem vom Erwachsenen zum Senior. Es ist sehr wichtig, die Maßnahmen zeitlich zu planen – denn wenn die Entwicklung von Kompetenzen nicht zum richtigen Zeitpunkt gefördert wird, ist es kostspielig, dies später zu korrigieren. Am Beispiel der frühkindlichen Entwicklung lässt sich gut zeigen, dass das Prinzip der Universalität Investitionen in lebenslange Fähigkeiten und Fertigkeiten unterstützen kann.

Der Schwerpunkt liegt hier auf der frühkindlichen Entwicklung. Ein anderer entscheidender Übergang ist der vom Jugendlichen zum jungen Erwachsenen. Die wichtigsten Fragen für junge Leute sind der Wechsel von der Schule ins Arbeitsleben und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. (Beschäftigungspolitik wird im folgenden Abschnitt behandelt, und Renten und Berufsunfähigkeitsversicherung im Abschnitt über soziale Sicherung.)

Im Idealfall sollten Regierungen Kindern und Familien lebenslang Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungswesen und im Bereich Familie und soziale Sicherung anbieten. Es ist jedoch üblich, dass für die frühkindliche Entwicklung weniger Ressourcen zur

Verfügung stehen und dass die Sozialausgaben pro Kopf mit dem Alter steigen.³³ Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Wohlfahrt, die im Laufe des Lebens steigen, fördern und unterstützen nicht die Entwicklung von Kompetenzen während der entscheidenden ersten Lebensjahre (Grafik 4.3).

Schweden ist ein seltenes Beispiel, weil die Regierung dort Finanzmittel für die ersten Lebensjahre bereitstellt³⁴ und damit die entscheidenden Investitionen während der pränatalen und postnatalen sensiblen Phase der Gehirnentwicklung berücksichtigt (Grafik 4.4). Bei der Einführung oder Ausweitung großer nationaler Programme sollten vier Bereiche besonders berücksichtigt werden: prä- und postnatale Betreuung, Bildung und Ausbildung für Eltern, Einkommen, und Ernährung. Wie bereits in Kapitel 3 beschrieben, findet in den ersten Lebensjahren ein sehr rasches Gehirnwachstum statt, das sich anschließend tendenziell verlangsamt. Die Mittelzuweisungen bei staatlichen Sozialleistungen sind jedoch in den frühen Lebensjahren am geringsten und steigen erst später an (siehe Grafik 4.3).³⁵

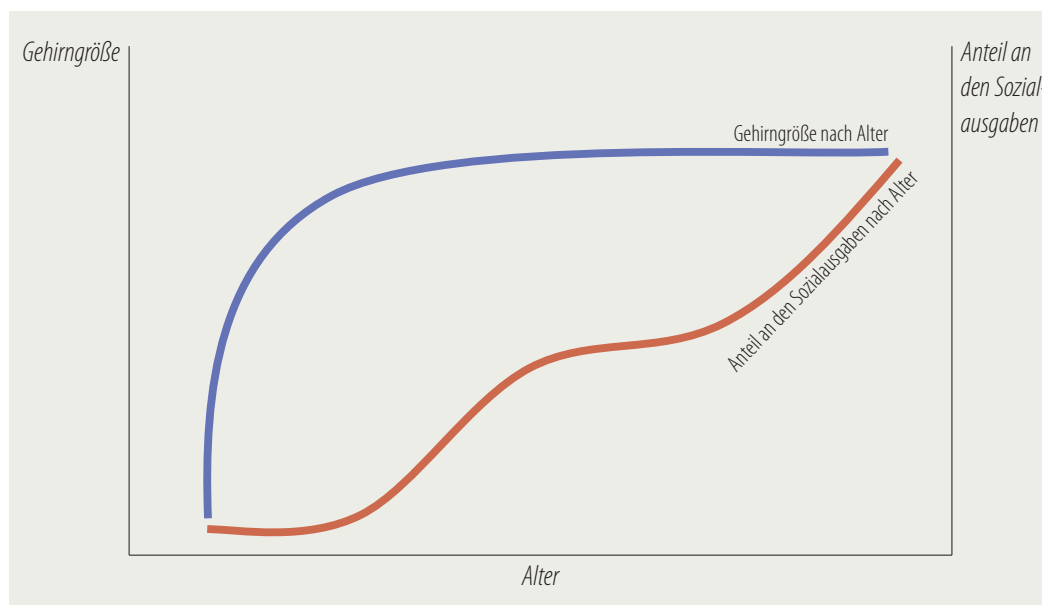
Die Vorteile, die sich aus wirkungsvollen frühen Maßnahmen ergeben, sind am nachhaltigsten, wenn anschließend kontinuierlich in qualitativ hochwertige Bildung investiert wird. Maßnahmen zur frühkindlichen Entwicklung allein reichen nicht aus. Später sind ergänzende Investitionen in lebenslanges Lernen in der Jugend, im Erwachsenenalter und im Alter erforderlich, damit gewährleistet wird, dass ein Individuum seine Fähigkeiten voll entfalten kann. Die gegenwärtigen politischen Konzepte für die Bereiche Bildung und Berufsausbildung sind jedoch oft nicht angemessen fokussiert und legen in der Regel den Schwerpunkt auf kognitive Fähigkeiten, und weniger auf soziale Fähigkeiten, Selbstdisziplin, Motivation und andere soziale Kompetenzen, die für Erfolg im Leben entscheidend sind.

Die schulischen Leistungen stabilisieren sich im Kindesalter (bei etwa Sieben- bis Achtjährigen), und das familiäre Umfeld kann zur Entstehung von Ungleichheiten führen (Grafik 4.5).³⁶ Besonders wichtig ist die wechselseitige Beziehung zu Eltern und Betreuungspersonen.³⁷ Niveau und Qualität dieser wechselseitigen Beziehungen – beispielsweise

Wenn die Entwicklung von Kompetenzen nicht zum richtigen Zeitpunkt gefördert wird, ist es kostspielig, dies später zu korrigieren.

GRAFIK 4.3

Ausgaben für Gesundheit, Bildung und Wohlfahrt, die im Laufe des Lebens steigen, fördern und unterstützen nicht die Entwicklung von Kompetenzen während der entscheidenden ersten Lebensjahre



Quelle: Karoly et al. 1997.

Spielen, verbaler Austausch, Mimik und körperlicher Kontakt – stehen in engem Zusammenhang mit dem späteren Verhalten eines Kindes, seinen kognitiven Fähigkeiten und der emotionalen Entwicklung.³⁸ Ein großer Teil der Betreuung ist unbezahlt und nicht-gewerblich.

Das Säuglingsalter und die frühe Kindheit gehören zu den prägendsten Lebensabschnitten eines Menschen. Investitionen in Kinder – in Form von Zeit, Geld und anderen Ressourcen – erweitern ihre Wahlmöglichkeiten im weiteren Lebensverlauf, fördern ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten und führen zu nachhaltigen Verbesserungen bei der menschlichen Entwicklung. Kinder, die in Armut hineingeboren werden, immer hungrig sind und nicht angemessen betreut werden, erbringen in der Schule schlechtere Leistungen, ihr Gesundheitszustand ist schlechter, und sie erlangen voraussichtlich keinen guten Arbeitsplatz. Als Erwachsene investieren sie dann zu wenig in ihre eigenen Kinder, sodass sich die Verwundbarkeit von einer Generation auf die nächste überträgt. Wenn Haushalte ständigen Schocks ausgesetzt sind, können Programme wie Bolsa Família und Oportunidades dazu beitragen,

dass Kinder nicht aus der Schule genommen werden oder an Unterernährung leiden.

Eltern und Betreuungspersonen in Haushalten mit geringem Einkommen oder in verarmten Haushalten müssen oft mehr Zeit für bezahlte Arbeit aufwenden, damit sie über die Runden kommen, und können daher weniger Zeit in Kinder investieren. Erwachsene in besser situierten Haushalten haben mehr Geld – und oft auch mehr Zeit. Dies erklärt die Zusammenhänge zwischen sozioökonomischem Status und frühkindlicher Entwicklung.³⁹ Es zeigt auch auf, dass sich der allgemeine Zugang zu frühkindlichen Entwicklungsmaßnahmen positiv auf die Chancengleichheit auswirkt.

Vollbeschäftigung fördern

Vollbeschäftigung zu erreichen, war ein zentrales Element der makroökonomischen politischen Konzepte in den 1950er und 1960er Jahren. Dieses Ziel verschwand in der Ära der Stabilisierung nach den Ölkrisen 1973 und 1979 von der globalen Agenda. Jetzt ist es an der Zeit, es wieder anzugehen, damit stabile,

nachhaltige Fortschritte erzielt werden können. Universalität wird häufig im Hinblick auf sozialpolitische Maßnahmen diskutiert – beispielsweise in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung und Einkommensunterstützung. Sie gilt jedoch auch für den Arbeitsmarkt – es muss gewährleistet werden, dass jeder Mensch Zugang zu anständig bezahlter Arbeit hat. Nicht jeder wird sich für einen bezahlten Arbeitsplatz entscheiden, Universalität impliziert jedoch, dass jeder die Möglichkeit erhält, einen solchen zu bekommen. Allgemeiner Zugang zu einem angemessenen Arbeitsplatzangebot wird oft als Politik der Vollbeschäftigung bezeichnet. Durch Vollbeschäftigung wird Universalität nicht nur auf den Arbeitsmarkt ausgeweitet, sondern es wird auch die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen unterstützt. Vollbeschäftigung war tatsächlich wichtig, um das nordische Modell aufrechtzuerhalten, da eine hohe Beschäftigungsrate dazu beitrug, angemessene Steuereinkünfte zu erzielen, um die allgemeine Bereitstellung sozialer Grundversorgung zu finanzieren.

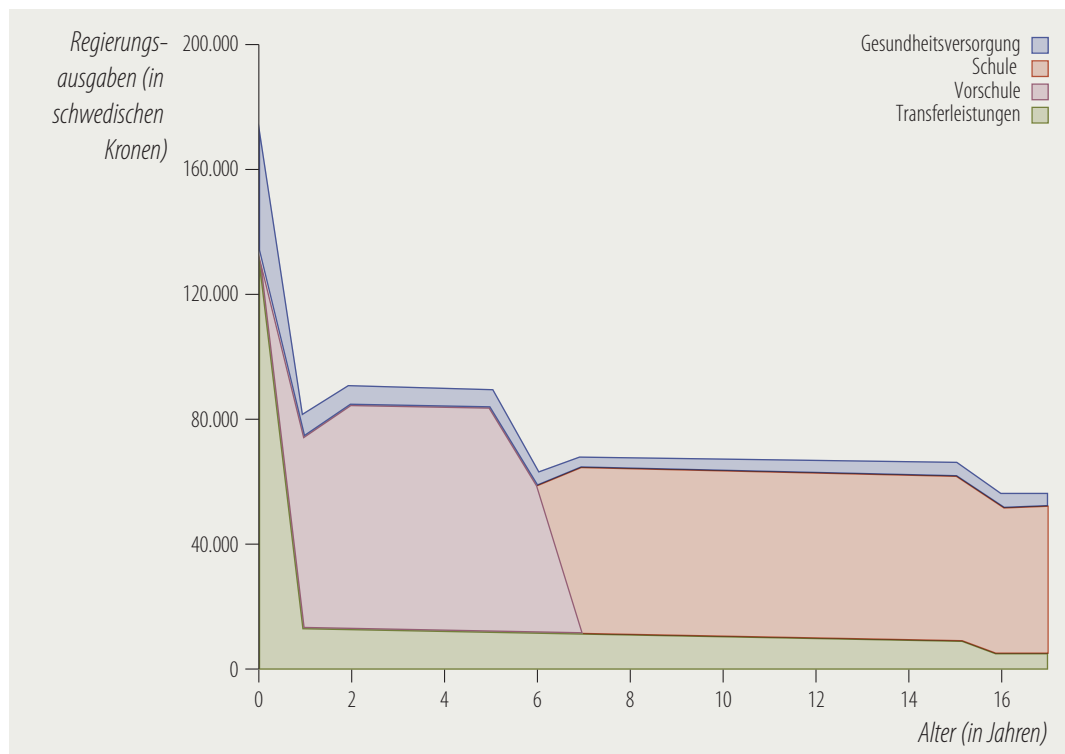
Vollbeschäftigung ist auch wegen ihres sozialen Nutzens wünschenswert. Arbeitslosigkeit bringt hohe wirtschaftliche und soziale Kosten mit sich, was zu ständigen Produktionseinbußen, zu einem schlechteren Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte und zu Produktivitätsverlusten führt. Produktionsausfälle und der Verlust der damit zusammenhängenden Steuereinnahmen können höhere öffentliche Ausgaben zur Unterstützung der Arbeitslosenversicherung erforderlich machen. Langzeitarbeitslosigkeit stellt auch eine ernste Bedrohung für die Gesundheit (physisch und mental) und die Lebensqualität (unter anderem für die Schulbildung der Kinder) dar. Außerdem kann Arbeitslosigkeit mit einem Anstieg von Kriminalität, Selbstmorden, Gewalt, Drogenmissbrauch und anderen sozialen Problemen in Verbindung gebracht werden. Der soziale Nutzen eines Arbeitsplatzes ist daher weitaus größer als der private Nutzen – der Lohn.

Arbeitsplätze fördern soziale Stabilität und sozialen Zusammenhalt, und gute

Vollbeschäftigung ist auch wegen ihres sozialen Nutzens wünschenswert. Arbeitslosigkeit bringt hohe wirtschaftliche und soziale Kosten mit sich.

GRAFIK 4.4

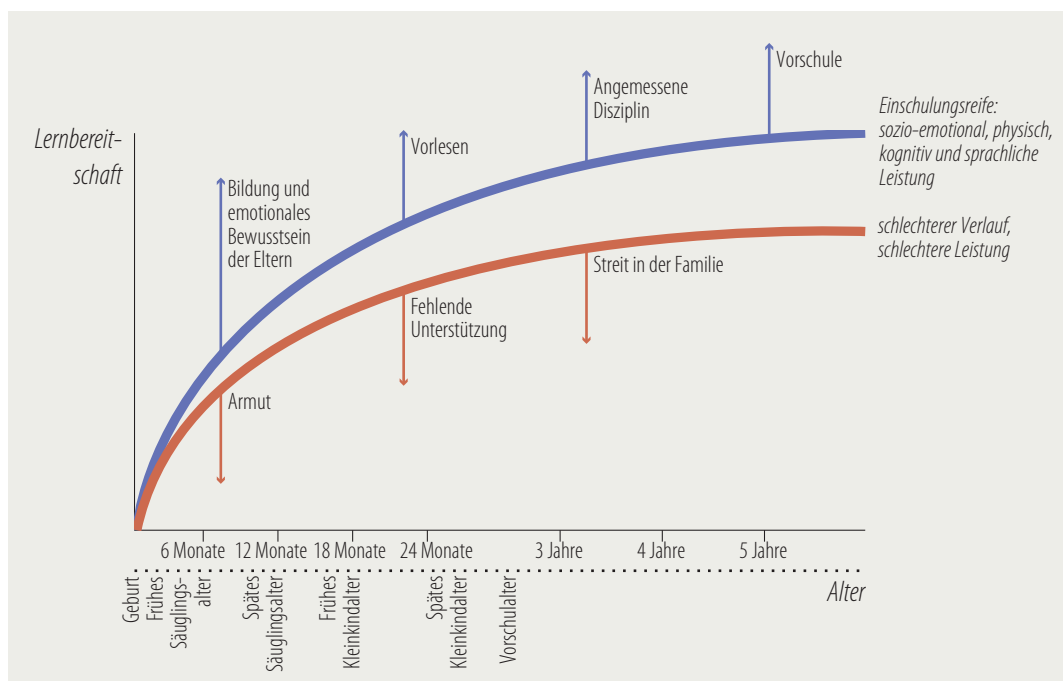
Investitionen in die frühe Kindheit – das schwedische Beispiel



Quelle: Dalman und Bremberg 1999.

GRAFIK 4.5

Niveau und Qualität der wechselseitigen Beziehungen zu Eltern und Betreuungspersonen stehen in engem Zusammenhang mit dem späteren Verhalten eines Kindes, seinen kognitiven Fähigkeiten und der emotionalen Entwicklung



Quelle: Young 2014.

Arbeitsplätze stärken die Fähigkeit der Menschen, mit Schocks und Unsicherheit fertigzuwerden. Arbeitsplätze, die den Lebensunterhalt sichern, stärken die Handlungsfähigkeit der Menschen und haben einen größeren Wert für Familien und Gemeinschaften. Sichere Beschäftigungsverhältnisse sind auch psychologisch äußerst wertvoll.

Nur wenige Länder, ob Industriestaaten oder Entwicklungsländer, verfolgen allerdings das Ziel der Vollbeschäftigung als übergeordnetes gesellschaftliches oder ökonomisches Ziel. Bei makroökonomischen politischen Konzepten wird derzeit fast überall der Schwerpunkt auf Preisstabilität und Schuldenmanagement gelegt. Auf global vernetzten Finanzmärkten werden Länder schnell bestraft, wenn man glaubt, dass diese Ziele nicht angemessen verfolgt werden. Aufgrund von Informationsbarrieren und anderen Spannungen auf dem Arbeitsmarkt können Märkte selbst theoretisch keine Vollbeschäftigung bieten. Im Fall von unregulierten Märkten ist es zudem besonders schwierig,

wünschenswerte Arbeitsmarktergebnisse zu erzielen.

Ein stärkeres staatliches Engagement für Vollbeschäftigung und aktive staatliche Maßnahmen sollten darauf ausgerichtet sein, Arbeitsplätze zu schaffen und zu schützen. Man sollte sich in Erinnerung rufen, dass die Verpflichtung von Kopenhagen zur Vollbeschäftigung aus dem Jahr 1995 den Millenniums-Entwicklungszielen im Jahr 2008 als Zielvorgabe 1.B hinzugefügt wurde. Schaffung und Schutz von Arbeitsplätzen statt Arbeitsplatzvernichtung sollten heutzutage ein Leitmotiv für kreative, aktive Arbeitsmarktpolitik sein. Arbeitslosenunterstützung und Entschädigung bei Arbeitsunfällen, so nützlich sie auch sein mögen, sind allerdings nur reaktive Maßnahmen auf die Auswirkungen wirtschaftlicher Verwundbarkeit. Eine aktive Arbeitsmarktpolitik sollte diese Verwundbarkeit beheben, indem sie den Arbeitern durch vorübergehende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder durch die Vermittlung von Qualifikationen hilft, wieder Arbeit zu finden. Singapur

beispielsweise legt in Zeiten konjunktureller Schwächen großen Wert auf Arbeitsplatzstabilität und bietet Arbeitgebern Lohnkostenzuschüsse an (statt Arbeitslosenunterstützung an Arbeiter zu bezahlen), durch die die Löhne am unteren Ende der Lohnskala angehoben werden.

Für Entwicklungsländer, in denen Unterbeschäftigung herrscht, ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik jedoch nicht ausreichend. Wenn das Ziel der Vollbeschäftigung erreicht werden soll, sind politische Maßnahmen erforderlich, die Wachstum fördern, das den Armen zugutekommt, und die ein Gefüge der sozialen Sicherheit schaffen. Außerdem sind makroökonomische Maßnahmen erforderlich, die mehr beinhalten als die ausschließliche Schwerpunktsetzung auf Preisstabilität und Schuldenmanagement. In der Regel gibt es in Entwicklungsländern wenig formelle Arbeitslosigkeit – vielmehr ist Arbeitslosigkeit im Allgemeinen ein Status, den sich nur wohlhabendere Menschen leisten können. Die Entwicklungsländer müssen in den nächsten Jahren viele neue Arbeitsplätze schaffen, damit der hohe Anteil Jugendlicher in der Bevölkerung Arbeit findet.

Überall auf der Welt gibt es vielversprechende Beschäftigungsinitiativen. China beispielsweise setzt stark auf hohes Wachstum, um die Neuzugänge auf dem Arbeitsmarkt bewältigen zu können. In Indien dient das National Rural Employment Guarantee Scheme dazu, Arbeit als grundlegendes Recht aller Bürger zu gewährleisten. Die Beispiele verdeutlichen, welche Chancen sich in verschiedenen Entwicklungsstadien bieten, die Anfälligkeit zu verringern und die Widerstandskraft der Bevölkerung und der Gesellschaft zu stärken, wenn Vollbeschäftigung als strategisches Ziel konsequent verfolgt wird.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde jedoch in makroökonomischen Konzepten in den meisten Entwicklungsländern der Schwerpunkt eindimensional auf Preisstabilität statt auf Vollbeschäftigung gelegt, was zu geringem Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit führte.⁴⁰ Die Nachteile machen sich auch in den Industrieländern bemerkbar. Da Sparmaßnahmen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage drücken, wenn sie eigentlich gesteigert werden müsste, sind sie als makroökonomisches

Handlungskonzept wohl eher ungeeignet, weil dadurch die Auswirkungen von Konjunkturfauten auf die Arbeitslosigkeit noch verschlimmert werden (Kasten 4.1). Eine auskömmliche Arbeit, die akzeptabel entlohnt wird, setzt formelle Verträge voraus, durch die plötzliche Entlassungen verhindert werden. Eine solche Arbeit beinhaltet auch einen Anspruch auf soziale Absicherung und kann daher stark dazu beitragen, die Verwundbarkeit von Beschäftigten zu verringern, allerdings weniger in Rezessionszeiten. Eine Reduzierung prekärer Beschäftigungsverhältnisse ist daher äußerst wichtig, um die menschliche Anfälligkeit im Allgemeinen zu verringern. Es ist längst erkannt worden, wie wichtig auskömmliche Arbeit und Vollbeschäftigung sind. Trotzdem sind weitverbreitete Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in den meisten Ländern weiterhin an der Tagesordnung. Schuld daran sind nach wie vor angewendete, unzureichend antizyklisch orientierte, makroökonomische Handlungskonzepte.

All diese Politikbereiche hängen miteinander zusammen, und ein Gesamtansatz zur Behebung von Mängeln auf dem Arbeitsmarkt erfordert koordinierte Bemühungen. Dazu ist ein Strukturwandel der Wirtschaft erforderlich – Schritte hin zu höherer Produktivität und zu Aktivitäten mit höherer Wertschöpfung. Dabei sollten gezielte politische Maßnahmen ergriffen werden, die die Entwicklung strategischer Sektoren und Aktivitäten unterstützen.⁴¹

Für Entwicklungsländer sind besondere Konzepte erforderlich

In Entwicklungsländern kann das Ziel der Vollbeschäftigung nur mit anderen Ansätzen erreicht werden. Traditionelle politische Konzepte wie die oben erwähnten, eignen sich eher für entwickelte Länder. Solche Konzepte leisten nur einen kleinen Beitrag zur Verringerung der Vulnerabilität hinsichtlich von Beschäftigung und helfen nur einer Minderheit, die im modernen formellen Sektor tätig ist. Das langfristige Ziel ist daher, einen Strukturwandel zu gewährleisten, durch den die meisten Beschäftigten allmählich in den formellen Sektor einbezogen werden. Das ist in den Industrieländern geschehen, aber auch in vielen

Die Entwicklungsländer müssen in den nächsten Jahren viele neue Arbeitsplätze schaffen, damit der hohe Anteil Jugendlicher in der Bevölkerung Arbeit findet.

Makroökonomische Politik für Vollbeschäftigung

In der Mitte des 20. Jahrhunderts wurde in Europa und Nordamerika Vollbeschäftigung angestrebt und weitgehend auch erreicht. Die Volkswirtschaften Ostasiens erreichten in ihrer wachstumsstarken Ära in den 1970er und 1980er Jahren ähnliche Ergebnisse. Mit hohen Sparquoten und hohen Gesamtinvestitionen (jeweils mehr als 30 Prozent des BIP) wurde inklusives Wachstum erzielt, das zu einem wirtschaftlichen Strukturwandel und Vollbeschäftigung führte.¹

In vielen anderen Entwicklungsländern sind die meisten Arbeitsplätze jedoch weiterhin unsicher und prekär. Die Armen haben keine oder kaum soziale Sicherheit und können sich Arbeitslosigkeit daher nicht leisten. Sie müssen jede Arbeit annehmen, egal welcher Art und mit welcher Entlohnung, meist im informellen Sektor. Das Ziel ist daher auskömmliche Vollbeschäftigung – höhere Produktivität, höhere Wertschöpfung, höhere Beschäftigungsqualität und besser bezahlte Arbeit. Im Allgemeinen bedeutet dies, aus der Landwirtschaft in andere Sektoren der Wirtschaft zu wechseln. Die Politik muss sich daher um Landreformen kümmern und um die Sicherheit der Menschen, die die Landwirtschaft aufgeben. Vollbeschäftigung hat auch Auswirkungen auf die Steuerpolitik. So wurden beispielsweise in China seit Mitte der 1990er Jahre zunehmende formelle Beschäftigungsverhältnisse in den Städten und steigende Löhne durch wachsende Haushaltsdefizite der Provinzen finanziert.² In ähnlicher Weise finanziert Indien mit Steuereinnahmen das Nationale Gesetz zu Beschäftigungsgarantien im ländlichen Raum (National Rural Employment Guarantee Scheme).

In konjunkturschwachen Zeiten können antizyklische Konjunkturprogramme die Gesamtnachfrage steigern. Makroökonomische Politik sollte daher auf eine Bandbreite von Zielen ausgerichtet sein (nicht nur auf die Inflationsrate) und mit einer Vielzahl von Instrumenten arbeiten (nicht nur mit Währungspolitik). Ergänzend dazu ist universelle soziale Sicherung erforderlich, die nicht nur Verwundbarkeit in der Bevölkerung abfedert, sondern auch die Volkswirtschaft gegen Schockeinwirkungen stabilisiert. In

einigen Entwicklungsländern kann allerdings antizyklische Politik nicht der erste Schritt sein, wenn es strukturelle Hindernisse für die Schaffung von Arbeitsplätzen gibt.

In entwickelten Volkswirtschaften zielen traditionell drei Politikansätze auf Vollbeschäftigung, die explizit als wichtige wirtschaftspolitische Zielgröße anerkannt und in die makroökonomische Politik einbezogen werden muss, sowohl in die Finanz- als auch in die Währungspolitik. Erstens nahm der keynesianische Ansatz zur Makropolitik höhere Haushaltsdefizite während einer Rezession in Kauf, und die Währungspolitik wurde von beschäftigungspolitischen Zielen genauso geleitet wie vom Ziel der Preisstabilität. Während der jüngsten Rezession haben einige entwickelte Länder (die USA und anfangs auch Großbritannien) und einige Entwicklungsländer mittleren Einkommensniveaus keynesianische Defizitpolitik angewandt.³

Zweitens können Forschungs- und Entwicklungspolitik innovative neue Technologien fördern, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Bildung der Beschäftigten verbessern, mehr Ausbildungs- und Weiterbildungsangebote bereitstellen und Arbeitslosenunterstützung anbieten, wenn Beschäftigte in andere Bereiche wechseln. So wird der Strukturwandel vorangebracht und prekäre Beschäftigungsverhältnisse werden reduziert.

Drittens verringert die Schwerpunktsetzung auf neue, höher qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten die Notwendigkeit von Arbeitsmarktreformen, die im Allgemeinen zu geringerer Arbeitsplatzsicherheit und niedrigeren Löhnen führen. Tatsächlich sollten die Mindestlöhne angehoben werden, um Anreize für den Übergang zu Arbeitsplätzen mit höherer Produktivität zu schaffen.⁴ Generell müssen die Arbeitsmarktreformen des neoliberalen Modells unter Berücksichtigung der Frage, wie prekäre Beschäftigung verringert werden kann, sorgfältig neu bewertet werden. Diese drei Politikansätze werden gemeinsam dazu beitragen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse in Ländern mit hohem und mittlerem Einkommen zu verringern.

Anmerkungen

1. Muqtada 2010. 2. Fang, Yang und Meiyang 2010. 3. Jolly et al. 2012. 4. Die Erhöhung der Mindestlöhne war eine Antwort auf die Krise in Brasilien und hat zu einem höheren Lohnniveau und verbesserter Einkommensverteilung beigetragen (Berg 2009).

Schwellenländern, wie beispielsweise in China und der Republik Korea. Ein solcher Wandel beinhaltet einen Wechsel von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in den industriellen und Dienstleistungssektor. Dies muss durch Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Ausbildung unterstützt werden, wie sich am Beispiel der erfolgreichen Volkswirtschaften zeigen lässt.⁴²

Daher sind politische Maßnahmen erforderlich, die den Strukturwandel unterstützen, mehr formelle Arbeitsplätze schaffen und die Arbeitsbedingungen regeln, damit prekäre Beschäftigungsverhältnisse mittel- bis langfristig immer seltener werden. Solche

Maßnahmen werden jedoch nicht ausreichen, die Anfälligkeit der Mehrheit der werktätigen Bevölkerung kurzfristig zu verringern. Daher sind auch politische Maßnahmen wichtig, die die Anfälligkeit der Masse der Werktätigen, die vorerst weiter in traditionellen und informellen Arbeitsverhältnissen bleiben wird, reduzieren – und ihren Lebensunterhalt sichern.

Dazu können erstens eine ganze Reihe von Maßnahmen mittel- bis langfristig einen Beitrag leisten, unter anderem Mikrokreditprogramme, Förderung neuer, besserer Kleintechnologien, Unterstützung von Kleinbauern durch Technologie, Kredite und Märkte und so weiter.

Außerdem können soziale und institutionelle Innovationen zusätzlich zu verbesserten Bedingungen beitragen. Durch landwirtschaftliche Genossenschaften, Frauengruppen in der Forstarbeit und manch anderes kann die Produktivität verbessert und die Verhandlungsmacht gestärkt werden.⁴³ Auf diese Weise lassen sich auch die Geschäftsbedingungen und die Einkommen sehr armer Produzenten verbessern.

Zweitens können Reaktionen auf kurzfristige Schocks die Unterstützung verbessern, die Menschen in Arbeitsbereichen mit sehr geringem Einkommen im Allgemeinen und insbesondere in schwierigen Zeiten erhalten. Dazu gehören (mit Bedingungen oder nicht mit Bedingungen verknüpfte) Ausgleichszahlungen, Renten für ältere Menschen (die zum Wohlergehen der Familie beitragen), Unterstützung bei der Ernährung über Nahrungsmittelsubventionen und Schulbedarf, Koch- und Ernährungsprogramme für Gemeinschaften sowie kostengünstige Versicherungen. Durch lokal verwaltete Transferzahlungen oder durch kostenlose medizinische Betreuung können Haushalte unterstützt werden, wenn die Hauptverdiener krank sind.

Drittens können direkte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen denjenigen helfen, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen stecken. Einige dieser Maßnahmen bieten für arme Haushalte eine permanente Beschäftigung bei niedrigen Löhnen an. Andere sind zeitlich befristet und werden als kurzfristige Reaktionen auf besonders prekäre Beschäftigungssituationen, beispielsweise während einer Rezession oder nach Konflikten, eingeführt. Durch beide Arten von Programmen können, wenn sie in ausreichendem Umfang angeboten werden, prekäre Beschäftigungsverhältnisse verringert werden. Im Folgenden einige Beispiele:⁴⁴

- Das National Rural Employment Guarantee Scheme (ein Gesetz zu Beschäftigungsgarantien im ländlichen Raum) in Indien garantiert jedem ländlichen Haushalt 100 Arbeitstage im Jahr bei angemessener Bezahlung.⁴⁵
- Der Plan Jefes y Jefas de Hogar Desocupados (ein Programm für arbeitslose Haushaltsvorstände) in Argentinien wurde 2001 als Reaktion auf eine Wirtschaftskrise eingeführt. Ende 2003 profitierten zwei Millionen Menschen von dem Programm.⁴⁶

- „Nahrungsmittel für Arbeit“-Programme in Bangladesch haben seit 1975 insbesondere bei Landarbeitern während der angebotsarmen Saison in großem Umfang zur Armutsbekämpfung beigetragen. Die Programme bieten jährlich 100 Millionen Arbeitstage für vier Millionen Menschen an.⁴⁷

- Das Padat Karya, das 1998/1999 in Indonesien als Reaktion auf die Finanzkrise eingeführt wurde, bot Menschen, die ihre Arbeitsplätze verloren hatten, Beschäftigungsmöglichkeiten an.⁴⁸

- Das Emergency Employment Programme (ein Sofortprogramm für Beschäftigung) in Nepal für marginalisierte Gemeinschaften bezog etwa fünf Prozent der Bevölkerung ein. Es war auf die Beschäftigungsbedürfnisse nach den Konflikten ausgerichtet und fungierte als Friedensdividende.⁴⁹

Einige Bevölkerungsgruppen sind mit größeren Arbeitsmarktrisiken und -unsicherheiten konfrontiert, und es ist wichtig, in die Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten und in ihre Bildung zu investieren.⁵⁰ Wenn man Ghettobildung verhindert, das Transportwesen verbessert und die Kosten senkt, die entstehen, um zu besseren Arbeitsplätzen zu gelangen, wird die Integration auf den Arbeitsmärkten gefördert und ebenso der Zugang zu Beschäftigungsmöglichkeiten.⁵¹ Arbeitsmärkte funktionieren besser, wenn Informationen über verfügbare Beschäftigungsmöglichkeiten bereitgestellt werden, und diejenigen, die einen besseren Arbeitsplatz suchen, Zugang zu neuen Möglichkeiten erhalten. Die Menschen im informellen Sektor, von denen viele selbstständig sind, brauchen besseren Zugang zu Kredit und Märkten. Für all diese Maßnahmen sind öffentliche Investitionen erforderlich.

Im Zuge der Entwicklung tauschen Arbeiter ihre wenig produktiven, aber stabilen und vielfältigen Lebensgrundlagen im ländlichen Raum gegen schlechter vorhersagbare Formen von Einkünften ein, unter anderem gegen Löhne und Gehälter.⁵² Statt die Unsicherheit durch flexible Arbeitsmarktpolitik noch zu verschlimmern, müssen staatliche politische Konzepte zuerst einen Schwerpunkt darauf setzen, den Menschen den Übergang in auskömmliche Arbeitsplätze, die ihnen auch eine gewisse Autonomie bieten, zu erleichtern. Das

Direkte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen können denjenigen helfen, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen stecken.

wird ihnen ermöglichen, in Reaktion auf den sozioökonomischen Strukturwandel ein Leben zu führen, das ihren Befähigungen und Erwartungen an den Arbeitsplatz mehr entspricht, wie wir in China und der Republik Korea sehen können.

Mehr allgemeine soziale Sicherheit und soziale Vorsorge unterstützen Bevölkerungsgruppen, die aus der Landwirtschaft und der ländlichen Subsistenzwirtschaft kommen dabei, sich auf negative wirtschaftliche Ereignisse vorzubereiten und mit der Situation prekärer Beschäftigungsverhältnisse im Entwicklungsprozess umzugehen. Soziale Sicherungssysteme sind ein integraler Bestandteil der Förderung der Kompetenzen von Menschen und Gesellschaften während des Übergangs und nicht nur eine Option.⁵³

Um diesen Wandel zu fördern und in großem Umfang produktive Arbeitsplätze zu schaffen, sind wirkungsvollere Strategien für die wirtschaftliche Entwicklung erforderlich, unter anderem mehr öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, Entwicklung menschlicher Kompetenzen, aktive Förderung von Innovationen und strategische Konzepte für den Handel, insbesondere für Exporte.

In einigen ostasiatischen Ländern wurde eine rasche Verlagerung von Beschäftigung aus der Landwirtschaft in Bereiche höherer Produktivität gefördert (Kasten 4.2). In der Republik Korea sank der Anteil der Arbeitskräfte im Primärsektor (vor allem in der Landwirtschaft) von 30 Prozent im Jahr 1980 auf neun Prozent im Jahr 2006. In Malaysia sank dieser Anteil von 55 Prozent in den 1960er Jahren auf

16 Prozent im Jahr 2000. Und in China sank der Anteil von fast 84 Prozent im Jahr 1952 auf 81 Prozent 1970, 69 Prozent 1980, 60 Prozent 1990, 50 Prozent 2000 und 37 Prozent 2010.⁵⁴ Die Geschwindigkeit dieser Verlagerung ist bemerkenswert.

Die Verlagerung ist beispielsweise in Brasilien langsamer vonstattengegangen. Dort sank der Anteil der Arbeitskräfte im Primärsektor von 1980 bis 2006 von etwa 29 Prozent auf 20 Prozent. Noch langsamer sank der Anteil in Indien: Von 1960 bis 2005 sank er kaum und liegt seitdem bei etwa 70 Prozent.⁵⁵ Das indische Versagen, Arbeitsplätze in die Industrie zu verlagern, muss behoben werden – Arbeitsplätze im Business Process Outsourcing (Ausgliederung von Geschäftsprozessen) sind ein Segen für die Zahlungsbilanz, eignen sich jedoch kaum für eine Massenbeschäftigung.

Man kann es für einen Erfolg halten, wenn vermieden wird, dass der größte Teil der verlagerten Beschäftigung in unsicheren informellen Arbeitsverhältnissen endet, wie in großen Teilen Lateinamerikas, wo die Arbeitsplätze stark in den Städten und im informellen Sektor konzentriert sind. Bei etwa einer Milliarde Menschen weltweit⁵⁶ können die prekären Lebensverhältnisse derjenigen, die außerhalb des Arbeitsmarkts und als Selbstversorger tätig sind, langfristig nicht verbessert werden, ohne dass mehr auskömmliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Kurzfristig ist soziale Absicherung, die sich auf die gesamte Bevölkerung erstreckt, sehr wichtig, um diejenigen zu schützen, deren Lebensunterhalt während des Übergangs gefährdet ist (siehe unten).

KASTEN 4.2

Politische Erfolge in Ostasien

Die verschiedenen politischen Maßnahmen in Ostasien fallen im Allgemeinen nicht unter die Kategorien flexible Arbeitsmarktreformen oder rein markt-basierte Konzepte zur Lösung von Beschäftigungsproblemen. Man kann sie besser als industrielle Entwicklung durch staatliche Interventionen bezeichnen, verbunden mit Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse oder der Beschäftigungssicherheit und zur Vermeidung exzessiver sozialer Verwerfungen und Unruhen (neben anderen Zielen).

Staatlich gelenkte Industriepolitik hat die Bedingungen dafür geschaffen, dass Arbeitskräfte in produktivere, relativ klar geregelte Beschäftigungsverhältnisse mit höherer Wertschöpfung außerhalb der Landwirtschaft

wechseln konnten. Die Geldpolitik zielte auf eine nachhaltige, maximale Arbeitskräftenachfrage ab und nahm eine moderate Inflation in Kauf. Da die Banken in der Republik Korea und später auch in China in Staatsbesitz waren, konnten die Industriepolitik und Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen, wie etwa der Aufbau von Infrastruktur, finanziert werden. Kurzfristig ist dies alles nicht unbedingt gewinnträchtig. Makroökonomische Politik hat ebenso wie die Handelspolitik, Finanzpolitik und Industriepolitik die Anzahl und die Qualität der Arbeitsplätze erhöht. Auch die Haushaltspolitik zielte in ähnlicher Weise auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ab.

Beschäftigungssicherung

Einige Länder haben die Beschäftigungssicherheit für besonders verwundbare Arbeitskräfte durch gezielte Eingriffe in den Arbeitsmarkt erhöht. Seit den 1980er Jahren sind in Singapur die vorgeschriebenen Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung zeitweise reduziert worden, damit es in Zeiten wirtschaftlicher Rezessionen weniger Arbeitsplatzverluste gibt.⁵⁷ 2009 führte die Regierung ein einjähriges Arbeitsplatzkreditprogramm ein. Firmen wurden dadurch beim Erhalt von Arbeitsplätzen unterstützt. 2013 war im Programmbudget auch ein Lohnkreditprogramm enthalten, um die Löhne von Arbeitskräften mit geringerem Einkommen zu erhöhen. Arbeitgeber haben dadurch einen Anreiz, Produktivitätsgewinne mit allen Beschäftigten zu teilen.

In China wird bei öffentlichen Angestellten in städtischen Gebieten ein gewisses Maß an Lohnausgleich praktiziert, indem seit den 1990er Jahren die Reallöhne landesweit angehoben wurden. Dies hat vermutlich auch zu Lohnerhöhungen im nichtstaatlichen Bereich geführt, sowohl im Unternehmens-, als auch im informellen Sektor. Auch in europäischen Ländern werden Arbeitgebern Zuschüsse angeboten, wenn sie Arbeitslose beschäftigen. 2003 erhielten in Deutschland ungefähr sechs Prozent der Arbeitslosen mittleren Alters beim Wechsel in eine Arbeitsstelle staatliche Unterstützung.⁵⁸ Die Bezahlung der subventionierten Arbeitskräfte unterschied sich kaum von der Bezahlung ihrer nicht-subventionierten Kollegen. Da subventionierte Arbeitskräfte jedoch in der Regel ihre Arbeitsplätze behielten, waren ihre kumulierten Löhne insgesamt wesentlich höher.⁵⁹ Durch subventionierte Arbeitsplätze wurden auch ein höheres Steueraufkommen und mehr Sozialversicherungsbeiträge erzielt, und die Kosten der Arbeitslosenunterstützung konnten reduziert werden.

Für einige Bevölkerungsgruppen ist es jedoch mitunter selbst in einer gesunden Volkswirtschaft schwierig, Arbeitsplätze zu finden – insbesondere für junge Menschen oder Langzeitarbeitslose. In den USA wird Beschäftigten daher eine Steuergutschrift auf Erwerbseinkommen (earned income tax credit)

angeboten, was enorme Vorteile bietet, wenn sie Familien mit Kindern haben. Durch die Kombination von Lohnunterstützung und sozialen Transferleistungen trägt dieses System stark zur Armutsbekämpfung bei. In Chile wurde 1991 ein mit Berufsausbildung verbundenes Lohnsubventionsprogramm für die Arbeitgeberseite eingeführt. Beim Joven-Programm in Chile erhalten Arbeitgeber, die arbeitslose junge Leute beschäftigen und ausbilden, einen finanziellen Zuschuss, um damit die Ausbildungskosten zu decken.⁶⁰ Es gibt etliche Belege dafür, dass drei Monate nachdem sie die Ausbildung absolviert hatten, die Hälfte der Teilnehmer wieder einen Arbeitsplatz hatte – gewöhnlich in Positionen, die einen Bezug zu ihrer Ausbildung hatten.

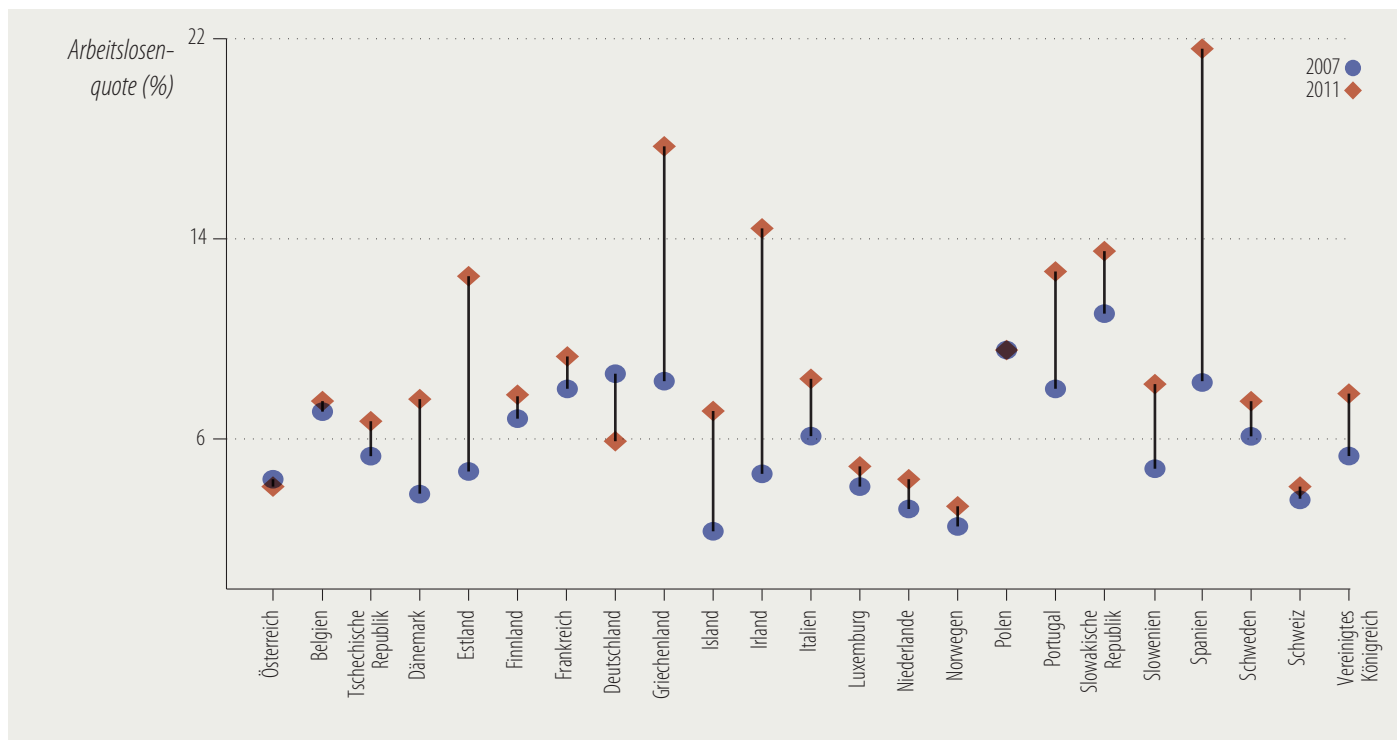
In mindestens zehn Ländern der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gibt es politische Konzepte für behinderte Arbeitskräfte. Als Erweiterung seiner aktiven Sozialpolitik führte Dänemark 1998 Flexjob ein, ein Programm, über das Lohnsubventionen angeboten werden, damit Arbeitgeber langfristig Kranke oder Behinderte nicht entlassen müssen. Es gibt zwar kaum Untersuchungen über die Wirksamkeit von Flexjob, eine Studie ergab jedoch, dass das Programm sich in den Jahren 1994 bis 2001 äußerst positiv auf die Beschäftigungssituation auswirkte.⁶¹

Soziale Sicherung stärken

Soziale Sicherung⁶² kann insbesondere in kritischen Zeiten und in Übergangsphasen eine Absicherung gegen Risiken und Widrigkeiten im Leben der Menschen bieten. Da es sich hierbei um eine zusätzliche, verlässliche Ebene der Unterstützung handelt, kann soziale Sicherung Haushalten dabei helfen, Bewältigungsstrategien zu vermeiden, die für das langfristige Wohlergehen von Nachteil sind, wie beispielsweise, die Kinder nicht mehr zur Schule zu schicken, nötige medizinische Versorgung zu verschieben oder Vermögenswerte zu verkaufen. Die Verteilungsnetzwerke und -mechanismen, die soziale Sicherungsprogramme verwalten, können im Falle einer Naturkatastrophe Leistungen aus dem sozialen Sicherheitsnetz übermitteln.

Soziale Sicherung kann insbesondere in kritischen Zeiten und in Übergangsphasen eine Absicherung gegen Risiken und Widrigkeiten im Leben der Menschen bieten.

Nach der Weltwirtschaftskrise 2008 war die Arbeitslosenquote in den nordischen Ländern niedriger als anderswo in Europa



Quelle: Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf OECD (ohne Datum).

Sozialer Schutz ist bereits in frühen Entwicklungsstadien eine praktikable Option. Er hat gleichzeitig auch andere Vorteile: Beispielsweise wird auf diese Weise, falls erforderlich, die Gesamtnachfrage stimuliert und ein Beitrag zur Armutsbekämpfung geleistet. Soziale Grundsicherung schwächt Konjunkturschwankungen ab, indem die Produktionsvolatilität durch verfügbare Einkommenskompensation ausgeglichen wird (Kapitel 2).

Solide politische Handlungskonzepte für eine universelle soziale Sicherung verbessern die Widerstandsfähigkeit des Einzelnen und die Widerstandskraft der Wirtschaft, wie beispielsweise in Europa nach der globalen Wirtschaftskrise 2008, als das BIP pro Kopf um mehr als fünf Prozent sank.⁶³ Den nordischen Ländern, die eine umfassendere Sozialpolitik betrieben, ging es besser. Sie hatten 2010 eine höhere Produktivitätsrate zu verzeichnen als die restlichen europäischen Länder, und die Beschäftigungsquote lag bei 51 Prozent der Bevölkerung. Im Vergleich dazu war die Produktivitätsrate im Vereinigten Königreich und in Irland um zwölf

Prozent gesunken und die Beschäftigungsquote um neun Prozent. Die Beschäftigungsquoten waren in allen Teilen Europas niedriger. Die Arbeitsproduktivität in Kontinentaleuropa war jedoch mit der in den nordischen Ländern vergleichbar. Auch in Bezug auf Arbeitslosigkeit schnitten die nordischen Länder besser ab als die anderen europäischen OECD-Länder (Grafik 4.6). Niedrigere Arbeitslosenquoten als die nordischen Länder vor und nach der Krise konnten nur Österreich, Luxemburg, die Niederlande und die Schweiz vorweisen.

Kurzfristige Maßnahmen können im Rahmen des langfristig angelegten Konzepts menschlicher Entwicklung die Widerstandskraft stärken

Das vorliegende Kapitel beschäftigt sich hauptsächlich damit, langfristig Anfälligkeit zu verringern und Widerstandskraft zu stärken – nämlich mit politischen Handlungskonzepten für die menschliche Entwicklung, die

systematische Verbesserungen bewirken. Wenn jedoch Krisen auftreten, müssen Regierungen auch sofort reagieren. Wie kann dies am besten geschehen, ohne dass die langfristige menschliche Entwicklung Schaden nimmt?

Eine zweckdienliche Taxonomie in einer Untersuchung von 2011⁶⁴ unterteilt die politischen Maßnahmen nach der Krise in zwei Kategorien: solche, die die Auswirkungen der Krise abmildern sollen (wie beispielsweise eine Reduzierung von Arbeitsstunden, um Arbeitsplätze zu erhalten, oder eine Erleichterung des Zugangs zu Notfallkrediten), und solche Maßnahmen, die eine langfristige Erholung fördern (wie beispielsweise Investitionen in Bildung oder eine Veränderung landwirtschaftlicher Praktiken zwecks Anpassung an den Klimawandel). Bei einigen politischen Maßnahmen gibt es möglicherweise einen Zielkonflikt: Einige Abmilderungsmaßnahmen können eventuell die Erholung langfristig verzögern. Eine eher selten formulierte Kritik am indischen National Rural Employment Guarantee Programme ist, dass die leichte Verfügbarkeit von Arbeit Arbeitskräfte davon abhalten könnte, in produktivere Wirtschaftssektoren zu wechseln, und dass sich dies negativ auf die langfristigeren Wirtschaftsaussichten auswirken könnte.⁶⁵ Man sollte sich besonders um politische Win-Win-Ansätze bemühen, die einerseits die Auswirkungen abmildern und andererseits die Erholung nach Krisen fördern.

Natürlich ist es nicht immer einfach, Win-Win-Konzepte zu finden, und es genügt nicht unbedingt, dass man einen Plan entwickelt hat. Vielleicht gibt es ja auch keine Möglichkeiten, diesen Plan umzusetzen. Welche Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden können, hängt davon ab, wie viel sie kosten, und auch von der Kapazität der Institutionen. In der oben genannten Studie wird dazu Folgendes festgestellt: „Wenn sich das Budget von Regierungen verringert, wie dies oft in Krisen geschieht, ist die wichtigere Frage, welche politischen Maßnahmen man aufrechterhalten kann, und nicht, welche weiteren Maßnahmen einzuleiten sind.“⁶⁶ Interventionen müssen daher flexibel und machbar sein. Vorbereitet zu sein, so die Studie, ist entscheidend – und dauert länger. Während einer Krise ist es schwierig und zeitaufwändig, neue Institutionen

einzurichten oder neue politische Maßnahmen zu ergreifen, wie beispielsweise Sicherheitsnetze aufzubauen.

Gesundheitsversorgung, beispielsweise auch reproduktive Gesundheitsdienste, muss in einer Krise wegen ihrer langfristigen, generationenübergreifenden Folgen Priorität haben. Dafür sind oft schwierige Entscheidungen erforderlich, wenn Finanzmittel und Kapazitäten fehlen. Es gibt daher einige Minimalanforderungen, an denen sich Entscheidungsträger orientieren können. Ein Beispiel ist das Minimal Initial Service Package for Reproductive Health. Hier sind jedoch gemischte Erfolge feststellbar, unter anderem wegen solcher Probleme wie etwa unzureichender Ausbildung.⁶⁷

Bolsa Família in Brasilien und Oportunidades in Mexiko sind ebenfalls Beispiele für Win-Win-Politik. Im Hinblick auf die Stärkung der Verbindung zwischen kurzfristigen Maßnahmen und langfristigen Politikkonzepten zur Förderung von Widerstandsfähigkeit können dreierlei Lehren gezogen werden. Erstens sollte eine soziale Infrastruktur vorhanden sein, damit Verteilungsnetzwerke im Falle einer Krise gut zu erreichen sind. Zweitens können an Bedingungen geknüpfte Transferzahlungen hilfreich sein, um den Bildungs- und Gesundheitsstatus insbesondere bei jungen Menschen abzusichern und generationenübergreifende Folgen zu verringern. Drittens könnte soziale Unterstützung, die sich anfangs auf die wichtigsten anfälligen Bevölkerungsgruppen erstreckt, als Grundlage für einen künftigen, umfassenderen sozialen Basisschutz dienen.

Soziale Infrastruktur dient als operativer Rahmen, den öffentliche Institutionen nutzen können, um Zahlungen an bedürftige Menschen zu leisten. Und da es Zeit braucht, bis sich soziale Sicherungssysteme entwickeln, ermöglicht die grundlegende Infrastruktur von Programmen wie Bolsa Família, Finanzmittel schnell und wirkungsvoll auszusahlen. Wenn Konjunkturschwankungen und widrige Ereignisse auftreten, können diese Finanztransfers arme Menschen und andere verwundbare Bevölkerungsgruppen schützen.

Anhaltende Schocks und Risiken erfordern zwar langfristig umfassende politische Handlungskonzepte, gleichzeitig können jedoch Notfallsysteme entwickelt werden, durch die

Man sollte sich besonders um politische Win-Win-Ansätze bemühen, die einerseits die Auswirkungen abmildern und andererseits die Erholung nach Krisen fördern.

Automatische Stabilisatoren und antizyklische Maßnahmen können in Zeiten von Wirtschaftsflauten den Erhalt des Lebensstandards unterstützen.

kurzfristige Anpassungen so vonstattengehen, dass auch langfristige Wahlmöglichkeiten gesichert werden. Bolsa Família beispielsweise wurde angepasst, damit auch kurzfristige Not-situationen bewältigt werden konnten. Nach der globalen Finanzkrise 2008 konnte das grundlegende Konsumniveau durch höhere, an Bedingungen geknüpfte Transferzahlungen beibehalten werden. Dadurch, dass die Transferzahlungen an Bedingungen geknüpft waren, wurde wiederum die Entwicklung langfristiger Kompetenzen abgesichert, indem Kinder weiter zur Schule gehen konnten und ihr Gesundheitszustand geschützt blieb.

Wenn umfassendere soziale Sicherungsprogramme entstanden sind (siehe unten), können Transferzahlungsprogramme sowohl in Form von Zuzahlungen zum Haushaltsbudget als auch in Form sozialer Infrastruktur realisiert werden. Teil des Erfolgs dieser Programme ist, dass sie entwickelt worden sind, um Fähigkeiten und Fertigkeiten zu schützen. Hinzu kommt, dass sie schnell aufgestockt werden können, um die negativen Folgen eines kurzfristigen Schocks wie beispielsweise einer plötzlichen Rezession oder eines Anstiegs der Lebensmittelpreise, wie in Brasilien nach der Krise 2008, abzumildern.

Auch anderswo gibt es ähnliche Beispiele. 2009 sank durch die große globale Rezession das BIP in Thailand um 2,3 Prozent. Trotz dieser Tatsache verdeutlichen sozioökonomische Studien für den Zeitraum 2007 bis 2010, dass der tatsächliche Konsum pro Kopf im Vergleich zu 2008 bei den meisten Bevölkerungsgruppen gestiegen war, einschließlich armer Menschen, städtischer und ländlicher Haushalte, Männer, Frauen und Kinder. Die Verlierer waren Einwohner von Bangkok, die im Exportsektor arbeiteten, insbesondere in der Altersgruppe von 20 bis 29 Jahren, und diejenigen, die im Verkauf und im Dienstleistungssektor beschäftigt waren. Während der Rezession gingen die Einschulungsraten nicht zurück, und der Verkauf langlebiger Gebrauchsgüter stieg sogar.

2008 senkte die thailändische Regierung die Steuern um 40 Milliarden Baht, bot Sofortkredite (in einer Gesamthöhe von 400 Milliarden Baht) an, senkte die Energiepreise und setzte Fördermittel im Verkehrswesen (in Höhe von

50 Milliarden Baht) ein. Im Jahr 2009 brachte die Regierung dann ein erstes Konjunkturpaket auf den Weg und verabschiedete einen Nachtragshaushalt in Höhe von 117 Milliarden Baht: An Haushalte mit geringem Einkommen wurden Schecks im Wert von 2.000 Baht versandt, Rentner erhielten ein Taschengeld in Höhe von 500 Baht, und die öffentliche Bildung wurde bis zum Alter von 15 Jahren kostenlos angeboten. Bis Mai 2009 war die Hälfte des bewilligten Geldes ausgegeben, und es wird davon ausgegangen, dass dies den Armen zugutekommt.⁶⁸ Diese Vorzeigebispiele gesellschaftlicher Widerstandsfähigkeit in Brasilien und Thailand sind auf die Durchführung kurzfristiger Maßnahmen zurückzuführen, die langfristige politische Handlungskonzepte ergänzen.

Eingebaute Stabilisatoren

Automatische Stabilisatoren und antizyklische Maßnahmen können in Zeiten von Wirtschaftsflauten den Erhalt des Lebensstandards unterstützen, wie beispielsweise in Europa seit dem Beginn der großen Rezession im Jahr 2008. In den nordischen Ländern stieg, selbst als das BNE sank, der Anteil des verfügbaren Einkommens am BNE, weil aufgrund antizyklischer Maßnahmen der Lebensstandard aufrechterhalten werden konnte. In einigen europäischen Ländern – vor allem in solchen mit einem geringen Anteil öffentlicher Sozialausgaben am BIP⁶⁹ – sank der Lebensstandard (gemessen am verfügbaren Einkommen) jedoch.⁷⁰

Produktionsschwankungen können durch öffentliche Sozialausgaben ausgeglichen werden. Wie Untersuchungen der OECD zeigen, konnten sich einige europäische Länder gegen die vollen Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise 2008 schützen, weil soziale Transferleistungen, Steuer- und Sozialleistungssysteme und fiskalische Stimulierungsmaßnahmen für eine Abmilderung sorgten.⁷¹ In Norwegen und Schweden beispielsweise konnten viele der Auswirkungen sinkender verfügbarer Einkommen abgefedert werden. Die schnellere wirtschaftliche Erholung gelang dank der kostengünstigen Bereitstellung sozialer Dienstleistungen, expansiver Geldpolitik, guten Managements von Einnahmen aus natürlichen Ressourcen (in

Norwegen) und automatischer Stabilisatoren in der Finanzpolitik (in Schweden). Da Finnland in der Eurozone ist, konnte das Land keine Zinssenkungen vornehmen (wie Schweden) und musste daher höhere Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen. Norwegen hatte nur zögerliches Wachstum zu verzeichnen und stockte daher 2013 seinen Staatshaushalt auf. Der Druck hin zu niedrigeren, ungleicheren Einkommen wurde durch Steuervergünstigungen und soziale Transferleistungen als automatische Stabilisatoren (höhere Sozialtransfers und niedrigere Einkommenssteuern in Rezessionszeiten) verringert. Die nachteiligen Auswirkungen einer Krise auf die Armut hängen vom Niveau der Sozialausgaben ab. Soziale Sicherung kann sich abmildernd auswirken, es zeigte sich, dass Länder mit hohem Ausgabenniveau in den Bereichen Gesundheit und Bildung beim Auftreten von Finanzkrisen vergleichsweise widerstandsfähiger waren als andere.⁷² Aus den bisherigen Erfahrungen lässt sich schließen, dass die negativen Auswirkungen der Rezession auf die Menschen in Ländern mit umfassender sozialer Sicherung geringer waren.

Strategien zur sozialen Sicherung umfassen Arbeitslosenversicherung, Rentensysteme und Arbeitsmarktregulierung – wie beispielsweise gesetzlichen Mindestlohn oder Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften. Ein Gegenargument ist, dass sie unerwünschte Folgen haben. Einige behaupten, dass gesetzliche Mindestlöhne den Anreiz verringern, neue Arbeitsplätze zu schaffen und dass Arbeitslosenversicherung weniger Anreize schafft, einen neuen Arbeitsplatz zu suchen.⁷³ Vieles hängt davon ab, wie das politische Konzept gestaltet ist. Es gibt allerdings eine ganze Reihe von Belegen dafür, dass Arbeitsmarktregulierung einen eindeutigen Nutzen hat und Ungleichheit reduziert.⁷⁴ Viele Maßnahmen zur sozialen Sicherung haben positive Nebeneffekte. Durch die Arbeitslosenversicherung funktionieren Arbeitsmärkte besser, weil den Arbeitslosen ermöglicht wird, Arbeitsplätze auszuwählen, die ihren Fähigkeiten und Erfahrungen besser entsprechen, und sie nicht gezwungen sind, die erstbeste Arbeit anzunehmen.⁷⁵ Einkommenszuschüsse für Haushalte ermutigen zu einer Erwerbstätigkeit, weil dadurch Finanzmittel zur Verfügung stehen, die den Menschen

ermöglichen, nach besseren Arbeitsmöglichkeiten zu suchen. Haushaltsmitgliedern wird so auch ermöglicht, sich für die Migration zu entscheiden, um einen Arbeitsplatz zu finden.⁷⁶

In Industrieländern bietet die Sozialversicherung kurzfristigen, in einigen Fällen mittelfristigen oder sogar langfristigen Einkommensersatz. Auf der Nutzenseite deckt diese Einkommensersatzleistung kurzfristige Arbeitsplatzverluste ab. Wenn man jedoch davon ausgeht, dass es immer wahrscheinlicher wird, dass Menschen länger arbeitslos sind als erwartet, und gleichzeitig die Tatsache berücksichtigt, dass normalerweise Arbeitslosigkeit (und nicht Lohnverlust) von der Versicherung abgedeckt wird, können die Vorteile eventuell von zu kurzer Dauer und zu gering sein.

Das Prinzip, wirtschaftliche Entwicklung mit Sozialversicherungsprogrammen zu kombinieren, wurde von den erfolgreichen ostasiatischen Ländern, deren Industrie sich erst spät entwickelte, vorgeführt. Sie waren äußerst erfolgreich bei der Senkung der Geburtenraten und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen – was ihnen ermöglichte, von der demografischen Dividende zu profitieren. Wie gelang dies? Durch eine Kombination von proaktiver Industriepolitik und umfassenden sozialpolitischen Maßnahmen im Bildungs- und Gesundheitsbereich (wenn auch nicht bei der Sozialhilfe, die bis in die 1990er Jahre im Vergleich zu den europäischen Wohlfahrtsstaaten nur sehr gering ausfiel). Ein zentrales Element der staatlich gelenkten Industriepolitik war, dass sie auf Firmen in Staatsbesitz und regulierten Kapitalkonten beruhte und das doppelte Ziel, Wettbewerbsfähigkeit zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen, verfolgte.

Dass Gesundheit und Bildung rasch für jedermann verfügbar waren, trug dazu bei, Arbeitsplätze zu schaffen und die Industrialisierung zu fördern. Teile der Entwicklungsstrategie waren auch eine umfangreiche Landreform und die schnelle Ausweitung des Bildungssystems über das Grundschulniveau hinaus.

Nach der globalen Wirtschaftskrise 2008 ergriffen einige Länder Maßnahmen, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen und die soziale Sicherung auszuweiten. Dadurch wurde die Inlandsnachfrage insgesamt stabilisiert, und anfällige

Die negativen Auswirkungen der Rezession auf die Menschen waren in Ländern mit umfassender sozialer Sicherung geringer.

Bevölkerungsgruppen wurden geschützt. Die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, dass 2009 in einer Gruppe von 20 Ländern durch solche Maßnahmen zur sozialen Sicherung sieben bis 11 Millionen Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten werden konnten.⁷⁷

Soziale Grundsicherung

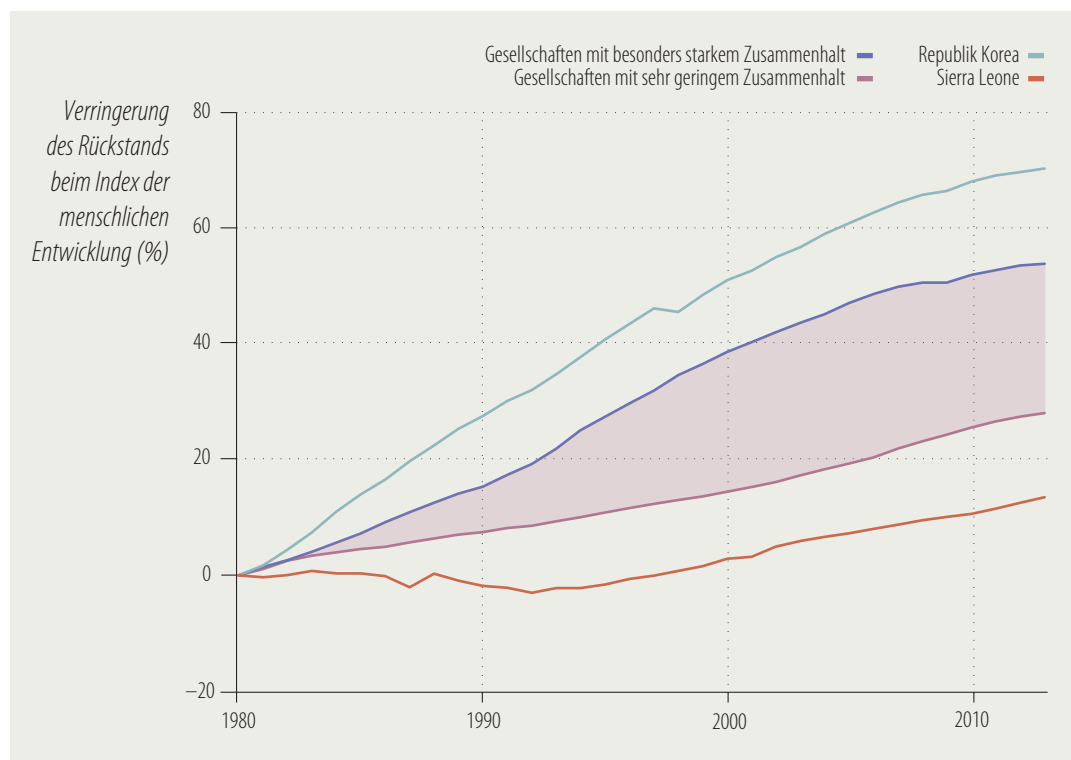
2009 entwickelte die Initiative für Soziale Grundsicherung einen globalen Rahmen für den allgemeinen Zugang zu wichtigen sozialen Transfer- und Dienstleistungen, beispielsweise für Gesundheitsversorgung, Grundschulbildung, Renten, Schutz vor Arbeitslosigkeit und Kinderbetreuung.⁷⁸ Die Initiative vertritt die Auffassung, dass fast alle Länder, unabhängig von ihrer Entwicklungsstufe, ein grundlegendes Niveau sozialer Transferleistungen anbieten können, unter anderem durch bessere sektorübergreifende Koordination. Sie ermutigt die Länder auch, nach und nach ein höheres Niveau an sozialer Sicherung anzubieten, wenn

es die finanziellen Spielräume erlauben.⁷⁹ Ein Land mit geringerem Einkommen könnte mit Grundschulbildung und Gesundheitsversorgung beginnen und später auch Bargeldtransfers und grundlegenden Arbeitnehmerschutz anbieten. Ein Land mit höherem Einkommen und gut eingeführter Grundschulbildung, Gesundheitsversorgung und an Bedingungen geknüpften Geldtransferleistungen könnte den Anspruch auf Arbeitslosenversicherung auf üblicherweise ausgeschlossene Bevölkerungsgruppen ausweiten, wie beispielsweise auf Arbeitskräfte in der Landwirtschaft oder Hausangestellte. Eventuell könnten dann auch Väter Anspruch auf Erziehungsurlaub für junge Eltern erhalten.

Politische Maßnahmen zum sozialen Basischutz tragen auch zur Armutsbekämpfung bei. Die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, dass allgemeine Altersrenten und Kindergeld für Kinder im schulpflichtigen Alter in Tansania die Armutsrate um 35 Prozent in der Gesamtbevölkerung und bei Haushalten mit

GRAFIK 4.7

Gesellschaften mit starkem sozialem Zusammenhalt schneiden tendenziell besser ab als Gesellschaften mit geringerem Zusammenhalt



Quelle: Easterly, Ritzen und Woolcock 2006 und Schätzungen des HDR-Büros.

Kindern und alten Menschen um 46 Prozent verringern würden.⁸⁰

Welche Konzepte zur sozialen Grundsicherung ein Land verfolgt, hängt von den jeweiligen Umständen und Ressourcen ab und variiert je nach Entwicklungsstand. Zusätzliche Sozialmaßnahmen, wie beispielsweise an Bedingungen geknüpfte Geldtransfers für benachteiligte Haushalte, erhöhen (wenn auch gering) die Kosten für ein Programm zur sozialen Grundsicherung. Der indische Employment Guarantee Fund kostete 2008 etwa 0,3 Prozent des BIP.⁸¹

Die Bereitstellung von sozialer Grundsicherung für die Armen weltweit würde schätzungsweise weniger als zwei Prozent des globalen BIP kosten.⁸² Die ILO hat auch die Kosten für die Bereitstellung eines grundlegenden sozialen Basisschutzes (allgemeine grundlegende Alters- und Invalidenrenten, Kindergeld, allgemeiner Zugang zu grundlegender Gesundheitsversorgung, Sozialhilfe und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für 100 Tage pro Jahr) in zwölf Ländern mit niedrigem Einkommen in Afrika und Asien geschätzt.⁸³ 2010 reichten diese Schätzungen von zehn Prozent des BIP in Burkina Faso bis hin zu weniger als vier Prozent des BIP in Indien. Die gegenwärtigen inländischen Finanzmittel haben nur weniger als fünf Prozent (in Pakistan) der geschätzten Gesamtausgaben für soziale Grundsicherung abgedeckt. Wenn aber der Anteil der für sozialen Basisschutz aufgewendeten Mittel auf 20 Prozent der Gesamtregierungsausgaben anwachsen würde, könnten etwas mehr als 30 Prozent (in Burkina Faso) bis 100 Prozent (in Indien, Pakistan und Vietnam) der Gesamtkosten durch einheimische Finanzmittel abgedeckt werden. Grundlegende soziale Sicherung ist bezahlbar, wenn Länder mit niedrigem Einkommen Mittel umwidmen und bei gleichzeitiger Unterstützung durch die internationale Gebergemeinschaft eigene Finanzmittel aufbringen.⁸⁴

Gesellschaftliche Inklusion fördern

Angesichts horizontaler Ungleichheit sind spezielle Maßnahmen erforderlich, um die gesamte Bevölkerung zu erreichen. Mit einer ganzen Reihe politischer Maßnahmen hat

man versucht, horizontale Ungleichheit zu verringern: durch direkte Interventionen (wie beispielsweise gezielte Fördermaßnahmen), indirekte Maßnahmen (wie Präventionsgesetze und Sanktionen) und umfassendere Eingliederung (durch Änderungen von Normen und bei der Erziehung). Soziale Institutionen können die Regierungspolitik durch mehr Koordination und stärkere Rechenschaftslegung unterstützen. Wenn die Zivilgesellschaft mobilmacht, um die Interessen der Bürgerschaft zum Ausdruck zu bringen, entsteht eine bessere Verbindung zwischen den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Regierungspolitik.

Anhaltende Verwundbarkeit beruht darauf, dass Menschen bereits in der Vergangenheit ausgeschlossen wurden. Schwarze in Südafrika und den Vereinigten Staaten und Dalits in Indien mussten schweres Unrecht erleiden, und Frauen in patriarchalischen Gesellschaften sind aufgrund langjähriger sozialer Normen und kultureller Praktiken immer noch Diskriminierung ausgesetzt und werden ausgeschlossen. In vielen Ländern hat man versucht, gezielte Fördermaßnahmen oder sonstige spezielle Maßnahmen zu ergreifen.⁸⁵ Normen und Gesetze, die Angehörige dieser Gruppen fördern, um ihre Chancengleichheit zu verbessern, können dafür sorgen, dass die Gesellschaft gerechter und integrativer wird.

Gesellschaften mit größerem Zusammenhalt schneiden tendenziell bei den meisten Aspekten menschlicher Entwicklung besser ab als andere (Grafik 4.7).⁸⁶ Wie können Gesellschaften tiefe Spaltungen und historisch bedingte Ausgrenzung beseitigen? Durch eine Verbesserung des Zugangs zu grundlegenden sozialen Dienstleistungen, eine Verstärkung der Beschäftigungspolitik und die Ausweitung der sozialen Sicherung. Durch diese umfassenderen, universellen Maßnahmen werden jedoch möglicherweise spezielle Formen der Ausgrenzung und horizontale Ungleichheit bei Randgruppen nicht beseitigt. Dies gilt insbesondere, wenn soziale Normen und Gesetze die Rechte bestimmter Gruppen nicht schützen, die im öffentlichen Leben, unter anderem auch in politischen Institutionen und auf Märkten, diskriminiert werden.

Gesellschaften reagieren in unterschiedlicher Weise auf Druck, Rückschläge und

Wenn die Zivilgesellschaft mobilmacht, um die Interessen der Bürgerschaft zum Ausdruck zu bringen, entsteht eine bessere Verbindung zwischen den Bedürfnissen der Bevölkerung und der Regierungspolitik.

Durch bürgernahe Institutionen die Vulnerabilität verringern

Eine wichtige Facette von Anfälligkeit ist oft die Unfähigkeit, Entscheidungen, die das eigene Leben betreffen, zu beeinflussen: Entscheidungen werden stattdessen von mächtigeren Akteuren getroffen, die möglicherweise die Situation der Anfälligen nicht verstehen, und denen auch nicht unbedingt deren Interessen am Herzen liegen.¹ Wollen sie dieses Problem lösen, brauchen Staaten Kapazitäten, um die Probleme der Anfälligen zu erkennen und mit angemessenen Maßnahmen darauf zu reagieren. Das erfordert unter anderem, den Armen und Randgruppen mehr Mitspracherecht bei der Entscheidungsfindung geben.² Außerdem muss diesen Bevölkerungsgruppen Gelegenheit gegeben werden, bei Rechtsverletzungen oder Diskriminierung Regressansprüche geltend zu machen. Untersuchungen belegen, dass Frauen eher als Männer Vernachlässigung, Korruption im kleinen Maßstab und Belästigung erdulden müssen, wenn sie sich an staatliche Institutionen wenden.³

Es reicht nicht aus, die technische Ursache für eine Anfälligkeit zu erkennen, um politische Maßnahmen zu entwickeln, die diese Anfälligkeit verringern. Vor allem müssen die Prozesse, die hauptsächlich für das Risiko verantwortlich waren, identifiziert werden, und die politischen Anreize und der Wille, die Probleme anzugehen, müssen vorhanden sein. Politische Freiheiten spielen dabei eine wichtige Rolle. Jean Drèze und Armatya Sen unterstrichen dies, als sie die Rolle beschrieben, die den Medien dabei zukommt, die Regierungen bei Hungersnöten in die Pflicht zu nehmen.⁴ Direkte Vertretung, soziale Bewegungen und der Druck durch Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft tragen ebenfalls zur Gestaltung der Politik und der politischen Prozesse im breiteren politökonomischen Kontext bei und sind wichtig, um die Interessen anfälliger Bevölkerungsgruppen zu vertreten.

Es gibt etliche Belege für die Annahme, dass staatliche Institutionen stärker auf die Bedürfnisse der Armen⁵ und Anfälligen eingehen können, wenn:

- öffentliche Verwaltungen politische Maßnahmen wirksam umsetzen und transparent sind, Rechenschaft ablegen und auf die Bürger eingehen. Korruption und Belästigung werden dadurch eingeschränkt, und die Macht des Staates wird aktiv genutzt, um Finanzmittel für öffentliche Maßnahmen bereitzustellen, von denen arme Menschen profitieren. Ermutigende Beispiele sind unter anderem Reformen im öffentlichen Dienst in Botsuana und Südafrika: Reformen in Ministerien und Rationalisierungsmaßnahmen in Abteilungen führten zu verbesserten Dienstleistungen und zu mehr Effektivität.⁶
- rechtliche Systeme den Armen Rechte zubilligen und diese verteidigen, und wenn sie für arme Menschen zugänglich sind. In diesem Zusammenhang hat es in Kambodscha und Mosambik vielversprechende Maßnahmen gegeben. In Kambodscha wurde der Schlichtungsrat eingesetzt, ein nationales gesetzliches Gremium zur alternativen Streit-schlichtung. In Mosambik wurde das progressive Landgesetz eingeführt, das dazu beigetragen hat, den Zugang der armen Bevölkerung zu Landbesitz zu verbessern.⁷
- zentrale und kommunale Regierungsbehörden zusammenarbeiten, um öffentliche Dienstleistungen für alle zu gewährleisten und den Spielraum für die Vereinnahmung durch Eliten oder dominante Bevölkerungsgruppen gering zu halten. In verschiedenen Ländern, die sich bemühen, auf die Bedürfnisse und Interessen ausgeschlossener Gemeinschaften einzugehen, werden unterschiedliche Formen der Dezentralisierung angewendet. In den Philippinen beispielsweise wurde seit Langem versucht, die Rechte der indigenen Bevölkerung in Palawan und ihren Anspruch auf die Waldressourcen zu sichern. Die Gemeindeordnung (Local Government Code) von 1991 gab dieser Bevölkerungsgruppe die

Möglichkeit, mit den Regierungsinstitutionen zu kommunizieren und sich an der Waldbewirtschaftung zu beteiligen.⁸

- Regierungen politische Unterstützung für öffentliche Programme gegen Armut erbringen, indem sie hinsichtlich dieser Maßnahmen für ein günstiges Klima sorgen, die Ausweitung von Armenorganisationen fördern und die politischen Kompetenzen der armen Bevölkerung stärken. Solche sozialen Bewegungen und politischen Aktivitäten brachten die Regierungspartei in Brasilien dazu, politische Maßnahmen für die arme Bevölkerung zu ergreifen, und sie trugen zur Gestaltung der Agenda für die politische Führung in Südafrika nach der Apartheid bei.⁹
- politische Regime Recht und Gesetz achten, politische Meinungsäußerungen erlauben, und ermöglichen, dass verwundbare Menschen an politischen Prozessen beteiligt sind.¹⁰ Ein Beleg dafür ist der friedliche demokratische Übergang in Bolivien, bei dem die indigene Bevölkerungsmehrheit nach einer langen Geschichte der Ausgrenzung an die Macht kam.

Nichtsdestotrotz gibt es vielfache Herausforderungen beim Aufbau bürgernahe Institutionen: von schwachem politischem Willen über unzureichende Kapazitäten bis hin zur Finanzierung öffentlicher Einrichtungen, beispielsweise des öffentlichen Dienstes und der Gerichte. Wenn die Rechenschaftslegung durch Transparenzmaßnahmen wie beispielsweise das Gesetz zum Recht auf Information (Right to Information Act) in Indien verbessert wird, können Korruption und Bestechung aufgedeckt werden, und die Effizienz wird gesteigert. Eine bessere Gelegenheit zur Teilhabe durch Prozesse wie Bürgerhaushalte und eine stärkere Vertretung in der Regierung kann den Ausgeschlossenen zu mehr Mitsprache verhelfen.

Viel zu oft reagieren Regierungen auf finanzpolitischen Druck in Zeiten von Volatilität und Krisen mit Sparmaßnahmen, die die Sozialausgaben einschränken. Wie bereits in Kapitel 1 und 2 beschrieben, fordern diese Maßnahmen den größten Tribut von den Anfälligsten, die bereits ohnehin unter Druck stehen. In guten Zeiten werden die zusätzlichen Einnahmen bei einem Wirtschaftsaufschwung dann allerdings zu Steuersenkungen genutzt, statt sie für den Aufbau von Sozialschutzreserven für die nächste Konjunkturfalke zu verwenden oder für Investitionen zum Aufbau größerer institutioneller Kapazitäten und systemischer Widerstandskraft.

Angemessene Bereitstellung allein wird jedoch vermutlich nicht ausreichen: Die Institutionen selbst müssen so gestaltet werden, dass sie auf die Bedürfnisse aller reagieren, und nicht nur auf die der Herrschenden in der Gesellschaft. Nationale Einrichtungen sind ein Produkt der Geschichte und Politik eines Landes. In vielerlei Hinsicht zeigen sich die besten darin, dass sie die Teilhabe und Rechenschaftslegung ermöglichen¹¹, die Vielfalt in der Bevölkerung besser vertreten¹² und offen für friedliche Machtwechsel sind¹³. Sie sind in der Lage, ihre Unabhängigkeit und die Integrität von Institutionen wie der Justiz zu wahren¹⁴ sowie die zivile Kontrolle des Militärs¹⁵ durch Gewaltenteilung und Kontrollmechanismen¹⁶ zu gewährleisten. Diese Merkmale sind in Zeiten der Stabilität wichtig, besonders wichtig sind sie jedoch für den Schutz der Rechte von anfälligen Bevölkerungsgruppen in Krisenzeiten.

Welche Form Institutionen in verschiedenen Gesellschaften auch annehmen, der Schutz der Bürgerrechte wird noch immer vor allem als Aufgabe des Nationalstaats betrachtet. Das könnte jedoch in einer immer stärker globalisierten Welt, in der Menschen in einem Teil der Welt durch Ereignisse und Aktivitäten anderswo bedroht sein können, nicht ausreichen. Der Aufbau von bürgernahen Institutionen auf nationaler Ebene macht parallele Bemühungen auf internationaler Ebene erforderlich, will man die Institutionen auf nationaler Ebene unterstützen und stärken.

Anmerkungen

1. UN 2012a. 2. Mearns und Norton 2010. 3. UNDP 2012d. 4. Drèze und Sen 1989. 5. World Bank 2000. 6. UNECA 2010. 7. UN General Assembly 2009. 8. Seitz 2013. 9. Heller 2014. 10. UNSSC 2010. 11. McGee und Gaventa 2011. 12. Temin 2008. 13. DFID 2010. 14. UNOHCHR 2003. 15. Sulmasy und Yoo 2007. 16. Waldron 2013.

Katastrophen. Es hat sich erwiesen, dass einige über mehr Widerstandsfähigkeit und Ressourcen verfügen, um mit Krisen fertigzuwerden und sich davon zu erholen. Andere dagegen befinden sich in hinterhältigen Fallen, durch die die Auswirkungen solcher Krisen noch schlimmer werden. Bestimmte Makrovariablen können starken Einfluss darauf haben, ob eine Gesellschaft mit Druck und Schocks fertigwerden kann. Das trifft beispielsweise für wirtschaftliche Ungleichheit, den Grad der sozialen Fragmentierung und die Angemessenheit von Institutionen zu – drei Aspekte, die miteinander verknüpft sind. Sozialer Zusammenhalt kann daher die Qualität und Kompetenz von Institutionen beeinflussen, was sich wiederum darauf auswirkt, wie und ob politische Konzepte zugunsten der Menschen entwickelt und umgesetzt werden.⁸⁷

Direkte Maßnahmen zur Beseitigung von Ungleichheit bei Bevölkerungsgruppen

Unter direkten Maßnahmen versteht man üblicherweise gezielte Fördermaßnahmen, die mit Zielvorgaben und Quoten einhergehen. Das beinhaltet auch bevorzugte Behandlung diskriminierter Bevölkerungsgruppen, um ihren Zugang zu Arbeitsplätzen, Vermögenswerten, Dienstleistungen, Regierungsaufträgen und politischer Vertretung zu verbessern. Solche politischen Maßnahmen wirken sich unmittelbar aus, obwohl mitunter Kontroversen bestehen, wie mit historisch bedingten Ungerechtigkeiten umgegangen werden soll, denn die langfristigen Auswirkungen sind ungewiss – sie können auch so interpretiert werden, dass sie soziale Spaltung aufrechterhalten, Stigmen fördern und das Risiko der Vereinnahmung von Eliten mit sich bringen, oder dass umgekehrte Diskriminierung stattfindet. Durch solche Maßnahmen werden zwar einige Symptome von Diskriminierung bekämpft, sie sind jedoch nicht immer geeignet, die strukturellen Ursachen hinter der weiterbestehenden Ungleichheit zu beseitigen. Die Maßnahmen wirken am besten, wenn es ein breiter angelegtes politisches Konzept für die Armutsbekämpfung mit Auslaufklauseln gibt, die umgekehrte Diskriminierung verhindern.

Brasilien – die Zahlen sehen schon besser aus

Die brasilianische Regierung versucht, rassenbezogene Benachteiligung⁸⁸ seiner afro-brasilianischen und gemischtrassigen Bevölkerung zu verringern – diese Bevölkerungsgruppen machen mehr als die Hälfte der 200 Millionen Brasilianer aus –, indem sie gezielte bildungspolitische Fördermaßnahmen ergreift.⁸⁹ Im August 2012 wurde ein Gesetz verabschiedet, in dem verpflichtende Quoten festgelegt wurden, die für Afro-Brasilianer und gemischtrassige Studenten einen bevorzugten Zugang zu den 59 staatlichen Universitäten und den 38 staatlichen technischen Gymnasien des Landes vorschreiben. Die Quoten richten sich nach dem Anteil an der lokalen Bevölkerung (beispielsweise 80 Prozent im Bundesstaat Bahia im Nordosten und 16 Prozent in Santa Caterina im Süden). 1997 betrug der Anteil schwarzer oder gemischtrassiger Studenten im Alter von 18 bis 24 Jahren an Universitäten 2,2 Prozent; 2012 waren es elf Prozent.⁹⁰ Durch das Gesetz hat sich auch die Zahl der Stellen, die an den staatlichen Universitäten für unterprivilegierte Brasilianer reserviert wurden, verdoppelt – von 30.000 auf 60.000. Bildungseinrichtungen haben Zielvorgaben und Quoten für unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen, beispielsweise für Frauen und Farbige, eingeführt, um ihre Vielfalt zu steigern und unterrepräsentierten und anfälligen Bevölkerungsgruppen mehr Chancen zu bieten.

Südafrika – ein unmittelbarer Zusammenhang ist schwer erkennbar

In Südafrika haben arbeitspolitische Maßnahmen, die die Beschäftigung von Frauen oder Angehörigen von Minderheiten fördern, dazu geführt, dass diese Gruppen häufiger am Erwerbsleben teilnehmen. Nach der Apartheid fand man einen rassistisch organisierten Arbeitsmarkt vor: Qualifizierte Arbeitsplätze waren für Weiße reserviert und Arbeitsplätze für Ungelernte für andere Bevölkerungsgruppen. Schwarze, Frauen und Behinderte wurden dabei systematisch diskriminiert.⁹¹

Vor diesem Hintergrund entwickelte das demokratische Südafrika gezielte politische

In Südafrika haben arbeitspolitische Maßnahmen, die die Beschäftigung von Frauen oder Angehörigen von Minderheiten fördern, dazu geführt, dass diese Gruppen häufiger am Erwerbsleben teilnehmen.

Geschichtlich verwurzelte Diskriminierungen beeinflussen soziale Interaktionen im öffentlichen Bereich, die entweder den Erfolg gezielter Fördermaßnahmen ermöglichen oder ihre Umsetzung behindern können.

Fördermaßnahmen, um die Ungerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen. Im Employment Equity Act von 1998 werden Anreize für Firmen geboten, Menschen aus historisch benachteiligten Bevölkerungsgruppen als qualifizierte Arbeitskräfte zu beschäftigen. Eine Studie von 2009 belegte, dass bei qualifizierten und weniger qualifizierten Beschäftigten Erfolge bei der Verringerung der Arbeitslosigkeit und der Armut erzielt werden konnten.⁹²

Ob diese Verbesserungen tatsächlich auf die gezielten Fördermaßnahmen zurückzuführen sind, bleibt umstritten. Kritiker argumentieren, dass diese direkten Maßnahmen nur sehr wenig dazu beigetragen haben, Lücken bei der Beschäftigung oder bei den Löhnen zu schließen. Sie behaupteten, dass diese Verbesserungen stattdessen auf die allgemeinen Bemühungen um besseren Bildungszugang und höhere Bildungsqualität für Afrikaner zurückzuführen seien. Ebenso verwiesen sie auf die positiven Auswirkungen auf die Beschäftigung durch beschleunigtes Wirtschaftswachstum.⁹³ Es wird jedoch nicht bestritten, dass diese breiter angelegten Bemühungen und spezifischere Maßnahmen gemeinsam Südafrikas Bilanz bei der Beseitigung von strukturellen Ungleichgewichten auf dem Arbeitsmarkt verbessert haben. Gleichzeitig wurden das Gefühl historischen Unrechts verringert und die Teilhabe historisch ausgeschlossener und benachteiligter Bevölkerungsgruppen verbessert.

Malaysia – Wie geht man mit unbeabsichtigten Folgen um?

Einige Beobachter haben direkte Maßnahmen kritisiert, da sie in die falsche Richtung gingen und sich nicht für die tiefergehenden strukturellen Probleme, die angegangen werden müssten, eigneten.⁹⁴ Die positive Diskriminierung, bei der die ethnischen Malaysier oder Bumiputras den dominanten Chinesen und der indischen Minderheitsbevölkerung gegenüber bevorzugt wurden, hat zwar deren Zugang zu Bildung und Arbeitsplätzen verbessert und ihr volles Wirtschaftspotenzial ausgeschöpft, doch die chinesischen und indischen Bürger scheitern nun an den 70-Prozent-Quoten bei der Zulassung zum Studium und strömen stattdessen in private und ausländische Schulen

oder verlassen das Land. 2011 hatten etwa eine Million Malaysier das Land, das eine Gesamtbevölkerung von 29 Millionen hat, verlassen, die meisten davon ethnische Chinesen und viele besonders gut Ausgebildete.⁹⁵ Etwa 60 Prozent der qualifizierten malaysischen Emigranten gaben an, dass soziale Ungerechtigkeit ein wesentlicher Grund war, das Land zu verlassen.

Der Kontext ist entscheidend

Es kann zwar nicht eindeutig belegt werden, dass gezielte Fördermaßnahmen Ungleichheiten zwischen Bevölkerungsgruppen verringern, die Beispiele zeigen jedoch, dass eine proaktive Politik die Bedingungen für anfällige Bevölkerungsgruppen in bestimmten Zusammenhängen verbessern kann. Entscheidend ist, dass solche direkten Maßnahmen nicht nur Einzelmaßnahmen sind. Sie müssen integrativer Bestandteil eines breit angelegten Engagements zur Verbesserung der Bedingungen benachteiligter Bevölkerungsgruppen und zur Beseitigung der Umstände, die zur Ausgrenzung bestimmter Gruppen führen, sein. Erfolge sind am wahrscheinlichsten in sich gegenseitig verstärkenden Zusammenhängen, wenn politische Maßnahmen in umfassendere Bemühungen zur Armutsbekämpfung eingebettet werden, gestützt durch formelle Anreize und Sanktionen wie Gesetze, und ergänzt durch einen Wandel der öffentlichen Meinung und Veränderungen sozialer Normen.

Durch Gesetze und Normen Diskriminierung bekämpfen und Verhalten beeinflussen

Geschichtlich verwurzelte Diskriminierungen beeinflussen soziale Interaktionen im öffentlichen Bereich, die entweder den Erfolg gezielter Fördermaßnahmen ermöglichen, oder ihre Umsetzung behindern können.⁹⁶ Dies liegt daran, dass private Entscheidungen und öffentliche Politik durch persönliche und gesellschaftliche Präferenzen, materielle und andere explizite Anreize (Gesetze) und soziale Sanktionen oder Belohnungen (Normen) gestaltet werden.⁹⁷

Veränderte Gesetze und Normen können ebenfalls gewünschtes Verhalten fördern. Öffentliche Lobbyarbeit und rechtliche Beschränkungen waren beispielsweise in den Vereinigten Staaten hilfreich für die Veränderung von Normen und die Einschränkung des Tabakkonsums. In ähnlicher Weise haben die Förderung hygienischer Praktiken wie Händewaschen und die Verwendung von Moskitonetzen, um die Ansteckung mit Malaria zu verhindern, dazu beigetragen, die öffentliche Gesundheit zu verbessern. „Social Marketing“-Strategien zur Verhaltensänderung – private Werbung, Marketing- und Kommunikationskampagnen – tragen immer stärker zu Erfolgen im Bereich öffentliche Gesundheit bei, weil sie Verhaltensänderungen bei Individuen und Gruppen bewirken.

Normbasierte Botschaften und Kampagnen zielen darauf ab, die Wahrnehmung der Menschen davon, welche Verhaltensweisen und Werte in ihren Bezugsgruppen als „akzeptabel“ oder „erstrebenswert“ gelten, zu verändern.⁹⁸ Sie können für die Legitimität und Wirksamkeit von politischen Maßnahmen von entscheidender Bedeutung sein und diese auf eine breite Basis stellen und glaubwürdig machen, insbesondere, wenn sie vorhandene Hierarchien infrage stellen und die politischen Machtverhältnisse ändern wollen.⁹⁹ Es ist unverzichtbar, öffentliche Werte und Verhaltensweisen gezielt anzugehen, wenn die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit sozialen Wandels gewährleistet werden soll.

Gewalttätige Auseinandersetzungen durch Veränderung von Normen und Ausweitung der Inklusionsbemühungen vermeiden

Aufgrund der Erfahrungen in Konfliktländern hat die internationale Gemeinschaft versucht, Sicherheits- und Entwicklungsmaßnahmen miteinander zu verknüpfen, um durch sozialen Zusammenhalt die Sicherheit in Gemeinschaften zu stärken. Ein breites Spektrum staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure entwickelt auf Gemeinschaftsebene koordinierte Reaktionen auf Bedrohungen und schafft auf nationaler Ebene günstige Rahmenbedingungen. Diese Konzepte für sozialen Zusammenhalt

und mehr Sicherheit in Gemeinschaften betonen die Wichtigkeit von stärkerer Bürgerbeteiligung, Verbesserungen der Dienstleistungen, Verringerung sozialer Ausgrenzung durch Verbesserung der Beziehungen zwischen sozialen Gruppen und der Stärkung demokratischer Regierungsführung.¹⁰⁰

In der Gemeinde Santa Lucia in Guatemala koordinierte eine Kommission für Bürgersicherheit (Citizen Security Commission) einen Aktionsplan, der folgende Maßnahmen beinhaltet: Verbot der Mitnahme von Schusswaffen in Bars, kontrollierten Verkauf von Alkohol und bessere Straßenbeleuchtung. Außerdem wurde bürgernahe Polizeiarbeit eingeführt, öffentlicher Raum wurde wieder zugänglich gemacht, und es wurde gegen die Landstreicherei vorgegangen. Innerhalb von zwei Jahren sank die Mordrate von 80 pro 100.000 Einwohnern auf unter 50. Angesichts dieses Erfolgs ist ein neues nationales Gesetz zur Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats, der die Reform des Sicherheitssektors koordinieren soll, verabschiedet worden. Darüber hinaus wird jede Gemeinde dazu verpflichtet, Sicherheitspläne für die Bürger auszuarbeiten. Auf ähnliche Weise wurde in Kroatien ein Pilotprojekt – das Projekt für mehr kommunale Sicherheit – ins Leben gerufen, das einen neuen Lösungsansatz verfolgt und davon ausgeht, dass das Fehlen von Freizeiteinrichtungen für junge Menschen für die mangelnde Sicherheit mitverantwortlich ist. Ein alter Spielplatz wurde neu hergerichtet und dient jetzt als Treffpunkt für junge Leute. Dort gibt es auch einen Skateboard-Park und Sporteinrichtungen. In einer nach dem Krieg sehr gespaltenen Gemeinschaft von Kroaten und Serben ist dieser Ort zu einem Treffpunkt für junge Leute beider Seiten geworden und hat dazu beigetragen, Brücken zwischen diesen miteinander in Konflikt stehenden Gemeinschaften zu bauen.¹⁰¹

Vermittlungsbemühungen der Zivilgesellschaft mit Staat und Markt

Menschen machen selbst angesichts unüberwindbarer Herausforderungen und damit verbundener Ungleichheit mobil, um Situationen zu verbessern und soziale Einrichtungen

Es ist unverzichtbar, öffentliche Werte und Verhaltensweisen gezielt anzugehen, wenn die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit sozialen Wandels gewährleistet werden soll.

Der politische Spielraum für entschlossenes staatliches Eingreifen wird auch stark durch soziale Spaltungen und Konflikte beeinflusst.

für ihre Bedürfnisse nützlicher zu gestalten. Die Zivilgesellschaft ist effektiv, wenn es darum geht, Staaten politisch in die Pflicht zu nehmen, Entwicklung so zu gestalten, dass sie den Armen zugutekommt. Dies ist jedoch nur möglich, wenn es Partizipationschancen gibt – mit Transparenz und Rechenschaftspflicht. Eine empirische Untersuchung in 96 Staaten kommt zu dem Schluss, dass partizipatorische politische Regime soziale Konflikte effektiver bewältigen und Kompromisse zwischen Gruppen von Bürgern herbeiführen können. In der Studie wird festgestellt: „Demokratie sorgt dafür, dass wir weniger egoistisch und mehr gemeinwohlorientiert sind.“¹⁰² Eine andere ökonomische Studie in 82 Entwicklungsländern und Industriestaaten ergab, dass die Fähigkeit des Staates, wirksame politische Maßnahmen zu ergreifen, nicht nur eine Frage der technokratischen Kompetenz und des politischen Willens ist.¹⁰³ Der politische Spielraum für entschlossenes staatliches Eingreifen wird auch stark durch soziale Spaltungen und Konflikte beeinflusst. Eine solche soziale Kluft kann zu einem unterschiedlichen Vertrauensniveau öffentlichen Einrichtungen gegenüber führen und deren Leistung beeinflussen.

Individuen können mehr Druck ausüben, wenn sie sich zu Gruppen zusammenschließen – zu Produzentengruppen, Arbeitnehmervertretungen oder sozialen Bewegungen. Sie können kollektiv handeln und wirkungsvoller verhandeln – auf Märkten, mit Arbeitgebern oder mit dem Staat. Ökonomisch anfällige Gruppen organisieren sich oft gemeinschaftlich – als Firmen, Kleinbauern, Hirten oder Fischer. Sie können den Absatz von Produkten aus fairem Handel fördern oder Genossenschaftsbewegungen für lokale Produzenten unterstützen. Neue Formen kollektiven Handelns und neue bürgerliche Energien formieren sich jetzt politisch auf lokaler Ebene – für Bürgerhaushalte in Porto Alegre in Brasilien; für das Gesetz zum Recht auf Information in Indien; und für Sozial-Audits, durch die die Transparenz und Rechenschaftspflicht von lokalen Behörden, die öffentliche Mittel für Nothilfeprogramme auszahlen, verbessert werden konnte.

Ein wichtiger Aspekt der Interaktion von Staat und Zivilgesellschaft ist die Frage, wie die Zivilgesellschaft Einfluss darauf nehmen kann,

dass politische Konzepte und Ergebnisse den Menschen zugutekommen. Brasilien bemühte sich vor dem Hintergrund von Ungleichheit und rassistischer und ethnischer Spaltung um Entwicklung und die Festigung der Demokratie. Die Regierung führte eine Reihe politischer Maßnahmen durch, die darauf abzielten, den Arbeitsmarkt anzukurbeln, die Regierungsausgaben und Geldtransfers zielgerichteter zu gestalten, die allgemeine Grundschulbildung auszuweiten und Ungleichheiten bei den Geschlechtern und Rassen zu beseitigen. Die Säuglingssterblichkeitsrate wurde von 1996 bis 2006 nahezu halbiert, und der Anteil von Mädchen, die die Grundschule besuchten, stieg von 1991 bis 2004 von 83 auf 95 Prozent. Die brasilianische Regierung hat sich darum bemüht, die seit Langem bestehende Ungleichheit im Land zu verringern, indem sie die Umverteilung von Einkommen gefördert hat, ebenso den allgemeinen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Wasserversorgung und sanitären Dienstleistungen. Durch diese Bemühungen wurde auch der Ernährungszustand von Kindern verbessert, was zu einer starken Verringerung von Wachstumsstörungen bei Kindern der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung führte.¹⁰⁴

Während all dieser Bemühungen konnte die brasilianische Zivilgesellschaft ihre Unabhängigkeit von politischen Parteien bewahren, weil sie eine ganze Reihe von partizipatorischen Institutionen und Prozessen gefördert hat, die die staatliche Politik beeinflussen und dafür sorgen, dass der Staatsapparat Rechenschaft über die Ergebnisse vor Ort ablegt. In der brasilianischen Landlosenbewegung (Movimento dos Trabalhadores Sem Terra, MST) organisierten Kooperativen für etwa eine Million Familien Siedlungen auf enteignetem Land. Die MST baute dort auch Schulen und ermöglichte so Zehntausenden von Menschen, lesen und schreiben zu lernen.¹⁰⁵ Die Unterstützung durch die MST trug entscheidend dazu bei, dass die Arbeiterpartei 2002 an die Macht kam. Dies führte zu höheren Ausgaben für grundlegende Dienstleistungen, Geldtransfers und zu erweitertem Zugang zu Bildung. 2001 bis 2007 entfielen auf die ärmsten sechs Dezile, die vorher 18 Prozent des Einkommens erzielten, 40 Prozent des gesamten

Einkommenszuwachs. Der Gini-Koeffizient der Ungleichheit fiel gleichzeitig von 0,59 im Jahr 2001 auf 0,53 im Jahr 2007.¹⁰⁶

In Bangladesch ist die Zivilgesellschaft in den letzten Jahrzehnten zu einem der größten NRO-Sektoren weltweit angewachsen. Dies geschah als Reaktion auf die zahllosen Herausforderungen im Land, unter anderem durch die häufigen Naturkatastrophen. Nichtregierungsorganisationen haben in der Lücke zwischen Gesellschaft und Staat eine Nische gefunden und versuchen, das Wohl der Bevölkerung durch Basisinitiativen zu fördern. Sie fungieren auch als wichtige Dienstleister und Umsetzungspartner für Programme, die von Nothilfe und Wiederaufbau bis hin zu Mikrokrediten für die Befähigung zur Selbständigkeit von Frauen reichen, insbesondere im Fall von Umweltkatastrophen und -zerstörung. Die Expansion der Zivilgesellschaft in Bangladesch spiegelt zwar die Gegebenheiten vor Ort wider, sie wirft jedoch Fragen bezüglich der Verbindung zur politischen Gesellschaft und zum Staat auf. Die Finanzmittel, die für den Aufbau effizienterer, nachhaltiger staatlicher Institutionen verwendet werden sollten, lassen immer noch zu wünschen übrig – und die Zivilgesellschaft hat sich schneller und mit mehr Kapazität und Reichweite entwickelt als die Institutionen, die eigentlich für die Bereitstellung von Dienstleistungen verantwortlich sind. Bis diese Institutionen wiederbelebt und in gleicher Weise handlungsfähig sind, wird der NRO-Sektor in Bangladesch eine unverzichtbare Kapazitätsressource beim Aufbau von sozialer Widerstandsfähigkeit bleiben.

Nichtsdestotrotz sind, wenn man einmal von der lokalen und kommunalen Mobilisierung absieht, weitere Untersuchungen im Hinblick darauf erforderlich, welche Auswirkungen die Zivilgesellschaft und Aktionen der Öffentlichkeit insgesamt auf die Regierungseinrichtungen eines Landes und die Entwicklungsergebnisse haben können. Es bedarf der Betrachtung, wie Erfahrungen mit sozialer Mobilisierung auf lokaler und Mikroebene im Hinblick auf die Wirkung ausgeweitet und mit den Themen auf der Makroebene zusammengebracht werden können.¹⁰⁷ Untersuchungen über Erfahrungen mit sozialer Mobilisierung bestätigen, dass sich zwischen solchen hauptsächlich lokalen

Initiativen und ihren Auswirkungen auf die Entwicklung im weiteren Sinne kein Zusammenhang herstellen lässt. Es ist erforderlich, die Barrieren auf nationaler Ebene genau zu analysieren, die eine substanzielle Ausweitung bürgerlichen Engagements und sozialer Mobilisierung und die Gestaltung neuer, kreativer Modelle – wie beispielsweise sozialer Unternehmen, die die Armen als Investoren und Anteilseigner beteiligen – verhindern.¹⁰⁸

Durch die Mobilisierung der Zivilgesellschaft und breiterer sozialer Schichten können Bürger ein Mitspracherecht ausüben und grundlegende Rechte einfordern sowie progressive öffentliche und politische Maßnahmen fördern. Ihre Widerstandskraft kann durch Staaten gestärkt werden, die günstige Rahmenbedingungen und Spielraum für eine lebendige, engagierte Zivilgesellschaft schaffen. Die Zivilgesellschaft kann staatliche Einrichtungen nicht ersetzen und sollte dies auch nicht tun. Eine positive, symbiotische Beziehung zwischen beiden trägt jedoch maßgeblich dazu bei, beide zu stärken. Bürgerbeteiligung ist daher eine unverzichtbare, zentrale Triebkraft, um formelle und informelle soziale Einrichtungen dazu zu bewegen, auf öffentliche Bedürfnisse und Forderungen einzugehen und gerechter und effizienter auf Verwundbarkeit zu reagieren.

Aufbau von Kapazitäten für Krisenprävention und Wiederaufbau

Das soziale und physische Umfeld, in dem Gemeinschaften leben und sich entfalten wollen, ist äußerst komplex und schwer überschaubar. Obwohl Wissen über die physischen Schwachstellen der Erde verfügbar ist, bleiben Häufigkeit und Intensität geophysischer Gefahren im Großen und Ganzen unberechenbar, und durch den Klimawandel sind Teile der Welt, die bisher für sicher gehalten wurden, den zerstörerischen Auswirkungen meteorologischer Gefahren ausgesetzt. Egal wie wirkungsvoll politische Maßnahmen im Hinblick auf die Verringerung inhärenter Anfälligkeit sind – es werden plötzliche Gefahren auftreten, wie beispielsweise für relativ unwahrscheinlich gehaltene Katastrophen mit schlimmen

Durch die Mobilisierung der Zivilgesellschaft und breiterer sozialer Schichten können Bürger ein Mitspracherecht ausüben und grundlegende Rechte einfordern sowie progressive öffentliche und politische Maßnahmen fördern.

Auswirkungen wie das Erdbeben 2010 in Haiti. Der Arabische Frühling hat gezeigt, dass sogar detaillierte Kenntnisse über die Faktoren, die soziale Unruhen und gewaltsame Auseinandersetzungen in einer bestimmten Gesellschaft auslösen können, keine Garantie dafür bieten, dass gewaltsame Auseinandersetzungen immer vorhergesehen und verhindert werden können. Schocks wie diese können unvermeidliche und potenziell destruktive Folgen für den Fortschritt der menschlichen Entwicklung und die Widerstandsfähigkeit von Ländern, Gemeinschaften, Familien und Individuen haben.

Vulnerabilitäten werden durch Schocks und ihre Rahmenbedingungen sichtbar. Es ist selbstverständlich, auf eine Krise zu reagieren, wenn sie auftritt, es ist jedoch auch erforderlich, die Krise aufzuarbeiten und eine umfassendere Bewältigungsstrategie für künftige Krisen zu entwickeln. Politische Konzepte zur Verhinderung von Krisen, zur Reaktion darauf und zum Wiederaufbau müssen insbesondere in Nichtkrisensituationen integraler Bestandteil von Maßnahmen und politischen Strategien zur menschlichen Entwicklung werden. Man darf nicht nur mit spontanen Hilfsaktionen in betroffenen Gemeinschaften reagieren. Wenn politische Konzepte nur auf Nothilfemaßnahmen ausgerichtet sind, könnten Maßnahmen zur Risikominderung vernachlässigt werden, und Schocks können erneut auftreten, potenziell größere Auswirkungen haben und höhere Folgekosten für Schutzmaßnahmen mit sich bringen. Bemühungen um Nothilfemaßnahmen sind wichtig und notwendig. Umfassende Bemühungen, Gemeinschaften dabei zu unterstützen, sich besser auf Schocks und Krisen vorzubereiten und sich anschließend davon zu erholen, sind jedoch eine fundamentale Notwendigkeit für Widerstandsfähigkeit.

Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz

Naturkatastrophen bringen Vulnerabilitäten zum Vorschein, wie beispielsweise Armut, Ungleichheit, Umweltschäden und schwache Regierungsführung, und sie verschlimmern diese noch. Länder und Gemeinschaften, die schlecht vorbereitet und sich der Risiken nicht

bewusst sind, und die nur minimale Kapazitäten zur Verhinderung von Katastrophen haben, leiden viel stärker unter den Auswirkungen von Krisen. Auch arme Länder müssen tendenziell unverhältnismäßig leiden. In den letzten 20 Jahren wurden mindestens 1,3 Millionen Menschen getötet und 4,4 Milliarden waren von Katastrophen betroffen. Dies hat die Weltwirtschaft mindestens zwei Billionen US-Dollar gekostet.¹⁰⁹ Der Verlust von Leben aufgrund von Naturkatastrophen ist jedoch durch Frühwarn- und Reaktionssysteme zurückgegangen. In Bangladesch beispielsweise forderte ein schlimmer Zyklon 1991 fast 140.000 Tote, wohingegen durch einen Zyklon ähnlicher Größenordnung 2007 4.234 Menschen getötet wurden. Der Rückgang bei Todesfällen in Zusammenhang mit einem Zyklon konnte vor allem durch die Verbesserung der Frühwarnsysteme, die Bereitstellung von Schutzräumen und die Entwicklung von Evakuierungsplänen sowie durch den Bau von Küstendämmen erreicht werden. Auch Erhalt und besserer Schutz von Küstenwäldern sowie Bewusstseinsbildung auf Gemeinschaftsebene spielten eine wichtige Rolle.¹¹⁰

Es bedarf verstärkter Bemühungen, um nationale und regionale Frühwarnsysteme auszubauen. Auf der Zweiten Internationalen Frühwarnkonferenz 2003 wurden folgende Kernbereiche für Maßnahmen festgelegt: bessere Integration von Frühwarnsystemen in Entwicklungsprozesse und öffentliche Politikkonzepte, bessere Verfügbarkeit von Daten zur Analyse, Vorhersage und zum Risikomanagement auf unterschiedlichen Zeitskalen, mehr Kapazitäten und bessere Frühwarnsysteme, insbesondere in Entwicklungsländern, Entwicklung von am Menschen orientierten Frühwarnsystemen und Programme für den Fall, dass Schocks auftreten.¹¹¹ Insbesondere regionale Zusammenarbeit bei Frühwarnsystemen kann äußerst effektiv sein, da Naturkatastrophen oft mehrere Länder gleichzeitig heimsuchen. Frühwarnsysteme sind ein sehr wichtiges Element der Katastrophenvorsorge. Sie retten Leben und verringern wirtschaftliche und materielle Verluste durch Katastrophen. Im Hyogo-Rahmenaktionsplan wird dargelegt, wie wichtig lokale, nationale und regionale Frühwarnmechanismen sind, die unmittelbar

Es bedarf verstärkter Bemühungen, um nationale und regionale Frühwarnsysteme auszubauen.

und verständlich und mit klaren Anweisungen zu Schutzmaßnahmen vor Risiken warnen. Im Aktionsplan sind dazu auch eindeutige Verpflichtungen enthalten.

Unabhängig davon, wie gut ein Land vorbereitet ist und wie gut sein politisches Konzept sein mag, treten Schocks auf – oft mit unvermeidbaren, äußerst zerstörerischen Folgen. Das wichtigste Ziel ist dann, am Wiederaufbau zu arbeiten und gleichzeitig die soziale, materielle und institutionelle Widerstandsfähigkeit zu stärken. Reaktionen auf extreme Wetterereignisse sind durch schwache Institutionen und Konflikte erschwert worden. Die erste Antwort auf jedwede Krise liegt unvermeidlich auf humanitärer Ebene. Es spielt eine Rolle, auf welche Art und Weise humanitäre Hilfe geleistet wird, weil dadurch die Fundamente zu langfristiger Rehabilitation und Wiederherstellung gelegt werden. Ein Konzept für den raschen Wiederaufbau muss die wichtigsten Stränge von humanitären und Entwicklungsmaßnahmen miteinander verknüpfen. Es muss gewährleisten, dass durch die Bewältigungsstrategie die unmittelbaren Bedürfnisse befriedigt werden, ohne dass längerfristige Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Staates und die bedarfsgerechte Leistungserbringung beeinträchtigt werden.

Die Widerstandskraft eines Landes umfasst auch die Fähigkeit, sich schnell und gut von Katastrophen zu erholen. Dies setzt die Bewältigung der unmittelbaren Auswirkungen der Katastrophen voraus, aber ebenso die Umsetzung spezieller Maßnahmen, mit denen weitere sozioökonomische Folgen vermieden werden. Gesellschaften, die nicht darauf vorbereitet sind, Schocks zu verkraften, erleiden oft wesentlich umfangreichere und länger anhaltende Schäden und Verluste. Das Erdbeben in Haiti beispielsweise verursachte Kosten in Höhe von 120 Prozent des haitianischen BIP. Jahrzehnte von Investitionen in die Entwicklung wurden dadurch zunichtegemacht.¹¹² Aber selbst auf diese Weise werden weder das gesamte Ausmaß der Katastrophe, noch die lange Dauer der endgültigen Erholung erfasst. Wenn Wiederaufbauprozesse nur teilweise stattfinden und nicht darauf ausgerichtet sind, die Widerstandskraft zu stärken, können die Auswirkungen einer Katastrophe sich noch lange Zeit bemerkbar

machen und nachhaltige Folgen für ganze Generationen haben.

Widerstandskraft erfordert eine Veränderung der Strukturen und Systeme, die Fragilität manifestieren und Widerstandsfähigkeit untergraben. Manchmal sind externe Schocks ein Anreiz, diese Veränderungen vorzunehmen. Dafür kann es erforderlich sein, Maßnahmen zur Vorsorge und zum Wiederaufbau in Gesetze, Politikkonzepte und institutionelle Mechanismen zu integrieren, die ein Land oder eine Gemeinschaft in die Lage versetzen, zu funktionieren. Wenn für solche Maßnahmen Haushaltstitel und Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, ist es möglich, Belange der Katastrophenvorsorge auf jeder Ebene des Entwicklungsprozesses zu integrieren – von der Gemeinschaft bis hin zur nationalen Regierung. Auf diese Weise ist Katastrophenvorsorge keine zusätzliche Ausgabe oder Ergänzung, sondern eine zentrale Komponente, die von Anfang an zur Entwicklung dazugehört.

Konfliktprävention und Wiederaufbau

Eine wirksame Strategie zur Stärkung der Widerstandskraft in von Konflikten betroffenen Gebieten und zur Konfliktvermeidung ist die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Es ist jedoch eine besondere Herausforderung, in konfliktträchtigen Ländern oder in Gemeinschaften, die sich von Konflikten erholen, sozialen Zusammenhalt aufzubauen. Die soziale Zersplitterung ist oft groß, der Lebensunterhalt bedroht, und Institutionen sind oft schwach und schlecht dafür ausgerüstet, politische Maßnahmen, die die Spaltung verringern, zu entwickeln und umzusetzen. Nichtsdestoweniger haben so unterschiedliche Länder wie Bolivien, Kenia, Nepal, Peru, Kirgistan, Timor-Leste und Togo in vertrauensbildende Maßnahmen und in Maßnahmen zur Zusammenarbeit und Dialogförderung mittels glaubwürdiger Vermittler sowie in „Infrastrukturen für den Frieden“ investiert. Diese Maßnahmen haben zu positiven Ergebnissen geführt, unter anderem zu friedlichen Abstimmungen, weniger Konflikten in Bezug auf Land und natürliche Ressourcen und zur Verringerung von Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen.¹¹³

Die Widerstandskraft eines Landes umfasst auch die Fähigkeit, sich schnell und gut von Katastrophen zu erholen.

Bemühungen um sozialen Zusammenhalt unterscheiden sich zwar je nach Kontext und nationalen Gegebenheiten, es gibt jedoch vier gemeinsame Elemente:

- *Stärkere Sensibilisierung der Öffentlichkeit und besserer Zugang zu Informationen.* Es können Anstrengungen unternommen werden, damit die Öffentlichkeit sich stärker für Frieden, Entwicklung und weniger Kontroversen in der Politik einsetzt. 2006 fanden in Guyana die ersten gewaltfreien nationalen Wahlen seit der Unabhängigkeit statt. Für dieses Ergebnis war das Programm für Sozialen Zusammenhalt, das 2002 als Reaktion auf die jüngste Gewalt ins Leben gerufen wurde, mitverantwortlich.¹¹⁴ Das Programm basierte auf einer nationalen, vom Präsidenten initiierten Debatte über Regierungsführung, auf systematischen Bemühungen auf Gemeinschaftsebene, die Beziehungen zwischen den Volksgruppen zu verbessern, und auf einer konsequenten öffentlichen Kampagne, die darauf abzielte, eine stärkere, friedlichere Wahrnehmung von nationaler Identität zu entwickeln. Anschließend verliefen auch die Wahlen 2011 friedlich.
- *Glaubwürdige interne Vermittler und Mediatoren.* Unabhängige, objektive Gremien können Vertrauen zwischen Konfliktparteien oder polarisierten Gruppen und Sektoren schaffen und den Konsens über bestimmte Fragen von nationaler Bedeutung fördern. Bei den nationalen Wahlen 2008 und 2012 in Ghana spielte der Nationale Friedensrat, ein Gremium, das 2006 erstmals einberufen wurde, eine aktive Rolle. Es handelt sich um eine autonome Plattform zur Dialogförderung, zur Mediation bei Kontroversen über Politik und Identität und zur Unterstützung friedlicher Wahlen. Diese Funktion wurde von allen politischen Führern im Land und in der Region vom Westafrikanischen Friedensnetzwerk (West Africa Network for Peacebuilding, WANEP) öffentlich anerkannt. Vor Kurzem hat sich Tunesien bemüht, seinen Übergang nach dem Arabischen Frühling zu steuern. Aus sporadischer politischer Gewalt sind keine dauerhaften Spannungen entstanden; säkulare und islamistische Parteien haben Wege gefunden, in einem pluralistischen politischen Rahmen

zusammenzuarbeiten. Bei diesem Übergang hat der tunesische Gewerkschaftsdachverband (Union Générale Tunisienne du Travail, UGTT) als Vermittler eine wichtige Rolle gespielt. Der Verband wurde 1948 gegründet und ist in allen Bereichen der tunesischen Gesellschaft verwurzelt. Er hat seine Stellung dazu genutzt, die politische Debatte auf soziale und wirtschaftliche Herausforderungen statt auf Konflikte zu lenken.

- *Lokale Komitees und Bürgergruppen.* Gemeinschaftsgruppen können auf lokaler Ebene Vertrauen schaffen, indem sie dazu beitragen, Konflikte zu verhindern. Sowohl in Guyana als auch in Tunesien stellten Bürgergruppen Beobachter und Vermittler, die dazu beitrugen, Vertrauen zu bilden und Spannungen aufzulösen, bevor größere Probleme entstanden und den politischen Prozess beeinträchtigten. Der Nationale Friedensrat in Ghana ist formaljuristisch mit ähnlichen Gremien auf regionaler und Distriktebene verbunden. Im Jemen haben Jugendorganisationen junge Leute zusammengebracht und bieten soziale Unterstützung bei der Arbeitssuche, bei finanziellen Problemen und bei der Organisation von gemeinschaftlichen Aktivitäten an. Partizipation trägt dazu bei, sozialen Zusammenhalt zu schaffen, indem kooperatives Verhalten, Solidarität und Gemeinschaftssinn eingeübt werden.¹¹⁵
- *Wiederaufbau von Lebensgrundlagen.* Die Erfahrung zeigt, dass Existenzsicherung und Unterstützung bei der wirtschaftlichen Erholung sozialen Zusammenhalt schaffen können. Unterstützung für den Lebensunterhalt ermöglicht betroffenen Gemeinschaften und Individuen eine kurzfristige Erholung und macht sie den Herausforderungen künftiger Krisen gegenüber widerstandsfähiger. Beschäftigungsmöglichkeiten können ein Gefühl des Vertrauens herstellen, das in Konfliktgebieten dringend erforderlich ist. Länderübergreifende Analysen in Europa und Lateinamerika belegen, dass Beschäftigung dazu führen kann, Vertrauen in andere Menschen und in Institutionen zu entwickeln. Gemeinschaften, die sich in einer Krisen- oder Nach-Krisensituation befinden, sind mit wirtschaftlichen und sozialen

Partizipation trägt dazu bei, sozialen Zusammenhalt zu schaffen, indem kooperatives Verhalten, Solidarität und Gemeinschaftssinn eingeübt werden.

Herausforderungen konfrontiert, was unter Umständen auch die kurzfristige Wiedereingliederung von ehemaligen Kämpfern nach bewaffneten Auseinandersetzungen und von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen beinhaltet. Wenn wieder neue Beschäftigungsmöglichkeiten und Lebensgrundlagen geschaffen werden, kann dies dazu beitragen, Gemeinschaften zu stabilisieren und einen erneuten Gewaltausbruch zu verhindern.

Bei der Friedenskonsolidierung nach Konflikten werden Bemühungen zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts nicht ausreichend berücksichtigt. Am meisten wird in Wahlen oder in die physischen Erfordernisse für die wirtschaftliche Erholung investiert. Diese Investitionen sind zwar sehr wichtig, doch für Gruppen, die gewohnt sind, ihre Interessen mittels Konflikt und Blockaden statt über Verhandlungen durchzusetzen, sind für die friedliche Lösung künftiger Dispute und Krisen systematische Kompetenzen zur Zusammenarbeit (und eine neue politische Kultur) erforderlich. Es ist eine willkommene Veränderung in

diese Richtung, dass nationale Dialogprozesse zunehmend an Bedeutung gewinnen. Beträchtliche Investitionen in sozialen Zusammenhalt, deren Auswirkungen systematisch überwacht und überprüft werden müssen, sind jedoch notwendig, um diese anfänglichen Erfolge aufrechtzuerhalten.

* * *

Wie die meisten Analysen und Daten sind auch die politischen Empfehlungen des vorliegenden Kapitels – so wichtig sie sind – allesamt für nationale Regierungen bestimmt. Es konnte jedoch schon sehr oft festgestellt werden, dass viele Bedrohungen und Gefahren nicht an nationalen Grenzen haltmachen. Es ist an der Zeit zu gewährleisten, dass nationale und internationale Bemühungen miteinander einhergehen. Regierungen und internationale Gremien müssen dazu veranlasst werden, besser zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig in ihrem Engagement zur Verringerung von Anfälligkeit zu unterstützen.

**„Die Überwindung der Kluft
zwischen dem, was wir tun
und dem, was wir tun könnten,
würde genügen, um die meisten
Probleme dieser Welt zu lösen.“**

Mahatma Gandhi

**„Es ist schwierig, völlig neue Wege
zu beschreiten – jedoch nicht
schwieriger, als in einer Situation
zu verharren, die nicht für die Frau
in ihrer Gesamtheit förderlich ist.“**

Maya Angelou

5.

Steigerung des Fortschritts: Globale Güter und kollektives Handeln



Dieses Kapitel konzentriert sich auf die globalen Aspekte von Vulnerabilität und deren Verknüpfung mit nationalen, gemeinschaftlichen und individuellen Anfälligkeiten. Es richtet die Aufmerksamkeit auf Erscheinungsformen von Vulnerabilität, die breitere und tiefere gegenseitige Abhängigkeiten begleiten, und bezieht die Position, dass wesentlich mehr getan werden kann, um Globalisierung für den einzelnen Menschen wirksam zu machen.

In ihrer gegenwärtigen Umsetzung nützt Globalisierung nicht genügend Menschen, und in manchen Fällen bringt die globale Integration neue Anfälligkeiten hervor. Man denke an die chronischen Unterschiede in den Dimensionen menschlicher Entwicklung weltweit, an den in bestimmten Regionen sehr hohen Prozentsatz von Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen und an unvorhersehbare Extremereignisse wie beispielsweise Pandemien, Naturkatastrophen, bewaffnete Konflikte und finanzielle Instabilitäten. Doch gewiss hat die Globalisierung auch viele Gewinner und umfassende Erträge hervorgebracht. Internationale Verbindungen und multilaterale Abkommen können den Boden für Wissensaustausch und gegenseitige Hilfe bereiten und in vielen Fällen die Belastbarkeit und Widerstandskraft steigern. Das für die heutige Welt so charakteristische dichte globale Netzwerk aus Institutionen und Beziehungen kann in vorteilhafter Weise dazu genutzt werden, Resilienz zu erhöhen. Doch nicht alle Menschen hatten das Mitspracherecht oder die nötigen Ressourcen, um die Richtung von Veränderungen beeinflussen oder von der globalen Integration profitieren zu können, und multilaterale Maßnahmen haben nur langsam auf die weltweit wachsenden Herausforderungen reagiert.

Angesichts einer wachsenden Zahl von Unsicherheiten ist in unserer heutigen Zeit sowohl global als auch regional kollektives Handeln erforderlich. Finanzsysteme könnten besser reguliert und der Zugang zu Gesprächen über Handelsbeziehungen könnte offener sein; für Märkte kann man feste Regeln und Standards bestimmen; dem Klimawandel kann man entgegenwirken. Prozesse zum Aufbau robusterer Systeme wurden auf den Weg gebracht, doch

die Bereitstellung wichtiger öffentlicher Güter kann weiter verbessert und Global Governance-Systeme können verfeinert werden.

Dieses Kapitel stellt sich der Frage, auf welche Weise transnationale Integration neue Anfälligkeiten, gleichzeitig aber auch neue Möglichkeiten für bessere menschliche Entwicklung und den Aufbau von Widerstandskraft erzeugt. Es stellt die Zusammenhänge zwischen entstehenden Anfälligkeiten heraus – etwa zwischen der Unterversorgung mit öffentlichen Gütern (beispielsweise umfassende soziale Absicherung oder effektive Klimapolitik) und den Unzulänglichkeiten in der strukturellen Gestaltung globaler Kontrolle, die Gefahrenherde wie exzessive finanzielle Auswüchse zulassen. Ferner richtet es das Augenmerk auf existierende globale Initiativen und trägt zur Diskussion über die Post-2015-Agenda bei, indem es Anregungen für Kategorien öffentlicher Güter gibt, die die Kapazität von Ländern und Menschen erhöhen können, mit widrigen Ereignissen umzugehen. Außerdem wird untersucht, wie Staats- und Regierungshandeln verbessert werden kann, um die Wahrscheinlichkeit und die Auswirkungen von Schocks zu verringern.

All das wird in eine enge Beziehung zu Maßnahmen gesetzt, die nationalen Regierungen genügend politischen Handlungsspielraum eröffnen, um die Widerstandskraft ihrer Länder und Menschen zu stärken. Die sich über alle Zusammenhänge spannende Botschaft lautet, dass für die Schaffung größerer systemischer Resilienz eine internationale Verpflichtung zur Bereitstellung öffentlicher Güter, die den Menschen mehr Sicherheit geben, unabdingbar ist – was durch kollektives Handeln von Individuen, Gemeinschaften und Staaten erreichbar ist.

Transnationale Anfälligkeiten und allgemeine Zusammenhänge

Die transnationale Integration von Handelssystemen, Finanzen, Migration und Kommunikation hat den Fortschritt der menschlichen Entwicklung gefördert, indem sie Möglichkeiten des Zugangs zu globalen Märkten öffnete und zur Teilung von Wissen und Technologie anspornte, um Innovationen zu schaffen und sich in transnationale Netzwerke einzubinden. Menschen miteinander zu verbinden und globale Ressourcen und Kapazitäten zusammenzulegen, schafft beträchtliches Potenzial zur Stärkung der Widerstandskraft von Individuen, Ländern und der Welt. Doch transnationale Risiken scheinen sich zu intensivieren. Kapitel 1 und Kapitel 2 warnen vor globalen Entwicklungen, die den langfristigen menschlichen Fortschritt untergraben können – angefangen mit sich verändernden Klimamustern und sich erhöhender Häufigkeit und Intensität von Naturkatastrophen über die Ausbreitung von Konflikten und übertragbaren Krankheiten bis hin zu finanziellen Instabilitäten bei Vermögenswerten, Warenpreisen und Kapitalflüssen. Kapitel 2 warnt davor, dass instabile Nahrungsmittelpreise und finanzielle Instabilität das Auskommen der Menschen bedrohen und den sozialen Zusammenhalt schwächen.

Jede einzelne dieser Bedrohungen steht für sich selbst, doch sie teilen auch einige gemeinsame Aspekte, sodass ihre gründliche Erfassung eine Orientierung für kollektives Handeln hin zu rationellen und wirkungsvollen Lösungen geben kann. Ausmaß und Wirkungskreise der Verflechtungen nehmen mitsamt den dazugehörigen Unsicherheiten zu, und es besteht längst die Gefahr globaler Ausbreitung. Auf nationaler Ebene ist der politische Handlungsspielraum beim Aufbau von Kapazitäten zur Problembewältigung zunehmend eingeschränkt, und globale Systeme beeinträchtigen individuelle Befähigungen. Unterschwellige Ursachen der meisten transnationalen Anfälligkeiten sind: Unterversorgung mit öffentlichen Gütern und Unzulänglichkeiten der internationalen Governance. Öffentliche Güter, angemessenes politisches Handeln und geeignete Institutionen können die Waagschale hin zu robusterer Widerstandskraft ausbalancieren.

Zunehmende Gefahren

Beschleunigte Verbindungen und Unsicherheiten. Transnationale Integration und damit verknüpfte Gefahren sind nicht neu, aber ihre Geschwindigkeit hat zugenommen. Zu allen Zeiten waren Menschen anfällig gegenüber der Ausbreitung von Krankheiten. Im 14. Jahrhundert transportierten Karawanen und Handelsschiffe den Schwarzen Tod über kontinentale Grenzen hinweg und bewirkten quer durch Europa und Asien enorme Verluste an Menschenleben. Inzwischen hat sich das Übertragungstempo dramatisch beschleunigt – Jumbojets transportieren den Vogelgrippevirus innerhalb weniger Stunden durch die ganze Welt.

Global wie regional ist die Welt zudem schon seit Langem durch wirtschaftliche, politische und soziale Beziehungen geprägt, die heute als „Globalisierung“ bezeichnet werden. Doch auch die globalen Verknüpfungen unterliegen in jüngerer Zeit einem rasanteren Tempo. Im Zeitraum von 1999 bis 2012 erhöhte sich das Verhältnis des globalen Außenhandels zum BIP von 37 auf 51 Prozent.¹ Zwischen 2000 und 2013 stieg die Zahl internationaler Migranten von 175 auf 232 Millionen Menschen.² Der Kapitalfluss zwischen Ländern erhöhte sich von 31 Prozent aller Vorgänge im Jahr 1970 auf daran gemessenen über 180 Prozent im Jahr 2007.³ Die ausländischen Devisenmärkte arbeiten 24 Stunden am Tag, an fünf Tagen pro Woche, und der Handel erreichte im April 2013 einen täglichen Durchschnittswert von 5,3 Billionen US-Dollar.⁴ Die Produktion zahlreicher Güter und Dienstleistungen verstrickt Kontinente in global integrierte Wertschöpfungsketten. Soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter stellen das Potenzial bereit, soziale Räume über breitere geografische Räume auszudehnen.

Vielen Menschen haben solche Entwicklungen wichtige Vorteile und Möglichkeiten beschert. Doch auf zahlreichen Ebenen, die sich vom Finanzwesen über die Sicherheitslage bis hin zur Umwelt erstrecken, sind Geschwindigkeit und Umfang der Verflechtungen bislang nicht auf Maßnahmen gestoßen, die auftretende Anfälligkeiten reduzieren – Vorbeugung gegen Schockzustände bei Extremereignissen, Stärkung von Befähigungen und

Ausmaß und Wirkungskreise der Verflechtungen nehmen mitsamt der dazugehörigen Unsicherheiten zu, und es besteht längst die Gefahr globaler Ausbreitung.

Schutz individueller Wahlmöglichkeiten. Die Integration von Produktion entlang globaler Wertschöpfungsketten schuf beispielsweise dringend benötigte Arbeitsplätze, doch kann zäher Konkurrenzkampf um das Ergattern von Investitionen mögliche Arbeits- und Umweltregulierungen auch ins Leere laufen lassen (siehe Kasten 5.1).

Übertragungsrisiken. Schocks in einem einzelnen Land, zu denen auch politische Veränderungen gehören, können globale Auswirkungen mit unmittelbarem Bezug zu individuellen Befähigungen und Wahlmöglichkeiten haben, potenziell können sie sogar den Entwicklungsprozess in weit entfernten Gemeinschaften und Ländern gefährden. Im Jahr 2008 löste der Kollaps einer New Yorker Bank eine globale Finanzkrise aus. 2010 unterbrach ein isländischer Vulkan den europäischen Luftverkehr, woraufhin in Lateinamerika und Afrika zur Abholung bereitliegende Frischprodukte verrotteten – was beispielsweise Kenia in der Landwirtschaft 5.000 Arbeitsplätze und alleine im Blumensektor täglich 1,3 Millionen US-Dollar kostete.⁵ 2011 unterbrach ein Tsunami vor Japan den Nachschub von Einzelteilen für amerikanische Automobilproduzenten und führte zu wirtschaftlichen Einbußen sowie zu Arbeitsplatzgefährdungen für tausende Arbeiter.⁶ Im Jahr 2012 trieben Konflikte in der Demokratischen Republik Kongo, in Mali, im Südsudan und im Sudan sowie in der Arabischen Republik Syrien 1,1 Millionen Flüchtlinge in angrenzende Länder.⁷ Nach dem Einsturz eines Gebäudes in Bangladesch entluden sich im Jahr 2013 zivile Proteste gegen europäische und nordamerikanische Bekleidungsketten.

Beschränkter politischer Handlungsspielraum. Globale Integration kann nationalen politischen Handlungsspielraum schrumpfen lassen und nationale Kapazitäten zur Eindämmung von Anfälligkeiten einschränken. Der Druck des internationalen Wettbewerbs kann Regierungsentscheidungen beeinflussen und somit die Schaffung und den Schutz von Arbeitsplätzen oder auch die Bereitstellung allgemeiner Schulbildung, Gesundheitsversorgung und sozialer Absicherung erschweren. Während Staaten in den 1950er und 1960er Jahren das

Ziel der Vollbeschäftigung in den Vordergrund stellten, beschränken sie ihre Ambitionen heutzutage eher auf Arbeitslosenversicherungen, die zwar wichtig sind, jedoch weitaus weniger soziale Stabilität bieten. Als Bestandteil der Post-2015-Agenda können kollektive Vereinbarungen zu Beschäftigung, sozialen Dienstleistungen und sozialer Absicherung den nationalen politischen Handlungsspielraum ausweiten und Regierungen dazu bevollmächtigen, die in Kapitel 4 zur Verminderung von Anfälligkeiten empfohlenen politischen Maßnahmen zu übernehmen.

Globale Ausrichtung. Die Lebensgrundlagen von Menschen, ihre persönliche Sicherheit und ihr individuelles Wohlergehen sind nicht nur Veränderungen der lokalen Bedingungen ausgesetzt, sondern auch regionalen und globalen Strukturen und Ereignissen. Grenzüberschreitende Unsicherheiten gewinnen an Bedeutung – ob wegen drohender Arbeitsplatzverluste während einer weltweiten Rezession, wegen Unsicherheit über den Zugang zu ausreichenden Quellen für die tägliche Ernährung bei plötzlichen Veränderungen der globalen Lebensmittelpreise oder aufgrund der Beunruhigung über die persönliche Sicherheit inmitten wachsender sozialer Unruhen und aufkeimender Konflikte. Menschen bewegen sich heute in größerer Anzahl über nationale Grenzen hinweg und setzen sich damit neuen Unsicherheiten und fremdartigen sozialen Zusammenhängen aus (siehe Kasten 5.2). Viele Gefahren, die sich auf Anfälligkeiten in einer bestimmten Lebensphase, auf strukturelle Anfälligkeiten und auf persönliche Anfälligkeiten auswirken (Kapitel 3), können mit globalen Ereignissen und Systemen in Zusammenhang gebracht werden. Zusätzlich zu den in Kapitel 4 empfohlenen nationalen Maßnahmen erfordert der Aufbau von Widerstandskraft globale Schritte und Zusammenarbeit, um nationalen politischen Handlungsspielraum auszuweiten und die Gefahr globaler Schocks zu reduzieren.

Gemeinsame Ursachen

Transnationale Anfälligkeiten können allesamt als Ausdruck derselben Probleme aufgefasst werden: die Unterversorgung mit

Globale Integration kann nationalen politischen Handlungsspielraum schrumpfen lassen und nationale Kapazitäten zur Eindämmung von Anfälligkeiten einschränken.

Globale Wertschöpfungsketten – pro und kontra

Die Produktionsprozesse innerhalb der globalen Wertschöpfungskette sind inzwischen äußerst verstreut und fragmentiert. Für viele Produkte erfolgt die Bereitstellung von Rohmaterialien, die Produktion der Komponenten sowie die Montage, Vermarktung und Auslieferung der fertiggestellten Güter in verschiedenen Ländern, oft sogar in unterschiedlichen Weltregionen. Aktuell bestehen 60 Prozent des Welthandels – im Wert von etwa 20 Billionen Dollar – aus Handel mit Zwischenerzeugnissen und Dienstleistungen.¹ Beteiligte Länder profitieren in Form von Arbeitsplätzen, Exporten und ausländischen Direktinvestitionen, die dringend benötigtes Kapital und Technologie einbringen. Dies kann die Resilienz erhöhen, doch die Verknüpfungen sind so komplex, dass auch neue Vulnerabilitäten entstehen können.

Hübsche Profite ... wenn man sie denn bekommt

Globale Wertschöpfungsketten lassen in Bezug auf Löhne und Gehälter, Profite und die Anzahl von Arbeitsplätzen auch Verteilungsfragen entstehen. Eine Studie zur Wertschöpfungskette von Apples iPod legte dar, dass sich die meisten Arbeitsplätze auf Asien konzentrierten, wohingegen der größte Anteil der Löhne in den Vereinigten Staaten gezahlt wurde. 2006 befanden sich 30 Prozent der auf die Produktion des iPods bezogenen Arbeitsplätze in China, doch chinesische Arbeiter nahmen nur drei Prozent der iPod bezogenen Einkommen mit nach Hause.²

Der Anteil von Profiten und Produktionskosten für das iPhone folgt einem ähnlichen Muster. Fakten aus 2010 belegen, dass Apple der mit Abstand größte Gewinner der iPhone-Produktion ist. Chinesische Arbeiter profitieren zwar vom Zugang zu Arbeitsplätzen, erhalten aber weniger als zwei Prozent des Endverkaufswertes (siehe Grafik).³

Gefährliche und schlecht bezahlte Arbeit

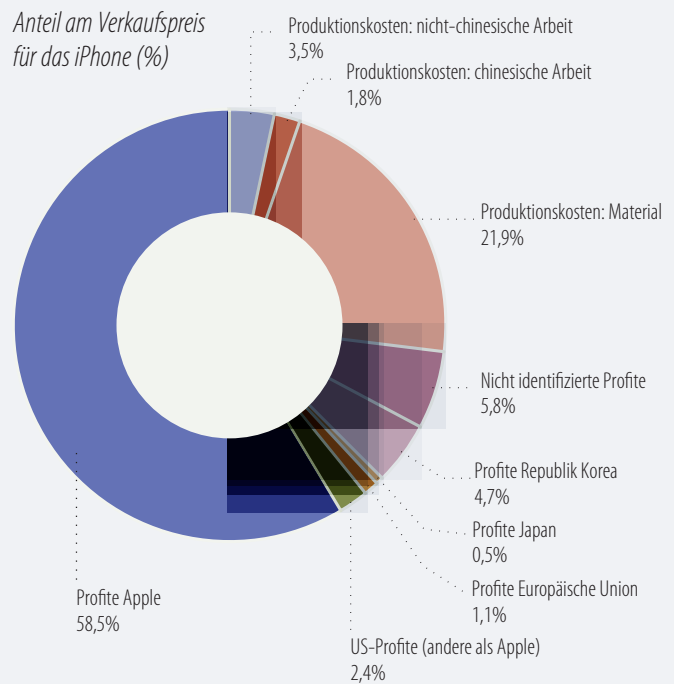
Schlechte Arbeitsbedingungen sind für viele Arbeiter, die nicht Teil der globalen Versorgungsketten sind, ohnehin Realität – doch kann der Wettbewerbsdruck in den globalen Produktionssystemen schlechte Bedingungen sogar noch verschlimmern, insbesondere für ungelernete Arbeiter. Während manche Arbeiter von formellen Arbeitsplätzen in multinationalen Unternehmen profitieren können, hat der wirtschaftliche Ablauf von Wertschöpfungsketten zu zusätzlichen Vertragsnehmern von dritter Seite geführt, die flexible Niedriglohnarbeiter vermitteln, und dies teilweise sogar mittels repressiver Maßnahmen. In den schlimmsten Fällen sind solche Arbeiter Opfer von Schuldknechtschaft und Menschenhandel.⁴

Verständlicherweise wollen Regierungen zu Privatinvestitionen und der Schaffung von Arbeitsplätzen ermutigen, doch in der Umsetzung tendieren sie dazu, der Industrie freien Lauf zu lassen – durch Deregulierung, Privatisierung, finanzielle Anreize und lasche Durchsetzung öffentlicher Verordnungen. Staaten geraten in eine schwierige Situation, wenn sie nur

durch Lockerung der Arbeits- oder Umweltgesetze neue Investitionen anziehen und die Beschäftigung erhöhen können, was das Risiko eines globalen Wettlaufs nach unten in sich birgt. Als Reaktion auf den Wettbewerb um ausländische Direktinvestitionen war die Inkraftsetzung länderübergreifender Arbeitsgesetze in den 1980er und 1990er Jahren nachweislich rückläufig. Viele multinationale Unternehmen haben einen Verhaltenskodex aufgestellt, der jedoch hauptsächlich für die eigenen Branchen und vertrauten Partner gilt und nicht immer auf sekundärer Ebene oder für fremde Lieferanten Anwendung findet.⁶

Die lasche Haltung von Regierungen und Unternehmen wird inzwischen von Untersuchungsberichten, von der Zivilgesellschaft und durch die Konsumentenreaktion herausgefordert. In der Kleidungsindustrie haben zivilgesellschaftliche Gruppen und Gewerkschaften den Unternehmenssektor erfolgreich aufgefordert, die Governance der Versorgungsketten zu verbessern; beispielsweise unterzeichneten über 150 Einzelhändler die rechtlich durchzuführende Brandschutzallianz „Accord on Fire and Building“, die 2013 in Bangladesch in Kraft trat.⁷

Wer profitiert von iPhones?



Quelle: Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf Kraemer, Linden und Dedrick (2011).

Hinweise

1. UNCTAD 2013. 2. Berechnet nach Tabellen 2 und 3 in Linden, Kraemer und Dedrick (2011). 3. Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf Kraemer, Linden und Dedrick (2011). 4. Barrientos 2013. 5. Davies und Vadlamannati 2013. 6. UNCTAD 2012. 7. Bangladesh Accord Foundation 2013.

öffentlichen Gütern, die Kapazitäten zur Problembewältigung fördern, sowie das Missverhältnis, das zwischen den Kapazitäten der

Governance-Struktur, mit der sich Schocks verhindern oder zumindest minimalisieren ließen, und dem Ausmaß der globalen Integration

und der globalen Herausforderungen besteht. Ein einzelnes Land verfügt nur über begrenzte Kapazitäten, solche Anfälligkeiten eigenständig zu reduzieren, denn globale Güter wie beispielsweise die Klimastabilität lassen sich durch globales kollektives Handeln wesentlich besser angehen. Dennoch verlassen sich viele Staaten in erster Linie auf nationale politische Entscheidungen, um bestimmte Anfälligkeiten zu beheben, und in manchen Fällen wird die Bereitstellung wichtiger öffentlicher Güter sogar einfach nur dem Markt überlassen.⁸ Die nationalstaatliche Ausrichtung der Politik gerät

zunehmend in Widerspruch zur globalen Natur der politischen Herausforderungen.

In Zeiten, in denen das internationale Governance-System sich dringend wichtiger Probleme wie Klimastabilität oder Reduzierung der Wahrscheinlichkeit weiterer Finanzkrisen annehmen sollte, erfolgt Kooperation vielfach bloß ad hoc und bruchstückhaft, verstreut über Kontrollzentren, die sich rund um Partikularinteressen organisieren. Die Zahl der Unstimmigkeiten, mit denen sich die internationale Gemeinschaft zu befassen hat, ist groß – wirtschaftliche Schwierigkeiten,

KASTEN 5.2

Internationale Migration

Migranten sind äußerst verwundbar, da sie zahllosen Risiken und Hindernissen ausgesetzt sind. Im Jahre 2013 lebten 232 Millionen Menschen außerhalb der Grenzen ihrer Heimatländer.¹ Sowohl in Industrieländern als auch in Entwicklungsländern sehen sich Migranten – insbesondere Arbeiter ohne Papiere – bestimmten Situationen machtlos ausgesetzt. Beispielsweise können sie vom normalen Arbeiterschutz ausgenommen sein, oder es ist ihnen nicht gestattet, sich örtlichen Gewerkschaften anzuschließen. Oft haben sie keinen Zugang zu sozialen Schutzprogrammen, die einen Puffer gegen die Widrigkeiten des Arbeitsmarkts bieten. Oder sie sind mit rassistischen, ethnischen oder religiösen Diskriminierungen und sozialem Ausschluss konfrontiert.

Auch der Migrationsprozess selbst ist mit Risiken beladen – man denke bloß an die 300 Migranten aus Eritrea, die im Oktober 2013 ums Leben kamen, als ihr Fährschiff in der Nähe der italienischen Insel Lampedusa kenterte – oder an die Asylsuchenden, die im selben Jahr in Papua-Neuguinea und auf Nauru in Haftlagern untergebracht wurden.² Auch die Familienstrukturen und Beziehungen daheim können untergraben werden. Von besonderem Belang sind die Auswirkungen von Migration auf Kinder: höhere Wahrscheinlichkeit der Gefahr des Missbrauchs, der Beteiligung an illegalen Aktivitäten, des künftigen Drogen- und Alkoholmissbrauchs sowie eine reduzierte Fürsorge bei der schulischen Ausbildung.³

Eine besondere Art von Migration, die Menschen besonders anfällig macht, ist dadurch verursacht, dass Menschen vor Leid und Verfolgung aufgrund bewaffneter Konflikte fliehen. Die Zahl durch Konflikte vertriebener Menschen ist in den vergangenen Jahren beträchtlich gestiegen und hat den höchsten Stand seit nahezu zwei Jahrzehnten erreicht.⁴ Zusätzliche Flüchtlingsgruppen fliehen vor Naturkatastrophen und vermutlich wird ihre Zahl aufgrund des Klimawandels noch steigen. Es wurden Diskussionen darüber geführt, wohin die Staatsbürger von kleinen Inselentwicklungsländern gehen können, falls ein steigender Meeresspiegel ihre Heimatländer unbewohnbar macht, doch in vielen Fällen wurde ein Asylstatus verworfen.⁵ Zusätzlich zu ihrer Anfälligkeit als Migranten ohne Papiere sehen sich

Flüchtlinge dem Problem ausgesetzt, in den meisten Aufnahmeländern nicht arbeiten zu dürfen, und häufig werden sie in provisorischen Siedlungen mit schlechter Versorgung und unsicheren Rahmenbedingungen untergebracht.

Gesteuerte Migration kann einige Risiken von Flüchtlingen mindern. So reagiert das Arbeitsgenehmigungssystem der Republik Korea beispielsweise auf Engpässe in der Heimarbeit, indem es die Rechte von migrierten Arbeitern schützt sowie die Transparenz und die Sicherheit des Migrationsprozesses verbessert.⁶ Doch bilaterale Abkommen greifen angesichts von Umfang und Rahmen der Migration bloß begrenzt. Außerdem beziehen sich solche Programme hauptsächlich auf registrierte Migranten und nicht auf die wesentlich anfälligeren Flüchtlinge ohne Papiere.

Migrationsbezogene Vulnerabilität muss gemeinsam angegangen werden – und zwar durch ein internationales Migrationsregime. Nationale Regelungen zur Handhabung der vielfältigen Kategorien und Risiken von Immigranten, Flüchtlingen, Vertriebenen und Staatenlosen sind unzureichend. Es sind größere Anstrengungen erforderlich, um eine übereinstimmende Haltung zum Umgang mit Migration als globalem öffentlichem Gut zu entwickeln, um geteilte Interessen und gemeinsame Ziele zu kodifizieren – zum Schutz der Menschenrechte und zur Senkung der Kosten von Migration und Rücküberweisungen – und um die öffentliche Wahrnehmung von Migranten und Migration zu verbessern. Die Senkung der Kosten für Rücküberweisungen kann Empfängerländern außerdem zu größerer makroökonomischer Stabilität verhelfen.⁷

Bürgervereinigungen und Nichtregierungsorganisationen haben Regierungen in bestimmten Bereichen zum Dialog und zur Kooperation veranlasst (beispielsweise hinsichtlich des Menschenhandels). Ein breit angelegter Ansatz kann auf diesen Fortschritten aufbauen und Normsetzung sowie die Ausarbeitung eines internationalen Migrationsregimes mit einschließen. Der in jüngerer Zeit geführte UN-Dialog zur Migration ist ein begrüßenswerter erster Schritt, und es wird dazu aufgerufen, das Thema Migration in die Post-2015-Entwicklungsagenda aufzunehmen.⁸

Anmerkungen

1. United Nations Population Division 2013. 2. UN News Centre 2013a, 2013b. 3. UNICEF 2007. 4. Internal Displacement Monitoring Centre 2013. 5. Welford 2013. 6. ILO 2010b. 7. Bettin, Presbitero und Spatafora 2014. 8. UN 2013a.

bewaffnete Konflikte und Zwietracht zwischen den Großmächten. Internationale Organisationen sind damit belastet, Finanzierungslücken und steigende Forderungen nach humanitärer Unterstützung auszugleichen. Während auf Naturkatastrophen und humanitäre Krisensituationen für gewöhnlich rasche Reaktionen erfolgen, sind Impulse zur Lösung langfristiger globaler Problemstellungen eher schwach ausgeprägt. Dabei könnte an dieser Stelle kollektives Handeln eine wesentlich umfassendere Sichtweise, die über den Rand unmittelbarer Gefahren und Extremereignisse hinausblickt, sicherstellen und auf die ursächlichen Gründe und die langfristigen Auswirkungen eingehen.

Unterversorgung mit globalen Gütern. Wie kann die Weltgemeinschaft die Bereitstellung von Gütern, die die Widerstandskraft stärken, gewährleisten? Viele Güter besitzen sozialen Wert und können Anfälligkeiten vermindern, werden jedoch von den Märkten stark unterbewertet – etwa Malariaforschung, Reduzierung der Umweltverschmutzung oder Zugang für arme Bauern zu landwirtschaftlichen Neuerungen. Auch hinsichtlich wichtiger öffentlicher Güter wie Management und Kontrolle unbeständiger Nahrungsmittelpreise, globaler Rezessionen und Klimaveränderungen sind die Märkte schlecht gerüstet. In jüngerer Zeit zeigt sich das Bestreben, die Märkte zur Generierung privater Güter zu ermutigen, die globale Zielsetzungen erreichbar machen. Doch private Güter können öffentliche Schlüsselgüter nicht in einem Maße ersetzen, das für die Reduzierung von Anfälligkeiten ausreichen würde.⁹ Insbesondere eignet sich der Markt auch nicht dafür, globale Governance-Strukturen auf die Reduzierung von Schocks oder auf den Aufbau von Widerstandskraft auszurichten. Die universelle Bereitstellung bestimmter wichtiger Güter erfordert kollektives Handeln von und zwischen Staaten, da einzelne Staaten oder Gemeinschaften auf sich alleine gestellt ein globales Marktversagen nicht beheben könnten.

Der Bedarf an globalen öffentlichen Gütern ist gut dokumentiert.¹⁰ Die Unterversorgung mit globalen öffentlichen Gütern – von der Kontrolle übertragbarer Krankheiten bis hin zu adäquaten globalen Marktregulierungen

– ermöglicht allgemeine Schocks mit regionaler und globaler Reichweite. Zusätzlich zu globalen öffentlichen Gütern, die traditionell zur Verminderung von Anfälligkeiten dienen, besteht ein Bedarf an „globalen meritorischen Gütern“ oder „universellen Sozialgütern“, die essenzielle Bedeutung für die soziale Stabilität und anhaltenden Fortschritt haben.¹¹ Unter einem globalen meritorischen Gut kann man sich ein Minimum an sozialer Absicherung und die Verpflichtung zur Bereitstellung sozialer Dienste vorstellen – und zwar auf nationaler und transnationaler Ebene, um die Gerechtigkeit zu vergrößern und gemeinsame globale Werte zu bekräftigen.¹² Solche Arten von Gütern bieten anfälligen Gruppen Schutz und können – bereitgestellt in Verbindung mit globalen öffentlichen Gütern, die die Gefahr des Auftretens von Schocks reduzieren – Widerstandskraft auf globaler Ebene aufbauen.

Multilaterale Anstrengungen erleichtern die Kooperation zur Bereitstellung mancher dieser Güter, doch im Verhältnis zum Ausmaß der bestehenden Herausforderungen und Anfälligkeiten sind diese Anstrengungen ebenso schwach wie im Verhältnis zur Dynamik der Märkte, zur Geschwindigkeit der Kommerzialisierung und zur Macht von Privatinteressen. Globale öffentliche Güter und universelle Sozialgüter, die Märkte hin zu stärker einbeziehendem und nachhaltigem Wachstum korrigieren oder ergänzen würden, werden in viel zu geringem Maße bereitgestellt.

Zweifellos sind globale kollektive Maßnahmen zur Bereitstellung öffentlicher Güter durchführbar. Als Beispiel sei die Ausrottung der Pocken angeführt. Im Jahr 1966 brachte die Weltgesundheitsorganisation ein weltweites Programm für umfassende Schutzimpfungen, die durch aufmerksame Überwachung neu auftretender Fälle und rigorose Eingrenzung sporadischer Ausbrüche ergänzt wurden, auf den Weg. Die Kosten waren vergleichsweise gering, doch bereits 1980 hatte das Programm die Krankheit besiegt und ausgerottet.¹³ Dieses Beispiel spornte zu ähnlichen kollektiven Maßnahmen gegen andere Krankheiten an; dank medizinischer Fortschritte und weltweiter Anstrengungen zur Schaffung eines verbesserten Gesundheitsbewusstseins verfügen die Länder der Welt nun über eine stark verbesserte

Die universelle Bereitstellung bestimmter wichtiger Güter erfordert kollektives Handeln von und zwischen Staaten, da einzelne Staaten oder Gemeinschaften auf sich alleine gestellt ein globales Marktversagen nicht beheben könnten.

Systemische Barrieren für kollektives Handeln

Das Missverhältnis, das zwischen Ausmaß und Dringlichkeit globaler Angelegenheiten und der Kapazität bestehender Governance-Strukturen zur Problemlösung besteht, beschränkt sich keinesfalls auf irgendeinen speziellen Bereich. Die schleppende Trägheit der Global Governance ist ein systemischer und historisch bedingter Prozess und kein idiosynkratisches Phänomen, das sich auf ein bestimmtes Gebiet bezieht. Globale Angelegenheiten werden häufig in separater Zuständigkeit diskutiert, so als seien die Barrieren für kollektives Handeln bei jedem Problem neu und unterschiedlich. Dies unterhöhlt aber die Suche nach Lösungen, da es voraussetzt, dass Probleme unabhängig voneinander lösbar sind. In der Praxis wendet sich die Politik natürlich speziellen Angelegenheiten zu. Doch der Stillstand der Global Governance bei vielfältigen Angelegenheiten – von der langsamen Behandlung des Klimawandels bis hin zur Pattsituation der Doha-Runde zu Handelsvereinbarungen – ist ein systemisches Problem, das unter den Stichworten „wachsende Multipolarität“, „institutionelle Behäbigkeit“, „heftigere Probleme“ und „institutionelle Zersplitterung“ zusammengefasst werden kann.

Wachsende Multipolarität

Die Zahl der Staaten hat im vergangenen halben Jahrhundert zugenommen und ebenso auch die Zahl derjenigen, deren Mitwirkung bei der Lösung globaler Probleme erforderlich und wichtig ist. Auch die Transaktionskosten für Global Governance sind gestiegen. Bei der Gründung der Bretton-Woods-Organisationen im Jahr 1945 wurden die Regeln der Weltwirtschaft im Wesentlichen von einer kleinen Gruppe der Weltmächte formuliert. Heute ist die Gruppe der 20 zu einem wichtigen Instrument für das Management der Weltwirtschaft geworden, da Probleme nicht ohne das Engagement einer größeren Gruppe von Ländern zu lösen sind. Die Einbeziehung einer größeren Anzahl Länder in Entscheidungsfindungen mit globaler Bedeutung ist zu würdigen, doch die Transaktionskosten der Global Governance sind eindeutig zu hoch.

Institutionelle Behäbigkeit

Als die Stützpfeiler der Governance-Ordnung für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gestaltet wurden – inklusive UN-Sicherheitsrat und die Bretton-Woods-Institutionen – räumte man den damals reichen und mächtigen Ländern spezielle Privilegien ein. Zielsetzung war es, die Partizipation be-

stimmter Länder an der Global Governance sicherzustellen. Einhergehend mit dem Aufstieg des Südens hat sich die Machtverteilung inzwischen von der Weltordnung der 1940er Jahre entfernt, sodass eine breiter gestreute und universell einbeziehende Partizipation angemessen ist, wenn man an globale Herausforderungen herangehen möchte. Da jedoch wenige Governance-Institutionen so angelegt sind, dass sie sich von selbst geopolitischen Änderungen anpassen, werden sie sich nicht einfach angleichen.

Heftigere Probleme

Die Problemkreise, die transnationale Kooperation erfordern, haben sich ausgedehnt und betreffen ein breiter gewordenes Spektrum von Nationen und Individuen. Sie sind zudem intensiver geworden und im nationalen politischen Raum und den täglichen Interaktionen spürbar. Im Umweltbereich verlagerte sich beispielsweise das Augenmerk von vorwiegend örtlichen Belangen, wie reine Luft und sauberes Wasser, auf globale systemische Bereiche wie den Klimawandel und den Verlust von Artenvielfalt, die tiefgreifende gemeinsame Abhängigkeiten deutlich machen. Derartige Verschiebungen verstärken die Komplexität der benötigten Anreize für den Fortschritt hin zu globalen Vereinbarungen.

Institutionelle Zersplitterung

Die Anstrengungen angesichts transnationaler Probleme erfolgen in einem dichten System multilateraler und transnationaler Organisationen. Während dies für sich selbst genommen noch kein Problem darstellt, erhöhen sich die Möglichkeiten für Konflikte um institutionelle Mandate, für unkoordinierte Interventionen und für Wettbewerbe um seltene Ressourcen. Bei derartigen Folgen behindert die Verbreitung von Institutionen ihre Befähigung, öffentliche Güter bereitzustellen. Zentrale Schwerpunktsetzungen können die Politik leiten und zur Definition von Beschaffenheit und Form von Kooperation beitragen.

Zur Lösung eines jeden Problems auf globaler Ebene müssen zunächst einmal diese angeführten Herausforderungen erkannt werden – um sie anschließend gemeinsam zu überwinden. Es ist enorm wichtig, kreativ und sehr genau darüber nachzudenken, wie die internationale Kooperation angesichts der widrigen Voraussetzungen gestärkt werden kann.

Quelle: Hale 2014; Hale, Held und Young 2013.

Widerstandskraft gegen Pandemien. Zudem haben sich produktive öffentlich-private Initiativen gebildet, die die Kosten für Verbesserungen der allgemeinen Gesundheit gemeinsam tragen – erwähnt seien hier z.B. solche, die von der Bill und Melinda Gates-Stiftung¹⁴ gesponsert werden, sowie die Mobilisierung privater Finanzierungsquellen durch Ärzte ohne Grenzen, die zu medizinischer humanitärer Hilfe beitragen und antiretrovirale Medikamente besser zugänglich und erhältlich machen.¹⁵

Es stellt sich nun die Aufgabe, diese Form einer kollektiven Abwehrinitiative auf andere transnationale Gefahrenherde auszuweiten – dazu sind anpassende Umgestaltungen globaler Systeme und Verwaltungsmechanismen erforderlich, damit sie – unter Beibehaltung ihrer Beziehungsgeflechte und ihrer Effizienz – zur Bereitstellung essenzieller globaler und nationaler öffentlicher Güter beitragen können. Es ist ein globaler Dialog darüber erforderlich, welche Güter und welche Menschen von den

Es besteht ein Missverhältnis zwischen den Governance-Mechanismen sowie der Vulnerabilität und Komplexität globaler Prozesse.

Märkten übergeben werden und welche Güter im öffentlichen Raum bereitgestellt werden müssen, um einen widerstandsfähigeren Entwicklungspfad einzuschlagen.

Strukturelle Defizite der Global Governance. Trotz aller Anstrengungen, auf globaler Ebene zu agieren und zu kooperieren, behindern die strukturellen Defizite der Global Governance-Architektur im Umgang mit globalen Risiken und der Absicherung von Menschen das Tempo des Fortschritts (Kasten 5.3). Es besteht ein Missverhältnis zwischen den Governance-Mechanismen sowie der Vulnerabilität und Komplexität globaler Prozesse. Die heutigen fragmentierten globalen Institutionen sind nicht verantwortlich oder reaktionsschnell genug, um sich globalen Herausforderungen stellen zu können.¹⁶ Üblicherweise arbeiten sie ad hoc und verfügen weder über die Mandate noch über die nötigen Mittel, um gegen globale Gefahren vorzugehen. Auch Institutionen und Regulierungsmechanismen sind auf spezielle Angelegenheiten ausgerichtet und produzieren zuweilen Probleme, die auf andere politische Bereiche übergreifen – beispielsweise können handelspolitische Maßnahmen Auswirkungen im Gesundheitswesen haben, wenn sie den Zugang zu bestimmten Medikamentensorten begrenzen, und Ungleichheiten verschärfende finanzpolitische Maßnahmen können die Sicherheitslage beeinflussen.

In vielerlei Hinsicht beruhen die Unzulänglichkeiten der Global Governance-Architektur bei der Verminderung von Anfälligkeiten auf den immensen asymmetrischen Verhältnissen der Verteilung von Macht, Stimme und Einfluss. Viele internationale Institutionen und Strukturen wurden für die Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg konzipiert, und niemals haben Reformen veränderte Machtverhältnisse oder den veränderten Charakter von Herausforderungen reflektiert (siehe Kasten 5.4). Inzwischen begünstigen neue Systeme – wie beispielsweise das zum globalen Schutz geistiger Eigentumsrechte – Privatinteressen in proportional unangemessener Weise, denn die Interessen und der Bedarf der geringer entwickelten Länder und der anfälligsten Menschen – darunter ungelernete Arbeiter, Heimarbeiter, Immigranten und Ältere – sind auf den

politischen Agenden und bei Entscheidungsfindungen häufig unterrepräsentiert. Ausgerechnet diejenigen mit der geringsten Befähigung zum Umgang mit Schocks und zur Anpassung an rasche Veränderungen werden am wenigsten in die Gestaltung der Regelungen, Normen und Zielsetzungen der Global Governance einbezogen. Infolgedessen reflektieren internationale Regeln und Normen eher private Interessen, anstatt öffentliche Güter bereitzustellen und soziale Interessen zu fördern.¹⁷ Dies wird in der globalen Finanz-Governance deutlich. Im Basel-Komitee, das finanzielle Standards setzt, erhalten private Interessen einen privilegierten Status, der von keiner ausreichend befugten Macht beaufsichtigt wird.¹⁸

Governance-Systeme haben nicht nur Defizite beim Schutz und bei der Stärkung von Befähigungen – in manchen Fällen produzieren sie neue Anfälligkeiten. Im Bereich der Finanzen hat monetäre Politik, die Deregulierung und Liberalisierung in den Mittelpunkt stellt, die Fragilität des finanziellen Systems verstärkt, und finanzpolitische Maßnahmen wie rigide Beleihungsquoten haben Banken dazu ermutigt, Eigentumsblasen zu produzieren, dabei hätte angesichts der wirtschaftlichen Situation die Anpassung von Krediten zu höherer finanzieller Stabilität führen können.¹⁹ Die strukturellen Defizite der Governance-Systeme haben zu einem Mangel an öffentlichen Gütern, meritokratischen Gütern und universellen Sozialgütern geführt, die die existierenden Systeme hin zu stärker einbeziehender und dauerhafterer Widerstandskraft korrigieren oder ergänzen würden.²⁰

Inaktivität birgt die Gefahr sozialer Instabilität in sich – ob bei Finanzkrisen, klimabedingten Katastrophen oder Massenarbeitslosigkeit und Armut. Tatsächlich ist die aktuelle Zahl örtlicher und globaler Proteste (zwischen 2006 und 2013 wurden insgesamt 843 Fälle verzeichnet) in ihrer Größenordnung mit den Rebellionswellen von 1848, 1917 und 1968 vergleichbar.²¹ Bei solchen Protesten handelt es sich für gewöhnlich um örtliche und nationale Aktionen, doch sie richten sich gegen eine gemeinsame globale Erfahrung: wachsende Unsicherheit und Ungleichheit. Darüber hinaus zeigen sie die Kritik an den gegenwärtigen Strukturen der Globalisierung und deren

Stillstand in der globalen Sicherheits-Governance

Die internationale Kooperation im Umgang mit Gewalt und Konflikten wird dadurch behindert, dass zwischen den dringlichsten aktuellen Sicherheits Herausforderungen und dem globalen System der Sicherheitsvereinbarungen, den Institutionen und der politischen Umsetzung ein arges Missverhältnis besteht. Daraus resultierende Einschränkungen begrenzen die Kapazität der internationalen Gemeinschaft, individuelle Sicherheit zu gewährleisten, das Aufkeimen und die Ausbreitung von Konflikten zu reduzieren und Unterstützung zum Wiederaufbau nach Krisen zu leisten – durchweg wichtige Schritte, um die akute Vulnerabilität der Menschen in Regionen wie dem Südsudan, der Arabischen Republik Syrien, den Ländern der Sahelzone, der Region der Großen Seen Ostafrikas sowie in deren benachbarten Ländern und Regionen zu reduzieren.

Die Ursprünge der Problematik lassen sich bis zu den institutionellen Vereinbarungen zur Sicherheit zurückverfolgen, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden und im Missverhältnis zu den heutigen Sicherheitsbedrohungen stehen. Die Vereinten Nationen wurden explizit zu dem Zweck gegründet, die kollektive Sicherheit der souveränen Staaten aufrechtzuerhalten. Allen Mitgliedstaaten wurde Schutz vor ausländischen Invasionen garantiert, und der Sicherheitsrat erhielt unter Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen das Mandat, gegen Länder, die den Frieden in solcher Weise bedrohen, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, zu denen auch der Einsatz bewaffneter Streitkräfte gehört.

Das System half dabei, Kriege zwischen den Großmächten zu verhindern. Doch inzwischen hat das Sicherheitsproblem eine andere Dimension gewonnen – mit internen Konflikten und Bürgerkriegen im Süden, die sich auf die arabischen Staaten, Südasien und die afrikanischen Länder südlich der Sahara konzentrieren, wo bewaffnete Konflikte deutlich häufiger auftreten als in den 1940er Jahren (siehe Kapitel 2, Grafik 2.12). Die Dominanz bewaffneter Streitkräfte – basierend auf einem Modell staatlicher Militärausgaben und Krieg zwischen Nationalstaaten, das im vergangenen halben Jahrhundert rückläufige Tendenzen zeigt – ist schlecht dazu geeignet, für Sicherheit in Gebieten zu sorgen, in denen sie am meisten benötigt wird. Für Konfliktlösungen und Wiederaufbaumaßnahmen nach Krisen sind Ab-

sprachen und Zusammenarbeit zwischen bewaffneten Kräften und der internationalen Gemeinschaft erforderlich, und wesentlich bleibt die Konzentration auf die Ursachen interner Konflikte.

Im Zuge der Verlagerung von Sicherheitsbedrohungen erweiterte sich das traditionelle Konzept von Souveränität als autonome Verantwortung des Staates und bezieht nun durch eine Reihe von Verträgen die Verpflichtung mit ein, die Rechte von Bürgern zu schützen. Beim größten Zusammentreffen von UN-Mitgliedstaaten aller Zeiten vereinbarten die Länder im Jahr 2005 einstimmig eine nationale und internationale „Schutzverantwortung“ („Responsibility to Protect“) für jedes menschliche Leben auf diesem Planeten. Doch der Konsens zur Annahme dieses Prinzips zerbrach an tiefen Unstimmigkeiten über die Form seiner Umsetzung.

Der Sicherheitsrat bleibt das Schlüsselorgan zur Aufrechterhaltung der menschlichen Sicherheit. Doch diese Institution wurde gestaltet, um staatliche Sicherheit aufrechtzuerhalten und hat die Governance-Struktur von 1945 bewahrt, die auf Einstimmigkeit unter den Großmächten basiert, sodass Entscheidungen unvermeidlich von deren nationalen Interessen bestimmt sind. Wenn ständige Mitglieder die Zustimmung verweigern, sind Maßnahmen auf internationaler Ebene unwahrscheinlich. Obwohl der Sicherheitsrat zu Entscheidungen befugt ist, obliegt die Umsetzung seiner Mandate nationalen Militärs oder regionalen Organisationen wie der NATO oder der Afrikanischen Union, was Möglichkeiten eröffnet, Maßnahmen zu unterlaufen.

Die Verlagerung von zwischenstaatlichen zu internen Konflikten hat den Fokus von Konfliktverhütung und Wiederaufbau verschoben. In Kombination mit dem Aufkommen eines modernen Menschenrechtsregimes hat diese Verlagerung die Natur der Souveränität radikal verändert. Zugleich blockiert die Stagnation der globalen Sicherheits-Governance – hervorgerufen durch Multipolarität, herausforderndere Probleme und institutionelle Schwerefälle – die neuen Institutionen sowie vorzunehmende Reformen, die das Ziel kollektive Sicherheit durchsetzen könnten. Die daraus resultierende Governance-Lücke begrenzt die internationale Kapazität, sich dringlichen Angelegenheiten bei der Sicherheit zuzuwenden, die so den Bevölkerungen in Konfliktregionen aufgebürdet werden.

Quelle: Hale 2014.

nachlässiger Haltung in Bezug auf öffentliche Güter und soziale Wohlfahrt.

Kollektives Handeln kann globale Systeme neu strukturieren, sodass den Menschen neue Befähigungen vermittelt werden und nicht neue Anfälligkeiten generiert und existierende Unsicherheiten verschlimmert werden. Kooperation zwischen Staaten, internationalen Institutionen, dem privaten Sektor und der Zivilgesellschaft ist möglich – mit einem globalen Auftrag, potenzielle externe Effekte und Rückkopplungen auf die und zwischen den Ländern

der Welt sowie zwischen den verschiedenen politischen Bereichen zu berücksichtigen. Global Governance kann die Verkettung von Globalisierung und Vulnerabilität aufbrechen, doch dies wird erst dann wahrscheinlicher, wenn globale Politik und Entscheidungsfindungen einbeziehend, rechenschaftspflichtig und koordiniert sind.

In einer globalisierten Welt den Menschen in den Mittelpunkt stellen

Die Stärkung von Befähigungen und der Schutz von Wahlmöglichkeiten können Anfälligkeiten gegenüber transnationalen Gefahren reduzieren, da sie den Menschen die Möglichkeit zu angemesseneren Reaktionen geben. Auch können so Häufigkeit, Brutalität und Ausmaß von Extremereignissen reduziert oder diese sogar von vornherein verhindert werden. Diese Ziele sind auf zwei Weisen zu erreichen: Erstens können durch die Bereitstellung bestimmter öffentlicher Güter, die als Elemente eines globalen Gesellschaftsvertrags betrachtet werden können, die nationalen politischen Handlungsspielräume erweitert werden und so den Menschen helfen, besser mit widrigen Situationen umzugehen. Zweitens kann durch die Stärkung des Global Governance-Systems die Bereitstellung öffentlicher Güter erleichtert und die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß transnationaler Extremereignisse reduziert werden.

Elemente eines globalen Gesellschaftsvertrags

Durch allgemeine Bereitstellung von Dienstleistungen wie Ausbildung, Gesundheitsversorgung, Wasser und Elektrizität sowie durch allgemeine soziale Absicherung, die Individuen mehr Kraft verleiht, externe Schocks zu bewältigen (Kapitel 4), können Befähigungen auf nationaler Ebene gestärkt und Wahlmöglichkeiten geschützt werden. Solche öffentlichen Güter reduzieren den Druck auf Individuen, schwierige Entscheidungen treffen zu müssen: Menschen sollten nicht darüber entscheiden müssen, welches ihrer Kinder im Falle von Arbeitsplatzverlust oder zu hoher Schulgebühren die Schule verlassen muss, und sie sollten sich auch nicht auf erniedrigende und gefährvolle Mittel wie sexuelle Dienstleistungen oder das Durchwühlen von Müll einlassen müssen, um ihre Nahrungsmittel und die Unterkunft bezahlen zu können.

Nationale Maßnahmen sind leichter umzusetzen, wenn globale Verpflichtungen bereits vorhanden und globale Unterstützung somit

verfügbar ist. Die Post-2015-Agenda sollte deshalb universelle öffentliche Dienstleistungen auf nationaler Ebene, soziale Absicherung auf nationaler Ebene und Vollbeschäftigung als zentrale Zielsetzungen für die Weltgemeinschaft ausweisen. Auf der Grundlage dieser Elemente eines globalen Gesellschaftsvertrags ist eine ausgewogene Balance zwischen der Maximierung der Vorteile der globalen Integration und der Minimierung ihrer Kosten und Unwägbarkeiten zu erreichen. Globales Engagement für das Erreichen dieser Zielsetzungen kann Staaten den nötigen nationalen politischen Handlungsspielraum eröffnen, exakt diejenigen Herangehensweisen festzulegen, die in ihrem jeweils besonderen Kontext am besten funktionieren, um Beschäftigung zu schaffen sowie soziale Dienstleistungen und Absicherung bereitzustellen. Globale Abkommen sind wichtig, weil sie Maßnahmen und Engagement in die Wege leiten sowie finanzielle und institutionelle Unterstützung generieren können.

Politische Normen wurden massiv vom fest verwurzelten Glauben an die Effizienz der Märkte sowie an die Kraft der Privatisierung beeinflusst. Weltweit haben Regierungen öffentliche Unternehmen privatisiert, die Aufsicht über Kapitalbewegungen eingeschränkt, Arbeitsmärkte dereguliert und neue Systeme zum Schutz geistiger Eigentumsrechte eingerichtet.²² Ähnliche ideologische Konzepte, die Individuen betreffen, haben ebenfalls Wurzeln geschlagen. Allgemein wird vorausgesetzt, dass der Mensch Individualismus, Selbständigkeit und Unternehmertum verherrlicht, dass er das Streben nach egoistischen Eigeninteressen mit Freiheit gleichsetzt und dass er Regierungen mit Ineffizienz und Korruption assoziiert.²³ Diese Sichtweisen sind selbst bei den anfälligsten Gruppen, die am dringendsten auf Schutz durch öffentliche Güter und staatliche Unterstützung angewiesen sind, verbreitet.

Ein globaler öffentlicher Bereich, der bessere Balance zwischen privaten und öffentlichen Interessen schafft, kann nationalen politischen Handlungsspielraum öffnen. Politische Normen, die allgemein bereitgestellte soziale Absicherungen als positive Instrumente darstellen, befähigen Staaten zur politischen Annahme und Ausführung von Programmen, die die

Ein globaler öffentlicher Bereich, der bessere Balance zwischen privaten und öffentlichen Interessen schafft, kann nationalen politischen Handlungsspielraum öffnen.

Menschen innerhalb ihrer Territorien schützen. Solche Normen können Staaten darin bestärken, sich zu universellen Schutzmaßnahmen im Bereich der Beschäftigung zu verpflichten, die die Wahrscheinlichkeit ausbeuterischer Arbeitsbedingungen reduzieren und zugleich soziale Mindestabsicherungen für Arbeiter sowie für alle diejenigen befürworten, die arbeitslos, krank, invalide, alt oder schwanger sind. Weltweit haben gegenwärtig bloß 20 Prozent der Menschen im arbeitsfähigen Alter einen ausreichenden sozialen Schutz, und viele besitzen überhaupt keine soziale Absicherung.²⁴ Eine positivere Sichtweise auf den öffentlichen Sektor würde die Rufe nach allgemeinen öffentlichen Dienstleistungen und sozialer Absicherung, die Menschen zu mehr Besonnenheit im Umgang mit kritischen Situationen befähigen, deutlich lauter ertönen lassen.

Der Bedarf an sozialen Dienstleistungen und sozialer Absicherung wurde bereits in internationalen Konventionen und Abkommen herausgestellt, insbesondere in der Millenniumserklärung.²⁵ Artikel 22, 25 und 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (1948)²⁶ erkennen das Recht auf soziale Sicherheit ebenso an wie Artikel 9 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1966)²⁷. Im Vertrag von Lissabon (2007) identifizierte die Europäische Union Maßnahmen zur Koordinierung der Politik zur sozialen Inklusion und sozialer Absicherung.²⁸ 2009 brachte die Initiative für soziale Grundversicherung 19 UN-Gremien, mehrere internationale Finanzinstitutionen und 14 Entwicklungspartner zusammen, um die Zielsetzung des allgemeinen Zugangs zu wesentlichen Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Wohnen, Wasser und Hygiene sowie soziale Transfers zur Einkommenssicherung, Nahrungsmittelsicherheit und angemessener Ernährung voranzubringen.²⁹ Artikel 26 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes (1989) erkennt die Rechte jedes Kindes auf soziale Sicherheit an, einschließlich einer Sozialversicherung.³⁰ Das am Minimalstandard ausgerichtete Übereinkommen über Soziale Sicherheit (1952) der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zählt zu den frühen Initiativen, die Staaten aufriefen, zum Wohle ihrer Bevölkerung Vereinbarungen bezüglich Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter,

Vershrtheit, Invalidität und Mutterschaft zu ratifizieren.³¹

In jüngerer Vergangenheit forderte 2012 die Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (Rio+20) einen Katalog nachhaltiger Entwicklungsziele ein³², die einen stabileren öffentlichen Bereich schaffen sollen, um Gleichheit und Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt der globalen Entwicklungsanstrengungen zu rücken. Im Zuge der Post-2015-Agenda bietet eine solche Aufstellung nachhaltiger Entwicklungsziele der internationalen Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, das Prinzip der Universalität voranzutreiben: mit öffentlicher Bereitstellung sozialer Dienstleistungen, universellem Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung sowie Vollbeschäftigung und sozialer Absicherung – alles wesentliche Elemente für eine nachhaltigere und widerstandsfähigere menschliche Entwicklung.

Fragile Staaten und Konfliktsituationen. Spezielle Aufmerksamkeit erfordert die Frage, wie die Wahlmöglichkeiten von Menschen in fragilen Staaten und in Konfliktsituationen geschützt werden können. Besonders in fragilen Staaten ist es nämlich wichtig – und im Zuge von Entwicklung zugleich eine der schwierigsten Herausforderungen –, den Zugang zu sozialer Absicherung sowie zu Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und zu Arbeit zu gewährleisten. Untätigkeit in fragilen Staaten kann sich auf die nationale, regionale und internationale Sicherheit, Stabilität und den Wohlstand auswirken.³³ Innerhalb fragiler Staaten können Gesellschaftsverträge geschaffen werden, und globale Verpflichtungen zu Universalität und sozialer Absicherung können die internationale Gemeinschaft zu verstärkter Unterstützung der Anstrengungen und die Eliten fragiler Staaten zu erhöhtem Engagement anregen.³⁴

Der „New Deal for Fragile States“ – eine gemeinsame Initiative der 19 fragilen Länder der G7+ und der Gebergemeinschaft – ist eine Plattform für unterstützende Mitarbeit zu Gesellschaftsverträgen in fragilen Staaten.³⁵ Er schlägt Lösungen vor, die auf nationalem *ownership* und einem umfassenden Ansatz von Entwicklung und Sicherheit basieren. In der

Untätigkeit in fragilen Staaten kann sich auf die nationale, regionale und internationale Sicherheit, Stabilität und den Wohlstand auswirken.

Erkenntnis, dass Erfolg auf gemeinsamen Anstrengungen und einer effektiven Führung basiert, haben sich alle Mitglieder zu kollektivem Handeln und Reformen verpflichtet, um den „New Deal“ umzusetzen. Seit dem Programmbeginn im Jahr 2011 haben Afghanistan, die Zentralafrikanische Republik, die Demokratische Republik Kongo, Liberia, Sierra Leone, Somalia, der Süd-Sudan und Timor-Leste ihr Interesse bekundet, als Pionierstaaten des „New Deal“ zu fungieren. Sierra Leone hat als eines der ersten Länder eine Fragilitätsanalyse vorgenommen, die einerseits beträchtliche Fortschritte erkennen lässt, andererseits aber auch die Herausforderungen angesichts begrenzter Ressourcen und eingeschränktem Humankapital unterstreicht.³⁶ Zusätzliche Unterstützung beim Aufbau und der Umsetzung von Gesellschaftsverträgen in fragilen Staaten wird ein entscheidender Bestandteil des universellen Engagements für soziale Absicherung, Dienstleistungen und Beschäftigung sein.

Finanzieller Handlungsspielraum. Woher sollen die Mittel zur Schaffung universeller sozialer Absicherung und sozialer Dienstleistungen kommen? Zum Teil werden sie von den traditionellen Gebern bereitgestellt, die damit ihren im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele eingegangenen Verpflichtungen nachkommen und den Umfang der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) erhöhen.³⁷ Auch mehrere Schwellenländer verfügen über große internationale Reserven, die öffentliche Güter finanzieren könnten.³⁸ Einzelne Staaten können Mittel beschaffen, indem sie eine effektivere Besteuerung von grenzüberschreitenden Aktivitäten vornehmen und die Höhe der unerlaubten finanziellen Abflüsse verringern. Regierungen verzeichnen Verluste an Staatseinkünften, wenn Unternehmen ihre Steuerpflichten in Länder mit niedriger Besteuerung transferieren und so auf legale Weise die Unterschiede von nationalen Regelungen für sich ausnutzen. Im Jahr 2013 beklagten öffentliche Anhörungen der Gesetzgeber des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten die Umgehung der Körperschaftssteuer durch globale Unternehmen (darunter *Apple*, *Amazon* und *Starbucks*), die auf legale Weise die Unterschiede in nationalen Regelungen ausnutzten, um die

Zahlungen an die Regierungen des Gastlandes zu minimieren.³⁹ Länder könnten sich auf gemeinsame Regelungen einigen, um den Wettbewerb um Kapital mittels Herabsetzung von Körperschaftssteuern zu unterbinden.⁴⁰ Dies könnte vielen Entwicklungsländern helfen, ihr Steueraufkommen zu erhöhen und somit größere finanzielle Möglichkeiten für öffentliche Investitionen zu schaffen.⁴¹

Außerdem sind internationale Maßnahmen erforderlich, um illegale Finanzflüsse einzudämmen. In den am wenigsten entwickelten Ländern erhöhten sich die illegalen Kapitalflüsse von 9,7 Milliarden US-Dollar im Jahr 1990 auf 26,3 Milliarden US-Dollar im Jahr 2008, wobei sich 79 Prozent auf zu hohe bzw. zu niedrige Rechnungsstellung im grenzüberschreitenden Handel zum Zweck der Steuerverkürzung gründeten. Zur Orientierung: Zwischen 1990 und 2008 flossen von jedem US-Dollar öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit, den die am wenigsten entwickelten Länder erhielten, 60 Cent auf unerlaubte Weise wieder aus dem Land.⁴² Entwicklungsländer verloren zwischen 2002 und 2006 jährlich 98 bis 106 Milliarden US-Dollar an Steuereinkünften aufgrund illegaler Kapitalflüsse.⁴³ Zwischen 2008 und 2010 verlor Afrika aufgrund falscher Rechnungsstellungen jährlich 38 Milliarden US-Dollar und weitere 25 Milliarden US-Dollar aufgrund anderer illegaler Abflüsse – insgesamt also mehr, als die Region während dieses Zeitraums an öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit erhielt.⁴⁴ Es wurden zwar bereits Anstrengungen zur Verbesserung der Transparenz unternommen, aber eine globale Initiative könnte zu transparenter Preisfestsetzung zwischen Ländern ermutigen und dabei Unterstützung leisten.

Innerhalb der Gruppe der G20-Länder zeichnet sich eine Harmonisierung ab, um Steuerumgehung und Steuerhinterziehung zu verhindern.⁴⁵ Auch andere Anregungen verdienen Aufmerksamkeit, wie etwa die des „Africa Progress Panel“, sich mit Steuerhinterziehungen zu befassen, die mit Unternehmensumständen in den Bereichen Öl, Gas und Bergbau zusammenhängen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ermutigt zudem zu freiwilligen Meldungen an und zur Veröffentlichung durch das

Regierungen verzeichnen Verluste an Staatseinkünften, wenn Unternehmen ihre Steuerpflichten in Länder mit niedriger Besteuerung transferieren und so auf legale Weise die Unterschiede von nationalen Regelungen für sich ausnutzen.

Kann die Doktrin der „Schutzverantwortung“ ausgeweitet werden?

Ein Schlüsselinstrument, um die internationale Gemeinschaft und einzelne Staaten für anfällige Menschen verantwortlich zu machen, ist die Doktrin der „Schutzverantwortung“ (Responsibility to Protect). Sie ist ein entscheidendes Instrument, das eng genug gefasst ist, um spezifische Arten von Vulnerabilität anzugehen – indem es Staaten für Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnische Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Verantwortung ziehen kann.

Obwohl viel Kritik und Bedenken gegen die Interpretation der „Schutzverantwortung“ geäußert wurden, bestehen auch Möglichkeiten, ihre Reichweite zu erhöhen, um ihre Befähigung zum Schutz anfälliger Gruppen in Krisenzeiten zu erhöhen. Ihr wichtigstes Prinzip – dass Souveränität kein Privileg, sondern eine Verantwortung ist – sollte sich nicht auf Massengräueltaten wie Völkermord beschränken, da sich Menschen noch einer Vielzahl anderer einschneidender Bedrohungen ausgesetzt sehen, angefangen von Finanzkrisen bis hin zu klimatisch bedingten Naturkatastrophen. Das Programm könnte außerdem auf die Verantwortung von Staaten zum Schutz anfälliger Gruppen ausgeweitet werden: Frauen, Kinder und Jugendliche, alte Menschen, Migranten. Der „Internationale Pakt über wirtschaftliche,

soziale und kulturelle Rechte“ fordert ausdrücklich die Verantwortung von Staaten zum Schutz der Rechte auf Leben, körperliche Unversehrtheit, Mobilität und Eigentum ein.¹

Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) brachte den Vorschlag ein, die Schutzverantwortungsdoktrin zumindest ihrem Geist nach auch auf die Förderung von Institutionen im Gesundheits- und Ausbildungswesen auszurichten.² Andere Bemühungen arbeiten darauf hin, staatliche Verpflichtung zum Schutz von Migranten in verbindlicher Weise zu verankern – inklusive (aber nicht begrenzt auf) diejenigen, die Konflikte in ihrer Heimat zu entkommen versuchen.² Wichtigste Bestandteile der Ausweitung des Programmrahmens wären die Festlegung vereinbarter Schwellen für Interventionen und die Einrichtung von Mechanismen zur Intervention und Hilfeleistung.

Dies wäre ein kühner und nicht unumstrittener Schritt. Doch es besteht dringender Bedarf an kollektivem und starkem Engagement zum Schutz anfälliger Gruppen – eines, das die Narrative und Normen von Schutz über das Maß von gewalttätigen Massengräueltaten hinaus auf weitere Unsicherheiten ausdehnt.

Anmerkungen

1. UN 1966. 2. UNFPA 2010. 3. Davies und Glanville 2010.

„Committee on Fiscal Affairs‘ Working Party on Tax Avoidance and Evasion“. ⁴⁶ Als nächste Schritte wären breiter angelegte und kohärentere Anstrengungen zwischen Staaten und Organisationen in Richtung eines überspannenden internationalen Investmentregimes sowie die Harmonisierung von Steuerregelungen vorstellbar. Dies sollte Bestandteil der Post-2015-Agenda sein – mit dem Zweck, Staaten größeren politischen Handlungsspielraum zu verschaffen und den Fortschritt in Richtung anderer Zielsetzungen voranzutreiben.

Verbesserung der Global Governance

Soziale Dienstleistungen und soziale Absicherung werden die Frequenz und das Ausmaß transnationaler Gefahren nicht vermindern. Dazu sind Strukturveränderungen der globalen Systeme erforderlich, die darauf zielen, Schocks zu reduzieren und positive soziale Resultate zu maximieren anstatt Profite und Macht für einige wenige zu fördern. Um Menschen in den Mittelpunkt einer globalisierten Welt zu stellen, bedarf es kollektiven Handelns, damit sichergestellt wird, dass globale und regionale Regulationsmechanismen auf Unsicherheiten

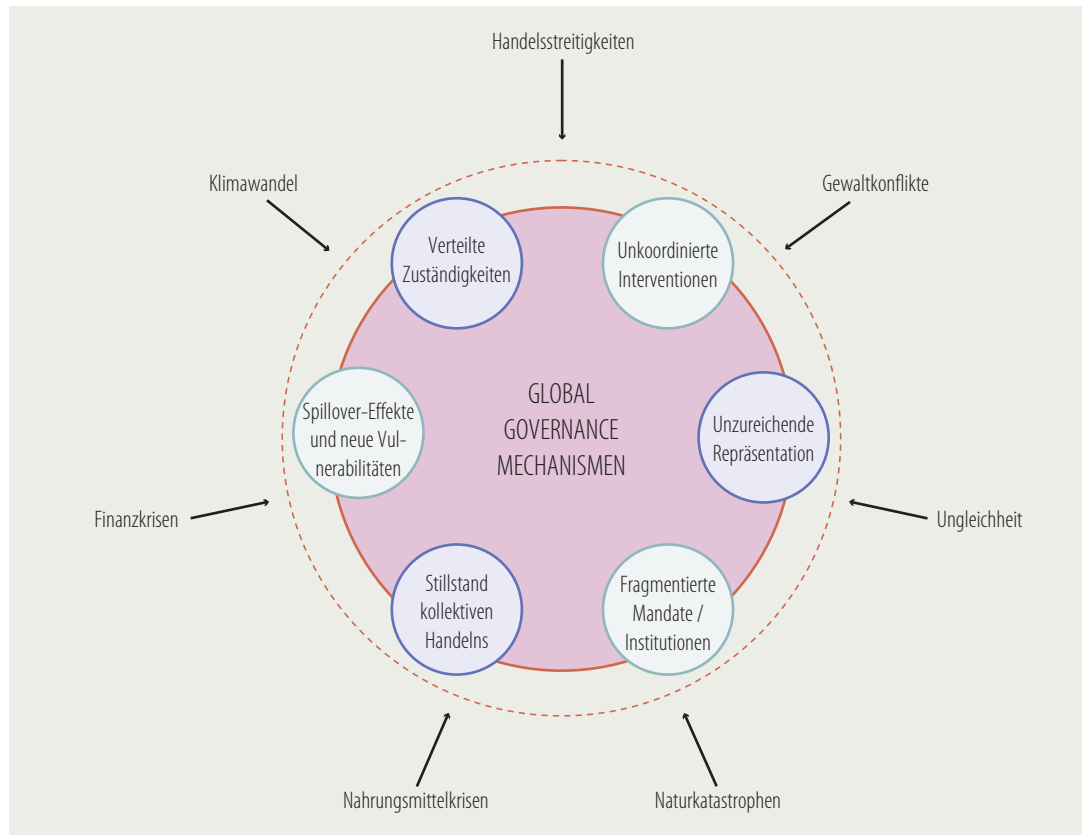
reagieren und dass öffentliche Güter die Befähigung der Menschen stärken, mit transnationalen Schocks umzugehen.

Mit der Vertiefung der Globalisierung erhalten zahlreiche Herausforderungen noch größere Bedeutung – von Klimaveränderungen über Konflikte bis hin zu Wirtschaftskrisen und sozialen Unruhen. Früher führten Perioden der Veränderung und Unsicherheit zur Einrichtung von breit angelegten neuen Institutionen und zu Normen über globale Zusammenarbeit, die beispielsweise im 19. Jahrhundert den Aufstieg von Liberalismus und Freihandel bewirkten, zur Hinwendung zum Keynesianismus nach der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre und zur Einrichtung des Bretton-Woods-Systems nach dem Zweiten Weltkrieg. Heute könnten die Marktvereinbarungen und globalen Regierungsstrukturen mit ähnlich kühnen institutionellen Veränderungen neu konfiguriert werden, um im Globalisierungsprozess eine Balance zwischen der Maximierung von Markteffizienz und der Absicherung von Menschen zu erreichen (Grafik 5.1).

Die Liste globaler Herausforderungen ist lang und die an dieser Stelle an die Hand gegebenen Empfehlungen sind keinesfalls

GRAFIK 5.1

Missverhältnis zwischen globalen Herausforderungen und Global Governance-Mechanismen



Quelle: HDR-Büro.

erschöpfend – aber Märkte können besser reguliert, Finanz- und Handelssysteme justiert und Gefahren für die Umwelt reduziert werden. Diese Aufgabenbereiche sollen im Mittelpunkt stehen, doch ist die Governance von Nahrungsmitteln, Migration, Gesundheit und anderer Angelegenheiten mit globaler Bedeutung ebenso wichtig. In der Tat schließen diese Bereiche einander nicht aus, sondern es gibt zahlreiche Überschneidungen, sodass beispielsweise die Anpassung der Finanzarchitektur die Instabilität der Lebensmittelpreise oder Veränderungen der Handelsregime die Anfälligkeiten von Migranten reduzieren könnten.

Governance-Prinzipien. Globale Angelegenheiten können so angepasst werden, dass die Wahrscheinlichkeit erhöht wird, dass Staaten kollektiv handeln und die Kohäsion in der Global Governance sichergestellt ist (zu einem Überblick über systemische Probleme der

Global Governance siehe Kasten 5.3). Diese Prinzipien sind vorrangig umzusetzen, bevor sich politischer und institutioneller Fortschritt bei speziellen Problemen wie finanzieller Unbeständigkeit, unausgewogenen Handelssystemen oder dem Klimawandel einstellen kann.

Ganz oben steht das Gebot, Entwicklungsländer in gerechtem Maße an der Global Governance partizipieren zu lassen, indem die aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg stammenden Governance-Strukturen reformiert werden, sodass die Bedürfnisse anfälligerer Länder – insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder und der kleinen Inselentwicklungsländer – nicht an den Rand gedrängt werden.⁴⁷ Als Nächstes kann Partizipation so ausgeweitet werden, dass sie den Privatsektor und die Zivilgesellschaft einbezieht, um Unterstützung für das kollektive globale Handeln von Staaten zu sichern. Drittens: Da kollektives Handeln durch Inklusivität die höchste

Effektivität erzielt, sollen Entscheidungen von repräsentativen Institutionen getroffen werden, nicht aber von Ad hoc-Gruppierungen wie der Gruppe der 20 oder von selektierenden Versammlungen, in denen es bei Entscheidungsfindungen an Transparenz mangelt.⁴⁸ Viertens sollen Anstrengungen darauf gerichtet werden, Koordination und Kooperation zwischen Global Governance-Institutionen in bestimmten Angelegenheiten zu festigen, um Fehlentwicklungen zu reduzieren und Zielsetzungen besser aufeinander auszurichten.

Das Festhalten an diesen Prinzipien kann die Kooperation zwischen Ländern, die ihre Souveränität womöglich nur zögerlich für kollektive Güter einsetzen, und zwischen internationalen Institutionen mit sich überlappenden und unkoordinierten Mandaten, politischen Ausrichtungen und Programmen, verbessern.

Finanzen. Das internationale Finanzsystem eignet sich nicht besonders gut für die Minimierung von Vulnerabilitäten und den Schutz von Errungenschaften in der menschlichen Entwicklung. Die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise von 2008 auf Menschen und Länder bezeugen dies. Die Krise war eine Konsequenz aus der unzureichenden Regulierung komplexer Instrumente in den führenden Finanzzentren der Welt.⁴⁹ Die Wirkungen aber waren weltweit spürbar. Tatsächlich verzeichneten Länder mit eigentlich gesunden Finanzsystemen reale Rückgänge ihres Bruttoinlandsprodukts und der Beschäftigungsquote. Arbeitsplätze gingen verloren, und Beschäftigte mussten zu niedrigeren Löhnen weniger Stunden arbeiten. Es wird geschätzt, dass alleine in der Textil- und Kleidungsindustrie in China zehn Millionen Arbeitsplätze verloren gingen, in Indien eine Million, in Pakistan 200.000, in Indonesien 100.000, in Mexiko 80.000, in Kambodscha 75.000 und in Vietnam 30.000.⁵⁰ In Bangladesch, Kambodscha, Indonesien, der Demokratischen Republik Laos, der Mongolei, Thailand und Vietnam sanken die Einkommen der Arbeiter um 50 Prozent.⁵¹ In vielen Ländern verloren vor allem junge Menschen, ungelernte Arbeiter und städtische Arbeiter ihre Arbeitsplätze.⁵²

Wirtschaftliche Schocks treffen Menschen in reichen wie in armen Ländern – man denke

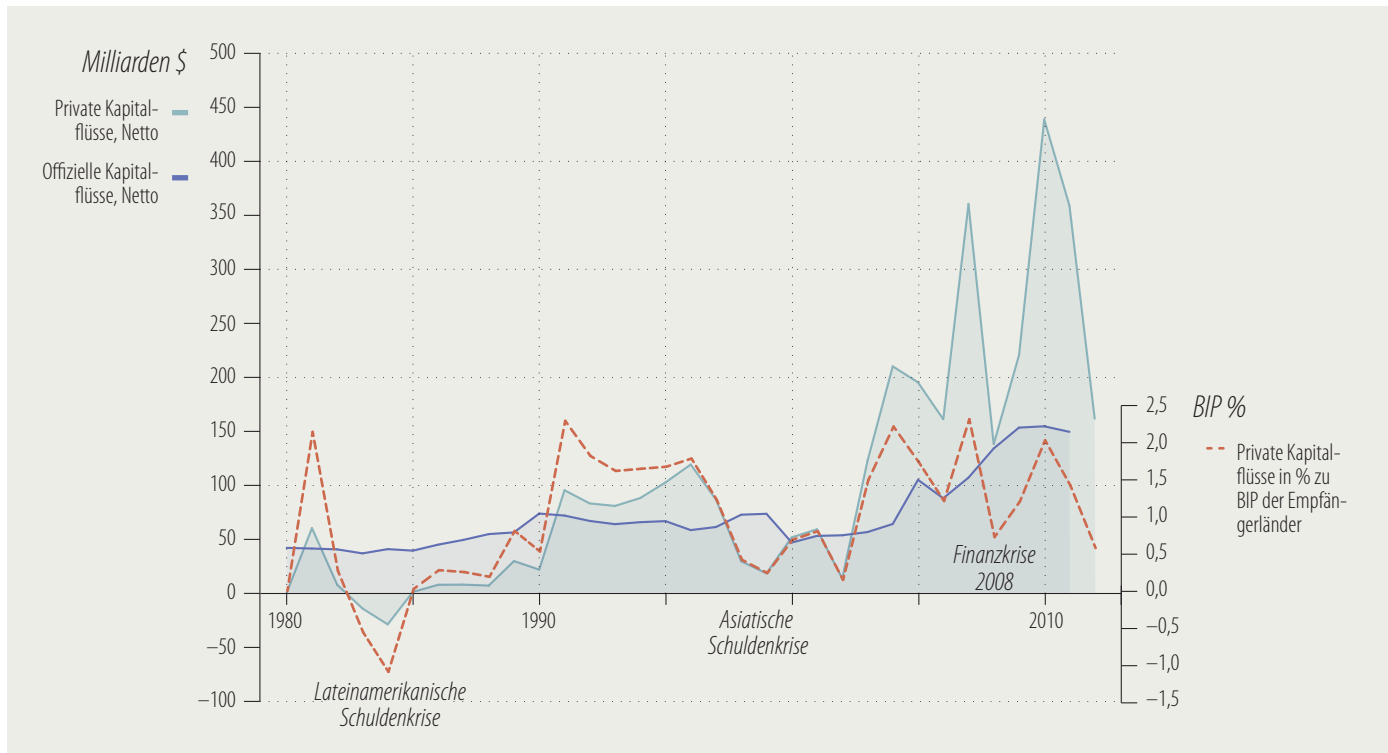
an die heftigen Auswirkungen der globalen Rezession auf Griechenland und Spanien –, doch sind Individuen in Entwicklungsländern die anfälligsten unter den Betroffenen. Die rezessionsbedingt abgestürzten Verkaufszahlen von Neuwagen in den Vereinigten Staaten führte zu Jobverlusten in Liberia, das den Gummi für Autoreifen liefert.⁵³ Die Arbeiter der amerikanischen Automobilindustrie waren nach dem wirtschaftlichen Einbruch gegen Arbeitslosigkeit abgesichert, doch liberianische Kautschukzapfer wurden zu Tausenden ohne jegliche alternative Unterstützung entlassen.⁵⁴ Wirtschaftskrisen wirken sich auch auf Menschen in verschiedenen Lebensphasen aus und können künftigen Bewältigungsfähigkeiten wichtigen Nährboden entziehen. Bei Verlust der Grundlagen ihres Lebensunterhalts nehmen viele arme Familien aus Not die Kinder von der Schule oder sie reduzieren die Nahrungsmittelaufnahme.⁵⁵ In Kasachstan reduzierten Familien den Verbrauch an Fleisch, Milchprodukten, frischem Obst und Gemüse drastisch und verzichteten vollständig auf Gesundheitsvorsorge und medizinische Maßnahmen.⁵⁶

Obwohl sie beträchtliche Bedeutung für die Entwicklung haben, machen steigende private Kapitalströme in Entwicklungsländern in jüngerer Zeit viele Ökonomien und Menschen anfällig. Die Anfälligkeiten entstehen aus volatilen und antizyklischen Kapitalflüssen (Grafik 5.2).⁵⁷ Die Aussicht auf Gewinne zieht privates Kapital an, Risiken schrecken es ab. Grenzüberschreitende Kapitalflüsse sind tendenziell prozyklisch: In Zeiten wirtschaftlichen Wachstums strömt Kapital herein, in Zeiten des Niedergangs fließt es ab. Durch den Verlust von Vertrauen in den Markt können prozyklische Kapitalflüsse außerdem verschärfende Auswirkungen nach sich ziehen, indem sie Wechselkurse unterminieren und zu wirtschaftlichem Einbruch führen, der ansteckende Wirkung auf andere Länder hat. Genau dies geschah im Juli 1997 in Ostasien. Damals beeinflussten insbesondere die nicht die Erwartungen erfüllenden Einschätzungen von Ratingagenturen das Marktvertrauen; Herabstufungen schürten Panik und destabilisierten die Märkte.⁵⁸

Zur Verwaltung von Wechselkursen und Kapitalkontrollen haben die globalen

Das internationale Finanzsystem eignet sich nicht besonders gut für die Minimierung von Vulnerabilitäten und den Schutz von Errungenschaften in der menschlichen Entwicklung. Die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise von 2008 auf Menschen und Länder bezeugen dies.

Der Anstieg des privaten Netto-Kapitalflusses in Entwicklungsländer (1980-2012) verstärkte die Vulnerabilität vieler Volkswirtschaften und Menschen



Quelle: Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf UNCTAD (2014).

Finanzinstitutionen kein umfassendes Governance-System; sie handeln ad hoc und von Fall zu Fall. Zwischen Regierungen existierende Netzwerke – quasi-formelle Institutionen, die staatliche Vertreter zur Koordinierung der Maßnahmen zusammenbringen – befassen sich mit bestimmten Aspekten von Problemen, beispielsweise mit Bankenstandards, Versicherungsvorschriften oder Regulierung von Sicherheiten. Als grundsätzlich technokratische Institutionen verfügen sie über limitierte Mandate, sich mit weitreichenden Regulierungsfunktionen zu befassen. Häufig sind sie so mehr auf Erleichterungen für Kapitalflüsse als auf das Management ihrer Gefahren ausgerichtet. Tatsächlich haben sie nur selten die von ihnen gesteuerte Finanzindustrie zu bedeutenden Verhaltensänderungen gebracht, als eingeschränkte Ausnahme ist hier das Basel-Komitee zu nennen.⁵⁹ Bei einigen der Institutionen ist die Industrie in beträchtlicher Größenordnung

in den Governance-Strukturen vertreten, wie etwa beim „International Accounting Standards Board“. Benötigt wird ein Finanzsystem mit dem Geist von Bretton Woods – inklusive Finanzmechanismen und Institutionen, die den Zugang zu Liquidität gewährleisten, die Instabilität der Finanzflüsse reduzieren und die Ansteckungsgefahren minimieren.

- *Gewährleistung des Zugangs zu Liquidität.* In Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs und von Finanzkrisen, in denen das Auftreten von Kapitalflucht am wahrscheinlichsten ist, kann Zugang zu internationalen und regionalen Reserven Ländern dabei helfen, die Lage finanzieller Instabilität zu meistern. Viele Schwellenländer sichern sich selbst ab und verlassen sich auf eigene große Devisenreserven. Diese Einstellung aber bindet beträchtliche Beträge, die der Entwicklungsfinanzierung verloren gehen.⁶⁰ Viele andere Entwicklungsländer erleben bei Finanzkrisen

(wenn Ressourcen am dringendsten benötigt werden) eine starke Spartendenz des Privatkapitals. Zur Deckung antizyklischer Ausgaben und zur Gewährleistung einer adäquaten Finanzierung von Programmen zur sozialen Absicherung, von Beschäftigungspolitik und anderen nationalen Sicherungskonzepten spielt die Unterstützung durch multilaterale Organisationen (einschließlich regionaler Organisationen) sowie durch bilaterale Agenturen eine entscheidende Rolle. Durch Regulierungen können Regierungen und Finanzinstitutionen in die Lage versetzt und darin bestärkt werden, in Zeiten boomender Wirtschaft übermäßige finanzielle Risiken zu vermeiden.

Erleichterungen bei Rücküberweisungen ermöglichen es Individuen und Gemeinschaften, mehr zu sparen und ihre Fähigkeiten im Umgang mit wirtschaftlichen Depressionen zu stärken. Im Jahr 2013 erreichten Rücküberweisungen in Entwicklungsländer die geschätzte Höhe von 414 Milliarden US-Dollar – ein Posten, der im Jahr 2016 bereits 540 Milliarden US-Dollar betragen dürfte.⁶¹ Diese Kapitalströme übersteigen die Devisenreserven von mindestens 14 Entwicklungsländern.⁶² Trotzdem bleiben die Transaktionskosten für die Rücksendung von Geldbeträgen hoch. 2013 wurden als durchschnittliche Kosten für die Überweisung von 200 US-Dollar von einem Land in ein anderes 27 Prozent⁶³ berechnet. Eine Reduzierung dieser Kosten könnte Liquidität maßgeblich erhöhen und sollte deshalb im Fokus finanzieller Reformen stehen.

- *Reduzierung der Schwankungen bei Finanzflüssen.* Eine Regulierungsstruktur für globale finanzielle Stabilität kann die Instabilität von grenzüberschreitenden Kapitalflüssen reduzieren. Der Internationale Währungsfonds unterstützte dahingehende Bestrebungen in moderater Weise.⁶⁴ Die Gruppe der 20 drängte auf ein antizyklisches Kapitalflussmanagement, das Freiraum für nationale politische Entscheidungen belässt, indem sie anmerkte, dass es für Maßnahmen im Management der Kapitalflüsse kein für alle Größen passendes Muster gebe.⁶⁵ Politische Entscheidungen sollen von der Größe

nationaler Finanzsektoren und dem Ausmaß regulativer Kapazitäten abhängen. Manche Länder besitzen größeres Potenzial, durch nationale politische Entscheidungen Einfluss auf andere zu nehmen und sollten bei der Abwägung politischer Optionen potenzielle externe Effekte in Betracht ziehen. Man denke nur an Gefahren wie hohe Dollarzinsätze und Kapitalflucht, die Schwellenländern durch Entscheidungen der US-Zentralbank (Federal Reserve) drohen können.⁶⁶ Die Emittenten von Reservewährungen können die Kapitalströme durch ihre makroökonomischen politischen Entscheidungen beeinflussen und somit übermäßigen Ungleichmäßigkeiten und vehementen politischen Rückschlägen vorbeugen.

- *Regionale Finanzfonds.* Regionale Finanzinstitutionen können die Ausbreitung von Schocks dämpfen und ihr Potenzial für globale Ansteckung verringern.⁶⁷ Auch können sie dazu beitragen, bilaterale Wechselkurse zu stabilisieren, indem sie Finanzkrisen regionale Expertise entgegenstellen und bei Krisen mit antizyklischer Finanzierung Liquidität einbringen.⁶⁸ Darüber hinaus können sie den Stimmen kleinerer Länder mehr Gewicht verleihen. Nationaler politischer Handlungsspielraum kann durch makroökonomische Koordination in Regionen mit bereits bestehenden Initiativen einschließlich Währungsswapvereinbarungen und regionalen Pooling-Institutionen ausgeweitet werden – Beispiele dafür sind die Chiang-Mai-Initiative Multilateralization, die im Aufbau befindliche Ostafrikanische Währungsunion, der Lateinamerikanische Reservefonds, der Eurasian Economic Community's Anti-Crisis Fund und der Arabische Währungsfonds.⁶⁹ Eine weitere vielversprechende Initiative ist die BRICS-Bank.⁷⁰ Das derzeit ambitionierteste Projekt ist die Chiang-Mai-Initiative Multilateralization mit ihren Währungsswapvereinbarungen zwischen den Zentralbanken von Mitgliedsländern. In Reaktion auf die Lehren aus der asiatischen Finanzkrise von 1997 betont sie die Bedeutung des regionalen politischen Dialogs zur Prävention von Ansteckung und die Bereitstellung von Liquidität angesichts spekulativer Attacken.⁷¹

Eine Regulierungsstruktur für globale finanzielle Stabilität kann die Instabilität von grenzüberschreitenden Kapitalflüssen reduzieren.

Die Zeit scheint reif für einen vollwertigen Asiatischen Währungsfonds und einen Lateinamerikanischen Währungsfonds zu sein, um Reservemittel zusammenzulegen, Wechselkurse zu stabilisieren, Länder kurzfristig mit Finanzmitteln auszustatten und Überwachung anzubieten. Aufbauend auf existierenden Strukturen könnten dann alsbald auch andere Regionen folgen. Wo Mitgliedschaft partiell ist und Kapazitäten zur Bereitstellung benötigter Finanzdienste gering sind, können durch die Teilnahme von Industrie- und Schwellenländern ein rasch wachsender Pool aus Ersparnissen und Geldreserven zusammengetragen und die Kreditwürdigkeit erhöht werden.⁷² Regionale Währungsfonds können globale Fonds ergänzen, und ein wettbewerbsfähiger agierendes Umfeld kann die Angebote beider Seiten stärken.

Handel. In den letzten Jahren sind Länder in stärkerem Maße auf Importe und Exporte angewiesen (Grafik 5.3). Der Zugang zu globalen Märkten war eine wichtige Triebfeder für Entwicklung, insbesondere in Ländern, die beträchtlich in die menschlichen Befähigungen investiert haben.⁷³ In einem vorteilhaften externen Umfeld können Länder durch Handel zu Wachstum gelangen. Schreitet jedoch die globale Wirtschaft nur schleppend voran, werden exportorientierte Volkswirtschaften anfällig gegenüber Schwankungen bei Rohstoffpreisen, den Terms of Trade und der Auslandsnachfrage. Zu den Folgen der Finanzkrise von 2008 gehörten rückläufige Entwicklungen in den Bereichen Handel, Beschäftigung und Löhne. In den ersten drei Quartalen 2009 sanken der weltweite Güterhandel um 30 Prozent und die Exporte für sämtliche Weltregionen um mehr als 20 Prozent.⁷⁴ Auch die Beschäftigungsquoten sanken in allen Regionen, und auf 53 Länder bezogen rutschte das mittlere Wachstum der realen Löhne von 4,3 Prozent im Jahr 2007 auf 1,4 Prozent in 2008.⁷⁵

Sich einem konkurrierenden internationalen Umfeld stellen zu müssen, kann bei Individuen, Unternehmen und Regierungen Unsicherheiten produzieren. In manchen Ländern werden Arbeiter von steigender Beschäftigung und wachsenden Exportziffern profitieren, doch

in anderen Ländern werden Menschen ihre Arbeit verlieren, weil Betriebe schließen und Industrien ihre Standorte verlagern. Besonders schwierig wird die Anpassung an solche Situationen für die anfälligen Mitglieder der Gesellschaft sein, deren Verhandlungspositionen ohnehin schon schwach sind.

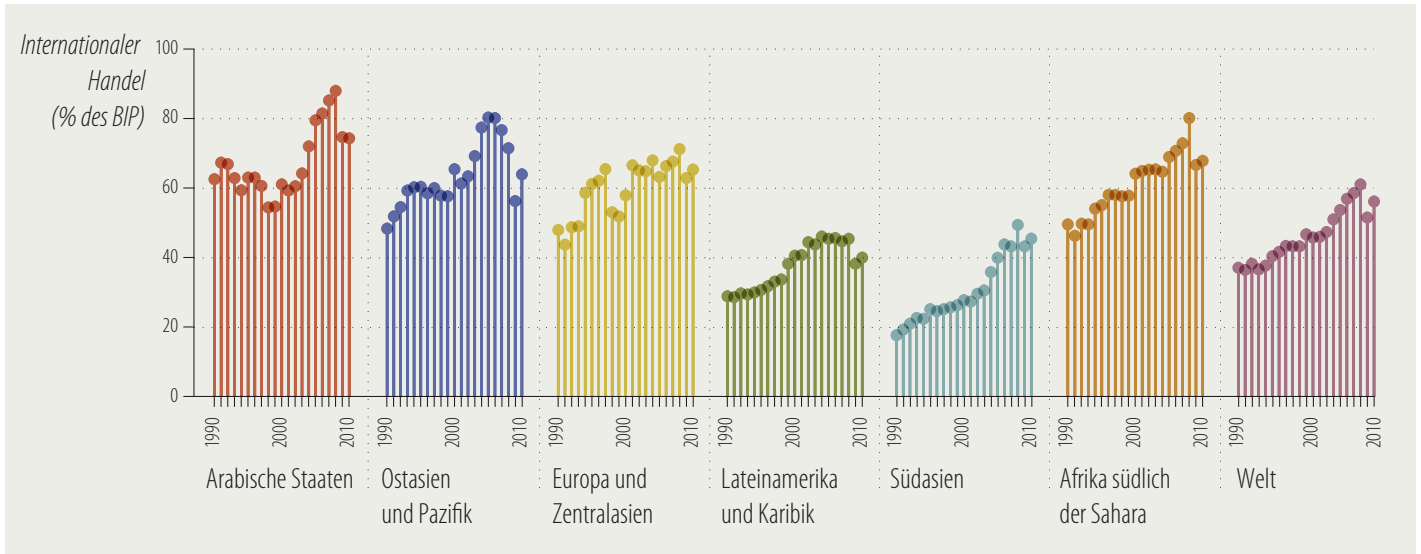
Dem Problem von im Zusammenhang mit Handel entstehenden Vulnerabilitäten haben sich einige Institutionen, die internationale Abkommen und Regeln erstellen, zumindest teilweise angenommen – darunter zum Beispiel die Welthandelsorganisation. Doch noch immer weist die globale Handelsstruktur so manche Unzulänglichkeiten auf, die sich über ein breites Spektrum erstrecken; angefangen von Entscheidungsfindungen über die Schritte in Richtung einer größeren Zahl bilateraler Handelsabkommen bis hin zu den Asymmetrien in der Verhandlungsmacht bei der Festlegung der Maßnahmen zu Fragen der Landwirtschaft oder zu den geistigen Eigentumsrechten. Zudem wird Fragen des Marktzugangs deutliche Priorität gegenüber Entwicklungsbelangen eingeräumt. Diesen Unzulänglichkeiten gebührt gehörige Aufmerksamkeit, wenn die Integration des Handels voranschreiten soll, ohne weitere Schocks und Anfälligkeiten zu erzeugen.

- *Flexible Regeln für den Handel.* Die wichtigste Governance-Institution für die Steuerung des Welthandels ist nach wie vor die Welthandelsorganisation. Trotz diverser Schwachstellen sind ihre multilateralen Regeln flexibel genug, um Schutz gegen Instabilitäten des Handels zu bieten. Länder können die Meistbegünstigtenklausel nutzen und ihre Ökonomien über Antidumping- und Streitschlichtungsmechanismen gegenüber Aktionen anderer Länder schützen. Außerdem können sie die Ermächtigungsklausel nutzen, die partielle Süd-Süd-Handelsabkommen erleichtert, und darüber hinaus zeitweilige Schutzmaßnahmen gegen plötzliche Preisbewegungen einführen – wie beispielsweise Höchstwerte für Preise von Lebensmittelimporten. Außerdem gibt es spezielle protektionistische Regeln für die am wenigsten entwickelten Länder, denen differenzierte und bevorzugte Behandlung

Der Zugang zu globalen Märkten war eine wichtige Triebfeder für Entwicklung, insbesondere in Ländern, die beträchtlich in die menschlichen Befähigungen investiert haben.

GRAFIK 5.3

In den letzten Jahren wurden Länder aller Weltregionen abhängiger von Importen und Exporten



Quelle: Berechnungen des HDR-Büros, basierend auf World Bank (2014b).

gewährt wurde, wozu zoll- und quotenfreie Zugangsregeln sowie wohlwollende Fristen für die Ausführung ihrer Verpflichtungen gehören. Zudem gab es Maßnahmen zur Ausweitung der Möglichkeiten von am wenigsten entwickelten Ländern, beispielsweise in Form technischer Unterstützung oder durch „Aid for Trade“.⁷⁶ Diese Übereinkünfte entstanden im Laufe von Dekaden, in denen Länder realisierten, dass die Senkung der Zollsätze für sich alleine nicht unbedingt gerechten Handel schafft.

Die in jüngerer Zeit erfolgte Hinwendung zu bilateralen Handelsabkommen könnte die Fähigkeiten von Entwicklungsländern, auf Handelsrisiken und Instabilitäten zu reagieren, reduzieren und außerdem multilaterale Fortschritte hinsichtlich eines gerechten Handels unterminieren. Viele Abkommen enthalten Bestimmungen ohne direkten Bezug zum Handel, wie beispielsweise diejenigen zum Patentschutz, zur Liberalisierung von Investitionen und zu staatlicher Beschaffung.⁷⁷ Die unausgewogene Verhandlungsmacht bei der Gestaltung bilateralen Vereinbarungen hat sogar die Fähigkeiten von Entwicklungsländern, Maßnahmen zum Management der Kapitalflüsse zu ergreifen, geschwächt.⁷⁸ Wenn Länder auf lange Sicht

profitieren sollen, dann muss der Trend in Richtung Reduzierung des nationalen politischen Handlungsspielraums bei Handelsabkommen umgekehrt werden – entweder durch die Bevorzugung von multilateralen gegenüber bilateralen Abkommen oder durch die Reduzierung der Asymmetrien bei der Aushandlung bilateralen Abkommen.

- *Landwirtschaftliche Liberalisierung.* Trotz Vereinbarungen, die es Ländern zeitweilig gestatten, Sicherungen gegen plötzliche Preisbewegungen einzurichten, belässt das globale Handelssystem Länder und Individuen im Zustand der Anfälligkeit gegenüber Preisschwankungen, Protektion und Produktion. Die Doha-Entwicklungsagenda bestätigt „die besondere Anfälligkeit der am wenigsten entwickelten Länder und die speziellen strukturellen Schwierigkeiten, denen sie sich in der Weltwirtschaft ausgesetzt sehen“.⁷⁹ Während der Neunten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Bali, Indonesien, wurde ein Abkommen erzielt, das den Entwicklungsländern mehr Optionen zur Bereitstellung von Nahrungsmittelsicherheit einräumt und ihnen erlaubt, den Handel der am wenigsten entwickelten Länder anzukurbeln.⁸⁰ Doch nach einem Jahrzehnt der Verhandlungen bescherte

das Abkommen von 2013 den am wenigsten entwickelten Ländern oder den in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitern des Südens wenig Schutz. Währenddessen trugen Spitzenwerte der Preise von Nahrungsmitteln und anderen Gütern zu Hunger und Hungertod der Armen und Anfälligen bei.⁸¹

Subventionsbeschränkungen in der Landwirtschaft haben Schlupflöcher und gestatten entwickelten Ländern, Subventionen beizubehalten und sogar zu erhöhen.⁸² Entwicklungsländer stehen auf ihren eigenen Märkten in Konkurrenz zu subventionierten Nahrungsmitteln und verlieren den Zugang zu Drittmärkten, was ihr landwirtschaftliches Wachstum hemmt und sie anfälliger gegenüber Nahrungsmittelpreisschocks macht.⁸³ Landwirtschaftliche Liberalisierung muss bei der Auswahl von Gütern, die hauptsächlich von Entwicklungsländern exportiert werden, selektiv sein, um steigende Preise der Hauptnahrungsmittel in Entwicklungsländern zu verhindern.⁸⁴ Ein Überprüfungsprozess könnte sicherstellen, dass Handelsregeln und vorgeschlagene Reformen in der Landwirtschaft die Nahrungsmittelsicherheit und den Lebensunterhalt von Bauern in Entwicklungsländern verbessern.

- *Geistige Eigentumsrechte.* Das System der geistigen Eigentumsrechte begünstigt eher das Recht auf Schutz des geistigen Eigentums anstatt zur weitest möglichen Verbreitung und Anwendung von Wissen und Technologie zu ermutigen.⁸⁵ Aber ärmere Länder und ärmere Menschen können sich womöglich keine medizinischen oder pharmazeutischen Produkte leisten, was nicht nur für den Handel ein Problem darstellt, sondern auch für die globale öffentliche Gesundheit, weil Krankheitslasten hoch bleiben können.⁸⁶ Das gegenwärtige System erschwert Schritte in Richtung einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, weil es eine breit gestreute Verteilung technischer Innovationen verhindert.⁸⁷ Was die Dinge verschlimmert, ist der Mangel an nationalen und internationalen Anreizen zu Forschung und Entwicklung, die sich auf den Bedarf armer und anfälliger Gruppen ausrichten.⁸⁸ Reformen der Bestimmungen zu den geistigen Eigentumsrechten könnten

zu Investitionen ermutigen und besseren Zugang zu den Technologien und Verbesserungen schaffen, die die Resilienz stärken.

- *Handel mit Dienstleistungen.* Auch eine Überprüfung der Bestimmungen für den Handel mit Dienstleistungen ist anzuraten. Das Allgemeine Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen umfasst Möglichkeiten zur Erleichterung des freien Personenverkehrs (Modus 4), was Spillover-Effekte für Migranten durch eine partielle Liberalisierung von Migration haben könnte. Doch sind die Verpflichtungen zur Liberalisierung der Freizügigkeit von Personen minimal und hauptsächlich auf die Erleichterung der Mobilität von Führungspersonen, Managern und Spezialisten beschränkt geblieben. Das Engagement könnte ausgeweitet werden, um die Anfälligkeit von Migranten ohne Papiere zu verringern.⁸⁹

Klimawandel. Einige der erwarteten Auswirkungen des Klimawandels werden abrupt erfolgen und wenig Zeit zur Anpassung lassen. Dazu gehören das Verschwinden der spätsommerlichen Eisflächen auf dem arktischen Meer und das Aussterben von Spezies der Meeres- und Landbewohner. Häufigkeit und Dauer von Hitzewellen und heftigen Niederschlägen werden höchstwahrscheinlich zunehmen. Auch das Ansteigen der Meeresspiegel auf extreme Werte dürfte im späteren 21. Jahrhundert deutlich zunehmen. Im Jahr 2100 könnte der globale Meeresspiegel bereits einen 80 Zentimeter höheren Stand als derzeit erreicht haben.⁹⁰ Heute leben über sechs Prozent der Weltbevölkerung – nahezu eine halbe Milliarde Menschen – in Höhenlagen unter fünf Meter über dem Meeresspiegel.⁹¹

Auch Rückkopplungseffekte aus Veränderungen der Reflektion der Erdoberfläche und der Größe von Kohlenstoffsinken könnten den Klimawandel beschleunigen. Die Abnahme von mit Schnee und von Vegetation bedeckten Flächen reduziert die Wärmemenge, die von der Erdoberfläche reflektiert werden kann, was eine höhere Erwärmung bewirkt, die in keinem Zusammenhang zu den Treibhausgasen in der Atmosphäre steht. Klimaerwärmung kann auch zu Verfall von terrestrischen und maritimen Kohlenstoffsinken führen, wodurch große

Ein Überprüfungsprozess könnte sicherstellen, dass Handelsregeln und vorgeschlagene Reformen in der Landwirtschaft die Nahrungsmittelsicherheit und den Lebensunterhalt von Bauern in Entwicklungsländern verbessern.

Wer ist anfällig für den Klimawandel?

Ohne jeden Zweifel ist der Klimawandel ein aktuelles und künftig noch wachsendes Problem für nahezu jeden Menschen auf diesem Planeten und auch für kommende Generationen.¹ Doch für Länder, Regionen, Sektoren, Einkommensgruppen, Altersgruppen, ethnische Gruppen und Geschlechter ist der Klimawandel ein komplexes Phänomen mit differenzierten Auswirkungen. Selbst auf Individuen innerhalb von gemeinsamen Haushalten wirkt sich der Klimawandel in unterschiedlicher Weise aus. Diejenigen, die bereits am anfälligsten sind, haben durch den Klimawandel am meisten zu verlieren.

- *Kleine Inselstaaten.* Die weltweit 51 kleinen Inselentwicklungsländer und ihre Einwohner sind existenzieller Gefahr ausgesetzt. Die meisten Menschen dort leben in Gegenden, die nur einen oder zwei Meter über dem Meeresspiegel liegen, und ein Anstieg des Meeresspiegels würde ihr Territorium teilweise und in manchen Fällen sogar völlig unbewohnbar machen. Diese Länder sind bereits heute von sich häufenden extremen Wetterverhältnissen betroffen. Viele kleine Inselstaaten sind den Taifunen des Pazifiks oder den Hurrikans des Atlantiks ausgesetzt, die Eigentum und die Infrastruktur beschädigen und damit öffentlichen Haushalten finanzielle Mittel für Entwicklung entziehen. Heftige Wettereinbrüche haben auch schädigenden Einfluss auf den Tourismus genommen, von dem viele Inselstaaten abhängig sind, während die Übersäuerung der Ozeane und Korallenbleichen die sich auf traditionelle Fischerei stützenden Lebensweisen untergraben.²

- *Küstenstädte.* Nahezu 45 Prozent der Weltbevölkerung leben in küstennahen Gebieten und dort vorwiegend in großen Städten. Selbst in den am höchsten entwickelten Staaten verwüsten bereits Stürme die Küstenstädte und treffen dort zumeist die schwächsten und damit anfälligsten Mitglieder der Bevölkerung. Die Hurrikans Katrina und Sandy kosteten die USA 149 Milliarden US-Dollar – 50 Prozent mehr als der Betrag, den die Welt zur Finanzierung von Klimaprogrammen in Entwicklungsländern zu leisten hat.⁴ Für Küstenstädte in Entwicklungsländern könnte die Wirkung noch stärker sein, da die für Problemlösungen verfügbaren Mittel noch geringer sind.⁵
- *Kleinbauern.* Veränderungen der Regenmengen und Temperaturen werden am stärksten die Menschen zu spüren bekommen, die zum Ernteanbau und zur Zucht von Viehbestand auf die natürlichen Systeme angewiesen sind – sowie auch diejenigen, die von ihnen mit Nahrungsmitteln beliefert werden. Besonders Landwirte ohne Zugang zu Bewässerungssystemen werden die Auswirkungen unvorhersagbarer Regenfälle unmittelbar zu spüren bekommen. Besonders bedroht und anfällig sind Südasiens Kleinbauern – alleine Indien hat 93 Millionen Kleinbauernbetriebe. Diese Gruppen sehen sich bereits heute mit dem Problem der Wasserknappheit konfrontiert. Einige Studien sagen für die nächsten Jahrzehnte einen Rückgang der Ernteerträge um bis zu 30 Prozent voraus, während der Bevölkerungsdruck weiter steigen wird.⁶

Anmerkungen

1. IPCC 2007, 2012, 2013. 2. World Bank 2013b. 3. UN Atlas of the Oceans 2013. 4. NOAA 2013. 5. IFAD 2013. 6. World Bank 2013b.

Quelle: Hale 2014.

Mengen Kohlendioxid in die Atmosphäre abgegeben würden.⁹²

Anfälligkeit für extreme Wetterereignisse und Nahrungsmittelkrisen ist eine wiederkehrende Bedrohung (Kasten 5.6). In der ersten Jahreshälfte 2012 litt der Niger unter einer schweren Nahrungsmittel- und Ernährungskrise. Auslöser war eine Dürreperiode, die in der zweiten Jahreshälfte 2011 begann und bis zum Beginn des Jahres 2012 andauerte. Das Land hatte bereits zwischen Februar und August 2010 eine ähnlich schwere Nahrungsmittelkrise zu überstehen, deren Auslöser ebenfalls eine Dürreperiode war. Dieser Katastrophe war 2005 eine noch schlimmere Nahrungsmittelkrise vorausgegangen, als Resultat einer Dürreperiode im Jahr 2004. Diese Trockenzeiten betrafen auch Nachbarstaaten und andere Länder der Sahelzone.⁹³ Zudem wirkten sich auch noch Ereignisse in anderen Ländern auf die Krise in Niger aus. Beispielsweise wurde die Krise 2012 zusätzlich von der

politischen Instabilität des benachbarten Mali und dem Zufluss zehntausender Menschen, die vor den dortigen Konflikten flüchteten, verschärft.⁹⁴

Im Falle der syrischen Krise ist weniger bekannt, welche Rolle die Dürre spielte. Zwischen 2006 und 2010 litt die Arabische Republik Syrien unter einer Dürre von noch nie erreichten Ausmaßen, die einen Großteil der ländlichen Gesellschaftsstrukturen vernichtete.⁹⁵ Zuhäuf strömten verarmte Bauern in die Slums der Städte. Schätzungen von Beobachtern zufolge führte für zwei bis drei Millionen der zehn Millionen Menschen zählenden Landbevölkerung der Weg in die extreme Armut.⁹⁶ Kombiniert mit Arbeitsplatzverlusten und unzureichenden staatlichen und internationalen Reaktionen trugen deren Entbehrungen rasch zu wachsendem Unmut und einem akuten Bewusstsein für soziale Ungleichheiten bei, die dem 2011 beginnenden Bürgerkrieg fruchtbaren Boden bereiteten.

Auf subnationaler Ebene gibt es einige vielversprechende Ansätze, doch der Schlüssel für eine widerstandsfähigere Zukunft für alle liegt im multilateralen Handeln.

Zwar können humanitäre Appelle sowie Lebensmittelspenden und finanzielle Hilfen die Erfüllung des Rechts auf Nahrung wiederherstellen, doch gegen die zugrundeliegenden Anfälligkeiten richten sie nichts aus. Die integrierte Strategie der Vereinten Nationen für die Sahelzone bietet humanitären, entwicklungsbezogenen und sicherheitstechnischen Aktivitäten ein vielschichtiges Fundament.⁹⁷ Doch die zugrundeliegende Ursache – den Klimawandel – rührt sie nicht direkt an. An dieser Front ist dringendes Handeln erforderlich, um klimabedingte Anfälligkeiten einzudämmen. Auf subnationaler Ebene gibt es einige vielversprechende Ansätze, doch der Schlüssel für eine widerstandsfähigere Zukunft für alle liegt im multilateralen Handeln.

- *Städtische Netzwerke.* Auch subnationale Verwaltungseinheiten sollten unterstützt und zum Handeln ermutigt werden. Insbesondere auf städtischer Ebene werden mit zunehmender Häufigkeit Maßnahmen gegen den Klimawandel und für höhere Widerstandskraft ergriffen. Die Beispiele spannen sich vom C40-Netzwerk aus 58 Megastädten über das ICLEI-Netzwerk aus tausenden kleinerer Städte bis hin zu sektoral oder regional spezifischen Netzwerken wie das „Asian Cities Climate Change Resilience Network“.⁹⁸ Diese Städte führen ihr Wissen zusammen, tauschen ihre Erfahrungen aus, um bestmögliche Lösungen für die Entwicklung kohlenstoffarmer Verkehrssysteme oder Wohnbezirke zu finden und beraten gemeinsam über Maßnahmen zur Wappnung gegen steigende Meeresspiegel und schwankende Wetterverhältnisse. Da die Städte weltweit bis zu 70 Prozent der gesamten Emissionen produzieren,⁹⁹ steckt in der Zunahme solcher Initiativen ein außerordentliches Potenzial, zur Minderung des Problems beizutragen – selbst in Ländern, in denen nationale Aktionspläne nur zögerlich in Gang kommen. In den Vereinigten Staaten wurden nationale Aktionen vom Kongress blockiert, obwohl nahezu die Hälfte der US-Emissionen in die Kompetenz städtischer und bundesstaatlicher Ebenen fällt.¹⁰⁰
- *Freiwillige Angaben des Privatsektors und Reduzierungen.* Auch nichtstaatliche Akteure unternehmen Schritte zur Reduzierung

der Kohlenstoffemissionen. Firmen und Investoren identifizieren innerhalb ihrer Versorgungsketten – oft im partnerschaftlichen Verbund mit der Zivilgesellschaft – Klimarisiken und prüfen den Kohlenstoffausstoß ihrer Geschäftspraktiken. So unterstützt die Agenda des WWF-Klimaschutzprogramms beispielsweise Großunternehmen bei der Entwicklung von Strategien zur Emissionsverminderung.¹⁰¹ Das „Carbon Disclosure Project“ bietet eine Plattform, auf der Unternehmen ihre Emissionsziffern an Investoren weitergeben können – 2013 umfasste das Programm 722 Investoren mit Aktivposten in Höhe von 87 Billionen US-Dollar –, die dann ihrerseits Druck auf Unternehmen ausüben können, ihre Klimarisiken zu reduzieren.¹⁰² Die 500 größten Unternehmen der Welt produzieren zusammen 3,6 Milliarden Tonnen Treibhausgase, sodass hier großes Potenzial für kollektive Emissionsreduzierungen vorhanden ist.¹⁰³ Es kann noch wesentlich mehr getan werden, um solche freiwilligen Anstrengungen anzuregen und Anreize zu setzen. Man sollte den Umfang existierender Initiativen erfassen und ihr Potenzial für Verbesserungen nach Möglichkeiten und Ambitionen bewerten.

- *Dringendes multilaterales Handeln.* Globale Anstrengungen sind wichtig, um Aktionen in Gang zu setzen und Anreize für subnationale und nichtstaatliche Akteure zu setzen (Kasten 5.7). Unilaterale Herangehensweisen an das Problem des Klimawandels richten sich häufig auf spezielle Einrichtungen, die Emissionen verursachen, und bieten keinen Ansatz für einen „großen Wurf“. Nichtsdestotrotz sind sie wichtig, denn jede Tonne vermiedenen Ausstoßes von Kohlendioxid bedeutet ein geringeres Erfordernis zur Anpassung. Ihrer Natur nach haben sie jedoch bloß fragmentarische Wirkung und bleiben von zweitrangiger Bedeutung. Sie legen ihre Aufmerksamkeit nur begrenzt auf Anpassung, obwohl gerade diese besonders wichtig für anfällige Gruppen und Bevölkerungsteile in den am wenigsten entwickelten Ländern ist.

Multilaterale Organisationen können solche kleineren Initiativen aufnehmen und in multilaterale Prozesse einbinden,

Vier bedeutende globale Agenden

Vier bedeutende globale Agenden richten sich gegen einige der größten Herausforderungen der Welt: Naturkatastrophen, humanitäre Krisen, Klimawandel und nachhaltige Entwicklung. Sie werden jedoch nur dann dauerhafte Veränderungen bewirken, wenn sie an der Global Governance-Architektur Veränderungen vornehmen – durch Gewährleistung von gerechterer und stärker einbeziehender Partizipation, durch Drängen auf Koordination zwischen Institutionen der Global Governance, und durch bewusste Entwicklung von Normen der internationalen Kooperation und Weltbürgerschaft.

Hyogo Framework for Action

Das 2005 von 168 Ländern angenommene Rahmenabkommen Hyogo Framework for Action richtet sich auf die Reduzierung des Schaden- und Verlustrisikos aufgrund von globalen Naturgewalten und Katastrophen.¹ Es fördert eine umfassende Palette von Maßnahmen und Aktivitäten, die auf den Aufbau der Kapazitäten von regionalen und nationalen Institutionen ausgerichtet sind: durch Unterstützung der Einrichtung von Frühwarnsystemen und den Aufbau einer Kultur der Sicherheit und Widerstandsfähigkeit, durch Reduzierung der Kernursachen von Vulnerabilität und durch die Stärkung der Katastrophenbereitschaft und Befähigung zur Gegenwehr.

Das Rahmenabkommen baut auf nationalen, regionalen und internationalen Agenden für zielgerichtetes kollektives Handeln zur Katastrophenrisikoverminderung auf. Doch es gibt mehr zu tun und Fortschritte sind in den verschiedenen Ländern und Aktionsgebieten nicht einheitlich. Zu den verbleibenden Herausforderungen gehören die Entwicklung und die Anwendung von Indikatoren, die Einrichtung von Frühwarnsystemen in vielfältig gefährdeten Gebieten, die Konsolidierung der Kapazitäten von Staaten zur Integration von Maßnahmen zur Katastrophenrisikoverminderung in eine nachhaltige Entwicklungspolitik sowie Planungen auf nationaler und internationaler Ebene.

Weltgipfel für Humanitäre Hilfe

Der für 2016 angesetzte Weltgipfel für Humanitäre Hilfe wird zum Ziel haben, humanitäre Aktionen auf globalere, effektivere und einbeziehendere Weise zu gestalten – und repräsentativer für die Belange einer sich rasch verändernden Welt.² Er wird die Möglichkeit bieten, internationale humanitäre Organisationen rund um Angelegenheiten der Verminderung von Vulnerabilität und Risikomanagement zu koordinieren.

Reaktionen auf die steigende Zahl komplexer humanitärer Notstände werden bei der Identifikation und Installierung von Verfahrensweisen zur Reduzierung und zum Management humanitärer Risiken ansetzen. Der Gipfel wird Gelegenheit bieten einzuschätzen, wie im Rahmen humanitärer und entwicklungsbezogener Maßnahmen agierende Personen einen systematischeren und kohärenteren Zugang zu Planung, Prioritätensetzung und Finanzierung von Programmen finden – und wie Handeln quer durch wirt-

schaftliche, soziale und umweltbezogene Bereiche koordiniert werden kann. Er wird zur Zusammenarbeit zwischen betroffenen Ländern, den Gebern und internationalen Organisationen aufrufen, um gemeinsam humanitäre und Entwicklungsstrategien zu entwickeln.

Klimawandel – das 2-Grad-Ziel

Mit der Kopenhagener Erklärung (2009) und den Cancún Agreements (2010) vereinbarten 195 Parteien der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen, den durchschnittlichen Anstieg der globalen Temperaturen gegenüber dem Niveau vor dem Beginn der Industrialisierung auf unter zwei Grad Celsius begrenzen zu wollen.³ Diese Verpflichtung basiert auf der allgemeinen wissenschaftlichen Übereinstimmung, dass ein Anstieg um zwei Grad Celsius das äußerste Limit darstellt, das gerade noch zu verkraften ist, um die Welt vor verheerenden Folgen zu bewahren.

Die Versprechen und die sich auferlegten Verpflichtungen der internationalen Gemeinschaft reichen längst nicht aus, um dieses Ziel zu erreichen. Die Projektionen des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) kommen zu dem Schluss, dass die globalen Temperaturen Ende des 21. Jahrhunderts wahrscheinlich um mehr als 1,5 Grad gestiegen sein werden und dass der Wert durchaus auch über zwei Grad liegen könnte, wenn keine gewaltigen Anstrengungen zur Emissionsreduzierung unternommen werden.⁴ Noch ist es technisch und wirtschaftlich machbar, die gesetzten Ziele zu erreichen, doch dazu ist der politische Ehrgeiz erforderlich, die Kluft zwischen den gegenwärtigen Emissionswerten und dem benötigten Niveau zu schließen, das die Welt bis 2020 auf die Spur eines Wertes von unter zwei Grad bringen würde.

Post-2015-Agenda und nachhaltige Entwicklungsziele

Im Vorfeld der Post-2015-Entwicklungsagenda hat die internationale Gemeinschaft die einmalige Gelegenheit, im Gesamtkontext der internationalen Entwicklung der Reduzierung von Vulnerabilität Priorität einzuräumen. Die Millennium-Entwicklungsziele haben geholfen, die Armut zu reduzieren und das Leben vieler Menschen zu verbessern. Doch anhaltender Fortschritt ist nicht gewährleistet, solange das Auftreten von Schocks nicht reduziert und die Befähigung der Menschen, darauf angemessen zu reagieren, nicht deutlich verbessert wird. Dem folgend sollte der Ruf nach „Null Armut“ darauf ausgeweitet werden, eine erreichte „Null Armut“ dann auch zu erhalten; und auch in anderen Bereichen gilt es, erzielte Fortschritte zu behaupten. Gestärkt und geschützt werden müssen insbesondere diejenigen mit der größten Anfälligkeit gegen Naturkatastrophen, Klimawandel und finanzielle Rückschläge. Die Reduzierung von Vulnerabilität zur zentralen Aufgabe künftiger Entwicklungsagenden zu machen, ist der einzige Weg, um Resilienz und Nachhaltigkeit des Fortschritts zu gewährleisten.

Anmerkungen

1. UNISDR 2005. 2. UNOCHA 2014. 3. UNFCCC 2009, 2011. 4. IPCC 2013.

um die Global Governance für die Umwelt grundsätzlich zu stärken. Die Einbringung der Dynamik von Basisaktionen in den

multilateralen Prozess könnte politische Koalitionen zur Unterstützung eines globalen Vertrags hervorbringen. Unter dem

Mandat der „Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Durban-Plattform für verstärktes Handeln“ fassten Länder im Dezember 2011 den Beschluss, im Jahr 2015 einen neuen, rechtlich bindenden Vertrag auszuhandeln, der 2020 in Kraft treten soll.¹⁰⁴ Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) kann die Kapazitäten von Ländern, Städten, Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen durch kooperative Initiativen koordinieren und kanalisieren.¹⁰⁵ Der 2010 in Cancún (Mexiko) gegründete Green Climate Fund könnte solche Anstrengungen finanziell unterstützen.¹⁰⁶

Kollektives Handeln für eine sicherere Welt

Das internationale System leidet an einer Schwerfälligkeit, die kollektivem internationalem Handeln in bestimmten Themenbereichen Grenzen setzt.¹⁰⁷ Währenddessen intensivieren sich Anfälligkeiten, da globale Organisationen es versäumen, sich auf angemessene Reaktionsmechanismen zu verständigen und in zu geringem Maße richtige Regulierungsinstrumente zur Minimierung von Risiken zu installieren, die sicherstellen können, dass globale Systeme das Allgemeinwohl unterstützen. Die Reduzierung von Anfälligkeiten gegenüber transnationalen Gefahren, sei es mithilfe von gefestigten Governance-Strukturen zur Reduzierung von Schocks oder durch die Einleitung von Maßnahmen, die die Resilienz von Menschen stärken, erfordert eine stärkere Führung sowie Kooperation zwischen Staaten und quer durch internationale Organisationen. Außerdem ist eine kohärentere Annäherung erforderlich, um Prioritäten setzen und Fehlentwicklungen reduzieren zu können – und eine systematische Einbeziehung der Zivilgesellschaft und des privaten Sektors.

Kooperation

Mangel an internationaler Koordination, Kooperation und Führung blockiert Fortschritte bei der Hinwendung zu globalen Herausforderungen und der Reduzierung von

Anfälligkeiten. Das ist nichts Neues. Über Jahre hinweg wurden unterschiedliche Vorschläge eingebracht, wie zwischenstaatliche Kooperation zu verbessern wäre. 2006 wurde ein „Global Leaders Forum“ angeregt, das aus der Hälfte der Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) bestehen und das die Koordination des Rates bezüglich des Erreichens der Millenniums-Entwicklungsziele verbessern sollte.¹⁰⁸ Im Jahr 2009 empfahl die Stiglitz-Kommission, einen „Global Economic Coordination Council“ zu gründen, um die Lücken und Fehlentwicklungen im gegenwärtigen System der Kooperation zu identifizieren und Vorschläge einzubringen, wie sie zu beheben seien.¹⁰⁹ Weitere Vorschläge betrafen eine Reform des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen.¹¹⁰

Zur Gruppe der 20, die sich zur führenden Stimme der Global Governance entwickelt, gehören Schwellenländer wie Brasilien, China, Indien und Mexiko. Die Gruppe hat jedoch eine Art Club-Charakter und besitzt weder die Strukturen noch das Mandat oder die Verantwortlichkeit, öffentliche Güter bereitzustellen und die Global Governance-Architektur zu reformieren. Der Aufstieg des Südens bringt die Gelegenheit mit sich, die Global Governance repräsentativer – und effektiver – zu gestalten.¹¹¹ Dies aber erfordert neue Lösungen für die internationale Kooperation und Führung. Eine Option wäre die Bezugnahme auf zurückliegende Vorschläge und die Einrichtung des Global Leaders Forum. Ein solches regelmäßiges Zusammentreffen einer repräsentativen Gruppe von Staatsoberhäuptern könnte die Kooperation zur Reduzierung von Anfälligkeiten zwischen Staaten und dem UN-System erleichtern, inklusive UN-Sekretariat, Fonds und Programmen; Internationaler Währungsfonds; Internationale Arbeitsorganisation; Weltbank-Gruppe; Weltgesundheitsorganisation; schließlich die Internationale Organisation für Migration und die Welthandelsorganisation.¹¹²

Auch das auf der Rio+20-Konferenz im Juni 2012 gegründete Hocharangige Politische Forum für nachhaltige Entwicklung ist vielversprechend in Bezug auf politische Führung und Lenkung für die Behandlung wichtiger globaler Herausforderungen. Es ist zur Einberufung von Versammlungen legitimiert, um einmal jährlich

Die Reduzierung von Anfälligkeiten gegenüber transnationalen Gefahren, sei es mithilfe von gefestigten Governance-Strukturen zur Reduzierung von Schocks oder durch die Einleitung von Maßnahmen, die die Resilienz von Menschen stärken, erfordert eine stärkere Führung sowie Kooperation zwischen Staaten und quer durch internationale Organisationen.

unter der Schirmherrschaft des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen und alle vier Jahre unter der Schirmherrschaft der Generalversammlung der Vereinten Nationen zusammenzutreten. Ab 2016 wird das Forum den Fortschritt nachhaltiger Entwicklung in Entwicklungs- und Industrieländern überprüfen, um Verantwortlichkeiten zu stärken und zu Aktionen aufzurufen.¹¹³

Kohärenz

Global Governance besitzt die Tendenz zu verteilten Zuständigkeiten, mit separaten Institutionen, die sich mit bestimmten Sparten wie Handel, Klima, Finanzen und Migration befassen. Dies macht es sehr schwierig, eine systemische Perspektive auf globale Herausforderungen zu formulieren oder Fehlentwicklungen und Widersprüche beim Handeln von Staaten und internationalen Agenturen zu identifizieren.

Es werden vollständige und gründliche Bewertungen der vielfältigen und sich zuweilen überlappenden strukturellen Aufgaben der Global Governance benötigt, um zu gewährleisten, dass die globale Kooperation effektiv und auf die wichtigsten kritischen Bereiche ausgerichtet ist. Diese Aufgaben können am besten von einem nicht-politischen Organ aus unabhängigen Experten bewältigt werden, die eine objektive systemische Perspektive auf globale Herausforderungen haben und den Governance-Organen Anweisungen und Empfehlungen geben. Eine unabhängige Expertengruppe kann Prioritäten für die Kooperation zwischen Staaten und internationalen Organisationen setzen. Außerdem könnte sie Fehlentwicklungen bei speziellen Organen im System der Vereinten Nationen identifizieren – beispielsweise gesundheitliche Auswirkungen der Handelspolitik oder umweltbezogene Auswirkungen der Finanzpolitik – und Wege vorschlagen, wie man damit umgeht. Auch kann sie globale Entwicklungen bewerten, um zu entscheiden, ob gegen dringende Probleme anzugehen ist, und neue Herausforderungen identifizieren, die auf die Agenden der globalen und nationalen Politik gesetzt werden müssen.

Eine solche Gruppe kann außerdem detaillierte Kosten-Nutzen-Studien durchführen,

um die Wirkungen von politischen Maßnahmen auf Länder und Bevölkerungsgruppen aufzuzeigen. Dies könnte zu kollektivem Handeln anregen, da Länder häufig vor Kooperation zurückschrecken, wenn sie sich über die potenziellen Ergebnisse unklar sind. Um eine Vielzahl von Meinungen widerzuspiegeln, muss breiter Raum für Meinungen von Experten aus Entwicklungsländern geschaffen werden, insbesondere aus anfälligen Ländern, einschließlich der am wenigsten entwickelten Länder und der kleinen Inselentwicklungsländer.

Unabhängige Kommissionen können folgen. Die Brundtland-Kommission hat Nachhaltigkeit zum gemeinsamen Ziel von Entwicklung gemacht, und die Stiglitz-Sen-Fittoussi-Kommission trug dazu bei, dass menschliches Wohlergehen zu einem der prominenteren Punkte auf den Entwicklungsagenden wurde. Aber diese Kommissionen waren auf spezielle Aufgabenbereiche ausgerichtet. Wichtig ist nun eine Art globaler Verwaltungsrat – beauftragt mit der wesentlich umfassenderen Herausforderung, globale Entwicklungen aufmerksam zu verfolgen und zu prüfen, ob die Welt „im Gleichgewicht“ ist; sicherzustellen, dass bestimmte Themen, die Aufmerksamkeit erfordern, gelöst werden; und zu garantieren, dass neuartige Belange auf die globalen politischen Agenden gelangen.¹¹⁴

Verpflichtungen

Governance verbessert sich, wenn Bürger unmittelbar einbezogen werden. In enger Beziehung zur Öffentlichkeit können Regierungen präzise Informationen über die Anfälligkeiten der Menschen erhalten und die Auswirkungen von politischen Interventionen verfolgen. Eine Verpflichtung dazu kann effiziente staatliche Interventionen und öffentliche Ressourcen freisetzen.¹¹⁵ Dies geschieht, wenn Menschen die Freiheit, Sicherheit, Befähigung und Stimme haben, Entscheidungsfindungen zu beeinflussen. Sie müssen allerdings an ihre Kraft glauben, um die gewünschten Effekte durch kollektives Handeln zu erzielen.¹¹⁶ Ein gutes Beispiel für weitverbreitetes bürgerliches Engagement sind die Bürgerhaushalte in Brasilien.¹¹⁷

Es werden vollständige und gründliche Bewertungen der vielfältigen und sich zuweilen überlappenden strukturellen Aufgaben der Global Governance benötigt, um zu gewährleisten, dass die globale Kooperation effektiv und auf die wichtigsten kritischen Bereiche ausgerichtet ist.

Wenn sich Menschen selbst als globale Bürger begreifen, sind sie eher geneigt, die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter zu unterstützen – als ein Teil der globalen Gemeinschaft, die von Kapitalkontrollen, Arbeiterrechten und Frauenrechten profitiert.

Die dreischichtige Struktur der Internationalen Arbeitsorganisation zeigt die Möglichkeiten für Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren. Regierungen, Arbeiterorganisationen und Arbeitgebervertreter diskutieren frei und offen Belange wie Arbeitsstandards, sodass politische Resultate die Meinungen aller Parteien reflektieren. Diese Struktur unterscheidet sich von der anderer internationaler Organe, die nicht-staatlichen Akteuren kein gleichberechtigtes Gewicht einräumen. Sie begrenzen den Beraterstatus für gewöhnlich auf eine Auswahl nicht-staatlicher Organisationen, deren Zugang vom höherrangigen Einsatz innerhalb des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen bis hin zur deutlich niedrigeren Repräsentation und geringerem Engagement im Internationalen Währungsfonds reicht.¹¹⁸

Frühere globale Konventionen und Konferenzen haben den Blick auf strukturell anfällige Gruppen geschärft und deren Rechte gestärkt. 1990 stellte die UN-Kinderrechtskonvention das Erfordernis nach spezieller Fürsorge für und den Schutz von Kindern heraus.¹¹⁹ Die vierte UN-Weltfrauenkonferenz verpflichtete 1995 in Beijing die Staaten zu speziellen Maßnahmen zur Gewährleistung der Rechte von Frauen.¹²⁰ Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen rief die Unterzeichnerstaaten auf, Barrieren niederzureißen, die die vollständige Partizipation von behinderten Menschen an der Gesellschaft verhindern.¹²¹ Die für September 2014 angesetzte Weltkonferenz über indigene Völker verfolgt die Zielsetzung, globale Kooperation für die Verwirklichung der Rechte indigener Menschen auf den Weg zu bringen.¹²² Sobald internationale Konventionen ratifiziert sind, vereinbaren die Unterzeichner die Anerkennung der relevanten Gesetzgebung und eine periodische Berichterstattung über die Fortschritte an die internationale Gemeinschaft. Selbst Konferenzen auf konsultativer Ebene können den Anstoß zu staatlichen Maßnahmen zur Reduzierung struktureller Anfälligkeiten geben.

Wenn sich Menschen selbst als globale Bürger begreifen, sind sie eher geneigt, die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter zu unterstützen – als ein Teil der globalen Gemeinschaft,

die von Kapitalkontrollen, Arbeiterrechten und Frauenrechten profitiert.¹²³ Prinzipiell ist dies inzwischen wesentlich leichter möglich, da Menschen über Grenzen hinweg verbunden sind. Beispielsweise haben größere Migrationsströme auch Möglichkeiten für die Entstehung neuer Formen von Solidarität geschaffen, da sie Menschen mit ähnlichen Anfälligkeiten, aber unterschiedlichen Staatsbürgerschaften in Aufnahmeländern zusammenbrachten.¹²⁴

Kollektives Handeln baut auf persönlichen Interaktionen und Vertrauen auf, aber auch die modernen Kommunikationstechnologien und sozialen Netzwerke haben Potenzial für die Ausweitung des Umfangs von sozialen und politischen Gemeinschaften über Grenzen hinweg.¹²⁵ Der Gebrauch von Mobiltelefonen ist mit 6,8 Milliarden Verträgen nun nahezu universell, und auch die Nutzung des Internets nimmt beständig zu, wobei Afrika mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 27 Prozent an der Spitze liegt.¹²⁶ Die Kommunikationstechnologie kann auch die Rufe der Anfälligen lauter erklingen lassen – durch Ermutigung zu politischer und sozialer Partizipation von Gruppen, die historisch vom öffentlichen Diskurs ausgeschlossen oder nur geringfügig repräsentiert waren, einschließlich die Armen, die Frauen, die Minderheiten und weitere anfällige Gruppen.

* * *

Die oft postulierte Zielsetzung, dass globales Wachstum und Entwicklung stärker einbeziehend, nachhaltiger und widerstandsfähiger werden müssen, erfordert eine positive Sichtweise auf den globalen öffentlichen Bereich und die Erkenntnis, dass „die Welt, die wir uns wünschen“ von der erfolgreichen Bereitstellung natürlicher und von Menschenhand geschaffener öffentlicher Güter abhängt. Märkte, wenn auch wichtig, können aus sich alleine heraus keinen adäquaten sozialen und Umweltschutz bieten. Staaten, individuell und kollektiv, müssen zurück auf die Bühne gebracht werden, und zwar mit starker und unmittelbarer Bereitschaft zur Kooperation – durch Harmonisierung von nationalen Politiken oder durch internationales kollektives Handeln. Regierungen benötigen größeren politischen Handlungsspielraum,

um Sicherheit und Beschäftigung für die Menschen ihrer Länder bereitzustellen. Die Zivilgesellschaft kann politischen Willen generieren, jedoch nur dann, wenn die Bürger den individuellen Wert von grenzüberschreitender Zusammenarbeit und grenzüberschreitenden öffentlichen Gütern erkennen.

Fortschritt erfordert Arbeit. Zahlreiche Millenniums-Entwicklungsziele dürften im Jahr 2015 auf nationaler Ebene erreicht sein, doch Erfolg stellt sich nicht automatisch ein und erzielte Gewinne sind nicht unbedingt von

Dauer. Um Entwicklung Schritt für Schritt voranzubringen, müssen erreichte Leistungen zur Eindämmung von Vulnerabilität und Schocks geschützt, Resilienz gesteigert und Fortschritte vertieft werden. Die Identifikation anfälliger Gruppen und auf sie abgestimmte Maßnahmen, die Reduzierung von Ungleichheiten und die Behebung struktureller Anfälligkeiten sind von grundlegender Bedeutung für eine nachhaltige Entwicklung, für jeden Menschen, das ganze Leben lang und über Generationen hinweg.

Endnoten

Überblick

- 1 UNDP 2013a.
- 2 Stiglitz und Kaldor 2013a.
- 3 Siehe beispielsweise World Bank (2013c).
- 4 UN General Assembly 2013b, S. 9.
- 5 UN System Task Team on the Post-2015 UN Development Agenda 2012b.
- 6 FAO, IFAD und WFP 2013.
- 7 ILO 2013d.
- 8 UNDESA 2009.
- 9 WHO 2011b.
- 10 CRED 2013.
- 11 UNDP 2011a.
- 12 World Bank 2010.
- 13 UNDP 2013c.
- 14 Cornia und Stewart 1993.
- 15 UN System Task Team on the Post-2015 UN Development Agenda 2012b.
- 16 ILO 2012b.
- 17 ILO 2010c.
- 18 Stiglitz und Kaldor 2013a.

Kapitel 1

- 1 UNDP 1990.
- 2 Chambers 2006.
- 3 Choudhury 2013.
- 4 United Nations Global Pulse 2012; Conceição, Mukherjee und Nayyar 2011.
- 5 Stewart 2013.
- 6 Soziale Kompetenzen sind definiert als das, was soziale Institutionen sein oder tun können; sie sind gewissermaßen die Fähigkeiten von Institutionen im Gegensatz zu denen von Individuen. Siehe Stewart (2013).
- 7 Bericht über die menschliche Entwicklung 1994, Bonn 1994, S. 4.
- 8 UNDP 1994; Ogata und Sen 2003.
- 9 Macfarlane und Khong 2006.
- 10 Laut Resolution 66/290 der Generalversammlung der Vereinten Nationen 2012 „schließt der Begriff der menschlichen Sicherheit Folgendes ein: a) das Recht der Menschen, in Freiheit und Würde und frei von Armut und Verzweiflung zu leben. Alle Menschen, insbesondere die schwächsten, haben Anspruch auf Freiheit von Furcht und Freiheit von Not, mit gleichen Möglichkeiten, alle ihre Rechte auszuüben und ihr menschliches Potenzial voll zu entfalten; b) menschliche Sicherheit erfordert auf den Menschen ausgerichtete, umfassende, kontextspezifische

- und präventionsorientierte Maßnahmen, die den Schutz und die Selbstbestimmungsfähigkeit aller Menschen und aller Gemeinwesen stärken; ...“.
- 11 Stiglitz und Kaldor 2013a.
- 12 Dutta, Foster und Mishra 2011, S. 1.
- 13 UN 2012a.
- 14 Auf der Grundlage von verfügbaren Daten aus 91 Ländern.
- 15 Sundaram 2013.
- 16 Auf der Grundlage von verfügbaren Daten aus 104 Ländern im Zeitraum 2000-2012, die 5,4 Milliarden Menschen abdecken. Berechnung des HDR-Büros auf der Grundlage des PovcalNet der Weltbank (<http://iresearch.worldbank.org/PovcalNet/>, aufgerufen am 15. Februar 2014).
- 17 Daten sind für acht Länder verfügbar.
- 18 ILO 2010c.
- 19 Sundaram 2013.
- 20 Sundaram 2013.
- 21 Stiglitz und Kaldor 2013a.
- 22 IPCC 2013.
- 23 UNDP 2011a.
- 24 La Trobe 2002.
- 25 UN-Generalversammlung, 2013c.
- 26 Kaul 2014.
- 27 Stiglitz und Kaldor 2013a.
- 28 Horizontale Ungleichheit ist Ungleichheit zwischen Gruppen. Siehe Stewart, Brown und Mancini (2005).
- 29 Minorities at Risk Project 2014.
- 30 Swiderska et al. 2009.
- 31 WHO 2011b.
- 32 UNDESA 2009.
- 33 IPU 2013; Munyaneza 2013.
- 34 Siehe u. a. Liem und Rayman (1982), Darity und Goldsmith (1996) und Muqtada (2010).
- 35 Siehe Burgard, Brand und House 2007; Sullivan und von Wachter 2009; Cutler et al. 2002; Brand, Levy und Gallo 2008.
- 36 Zaidi 2014; Hardgrove et al. 2014; Young 2014.
- 37 Nussbaum 2005.
- 38 Boudet et al. 2012.
- 39 ILO o. J.
- 40 IMF 2014.
- 41 IMF 2014; ILO 2013e.
- 42 O'Sullivan, Mugglestone und Allison 2014.
- 43 Stiglitz und Kaldor 2013a.
- 44 Ismi 2013.
- 45 Østby 2008b; Stewart 2008.
- 46 Stewart 2008.
- 47 Stewart 2010.
- 48 Kelly et al. 2008.
- 49 Fitoussi und Malik 2013.

- 50 Sen 1992.
- 51 Kant 1781.
- 52 Sen 1999, S. 8.
- 53 Sen, Stiglitz und Fitoussi 2009, S. 4.
- 54 Der *HDR* 1993 (UNDP 1993) definiert „jobless growth“ als einen Zustand, bei dem die Produktionsleistung zunimmt, die Beschäftigungszuwächse aber dahinter zurückbleiben.
- 55 World Bank 2012.
- 56 HelpAge International 2013.
- 57 Webseite der Neunten Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (2013), <https://mc9.wto.org>.
- 58 Revkin 2012.
- 59 Polanyi 1944.

Kapitel 2

- 1 UNDP 2013a.
- 2 Sen, Stiglitz und Fitoussi 2009, S. 7.
- 3 Entwickelte Länder sind in den regionalen Gesamtwerten nicht enthalten, wohl jedoch in den Gesamtwerten für die menschliche Entwicklung.
- 4 Einige Warnhinweise: Weil der Höchstwert des HDI 1 beträgt, könnte bei ihm eine abnehmende Verbesserung im Randbereich vorliegen; weil die Einkommenskomponente (eine Stromgröße) häufig volatil ist als die Gesundheits- und die Bildungskomponente (Bestände), könnte für kurzfristige Veränderungen in erster Linie das Einkommen verantwortlich sein (insbesondere in einer Wirtschaftskrise); und das Fehlen neuerer Daten (insbesondere zu Bildung und für die ärmsten Länder) könnte verhindern, dass ein Gesamtfortschritt erkennbar wird. Unabhängig davon lassen das Ausmaß der Veränderungen und der Umstand, dass die Schlussfolgerungen bei unterschiedlich langen Untersuchungszeiträumen (beispielsweise 2000 bis 2005 statt 2000 bis 2008) ihre Gültigkeit behalten, darauf schließen, dass aussagekräftigere Faktoren im Spiel sind.
- 5 Die kleinere Stichprobe (gegenüber den 187 Ländern mit einem HDI-Wert für 2013) ist auf das Nichtvorhandensein einer ausreichend langen Zeitreihe bei mehreren Ländern zurückzuführen.
- 6 Beispielsweise trugen in Nepal besserer Zugang zu qualifizierter pränataler Versorgung und Geburtshilfe zu stark verringerter Müttersterblichkeit bei. Kostenloser allgemeiner Zugang zu Bildung verbesserte die menschliche Entwicklung in Sri Lanka. Und

- Geldtransferprogramme in mehreren lateinamerikanischen Ländern halften die Armut zu verringern. Informationen über wichtige Faktoren für Fortschritte finden sich im *HDR* 2013 (UNDP 2013a).
- 7 UNDP 2010.
- 8 In manchen Regionen könnte dies auf die Schwierigkeit zurückzuführen sein, das Bildungsniveau über eine bestimmte Stufe hinaus anzuheben – beispielsweise über die Primarstufe in Südasien und Afrika südlich der Sahara.
- 9 UNDP 2013a.
- 10 Diese Daten sind nicht unmittelbar mit denjenigen in Grafik 2.4 vergleichbar, weil sie sich auf die Zahl der Länder beziehen, die eine bestimmte Tendenz in Bezug auf Ungleichheit aufwiesen (statt ein Maß für Ungleichheit auf der regionalen Ebene zu bieten), und für einen längeren Zeitraum gelten.
- 11 UNDESA 2013b.
- 12 Lakner und Milanovic 2013. Die Verfasser korrigieren frühere Schätzungen, die auf einen Rückgang der globalen Ungleichheit in der jüngeren Zeit hindeuteten. Sie tragen damit der wahrscheinlich zu niedrigen Erfassung der höchsten Einkommen in Erhebungen Rechnung.
- 13 Milanovic 2012. Angesichts der Schwierigkeiten der Schätzung der Einkommen des reichsten Prozents der Weltbevölkerung könnte sein Anteil erheblich zu niedrig geschätzt sein.
- 14 Fuentes-Nieva und Galasso 2014.
- 15 Stiglitz 2012a.
- 16 The Economist 2013b.
- 17 Atkinson 2013.
- 18 Bezieht sich auf den Zeitraum von 2000 bis 2012 und ist ausgedrückt in Kaufkraftparität von 2005 (auf der Grundlage von World Bank 2014a).
- 19 Bezieht sich auf den Zeitraum von 2005 bis 2012 (auf der Grundlage von Berechnungen des *HDR*-Büros).
- 20 UNDP 1993.
- 21 Laut der Internationalen Arbeitsorganisation könnten bei Fortdauer der derzeitigen Arbeitsmarktendenzen die Beschäftigungsquoten in Entwicklungsländern 2015 auf Vorkrisenniveaus zurückkehren, während sie diese in entwickelten Ländern erst nach 2017 wieder erreichen werden (ILO 2013e).
- 22 ILO 2013c.
- 23 Sen 2013.
- 24 UNDP 2011a, 2013. Im *HDR* 2011 wurde nachhaltige menschliche Entwicklung definiert als „die

- Erweiterung der grundlegenden Freiheiten der heute lebenden Menschen, verbunden mit angemessenen Anstrengungen zur Vermeidung der ernsthaften Beeinträchtigung der entsprechenden Freiheiten zukünftiger Generationen“ (S. 23).
- 25 UN 2013b.
- 26 Siehe Rockström et al. (2009) sowie Fitoussi und Malik (2013).
- 27 UNDP 2013a.
- 28 Pineda 2013.
- 29 UNCTAD 2012b.
- 30 ILO 2013a.
- 31 Kim und Conceição 2010.
- 32 Molina et al. 2014. Ein Abschwung des HDI ist definiert als eine Verlangsamung des HDI-Wachstums in Bezug auf seine Langzeittendenz. Die Untersuchung kommt auch zu dem Ergebnis, dass die nicht einkommensbezogenen Komponenten der menschlichen Entwicklung widerstandsfähiger gegenüber Schocks sind, als es die Einkommenskomponente ist (vielleicht weil die Einkommenskomponente eine Stromgröße ist und keine Bestandsgröße).
- 33 Es gibt auch Erkenntnisse dahingehend, dass die Liberalisierung des Kapitalverkehrs dauerhaft zu mehr Ungleichheit führt (siehe Furceri und Loungani 2013).
- 34 World Bank 2013c.
- 35 Dies hängt natürlich von der Quelle und der Art des Wirtschaftswachstums ab.
- 36 Stiglitz 2012a. Beispielsweise trug in den Vereinigten Staaten die Stagnation der Reallöhne für Arbeitnehmer am unteren Ende der Verteilungsskala – in Verbindung mit leichtem Zugang zu Krediten – zu der Immobilienblase Anfang der 2000er Jahre bei. Auf der globalen Ebene trugen globale Ungleichgewichte zu größerer wirtschaftlicher Instabilität bei, die auch eine wichtige Rolle in der globalen Wirtschaftskrise spielten.
- 37 Berg und Ostry 2011b.
- 38 Naylor und Falcon (2010) behaupten, dass die Schwankungen der Rohstoffpreise in den 2000er Jahren an die extreme Volatilität heranreichten, die während der 1970er Jahre beobachtet wurde – und damit beträchtlich größer waren als in den 1980er und 1990er Jahren. Die makroökonomische Politik, Wechselkurse und Ölpreise waren wichtige Determinanten der Preisvariabilität im Zeitraum von 2005 bis 2010.
- 39 Im HDR 2011 wurde dargelegt, dass Umweltrisiken deutlich mehr globale Ungleichheit zur Folge haben können.
- 40 Cutter et al. 2009.
- 41 WHO 2011a.
- 42 IPCC 2013.
- 43 IPCC 2014.
- 44 UNDP 2013c.
- 45 Laut der Definition des Uppsala-Konfliktdatenprogramms (UCDP) und des Friedensforschungsinstituts (PRIO) in Oslo gibt es vier Arten bewaffneter Konflikte: zwischenstaatliche Konflikte zwischen zwei oder mehr Staaten, Binnenkonflikte zwischen der Regierung eines Staates und einer oder mehr Oppositionsgruppen ohne Intervention anderer Staaten, internationalisierte Binnenkonflikte zwischen der Regierung eines Staates und einer oder mehr Oppositionsgruppen mit Intervention anderer Staaten (Sekundärparteien) auf einer oder beiden Seiten, und extrasystemische Konflikte zwischen einem Staat und einer nichtstaatlichen Gruppe außerhalb seines eigenen Territoriums. Extrasystemische Konflikte beziehen sich hauptsächlich auf die Kolonialkriege. Um die Zahl der Kategorien zu verringern, werden extrasystemische Konflikte den zwischenstaatlichen Konflikten und internationalisierte Konflikte den Binnenkonflikten zugeordnet.
- 46 In den letzten drei Jahren stand die Einkommensungleichheit auf dem obersten Platz der Rangliste der globalen Risiken des Weltwirtschaftsforums, was die Wahrscheinlichkeit des Eintretens betrifft (siehe World Economic Forum 2014).
- 47 OECD 2012.
- 10 Afrika südlich der Sahara ist die einzige Region, wo sich der Anteil der Kinder unter fünf Jahren seit 1970 nicht wesentlich verringert hat (Berechnungen des HDR-Büros auf Grundlage von Lutz und KC 2013).
- 11 Siehe Young (2002).
- 12 Shonkoff und Phillips 2000; McCain, Mustard und McCuaig 2011; Shonkoff et al. 2012.
- 13 Hertzman und Boyce 2010.
- 14 Die frühe Entwicklung des Menschen ist ein komplexes und dynamisches Zusammenspiel zwischen Natur und Erziehung – das heißt zwischen Erbanlagen und Umweltfaktoren. Die Gene „hören“ auf die Umwelt, und die Umwelt nimmt „Anpassungen“ am genetischen Bauplan vor. Umweltfaktoren modifizieren die Ausprägung der Erbanlagen (zum Beispiel Genvarianten, Phänotypen) und können durch den epigenetischen Prozess Gene aktivieren oder stilllegen. In diesem Prozess hinterlassen Erfahrungen eine chemische Signatur, oder epigenetische Markierung, die die genetische Ausprägung ändert, ohne die DNA-Sequenz zu verändern. Viele dieser Veränderungen sind nur vorübergehend, doch andere scheinen von Dauer zu sein (siehe McCain, Mustard, McCuaig 2011 und Young 2013).
- 15 Diese Ergebnisse sind nicht deterministisch; sie spiegeln nur wider, dass in einem frühen Stadium auftretende Probleme mit einer größeren Wahrscheinlichkeit verbunden sind, dass in der Zukunft negative Folgen auftreten werden (siehe Anda et al. 2006, Felitti et al. 1998 und Hertzman und Boyce 2010 sowie Young 2014).
- 16 Bhutta 2002; Engle et al. 2007, 2011; Alderman und Engle 2008; Armeccin et al. 2006.
- 17 McEwen 2008. Einem Entwicklungsrisiko ausgesetzt zu sein erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass es zu Beeinträchtigungen in der Entwicklung kommt, doch das ist nicht deterministisch. Es impliziert nur, dass ein Kind mit größerer Wahrscheinlichkeit in seiner Entwicklung mit Problemen konfrontiert ist. Die Belege zeigen auch, dass dadurch die schützenden Faktoren oder Maßnahmen zur Förderung frühkindlicher Entwicklung, die dem Kind zugute kommen, weniger Wirkung haben könnten (siehe Wachs und Rahman 2013).
- 18 Heckman 2006.
- 19 Young 2014.
- 20 Vielen der Risiken, denen für gewöhnlich Kinder ausgesetzt sind, die in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen in Armut aufwachsen, sind auch arme Kinder ausgesetzt, die in Ländern mit hohem Einkommen aufwachsen – wenngleich es bei letzteren eine geringere Anzahl an Risiken ist (siehe Wachs und Rahman 2013).
- 21 Wird die Geburt nicht registriert, so kann dies das Recht eines Kindes auf volle Bürgerrechte stark beschneiden. Es kann zur Folge haben, dass ein Kind die meisten Arten von Kinderschutz nicht bekommt, zum Beispiel keine Gesundheitsversorgung. Die Region, in der die Registrierung von Geburten eine besonders große Herausforderung darstellt, ist Südasien. 2007 lebte hier die Hälfte der 51 Millionen Kinder weltweit, deren Geburt nicht erfasst wurde (siehe Engle, Rao und Petrovic 2013).
- 22 Die Ernährung ist ein entscheidender Faktor, beginnend mit den frühen Abschnitten in der Entwicklung. Sowohl die Quantität als auch die Qualität der Säuglingsnahrung haben wichtige Wirkungen auf das Wachstum des Kindes. Die Ernährungsgewohnheiten und das Abstillen von Säuglingen beeinflussen ihr Gewicht und ihre Erkrankungshäufigkeit und Sterblichkeit. Studien zeigen, dass suboptimales und nicht ausschließliches Stillen in den ersten sechs Lebensmonaten für zehn Prozent der Krankheitslast bei Kindern unter fünf Jahren verantwortlich ist (Black et al. 2008).
- 23 Young 2014.
- 24 Brooks-Gunn und Duncan 1997.
- 25 Engle et al. 2007.
- 26 Hart und Risley 1995. Carneiro und Heckman (2003) beobachteten auch Unterschiede bei den kognitiven Fähigkeiten, die schon bei Sechsjährigen mit der sozioökonomischen Schicht korrelierten.
- 27 Ardila et al. 2005. Einige Studien in Entwicklungsländern zeigen ähnliche Ergebnisse hinsichtlich des Zusammenhangs zwischen dem sozioökonomischen Status und der kognitiven Entwicklung (Naudeau et al. 2011). Eine Studie aus Ecuador (Paxson und Schady 2007) zeigt, dass das Vermögen der Haushalte (und die Bildung der Eltern) mit einem besseren Abschneiden bei Tests zum passiven Wortschatz zusammenhängt und dass die Kluft bei älteren Kindern größer ist.
- 28 Zu den Interaktionen gehören wechselseitige Kommunikation mit Betreuern, Sprechen, Gesten, Gesichtsausdrücke und Körperbewegungen. Die Interaktionen können herzliche Äußerungen der Mutter sein, Körperkontakt und Spiel, Austausch von Blicken und Stimmen, und frühzeitige und angemessene Reaktionen der Mutter auf den Säugling (Bornstein et al. 2008). Siehe auch Bornstein und Putnick (2012)

Kapitel 3

- 1 Wir sorgen uns insbesondere um die potenziellen Beschränkungen der Wahlmöglichkeiten, die den Menschen aus guten Gründen wichtig sind.
- 2 Siehe Young (2014).
- 3 Fuentes-Nieva und Galasso 2014.
- 4 Stiglitz 2012b.
- 5 Pineda und Rodríguez 2006a; Bénabou 2000; Alesina et al. 1996.
- 6 UNDP 2013a.
- 7 Schroder-Butterfill und Mariani 2006.
- 8 Die Ergebnisse sind auch davon abhängig, welche Art von Indikator man verwendet. Zum Beispiel wurde festgestellt, dass bei früh auftretender körperlicher Unterentwicklung für Kinder das Aufholpotenzial in Bezug auf Z-Werte der Körpergröße tendenziell positiv ist, doch es gibt weniger Hinweise darauf, dass ein Aufholen in Bezug auf die Körpergröße tatsächlich stattfindet. Dies deutet darauf hin, dass es Fälle gibt, in denen sich die Entwicklung umkehren lässt, dass aber die Belege dafür uneinheitlich und kontextspezifisch sind (siehe Cameron, Preece und Cole 2005).
- 9 Shonkoff und Richter 2013.

- zu kognitiven und sozioemotionalen positiven Betreuungsaktivitäten.
- 29 NICHHD 2006.
- 30 Bei Kindern, die zur Zeit der Krise sieben bis zwölf Jahre alt waren, gab es geringe negative Wirkungen, die allerdings statistisch nicht von Null abwichen (Stevens und Schaller 2011; Falkingham 2000; Frankenberg, Duncan und Beege 1999).
- 31 Falkingham 2000.
- 32 Kinderarbeit ist auch ein Ergebnis von Einkommensunsicherheit und Arbeitsmarktvulnerabilität bei arbeitenden Erwachsenen. Kinderarbeit ist ein Bewältigungsmechanismus armer Haushalte — genau derer, die gegenüber bedeutenden Beeinträchtigungen ihrer Lebensgrundlagen am anfälligsten sind (Basu und Van 1998).
- 33 Young 2014.
- 34 Heckman 2013.
- 35 McCain, Mustard und Shanker 2007; Mustard 2006.
- 36 WHO 2002; Heise 1998; Abramsky et al. 2011; Abrahams und Jewkes 2005.
- 37 Einige Autoren betonen jedoch, dass schlüssige Beweise schwierig sein könnten, weil es vermutlich eine hohe Dunkelziffer gibt (Berliner und Elliot 1996).
- 38 Pereda et al. (2009), werteten 65 Studien aus 22 Ländern aus.
- 39 Bos et al. 2009.
- 40 Pinheiro 2006; Plan International 2012.
- 41 Die Internationale Arbeitsorganisation definiert Jugendliche als Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren (ILO 2013b).
- 42 Berechnungen des HDR-Büros auf Grundlage von UN (2014b) und Lutz und KC (2013).
- 43 ILO 2013a.
- 44 Verick 2009; Ha et al. 2010.
- 45 ILO 2012a
- 46 Verick 2009.
- 47 Assaad und Levison 2013.
- 48 Wie in UNDP (2013a) dokumentiert.
- 49 Es wird geschätzt, dass der Jugendüberschuss dazu führen wird, dass mehr als 120 Millionen neue junge Menschen pro Jahr auf den Arbeitsmarkt kommen, die meisten von ihnen in Entwicklungsländern (siehe World Economic Forum 2014).
- 50 Die Weltbank schätzt, dass mehr als 25 Prozent der jungen Menschen weltweit (rund 300 Millionen) keine produktive Arbeit haben (siehe Newhouse 2013).
- 51 Das liegt nicht nur an wirtschaftlichen Überlegungen, sondern auch daran, dass es durch die Ausgrenzung von produktiven Chancen an Vertrauen und sozialen Bindungen fehlt (siehe Assaad und Levison 2013).
- 52 Nach dem Basiszenario wird erwartet, dass die Jugendarbeitslosigkeit 2050 sogar noch etwas höher liegen wird (14,3 Prozent).
- 53 Die Kluft wird sich in Südasien - wenn auch langsam - schließen, wenn um 2035 das Angebot abzunehmen beginnt.
- 54 Boyden, Hardgrove und Knowles 2012.
- 55 Pells 2011.
- 56 Ames, Rojas und Portugal 2009; Woldehanna, Jones und Tefera 2008. Siehe auch Vennam et al. (2009).
- 57 Morrow 2013.
- 58 Rolleston und James 2011. Diese Unterschiede liegen nicht am unterschiedlichen Schulbesuch, denn in diesen Ländern ist es wahrscheinlicher, dass Mädchen im Alter von 15 zur Schule gehen (siehe Hardgrove et al. 2014).
- 59 Einschließlich des Risikos sozialer Stigmatisierung lesbischer, schwuler, bisexueller, transidenter junger Menschen sowie derer, die Geschlechtszuschreibungen in Frage stellen, in allen Gesellschaften.
- 60 Eine weitere Vulnerabilität, die mit sexuellen Erfahrungen einhergeht, besteht darin, dass die Jugendlichen dem Risiko sexuell übertragbarer Erkrankungen ausgesetzt sind.
- 61 Hardgrove 2012.
- 62 Bunting und McAuley 2004.
- 63 Pinheiro 2006.
- 64 Kelly 2010.
- 65 UNDP 2013b.
- 66 Krug et al. 2002a.
- 67 Durch Vulnerabilität geprägte Tätigkeiten sind die Summe unbezahlter arbeitender Familienmitglieder und derjenigen, die auf eigene Rechnung arbeiten.
- 68 Projektionen der Internationalen Arbeitsorganisation zeigen, dass damit gerechnet wird, dass bis 2017 der Anteil der arbeitenden Armen an der gesamten Erwerbsbevölkerung in Südasien auf 17 Prozent und in Afrika südlich der Sahara auf 32 Prozent sinkt (ILO 2013a).
- 69 World Bank 2012.
- 70 ILO 2013e.
- 71 Von Wachter 2014. Siehe auch Stephens (1997); Schmieder, von Wachter und Bender (2009); Eliason und Storrie (2009); und Morissette, Zhang und Frenette (2007).
- 72 Siehe Kaplan, Martinez und Robertson (2005) zu Mexiko.
- 73 Frankenberg, Duncan und Beege 1999; Smith et al. 2002; McKenzie 2003.
- 74 Burgard, Brand und House 2007; Sullivan und von Wachter 2009; Cutler et al. 2002.
- 75 Brand, Levy und Gallo 2008.
- 76 Bei älteren Frauen waren Einkommensdisparitäten insbesondere vom Alter abhängig (jüngere Altersgruppen schneiden besser ab), sowie von der Bildung (ein höherer Bildungsabschluss verringert die Kluft zwischen den Geschlechtern) und vom Beruf und dem Sektor, in dem sie gearbeitet hatten (siehe Bardasi und Jenkins 2002).
- 77 ILO 2012c.
- 78 Zwar ist in Ländern der Kategorie 3 die Anzahl der Arbeitsplätze zurückgegangen, doch es waren die schlechtesten Jobs, die zuerst verloren gingen, was insgesamt zu einer Verbesserung der Arbeitsplatzqualität führte. In Ländern der Kategorie 2 nahm die Beschäftigungsquote gegenüber 2007 zu. Allerdings war dies das Ergebnis einer Zunahme von geringwertigen Arbeitsplätzen.
- 79 ILO 2012b.
- 80 Heintz 2012.
- 81 Bargain und Kwenda 2009; von Wachter 2014.
- 82 Ono und Sullivan 2013; Keizer 2008.
- 83 ILO 2013a.
- 84 Arriagada 1994; Cerrutti 2000; Casale 2003.
- 85 Bağcı und Memi 2013; Berik und Kongar 2013.
- 86 Heath 2012.
- 87 Stevens und Schaller 2011; Falkingham 2000.
- 88 Mejia-Mantilla 2012; Falkingham 2000.
- 89 World Bank 2012; Fischer 2013.
- 90 World Bank 2012.
- 91 Kuhn, Lavile und Zweimüller 2009.
- 92 Berechnungen des HDR-Büros auf Grundlage von Lutz und KC (2013).
- 93 Barrientos 2006.
- 94 Diejenigen, die während ihres Arbeitslebens in ein Rentensystem eingezahlt haben, werden ein gewisses Einkommen haben und sind weniger verwundbar als diejenigen, die schlecht bezahlte Arbeit, Teilzeitjobs oder eine unsichere oder informelle Beschäftigung hatten (Zaidi 2013).
- 95 Kondkher, Knox-Vydanov und Vilela 2013.
- 96 Einige Studien weisen darauf hin, dass regulär und aufgrund eines Rechtsanspruchs gezahlte Renten, selbst wenn sie relativ gering sind, die sozioökonomischen Bedingungen älterer Menschen verbessern. Sie unterstützen sie in ihrer Rolle als Familienmitglieder, die sich aktiv an Entscheidungen beteiligen (siehe Beales 2012). Die positiven Effekte gesetzlicher Renten könnten sich auf andere Familienmitglieder ausweiten lassen, insbesondere auf Kinder. Es konnte gezeigt werden, dass Kinder in Familien mit einer älteren Person, die eine Rente bekommt, im Hinblick auf ihre Ernährung und Bildung von diesen relativ geringen Beiträgen zum Familieneinkommen profitieren (siehe Duflo 2000).
- 97 Wenn ältere Menschen Witwen oder Witwer werden oder erste Behinderungen auftreten, sind auch dies wichtige Auslöser, die negative Auswirkungen auf ihr finanzielles Wohlergehen haben (siehe Burkhauser, Holden und Feaster 1988; Burkhauser, Butler und Holden 1991; Emmerson und Muriel 2008; Holden, Burkhauser und Myers 1986; und McLaughlin und Jensen 2000).
- 98 UNFPA und HelpAge International 2012.
- 99 OECD 2011b.
- 100 ECLAC 2011.
- 101 WHO 2011b.
- 102 Masset und White 2004.
- 103 UNFPA und HelpAge International 2012.
- 104 Die Weltgesundheitsorganisation (WHO 2007) stellte fest, dass in ähnlicher Weise bestimmte Gruppen älterer Frauen in allen Ländern stärker dem Armutrisiko ausgesetzt waren. Dazu gehören Witwen, Geschiedene oder Behinderte und diejenigen, die Enkelkinder oder Aids-Waisen betreuen.
- 105 Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF 2006) schätzt, dass in Ostafrika und im südlichen Afrika 40 bis 60 Prozent der Waisen und verwundbaren Kinder von ihren Großeltern betreut werden. Ähnlich weist Beegle et al. (2009) darauf hin, dass ältere Menschen sogar 81 Prozent aller Waisen betreuen.
- 106 Stewart, Brown und Mancini 2005.
- 107 DFID 2001.
- 108 Chambers 1989.
- 109 UN Enable 2013.
- 110 Rund 1,5 Millionen Menschen (von 10 Millionen) wurden obdachlos und zogen nach dem Erdbeben in Lager. Aufgrund der begrenzten Kapazitäten des Staates und des öffentlichen Dienstes, wiederaufzubauen und die Bevölkerung zu schützen, nahm die Vulnerabilität der ärmsten Haushalte noch weiter zu (es kam zu Epidemien, Überschwemmungen und ähnlichem), und ihre Lebensbedingungen verschlechterten sich (siehe Châtaigner 2014 und Herrera et al. 2014).
- 111 Rentschler 2013.
- 112 Das Povcal-Berechnungssystem der Weltbank liefert Schätzungen der Einkommensarmut auf Grundlage von Befragungen aus dem Zeitraum 2000 bis 2012 aus 104 Ländern mit insgesamt 5,4 Milliarden Menschen. Die Anzahl der Menschen, die von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag leben, liegt bei 1,2 Milliarden. Das sind 22 Prozent der Bevölkerung in diesen 104 Ländern. Die internationalen Armutsgrenzen werden auch in US-Dollar von 2005 (Kaufkraftparität) ausgedrückt.
- 113 Die Bevölkerung, bei der man davon ausgeht, dass sie nahe der mehrdimensionalen Armut lebt, leidet unter 20 bis 33 Prozent der Entbehrungen. Diese Gruppe kann als „nahezu arm“ bezeichnet werden. Die Bevölkerung, bei der man davon ausgeht, dass sie im monetären Sinne nahezu arm ist,

- hat ein Pro-Kopf-Einkommen von mehr als 1,25 US-Dollar, aber weniger als 2,50 US-Dollar am Tag.
- 114 Es wurde festgestellt, dass gesellschaftlich und geografisch benachteiligte Menschen, die anhaltender Ungleichheit ausgesetzt sind, darunter horizontaler Ungleichheit (zum Beispiel aufgrund von Geschlecht, Alter, Rasse, ethnischer Zugehörigkeit und Behinderung), vom Klimawandel und von klimabedingten Gefahren besonders negativ betroffen sind (siehe IPCC 2014).
- 115 World Bank 2013b.
- 116 UN Global Pulse 2012.
- 117 Stiglitz und Kaldor 2013a.
- 118 Frazer und Marlier 2012.
- 119 Hallegatte et al. 2010; Rentschler 2013.
- 120 Rentschler 2013.
- 121 Rentschler 2013.
- 122 Dies spiegelt nur wider, dass die ärmsten Haushalte einer größeren Anzahl und mehr verschiedenen Arten von Schocks oder widrigen Ereignissen ausgesetzt sind, als die wohlhabenderen Haushalte (siehe Boyden 2009; Woodhead, Dornan und Murray 2013).
- 123 Krutikova 2010.
- 124 UNDP 2011a.
- 125 Diese Länder befanden sich beim Index der gesellschaftlichen Institutionen und Geschlechtergleichstellung (SIGI) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im oberen Quintil. Der Index misst grundsätzliche Diskriminierung von Frauen, indem er diskriminierende gesellschaftliche Institutionen erfasst und quantifiziert (siehe OECD 2010).
- 126 In der Studie wurde ein großer Datensatz aus 59 Ländern verwendet, der 1,5 Millionen Geburten in den Jahren 1975 bis 2004 erfasst (Conceição, Mukherjee und Nayyar 2011; Baird, Friedman und Schady 2007).
- 127 Friedman und Schady 2009.
- 128 European Parliamentary Research Service 2013.
- 129 Ferris, Petz und Stark 2013.
- 130 Mit Unterstützung von Swayam Shikshan Prayog, einer Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Mumbai und dem Covenant Centre for Development, einer Nichtregierungsorganisation mit Sitz in Tamil Nadu, besuchten die Frauen 13 Dörfer in Nagapattinam und Cuddalore, den beiden am stärksten betroffenen Distrikten. Sie identifizierten Wege zur Förderung der langfristigen Wiederherstellungsprogramme für die Unterkünfte und Lebensgrundlagen der Dörfer und unterstützten aktiv die Bevölkerung, indem sie mit Überlebenden sprachen, Geschichten austauschten und Treffen mit Frauengruppen, Jugendgruppen und Fischereigenossenschaften organisierten (siehe Gupta und Leung 2011).
- 131 UNDESA 2009.
- 132 Angesichts der Vielfalt indigener Völker hat das System der Vereinten Nationen keine offizielle Definition des Begriffs „indigen“ verabschiedet. Stattdessen wurde ein modernes Verständnis des Begriffs eingeführt, auf Grundlage von Kriterien wie der Eigenidentifikation als indigene Völker; der historischen Kontinuität mit Gesellschaften aus Zeiten vor der Kolonialisierung oder Besiedlung; einer starken Bindung an das Land und die natürlichen Ressourcen der Umgebung; eigenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Systemen; einer eigenen Sprache, Kultur und einem eigenen Glauben; und der Entschlossenheit, als eigene Völker und Gemeinschaften die Umwelt und die Systeme der Vorfahren zu erhalten und zu reproduzieren.
- 133 Vinding und Kampbel 2007.
- 134 Zum Beispiel wurde während einer Hitzewelle im August 2013 in der ungarischen Stadt Ozd an vielen öffentlichen Wasserhähnen, von denen die Roma abhängig sind, das Wasser abgestellt. So mussten Tausende von ihnen beim Wasserholen an den Wasserhähnen, die noch funktionierten, warten (siehe Dunai 2013).
- 135 Hughes et al. 2012.
- 136 Zum Beispiel haben Rollstuhlfahrer wohl keine Schwierigkeiten, allgemeine Informationen zur Minderung von Katastrophenrisiken nachzuvollziehen. Doch dieselben Personen sind unter Umständen mit großen Hürden konfrontiert, wenn es darum geht, sich während eines Erdbebens sicher zu schützen und nach einem Erdbeben evakuiert zu werden.
- 137 Robinson, Scherrer und Gormally 2013.
- 138 Behinderungen hängen auch mit einem niedrigeren Bildungsstand zusammen. Es gibt Hinweise darauf, dass Menschen mit niedrigerem Bildungsstand mit größerer Wahrscheinlichkeit von Behinderungen betroffen sind. Dies gilt für alle Regionen, wenngleich in unterschiedlichem Maße (siehe KC et al. 2014).
- 139 WHO 2011b.
- 140 Rund ein Drittel der Migration aus Entwicklungsländern ist irreguläre Migration (UNDP 2009b).
- 141 Im Jahr 2005 machten Frauen 49,6 Prozent aller internationalen Migranten aus (UNFPA 2008).
- 142 UNFPA 2008.
- 143 UNDP 1994, S. 1.
- 144 Gasper und Gomez 2014.
- 145 WHO 2002.
- 146 Ziemlich konkret sind die gesellschaftlichen Kosten von Gewalt beträchtlich. In einer Studie von 1992 über die Vereinigten Staaten wurden die jährlichen direkten und indirekten Kosten von Schussverletzungen auf 126 Milliarden US-Dollar geschätzt und die von Schnitt- oder Stichverletzungen auf 51 Milliarden US-Dollar (WHO 2002). Außerdem wurde in einer gemeinsamen Studie der Interamerikanischen Entwicklungsbank und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen hohe Kosten von Gewalt und Kriminalität festgestellt – prozentual am BIP in fünf lateinamerikanischen Ländern 2010, von drei Prozent in Chile und Uruguay bis zu über zehn Prozent in Honduras (siehe UNDP 2013b).
- 147 Gasper und Gomez 2014.
- 148 UNDP 2005, 2013b.
- 149 UNDP 2012a.
- 150 Stiglitz und Kaldor 2013a.
- 151 OECD 2011a.
- 152 Stewart 2010.
- 153 Von der Mitte der Gesellschaft ausgeschlossen von der vollen Beteiligung am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben ihrer Gesellschaft, oft aufgrund einiger Gruppenmerkmale (zum Beispiel kultureller, religiöser oder Rassenmerkmale). Siehe Stewart et al. (2006).
- 154 Zeitlyn 2004.
- 155 Stewart 2010.
- 156 Ein Motiv der Gruppenanführer könnte mangelnde politische Macht sein, während den Anhängern gesellschaftliche und kulturelle Ungleichheit ein größeres Anliegen ist (siehe Stewart 2008). Siehe auch OECD (2011a) zu einer Diskussion einiger entscheidender sozioökonomischer Faktoren, die Ungleichheit in Entwicklungsländern fördern, sowie ihrer Wechselwirkungen.
- 157 In der Analyse von Østby (2008a) von 55 Ländern im Zeitraum 1986 bis 2003 wurde ein signifikanter Anstieg der Konfliktwahrscheinlichkeit in Ländern mit großer horizontaler wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ungleichheit festgestellt. Mancini (2008) deutet darauf hin, dass gewaltsame Konflikte mit größerer Wahrscheinlichkeit in Gebieten mit geringerer wirtschaftlicher Entwicklung und größerer religiöser Polarisierung vorkommen. Er stellt auch fest, dass ein gewisser Grad an (vertikaler) Einkommensungleichheit sowie andere rein demografische Indikatoren für ethnische Vielfalt nicht die Wahrscheinlichkeit von Gewalt zwischen ethnischen oder religiösen Gruppen beeinflussen (siehe auch Stewart 2008, 2010 und Hoefler 2012). Andere Studien legen nahe, gesellschaftliche Ausgrenzung als vertikal stattfindende Benachteiligungsprozesse anzusehen. Damit schafft man ein nuancierteres Verständnis davon, wie soziale Entwurzelung zu Konflikten führen kann. Dies geschieht so, dass dabei vermieden wird, tendenziell die niedrigeren sozialen Schichten für durch Ungleichheit induzierte Konflikte verantwortlich zu machen, ohne zu berücksichtigen, welche Rolle in vielen Konfliktfällen die Eliten oft spielen (siehe Fischer 2008).
- 158 Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Ausgrenzung und Konflikten lässt sich in vielen Beispielen illustrieren: den muslimischen Aufständen in den Philippinen und Thailand; den separatistischen Bewegungen in Aceh, Timor-Leste und Papua in Indonesien; dem Separatismus in Ostpakistan und Eritrea, und anderen (siehe Stewart 2010).
- 159 Es gibt Hinweise darauf, dass einige dieser Episoden mit Perioden wirtschaftspolitischer Reformen in Verbindung stehen (wie Veränderungen in der Handelspolitik). Siehe Kanbur (2007).
- 160 Marc et al. 2012.
- 161 Stewart et al. (2006). Siehe auch Stewart (2010) zu einer Typologie der unterschiedlichen Ansätze zum Umgang mit horizontaler Ungleichheit.
- 162 Parlow 2012.
- 163 EWSCWA 2007.
- 164 UNHCR 2012.
- 165 Darunter waren 17,7 Millionen Binnenvertriebene und 10,5 Millionen Flüchtlinge (2,3 Millionen mehr als 2011). Die Zahl der Flüchtlinge entsprach in etwa der von 2011 (10,4 Millionen) und die Anzahl der Binnenvertriebenen stieg seit Ende 2011 um 2,2 Millionen (UNHCR 2012).
- 166 Es wurde festgestellt, dass Konflikte, insbesondere Bürgerkriege, mit einem schlechteren Abschneiden beim Index der menschlichen Entwicklung verbunden sind (Fortschritte signifikant unterhalb dessen, was man angesichts der Ausgangsbedingungen hatte erwarten können), denn 60 Prozent der Länder, die diese Arten von Konflikten erleben (28 von 46 Ländern in der Stichprobe), schnitten zu schlecht ab (siehe UNDP 2010).
- 167 Berechnungen des HDR-Büros auf Grundlage von Daten des Konfliktdatenprogramms Uppsala zu Todesfällen in Kampfhandlungen.
- 168 Andere wichtige Versorgungsleistungen, die durch Konflikte stark beeinträchtigt sein könnten, sind Dienste im Bereich reproduktive Gesundheit. Zum Beispiel haben Paare unter Umständen keinen Zugang zu Familienplanung, was zu mehr ungewollten Schwangerschaften

- und unsicheren Abtreibungen führt (siehe WHO 2000).
- 169 Sudanesische Kinder im Alter von sieben bis zwölf Jahren, die in Norduganda lebten und den Krieg erlebt hatten, hatten mit größerer Wahrscheinlichkeit Verhaltensprobleme, Depressionssymptome und Beschwerden ähnlich dem post-traumatischen Stresssyndrom, als Kinder in Uganda, die vom Krieg nicht betroffen waren (Paardekooper, De Jong und Hermanns 1999).
- 170 Unter Verwendung von Daten aus Haushalten in Kolumbien zeigen Engel und Ibanez (2007), dass die Wahrnehmung von Sicherheit entscheidenden Einfluss auf die Migration haben kann.
- 171 Geschlechtsspezifische und sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen (einschließlich Massengewalttätigkeiten) sind ein immer häufigeres Merkmal von Kriegen und Konflikten (siehe WHO 2000).
- 172 Gagro 2010.

Kapitel 4

- 1 Bolsa Família ging aus Bolsa Escola hervor. Es handelt sich um ein an Bedingungen geknüpftes Geldtransferprogramm mit Anreizen für Eltern, ihre Kinder nicht von der Schule zu nehmen und regelmäßig bei Gesundheitszentren vorzusprechen. 2006 wurden die Kosten für Bolsa Família auf 0,5 Prozent des BIP in Brasilien geschätzt, beziehungsweise auf etwa 2,5 Prozent der Gesamtausgaben der Regierung. Dabei erreichte das Programm etwa 11,2 Millionen Familien beziehungsweise etwa 44 Millionen Brasilianer.
- 2 Mkandawire 2001; Kumlin und Rothstein 2005.
- 3 UN General Assembly 2013b, S. 12.
- 4 UN General Assembly 2013a, S. 11.
- 5 Deacon und Cohan 2011.
- 6 Korpi und Palme (1998, S. 661) definieren das Paradoxon folgendermaßen: „Je stärker wir die Armen gezielt unterstützen, und je stärker wir darauf bedacht sind, durch gleiche öffentliche Transfers Gleichheit zu schaffen, desto unwahrscheinlicher ist es, dass wir Armut und Ungleichheit verringern.“
- 7 Mkandawire 2001; Rothstein 2001.
- 8 Baldwin 1990.
- 9 Deacon und Cohan 2011.
- 10 Heller (2005) definiert finanziellen Spielraum als Spielraum im Haushalt einer Regierung, der ihr ermöglicht, für einen gewünschten Zweck Mittel bereitzustellen, ohne die Nachhaltigkeit ihrer finanziellen Situation oder die Stabilität der Wirtschaft zu gefährden. Das nordische Modell konnte genau deshalb finanziert werden, weil es auch Vorkehrungen traf, die Vollbeschäftigung zu fördern. Vollbeschäftigung wiederum erzeugte die Steuereinnahmen zur Finanzierung des nordischen Modells.
- 11 UNICEF 2008
- 12 ILO und UNDP 2011.
- 13 UNICEF 2008
- 14 UNICEF 2008
- 15 ILO 2011b.
- 16 Waters, Saadah und Pradhan 2003.
- 17 Waters, Saadah und Pradhan 2003.
- 18 Mok, Lawler und Hinsz 2009.
- 19 Gleichzeitig blieben die traditionellen Familien- und Gemeinschaftsnetzwerke und andere soziale Einrichtungen in Thailand relativ stabil, und die Stadt-Land-Verbindungen boten ein informelles Sicherheitsnetz für die Besitzlosen.
- 20 UNDP 2011c.
- 21 Ringen 1988.
- 22 Esping-Andersen 1999; Palme 2006.
- 23 ILO 2011b.
- 24 Esping-Andersen und Myles 2008.
- 25 Jäntti und Bradbury 2001.
- 26 Nelson (2004) führte die hohe Armutsbekämpfungsrates in Schweden auf hohe Umverteilung durch bedarfsunabhängige Leistungen, wie allgemeine Bereitstellung von sozialer Grundversorgung, zurück.
- 27 ILO und UNDP 2011.
- 28 UNDP 2013a.
- 29 Indikatoren für den Alphabetisierungs- und Bildungsgrad bei Frauen können bessere Indikatoren für die allgemeine Bereitstellung von Bildung sein, da Gesamtindikatoren die geschlechtlichen Unterschiede bei den Bildungserfolgen nur in Form eines durchschnittlichen Mittelwerts ausweisen. Das trifft insbesondere bei patriarchalischen Gesellschaften zu, in denen Frauen in der Regel weniger Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung haben als Männer.
- 30 Meng und Tang 2010.
- 31 Xinhua News Service 2013.
- 32 MacLeod und Urquiola 2012.
- 33 Young 2014.
- 34 Dalman und Bremberg, 1999.
- 35 Die Vorteile wirksamer früher Maßnahmen sind am nachhaltigsten, wenn anschließend kontinuierlich in qualitativ hochwertige Bildung investiert wird. Investitionen in Schulen zahlen sich bei Menschen mit stärkeren kognitiven Fähigkeiten mehr aus, da die kognitive Entwicklung sich in den ersten Jahren vollzieht.
- 36 Heckman 2005.
- 37 Bornstein et al. 2008.
- 38 Hackman, Farah und Meaney 2010; Nelson, Fox und Zeanah 2014.
- 39 Eine Übersicht über die Literatur zum Zusammenhang von sozioökonomischem Status und frühkindlicher Entwicklung gibt Young (2014).
- 40 ILO 2014.
- 41 Amsden 2001; Chang 1993.
- 42 ILO 2006a.
- 43 Heyer, Stewart und Thorp 1999; Thorp, Stewart und Heyer 2005.
- 44 Untersuchungen zu öffentlichen Arbeitsprogrammen finden sich bei Devereux und Solomon (2006) und bei Lal et al. (2010).
- 45 Zepeda et al. 2013
- 46 Kostzer 2008.
- 47 Muqtada 1987; Ahmed et al. 1995.
- 48 Marshall und Butzbach. 2003; Devereux und Solomon 2006.
- 49 Langer et al. 2012. Date-Bah 2003.
- 50 KC et al. 2014.
- 51 Hausmann 2013.
- 52 Das Verständnis der vielfältigen Lebensgrundlagen im ländlichen Raum ist eine allgemeine Erkenntnis aus der Literatur über Lebensgrundlagen.
- 53 In manchen Fällen können Entwicklungsübergänge zu neuen sozialen Sicherheitssystemen führen, oder es kann Rückkoppelungseffekte zwischen wirtschaftlichen Übergängen und sozialem Schutz geben.
- 54 China National Bureau of Statistics 2011.
- 55 UNRISD 2010.
- 56 UNDP 2011a.
- 57 Hoon 2011.
- 58 Stephan 2009.
- 59 Hinzu kommt auch, dass sich die Lohnkostenzuschüsse in Deutschland in diesem Zeitraum im Hinblick auf die Steuer vorteilhaft auswirkten. Die geschätzten steuerlichen Vorteile betragen im Untersuchungszeitraum von 3,5 Jahren 1.600 bis 2.000 Euro bei Männern in Ostdeutschland und 500 bis 1.000 Euro bei Männern in Westdeutschland und Frauen in Ostdeutschland. Sorgfalt bei Gestaltung und Umsetzung ist entscheidend, um Zufallsgewinne für Arbeitgeber, die keine Nettogewinne erzielen, zu vermeiden.
- 60 Burns, Edwards und Pauw 2010.
- 61 Gupta und Larssen 2010, S. 26. Insbesondere fanden die Forscher heraus, „dass bei den langfristig Behinderten mit reduzierter Arbeitsfähigkeit in der Altersgruppe der 18 bis 49-Jährigen die Beschäftigungswahrscheinlichkeit um 33 Prozentpunkte höher liegt, nachdem das Programm eingeführt wurde - im Vergleich zu einer mittleren Beschäftigungsrate auf der Messbasis von 44 Prozent.“ http://pisa2012.dk/Files/Filer/SFI/Pdf/Working_papers/wp-07-2010.pdf, Zugriff am 15. Mai 2014.
- 62 Bonilla García und Gruat (2003, S.13) definieren soziale Sicherung „als das Bündel öffentlicher Maßnahmen, die eine Gesellschaft für ihre Mitglieder bereitstellt, um diese gegen wirtschaftliche und soziale Notsituationen zu schützen, die durch das Fehlen oder eine wesentliche Verringerung des Arbeitseinkommens als Resultat verschiedener Umstände (Krankheit, Mutterschaft, Verletzung am Arbeitsplatz, Arbeitslosigkeit, Invalidität, Alter, und Tod des Ernährers) entstehen; die Bereitstellung von Gesundheitsversorgung; und die Bereitstellung von Leistungen für Familien mit Kindern.“
- 63 Roxburgh und Mischke 2011
- 64 Paci, Revenga und Rijkers 2011.
- 65 ODI 2008.
- 66 Paci, Revenga und Rijkers 2011, S. 13
- 67 Onyango, Hixson und McNally 2013.
- 68 Haughton und Khandker 2012.
- 69 Die Angaben über öffentliche Sozialausgaben stammen von der OECD (ohne Datum). Die wichtigsten Bereiche der Sozialpolitik sind Senioren, Überlebende, Geldleistungen bei Arbeitsunfähigkeit, Gesundheit, Familie, aktive Arbeitsmarktprogramme, Arbeitslosigkeit, Wohnen und andere sozialpolitische Bereiche. Diese Sektoren können je nach Ausgabenart noch weiter unterteilt werden (Geldtransfers, Sachleistungen), Art des Programms (aktives Arbeitsmarktprogramm, arbeitsunfähigkeitsbezogen) und Quelle (freiwillig privat, öffentlich).
- 70 Furceri 2009.
- 71 OECD 2013b.
- 72 Assimaidou, Kiendrebeogo und Tall 2013
- 73 Von Wachter 2014.
- 74 World Bank 2012.
- 75 Fischer 2013.
- 76 Posel, Fairburn und Lund 2006.
- 77 ILO 2009.
- 78 ILO 2010c, 2011b.
- 79 ILO 2011a.
- 80 Gassmann und Behrendt 2006.
- 81 ILO 2010c.
- 82 ILO 2006b.
- 83 Burkina Faso, Kamerun, Äthiopien, Guinea, Kenia, Senegal, Vereinigte Republik Tansania, Bangladesch, Indien, Nepal, Pakistan und Vietnam.
- 84 ILO 2008.
- 85 Easterly, Ritzen und Woolcock 2006.
- 86 Die Unterscheidung in Gesellschaften mit geringem und mit sehr starkem Zusammenhalt ist dieselbe wie in Easterly, Ritzen und Woolcock (2006) und basiert auf Messungen ethno-linguistischer Zersplitterung und des Einkommensanteils der Mittelklasse (definiert als die mittleren 60 Prozent der Einkommensverteilung). Easterly, Ritzen und Woolcock (2006) definieren diejenigen Gesellschaften als Gesellschaften mit sehr starkem Zusammenhalt, die in der unteren Hälfte ethno-linguistischer

- Zersplitterung und in der oberen Hälfte des Einkommensanteils der Mittelklasse angesiedelt sind - für Gesellschaften mit dem geringsten Zusammenhalt trifft genau das Gegenteil zu. Seit 1980 ist der Anteil der Gesellschaften mit stärkerem Zusammenhalt schneller gestiegen als der Anteil derjenigen mit geringerem Zusammenhalt. Der Unterschied war jedoch nach der Rezession in Gesellschaften mit geringerem Zusammenhalt in den 1980er Jahren und nach der weltweiten Krise 2008 wesentlich stärker ausgeprägt.
- 87 The Economist 2013a.
- 88 Telles 2004.
- 89 Carneiro 2013.
- 90 Naidoo und Kongolo 2004.
- 91 Maisonnave, Decaluwé und Chitiga 2009.
- 92 Burger und Jafta 2010.
- 93 Sander und Taylor 2012.
- 94 World Bank 2011.
- 95 Um erwünschtes Verhalten zu fördern, schlagen Ökonomen materielle Anreize vor – durch Verträge, Märkte oder politische Maßnahmen. Diese sind zwar oft sehr effizient, es gibt jedoch auch viele rätselhafte Fälle, in denen Anreize nicht den gewünschten Effekt haben (Verdrängungseffekte) oder in denen kleinere Anreize unverhältnismäßig starke Auswirkungen (Sogeffekte, Veränderung von Normen) haben. Eine Gesellschaft hält auch manchmal an Formen von Abschreckungsmaßnahmen fest, die unnötig kostspielig erscheinen (Gefängnis statt Geldstrafen oder Entschädigungen) oder lehnt andere Abschreckungsmaßnahmen ab, die recht billig oder wirksam sein können (öffentliches Bloßstellen). Eine ausführlichere Erörterung findet sich in Benabou und Tirole (2011).
- 96 Young 2007.
- 97 Kinzig et al. 2013.
- 98 Benabou und Tirole 2011.
- 99 UNDP 2009a.
- 100 UNDP 2009a.
- 101 Rodrik 2000, S. 3.
- 102 Easterly et al. 2006.
- 103 Evans und Heller (erscheint in Kürze).
- 104 Stewart 2013.
- 105 International Policy Centre for Inclusive Growth 2009.
- 106 UNDP 2003.
- 107 Sobhan 2014.
- 108 UNISDR 2012b.
- 109 Haque et al. 2012.
- 110 UNISDR o.J.
- 111 UN System Task Team on the Post-2015 UN Development Agenda 2012a.
- 112 UNDP 2013d.
- 113 Lund und Myers 2007.
- 114 Marc et al. 2012.
- 115 World Bank 2012.
- ## Kapitel 5
- 1 World Bank 2014b.
 - 2 United Nations Population Division 2013.
 - 3 Hale 2014.
 - 4 Bank for International Settlements 2013.
 - 5 Wadhams 2010.
 - 6 Canis 2011.
 - 7 UNHCR 2012.
 - 8 Kaul 2014.
 - 9 Kaul 2014.
 - 10 Kaul et al. 2003; Kaul und Conceição 2006.
 - 11 Universelle Sozialgüter sind Güter und Dienstleistungen, die nach Auffassung der Gesellschaft für alle Menschen unabhängig von ihrer Zahlungsbefähigung garantiert sein sollten, sowie die Regeln für Bürger im respektvollen Umgang miteinander (wie Ablehnung von Diskriminierung oder Schutz schwächerer Mitglieder der Gesellschaft). Siehe Ocampo (2013).
 - 12 Siehe Musgrave (1959) zur ursprünglichen Theoretisierung von „meritorischen Gütern“. Zur Erläuterung von „meritorischen Gütern“ im globalen Kontext, siehe Sandler, Arce und Daniel (2002).
 - 13 Fenner et al. 1988.
 - 14 WHO 2013a.
 - 15 Médecins Sans Frontières 2013.
 - 16 Held und Young 2013.
 - 17 Stiglitz und Kaldor 2013b.
 - 18 Held und Young 2011.
 - 19 Stiglitz 2013.
 - 20 Siehe Kaul (2013, 2014) sowie Kaul et al. (2003) für weitere Ausführungen zu globalen öffentlichen Gütern. Siehe Musgrave (1959) zur ursprünglichen Theoretisierung von „meritorischen Gütern“. Zur Erläuterung von „meritorischen Gütern“ im globalen Kontext siehe Sandler, Arce und Daniel (2002). Siehe Ocampo (2013) zur Diskussion universeller Sozialgüter (Güter mit dem Zweck, gemeinsame soziale Normen und Standards sowie Gleichheit zwischen Individuen zu fördern).
 - 21 Ortiz et al. 2013.
 - 22 Crouch 2011.
 - 23 Evans und Sewell 2013.
 - 24 ILO 2010c.
 - 25 UN 2000.
 - 26 UN 1948.
 - 27 UN 1966.
 - 28 EU 2007.
 - 29 UN 2009.
 - 30 UN 1989.
 - 31 ILO 1952.
 - 32 Siehe UNCSD (2012) zu Details zum Antrag auf Zustimmung der Versammlung der Vereinten Nationen zur Entwicklung eines einbeziehenden und transparenten zwischenstaatlichen Prozesses über nachhaltige Entwicklungsziele, der offen für sämtliche Beteiligten mit Blick auf die Entwicklung globaler nachhaltiger Entwicklung ist.
 - 33 Naudé, Santos-Paulino und McGillivray 2011.
 - 34 UNDP 2012c.
 - 35 International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding 2011. Die G7+-Mitglieder sind Afghanistan, Burundi, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Côte d'Ivoire, Demokratische Republik Kongo, Äthiopien, Guinea, Guinea-Bissau, Haiti, Liberia, Nepal, Papua-Neuguinea, Sierra Leone, Solomon-Inseln, Somalia, Süd-Sudan, Timor-Leste und Togo.
 - 36 Sierra Leone 2013.
 - 37 Die Ziele 8b und 8c der Millenniums-Entwicklungsziele befürworten eine Erhöhung der Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) in den Industrieländern, nennen aber keinen spezifischen Rahmen. Auf dem G8-Weltwirtschaftsgipfel 2005 in Gleneagles, Schottland, verpflichteten sich die Geberländer für 2015 zur Vergabe von öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens. 2012 betrug die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit mit nur 0,29 Prozent deutlich weniger als die Hälfte dieser Zielsetzung (UN 2013c).
 - 38 UNDP 2013a.
 - 39 Hamdani 2014.
 - 40 OECD 2013a.
 - 41 OECD 2013a.
 - 42 UNDP 2011b.
 - 43 Hollingshead 2010.
 - 44 Africa Progress Panel 2013.
 - 45 G20 2013.
 - 46 OECD 2011c.
 - 47 UNDP 2013a.
 - 48 Ocampo 2010.
 - 49 Stiglitz und Kaldor 2013b.
 - 50 Cattaneo, Gereffi und Staritz 2010.
 - 51 UN Global Pulse 2010.
 - 52 Cho und Newhouse 2013.
 - 53 Jansen und von Uexkull 2010.
 - 54 Jansen und von Uexkull 2010.
 - 55 Dureya und Morales 2011.
 - 56 Gavrilovic et al. 2009.
 - 57 Bluedorn et al. 2013.
 - 58 Ferri, Liu und Stiglitz 1999.
 - 59 Das Basel-Komitee zur Beaufsichtigung von Banken hat stringente regulative Standards eingeführt, unter anderem: Erhöhung von Kapitalrücklagen, auf die man in finanziell angespannten Perioden zurückgreifen kann; Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität von Bankkapital und die weltweite Verpflichtung auf eine Mindest-Eigenkapitalquote. So vielversprechend es klingt, basiert der „2010 Basel III Accord“ auf freiwilligen Verpflichtungen und muss erst noch vollständig implementiert werden (siehe Held und Young 2011).
 - 60 Siehe UNDP 2013a.
 - 61 Ratha et al. 2013.
 - 62 Ratha et al. 2013.
 - 63 Dieses Beispiel benennt Transferkosten von Ghana nach Nigeria (World Bank 2013a).
 - 64 IMF 2012.
 - 65 G20 2011.
 - 66 Kyne 2014.
 - 67 Ocampo 2006; Machinea und Titelman 2007.
 - 68 Ocampo und Griffith-Jones 2007.
 - 69 Grabel 2012.
 - 70 Während des BRICS-Gipfels in Südafrika vereinbarten die Staatschefs von Brasilien, China, Indien, der Russischen Föderation und Südafrika im März 2013 das Pooling ihrer Mittel zur Gründung einer BRICS-Bank.
 - 71 Park 2006.
 - 72 Culpeper 2006.
 - 73 UNDP 2013a.
 - 74 Hamdani 2014.
 - 75 Jansen und von Uexkull 2010.
 - 76 Hamdani 2014.
 - 77 Thrasher und Gallagher 2008.
 - 78 Gallagher, Griffith-Jones und Ocampo 2012.
 - 79 WTO 2001 S.1.
 - 80 WTO 2013.
 - 81 Von Braun und Tadesse 2012; Hoekman und Martin 2012.
 - 82 Khor und Ocampo 2011.
 - 83 Ghaem 2011.
 - 84 Khor und Ocampo 2011.
 - 85 Kennedy und Stiglitz 2013.
 - 86 Odagir et al. 2012; Pollock 2006.
 - 87 Abdel-Latif 2012.
 - 88 Hogerzeil et al. 2013.
 - 89 Khor und Ocampo 2011.
 - 90 IPCC 2013.
 - 91 World Bank 2014b.
 - 92 IPCC 2013.
 - 93 UNDP 2012a.
 - 94 Hirsch 2012.
 - 95 Polk 2013.
 - 96 Polk 2013.
 - 97 UN General Assembly 2013c.
 - 98 Hale 2014.
 - 99 UN-Habitat 2011.
 - 100 Lutsey und Sperling 2008.
 - 101 WWF 2007.
 - 102 CDP 2013.
 - 103 CDP 2013.
 - 104 UNFCCC 2012.
 - 105 Hale 2014.
 - 106 UNFCCC 2011.
 - 107 Hale, Held und Young 2013.
 - 108 Die Anregung wurde vehement verworfen – mit dem Argument, dass sie das Risiko einer weiteren Schwächung des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen, der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung und der Generalversammlung der Vereinten Nationen beinhalte. In Erwiderung auf den Vorschlag des „Global Leaders Forum“ und ein Paket anderer Empfehlungen schlugen die Entwicklungsländer

vor, das UN-System solle – anstatt in zweitrangiger Rolle auf Nischen-Angelegenheiten beschränkt zu sein – die Führung über die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds geltend machen, die von den Industrieländern dominiert seien (Müller 2010).

109 Ocampo und Stiglitz 2011.

110 Siehe Chaterjee (2009), Weiss (2011), Abebe et al. (2012) und UN (2013e).

111 UNDP 2013a.

112 Ein solcher Rat würde dem von Stiglitz und anderen (2009) empfohlenen Globalen Wirtschaftsrat ähneln.

113 UN 2012b, 2013d.

114 Kaul 2013.

115 Evans und Heller, erscheint in Kürze.

116 Bandura 2000.

117 Evans und Heller, erscheint in Kürze.

118 Reinalda 2013.

119 UN 1989.

120 UN 1995.

121 UN 2006.

122 UN 2014a.

123 Sassen 2006.

124 Sassen 2006.

125 Tarrow 2013.

126 ITU 2013.

Bibliografie

- Abdel-Latif, A. 2012.** "Intellectual Property Rights and Green Technologies from Rio to Rio: An Impossible Dialogue?" Policy Brief 14. International Centre for Trade and Sustainable Development, Geneva.
- Abebe, H., R. Dugan, M. McShane, J. Mellin, T. Patel, and L. Patentas. 2012.** "The United Nations' Role in Global Economic Governance: A Research and Policy Brief for the Use of the NGO Committee on Financing for Development." www.ngosonffid.org/wp-content/uploads/2010/11/UN-Role-in-Global-Economic-Governance-2012.pdf. Accessed 27 March 2014.
- Abrahams, N., and R. Jewkes. 2005.** "Effects of South African Men's Having Witnessed Abuse of Their Mothers during Childhood on Their Levels of Violence in Adulthood." *American Journal of Public Health* 95(10): 1811–16. www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC1449441/. Accessed 20 March 2014.
- Abramsky, T., C.H. Watts, C. Garcia-Moreno, K. Devries, L. Kiss, M. Eillsberg, H.A.F.M. Jansen, and L. Heise. 2011.** "What Factors Are Associated with Recent Intimate Partner Violence? Findings from the WHO Multi-Country Study on Women's Health and Domestic Violence." *BMC Public Health* 11: 109. www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC3049145/pdf/1471-2458-11-109.pdf. Accessed 20 March 2014.
- Africa Progress Panel. 2013.** *Africa Progress Report 2013: Equity in Extractives: Stewarding Africa's Natural Resources for All*. Geneva. www.africaprogresspanel.org/wp-content/uploads/2013/08/2013_APR_Equity_in_Extractives_25062013_ENG_HR.pdf. Accessed 24 March 2014.
- Ahmed, A.U., S. Zohir, S.K. Kumar, and O.H. Chowdury. 1995.** "Bangladesh's Food for Work Programme and Alternatives to Food Security." In J. von Braun, ed., *Employment for Poverty Reduction and Food Security*. Washington, DC: International Food Policy Research Institute.
- Alderman H., and P. Engle. 2008.** "The Synergy of Nutrition and ECD Interventions in Africa." In M. Garcia, A. Pence, and J. Evans, eds., *Africa's Future, Africa's Challenge: Early Childhood Care and Development in Sub-Saharan Africa*. Washington, DC: World Bank.
- Alesina, A., S. Ozler, N. Roubini, and P. Swagel. 1996.** "Political Instability and Economic Growth." *Journal of Economic Growth* 1(2): 189–211.
- Alliance Development Works. 2012.** *World Risk Report 2012*. Berlin.
- Ames, P., V. Rojas, and T. Portugal. 2009.** "Starting School: Who is Prepared? Young Lives' Research on Children's Transition to First Grade in Peru." Young Lives Working Paper 47. University of Oxford, Department of International Development, Oxford, UK. www.younglives.org.uk/files/working-papers/wp47-starting-school-who-is-prepared-young-lives2019-research-on-children2019s-transition-to-first-grade-in-peru. Accessed 21 March 2014.
- Amsden, A.H. 2001.** *The Rise of the 'Rest': Challenges to the West from Late Industrializing Economies*. Oxford, UK: Oxford University Press.
- Anand, S., and A. Sen. 2000.** "Human Development and Economic Sustainability." *World Development* 28(12): 2029–49. www2.econ.iastate.edu/classes/tsc220/hallam/Readings/AnandSenHumanDevelopmentEconomicSustainability.pdf. Accessed 17 March 2014.
- Anda R.F., V.J. Felitti, J. Walker, C.L. Whitfield, J.D. Bremner, B.D. Perry, S.R. Dube, and W.H. Giles. 2006.** "The Enduring Effects of Abuse and Related Adverse Experiences in Childhood: A Convergence of Evidence from Neurobiology and Epidemiology." *European Archives of Psychiatry and Clinical Neuroscience* 56(3): 174–86.
- Ardila, A., M. Rosselli, E. Matute, and S. Guajardo. 2005.** "The Influence of the Parents' Educational Level on the Development of Executive Functions." *Developmental Neuropsychology* 28(1): 539–60. http://psy2.fau.edu/~rosselli/NeuroLab/pdfs/parents_effect_on_executive_function.pdf. Accessed 19 March 2014.
- Armecin, G., J.R. Behrman, P. Duazo, S. Ghuman, S. Gultiano, E.M. King, and N. Lee. 2006.** "Early Childhood Development through an Integrated Program: Evidence from the Philippines." Policy Research Working Paper 3922. World Bank, Washington, DC.
- Arriagada, I. 1994.** "Changes in the Urban Female Labour Market." *CEPAL Review* 53: 92–110.
- Assaad, R., and D. Levison. 2013.** "Employment for Youth—A Growing Challenge for the Global Economy." Background paper for the High Level Panel on the Post-2015 UN MDG Development Agenda. www.post2015hlp.org/wp-content/uploads/2013/06/Assaad-Levison-Global-Youth-Employment-Challenge-Edited-June-5.pdf. Accessed 21 March 2014.
- Assimaïdou K., Y. Kiendrebeogo, and A. Tall. 2013.** "Social Protection for Poverty Reduction in Times of Crisis." Etudes et Documents 11. Centre d'Études et de Recherches sur le Développement International, Clermont-Ferrand, France. <http://cerdi.org/uploads/ed/2013/2013.11.pdf>. Accessed 15 May 2014.
- Atkinson, A. 2013.** "Ensuring Social Inclusion in Changing Labour and Capital Markets." *European Economy—Economic Papers* 481. European Commission, Directorate General Economic and Monetary Affairs, Brussels.
- Bahçe, S.A.K., and E. Memiş. 2013.** "Estimating the Impact of the 2008–09 Economic Crisis on Work Time in Turkey." *Feminist Economics* 19(3): 181–207. <http://dx.doi.org/10.1080/13545701.2013.786182>. Accessed 25 March 2014.
- Baird, S., J. Friedman, and N. Schady. 2007.** "Aggregate Income Shocks and Infant Mortality in the Developing World." Policy Research Working Paper 4346. World Bank, Washington, DC. <http://elibrary.worldbank.org/doi/pdf/10.1596/1813-9450-4346>. Accessed 28 March 2014.
- Baldwin, P. 1990.** *The Politics of Social Solidarity: Class Bases of the European Welfare State, 1875–1975*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Bandura, A. 2000.** "Exercise of Human Agency through Collective Efficacy." *Current Directions in Psychological Science* 9(3): 75–78.
- Bangladesh Accord Foundation. 2013.** "Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh." http://bangladeshaccord.org/wp-content/uploads/2013/10/the_accord.pdf. Accessed 16 November 2013.
- Bank for International Settlements. 2013.** "Triennial Central Bank Survey: Foreign Exchange Turnover in April 2013: Preliminary Global Results." Monetary and Economic Department, Basel, Switzerland. www.bis.org/publ/rpfx13fx.pdf. Accessed 20 January 2014.
- Bardasi, E., and S.P. Jenkins. 2002.** *Income in Later Life: Work History Matters*. Bristol, UK: The Policy Press. www.jrf.org.uk/sites/files/jrf/jr111-income-later-life.pdf. Accessed 25 March 2014.
- Bargain, O., and P. Kwenda. 2009.** "The Informal Sector Wage Gap: New Evidence Using Quantile Estimations on Panel Data." Discussion Paper 4286. Institute for the Study of Labour, Bonn, Germany. <http://d-nb.info/996172467/34>. Accessed 25 March 2014.
- Barrientos, A. 2006.** "Ageing, Poverty and Public Policy in Developing Countries: New Survey Evidence." In P.A. Kemp, K. Van den Bosch, and L. Smith, eds., *Social Protection in an Ageing World*. International Studies on Social Security Vol. 13. Oxford, UK: Intersentia.
- Barrientos, S.W. 2013.** "Labour Chains: Analysing the Role of Labour Contractors in Global Production Networks." *Journal of Development Studies* 49(8): 1058–71.
- Basu, K., and P.H. Van. 1998.** "The Economics of Child Labor." *American Economic Review* 88(3): 412–27. http://qed.econ.queensu.ca/pub/faculty/sumon/basu_childlabor.pdf. Accessed 20 March 2014.
- Beales, S. 2012.** "Empowerment and Older People: Enhancing Capabilities in an Ageing World." Paper prepared for the Expert Group Meeting on promoting people's empowerment in achieving poverty eradication, social integration and productive and decent work for all, 10–12 September, New York. www.un.org/esa/socdev/egms/docs/2012/SylviaBeales.pdf. Accessed 26 March 2014.
- Beegle, K., D. Filmer, A. Stokes, and L. Tiererova. 2009.** "Orphanhood and the Living Arrangements of Children in Sub-Saharan Africa." Policy Research Working Paper 4889. Washington, DC: World Bank. www-wds.worldbank.org/servlet/WDSContentServer/WDSP/IB/2009/07/24/000112742_20090724110307/Rendered/PDF/WPS4889.pdf. Accessed 26 March 2014.
- Bénabou, R. 2000.** "Unequal Societies: Income Distribution and the Social Contract." *American Economic Review* 90(1): 96–129.
- Bénabou, R., and J. Tirole. 2011.** *Laws and Norms*. NBER Working Paper 17579. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.
- Béné, C., R.G. Wood, A. Newsham, and M. Davies. 2012.** "Resilience: New Utopia or New Tyranny? Reflection about the Potentials and Limits of the Concept of Resilience in Relation to Vulnerability Reduction Programmes." Working Paper 405. Institute of Development Studies, Brighton, UK.
- Berg, A., and J. Ostry. 2011a.** "Equality and Efficiency." *Finance & Development* 48(3): 12–15.
- . 2011b. "Inequality and Unsustainable Growth: Two Sides of the Same Coin?" Staff Discussion Note 11/08. International Monetary Fund, Washington, DC.

- Berg, J. 2009.** "Brazil: The Minimum Wage as a Response to the Crisis." ILO Notes on the Crisis. International Labour Organization, Geneva.
- Berik, G., and E. Kongar. 2013.** "Time Allocation of Married Mothers and Fathers in Hard Times: The 2007–09 U.S. Recession." *Feminist Economics* 19(3): 208–37. <http://dx.doi.org/10.1080/13545701.2013.798425>. Accessed 25 March 2014.
- Berliner, L., and D.M. Elliott. 1996.** "Sexual Abuse of Children." In J. Briere, L. Berliner, J.A. Bulkley, C. Jenny, and T. Reid, eds., *The APSAC Handbook on Child Maltreatment*. Thousand Oaks, CA: Sage Publications.
- Bettin, G., A.F. Presbitero, and N. Spatafora. 2014.** "Remittances and Vulnerability in Developing Countries." Working Paper WP/14/13. International Monetary Fund, Washington, DC. www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2014/wp1413.pdf. Accessed 27 March 2014.
- Bhutta, Z.A. 2002.** "Children of War: The Real Casualties of the Afghan Conflict." *British Medical Journal* 324(7333): 349–52.
- Black, R.E., L.H. Allen, Z.A. Bhutta, L.E. Caulfield, M. de Onis, M. Ezzati, C. Mathers, and J. Rivera. 2008.** "Maternal and Child Undernutrition Study Group. Maternal and Child Undernutrition: Global and Regional Exposures and Health Consequences." *Lancet* 371(9608): 243–60.
- Bluedorn, M.J.C., R. Duttagupta, J. Guajardo, and P. Topalova. 2013.** "Capital Flows are Fickle: Anytime, Anywhere." Working Paper WP/13/183. International Monetary Fund, Washington, DC. www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2013/wp13183.pdf. Accessed 24 March 2014.
- Bonilla Garcia, A., and J.V. Gruat. 2003.** "Social Protection: A Life Cycle Continuum Investment for Social Justice, Poverty Reduction and Sustainable Development." International Labour Organization, Social Protection Section, Geneva. www.ilo.org/public/english/protection/download/lifecycl/lifecycle.pdf. Accessed 15 May 2014.
- Bornstein, M.H., and D. Putnick. 2012.** "Cognitive and Socioemotional Caregiving in Developing Countries." *Child Development* 83(1): 46–61.
- Bornstein, M.H., C.S. Tamis-Lemonda, C.S. Hahn, and O.M. Haynes. 2008.** "Maternal Responsiveness to Young Children at Three Ages: Longitudinal Analysis of a Multidimensional, Modular, and Specific Parenting Construct." *Developmental Psychology* 44(3): 867–74.
- Bos, K.J., N. Fox, C.H. Zeanah, and C.A. Nelson. 2009.** "Effects of Early Psychosocial Deprivation on the Development of Memory and Executive Function." *Frontiers in Behavioral Neuroscience* 3: 16.
- Boudet, A.M.M., P. Petesch, C. Turk, and A. Thumala. 2012.** *On Norms and Agency: Conversations about Gender Equality with Women and Men in 20 Countries*. Washington, DC: World Bank.
- Boyden, J. 2009.** "Risk and Capability in the Context of Adversity: Children's Contributions to Household Livelihoods in Ethiopia." *Children, Youth and Environments* 19(2): 111–137. www.colorado.edu/journals/cye/19_2/19_2_07_Ethiopia.pdf. Accessed 27 March 2014.
- Boyden, J., A. Hargrove, and C. Knowles. 2012.** "Continuity and Change in Poor Children's Lives: Evidence from Young Lives." In A. Minujin and S. Nandy, eds., *Global Child Poverty and Well-being: Measurement, Concepts, Policy and Action*. Bristol, UK: Policy Press.
- Brand, J.E., B.R. Levy, and W.T. Gallo. 2008.** "Effects of Layoffs and Plant Closings on Depression among Older Workers." *Research on Aging* 30(6): 701–21. www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC2792935/. Accessed 25 March 2014.
- Brooks-Gunn, J., and G.J. Duncan. 1997.** "The Effects of Poverty on Children." *The Future of Children* 7(2): 55–71.
- Bunting, L., and C. McAuley. 2004.** "Research Review: Teenage Pregnancy and Motherhood: The Contribution of Support." *Child and Family Social Work* 9(2): 207–15.
- Burgard, S.A., J.E. Brand, and J.S. House. 2007.** "Toward a Better Estimation of the Effect of Job Loss on Health." *Journal of Health and Social Behavior* 48(4): 369–84. <http://sarahburgard.com/pdf/Burgard%20Brand%20and%20House%202007%20JHSB.pdf>. Accessed 25 March 2014.
- Burger, R., and R. Jafta. 2010.** "Affirmative Action in South Africa: An Empirical Assessment of the Impact on Labour Market Outcomes." Working Paper 76. Oxford University, Centre for Research on Inequality, Human Security and Ethnicity, Oxford, UK.
- Burkhauser, R.V., J.S. Butler, and K.C. Holden. 1991.** "How the Death of a Spouse Affects Economic Well-being after Retirement: A Hazard Model Approach." *Social Science Quarterly* 72: 504–19.
- Burkhauser, R.V., K.C. Holden, and D. Feaster. 1988.** "Incidence, Timing and Events associated with Poverty: A Dynamic View of Poverty in Retirement." *Journal of Gerontology* 43(2): S46–S52.
- Burns, J., L. Edwards, and K. Pauw. 2010.** "Wage Subsidies to Combat Unemployment and Poverty: Assessing South Africa's Options." Discussion Paper 00969. International Food Policy Research Institute, Washington, DC.
- Cameron, N., M.A. Preece, and T.J. Cole. 2005.** "Catch-up Growth or Regression to the Mean? Recovery from Stunting Revisited." *American Journal of Human Biology* 17(4): 412–17.
- Canis, B. 2011.** "The Motor Vehicle Supply Chain: Effects of the Japanese Earthquake and Tsunami." Congressional Research Service, Washington, DC. www.fas.org/sgp/crs/misc/R41831.pdf. Accessed 19 March 2014.
- Cannon, T., and D. Muller-Mahn. 2010.** "Vulnerability, Resilience and Development Discourses in Context of Climate Change." *Natural Hazards* 55(3): 621–35.
- Carneiro, J. 2013.** "Brazil's Universities Take Affirmative Action." BBC Brasil, 28 August. www.bbc.co.uk/news/business-23862676. Accessed 15 May 2014.
- Carneiro, P., and J. Heckman. 2003.** *Human Capital Policy*. NBER Working Paper 9495. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research. www.nber.org/papers/w9495.pdf. Accessed 19 March 2014.
- Casale, D. 2003.** "The Rise in Female Labour Force Participation in South Africa: An Analysis of Household Survey Data, 1995–2001." Ph.D. dissertation. University of KwaZulu-Natal, Division of Economics, South Africa.
- Cattaneo, O., G. Gereffi, and C. Staritz, eds. 2010.** *Global Value Chains in a Postcrisis World: A Development Perspective*. Washington, DC: World Bank.
- CDP (Carbon Disclosure Project). 2013.** *Sector Insights: What Is Driving Climate Change Action in the World's Largest Companies? Global 500 Climate Change Report 2013*. London. <https://www.cdp.net/cdpresults/cdp-global-500-climate-change-report-2013.pdf>. Accessed 24 March 2014.
- Cerrutti, M. 2000.** "Economic Reform, Structural Adjustment and Female Labor Force Participation in Buenos Aires, Argentina." *World Development* 28(5): 879–91.
- Chalabi, M., and J. Holder. 2013.** "WHO Report into Violence against Women: Key Data." *The Guardian*. Datablog, 20 June. www.theguardian.com/news/datablog/2013/jun/20/women-violence-worldwide-statistics-who. Accessed 28 March 2014.
- Chambers, R. 1989.** "Editorial Introduction: Vulnerability, Coping and Policy." *IDS Bulletin* 20(2): 1–7.
- . 2006. "Vulnerability, Coping and Policy (Editorial Introduction)." *IDS Bulletin* 37(4): 33–40.
- Chang, H. 1993.** *The Political Economy of Industrial Policy*. New York: Palgrave Macmillan.
- Châtaigner J.-M. 2014.** *Fragilités et résilience ; les nouvelles frontières de la mondialisation*. Paris: Karthala.
- Chatterjee, A. 2009.** "The UN at Sixty Three: Problems and Prospects of Reforming a Veteran." *Journal of Management and Social Sciences* 5(1): 22–29. http://biztek.edu.pk/downloads/research/jmss_v5_n1/3%20The%20UN%20at%20Sixty%20three.pdf?origin=publication_detail. Accessed 27 March 2014.
- Chen, S., and M. Ravallion. 2012.** "Absolute Poverty Measures for the Developing World." In *Measuring the Real Size of the World Economy*. Washington, DC: World Bank.
- China National Bureau of Statistics. 2011.** *China Statistical Yearbook 2011*. Beijing.
- Cho, Y., and D. Newhouse. 2013.** "How Did the Great Recession Affect Different Types of Workers? Evidence from 17 Middle-Income Countries." *World Development* 41: 31–50.
- Choudhury, C. 2013.** "India Weathers Cyclone Phailin." Bloomberg, 16 October. www.bloomberg.com/news/2013-10-16/india-weather-cyclone-phailin.html. Accessed 14 May 2014.
- Conceição, P., S. Mukherjee, and S. Nayyar. 2011.** "Impacts of the Economic Crisis on Human Development and the MDGs in Africa." *African Development Review* 23(4): 439–60.
- Cornia, G.A., and F. Stewart. 1993.** "Two Errors of Targeting." *Journal of International Development* 5: 459–96.
- CRED (Centre for Research on the Epidemiology of Disasters). 2013.** EM-DAT: The International Disaster Database: Disaster trends. Catholic University of Louvain, Belgium. www.emdat.be/disaster-trends. Accessed 12 April 2014.
- Crouch, C. 2011.** *The Strange Non-Death of Neo-Liberalism*. Cambridge, UK: Polity.
- Culpeper, R. 2006.** "Reforming the Global Financial Architecture: The Potential of Regional Institutions." In J. A. Ocampo, ed., *Regional Financial Cooperation*. Washington DC: Brookings Institution Press.
- Cutler, D.M., F. Knaul, R. Lozano, O. Mendez, and B. Zurita. 2002.** "Financial Crisis, Health Outcomes, and Aging: Mexico in the 1980s and 1990s." *Journal of Public Economics* 84(2): 279–303.

- Cutter, S., C. Emrich, J. Webb, and D. Morath. 2009.** "Social Vulnerability to Climate Variability Hazards: A Review of the Literature." Final Report to Oxfam America. University of South Carolina, Department of Geography, Hazards and Vulnerability Research Institute, Columbia, SC.
- Dalman, C., and S. Bremberg. 1999.** "How Do We Invest in the Children? Child Welfare Measures in the County of Stockholm, Measured in SEK." Centre for Child and Adolescent Health, Stockholm.
- Darity, W., and A. Goldsmith. 1996.** "Social Psychology, Unemployment and Macroeconomics." *Journal of Economic Perspectives* 10(1): 121–40.
- Date-Bah, E. 2003.** *Jobs after War: A Critical Challenge in the Peace and Reconstruction Puzzle.* Geneva: International Labour Office.
- Davidson, D.J. 2010.** "The Applicability of the Concept of Resilience to Social Systems: Some Sources of Optimism and Nagging Doubts." *Society and Natural Resources* 23(12): 1135–49.
- Davies, R.B., and K.C. Vadlamannati. 2013.** "A Race to the Bottom in Labor Standards? An Empirical Investigation." *Journal of Development Economics* 103: 1–14.
- Davies, S.E., and L. Glanville. 2010.** *Protecting the Displaced: Deepening the Responsibility to Protect.* Leiden, the Netherlands: Martinus Nijhoff Publishers.
- Deacon, B., and S. Cohen. 2011.** "From the Global Politics of Poverty Alleviation to the Global Politics of Social Solidarity." *Global Social Policy* 11(2–3): 233–249.
- Devereux, S., and C. Solomon. 2006.** "Employment Creation Programmes: The International Experience." Issues in Employment and Poverty Discussion Paper 24. International Labour Organization, Geneva.
- DFID (UK Department for International Development). 2001.** *Making Government Work for Poor People: Building State Capability.* London. www.gsdrc.org/docs/open/tsp.pdf. Accessed 28 March 2014.
- . 2010. "Building Peaceful States and Societies." A DFID Practice Paper. London. www.gsdrc.org/docs/open/CON75.pdf. Accessed 15 May 2014.
- Drèze J., and A. Sen. 1989.** *Hunger and Public Action.* Oxford, UK: Clarendon Press.
- Duflo, E. 2000.** *Grandmothers and Granddaughters: Old Age Pension and Intra-Household Allocation in South Africa.* Working Paper 8061. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research. www.nber.org/papers/w8061.pdf?new_window=1. Accessed 26 March 2014.
- Dunai, M. 2013.** "Hungarian Roma Queue for Water in Heatwave after pumps shut down." Reuters, 9 August. www.reuters.com/article/2013/08/09/us-hungary-roma-water-heat-idUSBRE9760Z120130809. Accessed 28 March 2014.
- Duryea, S., and M. Morales. 2011.** "Effects of the Global Financial Crisis on Children's School and Employment Outcomes in El Salvador." *Development Policy Review* 29(5): 527–46.
- Dutta, I., J. Foster, and A. Mishra. 2011.** "On Measuring Vulnerability to Poverty." *Social Choice and Welfare* 37(4): 743–61.
- Easterly, W., J. Ritzen, and M. Woolcock. 2006.** "Social Cohesion, Institutions, and Growth." *Economics and Politics* 18(2): 103–20. <http://ssrn.com/abstract=909632> or <http://dx.doi.org/10.1111/j.1468-0343.2006.00165.x>. Accessed 15 May 2014.
- EC (European Commission). 2013a.** Eurostat database: General government deficit/surplus. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=tec00127&plugin=1>. Accessed 9 December 2013.
- . 2013b. Eurostat database: General government gross debt. <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&language=en&pcode=tsdde410&plugin=1>. Accessed 9 December 2013.
- ECLAC (Economic Commission for Latin America and the Caribbean). 2011.** "El Envejecimiento y las Personas de Edad. Indicadores para América Latina y el Caribe." Santiago de Chile. www.cepal.org/celade/noticias/documentosdetrabajo/3/39343/Separata_Indicadores_Envejecimiento.pdf. Accessed 28 March 2014.
- The Economist. 2013a.** "Affirmative Action in Brazil: Slavery's Legacy." Americas View blog, 26 April. www.economist.com/blogs/americasview/2013/04/affirmative-action-brazil. Accessed 15 May 2014.
- . 2013b. "Poverty: Not Always with Us." 1 June.
- Eliason, M., and D. Storrie. 2009.** "Does Job Loss Shorten Life?" *Journal of Human Resources* 44(2): 277–382.
- Emmerson, C., and A. Muriel. 2008.** "Financial Resources and Well-being." In J. Banks, E. Breeze, C. Lessof, and J. Nazroo, eds., *Living in the 21st Century: Older People in England. The 2006 English Longitudinal Study of Ageing (Wave 3).* London: Institute for Fiscal Studies.
- Engel, S. and A.M. Ibanez. 2007.** "Displacement Due to Violence in Colombia: A Household-Level Analysis." *Economic Development and Cultural Change* 55(2): 335–65.
- Engle, P.L., M.M. Black, J.R. Behrman, M. Cabral de Mello, P.J. Gertler, L. Kapiriri, R. Martorell, and M.E. Young. 2007.** "Strategies to Avoid the Loss of Developmental Potential in More than 200 Million Children in the Developing World." *Lancet* 369(9557): 229–42.
- Engle, P.L., L.C. Fernald, H. Alderman, J. Behrman, C. O'Gara, A. Yousafzai, M. Cabral de Mello, M. Hidrobo, N. Ulkuer, I. Ertem, S. Iltus, and the Global Development Steering Group. 2011.** "Strategies for Reducing Inequalities and Improving Developmental Outcomes for Young Children in Low-Income and Middle-Income Countries." *Lancet* 378(9799): 1339–53.
- Engle, P.L., N. Rao, and O. Petrovic. 2013.** "Situational Analysis of Young Children in a Changing World." In P. Rebello Britto, P.L. Engle, and C.M. Super, eds., *Handbook of Early Childhood Development. Research and Its Impact on Global Policy.* New York: Oxford University Press.
- Equality Now. 2011.** *Discrimination against Women in Law.* New York. www.equalitynow.org/sites/default/files/WG_Report_EN.pdf. Accessed 28 March 2014.
- ESCWA (Economic and Social Commission for Western Asia). 2007.** *The Impact of Armed Conflict on Women.* Beirut.
- Esping-Andersen, G. 1999.** *Social Foundations of Postindustrial Economies.* Oxford, UK: Oxford University Press.
- Esping-Andersen, G., and J. Myles. 2008.** "The Welfare State and Redistribution." Unpublished manuscript. http://dcps.upf.edu/~gosta-esping-andersen/materials/welfare_state.pdf. Accessed 15 May 2014.
- EU (European Union). 2007.** "Treaty of Lisbon." http://europa.eu/lisbon_treaty/full_text/index_en.htm. Accessed 20 March 2014.
- European Parliamentary Research Service. 2013.** "Women in Politics: Background Notes on 12 Countries." Brussels. www.europarl.europa.eu/eplibrary/EPRS-Background-Notes.pdf. Accessed 28 March 2014.
- Evans, P., and P. Heller. Forthcoming.** "Human Development, State Transformation and the Politics of the Developmental State." In S. Leibfried, F. Nullmeier, E. Huber, M. Lange, J. Levy, and J.D. Stephens, eds., *The Oxford Handbook of Transformations of the State.* Oxford, UK: Oxford University Press.
- Evans, P., and W.H. Sewell. 2013.** "The Neo-Liberal Era: Ideology, Policy and Social Effect." In P.A. Hall and M. Lamont, eds., *Social Resilience in the Neoliberal Era.* Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Falkingham, J. 2000.** "From Security to Uncertainty: The Impact of Economic Change on Child Welfare in Central Asia." Working Paper 76. United Nations Children's Fund Innocenti Research Centre, Florence, Italy. www.unicef-irc.org/publications/pdf/iwp76.pdf. Accessed 25 March 2014.
- Fang, C., D. Yang, and W. Meiyang. 2010.** "Employment and Inequality Outcomes in China." Paper presented at the Organisation for Economic Co-operation and Development and European Union Joint High-Level Conference, 19 May, Paris. www.oecd.org/els/emp/42546043.pdf. Accessed 22 May 2014.
- FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations). 2013.** "FAO Food Price Index." www.fao.org/worldfoodsituation/foodpricesindex/. Accessed 18 February 2014.
- FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations), IFAD (International Fund for Agricultural Development) and WFP (World Food Programme). 2013.** *The State of Food Insecurity in the World 2013: The Multiple Dimensions of Food Security.* Rome.
- Felitti, V.J., R.F. Anda, D. Nordenberg, D.F. Williamson, A.M. Spitz, V. Edwards, M.P. Koss, and J.S. Marks. 1998.** "The Relationship of Childhood Abuse and Household Dysfunction to Many of the Leading Causes of Death in Adults: The Adverse Childhood Experiences (ACE) Study." *American Journal of Preventive Medicine* 14(4): 245–58.
- Fenner, F., D.A. Henderson, I. Arita, Z. Ježek, and I.D. Ladnyi. 1988.** *Smallpox and its Eradication.* Geneva: World Health Organization.
- Ferri, G., L.G. Liu, and J. Stiglitz. 1999.** "The Procyclical Role of Rating Agencies: Evidence from the East Asian Crisis." *Economic Notes* 28(3): 335–55.
- Ferris, E., D. Petz, and C. Stark. 2013.** "The Year of Recurring Disasters: A Review of Natural Disasters in 2012." Brookings Institution–London School of Economics, Project on Internal Displacement, Washington, DC. www.brookings.edu/research/reports/2013/03/natural-disaster-review-ferris. Accessed 28 March 2014.
- Fischer, A.M. 2008.** "Resolving the Theoretical Ambiguities of Social Exclusion with Reference to Polarisation and Conflict." DESTIN Working Paper 08-90. London School of Economics and Political Science, Development Studies Institute, London. www.lse.ac.uk/

- internationalDevelopment/
pdf/WP/WP90.pdf. Accessed 20 March 2014.
- . 2013. “The Social Value of Employment and the Redistributive Imperative for Development.” Occasional Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- Fitoussi, J.P., and K. Malik. 2013.** “Choices, Capabilities and Sustainability.” Occasional Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- Frankenberg, E., T. Duncan, and K. Beege. 1999.** “The Real Cost of Indonesia’s Economic Crisis: Preliminary Findings from the Indonesia Life Surveys.” Labor and Population Program Working Paper 99-04. RAND, Santa Monica, CA. www.rand.org/content/dam/rand/pubs/drafts/2008/DRU2064.pdf. Accessed 20 March 2014.
- Fraser, S., G. Leonard, I. Matsuo, and H. Murakami. 2012.** “Tsunami Evacuation: Lessons from the Great East Japan Earthquake and Tsunami of March 11th 2011.” GNS Science Report 2012/17. Institute of Geological and Nuclear Sciences, Lower Hutt, New Zealand.
- Frazer, H., and E. Marlier. 2012.** *2011 Assessment of Social Inclusion Policy Developments in the EU: Main Findings and Suggestions on the Way Forward*. European Commission, Directorate General of Employment, Social Affairs and Inclusion, Brussels.
- Friedman, J., and N. Schady. 2009.** “How Many More Infants Are Likely to Die in Africa as a Result of the Global Financial Crisis?” Policy Research Working Paper 5023. World Bank, Washington, DC. http://econ.worldbank.org/external/default/main?pagePK=64165259&theSitePK=469372&piPK=64165421&menuPK=64166093&entityID=000158349_200908201040450&cid=decresearch%22. Accessed 28 March 2014.
- Fuentes-Nieva, R., and N. Galasso. 2014.** “Working for the Few: Political Capture and Economic Inequality.” Briefing Paper 178. Oxfam, Oxford, UK. www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/bp-working-for-few-political-capture-economic-inequality-200114-en.pdf. Accessed 17 March 2014.
- Funk, A., J.L. Lang, and J. Osterhaus. 2005.** *Ending Violence against Women and Girls: Protecting Human Rights. Good Practices for Development Cooperation*. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Planning and Development Department Governance and Democracy, Eschborn, Germany. <http://www2.gtz.de/dokumente/bib/05-1048.pdf>. Accessed 26 March 2014.
- Furceri, D. 2009.** “Stabilization Effects of Social Spending: Empirical Evidence from a Panel of OECD Countries Overcoming the Financial Crisis in the United States.” OECD Economics Department Working Paper 675. Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris.
- Furceri, D., and P. Loungani. 2013.** “Who Let the Gini Out?” *Finance & Development* 50(4): 25–27.
- G20 (Group of Twenty). 2011.** “G20 Coherent Conclusions for the Management of Capital Flows Drawing on Country Experiences.” 15 October. www.g20.utoronto.ca/2011/2011-finance-capital-flows-111015-en.pdf. Accessed 24 March 2014.
- . 2013. “Tax Annex to the St. Petersburg G20 Leaders’ Declaration.” <http://en.g20russia.ru/news/20130906/782776427.html>. Accessed 20 March 2014.
- Gagro, S. 2010.** “The Crime of Rape in the ICTY’s and the ICTR’s Case-Law.” *Zbornik PFZ* 60(3): 1309–34.
- Gallagher, K.P., S. Griffith-Jones, and J.A. Ocampo, eds. 2012.** *Regulating Global Capital Flows for Long-Run Development*. Pardee Center Task Force Report. Boston, MA: Boston University, Fredrick S. Pardee Center for the Study of the Longer Range Future. <http://stephanygj.net/papers/RegulatingGlobalCapitalFlowsForLongRunDevelopment2012.pdf>. Accessed 24 March 2014.
- Gallopín, G.C. 2006.** “Linkages between Vulnerability, Resilience, and Adaptive Capacity.” *Global Environmental Change* 16(3): 293–303.
- Gallup. 2013.** Gallup World Poll Database. <http://worldview.gallup.com>. Accessed 15 October 2013.
- Gaspar, D., and O. Gomez. 2014.** “Evolution of Thinking and Research on Human Security and Personal Security 1994–2013.” Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- Gassmann, F., and C. Behrendt. 2006.** “Cash Benefits in Low-income Countries: Simulating the Effects on Poverty Reduction for Tanzania and Senegal.” Issues in Social Protection Discussion Paper 15. International Labour Organization, Social Security Department, Geneva. www.gsdrc.org/docs/open/SP21.pdf. Accessed 15 May 2014.
- Gavrilovic, M., C. Harper, N. Jones, R. Marcus, and P. Perezniato. 2009.** “Impact of the Economic Crisis and Food and Fuel Price Volatility on Children and Women in Kazakhstan.” Report for UNICEF Kazakhstan Office. Overseas Development Institute, London.
- Ghanem, H. 2011.** “How to Stop the Rise in Food Price Volatility.” 13 January. Carnegie Endowment for International Peace, Washington, DC. <http://carnegieendowment.org/2011/01/13/how-to-stop-rise-in-food-price-volatility/3bs>. Accessed 24 March 2014.
- Global Footprint Network. 2014.** *National Footprint Accounts, 2014 Edition*. Oakland, CA.
- Grabel, I. 2012.** “Financial Architectures and Development: Resilience, Policy Space, and Human Development in the Global South.” Working Paper 281. University of Massachusetts Amherst, Political Economy Research Institute, Amherst, MA. www.peri.umass.edu/fileadmin/pdf/working_papers/working_papers_251-300/WP281.pdf. Accessed 24 March 2014.
- Gupta, N.D., and M. Larsen. 2010.** “Evaluating Labour Market Effects of Wage Subsidies for the Disabled—The Danish Flexjob Scheme.” Working Paper 07:2010. Danish National Centre for Social Research, Copenhagen. http://pisa2012.dk/Files/Filer/SFI/Pdf/Working_papers/wp-07-2010.pdf. Accessed 15 May 2014.
- Gupta, S., and I.S. Leung. 2011.** “Turning Good Practices into Institutional Mechanisms: Investing in Grassroots Women’s Leadership to Scale Up Local Implementation of the Hyogo Framework for Action.” An In-depth Study for the HFA Mid-Term Review. Huairou Commission and GROOTS International, New York. www.unisdr.org/files/18197_2011guptaandleung.therolesofwomenasaf.pdf. Accessed 28 March 2014.
- Ha, B., C. McInerney, S. Tobin, and R. Torres. 2010.** “Youth Employment in Crisis.” Discussion Paper DP/2010. International Institute for Labour Studies, Geneva. www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/
- inst/documents/publication/wcms_192840.pdf. Accessed 21 March 2014.
- Hackman, D.A., M.J. Farah, and M.J. Meaney. 2010.** “Socioeconomic Status and the Brain: Mechanistic Insights from Human and Animal Research.” *Nature Reviews Neuroscience* 11(9): 651–59.
- Hale, T. 2014.** “Improving Global Collective Action in a Connected World.” Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- Hale, T., D. Held, and K. Young. 2013.** *Gridlock: Why Global Cooperation Is Failing When We Need It Most*. Cambridge, UK: Polity.
- Hall, P.A., and M. Lamont. 2013.** *Social Resilience in the Neoliberal Era*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Hallegatte, S., F. Henriet, A. Patwardhan, K. Narayanan, S. Ghosh, S. Karmakar, U. Patnaik, A. Abhayankar, S. Pohit, J. Corfee-Morlot, C. Herweijer, N. Ranger, S. Bhattacharya, M. Bachu, S. Priya, K. Dhore, F. Rafique, P. Mathur, and N. Naville. 2010.** “Flood Risks, Climate Change Impacts and Adaptation Benefits in Mumbai: An Initial Assessment of Socio-Economic Consequences of Present and Climate Change Induced Flood Risks and of Possible Adaptation Options.” Environment Working Paper 27. Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris. <http://dx.doi.org/10.1787/5km4hv6wb434-en>. Accessed 27 March 2014.
- Hamdani, K. 2014.** “Trans-border Vulnerabilities” Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- Haque, U., M. Hashizume, K.N. Kolivras, H.J. Overgaard, B. Das, and T. Yamamoto. 2012.** “Reduced Death Rates from Cyclones in Bangladesh: What More Needs to Be Done?” *Bulletin of the World Health Organization* 90: 150–56.
- Hardgrove, A. 2012.** “Life after Guns: The Life Chances and Trajectories of Ex-combatant and Other Post-war Youth in Monrovia, Liberia.” DPhil thesis. University of Oxford, Department of International Development, Oxford, UK.
- Hardgrove, A., K. Pells, P. Dornan, and J. Boyden. 2014.** “Life Course Vulnerabilities for Youth: The Trouble in Transitions.” Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- Hart, B., and T.R. Risley. 1995.** *Meaningful Differences in the Everyday Experience of Young American Children*. Baltimore, MD: Paul H. Brookes Publishing.
- Harvard Law and Policy Review. 2013.** “India’s Parliament Passes New Law on Sexual Offenses.” 2 April. <http://www3.law.harvard.edu/journals/hlpr/2013/04/india-parliament-passes-new-law-on-sexual-offenses/#more-16>. Accessed 27 March 2014.
- Houghton, J., and S.H. Khandker. 2012.** “The Surprising Effects of the Great Recession: Losers and Winners in Thailand in 2008–2009.” Policy Research Working Paper 6255. World Bank, Washington, DC. <http://elibrary.worldbank.org/doi/pdf/10.1596/1813-9450-6255>. Accessed 15 May 2014.
- Hausmann, R. 2013.** “The Logic of the Informal Economy.” Project Syndicate, 19 June. www.project-syndicate.org/commentary/the-logic-of-the-informal-economy-by-ricardo-hausmann. Accessed 15 May 2014.

- Heath, R. 2012.** "Women's Access to Labour Market Opportunities, Control of Household Resources, and Domestic Violence." Policy Research Working Paper 6149. World Bank, Washington, DC. http://econ.worldbank.org/external/default/main?pagePK=64165259&theSitePK=469372&piPK=64165421&menuPK=64166093&entityID=000158349_20120726090130. Accessed 25 March 2014.
- Heckman, J. 2005.** "Skill Formation and the Economics of Investing in Disadvantaged Children." *Science* 312(5782): 1900–02.
- . **2013.** "The Economics of Inequality and Human Development." Keynote presentation at the First National Congress meeting on building a legal framework for public policies for early childhood, 16 April, Brasilia.
- Heintz, J. 2012.** "Informality, Inclusiveness, and Economic Growth: An Overview of Key Issues." Supporting Inclusive Growth Working Paper 2012/2. International Development Research Centre, Ottawa. www.idrc.ca/EN/Documents/SIG-WP2-Informality.pdf. Accessed 25 March 2014.
- Heise, L.H. 1998.** "Violence against Women: An Integrated, Ecological Framework." *Violence against Women* (4)3: 262–90.
- Held, D., and K. Young. 2011.** "Crises in Parallel Worlds: The Governance of Global Risks in Finance, Security and the Environment." In C. J. Calhoun and G. M. Deluguian, eds., *The Deepening Crisis: Governance Challenges After Neoliberalism*. Vol. 2. New York: New York University Press.
- . **2013.** "Transforming Global Governance? Structural Deficits and Recent Developments in Security and Finance." In J. Stiglitz and M. Kaldor, eds., *The Quest for Security: Protection Without Protectionism and the Challenge of Global Governance*. New York: Columbia University Press.
- Heller, P. 2005.** "Understanding Fiscal Space." Policy Discussion Paper PDP/05/4. International Monetary Fund, Washington, DC. www.imf.org/external/pubs/ft/pdp/2005/pdp04.pdf. Accessed 21 April 2014.
- . **2014.** "Challenges and Opportunities: Civil Society in a Globalizing World." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- HelpAge International. 2013.** *Global AgeWatch Index 2013: Insight Report*. London.
- Herrera, J., D. Milbin, F. Roubaud, C. Saint-Macary, C. Torelli, and C. Zanuso. 2014.** *Enquête sur les Conditions de Vie des Ménages Après Séisme ECVMAS-Haïti 2012*. Port au Prince: Institut Haïtien de Statistique et d'Informatique, and Paris: Développement, institutions et mondialisation.
- Hertzman, C., and T. Boyce. 2010.** "How Experience Gets Under the Skin to Create Gradients in Developmental Health." *Annual Review of Public Health* 31: 329–47.
- Heyer, J., F. Stewart, and R. Thorp. 1999.** "Group Behaviour and Development." Research Paper 161. United Nations University, World Institute for Development Economics Research, Helsinki. http://wider.unu.edu/publications/working-papers/previous/en_GB/wp-161/_files/82530858921501417/default/wp161.pdf. Accessed 15 March 2014.
- Hirsch, A. 2012.** "Sahel Food Crisis Has Been Made Worse by the Widespread Unrest in Africa." *The Guardian*, 29 March.
- Hoefler, A. 2012.** "On the Causes of Civil War." In M.R. Garfinkel and S. Skaperdas, eds., *The Oxford Handbook of the Economics of Peace and Conflict*. New York: Oxford University Press.
- Hoekman, B., and W. Martin. 2012.** "Reducing Distortions in International Commodity Markets: An Agenda for Multilateral Cooperation." Policy Research Working Paper 5928. World Bank, Poverty Reduction and Economic Management Network, International Trade Department, and Development Research Group, Washington, DC. www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/1W3P/IB/2012/01/03/000158349_20120103113143/Rendered/PDF/WPS5928.pdf. Accessed 24 March 2014.
- Hogerzeil, H.V., J. Liberman, V.J. Wirtz, S.P. Kishore, S. Selvaraj, R. Kiddell-Monroe, and T. von Schoen-Angerer. 2013.** "Promotion of Access to Essential Medicines for Non-Communicable Diseases: Practical Implications of the UN Political Declaration." *Lancet* 381(9867): 680–89.
- Holden, K.C., R.V. Burkhauser, and D.A. Myers. 1986.** "Income Transitions at Older Stages of Life: The Dynamics of Poverty." *Gerontologist* 26(3): 292–97.
- Holling, C.S. 1973.** "Resilience and Stability of Ecological Systems." *Annual Review of Ecology and Systematics* 4: 1–23.
- Hollingshead, A. 2010.** "The Implied Tax Revenue Loss from Trade Mispricing." Global Financial Integrity, Washington, DC. www.gfintegrity.org/storage/gfip/documents/reports/implied%20tax%20revenue%20loss%20report_final.pdf. Accessed 24 March 2014.
- Hoon, H.T. 2011.** "Wage Subsidies in a Program for Economic Inclusion and Growth." Singapore Management University, Research Collection School of Economics, Singapore. http://ink.library.smu.edu.sg/cgi/viewcontent.cgi?article=2254&context=soe_research. Accessed 22 April 2014.
- Hornborg, A. 2009.** "Zero-Sum World Challenges in Conceptualizing Environmental Load Displacement and Ecologically Unequal Exchange in the World-System." *International Journal of Comparative Sociology* 50(3-4): 237–62.
- Hughes, K., M.A. Bellis, L. Jones, S. Wood, G. Bates, L. Eckley, E. McCoy, C. Mikton, T. Shakespeare, and A. Officer. 2012.** "Prevalence and Risk of Violence against Adults with Disabilities: A Systematic Review and Meta-analysis of Observational Studies." *Lancet* 379(9826): 1621–29.
- IFAD (International Fund for Agricultural Development). 2013.** "Climate Facts." www.ifad.org/climate/facts.htm. Accessed 7 November 2013.
- ILO (International Labour Organization). 1952.** "Social Security (Minimum Standards) Convention." www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:12100:0:NO:12100:P12100_IL0_CODE:C102. Accessed 20 March 2014.
- . **2006a.** Changing Patterns in the World of Work International Labour Conference. 95th Session. Geneva. <http://www.ilo.org/public/english/standards/relm/ilc/ilc95/pdf/rep-i-c.pdf>. Accessed 22 May 2014.
- . **2006b.** "Social Security for All: Investing in Global Social and Economic Development: A Consultation." Issues in Social Protection Discussion Paper 16. Geneva.
- . **2008.** "Can Low-income Countries Afford Basic Social Security?" Global Campaign on Social Security and Coverage for All Paper 3. Social Security Department, Geneva.
- . **2009.** "Protecting People, Promoting Jobs: From Crisis Response to Recovery and Sustainable Growth." Communication to G20 Leaders by ILO Director-General, Pittsburgh Summit, 24–25 September, Pittsburgh, PA.
- . **2010a.** *Constitution of the International Labour Organisation and Selected Texts*. Geneva: International Labour Office. www.ilo.org/public/english/bureau/leg/download/constitution.pdf. Accessed 25 March 2014.
- . **2010b.** "Pioneering a System of Migration Management in Asia: The Republic of Korea's Employment Permit System Approach to Decent Work." Geneva. www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---asia/---ro-bangkok/documents/publication/wcms_145630.pdf. Accessed 20 March 2014.
- . **2010c.** *World Social Security Report 2010/11*. Geneva: International Labour Office. www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_146566.pdf. Accessed 20 March 2014.
- . **2011a.** "Conclusions Concerning the Recurrent Discussion on Social Protection (Social Security)." Adopted at the 100th Session of the International Labour Conference, Geneva.
- . **2011b.** *Social Protection Floor for a Fair and Inclusive Globalization*. Report of the Advisory Group chaired by Michelle Bachelet convened by the ILO with the collaboration of the WHO. Geneva: International Labour Office.
- . **2012a.** *Global Employment Trends for Youth 2012*. Geneva: International Labour Office. www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_180976.pdf. Accessed 21 March 2014.
- . **2012b.** "Statistical Update on Employment in the Informal Economy." International Labour Office, Geneva. http://laborsta.ilo.org/applv8/data/INFORMAL_ECONOMY/2012-06-Statistical%20update%20-%20v2.pdf. Accessed 15 May 2014.
- . **2012c.** *World of Work Report 2012*. Geneva: International Labour Office. www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_179453.pdf. Accessed 25 March 2014.
- . **2013a.** *Global Employment Trends 2013: Recovering from a Second Jobs Dip*. Geneva: International Labour Office. www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_202326.pdf. Accessed 21 March 2014.
- . **2013b.** *Global Employment Trends for Youth 2013: A Generation at Risk*. Geneva: International Labour Office. www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_212423.pdf. Accessed 21 March 2014.
- . **2013c.** *Global Wage Report 2012/2013: Wages and Equitable Growth*. Geneva: International Labour Office.
- . **2013d.** *Key Indicators of the Labour Market*. 8th ed. Geneva: International Labour Office.
- . **2013e.** *World of Work Report 2013: Repairing the Economic and Social Fabric*. Geneva: International Labour Office. www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/

- dcomm/documents/publication/wcms_214476.pdf. Accessed 24 March 2014.
- . **2014.** *Global Employment Trends 2014: The Risk of a Jobless Recovery.* www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_233953.pdf. Accessed 21 April 2014.
- . **n.d.** "Informal Economy." www.ilo.int/global/topics/employment-promotion/informal-economy/. Accessed 14 May 2014.
- ILO (International Labour Organization) and UNDP (United Nations Development Programme). 2011.** "Inclusive and Resilient Development: The Role of Social Protection." Paper prepared for the G20 Development Working Group. Geneva.
- IMF (International Monetary Fund). 2012.** "The Liberalization and Management of Capital Flows: An Institutional View." Washington, DC. www.imf.org/external/np/pp/eng/2012/111412.pdf. Accessed 24 March 2014.
- . **2014.** *World Economic Outlook: April 2014.* Washington, DC.
- Internal Displacement Monitoring Centre. 2013.** *Global Overview 2012: People Internally Displaced by Conflict and Violence.* Geneva. www.internal-displacement.org/publications/2013/global-overview-2012-people-internally-displaced-by-conflict-and-violence. Accessed 20 March 2014.
- International Dialogue on Peacebuilding and Statebuilding. 2011.** *A New Deal for Engagement in Fragile States.* www.newdeal4peace.org/wp-content/uploads/2013/01/new-deal-for-engagement-in-fragile-states-en.pdf. Accessed 20 March 2014.
- International Policy Centre for Inclusive Growth. 2009.** "What Explains the Decline in Brazil's Inequality?" One Pager 89. Brasilia.
- IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change). 2007.** *Climate Change 2007: Impacts, Adaptation and Vulnerability.* Contribution of Working Group II to the Fourth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- . **2012.** *Managing the Risks of Extreme Events and Disasters to Advance Climate Change Adaptation: Special Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change.* Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- . **2013.** *Climate Change 2013: The Physical Science Basis.* Working Group I Contribution to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Cambridge, UK: Cambridge University Press. https://www.ipcc.ch/report/ar5/wg1/. Accessed 20 March 2014.
- . **2014.** *Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability.* Working Group II Contribution to the Fifth Assessment Report. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- IPU (Inter-Parliamentary Union). 2013.** *Women in Parliament in 2013.* Geneva.
- Ismi, Asad. 2013.** "Maoist Insurgency Spreads to Over 40% of India. Mass Poverty and Delhi's Embrace of Corporate Neoliberalism Fuels Social Uprising." 20 December. Center for Research on Globalization, Montreal, Canada. www.globalresearch.ca/maoist-insurgency-spreads-to-over-40-of-india-mass-poverty-and-delhis-embrace-of-corporate-neoliberalism-fuels-social-uprising/5362276. Accessed 14 May 2014.
- ITU (International Telecommunication Union). 2013.** "The World in 2013: ICT Facts and Figures." Geneva. www.itu.int/en/ITU-D/Statistics/Documents/facts/ICTFactsFigures2013-e.pdf. Accessed 24 March 2014.
- Jansen, M., and E. von Uexkuell. 2010.** *Trade and Employment in the Global Crisis.* Geneva: International Labour Office. www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/---publ/documents/publication/wcms_141911.pdf. Accessed 24 March 2014.
- Jäntti, M., and B. Bradbury. 2001.** "Child Poverty across Industrialized Countries." *Journal of Population and Social Security* 1(Supplement): 385–410.
- Jolly, R., G.A. Cornia, D. Elson, C. Fortin, S. Griffith-Jones, G. Helleiner, R. van der Hoeven, R. Kaplinsky, R. Morgan, I. Ortiz, R. Pearson and F. Stewart. 2012.** "Be Outraged: There are Alternatives." Sussex, UK: Richard Jolly. http://policy-practice.oxfam.org.uk/publications/be-outraged-there-are-alternatives-224184. Accessed 16 May 2014.
- Kabeer, N. 2014.** "Vulnerability, Capability and Citizenship: Addressing Violence against Women and Girls." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- Kabeer, N., K. Huda, S. Kaur, and N. Lamhauge. 2012.** "Productive Safety Nets for Women in Extreme Poverty: Lessons from Pilot Projects in India and Pakistan." Discussion Paper 28/12. University of London, School of Oriental and African Studies, Centre for Development Policy and Research, London. www.soas.ac.uk/cdpr/publications/papers/file76193.pdf. Accessed 28 March 2014.
- Kabeer, N., K. Mumtaz, and A. Sayeed. 2010.** "Beyond Risk Management: Vulnerability, Social Protection and Citizenship in Pakistan." *Journal of International Development* 22: 1–19. www.researchcollective.org/Documents/Beyond_Risk_Management_Vulnerability_Social_Protection_and_Citizenship_in_Pakistan.PDF. Accessed 28 March 2014.
- Kanbur, R. 2007.** "Poverty and Conflict: The Inequality Link." Coping with Crisis Working Paper Series. International Peace Institute, New York. www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Publications/Detail/?id=126966. Accessed 21 March 2014.
- Kant, E. 1781.** *Critique of Pure Reason.* P. Guyer and A. Wood, trans. and eds, 1997. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Kaplan, D.S., G. Martinez, and R. Robertson. 2005.** "What Happens to Wages after Displacement?" *Economía* 5(2): 197–242.
- Karanikolos, M., P. Mladovsky, J. Cylus, S. Thomson, S. Basu, D. Stuckler, J. Mackenbach, and M. McKee. 2013.** "Financial Crisis, Austerity, and Health in Europe." *Lancet* 381(9874): 1323–31.
- Karoly, L.A., S.S. Everingham, J. Hoube, R. Kilburn, C.P. Rydell, M. Sanders, and P.W. Greenwood. 1997.** "Benefits and Costs of Early-Childhood Interventions: A Documented Briefing." RAND Corporation, Santa Monica, CA.
- Kaul, I. 2013.** *Global Public Goods: A Concept for Framing the Post-2015 Agenda?* Bonn, Germany: Deutsche Institut für Entwicklungspolitik.
- . **2014.** "Fostering Sustainable Human Development: Managing the Macro-Risks of Vulnerability." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- Kaul, I., and P. Conceição, eds. 2006.** *The New Public Finance: Responding to Global Challenges.* Oxford, UK: Oxford University Press.
- Kaul, I., P. Conceição, K. Le Goulven, and R.U. Mendoza. 2003.** *Providing Global Public Goods: Managing Globalization.* Oxford, UK: Oxford University Press.
- KC, S., W. Lutz, E. Loichinger, R. Muttarak, and E. Striessnig. 2014.** "Reducing Vulnerability in Critical Life Course Phases through Empowerment." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- Keizer, A.B. 2008.** "Non-regular Employment in Japan." *Work, Employment, and Society* 22(3): 407–25. http://wes.sagepub.com/content/22/3/407.abstract. Accessed 26 March 2014.
- Kelly, S. 2010.** "The Psychological Consequences to Adolescents for Exposure to Gang Violence in the Community: An Integrated Review of the Literature." *Journal of Child and Adolescent Psychiatric Nursing* 23(2): 61–73. http://middleschoolgangsandcliques.wikispaces.com/file/view/The+Psychological+Consequences+to+Adolescents+of+Exposure+to+Gang+Violence+in+the+Community+An+Integrated+Review+of+the+Literature+cap_225.pdf. Accessed 21 March 2014.
- Kelly, T., W. Yang, C.S. Chen, K. Reynolds, and J. He. 2008.** "Global Burden of Obesity in 2005 and Projections to 2030." *International Journal of Obesity* 32(9): 1431–37.
- Kennedy, D., and J. Stiglitz, eds. 2013.** *Law and Economics with Chinese Characteristics: Institutions for Promoting Development in the Twenty-First Century.* Oxford, UK: Oxford University Press.
- Khor, M., and J.A. Ocampo. 2011.** "The Unsettled Global Trade Architecture." *Queries* 1(4): 68–88.
- Kim, N., and P. Conceição. 2010.** "The Economic Crisis, Violent Conflict, and Human Development." *International Journal of Peace Studies* 15(1): 29–43.
- Kinzig, A.P., P.R. Ehrlich, L.J. Alston, K. Arrow, S. Barrett, T.G. Buchman, G.C. Daily, B. Levin, S. Levin, M. Oppenheimer, E. Ostrom, and D. Saari. 2013.** "Social Norms and Global Environmental Challenges: The Complex Interaction of Behaviors, Values, and Policy." *Bioscience* 63(3): 164–75.
- Kondkher, B.H., C. Knox-Vydmann, and A. Vilela. 2013.** "Old Age Social Protection Options for Bangladesh." Dhaka University, Bureau of Economic Research, and HelpAge International. www.pension-watch.net/silo/files/old-age-sp-options-for-bangladesh.pdf. Accessed 26 March 2014.
- Korpi, W., and J. Palme. 1998.** "The Paradox of Redistribution and Strategies of Equality: Welfare State Institutions, Inequality, and Poverty in the Western Countries." *American Sociological Review* 63(5): 661–87.
- Kostzer, D. 2008.** "Argentina: A Case study on the Plan Jefes y Jefas de Hogar Desocupados, or the Employment Road to Economic Recovery." Working Paper 534. The Levy Economics Institute, Annandale-on-Hudson, NY. www.

- levyinstitute.org/pubs/wp_534.pdf. Accessed 21 April 2014.
- Kraemer, K., G. Linden, and J. Dedrick. 2011.** "Capturing Value in Global Networks: Apple's iPad and iPhone." Working Paper. University of California, Irvine, Paul Merage School of Business, Personal Computing Industry Center, Irvine, CA. http://pcic.merage.uci.edu/papers/2011/value_iPad_iPhone.pdf. Accessed November 2013.
- Krug, E.G., L.L. Dahlberg, J.A. Mercy, A.B. Zwi, and R. Lozano, eds. 2002a.** *World Report on Violence and Health*. Geneva: World Health Organization. http://whqlibdoc.who.int/publications/2002/92411545615_eng.pdf?ua=1. Accessed 30 March 2014.
- Krug, E.G., J. Mercy, L. Dahlberg, and A. Zwi. 2002b.** "The World Report on Violence and Health." *Lancet* 360: 1083–88.
- Krutikova, S. 2010.** "Who Gets to Stay in School? Long-run Impact of Income Shocks on Schooling in Rural Tanzania." Working Paper 36. University of Oxford, Department of Economics, Centre for the Study of African Economies, Oxford, UK. www.economics.ox.ac.uk/Centre-for-the-Study-of-African-Economies-Series/who-gets-to-stay-in-school-long-run-impact-of-income-shocks-on-schooling-in-rural-tanzania. Accessed 26 March 2014.
- Kuhn, A., R. Lavile, and J. Zweimuller. 2009.** "The Public Health Cost of Job Loss." *Journal of Health Economics* 28(6): 1099–1115.
- Kumhof, M., and R. Rancière. 2010.** "Leveraging Inequality." *Finance & Development* 47(4): 28–31.
- Kumlin, S., and B. Rothstein. 2005.** "Making and Breaking Social Capital: The Impact of Welfare-State Institutions." *Comparative Political Studies* 38(4): 339–65.
- Kwak, S., and S. Smith. 2011.** "Multidimensional Poverty and Interlocking Poverty Traps: Framework and Application to Ethiopian Household Panel Data." Working Paper 2011-04. George Washington University, Elliott School of International Affairs, Institute for International Economic Policy, Washington, DC.
- Kynge, J. 2014.** "'Fragile Five' Falls Short As Tapering Leaves More Exposed." *Financial Times*, 15 January. www.ft.com/intl/cms/s/0/a245c70e-7e0c-11e3-95dd-00144feabdc0.html#axzz2xBU9hUJg. Accessed 27 March 2014.
- La Trobe, S. 2002.** "Climate Change and Poverty." Discussion paper. Tearfund, Middlesex, UK.
- Lakner, C., and B. Milanovic. 2013.** "Global Income Distribution: From the Fall of the Berlin Wall to the Great Recession." Policy Research Working Paper 6719. World Bank, Washington, DC.
- Lal, R., S. Miller, M. Lieuw-Kie-Song, and D. Kostzer. 2010.** "Public Works and Employment Programmes: Towards a Long-Term Development Approach." Working Paper 66. International Policy Centre for Inclusive Growth, Brasília, and United Nations Development Programme, New York. www.ipc-undp.org/pub/IPCWorkingPaper66.pdf. Accessed 21 April 2014.
- Langer, A., F. Stewart, and R. Venugopal. 2012.** "In Brief: Have Post-conflict Development Policies Addressed Horizontal Inequalities?" Centre for Research on Inequality, Human Security and Ethnicity, Oxford, UK. <http://www.qeh.ox.ac.uk/pdf/pdf-research/crise-ib9>. Accessed 22 May 2014.
- Leach, M. 2008.** "Re-Framing Resilience: A Symposium Report." Brighton, UK: STEPS Centre.
- Liem, R., and R. Rayman. 1982.** "Health and Social Costs of Unemployment: Research and Policy Considerations." *American Psychologist* 37(10): 1116–23.
- Linden, G., K. Kraemer, and J. Dedrick. 2011.** "Innovation and Job Creation in a Global Economy: The Case of Apple's iPod." *Journal of International Commerce and Economics* 3: 223–39.
- Lund, M., and R. Myers. 2007.** "Can Fostering a Culture of Dialogue Change the Course of a Nation? An Evaluation of the United Nations Social Cohesion Programme in Guyana." United Nations Development Programme, New York.
- Lutsey, N., and D. Sperling. 2008.** "America's Bottom-Up Climate Change Mitigation Policy." *Energy Policy* 36(2): 673–85.
- Lutz, L., and S. KC. 2013.** "Demography and Human Development: Education and Population Projections." In K. Malik and M. Kugler, eds., *Human Progress and the Rising South*. New York: United Nations Development Programme, Human Development Report Office.
- Macfarlane, S.N., and Y.F. Khong. 2006.** *Human Security and the UN: A Critical History*. Bloomington, IN: Indiana University Press.
- Machinea, J.L., and D. Titelman. 2007.** "Less Volatile Growth? The Role of Regional Financial Institutions." *Cepal Review* 91: 7–28.
- MacLeod, W.B., and M. Urquiola. 2012.** *Anti-lemons: Reputation and Educational Quality*. NBER Working Paper 15112. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.
- Maddison, A. 2010.** "Statistics on World Population, GDP and Per Capita GDP, 1-2008 AD." Groningen Growth and Development Centre, the Netherlands. www.ggdcc.net/maddison/oriindex.htm. Accessed 15 March 2014.
- Maisonave, H., B. Decaluwé, and M. Chitiga. 2009.** "Does South African Affirmative Action Policy Reduce Poverty?" Working Paper 09-36. Centre interuniversitaire sur le risque, les politiques économiques et l'emploi, Montreal, Canada.
- Mancini, L. 2008.** "Horizontal Inequality and Communal Violence: Evidence from Indonesian Districts." In F. Stewart, ed., *Horizontal Inequalities and Conflict: Understanding Group Violence in Multiethnic Societies*. Basingstoke, UK: Palgrave Macmillan.
- Marc, A., A. Willman, G. Aslam, M. Rebosio, and K. Balasuriya. 2013.** *Societal Dynamics and Fragility: Engaging Societies in Responding to Fragile Situations*. Washington, DC: World Bank.
- Marshall, K., and O. Butzbach, eds. 2003.** *New Social Policy Agendas for Europe and Asia: Challenges, Experience, and Lessons*. Washington, DC: World Bank. http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDS/IB/2003/02/07/000094946_03012804015776/Rendered/PDF/multi0page.pdf. Accessed 22 May 2014.
- Masset, E., and H. White. 2004.** "Are Chronically Poor People Being Left out of Progress towards the Millennium Development Goals? A Quantitative Analysis of Older People, Disabled People and Orphans." *Journal of Human Development* 5(2): 279–97.
- McCain, M.N., J.F. Mustard, and K. McCuaig. 2011.** *Early Years Study 3: Making Decisions, Taking Action*. Toronto, Canada: Margaret & Wallace McCain Family Foundation. www.misatoronto.ca/index.php/learning/exploring/resources/i_115_eyes3_en_2nd_072412.pdf. Accessed 18 March 2014.
- McCain, M.N., J.F. Mustard, and D.S. Shanker. 2007.** *Early Years Study 2: Putting Science into Action*. Toronto, Canada: Council of Early Child Development. http://early-learning.ubc.ca/media/publications/early_years_study_2.pdf. Accessed 20 March 2014.
- McEwen, B.S. 2008.** "Understanding the Potency of Stressful Early Life Experiences on Brain and Body Function." *Metabolism Clinical and Experimental* 57(2): S11–S15.
- McGee, R., and J. Gaventa. 2011.** "Shifting Power? Assessing the Impact of Transparency and Accountability Initiatives." Working Paper 383. Institute of Development Studies, Brighton, UK. http://r4d.dfid.gov.uk/PDF/Outputs/Mis_SPC/60827_Wp383McGeeGaventa.pdf. Accessed 24 April 2014.
- McKenzie, D.J. 2003.** "How Do Households Cope with Aggregate Shocks? Evidence from the Mexican Peso Crisis." *World Development* 31(7): 1179–99.
- McLaughlin, D.K., and L. Jensen. 2000.** "Work History and US Elders' Transitions into Poverty." *Gerontologist* 40(4): 469–79.
- Mearns, R., and A. Norton, eds. 2010.** *Social Dimensions of Climate Change: Equity and Vulnerability in a Warming World*. Washington, DC: World Bank.
- Médecins Sans Frontières. 2013.** *Untangling the Web of Antiretroviral Price Reductions*. Geneva. http://d2pd3b5abq75bb.cloudfront.net/2013/09/11/10/25/44/896/MSF_Access_UTW_16th_Edition_2013.pdf. Accessed 20 March 2014.
- Mejia-Mantilla, C. 2012.** "Mid-term and Long-term Effects of the 1998 Asian Crisis in Indonesia." University of California–Los Angeles.
- Meng, Q., and S. Tang. 2010.** "Universal Coverage of Health Care in China: Challenges and Opportunities." Background Paper 7 for *World Health Report 2010*. World Health Organization, Geneva.
- Milanovic, B. 2012.** "Global Income Inequality by the Numbers: In History and Now—An Overview." Policy Research Working Paper 6259. World Bank, Washington, DC.
- Miller, F., H. Osbahr, E. Boyd, F. Thomalla, S. Bharwani, G. Ziervogel, B. Walker, J. Birkmann, S. Van der Leeuw, J. Rockström, J. Hinkel, T. Downing, C. Folke, and D. Nelson. 2010.** "Resilience and Vulnerability: Complementary or Conflicting Concepts?" *Ecology and Society* 15(3): 11.
- Minorities at Risk Project. 2014.** Database. University of Maryland, Center for International Development and Conflict Management, College Park, MD. www.cidcm.umd.edu/mar/data.asp. Accessed 28 April 2014.
- Mkandawire, T. 2001.** "Social Policy in a Development Context." Social Policy and Development Programme Paper 7. United Nations Research Institute for Social Development, Geneva.
- Mok, K., J. Lawler, and S.B. Hinsz. 2009.** "Economic Shocks in Education: A Analysis of the 1997 Asian Financial Crisis and Lessons for Today." *Global Social Policy* 9(1 suppl): 145–79.
- Molina, G., E. Ortiz, A. Reyes, and P. Garcia. 2014.** "Human Development Outliers: Progress That is Resilient

- to Shocks." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- Morissette, R., X. Zhang, and M. Frenette. 2007.** "Earnings Losses of Displaced Workers: Canadian Evidence from a Large Administrative Database on Firm Closures and Mass Lay-offs." Analytical Studies Branch Research Paper. Catalogue no. 11F0019MIE—No. 291. Statistics Canada, Ottawa. www.statcan.gc.ca/pub/11f-0019m/11f0019m2007291-eng.pdf. Accessed 24 March 2014.
- Morrone, A., K. Scrivens, C. Smith, and C. Balestra. 2011.** "Measuring Vulnerability and Resilience in OECD Countries." Paper prepared for the IARIW-OECD Conference on Economic Insecurity, 22–23 November, Paris.
- Morrow, V. 2013.** "Troubling Transitions? Young People's Experiences of Growing Up in Poverty in Rural Andhra Pradesh, India." *Journal of Youth Studies* 16(1): 86–100.
- Müller, J. 2010.** "UN System Coordination: The Challenge of Working Together." *Journal of International Organizations Studies* 1: 29–56.
- Munyaneza, J. 2013.** "Rwanda: Women Take 64 Percent Seats in Parliament." *The New Times*, 19 September. <http://allafrica.com/stories/201309190110.html>. Accessed 14 May 2014.
- Muqtada, M. 1987.** "Special Employment Schemes in Rural Bangladesh: Issues and Perspective." *Philippine Review of Economics* 24(3&4): 323–86.
- . **2010.** "The Crisis of Orthodox Macroeconomic Policy: The Case for a Renewed Commitment to Full Employment." Employment Working Paper 53. International Labour Organization, Geneva.
- Musgrave, R.A. 1959.** *Theory of Public Finance: A Study in Public Economy*. New York: McGraw-Hill.
- Mustard, J.F. 2006.** "Early Child Development and Experience-based Brain Development—The Scientific Underpinnings of the Importance of Early Child Development in a Globalized World." Paper prepared for the World Bank International Symposium on Early Child Development—A Priority for Sustained Economic Growth & Equity, 27–29 September, Washington, DC. www.brookings.edu/views/papers/200602mustard.pdf. Accessed 20 March 2014.
- Naidoo, V., and M. Kongolo. 2004.** "Has Affirmative Action Reached South African Women?" *Journal of International Women's Studies* 6(1): 124–36.
- Narayan, A., J. Saavedra-Chanduvi, and S. Tiwari. 2013.** "Shared Prosperity: Links to Growth, Inequality and Inequality of Opportunity." Policy Research Working Paper 6649. World Bank, Washington, DC.
- Narayan, D., and P. Petch, eds. 2007.** *Moving out of Poverty: Cross-Disciplinary Perspectives*. New York: Palgrave Macmillan.
- Narayan, D., R. Chambers, M.K. Shah, and P. Petch. 2000.** *Voices of the Poor: Crying Out for Change*. Oxford, UK: Oxford University Press.
- Naudé, W., A.U. Santos-Paulino, and M. McGillivray, eds. 2011.** *Fragile States: Causes, Costs, and Responses*. Oxford, UK: Oxford University Press.
- Naudeau, S., S. Martinez, P. Premand, and D. Filmer. 2011.** "Cognitive Development among Young Children in Low-Income Countries." In H. Alderman, ed., *No Small Matter: The Impact of Poverty, Shocks and Human Capital Investments in Early Childhood Education*. Washington, DC: World Bank. <http://siteresources.worldbank.org/EXTAFRREGTOPEUCATION/Resources/444707-1291071725351/nosmallmatter.pdf>. Accessed 19 March 2014.
- Naylor, R., and W. Falcon. 2010.** "Food Security in an Era of Economic Volatility." *Population and Development Review* 36(4): 693–723.
- Nayyar, D. 2012.** "On Macroeconomics and Human Development." *Journal of Human Development and Capabilities* 13(1): 7–30.
- Nelson, C.A., N.A. Fox, and C.H. Zeanah. 2014.** *Romania's Abandoned Children: Deprivation, Brain Development, and the Struggle for Recovery*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Nelson, K. 2004.** "Mechanisms of Poverty Alleviation: Anti-Poverty Effects of Non-Means-Tested and Means-Tested Benefits in Five Welfare States." *Journal of European Social Policy* 14(4): 371–90.
- Newhouse, D. 2013.** "New Estimates of Youth Idleness and Employment Outcomes in Developing Countries." Social Protection and Labor. World Bank, Washington, DC.
- NICHD (National Institute of Child Health and Human Development) Early Child Care Research Network. 2006.** "Child-Care Effect Sizes for the NICHD Study of Early Child Care and Youth Development." *American Psychologist* 61(2): 99–116. www.psy.miami.edu/faculty/dmessenger/c_c/rsrscs/rdgs/childcare/NICHD_EffectSizes_AmerPsy.2006.pdf. Accessed 20 March 2014.
- NOAA (United States Department of Commerce, National Oceanic and Atmospheric Administration). 2013.** "Hurricane Sandy Service Assessment." Washington, DC. www.nws.noaa.gov/os/assessments/pdfs/Sandy13.pdf. Accessed 20 March 2014.
- Nussbaum, M.C. 2005.** "Women's Bodies: Violence, Security, Capabilities." *Journal of Human Development* 6(2): 167–83. <https://www.amherst.edu/system/files/media/1556/Picq-%2520nussbaum-women%2527s%2520bodies.pdf>. Accessed 28 March 2014.
- O'Keefe, P., K. Westgate, and B. Wisner. 1976.** "Taking the Naturalness out of Natural Disasters." *Nature* 260(5552): 566–67.
- O'Sullivan, R., K. Mugglestone, and T. Allison. 2014.** "In This Together: The Hidden Cost of Young Adult Unemployment." Policy Brief. Young Invincibles, Washington, DC.
- Ocampo, J.A., ed. 2006.** *Regional Financial Cooperation*. Washington, DC: Brookings Institution Press.
- . **2010.** "Rethinking Global Economic and Social Governance." *Journal of Globalization and Development* 1(1): 1–29.
- . **2013.** "Global Economic and Social Governance and the United Nations System." Initiative for Policy Dialogue Working Paper. New York. http://policydialogue.org/files/publications/Global_Econ_and_UN_Ocampo_withCS.pdf. Accessed 20 March 2014.
- Ocampo, J.A., and S. Griffith-Jones. 2007.** "A Counter-Cyclical Framework for a Development-Friendly International Financial Architecture." Working Paper 39. United Nations Department of Economic and Social Affairs, New York. www.un.org/esa/desa/papers/2007/wp39_2007.pdf. Accessed 24 March 2014.
- Ocampo, J.A., and J. Stiglitz. 2011.** "From the G-20 to a Global Economic Coordination Council." *Journal of Globalization and Development* 2(2): 1–18.
- Odagiri, H., A. Goto, A. Sunami, and R.R. Nelson. 2012.** *Intellectual Property Rights, Development, and Catch Up: An International Comparative Study*. Oxford, UK: Oxford University Press.
- ODI (Overseas Development Institute). 2008.** "The Indian National Rural Employment Guarantee Act: Will It Reduce Poverty and Boost the Economy?" Project Briefing 7. London.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development). 2010.** "Gender Inequality and the MDGs: What Are the Missing Dimensions?" Paris. www.oecd.org/social/poverty/45987065.pdf. Accessed 28 March 2014.
- . **2011a.** "Growing Income Inequality in OECD Countries: What Drives It and How Can Policy Tackle It?" OECD Forum on Tackling Inequality, 2 May, Paris. www.oecd.org/social/soc/47723414.pdf. Accessed 31 March 2014.
- . **2011b.** *Pensions at a Glance 2011: Retirement-Income Systems in OECD and G20 Countries*. Paris. http://dx.doi.org/10.1787/pension_glance-2011-en. Accessed 26 March 2014.
- . **2011c.** *Tax Transparency 2011: Report on Progress*. Paris. www.oecd.org/tax/transparency/48981620.pdf. Accessed 20 March 2014.
- . **2012.** "Think Global, Act Global: Confronting Global Factors that Influence Conflict and Fragility." A Summary of the Berlin Policy Forum, 15–16 November, Berlin.
- . **2013a.** *Action Plan on Base Erosion and Profit Shifting*. Paris. <http://dx.doi.org/10.1787/9789264202719-en>. Accessed 24 March 2014.
- . **2013b.** "Crisis Squeezes Income and Puts Pressure on Inequality and Poverty: Results from the OECD Income Distribution Database (May 2013)." Paris. www.oecd.org/els/soc/OECD2013-inequality-and-poverty-8p.pdf. Accessed 15 May 2014.
- . **2013c.** *Education at a Glance 2013: OECD Indicators*. Paris.
- . **2013d.** *Employment Outlook 2013*. Paris.
- . **2013e.** *Health at a Glance 2013: OECD Indicators*. Paris.
- . **2013f.** "Unemployment Set to Remain High in OECD Countries through 2014 – Youth and Low-skilled Hit Hardest." www.oecd.org/employment/unemployment-set-to-remain-high-in-oecd-countries-through-2014youth-and-low-skilled-hit-hardest.htm. Accessed 14 May 2014.
- . **n.d.** Social Expenditure Database. Paris. www.oecd.org/social/expenditure.htm. Accessed 20 March 2014.
- Ogata, S., and A. Sen. 2003.** *Human Security Now: Protecting and Empowering People*. New York: Commission on Human Security.
- Ono, Y., and D. Sullivan. 2013.** "Manufacturing Plants' Use of Temporary Workers: An Analysis Using Census Micro Data." *Industrial Relations: A Journal of Economy and Society* 52(2): 419–43. [ftp://tigerline.census.gov/ces/wp/2008/CES-WP-08-40.pdf](http://tigerline.census.gov/ces/wp/2008/CES-WP-08-40.pdf). Accessed 24 March 2014.

- Onyango, M.A., B.L. Hixson, and S. McNally. 2013.** "Minimum Initial Service Package (MISP) for Reproductive Health during Emergencies: Time for a New Paradigm." *Global Public Health* 8(3): 342–56.
- Ortiz, I., S. Burke, M. Berrada, and H. Cortés. 2013.** "World Protests 2006-2013." Working Paper. Initiative for Policy Dialogue and Friedrich-Ebert-Stiftung, New York. http://policydialogue.org/files/publications/World_Protests_2006-2013-Complete_and_Final_4282014.pdf. Accessed 24 March 2014.
- Østby, G. 2008a.** "Inequalities, the Political Environment and Civil Conflict: Evidence from 55 Developing Countries." In F. Stewart, ed., *Horizontal Inequalities and Conflict: Understanding Group Violence in Multiethnic Societies*. Basingstoke, UK: Palgrave Macmillan.
- . **2008b.** "Polarization, Horizontal Inequalities and Violent Civil Conflict." *Journal of Peace Research* 45(2): 143–62.
- Paardekooper, B., J.T.V.M. De Jong, and J.M.A. Hermans. 1999.** "The Psychological Impact of War and the Refugee Situation on South Sudanese Children in Refugee Camps in Northern Uganda: An Exploratory Study." *Journal of Child Psychology and Psychiatry* 40(4): 529–36.
- Paci, P., A. Revenga, and B. Rijkers. 2011.** "Coping with Crises: Policies to Protect Employment and Earnings." Vox, 19 April. www.voxeu.org/article/coping-crises-policies-protect-employment-and-earnings. Accessed 15 May 2014.
- Palme, J. 2006.** "Welfare States and Inequality: Institutional Designs and Distributive Outcome." *Research in Social Stratification and Mobility* 24(4): 387–403.
- Pardee Center for International Futures. 2013.** "Development-Oriented Policies and Alternative Human Development Paths." In K. Malik and M. Kugler, eds., *Human Progress and the Rising South*. New York: United Nations Development Programme.
- Park, Y.C. 2006.** "Regional Financial Integration in East Asia: Challenges and Prospects. Regional Financial Cooperation." In J.A. Ocampo, ed., *Regional Financial Cooperation*. Washington DC: Brookings Institution Press.
- Parliament of India Rajya Sabha. 2013.** *One Hundred and Sixty Seventh Report on the Criminal Law (Amendment) Bill, 2012*. New Delhi: Rajya Sabha Secretariat. www.prsindia.org/uploads/media/Criminal%20Law/SCR%20Criminal%20Law%20Bill.pdf. Accessed 28 March 2014.
- Parlow, A. 2012.** "Armed Conflict and Children's Health – Exploring New Directions: The Case of Kashmir." MPRA Paper 38033. Munich Personal RePEc Archive, Munich, Germany. http://mpra.ub.uni-muenchen.de/38033/1/MPRA_paper_38033.pdf. Accessed 28 March 2014.
- Paxson, C., and N. Schady. 2007.** "Cognitive Development among Young Children in Ecuador: The Roles of Wealth, Health and Parenting." Policy Research Working Paper 3605. World Bank, Washington, DC. <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/8929>. Accessed 19 March 2014.
- Pells, K. 2011.** "Poverty and Gender Inequalities: Evidence from Young Lives." Young Lives Policy Paper 3. University of Oxford, Department of International Development, Oxford, UK.
- Pereda, N., G. Guilera, M. Fornas, and J. Gómez-Benito. 2009.** "The Prevalence of Child Sexual Abuse in Community and Student Samples: A Meta-analysis." *Clinical Psychology Review* 29(4): 328–38.
- Pick, S., and J. Sirkin. 2010.** *Breaking the Poverty Cycle: The Human Basis for Sustainable Development*. New York: Oxford University Press.
- Pineda, J. 2013.** "Sustainability and Human Development: A Proposal for a Sustainability Adjusted Human Development Index." *Theoretical and Practical Research in Economic Fields* 3(2): 71–98.
- Pineda, J., and F. Rodríguez. 2006a.** "The Political Economy of Investment in Human Capital." *Economics of Governance* 7: 167–93.
- . **2006b.** "Public Investment in Infrastructure and Productivity Growth: Evidence from the Venezuelan Manufacturing Sector." Wesleyan Economics Working Paper 2006-010. Wesleyan University, Middletown, CT.
- Pinheiro, P.S. 2006.** *World Report on Violence against Children*. United Nations Secretary-General's Study on Violence against Children. New York: United Nations. [www.unicef.org/lac/full_text\(3\).pdf](http://www.unicef.org/lac/full_text(3).pdf). Accessed 21 March 2014.
- Plan International. 2012.** *State of the World's Girls 2012: Learning for Life*. Report prepared for the "Because I Am a Girl" campaign. Woking, UK. <http://plan-international.org/girls/pdfs/2012-report/The-State-of-the-World-s-Girls-Learning-for-Life-Plan-International-2012.pdf>. Accessed 21 March 2014.
- Polanyi, K. 1944.** *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston, MA: Beacon Press.
- Polk, W.R. 2013.** *Humpty Dumpty: The Fate of Regime Change*. Stone, UK: Panda Press.
- Pollock, R. 2006.** *The Value of the Public Domain*. London: Institute for Public Policy Research. http://rufuspollock.org/papers/value_of_public_domain.ippr.pdf. Accessed 27 March 2014.
- Posel, D., J.A. Fairburn, and F. Lund. 2006.** "Labour Migration and Households: A Reconsideration of the Effects of the Social Pension on Labour Supply in South Africa." *Economic Modelling* 23(5): 836–53.
- Raman, A.V., and J.W. Björkman. 2008.** "Public-Private Partnership in Health Care Services in India." *Health Administrator* 21(1–2): 62–77.
- Ratha, D., C. Eigen-Zucchi, S. Plaza, H. Wyss, and S. Yi. 2013.** "Migration and Remittance Flows: Recent Trends and Outlook, 2013–2016." Migration and Development Brief 21. World Bank, Washington, DC. <http://siteresources.worldbank.org/INTPROSPECTS/Resources/334934-1288990760745/MigrationandDevelopmentBrief21.pdf>. Accessed 24 March 2014.
- Reinalda, B., ed. 2013.** *Routledge Handbook of International Organization*. London: Routledge.
- Reinhart, C. 2012.** *A Series of Unfortunate Events: Common Sequencing Patterns in Financial Crises*. Working Paper 17941. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.
- Rentschler, J.E. 2013.** "Why Resilience Matters: The Poverty Impacts of Disasters." Policy Research Working Paper 6699. World Bank, Washington, DC. <http://elibrary.worldbank.org/doi/pdf/10.1596/1813-9450-6699>. Accessed 26 March 2014.
- Revkin, A. 2012.** "Beyond Rio: Pursuing 'Ecological Citizenship.'" *New York Times*, 25 June.
- Ringen, S. 1988.** "Direct and Indirect Measures of Poverty." *Journal of Social Policy* 17(3): 351–65.
- Robinson, A., V. Scherrer, and A. Gormally. 2013.** "Disability and Vulnerability: A Primer." Disability-inclusive DRR Network for Asia and the Pacific partners. www.didrrn.net/home/files/3613/8614/3327/DiDRRN_GP_vulnerability_primer_v.fin.pdf. Accessed 24 March 2014.
- Rockström, J., W. Steffen, K. Noone, Å. Persson, F. Chapin, E. Lambin, T. Lenton, M. Scheffer, C. Folke, H. Schellnhuber, B. Nykvist, C. De Wit, T. Hughes, S. van der Leeuw, H. Rodhe, S. Sörlin, P. Snyder, R. Costanza, U. Svedin, M. Falkenmark, L. Karlberg, R. Corell, V. Fabry, J. Hansen, B. Walker, D. Liverman, K. Richardson, P. Crutzen, and J. Foley. 2009.** "Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity." *Ecology and Society* 14(2): 32.
- Rodrik, D. 2000.** "Participatory Politics, Social Cooperation, and Economic Stability." *American Economic Review* 90(2): 140–44. <http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.298.5443&rep=rep1&type=pdf>. Accessed 15 May 2014.
- Roemer, J.E. 1993.** "A Pragmatic Approach to Responsibility for the Egalitarian Planner." *Philosophy and Public Affairs* 22(2): 146–66.
- Rolleston, C., and Z. James. 2011.** "The Role of Schooling in Skill Development: Evidence from Young Lives in Ethiopia, India, Peru and Vietnam." Paper commissioned for the *Education for All Global Monitoring Report 2012*. www.younglives.org.uk/files/policy-papers/role-of-schooling-in-skill-development. Accessed 21 March 2014.
- Rothstein, B. 2001.** "Social Capital in the Social Democratic Welfare State." *Politics and Society* 29(2): 207–41.
- Roxburgh, C., and J. Mischke. 2011.** *European Growth and Renewal: The Path from Crisis to Recovery*. McKinsey Global Institute. www.mckinsey.com/insights/europe/european_growth_and_renewal_path_to_recovery. Accessed 22 April 2014.
- Sander, R., and S. Taylor Jr. 2012.** *Mismatch: How Affirmative Action Hurts Students It's Intended to Help, and Why Universities Won't Admit It*. New York: Basic Books.
- Sandler, T., M. Arce, and G. Daniel. 2002.** "A Conceptual Framework for Understanding Global and Transnational Public Goods for Health." *Fiscal Studies* 23(2): 195–222.
- Sassen, S. 2006.** *Territory, Authority, Rights: From Medieval to Global Assemblages*. Vol. 7. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Schmieder, J.F., T.M. von Wachter, and S. Bender. 2009.** "The Effects of Unemployment Insurance on Labour Supply and Search Outcomes: Regression Discontinuity Estimates from Germany." Discussion Paper 0910-08. Columbia University, Department of Economics, New York. <http://doku.iab.de/discussionpapers/2010/dp0410.pdf>. Accessed 24 March 2014.
- Schroder-Butterfill, E., and R. Mariani. 2006.** "A Framework for Understanding Old-age Vulnerabilities." *Ageing & Society* 26(1): 9–35. <http://journals.cambridge.org/action/displayFulltext?type=1&fid=371433&jid=ASO&volumel=26&issueid=01&aid=371432&bodyid=&membershipNumber=&socityETOCSession>. Accessed 17 March 2014.

- Sebastian, H. 2009.** "The Culture of Fear and Control in Costa Rica: Crime Statistics and Law Enforcement." Working Paper 104. German Institute of Global Affairs, Hamburg, Germany.
- Seitz, S. 2013.** "Indigenous Peoples and the Process of Decentralization: Conflicting Interests Regarding Upland Resource Management in Palawan Province/Philippines." Occasional Paper 13. University of Freiburg, Germany. https://areastudies.uni-freiburg.de/Content/files/occasional-paper-series/op13_seitz.pdf/at_download/file. Accessed 16 May 2014.
- Sen, A. 1992.** *Inequality Reexamined*. Oxford, UK: Oxford University Press.
- . **1999.** "Democracy as a Universal Value." *Journal of Democracy* 10(3): 3–17.
- . **2013.** "The Ends and Means of Sustainability." *Journal of Human Development and Capabilities* 14(1): 6–20.
- Sen, A., J. Stiglitz, and J. Fitoussi. 2009.** *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*. Paris.
- Sen, P. 1998.** "Violence against Women." *Gender and Development* 6(3): 7–16.
- Shonkoff, J.P., and D.A. Phillips. 2000.** *From Neurons to Neighborhoods: The Science of Early Childhood Development*. Washington DC: National Academy Press.
- Shonkoff, J.P., and L. Richter. 2013.** "The Powerful Reach of Early Childhood Development." In P. Rebello Britto, P.L. Engle, and C.M. Super, eds., *Handbook of Early Childhood Development. Research and Its Impact on Global Policy*. New York: Oxford University Press.
- Shonkoff, J.P., L. Richter, J. van der Gaag, and Z.A. Bhutta. 2012.** "The Biology of Adversity: Building an Integrated Science of Child Survival, Early Childhood Development, and Human Capital Formation." *Pediatrics* 129(2): 1–13.
- Sierra Leone, Ministry of Finance and Economic Development, Development Assistance Coordination Office. 2013.** *Republic of Sierra Leone Fragility Assessment*. Freetown. www.newdeal4peace.org/wp-content/uploads/2013/05/Fragility-Assessment-SierraLeone-border-180313.pdf. Accessed 24 March 2014.
- Sinclair, A.R.E., and J.M. Fryxell. 1985.** "The Sahel of Africa: Ecology of a Disaster." *Canadian Journal of Zoology* 63: 987–94.
- Smith, J.P., G. Teruel, T. Duncan, K. Beegle, and E. Frankenberg. 2002.** "Wages, Employment and Economic Shocks: Evidence from Indonesia." *Journal of Population Economics* 15(1): 161–93. http://scholar.google.com/scholar_url?hl=it&q=http://www.dtic.mil/cgi-bin/GetTRDoc%3FAD%3DADA385386&sa=X&scisig=AAGBfm327yyptkiiH6W6JPPHV92yhL2HFA&oi=scholar. Accessed 24 March 2014.
- Sobhan, R. 2014.** "Vulnerability Traps and Their Effects on Human Development." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- Somavia, J. 2013.** *The Meaning of Decent Work*. Geneva: International Labour Office.
- Stephan, G. 2009.** "Employer Wage Subsidies and Wages in Germany: Some Evidence from Individual Data." Discussion Paper 9/2009. Federal Employment Agency, Institute for Employment Research, Nuremberg, Germany.
- Stephens, A.H. 1997.** "Persistent Effects of Job Displacement: The Importance of Multiple Job Losses." *Journal of Labour Economics* 15(1): 165–88. www.jstor.org/stable/2535319?seq=1. Accessed 24 March 2014.
- Stevens, A.H., and J. Schaller. 2011.** "Short-run Effects of Parental Job Loss on Children's Academic Achievement." *Economics of Education Review* 30(2): 289–99.
- Stewart, F., ed. 2008.** *Horizontal Inequalities and Conflict. Understanding Group Violence in Multiethnic Societies*. New York: Palgrave Macmillan.
- . **2010.** "Horizontal Inequalities as a Cause of Conflict: A Review of CRISE Findings." Background paper for *World Development Report 2011*. World Bank, Washington, DC.
- . **2013.** "Capabilities and Human Development: Beyond the Individual—the Critical Role of Social Institutions and Social Competencies." In K. Malik and M. Kugler, eds., *Human Progress and the Rising South*. New York: United Nations Development Programme.
- Stewart, F., M. Barrón, G. Brown, and M. Hartwell. 2006.** "Social Exclusion and Conflict: Analysis and Policy Implications." Policy Paper. Oxford University, Centre for Research on Inequality, Human Security and Ethnicity, Oxford, UK. www.queh.ox.ac.uk/pdf/pdf-research/crise-pp1. Accessed 26 March 2014.
- Stewart, F., G. Brown, and L. Mancini. 2005.** "Why Horizontal Inequalities Matter: Some Implications for Measurement." Working Paper 19. Oxford University, Centre for Research on Inequality, Human Security and Ethnicity, Oxford, UK. <http://r4d.dfid.gov.uk/pdf/outputs/inequality/wp19.pdf>. Accessed 26 March 2014.
- Stiglitz, J. 2012a.** "Macroeconomic Fluctuations, Inequality, and Human Development." *Journal of Human Development and Capabilities* 13(1): 31–58.
- . **2012b.** *The Price of Inequality: How Today's Divided Society Endangers Our Future*. New York: W. W. Norton & Company.
- . **2013.** "Social Protection without Protectionism." In J. Stiglitz and M. Kaldor, eds., *The Quest for Security: Protection Without Protectionism and the Challenge of Global Governance*. New York: Columbia University Press.
- Stiglitz, J., and M. Kaldor, eds. 2013a.** *The Quest for Security: Protection without Protectionism and the Challenge of Global Governance*. New York: Columbia University Press.
- . **2013b.** "Introduction." In J. Stiglitz, and M. Kaldor, eds., *The Quest for Security: Protection Without Protectionism and the Challenge of Global Governance*. New York: Columbia University Press.
- Stiglitz, J., A. Bougrov, Y. Boutros-Ghali, J.P. Fitoussi, C.A. Goodhart, and R. Johnson. 2009.** "Report of the Commission of Experts of the President of the United Nations General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System." United Nations Conference on the World Financial and Economic Crisis and its Impact on Development, 24–26 June, New York. www.un.org/ga/president/63/interactive/financialcrisis/PreliminaryReport210509.pdf. Accessed 24 March 2014.
- Stiglitz, J., A. Sen, and J. Fitoussi. 2010.** *Mismeasuring Our Lives: Why GDP Doesn't Add Up*. New York: New Press.
- Sullivan, D., and T. von Wachter. 2009.** "Job Displacement and Mortality: An Analysis Using Administrative Data." *Quarterly Journal of Economics* 124(3): 1265–1306. <http://qje.oxfordjournals.org/content/124/3/1265.abstract>. Accessed 24 March 2014.
- Sulmasy, G., and J. Yoo. 2007.** "Challenges to Civilian Control of the Military: A Rational Choice Approach to the War on Terror." *UCLA Law Review* 54. http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1030761. Accessed 16 May 2014.
- Sundaram, J. 2013.** "A World of Vulnerability." Project Syndicate, 13 July. www.project-syndicate.org/commentary/poverty-vulnerability-and-social-protection-by-jomo-kwame-sundaram. Accessed 28 April 2014.
- Swiderska, K. A. Argumedo, Y. Song, J. Li, R. Pant, H. Herrera, D. Mutta, P. Munyi, and S. Vedavathy. 2009.** *Protecting Community Rights over Traditional Knowledge: Implications of Customary Laws and Practices: Key Findings and Recommendations 2005–2009*. London: International Institute for Environment and Development.
- Tarrow, S. 2013.** *The Language of Contention: Revolutions in Words, 1688–2012*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Telles, E.E. 2004.** *Race in Another America: The Significance of Skin Color in Brazil*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Temin, M. 2008.** "Expanding Social Protection for Vulnerable Children and Families: Learning from an Institutional Perspective." Working Paper. Inter-Agency Task Team on Children and HIV and AIDS: Working Group on Social Protection, New York. www.unicef.org/aids/files/Expanding_Social_Protection.MTemin.May2008.pdf. Accessed 16 May 2014.
- Thorp, R., F. Stewart, and A. Heyer. 2005.** "When and How Far Is Group Formation a Route out of Chronic Poverty?" *World Development* 33(6): 907–20.
- Thrasher, R., and K. Gallagher. 2008.** *21st Century Trade Agreements: Implications for Long-Run Development Policy*. Pardee Paper 2. Boston, MA: Boston University, Frederick S. Pardee Center for the Study of the Longer Range Future. <http://ase.tufts.edu/gdae/Pubs/rp/KGPardeePolSpaceSep08.pdf>. Accessed 24 March 2014.
- Tshimpanga, J.M., E. Enfors, R. Biggs, and G. Peterson. 2011.** "Maradi Agro-ecosystem." Regime Shifts Database. www.regimeshifts.org/component/k2/item/57-maradi-agro-ecosystem#. Accessed 28 April 2014.
- UCDP (Uppsala Conflict Data Program). 2013.** UCDP Non-State Conflict Dataset v. 2.5-2013, 1989–2012. Sweden. www.pcr.uu.se/research/ucdp/datasets/ucdp_non-state_conflict_dataset/. Accessed 18 February 2014.
- UCDP (Uppsala Conflict Data Program) and PRIO (Peace Research Institute Oslo). 2013.** UCDP/PRIO Armed Conflict Dataset v.4-2013, 1946–2012. Sweden and Oslo. www.pcr.uu.se/research/ucdp/datasets/ucdp_prio_armed_conflict_dataset/. Accessed 18 February 2014.
- UN (United Nations). 1948.** "Universal Declaration of Human Rights." G.A. Res. 217A(III), U.N. GAOR, 3d Sess., U.N. Doc. A/810 (Dec. 10, 1948). www.un.org/en/documents/udhr/. Accessed 20 March 2014.
- . **1966.** "International Convention on Economic, Social and Cultural Rights." G.A. res. 2200A (XXI), 21 U.N. GAOR Supp. (No. 16) at 49, U.N. Doc. A/6316 (1966). www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/CESCR.aspx. Accessed 20 March 2014.

- . 1989. "Convention on the Rights of the Child." GA res. 44/25, annex, 44 UN GAOR Supp. (No. 49) at 167, U.N. Doc. A/44/49 (1989). www.un.org/documents/ga/res/44/a44r025.htm. Accessed 20 March 2014.
- . 1995. "Report of the Fourth World Conference on Women." 4–15 September, Beijing. www.un.org/womenwatch/daw/beijing/pdf/Beijing%20full%20report%20E.pdf. Accessed 20 March 2014.
- . 2000. "United Nations Millennium Declaration." www.un.org/millennium/declaration/ares552e.htm. Accessed 20 March 2014.
- . 2005. *World Summit Outcome (A/60/L.1) 15 September, 2005*. New York. www.un.org/womenwatch/ods/A-RES-60-1-E.pdf. Accessed 25 March 2014.
- . 2006. "Convention on the Rights of Persons with Disabilities." www.un.org/disabilities/default.asp?id=259. Accessed 20 March 2014.
- . 2009. "The Social Protection Floor." www.un.org/ga/second/64/socialprotection.pdf. Accessed 20 March 2014.
- . 2012a. "Report of the UN Special Rapporteur on Extreme Poverty and Human Rights." A/67/278. New York.
- . 2012b. "Resolution Adopted by the General Assembly on 27 July 2012: Resolution 66/288. The Future We Want." Sixty-Sixth Session of the General Assembly. New York. www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/66/288&Lang=E. Accessed 27 March 2014.
- . 2013a. "Declaration of the High-level Dialogue on International Migration and Development." Sixty-Eighth Session of the General Assembly. New York. www.iom.int/files/live/sites/iom/files/What-We-Do/docs/Final-Declaration-2013-En.pdf. Accessed 20 March 2014.
- . 2013b. *A New Global Partnership: Eradicate Poverty and Transform Economies through Sustainable Development*. Report of the High-Level Panel of Eminent Persons on the Post-2015 Development Agenda. New York.
- . 2013c. *The Global Partnership for Development: The Challenge We Face*. MDG Gap Task Force Report 2013. New York. www.un.org/en/development/desa/policy/mdg_gap/mdg_gap2013/mdg_report_2013_en.pdf. Accessed 20 March 2014.
- . 2013d. "Resolution Adopted by the General Assembly on 9 July 2013: Resolution 67/290. Format and Organizational Aspects of the High-Level Political Forum on Sustainable Development." Sixty-Seventh Session of the General Assembly. New York. www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/67/290. Accessed 27 March 2014.
- . 2013e. "Resolution Adopted by the General Assembly on 20 September 2013: Resolution 68/16 on 'Strengthening of the Economic and Social Council'." Sixty-Eighth Session of the General Assembly. New York. www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/68/16. Accessed 27 March 2014.
- . 2014a. "World Conference on Indigenous Peoples." <http://wcp2014.org/background>. Accessed 20 March 2014.
- . 2014b. *World Population Prospects: The 2012 Revision*. New York. <http://esa.un.org/wpp/Excel-Data/population.htm>. Accessed 18 February 2014.
- UN (United Nations) General Assembly. 2009.** "Legal Empowerment of the Poor and Eradication of Poverty." Report of the Secretary General. A/64/133. New York. www.snap-undp.org/lepknowledgebank/Public%20Document%20Library/Legal%20Empowerment%20of%20the%20poor%20and%20Eradication%20of%20Poverty.pdf. Accessed 16 May 2014.
- . 2013a. "Draft Resolution Referred to the High-Level Plenary Meeting of the General Assembly by the General Assembly at its Sixty-Fourth Session." A/65/L.1. www.un.org/en/mdg/summit2010/pdf/mdg%20outcome%20document.pdf. Accessed 16 May 2014.
- . 2013b. "A Life of Dignity for All: Accelerating Progress towards the Millennium Development Goals and Advancing the United Nations Development Agenda beyond 2015." Report of the Secretary-General. A/68/202. New York.
- . 2013c. "Report of the Secretary-General on the Situation in the Sahel Region." New York.
- UN (United Nations) News Centre. 2013a.** "States Must Prioritize Migrants' Human Rights, UN Independent Experts Reiterate." 7 October. www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=46206&Cr=Italy&Cr1=&Kw1=lampedusa&Kw2=&Kw3=#.U0XDET_XI25. Accessed 20 March 2014.
- . 2013b. "Australia's Transfer of Asylum-seekers to Pacific Islands Faulted in UN Reports." 26 November. www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=46596&Cr=asylum&Cr1. Accessed 20 March 2014.
- UN Atlas of the Oceans. 2013.** "Human Settlement on the Coasts." www.oceansatlas.org/servlet/CDServlet?status=ND0x0Dc3JjY9ZW4mMzM9KiYzNz1rb3M~. Accessed 20 March 2014.
- UN Enable. 2013.** "Disability, Natural Disasters and Emergency Situations." www.un.org/disabilities/default.asp?id=1546. Accessed 30 March 2014.
- UN Global Pulse. 2010.** *Voices of the Vulnerable: Recovery from the Ground Up*. New York. www.unglobalpulse.org/sites/default/files/reports/Voices-of-the-Vulnerable_0.pdf. Accessed 24 March 2014.
- . 2012. "Monitoring Household Coping Strategies during Complex Crises." www.unglobalpulse.org/projects/rivaf-research-monitoring-household-coping-strategies-during-complex-crises. Accessed 30 March 2014.
- UN System Task Team on the Post-2015 UN Development Agenda. 2012a.** *Disaster Risk and Resilience*. New York. www.unisdr.org/files/2746220120607unttpostmdgthinkpieceondrra.pdf. Accessed 16 May 2014.
- . 2012b. *Social Protection: A Development Priority in the Post-2015 UN Development Agenda*. New York. www.un.org/millenniumgoals/pdf/Think%20Pieces/16_social_protection.pdf. Accessed 27 March 2014.
- UNCSD (United Nations Conference on Sustainable Development). 2012.** "The Future We Want." Rio de Janeiro, Brazil. www.uncsd2012.org/content/documents/727The%20Future%20We%20Want%2019%20June%201230pm.pdf. Accessed 27 March 2014.
- UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development). 2012a.** *Corporate Social Responsibility in Global Value Chains: Evaluation and Monitoring Challenges for Small and Medium Sized Suppliers in Developing Countries*. New York and Geneva. http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/diaeed2012d3_en.pdf. Accessed 19 March 2014.
- . 2012b. *Development and Globalization: Facts and Figures 2012*. Geneva.
- . 2013. *World Investment Report: Global Value Chains: Investment and Trade for Development*. New York and Geneva. http://unctad.org/en/publicationslibrary/wir2013_en.pdf. Accessed 19 March 2014.
- . 2014. UNCTADstat. http://unctadstat.unctad.org/ReportFolders/reportFolders.aspx?sCS_referer=&sCS_ChosenLang=en. Accessed 20 March 2014.
- UNDESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs). 2009.** *State of the World's Indigenous Peoples*. New York. www.un.org/esa/socdev/unpfii/documents/SOWIP_web.pdf. Accessed 28 March 2014.
- . 2013a. "LDC Information: The Criteria for Identifying Least Developed Countries." www.un.org/en/development/desa/policy/cdp/ldc/ldc_criteria.shtml. Accessed 14 May 2014.
- . 2013b. *Report on World Social Situation 2013: Inequality Matters*. New York.
- UNDP (United Nations Development Programme). 1990.** *Human Development Report 1990*. New York.
- . 1993. *Human Development Report 1993: People's Participation*. New York.
- . 1994. *Human Development Report 1994: New Dimensions of Human Security*. New York.
- . 2003. *Assessment of Micro-Macro Linkages in Poverty Alleviation: South Asia*. Evaluation Office, New York.
- . 2005. *Costa Rica National Human Development Report: Overcoming Fear: Citizen (In)security and Human Development in Costa Rica*. New York. http://hdr.undp.org/sites/default/files/costa_rica_2005_en.pdf. Accessed 31 March 2014.
- . 2009a. *Community Security and Social Cohesion: Towards a UNDP Approach*. Geneva.
- . 2009b. *Human Development Report 2009: Overcoming Barriers: Human Mobility and Development*. New York: Palgrave Macmillan. http://hdr.undp.org/sites/default/files/reports/269/hdr_2009_en_complete.pdf. Accessed 31 March 2014.
- . 2010. *Human Development Report 2010: The Real Wealth of Nations: Pathways to Human Development*. New York.
- . 2011a. *Human Development Report 2011: Sustainability and Equity: A Better Future for All*. New York.
- . 2011b. "Illicit Financial Flows from the Least Developed Countries 1990-2008." Discussion Paper. New York. http://www.ginbot7.org/pdf/IFFs_from_LDCs_web.pdf. Accessed 24 March 2014.
- . 2011c. *Sharing Innovative Experiences: Successful Social Protection Floor Experiences*. New York.
- . 2011d. *Towards Human Resilience: Sustaining MDG Progress in an Age of Economic Uncertainty*. New York.
- . 2012a. *Africa Human Development Report 2012: Towards a Food Secure Future*. www.undp.org/content/dam/undp/library/corporate/HDR/Africa%20HDR/UNDP-Africa%20HDR-2012-EN.pdf. Accessed 20 March 2014.

- . **2012b.** *Caribbean Human Development Report 2012: Human Development and the Shift to Better Citizen Security.* New York. www.undp.org/content/dam/undp/library/corporate/HDR/Latin%20America%20and%20Caribbean%20HDR/C_beau_HDR_Jan25_2012_3MB.pdf. Accessed 31 March 2014.
- . **2012c.** *Governance for Peace: Securing the Social Contract.* New York. www.undp.org/content/dam/undp/library/crisis%20prevention/governance-for-peace_2011-12-15_web.pdf. Accessed 24 March 2014.
- . **2012d.** *Seeing Beyond the State: Grassroots Women's Perspectives on Corruption and Anti-corruption.* New York.
- . **2012e.** *Somalia National Human Development Report: Empowering Youth for Peace and Development.* New York. www.undp.org/content/dam/undp/library/corporate/HDR/Arab%20States/HDR-Somalia-2012-E.pdf. Accessed 21 March 2014.
- . **2013a.** *Human Development Report 2013: The Rise of the South: Human Progress in a Diverse World.* New York.
- . **2013b.** *Informe Regional de Desarrollo Humano 2013-2014: Seguridad Ciudadana con Rostro Humano: Diagnóstico y Propuestas para América Latina.* New York. www.undp.org/content/dam/rblac/img/IDH/IDH-AL%20Informe%20completo.pdf. Accessed 21 March 2014.
- . **2013c.** *The Millennium Development Goals Report 2013.* New York.
- . **2013d.** *Preventing Crisis, Enabling Recovery: A Review of UNDP's Work in Conflict and Disaster-Affected Countries: 2012.* New York. www.undp.org/content/dam/undp/library/crisis%20prevention/BCPR_isuu-sm.pdf. Accessed 15 May 2014.
- . **2014.** *Humanity Divided: Confronting Inequality in Developing Countries.* New York.
- UNDP (United Nations Development Programme), World Bank, and EC (European Commission).** **2011.** "Roma Data." www.eurasia.undp.org/content/rbec/en/home/ourwork/povertyreduction/roma-in-central-and-southeast-europe/roma-data/. Accessed 28 March 2014.
- UNECA (United Nations Economic Commission for Africa).** **2010.** *Innovations and Best Practices in Public Sector Reforms: The Case of Civil Service in Ghana, Kenya, Nigeria and South Africa.* Addis Ababa. www.uneca.org/sites/default/files/publications/innovations_in_the_public_sector.pdf. Accessed 16 May 2014.
- UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change).** **2009.** "Copenhagen Accord." FCCC/CP/2009/L.7. Bonn, Germany. <http://unfccc.int/resource/docs/2009/cop15/eng/l07.pdf>. Accessed 27 March 2014.
- . **2011.** "Report of the Conference of the Parties on Its Sixteenth Session, Held in Cancun from 29 November to 10 December 2010." FCCC/CP/2010/7/Add.1. Bonn, Germany. <http://unfccc.int/resource/docs/2010/cop16/eng/07a01.pdf>. Accessed 27 March 2014.
- . **2012.** "Report of the Conference of the Parties on Its Seventeenth Session, Held in Durban from 28 November to 11 December 2011." FCCC/CP/2011/9/Add.1. Bonn, Germany. <http://unfccc.int/resource/docs/2011/cop17/eng/09a01.pdf>. Accessed 27 March 2014.
- UNFPA (United Nations Population Fund).** **2008.** "Linking Population, Poverty and Development. Migration: A World on the Move." www.unfpa.org/pds/migration.html. Accessed 30 March 2014.
- UNFPA (United Nations Population Fund).** **2010.** *State of World Population 2010.* New York. www.unfpa.org/webdav/site/global/shared/documents/publications/2010/EN_SOWP10.pdf. Accessed 20 March 2014.
- UNFPA (United Nations Population Fund) and HelpAge International.** **2012.** *Ageing in the Twenty-First Century: A Celebration and a Challenge.* New York and London: UNFPA and HelpAge.
- UN-Habitat (United Nations Human Settlements Programme).** **2011.** *Cities and Climate Change: Global Report on Human Settlements 2011.* Nairobi. <http://mirror.unhabitat.org/pmss/listItemDetails.aspx?publicationID=3086>. Accessed 24 March 2014.
- UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees).** **2012.** *UNHCR Global Trends 2012: Displacement. The New 21st Century Challenge.* Geneva. http://unhcr.org/globaltrends/june2013/UNHCR%20GLOBAL%20TRENDS%202012_V08_web.pdf. Accessed 19 March 2014.
- UNICEF (United Nations Children's Fund).** **2006.** *State of the World's Children Report 2007: Women and Children: The Double Dividend of Gender Equality.* New York.
- . **2007.** *The Impact of International Migration: Children Left Behind in Selected Countries of Latin America and the Caribbean.* New York. www.unicef.org/videoaudio/PDFs/The_Impact_of_International_Migration_LAC.pdf. Accessed 20 March 2014.
- . **2008.** *The State of Asia-Pacific's Children.* New York. www.unicef.org/pacificislands/SAPC_Full_Report.pdf. Accessed 22 May 2014.
- UNISDR (United Nations International Strategy for Disaster Reduction).** **2005.** "Hyogo Framework for Action 2005-2015: Building the Resilience of Nations and Communities to Disasters." Geneva. www.unisdr.org/2005/wcdr/intergover/official-doc/L-docs/Hyogo-framework-for-action-english.pdf. Accessed 20 March 2014.
- . **2012a.** "Japan's Success in Risk Reduction Highlighted on March 11 Anniversary." Press Release, 9 March. Geneva.
- . **2012b.** "UNISDR Counts the Cost of 20 Years of Inaction on Climate Change and Risk Reduction." Press release, 13 June. Geneva.
- . **n.d.** "Key Focus Areas." www.unisdr.org/2006/ppew/iemp/iemp-introduction.htm. Accessed 16 May 2014.
- United Nations Global Pulse.** **2012.** "Monitoring Household Coping Strategies during Complex Crises." www.unglobalpulse.org/projects/rivaf-research-monitoring-household-coping-strategies-during-complex-crises. Accessed 28 April 2014.
- United Nations Population Division.** **2013.** "Trends in International Migrant Stock: The 2013 Revision." New York. <http://esa.un.org/unmigration/TIMSA2013/migrantstocks2013.htm>. Accessed 21 November 2013.
- UNOCHA (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs).** **2014.** "World Humanitarian Summit 2016 Concept Note." <https://docs.unocha.org/sites/dms/Documents/WHS%20Concept%20Note.pdf>. Accessed 20 March 2014.
- UNOHCHR (Office of the High Commissioner for Human Rights).** **2003.** "Human Rights in the Administration of Justice: A Manual on Human Rights for Judges, Prosecutors and Lawyers." Geneva. www.ohchr.org/Documents/Publications/training9Titleen.pdf. Accessed 16 May 2014.
- UNRISD (United Nations Research Institute for Social Development).** **2010.** *Combating Poverty and Inequality: Structural Change, Social Policy and Politics.* Geneva. www.unrisd.org/80256B3C005BCCF9%2F%28httpAuxPages%29%2F92B1D5057F43149CC125779600434441%2F. Accessed 16 May 2014.
- UNSSC (United Nations System Staff College).** **2010.** *Indigenous Peoples and Peacebuilding: A Compilation of Best Practices.* Turin, Italy.
- Väililä, T., and A. Mehrotra.** **2005.** "Evolution and Determinants of Public Investment in Europe." Economic and Financial Report 2005/01. European Investment Bank, Luxembourg.
- Van de Gaer, D.** **1993.** "Equality of Opportunity and Investment in Human Capital." Ph.D. thesis. Catholic University of Louvain, Belgium.
- Vennam, U., A. Komanduri, E. Cooper, G. Crivello, and M. Woodhead.** **2009.** "Early Childhood Education Trajectories and Transitions: A Study of the Experiences and Perspectives of Parents and Children in Andhra Pradesh, India." Young Lives Working Paper 52. University of Oxford, Department of International Development, Oxford, UK. www.younglives.org.uk/files/working-papers/wp52-early-childhood-education-trajectories-and-transitions-a-study-of-the-experiences-and-perspectives-of-parents-and-children-in-andhra-pradesh-india. Accessed 21 March 2014.
- Verick, S.** **2009.** "Who Is Hit Hardest during a Financial Crisis? The Vulnerability of Young Men and Women to Unemployment in an Economic Downturn." Discussion Paper 4359. Institute for the Study of Labour, Bonn. <http://ftp.iza.org/dp4359.pdf>. Accessed 21 March 2014.
- Vinding, D., and E.R. Kampbel.** **2007.** "Indigenous Women Workers with Case Studies from Bangladesh, Nepal and the Americas." Working Paper. International Labour Office, Geneva. www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---gender/documents/publication/wcms_173293.pdf. Accessed 28 March 2014.
- Von Braun, J., and G. Tadesse.** **2012.** "Global Food Price Volatility and Spikes: An Overview of Costs, Causes, and Solutions." Discussion Paper on Development Policy 161. University of Bonn, Center for Development Research, Bonn, Germany. <http://ageconsearch.umn.edu/bitstream/120021/3/DP161Rev.pdf>. Accessed 24 March 2014.
- Von Wachter, T.** **2014.** "The Effect of Labour-market Related Shocks on Worker and Family Outcomes in Developed and Developing Countries." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- Wachs, T.D., and A. Rahman.** **2013.** "The Nature and Impact of Risk and Protective Influences on Children's Development in Low-Income Countries." In P.R. Britto, P. Engle, and C. Super, eds., *Handbook of Early Childhood Development Research and Its Impact on Global Policy.* New York: Oxford University Press.
- Wadhams, N.** **2010.** "Iceland Volcano: Kenya's Farmers Losing \$1.3m a Day in Flights Chaos." *The Guardian*, 18 April.

- www.theguardian.com/world/2010/apr/18/iceland-volcano-kenya-farmers. Accessed 19 March 2014.
- Waldron, J. 2013.** "Separation of Powers in Thought and Practice?" *Boston College Law Review* 54: 433–68. www.bc.edu/content/dam/files/centers/clough/pdf/01_waldron.pdf. Accessed 16 May 2014.
- Waters, H., F. Saadah, and M. Pradhan. 2003.** "The Impact of the 1997–98 East Asian Economic Crisis on Health and Health Care in Indonesia in Health Policy Plan." *Health Policy and Planning* 18(2): 172–81.
- Weiss, T.G. 2011.** "ECOSOC and the MDGs: What Can Be Done?" In R. Wilkinson, and D. Humle, eds., *The Millennium Development Goals and Beyond: Global Development after 2015*. New York: Routledge. www.povertydialogue.org/wp-content/uploads/2011/01/26_ECOSOC_and_the_MDGs_What_can_be_Done_ThomasGWeiss.pdf. Accessed 27 March 2014.
- Welford, R. 2013.** "Climate Change Refugees." *CSR Asia Weekly*. <http://csr-asia.com/csr-asia-weekly-news-detail.php?id=12312>. Accessed 20 March 2014.
- WHO (World Health Organization). 2000.** "Reproductive Health during Conflict and Displacement: A Guide for Programme Managers." Geneva. http://whqlibdoc.who.int/hq/2001/WHO_RHR_00.13.pdf?ua=1. Accessed 20 March 2014.
- . **2002.** *World Health Report 2002: Reducing Risks, Promoting Healthy Life*. Geneva. www.who.int/whr/2002/en/whr02_en.pdf. Accessed 20 March 2014.
- . **2007.** *Women, Ageing and Health: A Framework for Action*. Geneva. http://whqlibdoc.who.int/publications/2007/9789241563529_eng.pdf. Accessed 26 March 2014.
- . **2010.** *Global Burden of Disease 2010*. Geneva.
- . **2011a.** *Gender, Climate Change and Health*. Geneva.
- . **2011b.** *World Report on Disability*. Geneva. http://whqlibdoc.who.int/publications/2011/9789240685215_eng.pdf. Accessed 30 March 2014.
- . **2013a.** "Global Leaders Support New Six-year Plan to Deliver a Polio-free World by 2018." News release. 25 April. www.who.int/mediacentre/news/releases/2013/polio_six_year_plan_20130425/en/. Accessed 20 March 2014.
- . **2013b.** "Global and Regional Estimates of Violence against Women: Prevalence and Health Effects of Intimate Partner Violence and Nonpartner Sexual Violence." Geneva. http://apps.who.int/iris/bitstream/10665/85239/1/9789241564625_eng.pdf. Accessed 28 March 2014.
- Wisner, B., P. Blaikie, T. Cannon, and I. Davis. 2004.** *At Risk: Natural Hazards, People's Vulnerability and Disasters*. 2nd ed. London: Routledge.
- Woldehanna, T., N. Jones, and B. Tefera. 2008.** "The Invisibility of Children's Paid and Unpaid Work: Implications for Ethiopia's National Poverty Reduction Policy." *Childhood* 15: 177–201.
- Woodhead, M., P. Dornan, and H. Murray. 2013.** *What Inequality Means for Children. Evidence from Young Lives*. Oxford, UK: Young Lives. www.younglives.org.uk/files/policy-papers/what-inequality-means-for-children-evidence-from-young-lives. Accessed 27 March 2014.
- World Bank. 2000.** *World Development Report 2000/01*. Washington, DC.
- . **2010.** *World Development Report 2011: Conflict, Security and Development*. Washington, DC.
- . **2011.** "Malaysia Economic Monitor: Brain Drain." Bangkok.
- . **2012.** *World Development Report 2013: Jobs*. Washington, DC.
- . **2013a.** Remittance Prices Worldwide Databank. <http://remittanceprices.worldbank.org>. Accessed 27 March 2014.
- . **2013b.** *Turn Down the Heat: Climate Extremes, Regional Impacts, and the Case for Resilience*. Washington DC: World Bank. www.worldbank.org/content/dam/Worldbank/document/Full_Report_Vol_2_Turn_Down_The_Heat_%20Climate_Extremes_Regional_Impacts_Case_for_Resilience_Print%20version_FINAL.pdf. Accessed 20 March 2014.
- . **2013c.** *World Development Report 2014: Risk and Opportunity—Managing Risk for Development*. Washington, DC.
- . **2014a.** PovcalNet online database. Washington, DC. <http://iresearch.worldbank.org/PovcalNet/>. Accessed 15 February 2014.
- . **2014b.** World Development Indicators DataBank. <http://databank.worldbank.org/data/views/variableSelection/selectvariables.aspx?source=world-development-indicators>. Accessed 20 March 2014.
- . **n.d.** "Workers in the Informal Economy." <http://go.worldbank.org/1PVGLNWWYCO>. Accessed 28 April 2014.
- World Economic Forum. 2014.** *Global Risks 2014: Ninth Edition*. Geneva. http://www3.weforum.org/docs/WEF_GlobalRisks_Report_2014.pdf. Accessed 21 March 2014.
- WTO (World Trade Organization). 2001.** "Ministerial Declaration." WT/MIN(01)/DEC/1. www.wto.org/english/thewto_e/minist_e/min01_e/mindecl_e.pdf. Accessed 13 May 2014.
- . **2013.** Ninth WTO Ministerial Conference. <https://mc9.wto.org>. Accessed 24 March 2014.
- WWF (World Wildlife Fund). 2007.** "Climate Savers." http://wwf.panda.org/what_we_do/how_we_work/businesses/climate/climate_savers/. Accessed 20 March 2014.
- Xinhua News Service. 2013.** "China Achieves 99% Rural Healthcare Coverage." 23 August. www.china.org.cn/china/2013-08/23/content_29808818.htm. Accessed 16 May 2014.
- Young, H.P. 2007.** "Social Norms and Public Policy." Brookings Institution, Washington, DC.
- Young, I.M. 1990.** *Justice and the Politics of Difference*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Young, M.E. 2002.** *From Early Child Development to Human Development: Investing in Our Children's Future*. Washington, DC: World Bank.
- . **2014.** "Addressing and Mitigating Vulnerability across the Life Cycle: The Case for Investing on Early Childhood." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- Zaidi, A. 2014.** "Vulnerabilities in Old Age: A Review." Human Development Research Paper. United Nations Development Programme, Human Development Report Office, New York.
- Zeitlyn, S. 2004.** "Social Exclusion in Asia – Some Initial Ideas." UK Department for International Development, London.
- Zepeda, E., S. McDonald, M. Panda, and G. Kumar. 2013.** "Employing India: Guaranteeing Jobs for the Rural Poor." Carnegie Endowment for International Peace, Washington, DC. www.un.org/en/development/desa/policy/publications/seminars/india_rural_employment.pdf. Accessed 22 May 2014.

Statistischer Anhang

Anleitung für den Leser	187
-------------------------	-----

HDI 2013: Schlüssel zu den Ländern und Rangstufen	193
---	-----

Statistische Tabellen

Indizes der menschlichen Entwicklung

1	Index der menschlichen Entwicklung mit Einzelkomponenten	194
2	Trends des Indexes der menschlichen Entwicklung, 1980-2013	198
3	Ungleichheit einbeziehender Index der menschlichen Entwicklung	202
4	Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit	206
5	Index der geschlechtsspezifischen Entwicklung	210
6	Index der mehrdimensionalen Armut	214
6A	Index der mehrdimensionalen Armut – Veränderungen im Zeitverlauf (ausgewählte Länder)	216

Indikatoren der menschlichen Entwicklung

7	Gesundheit: Kinder und Jugendliche	218
8	Gesundheit von Erwachsenen und Gesundheitsausgaben	222
9	Bildung	226
10	Verfügung über und Aufteilung von Ressourcen	230
11	Soziale Kompetenzen	234
12	Persönliche Unsicherheit	238
13	Internationale Integration	242
14	Umwelt	246
15	Bevölkerungstrends	250
16	Ergänzende Indikatoren: Wahrnehmung von Wohlbefinden	254

Regionen	258
----------	-----

Statistische Referenzen	259
-------------------------	-----

Anleitung für den Leser

Die 17 statistischen Tabellen dieses Anhangs geben einen Überblick über die wichtigsten Aspekte der menschlichen Entwicklung. In den ersten sechs Tabellen sind die zusammengesetzten Indizes der menschlichen Entwicklung mit ihren Einzelkomponenten enthalten, die durch das Büro für den *Bericht über die menschliche Entwicklungen* erstellt wurden. In den weiteren Tabellen wird ein breiteres Feld von Indikatoren präsentiert, die mit der menschlichen Entwicklung zusammenhängen.

Soweit in den Hinweisen nicht anders angegeben, verwenden die Tabellen Daten, die dem HDR-Büro am Stichtag 15. November 2013 zur Verfügung standen. Alle Indizes und Indikatoren, die technischen Erläuterungen zur Berechnung der zusammengesetzten Indizes sowie zusätzliche Informationen zu den Quellen stehen online unter <http://hdr.undp.org/en/data> zur Verfügung.

Die Länder und Gebiete werden nach den für sie ermittelten Werten des Index der menschlichen Entwicklung (HDI) für 2013 eingestuft. Analysen der Belastbarkeit und Verlässlichkeit der Werte haben ergeben, dass für die meisten Länder die Unterschiede im HDI-Wert nach der vierten Dezimalstelle statistisch nicht mehr signifikant sind. Aus diesem Grund wird Ländern, deren HDI-Werte sich erst in der vierten Dezimalstelle unterscheiden, der gleiche Rang zugewiesen.

Quellen und Definitionen

Soweit nicht anders angegeben, verwendet das HDR-Büro Daten internationaler Datenorganisationen, die über das Mandat, die Ressourcen und das Fachwissen verfügen, um nationale Daten zu spezifischen Indikatoren sammeln.

Die Definitionen der Indikatoren und die Quellen für die originalen Datenbestandteile werden am Ende jeder Tabelle aufgeführt. Die vollständigen Quellenangaben sind den Statistischen Referenzen zu entnehmen.

Bruttonationaleinkommen pro Kopf in Kaufkraftparitäten

Für den länderübergreifenden Vergleich des einkommensbasierten Lebensstandards wird in der Einkommenskomponente des HDI das Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf

verwendet, das entsprechend der Kaufkraftparität (KKP) umgerechnet wird, um die Unterschiede im Preisniveau der einzelnen Länder aufzuheben.

Die Erhebung des Internationalen Vergleichsprogramms (ICP) ist die weltweit größte statistische Initiative, die international vergleichbare Preisniveaus, Wirtschaftsaggregate in Realwerten und KKP-Schätzungen erstellt. Am 7. Mai 2014 wurden Schätzungen aus den im Jahr 2011 in 180 Ländern durchgeführten ICP-Erhebungen veröffentlicht. Diese Schätzungen wurden zur Berechnung des HDI 2013 herangezogen.

Methodische Aktualisierung

Während der letzten drei Jahre führte das HDR-Büro intensive Konsultationen mit führenden Wissenschaftlern und politischen Entscheidungsträgern, um verschiedene Ansätze für die Messung von Entwicklung zu erörtern, namentlich auch im Hinblick auf die Familie der zusammengesetzten Indizes im Bericht. Die Teilnehmer an diesen Konsultationen stimmten in einem zentralen Punkt überein: Es muss sichergestellt sein, dass diese zusammengesetzten Indizes für politische Entscheidungsträger, Medien, führende Vertreter der Zivilgesellschaft und andere Zielgruppen klar und intuitiv verständlich sind, sodass sie auch weiterhin für die Politik auf dem Gebiet der menschlichen Entwicklung als Orientierungshilfe und Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit dienen können.

Derzeit wird ein formelles Verfahren für künftige Veränderungen der Indizes der menschlichen Entwicklung ausgearbeitet. Die Website des HDR-Büros (<http://hdr.undp.org/en>) ermöglicht erstmalig den Zugriff auf die eigens dafür entwickelten Softwareprogramme, die zur Berechnung der Indizes in diesem Bericht verwendet wurden.

Der Bericht 2014 präsentiert wie die früheren den Index der menschlichen Entwicklung (HDI), den Index der mehrdimensionalen Armut (MPI), den Ungleichheit einbeziehenden Index der menschlichen Entwicklung (IHDI) und den Index der geschlechtsbezogenen Ungleichheit (GII), mit geringfügigen Veränderungen beim HDI und MPI. Der HDI enthält jetzt feste Höchstzielmarken, die wir für mindestens fünf Jahre beizubehalten hoffen. Ausführliche Informationen zu den HDI-Zielmarken finden sich in der *Technischen Erläuterung 1*

unter <http://hdr.undp.org/en>. Einzelheiten zur Aktualisierung des MPI finden sich in der *Technischen Erläuterung 5*, ebenfalls unter <http://hdr.undp.org/en>.

Zeitübergreifende Vergleiche und Vergleich zwischen verschiedenen Ausgaben des Berichts

Da die nationalen und internationalen Datenorganisationen ihre Datenreihen laufend verbessern, sind die in diesem Bericht präsentierten Daten – einschließlich der Werte und Rangfolgen des HDI – nicht mit denjenigen vergleichbar, die in früheren Ausgaben des Berichts veröffentlicht wurden. Zur jahres- und länderübergreifenden Vergleichbarkeit des HDI werden in Tabelle 2 Trends präsentiert, die anhand konsistenter Daten für den Zeitraum 1980-2012 in Fünfjahres-Abständen berechnet werden.

Diskrepanzen zwischen nationalen und internationalen Schätzungen

Nationale und internationale Darstellungen von Daten können voneinander abweichen, weil internationale Organisationen nationale Daten nach einer einheitlichen Methode harmonisieren und gelegentlich Schätzungen für fehlende Daten erstellen, um länderübergreifende Vergleiche zu ermöglichen. In anderen Fällen haben die internationalen Organisationen möglicherweise keinen Zugang zu den aktuellsten nationalen Daten. Wenn das HDR-Büro Diskrepanzen feststellt, bringt es diese den nationalen und internationalen Datenbehörden zur Kenntnis.

Länderklassifizierungen und zusammenfassende Werte

Die Tabellen präsentieren zusammenfassende Werte für mehrere Ländergruppen. Im Allgemeinen wird nur dann ein zusammenfassender Wert angegeben, wenn Daten für mindestens die Hälfte der Länder verfügbar sind und mindestens zwei Drittel der Bevölkerung in der betreffenden Kategorie repräsentieren. Die zusammenfassenden Werte für jede Kategorie repräsentieren nur die Länder, für die Daten verfügbar sind.

Klassifizierung in Bezug auf die menschliche Entwicklung

Die HDI-Klassifizierungen basieren auf festen HDI-Schwellenwerten, die sich aus den Quartilen der Verteilung der einzelnen Indikatoren ergeben. Die Schwellenwerte sind: HDI-Wert unter 0,550 für niedrige menschliche Entwicklung, 0,550-0,699 für mittlere menschliche Entwicklung, 0,700-0,799 für hohe menschliche Entwicklung und ab 0,800 für sehr hohe menschliche Entwicklung.

Regionalgruppen

Die Gruppierung der Länder in Regionen entspricht der regionalen Klassifizierung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen. Die Gruppen „Am wenigsten entwickelte Länder“ und „Kleine Inselentwicklungsländer“ entsprechen den UN-Klassifizierungen (siehe www.unohrrls.org).

Hinweise zu den Ländern

In den Daten für China sind die Sonderverwaltungszone Hongkong der VR China, die Sonderverwaltungszone Macau der VR China oder Taiwan (Provinz von China) nicht enthalten.

Die Daten für Sudan umfassen auch Daten für Südsudan, sofern nicht anders angegeben.

Symbole

Ein Bindestrich zwischen zwei Jahren (zum Beispiel 2005-2013) zeigt an, dass die vorgelegten Daten sich auf das jüngste verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum beziehen. Ein Schrägstrich zwischen Jahren (zum Beispiel 2005/2013) zeigt an, dass es sich um den Durchschnitt der genannten Jahre handelt. Bei Wachstumsraten handelt es sich in der Regel um durchschnittliche jährliche Wachstumsraten zwischen dem ersten und letzten Jahr des angegebenen Zeitraums.

In den Tabellen werden folgende Symbole verwendet:

..	Keine Daten verfügbar
0 or 0.0	Null oder vernachlässigbar
—	Nicht zutreffend

Danksagungen zur Statistik

Die zusammengesetzten Indizes und sonstigen statistischen Ressourcen des Berichts stützen sich auf ein breites Spektrum der auf ihren Spezialgebieten am meisten anerkannten internationalen Datenlieferanten. Das HDR-Büro dankt insbesondere dem Centre for Research on the Epidemiology of Disasters (Zentrum zur Erforschungen der Epidemiologie von Katastrophen), der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, Eurostat, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, Gallup, ICF Macro, dem Internal Displacement Monitoring Centre (Beobachtungsstelle für Binnenvertriebungen), der Internationalen Arbeitsorganisation, dem Internationalen Währungsfonds, der Internationalen Fernmeldeunion, der Interparlamentarischen Union, der Luxembourg Income Study, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, der Hauptabteilung der Vereinten Nationen für Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Westasien, dem Institut für Statistik der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen, dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, der Weltorganisation für Tourismus, der Weltbank und der Weltgesundheitsorganisation. Eine weitere unverzichtbare Quelle für die Berechnung der Indizes des Berichts ist die von Robert Barro (Universität Harvard) und Yong-Wha Lee (Universität Korea) geführte internationale Bildungsdatenbank.

Statistische Tabellen

Die ersten sieben Tabellen in diesem Anhang beziehen sich auf die fünf zusammengesetzten Indizes der menschlichen Entwicklung mit ihren Einzelkomponenten.

Seit dem *Bericht über die menschliche Entwicklung 2010* werden vier zusammengesetzte Indizes der menschlichen Entwicklung berechnet: der HDI, der IHDI, der GII und der MPI. Im diesjährigen Bericht wird der Index der geschlechtsspezifischen Entwicklung (Gender Development Index – GDI) eingeführt, der die für Frauen und für Männer jeweils getrennt berechneten HDI-Werte vergleicht.

Die übrigen Tabellen präsentieren ein breiteres Feld von mit der menschlichen Entwicklung zusammenhängenden Indikatoren und vermitteln daher ein umfassenderes Bild der menschlichen Entwicklung eines Landes.

Tabelle 1, „Index der menschlichen Entwicklung mit Einzelkomponenten“, stuft die Länder entsprechend ihrem HDI-Wert für 2013 in einer Rangliste ein und führt die Werte der drei Komponenten, also Lebenserwartung, Bildung (mit zwei Indikatoren) und Einkommen, im Einzelnen auf. Außerdem präsentiert die Tabelle Werte für den HDI 2012 auf der Grundlage der jüngsten verfügbaren Daten für dieses Jahr, zusammen mit den Rangveränderungen zwischen 2012 und 2013.

Tabelle 2, „Trends des Indexes der menschlichen Entwicklung, 1980-2013“, präsentiert eine Zeitreihe von HDI-Werten, die einen Vergleich der HDI-Werte von 2013 mit den Werten früherer Jahre ermöglicht. Die Tabelle stützt sich auf die neuesten überarbeiteten historischen Daten, die 2013 verfügbar waren, und verwendet dieselbe Methode wie bei der Berechnung des HDI 2013. Neben diesen historischen HDI-Werten zeigt die Tabelle auch die Veränderung des HDI-Rangs in den letzten fünf Jahren und die durchschnittliche jährliche HDI-Wachstumsrate in drei unterschiedlichen Zeitperioden.

Tabelle 3, „Ungleichheit einbeziehender Index der menschlichen Entwicklung“, enthält zwei aufeinander bezogene Messgrößen für Ungleichheit – den IHDI und den HDI-Abzug aufgrund von Ungleichheit. Der IHDI berücksichtigt nicht nur die durchschnittlichen Fortschritte eines Landes in den Dimensionen Gesundheit, Bildung und Einkommen, sondern auch die Verteilung dieser Fortschritte in der Bevölkerung. Der IHDI kann als das tatsächliche Niveau der menschlichen Entwicklung (unter Einbeziehung von Ungleichheit) interpretiert werden. Die relative Differenz zwischen IHDI und HDI entspricht dem Abzug aufgrund von Ungleichheit bei der HDI-Verteilung innerhalb des Landes. Außerdem präsentiert die Tabelle als neue Messgröße den Koeffizienten der menschlichen Ungleichheit, der einen ungewichteten Durchschnitt der Ungleichheit in den drei Dimensionen darstellt. Zusätzlich zeigt die Tabelle für jedes Land die Differenz zwischen HDI- und IHDI-Rang an. Ein negativer Wert bedeutet, dass die Berücksichtigung von Ungleichheit den Rang eines Landes bei der HDI-Verteilung verschlechtert. Des Weiteren enthält die Tabelle drei Standardmessgrößen für Einkommensungleichheit: das Verhältnis zwischen dem obersten und dem untersten Quintil; das Palma-Verhältnis, also das Einkommensverhältnis zwischen den obersten zehn und den untersten 40 Prozent; sowie den Gini-Koeffizienten.

Tabelle 4, „Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit“, präsentiert eine zusammengesetzte Messgröße für geschlechtsspezifische Ungleichheit in drei Dimensionen: reproduktive Gesundheit, Teilhabe und Erwerbsbeteiligung. Die reproduktive Gesundheit wird anhand von zwei Indikatoren gemessen: der Müttersterblichkeit und der Geburtenziffer

Heranwachsender. Die Dimension der Teilhabe wird gemessen anhand des Anteils der von Frauen gehaltenen Parlamentssitze sowie des Anteils der Bevölkerung mit Sekundarschulbildung. Die Dimension Arbeit wird anhand der Erwerbsbeteiligung gemessen. Ein niedriger GII-Wert zeigt eine geringe Ungleichheit zwischen Frauen und Männern an, ein hoher Wert eine starke Ungleichheit.

Tabelle 5, „Index der geschlechtsspezifischen Entwicklung“, misst die Disparitäten beim HDI in Bezug auf die Geschlechter. Die Tabelle enthält HDI-Werte, die für Frauen und Männer getrennt geschätzt wurden; aus dem Verhältnis dieser Werte ergibt sich der GDI. Je näher das Verhältnis bei 1 liegt, desto kleiner ist der Abstand zwischen Frauen und Männern. Für die drei HDI-Komponenten – Lebensdauer, Bildung (mit zwei Indikatoren) und Einkommen – werden ebenfalls nach Geschlecht aufgeschlüsselte Indikatoren präsentiert.

Tabelle 6, „Index der mehrdimensionalen Armut“, erfasst die vielfältigen Formen von Deprivation, denen die Menschen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Lebensstandard ausgesetzt sind. Der MPI zeigt sowohl die Verbreitung der nicht einkommensbezogenen mehrdimensionalen Armut (Gesamtzahl der in mehrdimensionaler Armut lebenden Menschen) als auch ihre Intensität (relative Zahl der Formen von Deprivation, unter denen Menschen gleichzeitig leiden). Anhand von Intensitätsschwellen erfolgt eine Klassifizierung in drei Gruppen: Menschen, die in der Nähe von Armut, in mehrdimensionaler Armut und in starker Armut leben. In welchem Umfang die Formen von Deprivation in jeder Dimension zur Gesamtarmut beitragen, wird ebenfalls dargestellt. Die Tabelle präsentiert außerdem Messgrößen für Einkommensarmut – die Bevölkerung, die über weniger als 1,25 Dollar pro Tag verfügt, und die unter der nationalen Armutsgrenze lebende Bevölkerung. Für den diesjährigen MPI wurden bei den ursprünglichen zehn Indikatoren einige Veränderungen vorgenommen: Für Kinder unter fünf Jahren wurde das Verhältnis Gewicht zu Alter durch das Verhältnis Körpergröße zu Alter ersetzt, weil Wachstumsstörungen („stunting“) ein besserer Indikator für chronische Mangelernährung sind. Der Sterbefall eines Kindes wird nur dann als Gesundheitsdeprivation betrachtet, wenn er innerhalb von fünf Jahren vor der Erhebung stattfand. Die Mindestschwelle für Bildungsdeprivation wurde von fünf auf sechs Jahre Schulbesuch angehoben, um der Standarddefinition des Grundschulbesuchs in den Millenniums-Entwicklungszielen und in den internationalen Messungen der funktionalen Alphabetisierung Rechnung zu tragen. Die Indikatoren für Haushaltsvermögen wurden erweitert, um sowohl ländliche als auch städtische Haushalte besser zu berücksichtigen. Des Weiteren präsentiert die Tabelle auch MPI-Schätzungen, die zu Vergleichszwecken nach den früheren Spezifikationen erstellt wurden.

Tabelle 6A, Index der mehrdimensionalen Armut: Veränderungen im Zeitverlauf (ausgewählte Länder).

Diese Tabelle präsentiert Schätzungen des MPI und seiner Einzelkomponenten für zwei oder mehr Zeitpunkte für Länder, für die 2013 konsistente Daten zur Verfügung standen. Die Schätzungen basieren auf einer überarbeiteten Methode.

Tabelle 7, „Gesundheit: Kinder und Jugendliche“, präsentiert Indikatoren für die Gesundheit von Säuglingen (prozentualer Anteil der Säuglinge, die in den ersten sechs Lebensmonaten ausschließlich gestillt werden, Anteil der Säuglinge, die nicht gegen DTP und Masern geimpft sind, sowie Säuglingssterblichkeit), für die Gesundheit von Kindern (prozentualer Anteil der Kinder unter fünf Jahren, die Wachstumsstörungen aufweisen, Anteil der Kinder mit Übergewicht, und Kindersterblichkeit) sowie für HIV-Prävalenz und -Prävention (Anteil der Kinder von 0-14 Jahren mit HIV, HIV-Prävalenzrate von Jugendlichen, Kondombenutzung unter jungen Menschen und Anteil der Schwangeren mit HIV, die keine Behandlung zur Verhütung der Mutter-Kind-Übertragung erhalten). Die Tabelle umfasst auch Daten über die Inanspruchnahme vorgeburtlicher Betreuung.

Tabelle 8, „Gesundheit von Erwachsenen und Gesundheitsausgaben“, enthält nach Geschlecht aufgeschlüsselte Erwachsenensterblichkeitsraten, altersstandardisierte Sterblichkeitsraten im Zusammenhang mit Alkohol- und Drogenkonsum, altersstandardisierte Adipositasraten und HIV-Prävalenzraten für Erwachsene. Ferner umfasst die Tabelle zwei Indikatoren für Lebenserwartung – die Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren sowie die Lebenserwartung in Gesundheit bei der Geburt. Drei weitere Indikatoren betreffen die Qualität der Gesundheitsversorgung: die Anzahl von Ärzten pro 10.000 Personen, die Gesundheitsausgaben als prozentualer Anteil am BIP und die Eigenauslagen für Gesundheitsausgaben.

Tabelle 9, „Bildung“, präsentiert Standardindikatoren für Bildung sowie Indikatoren für Bildungsqualität, darunter die durchschnittlichen Testergebnisse 15-jähriger Schüler in Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Ferner enthält sie Indikatoren zum Bildungsstand – den Alphabetisierungsgrad Erwachsener und Jugendlicher sowie den Anteil der erwachsenen Bevölkerung mit Sekundarschulbildung. Die Bruttoeinschulungsquoten für die einzelnen Bildungsstufen werden ergänzt durch die Quote der Grundschulabbrecher. Die Tabelle umfasst zwei weitere Indikatoren für Bildungsqualität – den Anteil der ausgebildeten Grundschullehrer und das Zahlenverhältnis Schüler zu Lehrer – sowie einen Indikator für Bildungsausgaben als Anteil am BIP.

Tabelle 10, „Verfügung über und Zuweisung von Ressourcen“, umfasst verschiedene makroökonomische Indikatoren wie Bruttoinlandsprodukt (BIP), Bruttoanlageinvestitionen,

Steuern auf Einkommen, Gewinne und Kapitalerträge als Anteil am Gesamtsteueraufkommen, die BIP-Anteile der Landwirtschaft, Jagd, Forstwirtschaft und Fischerei und den Verbraucherpreisindex. Die Bruttoanlageinvestitionen sind ein roher Indikator für den Teil des Nationaleinkommens, der nicht konsumiert, sondern investiert wird. In wirtschaftlich unsicheren Zeiten oder während einer Rezession gehen die Bruttoanlageinvestitionen in der Regel zurück. Der Verbraucherpreisindex ist ein Maß für Inflation. Die staatlichen Konsumausgaben (präsentiert als BIP-Anteil und als durchschnittliches jährliches Wachstum) sowie die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind Indikatoren für öffentliche Ausgaben. Des Weiteren präsentiert die Tabelle drei Indikatoren für Verschuldung – inländische Kreditvergabe des Bankensektors, Auslandsschulden und Schuldengesamtdienst, jeweils als Anteil am BIP. Außerdem enthält sie zwei Indikatoren, die sich auf Nahrungsmittelpreise beziehen – den Preisniveauindex und den Index der Preisniveauvolatilität.

Tabelle 11, „Soziale Kompetenzen“, enthält Indikatoren zu drei Einzelkomponenten: Beschäftigung und damit verbundene Risikofaktoren, Sozialschutz und nach Geschlecht aufgeschlüsselte Selbstmordraten. Die Indikatoren für die mit Beschäftigung verbundenen Risikofaktoren umfassen prekäre Beschäftigung, Jugend- und Gesamtarbeitslosigkeit, Kinderarbeit und erwerbstätige Arme, sowie die Dauer des gesetzlichen bezahlten Mutterschaftsurlaubs. Soziale Sicherung wird dargestellt durch den prozentualen Anteil der Kinder unter fünf Jahren mit Geburtenregistrierung sowie den Anteil der Bevölkerung im Rentenalter, der tatsächlich eine Altersrente bezieht.

Tabelle 12, „Persönliche Unsicherheit“, zeigt den Grad der Unsicherheit der Bevölkerung an. Sie präsentiert die Zahl der Flüchtlinge nach Herkunftsland und die Zahl der Binnenvertriebenen. Sie enthält Daten über Langzeitarbeitslosigkeit, Mordfälle, die Zahl der Obdachlosen, der Gefängnisinsassen und der Waisenkinder. Ferner zeigt sie das Ausmaß des Nahrungsmitteldefizits und präsentiert einen wahrnehmungsbasierten Indikator für die Rechtfertigung des Schlagens von Ehefrauen, aufgeschlüsselt nach Geschlecht.

Tabelle 13, „Internationale Integration“, liefert Indikatoren für verschiedene Aspekte der Globalisierung. Der internationale Handel wird durch das Maß der Entfernung von den Weltmärkten und durch den BIP-Anteil erfasst. Kapitalströme werden anhand des Nettozuflusses von ausländischen Direktinvestitionen und privatem Kapital, der öffentlichen Entwicklungshilfe und dem Zufluss von Rücküberweisungen dargestellt. Die menschliche Mobilität wird durch die Nettomigrationsrate, den Anteil der Immigranten und die Zahl der einreisenden internationalen Touristen erfasst. Die internationale Kommunikation wird dargestellt durch den Anteil

der Bevölkerung eines Landes, die das Internet nutzt, sowie durch den internationalen Telefonverkehr (eingehende und ausgehende Anrufe).

Tabelle 14, „Umwelt“, stellt die ökologische Verwundbarkeit und die Auswirkungen von Umweltbedrohungen dar. Die Tabelle zeigt den Anteil fossiler Brennstoffe und erneuerbarer Energiequellen an der Primärenergieversorgung, Pro-Kopf-Werte und jährliches Wachstum der Kohlendioxidemissionen sowie Messgrößen für Ökosysteme und die Bewahrung natürlicher Ressourcen (Erschöpfung natürlicher Ressourcen als prozentualer Anteil am BNE, Waldflächen und ihre Veränderung sowie Frischwasserentnahmen). Die Tabelle zeigt die Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren aufgrund der Luftverschmutzung in Innenräumen und im Freien sowie aufgrund von Wasserverschmutzung, unverbesserten Sanitäranlagen oder mangelnder Hygiene. Außerdem präsentiert sie Indikatoren für die direkten Auswirkungen von Naturkatastrophen (Anzahl der Todesopfer und der betroffenen Einwohner).

Tabelle 15, „Bevölkerungstrends“, enthält wichtige Bevölkerungsindikatoren, darunter Gesamtbevölkerung, Medianalter, Abhängigkeitsquotienten und Gesamtgeburtensziffer, die mithelfen können, die Belastung der Erwerbsbevölkerung eines Landes durch Unterstützungsleistungen zu bewerten. Abweichungen vom natürlichen Geschlechterverhältnis bei der Geburt haben Auswirkungen auf das Reproduktionsniveau der Bevölkerung, geben Hinweise auf mögliche soziale und wirtschaftliche Probleme in der Zukunft und können auch ein Anhaltspunkt für geschlechtsspezifische Ungleichheit sein.

Tabelle 16, „Ergänzende Indikatoren: Wahrnehmung von Wohlbefinden“, umfasst Indikatoren, an denen sich individuelle Meinungen und Selbstwahrnehmungen in Bezug auf wichtige Dimensionen der menschlichen Entwicklung ablesen lassen: Bildungsqualität, Qualität der Gesundheitsversorgung, Lebensstandard und Arbeitsmarkt, persönliche Sicherheit sowie generelle Zufriedenheit mit Entscheidungsfreiheit und Lebensführung. Die Tabelle enthält auch Indikatoren für das Vertrauen in andere Menschen und die Zufriedenheit mit dem Gemeinwesen sowie ein breiteres Feld von Indikatoren, die zeigen, wie die Politik der Regierung auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung und des Umweltschutzes wahrgenommen wird, und ob die Regierung insgesamt Vertrauen genießt

Hinweis

1. Aguna und Kovacevic (2011) sowie Hoyland, Moene und Willumsen (2011).

HDI 2013: Schlüssel zu den Ländern und Rangstufen

Afghanistan	169	Iran, Islamische Republik	75	Pakistan	146
Ägypten	110	Irland	11	Palau	60
Albanien	95	Island	13	Palästina, Staat	107
Algerien	93	Israel	19	Panama	65
Andorra	37	Italien	26	Papua-Neuguinea	157
Angola	149	Jamaika	96	Paraguay	111
Antigua und Barbuda	61	Japan	17	Peru	82
Äquatorialguinea	144	Jemen	154	Philippinen	117
Argentinien	49	Jordanien	77	Polen	35
Armenien	87	Kambodscha	136	Portugal	41
Aserbaidshan	76	Kamerun	152	Ruanda	151
Äthiopien	173	Kanada	8	Rumänien	54
Australien	2	Kap Verde	123	Russische Föderation	57
Bahamas	51	Kasachstan	70	Salomonen	157
Bahrain	4	Katar	31	Sambia	141
Bangladesch	142	Kenia	147	Samoa	106
Barbados	59	Kirgistan	125	São Tomé und Príncipe	142
Belarus	53	Kiribati	133	Saudi-Arabien	34
Belgien	21	Kolumbien	98	Schweden	12
Belize	84	Komoren	159	Schweiz	3
Benin	165	Kongo	140	Senegal	163
Bhutan	136	Kongo, Demokratische Republik	186	Serbien	77
Bolivien, Plurinat. Staat	113	Korea, Republik	15	Seychellen	71
Bosnien u. Herzegowina	86	Kroatien	47	Sierra Leone	183
Botsuana	109	Kuba	44	Simbabwe	156
Brasilien	79	Kuwait	46	Singapur	9
Brunei Darussalam	30	Laos, Demokratische Volksrepublik	139	Slowakei	37
Bulgarien	58	Lesotho	162	Slowenien	25
Burkina Faso	181	Lettland	48	Spanien	27
Burundi	180	Libanon	65	Sri Lanka	73
Chile	41	Liberia	175	St. Kitts und Nevis	73
China	91	Libyen	55	St. Lucia	97
Costa Rica	68	Liechtenstein	18	St. Vincent und die Grenadinen	91
Côte d'Ivoire	171	Litauen	35	Südafrika	118
Dänemark	10	Luxemburg	21	Sudan	166
Deutschland	6	Madagaskar	155	Suriname	100
Dominica	93	Malawi	174	Swasiland	148
Dominikanische Republik	102	Malaysia	62	Syrien, Arabische Republik	118
Dschibuti	170	Malediven	103	Tadschikistan	133
Ecuador	98	Mali	176	Tansania, Vereinigte Republik	159
El Salvador	115	Malta	39	Thailand	89
Eritrea	182	Marokko	129	Timor-Leste	128
Estland	33	Mauretanien	161	Togo	166
Fidschi	88	Mauritius	63	Tonga	100
Finnland	24	Mazedonien, ehem. jugosl. Republik	84	Trinidad und Tobago	64
Frankreich	20	Mexiko	71	Tschad	184
Gabun	112	Mikronesien, Föd. Staaten von	124	Tschechische Republik	28
Gambia	172	Moldau, Republik	114	Tunesien	90
Georgien	79	Mongolei	103	Türkei	69
Ghana	138	Montenegro	51	Turkmenistan	103
Grenada	79	Mosambik	178	Uganda	164
Griechenland	29	Myanmar	150	Ukraine	83
Guatemala	125	Namibia	127	Ungarn	43
Guinea	179	Nepal	145	Uruguay	50
Guinea-Bissau	177	Neuseeland	7	Usbekistan	116
Guyana	121	Nicaragua	132	Vanuatu	131
Haiti	168	Niederlande	4	Venezuela, Bolivarische Republik	67
Honduras	129	Niger	187	Vereinigte Arabische Emirate	40
Hongkong, China (SVZ)	15	Nigeria	152	Vereinigte Staaten	5
Indien	135	Norwegen	1	Vereinigtes Königreich	14
Indonesien	108	Oman	56	Vietnam	121
Irak	120	Österreich	21	Zentralafrikanische Republik	185
				Zypern	32

Index der menschlichen Entwicklung mit Einzelkomponenten

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)	Lebenserwartung bei der Geburt	Durchschnittliche Schulbesuchsdauer	Voraussichtliche Schulbesuchsdauer	Bruttonational-einkommen (BNE) pro Kopf	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)	Rangveränderung	
	Wert	(Jahre)	(Jahre)	(Jahre)	(KKP \$ 2011)	Wert	2012–2013	
	2013	2013	2012 ^a	2012 ^a	2013	2012		
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG								
1	Norwegen	0,944	81,5	12,6	17,6	63.909	0,943	0
2	Australien	0,933	82,5	12,8	19,9	41.524	0,931	0
3	Schweiz	0,917	82,6	12,2	15,7	53.762	0,916	0
4	Niederlande	0,915	81,0	11,9	17,9	42.397	0,915	0
5	Vereinigte Staaten	0,914	78,9	12,9	16,5	52.308	0,912	0
6	Deutschland	0,911	80,7	12,9	16,3	43.049	0,911	0
7	Neuseeland	0,910	81,1	12,5	19,4	32.569	0,908	0
8	Kanada	0,902	81,5	12,3	15,9	41.887	0,901	0
9	Singapur	0,901	82,3	10,2 ^b	15,4 ^c	72.371	0,899	3
10	Dänemark	0,900	79,4	12,1	16,9	42.880	0,900	0
11	Irland	0,899	80,7	11,6	18,6	33.414	0,901	-3
12	Schweden	0,898	81,8	11,7 ^b	15,8	43.201	0,897	-1
13	Island	0,895	82,1	10,4	18,7	35.116	0,893	0
14	Vereinigtes Königreich	0,892	80,5	12,3	16,2	35.002	0,890	0
15	Hongkong, China (SAR)	0,891	83,4	10,0	15,6	52.383	0,889	0
15	Korea, Republik	0,891	81,5	11,8	17,0	30.345	0,888	1
17	Japan	0,890	83,6	11,5	15,3	36.747	0,888	-1
18	Liechtenstein	0,889	79,9 ^d	10,3 ^e	15,1	87.085 ^{f,g}	0,888	-2
19	Israel	0,888	81,8	12,5	15,7	29.966	0,886	0
20	Frankreich	0,884	81,8	11,1	16,0	36.629	0,884	0
21	Österreich	0,881	81,1	10,8 ^b	15,6	42.930	0,880	0
21	Belgien	0,881	80,5	10,9 ^b	16,2	39.471	0,880	0
21	Luxemburg	0,881	80,5	11,3	13,9	58.695	0,880	0
24	Finnland	0,879	80,5	10,3	17,0	37.366	0,879	0
25	Slowenien	0,874	79,6	11,9	16,8	26.809	0,874	0
26	Italien	0,872	82,4	10,1 ^b	16,3	32.669	0,872	0
27	Spanien	0,869	82,1	9,6	17,1	30.561	0,869	0
28	Tschechische Republik	0,861	77,7	12,3	16,4	24.535	0,861	0
29	Griechenland	0,853	80,8	10,2	16,5	24.658	0,854	0
30	Brunei Darussalam	0,852	78,5	8,7	14,5	70.883 ^h	0,852	0
31	Katar	0,851	78,4	9,1	13,8	119.029 ^g	0,850	0
32	Zypern	0,845	79,8	11,6	14,0	26.771	0,848	0
33	Estland	0,840	74,4	12,0	16,5	23.387	0,839	0
34	Saudi-Arabien	0,836	75,5	8,7	15,6	52.109	0,833	0
35	Litauen	0,834	72,1	12,4	16,7	23.740	0,831	1
35	Polen	0,834	76,4	11,8	15,5	21.487	0,833	-1
37	Andorra	0,830	81,2 ^d	10,4 ⁱ	11,7	40.597 ^j	0,830	0
37	Slowakei	0,830	75,4	11,6	15,0	25.336	0,829	1
39	Malta	0,829	79,8	9,9	14,5	27.022	0,827	0
40	Vereinigte Arabische Emirate	0,827	76,8	9,1	13,3 ^k	58.068	0,825	0
41	Chile	0,822	80,0	9,8	15,1	20.804	0,819	1
41	Portugal	0,822	79,9	8,2	16,3	24.130	0,822	0
43	Ungarn	0,818	74,6	11,3 ^b	15,4	21.239	0,817	0
44	Bahrain	0,815	76,6	9,4	14,4 ^l	32.072 ^h	0,813	0
44	Kuba	0,815	79,3	10,2	14,5	19.844 ^m	0,813	0
46	Kuwait	0,814	74,3	7,2	14,6	85.820 ^g	0,813	-2
47	Kroatien	0,812	77,0	11,0	14,5	19.025	0,812	0
48	Lettland	0,810	72,2	11,5 ^b	15,5	22.186	0,808	0
49	Argentinien	0,808	76,3	9,8	16,4	17.297 ^h	0,806	0
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG								
50	Uruguay	0,790	77,2	8,5	15,5	18.108	0,787	2
51	Bahamas	0,789	75,2	10,9	12,6 ⁿ	21.414	0,788	0
51	Montenegro	0,789	74,8	10,5 ^o	15,2	14.710	0,787	1
53	Belarus	0,786	69,9	11,5 ^o	15,7	16.403	0,785	1
54	Rumänien	0,785	73,8	10,7	14,1	17.433	0,782	1
55	Libyen	0,784	75,3	7,5	16,1	21.666 ^h	0,789	-5
56	Oman	0,783	76,6	6,8	13,6	42.191 ^h	0,781	0
57	Russische Föderation	0,778	68,0	11,7	14,0	22.617	0,777	0
58	Bulgarien	0,777	73,5	10,6 ^b	14,3	15.402	0,776	0
59	Barbados	0,776	75,4	9,4	15,4	13.604	0,776	-1
60	Palau	0,775	72,4 ^d	12,2 ^p	13,7	12.823	0,773	0

	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)	Lebenserwartung bei der Geburt	Durchschnittliche Schulbesuchsdauer	Voraussichtliche Schulbesuchsdauer	Bruttonational-einkommen (BNE) pro Kopf	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)	Rangveränderung
	Wert	(Jahre)	(Jahre)	(Jahre)	(KKP \$ 2011)	Wert	
HDI-Rang	2013	2013	2012 ^a	2012 ^a	2013	2012	2012–2013
61 Antigua und Barbuda	0,774	76,0	8,9 ^p	13,8	18.800	0,773	–1
62 Malaysia	0,773	75,0	9,5	12,7	21.824	0,770	0
63 Mauritius	0,771	73,6	8,5	15,6	16.777	0,769	0
64 Trinidad und Tobago	0,766	69,9	10,8	12,3	25.325	0,765	0
65 Libanon	0,765	80,0	7,9 ^o	13,2	16.263	0,764	0
65 Panama	0,765	77,6	9,4	12,4	16.379	0,761	2
67 Venezuela, Bolivarische Republik	0,764	74,6	8,6	14,2	17.067	0,763	–1
68 Costa Rica	0,763	79,9	8,4	13,5	13.012	0,761	–1
69 Türkei	0,759	75,3	7,6	14,4	18.391	0,756	0
70 Kasachstan	0,757	66,5	10,4	15,0	19.441	0,755	0
71 Mexiko	0,756	77,5	8,5	12,8	15.854	0,755	–1
71 Seychellen	0,756	73,2	9,4 ^o	11,6	24.632	0,755	–1
73 St. Kitts und Nevis	0,750	73,6 ^d	8,4 ^p	12,9	20.150	0,749	0
73 Sri Lanka	0,750	74,3	10,8	13,6	9.250	0,745	2
75 Iran, Islamische Republik	0,749	74,0	7,8	15,2	13.451 ^h	0,749	–2
76 Aserbaidschan	0,747	70,8	11,2 ^o	11,8	15.725	0,745	–1
77 Jordanien	0,745	73,9	9,9	13,3	11.337	0,744	0
77 Serbien	0,745	74,1	9,5	13,6	11.301	0,743	1
79 Brasilien	0,744	73,9	7,2	15,2 ^q	14.275	0,742	1
79 Georgien	0,744	74,3	12,1 ^r	13,2	6.890	0,741	2
79 Grenada	0,744	72,8	8,6 ^p	15,8	10.339	0,743	–1
82 Peru	0,737	74,8	9,0	13,1	11.280	0,734	0
83 Ukraine	0,734	68,5	11,3	15,1	8.215	0,733	0
84 Belize	0,732	73,9	9,3	13,7	9.364	0,731	0
84 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	0,732	75,2	8,2 ^r	13,3	11.745	0,730	1
86 Bosnien und Herzegowina	0,731	76,4	8,3 ^o	13,6	9.431	0,729	0
87 Armenien	0,730	74,6	10,8	12,3	7.952	0,728	0
88 Fidschi	0,724	69,8	9,9	15,7	7.214	0,722	0
89 Thailand	0,722	74,4	7,3	13,1	13.364	0,720	0
90 Tunesien	0,721	75,9	6,5	14,6	10.440	0,719	0
91 China	0,719	75,3	7,5	12,9	11.477	0,715	2
91 St. Vincent und die Grenadinen	0,719	72,5	8,6 ^p	13,3	10.339	0,717	0
93 Algerien	0,717	71,0	7,6	14,0	12.555	0,715	0
93 Dominica	0,717	77,7 ^d	7,7 ^p	12,7 ⁿ	9.235	0,716	–1
95 Albanien	0,716	77,4	9,3	10,8	9.225	0,714	2
96 Jamaika	0,715	73,5	9,6	12,5	8.170	0,715	–3
97 St. Lucia	0,714	74,8	8,3 ^p	12,8	9.251	0,715	–4
98 Kolumbien	0,711	74,0	7,1	13,2	11.527	0,708	0
98 Ecuador	0,711	76,5	7,6	12,3 ⁿ	9.998	0,708	0
100 Suriname	0,705	71,0	7,7	12,0	15.113	0,702	1
100 Tonga	0,705	72,7	9,4 ^b	14,7	5.316	0,704	0
102 Dominikanische Republik	0,700	73,4	7,5	12,3 ^l	10.844	0,698	0
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG							
103 Malediven	0,698	77,9	5,8 ^b	12,7	10.074	0,695	0
103 Mongolei	0,698	67,5	8,3	15,0	8.466	0,692	3
103 Turkmenistan	0,698	65,5	9,9 ^s	12,6 ^p	11.533	0,693	1
106 Samoa	0,694	73,2	10,3	12,9 ^t	4.708	0,693	–2
107 Palästina, Staat	0,686	73,2	8,9 ^o	13,2	5.168 ^{h,u}	0,683	0
108 Indonesien	0,684	70,8	7,5	12,7	8.970	0,681	0
109 Botswana	0,683	64,4 ^v	8,8	11,7	14.792	0,681	–1
110 Ägypten	0,682	71,2	6,4	13,0	10.400	0,681	–2
111 Paraguay	0,676	72,3	7,7	11,9	7.580	0,670	0
112 Gabun	0,674	63,5	7,4	12,3	16.977	0,670	–1
113 Bolivien, Plurinationaler Staat	0,667	67,3	9,2	13,2	5.552	0,663	0
114 Moldau, Republik	0,663	68,9	9,8	11,8	5.041	0,657	2
115 El Salvador	0,662	72,6	6,5	12,1	7.240	0,660	0
116 Usbekistan	0,661	68,2	10,0 ^r	11,5	5.227	0,657	0
117 Philippinen	0,660	68,7	8,9 ^b	11,3	6.381	0,656	1
118 Südafrika	0,658	56,9	9,9	13,1 ^p	11.788	0,654	1
118 Syrien, Arabische Republik	0,658	74,6	6,6	12,0	5.771 ^{h,u}	0,662	–4
120 Irak	0,642	69,4	5,6	10,1	14.007	0,641	0
121 Guyana	0,638	66,3	8,5	10,7	6.341	0,635	0

TABELLE 1 INDEX DER MENSCHLICHEN ENTWICKLUNG MIT EINZELKOMPONENTEN

	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)	Lebenserwartung bei der Geburt	Durchschnittliche Schulbesuchsdauer	Voraussichtliche Schulbesuchsdauer	Bruttonational-einkommen (BNE) pro Kopf	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)	Rangveränderung
	Wert	(Jahre)	(Jahre)	(Jahre)	(KKP \$ 2011)	Wert	
HDI-Rang	2013	2013	2012 ^a	2012 ^a	2013	2012	2012–2013
121 Vietnam	0,638	75,9	5,5	11,9 ⁿ	4.892	0,635	0
123 Kap Verde	0,636	75,1	3,5 ^p	13,2	6.365	0,635	-2
124 Mikronesien, Föd. Staaten von	0,630	69,0	8,8 ^s	11,4 ^p	3.662	0,629	0
125 Guatemala	0,628	72,1	5,6	10,7	6.866	0,626	0
125 Kirgistan	0,628	67,5	9,3	12,5	3.021	0,621	1
127 Namibia	0,624	64,5	6,2	11,3	9.185	0,620	0
128 Timor-Leste	0,620	67,5	4,4 ^w	11,7	9.674	0,616	1
129 Honduras	0,617	73,8	5,5	11,6	4.138	0,616	0
129 Marokko	0,617	70,9	4,4	11,6	6.905	0,614	2
131 Vanuatu	0,616	71,6	9,0 ^o	10,6	2.652	0,617	-3
132 Nicaragua	0,614	74,8	5,8	10,5	4.266	0,611	0
133 Kiribati	0,607	68,9	7,8 ^p	12,3	2.645	0,606	0
133 Tadschikistan	0,607	67,2	9,9	11,2	2.424	0,603	1
135 Indien	0,586	66,4	4,4	11,7	5.150	0,583	0
136 Bhutan	0,584	68,3	2,3 ^w	12,4	6.775	0,580	0
136 Kambodscha	0,584	71,9	5,8	10,9	2.805	0,579	1
138 Ghana	0,573	61,1	7,0	11,5	3.532	0,571	0
139 Laos, Demokratische Volksrepublik	0,569	68,3	4,6	10,2	4.351	0,565	0
140 Kongo	0,564	58,8	6,1	11,1	4.909	0,561	0
141 Sambia	0,561	58,1	6,5	13,5	2.898	0,554	2
142 Bangladesch	0,558	70,7	5,1	10,0	2.713	0,554	1
142 São Tomé und Príncipe	0,558	66,3	4,7 ^w	11,3	3.111	0,556	-1
144 Äquatorialguinea	0,556	53,1	5,4 ^p	8,5	21.972	0,556	-3
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG							
145 Nepal	0,540	68,4	3,2	12,4	2.194	0,537	0
146 Pakistan	0,537	66,6	4,7	7,7	4.652	0,535	0
147 Kenia	0,535	61,7	6,3	11,0	2.158	0,531	0
148 Swasiland	0,530	49,0	7,1	11,3	5.536	0,529	0
149 Angola	0,526	51,9	4,7 ^w	11,4	6.323	0,524	0
150 Myanmar	0,524	65,2	4,0	8,6	3.998 ^h	0,520	0
151 Ruanda	0,506	64,1	3,3	13,2	1.403	0,502	0
152 Kamerun	0,504	55,1	5,9	10,4	2.557	0,501	0
152 Nigeria	0,504	52,5	5,2 ^w	9,0	5.353	0,500	1
154 Jemen	0,500	63,1	2,5	9,2	3.945	0,499	0
155 Madagaskar	0,498	64,7	5,2 ^p	10,3	1.333	0,496	0
156 Simbabwe	0,492	59,9	7,2	9,3	1.307	0,484	4
157 Papua-Neuguinea	0,491	62,4	3,9	8,9 ^p	2.453	0,490	-1
157 Salomonen	0,491	67,7	4,5 ^p	9,2	1.385	0,489	0
159 Komoren	0,488	60,9	2,8	12,8	1.505	0,486	-1
159 Tansania, Vereinigte Republik	0,488	61,5	5,1	9,2	1.702	0,484	1
161 Mauretanien	0,487	61,6	3,7	8,2	2.988	0,485	-2
162 Lesotho	0,486	49,4	5,9 ^b	11,1	2.798	0,481	1
163 Senegal	0,485	63,5	4,5	7,9	2.169	0,484	-3
164 Uganda	0,484	59,2	5,4	10,8	1.335	0,480	0
165 Benin	0,476	59,3	3,2	11,0	1.726	0,473	0
166 Sudan	0,473	62,1	3,1	7,3 ^p	3.428	0,472	0
166 Togo	0,473	56,5	5,3	12,2	1.129	0,470	1
168 Haiti	0,471	63,1	4,9	7,6 ^p	1.636	0,469	0
169 Afghanistan	0,468	60,9	3,2	9,3	1.904	0,466	0
170 Dschibuti	0,467	61,8	3,8 ^r	6,4	3.109 ^h	0,465	0
171 Côte d'Ivoire	0,452	50,7	4,3	8,9 ^p	2.774	0,448	0
172 Gambia	0,441	58,8	2,8	9,1	1.557	0,438	0
173 Äthiopien	0,435	63,6	2,4 ^w	8,5	1.303	0,429	0
174 Malawi	0,414	55,3	4,2	10,8	715	0,411	0
175 Liberia	0,412	60,6	3,9	8,5 ^p	752	0,407	0
176 Mali	0,407	55,0	2,0 ^b	8,6	1.499	0,406	0
177 Guinea-Bissau	0,396	54,3	2,3 ^r	9,0	1.090	0,396	0
178 Mosambik	0,393	50,3	3,2 ^w	9,5	1.011	0,389	1
179 Guinea	0,392	56,1	1,6 ^w	8,7	1.142	0,391	-1
180 Burundi	0,389	54,1	2,7	10,1	749	0,386	0
181 Burkina Faso	0,388	56,3	1,3 ^r	7,5	1.602	0,385	0
182 Eritrea	0,381	62,9	3,4 ^p	4,1	1.147	0,380	0

	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)	Lebenserwartung bei der Geburt	Durchschnittliche Schulbesuchsdauer	Voraussichtliche Schulbesuchsdauer	Bruttonational-einkommen (BNE) pro Kopf	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)	Rangveränderung
	Wert	(Jahre)	(Jahre)	(Jahre)	(KKP \$ 2011)	Wert	2012–2013
HDI-Rang	2013	2013	2012 ^a	2012 ^a	2013	2012	2012–2013
183 Sierra Leone	0,374	45,6	2,9	7,5 ^p	1.815	0,368	1
184 Tschad	0,372	51,2	1,5 ^s	7,4	1.622	0,370	-1
185 Zentralafrikanische Republik	0,341	50,2	3,5	7,2	588	0,365	0
186 Kongo, Demokratische Republik	0,338	50,0	3,1	9,7	444	0,333	1
187 Niger	0,337	58,4	1,4	5,4	873	0,335	-1
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE							
Korea, Dem. Volksrepublik	..	70,0
Marshallinseln	..	72,6	4.206
Monaco
Nauru	9,3
San Marino	15,3
Somalia	..	55,1
Südsudan	..	55,3	1.450
Tuvalu	10,8	5.151
HDI-Gruppierungen							
Sehr hohe menschliche Entwicklung	0,890	80,2	11,7	16,3	40.046	0,889	—
Hohe menschliche Entwicklung	0,735	74,5	8,1	13,4	13.231	0,733	—
Mittlere menschliche Entwicklung	0,614	67,9	5,5	11,7	5.960	0,612	—
Niedrige menschliche Entwicklung	0,493	59,4	4,2	9,0	2.904	0,490	—
Regionen							
Arabische Staaten	0,682	70,2	6,3	11,8	15.817	0,681	—
Ostasien und Pazifik	0,703	74,0	7,4	12,5	10.499	0,699	—
Europa und Zentralasien	0,738	71,3	9,6	13,6	12.415	0,735	—
Lateinamerika und Karibik	0,740	74,9	7,9	13,7	13.767	0,739	—
Südostasien	0,588	67,2	4,7	11,2	5.195	0,586	—
Afrika südlich der Sahara	0,502	56,8	4,8	9,7	3.152	0,499	—
Am wenigsten entwickelte Länder	0,487	61,5	3,9	9,4	2.126	0,484	—
Kleine Inselentwicklungsländer	0,665	70,0	7,5	11,0	9.471	0,663	—
Welt	0,702	70,8	7,7	12,2	13.723	0,700	—

HINWEISE

- a Die Daten beziehen sich auf 2012 oder das letzte verfügbare Jahr.
- b Aktualisiert durch das Büro für den Bericht über die menschliche Entwicklung (HDRO) auf der Grundlage von Daten des Instituts für Statistik der UNESCO (2013b).
- c Berechnet durch das Bildungsministerium Singapurs.
- d Wert von UNDESA (2011).
- e Unter Annahme der gleichen durchschnittlichen Schulbesuchsjahre Erwachsener wie in der Schweiz vor der neuesten Aktualisierung.
- f Geschätzt anhand der Kaufkraftparität (KKP) und der hochgerechneten Wachstumsrate der Schweiz.
- g Zur Berechnung des HDI gilt für das BNE pro Kopf eine Kappungsgrenze von 75.000 Dollar.
- h Auf der Grundlage von BIP-Umrechnungsraten (KKP) der Weltbank (2014) und BIP-Deflatoren und BNE pro Kopf in nationaler Währung der UN-Statistikabteilung (2014).
- i Unter Annahme der gleichen durchschnittlichen Schulbesuchsjahre Erwachsener wie in Spanien vor der neuesten Aktualisierung.
- j Geschätzt anhand der Kaufkraftparität (KKP) und der hochgerechneten Wachstumsrate Spaniens.
- k Auf der Grundlage von Daten des UNESCO-Instituts für Statistik (2011).

- l Auf der Grundlage von Daten über die voraussichtliche Schulbesuchsdauer des UNESCO-Instituts für Statistik (2013a).
- m Hochgerechnete Wachstumsrate auf der Grundlage von ECLAC (2013).
- n Auf der Grundlage von Daten über die voraussichtliche Schulbesuchsdauer des UNESCO-Instituts für Statistik (2012).
- o Auf der Grundlage von Daten über die Verteilung von Bildungsabschlüssen des UNESCO-Instituts für Statistik (2013b).
- p Auf der Grundlage einer länderübergreifenden Regression.
- q HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Nationalen Instituts für Bildungsstudien, Brasilien (2013).
- r Auf der Grundlage von Daten aus den Multiple Indicator Cluster Surveys des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) für 2005-2012.
- s Auf der Grundlage von Daten aus Haushaltserhebungen der Weltbank (International Income Distribution Database).
- t HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten des Statistikbüros von Samoa (o.J.).
- u Auf der Grundlage der von UNESCWA (2013) hochgerechneten Wachstumsraten.
- v Unveröffentlichte vorläufige Schätzung aus einer Mitteilung der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen vom Oktober 2013.

- w Auf der Grundlage von Daten aus den von ICF Macro durchgeführten Demographic and Health Surveys.

DEFINITIONEN

Index der menschlichen Entwicklung (HDI): Ein zusammengesetzter Index, der die durchschnittlich erzielten Fortschritte bei drei grundlegenden Dimensionen menschlicher Entwicklung misst: einem langen und gesunden Leben, Wissen und angemessenem Lebensstandard. Detaillierte Informationen zur Berechnung des HDI enthält die *Technische Erläuterung 1* unter <http://hdr.undp.org>.

Lebenserwartung bei der Geburt: Zahl der Jahre, die ein Neugeborenes leben würde, wenn die zur Zeit seiner Geburt vorherrschenden Muster altersspezifischer Sterblichkeit während seines gesamten Lebens unverändert blieben.

Durchschnittliche Schulbesuchsdauer in Jahren: Durchschnittliche Zahl der Jahre des Schulunterrichts, die ab 25-Jährige in ihrem Leben erhalten haben, umgewandelt aus den Bildungsstufenabschlüssen der Bevölkerung auf der Basis der offiziellen Dauer jeder Bildungsstufe.

Voraussichtliche Schulbesuchsdauer: Zahl der Jahre des Schulunterrichts, die ein Kind im Schuleintrittsalter zu erhalten erwarten kann, wenn die vorherrschenden altersspezifischen Einschulungsquoten während des gesamten Lebens des Kindes konstant bleiben.

Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf: Gesamteinkommen einer Volkswirtschaft aus ihrer Produktion und ihrem Eigentum an Produktionsfaktoren, vermindert um Zahlungen für die Nutzung von Produktionsfaktoren im Besitz der übrigen Welt, umgewandelt in internationale Dollar unter Berücksichtigung der Kaufkraftparität (KKP), geteilt durch die Bevölkerung zur Jahresmitte.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1 und 6: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten von UNDESA (2013a), Barro und Lee (2013), UNESCO Institute for Statistics (2013b), UN Statistics Division (2014), World Bank (2014) und IMF (2014).

Spalte 2: UNDESA 2013a.

Spalte 3: Barro und Lee (2013), UNESCO Institute for Statistics (2013b) und HDRO-Schätzungen auf der Grundlage von Daten des UNESCO Institute for Statistics über Bildungsabschlüsse (2013b) sowie der Methodik von Barro und Lee (2013).

Spalte 4: UNESCO Institute for Statistics 2013b.

Spalte 5: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten von World Bank (2014), IMF (2014) und UN Statistics Division (2014).

Spalte 7: Berechnet auf der Grundlage von Daten in den Spalten 1 und 6.

Trends des Indexes der menschlichen Entwicklung, 1980-2013

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)									HDI-Rang		Durchschnittliches jährliches HDI-Wachstum			
	Wert									Veränderung		(%)			
	1980	1990	2000	2005	2008	2010	2011	2012	2013	2012	2008-2013*	1980-1990	1990-2000	2000-2013	
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG															
1	Norwegen	0,793	0,841	0,910	0,935	0,937	0,939	0,941	0,943	0,944	1	0	0,59	0,80	0,28
2	Australien	0,841	0,866	0,898	0,912	0,922	0,926	0,928	0,931	0,933	2	0	0,29	0,37	0,29
3	Schweiz	0,806	0,829	0,886	0,901	0,903	0,915	0,914	0,916	0,917	3	1	0,29	0,66	0,27
4	Niederlande	0,783	0,826	0,874	0,888	0,901	0,904	0,914	0,915	0,915	4	3	0,53	0,57	0,35
5	Vereinigte Staaten	0,825	0,858	0,883	0,897	0,905	0,908	0,911	0,912	0,914	5	-2	0,39	0,29	0,26
6	Deutschland	0,739	0,782	0,854	0,887	0,902	0,904	0,908	0,911	0,911	6	-1	0,57	0,89	0,51
7	Neuseeland	0,793	0,821	0,873	0,894	0,899	0,903	0,904	0,908	0,910	7	1	0,35	0,62	0,32
8	Kanada	0,809	0,848	0,867	0,892	0,896	0,896	0,900	0,901	0,902	8	1	0,48	0,21	0,31
9	Singapur	..	0,744	0,800	0,840	0,868	0,894	0,896	0,899	0,901	12	14	..	0,72	0,92
10	Dänemark	0,781	0,806	0,859	0,891	0,896	0,898	0,899	0,900	0,900	10	-1	0,31	0,63	0,37
11	Irland	0,734	0,775	0,862	0,890	0,902	0,899	0,900	0,901	0,899	8	-6	0,54	1,08	0,32
12	Schweden	0,776	0,807	0,889	0,887	0,891	0,895	0,896	0,897	0,898	11	-1	0,38	0,98	0,08
13	Island	0,754	0,800	0,858	0,888	0,886	0,886	0,890	0,893	0,895	13	0	0,59	0,70	0,32
14	Vereinigtes Königreich	0,735	0,768	0,863	0,888	0,890	0,895	0,891	0,890	0,892	14	-2	0,45	1,18	0,25
15	Hongkong, China (SAR)	0,698	0,775	0,810	0,839	0,877	0,882	0,886	0,889	0,891	15	2	1,06	0,43	0,74
15	Korea, Republik	0,628	0,731	0,819	0,856	0,874	0,882	0,886	0,888	0,891	16	5	1,52	1,14	0,65
17	Japan	0,772	0,817	0,858	0,873	0,881	0,884	0,887	0,888	0,890	16	-2	0,57	0,48	0,28
18	Liechtenstein	0,882	0,887	0,888	0,889	16
19	Israel	0,749	0,785	0,849	0,869	0,877	0,881	0,885	0,886	0,888	19	-1	0,48	0,78	0,34
20	Frankreich	0,722	0,779	0,848	0,867	0,875	0,879	0,882	0,884	0,884	20	0	0,76	0,85	0,33
21	Österreich	0,736	0,786	0,835	0,851	0,868	0,877	0,879	0,880	0,881	21	3	0,67	0,61	0,41
21	Belgien	0,753	0,805	0,873	0,865	0,873	0,877	0,880	0,880	0,881	21	1	0,68	0,81	0,07
21	Luxemburg	0,729	0,786	0,866	0,876	0,882	0,881	0,881	0,880	0,881	21	-6	0,75	0,98	0,13
24	Finnland	0,752	0,792	0,841	0,869	0,878	0,877	0,879	0,879	0,879	24	-7	0,52	0,60	0,34
25	Slowenien	..	0,769	0,821	0,855	0,871	0,873	0,874	0,874	0,874	25	-2	..	0,66	0,48
26	Italien	0,718	0,763	0,825	0,858	0,868	0,869	0,872	0,872	0,872	26	-2	0,60	0,78	0,43
27	Spanien	0,702	0,755	0,826	0,844	0,857	0,864	0,868	0,869	0,869	27	1	0,74	0,90	0,39
28	Tschechische Republik	..	0,762	0,806	0,845	0,856	0,858	0,861	0,861	0,861	28	1	..	0,56	0,52
29	Griechenland	0,713	0,749	0,798	0,853	0,858	0,856	0,854	0,854	0,853	29	-2	0,49	0,64	0,51
30	Brunei Darussalam	0,740	0,786	0,822	0,838	0,843	0,844	0,846	0,852	0,852	30	2	0,60	0,46	0,27
31	Katar	0,729	0,756	0,811	0,840	0,855	0,847	0,843	0,850	0,851	31	-1	0,35	0,71	0,37
32	Zypern	0,661	0,726	0,800	0,828	0,844	0,848	0,850	0,848	0,845	32	-1	0,95	0,96	0,43
33	Estland	..	0,730	0,776	0,821	0,832	0,830	0,836	0,839	0,840	33	0	..	0,61	0,61
34	Saudi-Arabien	0,583	0,662	0,744	0,773	0,791	0,815	0,825	0,833	0,836	34	13	1,28	1,17	0,90
35	Litauen	..	0,737	0,757	0,806	0,827	0,829	0,828	0,831	0,834	36	1	..	0,28	0,75
35	Polen	0,687	0,714	0,784	0,803	0,817	0,826	0,830	0,833	0,834	34	3	0,38	0,94	0,48
37	Andorra	0,832	0,831	0,830	0,830	37
37	Slowakei	..	0,747	0,776	0,803	0,824	0,826	0,827	0,829	0,830	38	0	..	0,39	0,51
39	Malta	0,704	0,730	0,770	0,801	0,809	0,821	0,823	0,827	0,829	39	4	0,36	0,53	0,57
40	Vereinigte Arabische Emirate	0,640	0,725	0,797	0,823	0,832	0,824	0,824	0,825	0,827	40	-5	1,25	0,95	0,28
41	Chile	0,640	0,704	0,753	0,785	0,805	0,808	0,815	0,819	0,822	42	3	0,96	0,67	0,68
41	Portugal	0,643	0,708	0,780	0,790	0,805	0,816	0,819	0,822	0,822	41	3	0,96	0,97	0,41
43	Ungarn	0,696	0,701	0,774	0,805	0,814	0,817	0,817	0,817	0,818	43	-3	0,08	0,99	0,43
44	Bahrain	0,677	0,729	0,784	0,811	0,810	0,812	0,812	0,813	0,815	44	-2	0,75	0,72	0,30
44	Kuba	0,681	0,729	0,742	0,786	0,830	0,824	0,819	0,813	0,815	44	-9	0,68	0,17	0,73
46	Kuwait	0,702	0,723	0,804	0,795	0,800	0,807	0,810	0,813	0,814	44	1	0,29	1,08	0,09
47	Kroatien	..	0,689	0,748	0,781	0,801	0,806	0,812	0,812	0,812	47	-1	..	0,82	0,64
48	Lettland	..	0,710	0,729	0,786	0,813	0,809	0,804	0,808	0,810	48	-7	..	0,26	0,82
49	Argentinien	0,665	0,694	0,753	0,758	0,777	0,799	0,804	0,806	0,808	49	4	0,43	0,81	0,55
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG															
50	Uruguay	0,658	0,691	0,740	0,755	0,773	0,779	0,783	0,787	0,790	52	5	0,49	0,69	0,50
51	Bahamas	0,766	0,787	0,791	0,788	0,789	0,788	0,789	51	-3	0,23
51	Montenegro	0,750	0,780	0,784	0,787	0,787	0,789	52	1
53	Belarus	0,725	0,764	0,779	0,784	0,785	0,786	54	7
54	Rumänien	0,685	0,703	0,706	0,750	0,781	0,779	0,782	0,782	0,785	55	-3	0,25	0,05	0,82
55	Libyen	0,641	0,684	0,745	0,772	0,789	0,799	0,753	0,789	0,784	50	-5	0,65	0,85	0,40
56	Oman	0,733	0,714	0,780	0,781	0,781	0,783	56	6
57	Russische Föderation	..	0,729	0,717	0,750	0,770	0,773	0,775	0,777	0,778	57	0	..	-0,17	0,64
58	Bulgarien	0,658	0,696	0,714	0,749	0,766	0,773	0,774	0,776	0,777	58	0	0,57	0,25	0,66
59	Barbados	0,658	0,706	0,745	0,761	0,776	0,779	0,780	0,776	0,776	58	-5	0,71	0,54	0,31
60	Palau	0,741	0,771	0,772	0,768	0,770	0,773	0,775	60	-4	0,34
61	Antigua und Barbuda	0,778	0,772	0,773	0,774	60
62	Malaysia	0,577	0,641	0,717	0,747	0,760	0,766	0,768	0,770	0,773	62	1	1,05	1,12	0,58

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)									HDI-Rang		Durchschnittliches jährliches HDI-Wachstum			
	Wert									Veränderung		(%)			
	1980	1990	2000	2005	2008	2010	2011	2012	2013	2012	2008–2013*	1980–1990	1990–2000	2000–2013	
63	Mauritius	0,558	0,621	0,686	0,722	0,741	0,753	0,759	0,769	0,771	63	9	1,07	1,01	0,90
64	Trinidad und Tobago	0,658	0,658	0,697	0,745	0,764	0,764	0,764	0,765	0,766	64	-3	0,00	0,58	0,73
65	Libanon	0,741	0,750	0,759	0,764	0,764	0,765	65	2
65	Panama	0,627	0,651	0,709	0,728	0,752	0,759	0,757	0,761	0,765	67	1	0,38	0,85	0,59
67	Venezuela, Bolivarische Republik	0,639	0,644	0,677	0,716	0,758	0,759	0,761	0,763	0,764	66	-2	0,08	0,50	0,93
68	Costa Rica	0,605	0,652	0,705	0,721	0,744	0,750	0,758	0,761	0,763	67	1	0,76	0,79	0,60
69	Türkei	0,496	0,576	0,653	0,687	0,710	0,738	0,752	0,756	0,759	69	16	1,50	1,27	1,16
70	Kasachstan	..	0,686	0,679	0,734	0,744	0,747	0,750	0,755	0,757	70	-1	..	-0,09	0,84
71	Mexiko	0,595	0,647	0,699	0,724	0,739	0,748	0,752	0,755	0,756	70	2	0,84	0,78	0,60
71	Seychellen	0,743	0,757	0,766	0,763	0,749	0,755	0,756	70	-12	0,14
73	St. Kitts und Nevis	0,747	0,745	0,749	0,750	0,750	73
73	Sri Lanka	0,569	0,620	0,679	0,710	0,725	0,736	0,740	0,745	0,750	75	5	0,87	0,91	0,77
75	Iran, Islamische Republik	0,490	0,552	0,652	0,681	0,711	0,725	0,733	0,749	0,749	73	10	1,19	1,69	1,07
76	Aserbaidshjan	0,639	0,686	0,724	0,743	0,743	0,745	0,747	75	4	1,21
77	Jordanien	0,587	0,622	0,705	0,733	0,746	0,744	0,744	0,744	0,745	77	-8	0,58	1,26	0,43
77	Serbien	..	0,726	0,713	0,732	0,743	0,743	0,744	0,743	0,745	78	-5	..	-0,19	0,34
79	Brasilien	0,545	0,612	0,682	0,705	0,731	0,739	0,740	0,742	0,744	80	-4	1,16	1,10	0,67
79	Georgien	0,710	0,730	0,733	0,736	0,741	0,744	81	-3
79	Grenada	0,746	0,747	0,743	0,744	0,744	78
82	Peru	0,595	0,615	0,682	0,694	0,707	0,722	0,727	0,734	0,737	82	8	0,34	1,03	0,60
83	Ukraine	..	0,705	0,668	0,713	0,729	0,726	0,730	0,733	0,734	83	-5	..	-0,54	0,73
84	Belize	0,619	0,640	0,675	0,710	0,710	0,714	0,717	0,731	0,732	84	3	0,33	0,53	0,63
84	Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	0,699	0,724	0,728	0,730	0,730	0,732	85	-3
86	Bosnien und Herzegowina	0,716	0,727	0,726	0,729	0,729	0,731	86	-7
87	Armenien	..	0,632	0,648	0,693	0,722	0,720	0,724	0,728	0,730	87	-4	..	0,26	0,92
88	Fidschi	0,587	0,619	0,674	0,694	0,712	0,721	0,722	0,722	0,724	88	-4	0,53	0,86	0,55
89	Thailand	0,503	0,572	0,649	0,685	0,704	0,715	0,716	0,720	0,722	89	3	1,28	1,27	0,83
90	Tunesien	0,484	0,567	0,653	0,687	0,706	0,715	0,716	0,719	0,721	90	1	1,60	1,42	0,77
91	China	0,423	0,502	0,591	0,645	0,682	0,701	0,710	0,715	0,719	93	10	1,72	1,66	1,52
91	St. Vincent und die Grenadinen	0,717	0,715	0,717	0,719	0,719	91
93	Algerien	0,509	0,576	0,634	0,675	0,695	0,709	0,715	0,715	0,717	93	5	1,25	0,96	0,95
93	Dominica	0,691	0,708	0,712	0,717	0,718	0,716	0,717	92	-8	0,29
95	Albanien	0,603	0,609	0,655	0,689	0,703	0,708	0,714	0,714	0,716	97	-1	0,10	0,74	0,69
96	Jamaika	0,614	0,638	0,671	0,700	0,710	0,712	0,714	0,715	0,715	93	-8	0,38	0,51	0,49
97	St. Lucia	0,717	0,718	0,715	0,714	0,714	93
98	Kolumbien	0,557	0,596	0,655	0,680	0,700	0,706	0,710	0,708	0,711	98	-2	0,68	0,94	0,63
98	Ecuador	0,605	0,643	0,658	0,687	0,697	0,701	0,705	0,708	0,711	98	-1	0,61	0,24	0,59
100	Suriname	0,672	0,694	0,698	0,701	0,702	0,705	101	0
100	Tonga	0,602	0,631	0,672	0,695	0,696	0,701	0,702	0,704	0,705	100	-2	0,49	0,62	0,37
102	Dominikanische Republik	0,527	0,589	0,645	0,668	0,684	0,691	0,695	0,698	0,700	102	-1	1,12	0,91	0,63
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG															
103	Malediven	0,599	0,659	0,675	0,688	0,692	0,695	0,698	103	1	1,19
103	Mongolei	0,515	0,552	0,580	0,637	0,665	0,671	0,682	0,692	0,698	106	3	0,71	0,50	1,43
103	Turkmenistan	0,687	0,690	0,693	0,698	0,698	104
106	Samoa	0,654	0,681	0,683	0,688	0,690	0,693	0,694	104	-3	0,45
107	Palästina, Staat	0,649	0,672	0,671	0,679	0,683	0,686	107	1
108	Indonesien	0,471	0,528	0,609	0,640	0,654	0,671	0,678	0,681	0,684	108	4	1,16	1,44	0,90
109	Botsuana	0,470	0,583	0,560	0,610	0,656	0,672	0,678	0,681	0,683	108	2	2,18	-0,40	1,54
110	Ägypten	0,452	0,546	0,621	0,645	0,667	0,678	0,679	0,681	0,682	108	-4	1,91	1,30	0,72
111	Paraguay	0,550	0,581	0,625	0,648	0,661	0,669	0,672	0,670	0,676	111	-3	0,55	0,73	0,61
112	Gabun	0,540	0,619	0,632	0,644	0,654	0,662	0,666	0,670	0,674	111	0	1,37	0,21	0,50
113	Bolivien, Plurinationaler Staat	0,494	0,554	0,615	0,636	0,649	0,658	0,661	0,663	0,667	113	2	1,17	1,04	0,63
114	Moldau, Republik	..	0,645	0,598	0,639	0,652	0,652	0,656	0,657	0,663	116	0	..	-0,76	0,80
115	El Salvador	0,517	0,529	0,607	0,640	0,648	0,652	0,657	0,660	0,662	115	1	0,22	1,38	0,67
116	Usbekistan	0,626	0,643	0,648	0,653	0,657	0,661	116	2
117	Philippinen	0,566	0,591	0,619	0,638	0,648	0,651	0,652	0,656	0,660	118	-1	0,45	0,46	0,49
118	Südafrika	0,569	0,619	0,628	0,608	0,623	0,638	0,646	0,654	0,658	119	2	0,86	0,14	0,36
118	Syrien, Arabische Republik	0,528	0,570	0,605	0,653	0,658	0,662	0,662	0,662	0,658	114	-8	0,76	0,60	0,65
120	Irak	0,500	0,508	0,606	0,621	0,632	0,638	0,639	0,641	0,642	120	-1	0,17	1,77	0,45
121	Guyana	0,516	0,505	0,570	0,584	0,621	0,626	0,632	0,635	0,638	121	0	-0,22	1,22	0,87
121	Vietnam	0,463	0,476	0,563	0,598	0,617	0,629	0,632	0,635	0,638	121	2	0,28	1,70	0,96
123	Kap Verde	0,573	0,589	0,613	0,622	0,631	0,635	0,636	121	1	0,81
124	Mikronesien, Föd. Staaten von	0,627	0,627	0,629	0,630	0,630	124
125	Guatemala	0,445	0,483	0,551	0,576	0,601	0,613	0,620	0,626	0,628	125	3	0,82	1,34	1,01

TABELLE 2 TRENDS DES INDEXES DER MENSCHLICHEN ENTWICKLUNG, 1980-2013

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)										HDI-Rang		Durchschnittliches jährliches HDI-Wachstum		
	Wert										Veränderung		(%)		
	1980	1990	2000	2005	2008	2010	2011	2012	2013	2012	2008-2013*	1980-1990	1990-2000	2000-2013	
125 Kirgistan	..	0,607	0,586	0,605	0,617	0,614	0,618	0,621	0,628	126	-2	..	-0,34	0,52	
127 Namibia	0,550	0,577	0,556	0,570	0,598	0,610	0,616	0,620	0,624	127	3	0,48	-0,36	0,89	
128 Timor-Leste	0,465	0,505	0,579	0,606	0,606	0,616	0,620	129	5	2,25	
129 Honduras	0,461	0,507	0,558	0,584	0,604	0,612	0,615	0,616	0,617	129	-2	0,95	0,96	0,78	
129 Marokko	0,399	0,459	0,526	0,569	0,588	0,603	0,612	0,614	0,617	131	3	1,41	1,37	1,23	
131 Vanuatu	0,608	0,617	0,618	0,617	0,616	128	-5	
132 Nicaragua	0,483	0,491	0,554	0,585	0,599	0,604	0,608	0,611	0,614	132	-3	0,17	1,22	0,79	
133 Kiribati	0,599	0,599	0,606	0,607	133	
133 Tadschikistan	..	0,610	0,529	0,572	0,591	0,596	0,600	0,603	0,607	134	-2	..	-1,42	1,07	
135 Indien	0,369	0,431	0,483	0,527	0,554	0,570	0,581	0,583	0,586	135	1	1,58	1,15	1,49	
136 Bhutan	0,569	0,579	0,580	0,584	136	
136 Kambodscha	0,251	0,403	0,466	0,536	0,564	0,571	0,575	0,579	0,584	137	-1	4,83	1,47	1,75	
138 Ghana	0,423	0,502	0,487	0,511	0,544	0,556	0,566	0,571	0,573	138	1	1,73	-0,30	1,26	
139 Laos, Demokratische Volksrepublik	0,340	0,395	0,473	0,511	0,533	0,549	0,560	0,565	0,569	139	3	1,51	1,83	1,44	
140 Kongo	0,542	0,553	0,501	0,525	0,548	0,565	0,549	0,561	0,564	140	-2	0,19	-0,98	0,92	
141 Sambia	0,422	0,407	0,423	0,471	0,505	0,530	0,543	0,554	0,561	143	7	-0,37	0,39	2,19	
142 Bangladesch	0,336	0,382	0,453	0,494	0,515	0,539	0,549	0,554	0,558	143	2	1,29	1,71	1,62	
142 São Tomé und Príncipe	0,495	0,520	0,537	0,543	0,548	0,556	0,558	141	-1	0,92	
144 Äquatorialguinea	0,476	0,517	0,543	0,559	0,553	0,556	0,556	141	-4	1,21	
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG															
145 Nepal	0,286	0,388	0,449	0,477	0,501	0,527	0,533	0,537	0,540	145	4	3,09	1,47	1,42	
146 Pakistan	0,356	0,402	0,454	0,504	0,536	0,526	0,531	0,535	0,537	146	-1	1,22	1,21	1,30	
147 Kenia	0,446	0,471	0,455	0,479	0,508	0,522	0,527	0,531	0,535	147	-1	0,55	-0,34	1,25	
148 Swasiland	0,477	0,538	0,498	0,498	0,518	0,527	0,530	0,529	0,530	148	-5	1,20	-0,77	0,48	
149 Angola	0,377	0,446	0,490	0,504	0,521	0,524	0,526	149	2	2,60	
150 Myanmar	0,328	0,347	0,421	0,472	0,500	0,514	0,517	0,520	0,524	150	0	0,59	1,94	1,69	
151 Ruanda	0,291	0,238	0,329	0,391	0,432	0,453	0,463	0,502	0,506	151	17	-2,01	3,31	3,35	
152 Kamerun	0,391	0,440	0,433	0,457	0,477	0,493	0,498	0,501	0,504	152	2	1,19	-0,15	1,18	
152 Nigeria	0,466	0,483	0,492	0,496	0,500	0,504	153	1	
154 Jemen	..	0,390	0,427	0,462	0,471	0,484	0,497	0,499	0,500	154	2	..	0,90	1,22	
155 Madagaskar	0,453	0,470	0,487	0,494	0,495	0,496	0,498	155	-3	0,73	
156 Simbabwe	0,437	0,488	0,428	0,412	0,422	0,459	0,473	0,484	0,492	160	16	1,12	-1,30	1,08	
157 Papua-Neuguinea	0,323	0,363	0,423	0,441	0,467	0,479	0,484	0,490	0,491	156	1	1,19	1,53	1,17	
157 Salomonen	0,475	0,483	0,506	0,489	0,494	0,489	0,491	157	-10	0,25	
159 Komoren	0,464	0,474	0,479	0,483	0,486	0,488	158	-4	
159 Tansania, Vereinigte Republik	0,377	0,354	0,376	0,419	0,451	0,464	0,478	0,484	0,488	160	5	-0,64	0,59	2,04	
161 Mauretanien	0,347	0,367	0,433	0,455	0,466	0,475	0,475	0,485	0,487	159	-2	0,55	1,67	0,91	
162 Lesotho	0,443	0,493	0,443	0,437	0,456	0,472	0,476	0,481	0,486	163	0	1,06	-1,06	0,72	
163 Senegal	0,333	0,384	0,413	0,451	0,474	0,483	0,483	0,484	0,485	160	-6	1,44	0,72	1,25	
164 Uganda	0,293	0,310	0,392	0,429	0,458	0,472	0,477	0,480	0,484	164	-4	0,55	2,38	1,63	
165 Benin	0,287	0,342	0,391	0,432	0,454	0,467	0,471	0,473	0,476	165	-2	1,78	1,33	1,52	
166 Sudan	0,331	0,342	0,385	0,423	0,447	0,463	0,468	0,472	0,473	166	-1	0,33	1,20	1,59	
166 Togo	0,405	0,404	0,430	0,442	0,447	0,460	0,467	0,470	0,473	167	-1	-0,03	0,63	0,74	
168 Haiti	0,352	0,413	0,433	0,447	0,458	0,462	0,466	0,469	0,471	168	-8	1,61	0,46	0,66	
169 Afghanistan	0,230	0,296	0,341	0,396	0,430	0,453	0,458	0,466	0,468	169	1	2,56	1,42	2,46	
170 Dschibuti	0,412	0,438	0,452	0,461	0,465	0,467	170	-3	
171 Côte d'Ivoire	0,377	0,380	0,393	0,407	0,427	0,439	0,443	0,448	0,452	171	0	0,10	0,33	1,08	
172 Gambia	0,300	0,334	0,383	0,414	0,432	0,440	0,436	0,438	0,441	172	-4	1,08	1,37	1,08	
173 Äthiopien	0,284	0,339	0,394	0,409	0,422	0,429	0,435	173	2	3,35	
174 Malawi	0,270	0,283	0,341	0,368	0,395	0,406	0,411	0,411	0,414	174	0	0,46	1,88	1,50	
175 Liberia	0,339	0,335	0,374	0,393	0,402	0,407	0,412	175	3	1,52	
176 Mali	0,208	0,232	0,309	0,359	0,385	0,398	0,405	0,406	0,407	176	0	1,14	2,89	2,13	
177 Guinea-Bissau	0,387	0,397	0,401	0,402	0,396	0,396	177	-4	
178 Mosambik	0,246	0,216	0,285	0,343	0,366	0,380	0,384	0,389	0,393	179	1	-1,31	2,84	2,49	
179 Guinea	0,366	0,377	0,380	0,387	0,391	0,392	178	-2	
180 Burundi	0,230	0,291	0,290	0,319	0,362	0,381	0,384	0,386	0,389	180	0	2,37	-0,03	2,29	
181 Burkina Faso	0,321	0,349	0,367	0,376	0,385	0,388	181	0	
182 Eritrea	0,373	0,377	0,380	0,381	182	
183 Sierra Leone	0,276	0,263	0,297	0,329	0,346	0,353	0,360	0,368	0,374	184	0	-0,49	1,23	1,79	
184 Tschad	0,301	0,324	0,338	0,349	0,365	0,370	0,372	183	1	1,66	
185 Zentralafrikanische Republik	0,295	0,310	0,314	0,327	0,344	0,355	0,361	0,365	0,341	185	-1	0,50	0,13	0,61	
186 Kongo, Demokratische Republik	0,336	0,319	0,274	0,292	0,307	0,319	0,323	0,333	0,338	187	1	-0,53	-1,52	1,64	
187 Niger	0,191	0,218	0,262	0,293	0,309	0,323	0,328	0,335	0,337	186	-1	1,34	1,86	1,95	

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)										HDI-Rang		Durchschnittliches jährliches HDI-Wachstum		
	Wert										Veränderung		(%)		
	1980	1990	2000	2005	2008	2010	2011	2012	2013	2012	2008–2013 ^a	1980–1990	1990–2000	2000–2013	
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE															
Korea, Dem. Volksrepublik	
Marshallinseln	
Monaco	
Nauru	
San Marino	
Somalia	
Südsudan	
Tuvalu	
HDI-Gruppierungen															
Sehr hohe menschliche Entwicklung	0,757	0,798	0,849	0,870	0,879	0,885	0,887	0,889	0,890	—	—	0,52	0,62	0,37	
Hohe menschliche Entwicklung	0,534	0,593	0,643	0,682	0,710	0,723	0,729	0,733	0,735	—	—	1,04	0,81	1,04	
Mittlere menschliche Entwicklung	0,420	0,474	0,528	0,565	0,587	0,601	0,609	0,612	0,614	—	—	1,22	1,09	1,17	
Niedrige menschliche Entwicklung	0,345	0,367	0,403	0,444	0,471	0,479	0,486	0,490	0,493	—	—	0,64	0,95	1,56	
Regionen															
Arabische Staaten	0,492	0,551	0,611	0,644	0,664	0,675	0,678	0,681	0,682	—	—	1,14	1,05	0,85	
Ostasien und Pazifik	0,457	0,517	0,595	0,641	0,671	0,688	0,695	0,699	0,703	—	—	1,23	1,42	1,29	
Europa und Zentralasien	..	0,651	0,665	0,700	0,716	0,726	0,733	0,735	0,738	—	—	..	0,21	0,80	
Lateinamerika und Karibik	0,579	0,627	0,683	0,705	0,726	0,734	0,737	0,739	0,740	—	—	0,79	0,87	0,62	
Südasiens	0,382	0,438	0,491	0,533	0,560	0,573	0,582	0,586	0,588	—	—	1,37	1,16	1,39	
Afrika südlich der Sahara	0,382	0,399	0,421	0,452	0,477	0,488	0,495	0,499	0,502	—	—	0,44	0,52	1,37	
Am wenigsten entwickelte Länder	0,319	0,345	0,391	0,429	0,457	0,472	0,480	0,484	0,487	—	—	0,79	1,26	1,70	
Kleine Inselentwicklungsländer	0,545	0,587	0,613	0,637	0,658	0,662	0,663	0,663	0,665	—	—	0,75	0,43	0,62	
Welt	0,559	0,597	0,639	0,667	0,685	0,693	0,698	0,700	0,702	—	—	0,66	0,67	0,73	

HINWEISE

a Ein positiver Wert zeigt eine Rangverbesserung an.

DEFINITIONEN**Index der menschlichen Entwicklung (HDI):**

Ein zusammengesetzter Index, der die durchschnittlich erzielten Fortschritte bei drei grundlegenden Dimensionen menschlicher Entwicklung misst: einem langen und gesunden Leben, Wissen und einem angemessenen Lebensstandard. Detaillierte Informationen zur Berechnung des Indexes enthält die *Technische Erläuterung 1* unter <http://hdr.undp.org>.

Durchschnittliches jährliches HDI-Wachstum:

Geglättetes annualisiertes Wachstum des HDI in einem bestimmten Zeitraum, berechnet als jährliche Wachstumsrate.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1-9: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten von UNDESA (2013a), Barro und Lee (2013), UNESCO Institute for Statistics (2013b), UN Statistics Division (2014), World Bank (2014) und IMF (2014).

Spalten 10-14: Berechnet auf der Grundlage von Daten in den Spalten 1-9.

Ungleichheit einbeziehender Index der menschlichen Entwicklung

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)				Koeffizient der menschl. Entwicklung		Ungleichheit einbeziehender Index der Lebenserwartung		Ungleichheit einbeziehender Bildungsindex		Ungleichheit einbeziehender Einkommen		Ungleichheit einbeziehender Einkommensindex			
	Ungleichheit einbeziehender HDI (IHDI)		Gesamt- abzug (%)	Rangver- änderung ^b	Wert	(%)	Wert	(%)	Wert	(%)	Wert	(%)	Wert	Verh. Ein- kommens- quintile	Palma- Verhältnis	Gini- Koeffizient
	Wert	Ungleichheit einbeziehender HDI (IHDI)														
	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2013 ^a	2013	2013 ^a	2013	2003–2012	2003–2012	2003–2012	
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG																
1	Norwegen	0,944	0,891	5,6	0	5,5	3,4	0,914	2,4	0,888	10,7	0,871	25,8	
2	Australien	0,933	0,860	7,8	0	7,5	4,2	0,921	1,8	0,910	16,6	0,760	
3	Schweiz	0,917	0,847	7,7	-1	7,6	3,9	0,926	5,8	0,795	13,2	0,824	33,7	
4	Niederlande	0,915	0,854	6,7	1	6,6	3,9	0,902	4,1	0,857	11,8	0,806	5,1	..	30,9	
5	Vereinigte Staaten	0,914	0,755	17,4	-23	16,2	6,2	0,851	6,7	0,830	35,6	0,609	40,8	
6	Deutschland	0,911	0,846	7,1	1	7,0	3,7	0,900	2,4	0,863	14,8	0,781	28,3	
7	Neuseeland	0,910	4,8	0,895	
8	Kanada	0,902	0,833	7,6	-2	7,5	4,6	0,902	4,0	0,816	13,9	0,785	32,6	
9	Singapur	0,901	2,8	0,932	
10	Dänemark	0,900	0,838	6,9	0	6,8	4,0	0,877	3,1	0,846	13,3	0,794	
11	Irland	0,899	0,832	7,5	-1	7,4	3,7	0,899	5,2	0,841	13,3	0,761	34,3	
12	Schweden	0,898	0,840	6,5	3	6,4	3,1	0,922	3,6	0,800	12,4	0,803	25,0	
13	Island	0,895	0,843	5,7	5	5,6	2,8	0,928	2,5	0,826	11,6	0,783	
14	Vereinigtes Königreich	0,892	0,812	8,9	-4	8,6	4,5	0,890	2,6	0,838	18,8	0,719	7,2	..	36,0	
15	Hongkong, China (SAR)	0,891	2,8	0,948	
15	Korea, Republik	0,891	0,736	17,4	-20	16,8	3,9	0,910	28,1	0,622	18,4	0,704	
17	Japan	0,890	0,779	12,4	-6	12,2	3,2	0,947	19,8	0,648	13,5	0,772	
18	Liechtenstein	0,889	
19	Israel	0,888	0,793	10,7	-4	10,4	3,8	0,915	7,9	0,786	19,6	0,693	39,2	
20	Frankreich	0,884	0,804	9,0	-2	8,9	4,0	0,913	8,6	0,745	14,2	0,765	
21	Österreich	0,881	0,818	7,2	4	7,1	3,7	0,906	3,7	0,765	13,8	0,789	29,2	
21	Belgien	0,881	0,806	8,5	0	8,5	3,9	0,895	9,2	0,738	12,3	0,792	33,0	
21	Luxemburg	0,881	0,814	7,6	3	7,5	3,3	0,901	6,0	0,716	13,1	0,837	30,8	
24	Finnland	0,879	0,830	5,5	9	5,5	3,5	0,899	2,1	0,798	10,8	0,798	26,9	
25	Slowenien	0,874	0,824	5,8	9	5,7	3,8	0,882	2,7	0,840	10,6	0,755	4,8	..	31,2	
26	Italien	0,872	0,768	11,9	-1	11,6	3,4	0,927	11,7	0,697	19,8	0,701	36,0	
27	Spanien	0,869	0,775	10,9	1	10,5	3,9	0,918	5,4	0,751	22,1	0,673	34,7	
28	Tschechische Republik	0,861	0,813	5,6	9	5,5	3,7	0,855	1,4	0,854	11,3	0,737	
29	Griechenland	0,853	0,762	10,6	0	10,5	4,0	0,898	11,3	0,707	16,2	0,697	34,3	
30	Brunei Darussalam	0,852	4,4	0,861	
31	Katar	0,851	6,0	0,844	13,3	..	41,1	
32	Zypern	0,845	0,752	11,0	-3	10,9	3,7	0,887	14,0	0,668	14,9	0,719	
33	Estland	0,840	0,767	8,7	3	8,5	5,6	0,791	2,5	0,837	17,4	0,681	6,4	..	36,0	
34	Saudi-Arabien	0,836	8,7	0,779	
35	Litauen	0,834	0,746	10,6	-3	10,4	6,6	0,749	6,1	0,823	18,6	0,673	6,7	1,6	37,6	
35	Polen	0,834	0,751	9,9	-2	9,7	5,7	0,818	5,6	0,779	17,9	0,666	5,2	1,3	32,7	
37	Andorra	0,830	
37	Slowakei	0,830	0,778	6,3	9	6,2	5,6	0,805	1,5	0,790	11,5	0,740	3,6	0,9	26,0	
39	Malta	0,829	0,760	8,3	5	8,2	4,8	0,875	5,7	0,691	14,1	0,727	
40	Vereinigte Arabische Emirate	0,827	5,5	0,826	
41	Chile	0,822	0,661	19,6	-16	18,5	5,9	0,868	13,7	0,644	36,0	0,516	13,5	3,5	52,1	
41	Portugal	0,822	0,739	10,1	0	9,8	3,9	0,886	5,7	0,686	19,9	0,664	
43	Ungarn	0,818	0,757	7,4	7	7,3	5,4	0,795	3,5	0,777	13,1	0,703	4,8	1,2	31,2	
44	Bahrain	0,815	6,3	0,816	
44	Kuba	0,815	5,1	0,865	11,0	0,661	
46	Kuwait	0,814	7,2	0,775	
47	Kroatien	0,812	0,721	11,2	-2	11,1	5,2	0,832	10,4	0,690	17,6	0,653	5,2	1,4	33,7	
48	Lettland	0,810	0,725	10,6	0	10,3	7,6	0,741	3,6	0,784	19,8	0,654	6,0	1,4	34,8	
49	Argentinien	0,808	0,680	15,8	-4	15,3	9,3	0,786	8,6	0,716	28,1	0,560	11,3	2,4	44,5	
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG																
50	Uruguay	0,790	0,662	16,1	-8	15,7	9,2	0,799	10,9	0,635	27,1	0,573	10,3	2,5	45,3	
51	Bahamas	0,789	0,676	14,3	-3	14,0	9,4	0,770	8,0	0,657	24,5	0,612	
51	Montenegro	0,789	0,733	7,2	5	7,1	7,6	0,779	2,5	0,754	11,3	0,669	4,3	1,0	28,6	
53	Belarus	0,786	0,726	7,6	6	7,5	6,8	0,716	4,8	0,781	11,1	0,685	3,8	0,9	26,5	
54	Rumänien	0,785	0,702	10,5	4	10,4	8,8	0,755	5,0	0,710	17,3	0,645	4,1	1,0	27,4	
55	Libyen	0,784	10,1	0,765	
56	Oman	0,783	7,0	0,809	
57	Russische Föderation	0,778	0,685	12,0	3	11,6	9,8	0,666	2,1	0,764	22,9	0,631	7,3	1,9	40,1	
58	Bulgarien	0,777	0,692	11,0	5	10,8	7,9	0,759	5,8	0,706	18,8	0,618	4,3	1,0	28,2	
59	Barbados	0,776	8,1	0,783	

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)	Ungleichheit einbeziehender HDI (IHDI)			Koeffizient der menschl. Entwicklung	Ungleichheit bei der Lebenserwartung	Ungleichheit einbeziehender Index der Lebenserwartung	Ungleichheit bei der Bildung ^a	Ungleichheit einbeziehender Bildungsindex	Ungleichheit beim Einkommen ^b	Ungleichheit einbeziehender Einkommensindex	Einkommensungleichheit		
	Wert	Wert	Gesamt- abzug (%)	Rangver- änderung ^b	Wert	(%)	Wert	(%)	Wert	(%)	Wert	Verh. Ein- kommens- quintile	Palma- Verhältnis	Gini- Koeffizient
	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2013 ^c	2013	2013 ^c	2013	2003–2012	2003–2012	2003–2012
60 Palau	0,775	12,0	0,692	23,0	0,565
61 Antigua und Barbuda	0,774	8,0	0,792
62 Malaysia	0,773	4,9	0,805	11,3	2,6	46,2
63 Mauritius	0,771	0,662	14,2	-2	14,1	9,2	0,749	13,2	0,623	19,8	0,621
64 Trinidad und Tobago	0,766	0,649	15,2	-6	15,0	16,4	0,641	6,6	0,654	21,9	0,653
65 Libanon	0,765	0,606	20,8	-17	20,3	6,7	0,861	24,1	0,479	30,0	0,538
65 Panama	0,765	0,596	22,1	-18	21,4	12,1	0,778	16,3	0,550	35,8	0,494	17,1	3,6	51,9
67 Venezuela, Bolivarische Republik	0,764	0,613	19,7	-10	19,4	12,2	0,738	17,6	0,562	28,4	0,556	11,5	2,4	44,8
68 Costa Rica	0,763	0,611	19,9	-11	19,1	7,3	0,855	15,7	0,551	34,3	0,483	14,5	3,3	50,7
69 Türkei	0,759	0,639	15,8	-3	15,6	11,0	0,757	14,1	0,560	21,8	0,616	8,3	1,9	40,0
70 Kasachstan	0,757	0,667	11,9	9	11,8	16,7	0,596	5,9	0,717	12,7	0,695	4,2	1,1	29,0
71 Mexiko	0,756	0,583	22,9	-13	22,3	10,9	0,788	21,4	0,501	34,6	0,500	10,7	2,7	47,2
71 Seychellen	0,756	7,9	0,754	18,8	6,4	65,8
73 St. Kitts und Nevis	0,750
73 Sri Lanka	0,750	0,643	14,3	1	14,2	8,3	0,766	14,6	0,630	19,6	0,550	5,8	1,6	36,4
75 Iran, Islamische Republik	0,749	0,498	33,6	-34	32,1	12,5	0,728	37,3	0,429	46,6	0,395	7,0	1,7	38,3
76 Aserbaidshjan	0,747	0,659	11,8	7	11,5	21,7	0,611	8,3	0,642	4,5	0,730	5,3	1,4	33,7
77 Jordanien	0,745	0,607	18,6	-5	18,5	11,9	0,730	22,4	0,543	21,1	0,564	5,7	1,5	35,4
77 Serbien	0,745	0,663	10,9	12	10,9	8,5	0,761	10,7	0,621	13,5	0,618	4,6	1,1	29,6
79 Brasilien	0,744	0,542	27,0	-16	26,3	14,5	0,709	24,7	0,498	39,7	0,452	20,6	4,3	54,7
79 Georgien	0,744	0,636	14,5	4	14,0	12,9	0,728	3,3	0,745	25,9	0,474	9,5	2,1	42,1
79 Grenada	0,744	8,4	0,744
82 Peru	0,737	0,562	23,7	-9	23,4	13,9	0,726	25,6	0,494	30,6	0,495	13,5	2,9	48,1
83 Ukraine	0,734	0,667	9,2	18	9,1	10,4	0,669	6,1	0,747	10,9	0,593	3,6	0,9	25,6
84 Belize	0,732	11,4	0,734	37,9	0,426	17,6	..	53,1
84 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	0,732	0,633	13,6	7	13,3	7,6	0,785	10,6	0,574	21,8	0,563	10,0	2,3	43,6
86 Bosnien und Herzegowina	0,731	0,653	10,6	13	10,4	6,7	0,809	5,2	0,621	19,2	0,555	6,5	1,5	36,2
87 Armenien	0,730	0,655	10,4	15	10,2	12,7	0,733	3,7	0,675	14,3	0,567	4,6	1,2	31,3
88 Fidschi	0,724	0,613	15,3	6	15,1	12,3	0,672	10,5	0,686	22,6	0,500	8,0	2,2	42,8
89 Thailand	0,722	0,573	20,7	-2	20,0	9,8	0,755	16,1	0,510	34,0	0,488	6,9	1,8	39,4
90 Tunesien	0,721	10,6	0,768	6,4	1,5	36,1
91 China	0,719	9,8	0,768	29,5	0,505	10,1	2,1	42,1
91 St. Vincent und die Grenadinen	0,719	12,9	0,703
93 Algerien	0,717	16,7	0,654
93 Dominica	0,717
95 Albanien	0,716	0,620	13,4	11	13,4	9,9	0,796	11,9	0,536	18,3	0,558	5,3	1,4	34,5
96 Jamaika	0,715	0,579	19,0	1	18,6	15,0	0,700	10,6	0,598	30,1	0,465	9,6	..	45,5
97 St. Lucia	0,714	9,9	0,760
98 Kolumbien	0,711	0,521	26,7	-10	25,7	13,5	0,719	22,1	0,469	41,5	0,420	20,1	4,5	55,9
98 Ecuador	0,711	0,549	22,7	-3	22,4	13,4	0,752	21,6	0,466	32,1	0,472	12,5	3,1	49,3
100 Suriname	0,705	0,534	24,2	-6	23,5	13,6	0,678	19,5	0,474	37,3	0,475	17,9	..	52,9
100 Tonga	0,705	13,7	0,699
102 Dominikanische Republik	0,700	0,535	23,6	-4	23,4	16,9	0,683	24,0	0,449	29,3	0,500	11,3	2,7	47,2
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
103 Malediven	0,698	0,521	25,4	-7	24,2	8,1	0,819	41,2	0,322	23,2	0,535	6,8	..	37,4
103 Mongolei	0,698	0,618	11,5	16	11,4	16,6	0,610	5,2	0,658	12,3	0,588	6,2	1,6	36,5
103 Turkmenistan	0,698	26,0	0,517
106 Samoa	0,694	13,3	0,709
107 Palästina, Staat	0,686	0,606	11,7	13	11,7	13,1	0,711	6,9	0,617	15,0	0,507	5,8	1,5	35,5
108 Indonesien	0,684	0,553	19,2	5	19,1	16,4	0,654	23,2	0,463	17,7	0,559	6,3	1,7	38,1
109 Botsuana	0,683	0,422	38,2	-21	36,5	21,9	0,533	32,1	0,420	55,5	0,336
110 Ägypten	0,682	0,518	24,0	-5	22,8	13,4	0,682	40,9	0,339	14,2	0,602	4,4	1,2	30,8
111 Paraguay	0,676	0,513	24,1	-5	23,7	19,2	0,650	17,2	0,486	34,6	0,428	17,3	3,7	52,4
112 Gabun	0,674	0,512	24,0	-5	24,0	28,0	0,482	23,5	0,451	20,4	0,617	7,8	2,0	41,5
113 Bolivien, Plurinationaler Staat	0,667	0,470	29,6	-10	29,4	24,5	0,549	27,6	0,488	36,1	0,388	27,8	4,8	56,3
114 Moldau, Republik	0,663	0,582	12,2	16	12,0	11,0	0,670	6,1	0,614	18,9	0,480	5,3	1,3	33,0
115 El Salvador	0,662	0,485	26,7	-7	26,2	14,5	0,692	30,2	0,386	34,0	0,427	14,3	3,0	48,3
116 Usbekistan	0,661	0,556	15,8	14	15,3	24,3	0,562	1,4	0,642	20,1	0,478	6,2	1,6	36,7
117 Philippinen	0,660	0,540	18,1	10	18,0	15,2	0,635	13,5	0,528	25,2	0,470	8,3	2,2	43,0
118 Südafrika	0,658	25,7	0,422	18,1	0,569	25,3	7,1	63,1
118 Syrien, Arabische Republik	0,658	0,518	21,2	4	20,8	12,6	0,734	31,5	0,379	18,3	0,500	5,7	..	35,8

TABLE 3 UNGLEICHHEIT EINBEZIEHENDER INDEX DER MENSCHLICHEN ENTWICKLUNG

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)				Koeffizient der menschl. Entwicklung		Ungleichheit einbeziehender Index der Lebenserwartung		Ungleichheit einbeziehender Bildungsindex		Ungleichheit einbeziehender Einkommen		Einkommensungleichheit		
	Ungleichheit einbeziehender HDI (IHDI)		Gesamt-abzug (%)	Rangver-änderung ^b	Wert	(%)	Wert	(%)	Wert	(%)	Wert	(%)	Verh. Ein-kommens- quintile	Palma- Verhältnis	Gini- Koeffizient
	Wert	Wert													
	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2013 ^a	2013	2013 ^a	2013	2003–2012	2003–2012	2003–2012	
120	Irak	0,642	0,505	21,4	0	21,2	17,6	0,626	29,8	0,328	16,1	0,626	4,6	1,2	30,9
121	Guyana	0,638	0,522	18,2	10	18,0	19,2	0,575	10,5	0,521	24,4	0,474
121	Vietnam	0,638	0,543	14,9	15	14,9	12,1	0,757	18,0	0,421	14,6	0,502	5,9	1,5	35,6
123	Kap Verde	0,636	0,511	19,7	4	19,4	12,0	0,746	18,2	0,395	28,0	0,452	50,5
124	Mikronesien, Föd. Staaten von	0,630	19,8	0,604	63,1	0,201	61,1
125	Guatemala	0,628	0,422	32,8	-8	32,0	17,4	0,662	36,1	0,309	42,5	0,367	19,6	4,5	55,9
125	Kirgistan	0,628	0,519	17,2	10	16,9	20,0	0,585	6,6	0,613	24,1	0,391	5,4	1,3	33,4
127	Namibia	0,624	0,352	43,6	-22	39,3	21,7	0,536	27,8	0,376	68,3	0,216	21,8	..	63,9
128	Timor-Leste	0,620	0,430	30,7	-3	29,4	22,8	0,565	47,6	0,248	17,8	0,568
129	Honduras	0,617	0,418	32,2	-6	31,1	17,0	0,687	29,6	0,356	46,8	0,299	29,7	5,2	57,0
129	Marokko	0,617	0,433	29,7	0	28,5	16,8	0,652	45,8	0,254	23,0	0,493	7,3	2,0	40,9
131	Vanuatu	0,616	15,4	0,672	18,5	0,404
132	Nicaragua	0,614	0,452	26,4	4	25,8	13,2	0,732	33,3	0,323	31,0	0,391	7,6	1,9	40,5
133	Kiribati	0,607	0,416	31,5	-4	30,1	20,6	0,597	21,4	0,473	48,4	0,255
133	Tadschikistan	0,607	0,491	19,2	9	18,8	29,3	0,514	12,2	0,561	15,0	0,409	4,7	1,2	30,8
135	Indien	0,586	0,418	28,6	0	27,7	25,0	0,536	42,1	0,274	16,1	0,500	5,0	1,4	33,9
136	Bhutan	0,584	0,465	20,4	9	20,2	22,2	0,578	13,3	0,365	25,1	0,477	6,8	1,7	38,1
136	Kambodscha	0,584	0,440	24,7	7	24,6	25,3	0,597	28,3	0,355	20,3	0,401	5,6	1,5	36,0
138	Ghana	0,573	0,394	31,3	-1	31,2	30,8	0,438	35,6	0,356	27,2	0,392	9,3	2,2	42,8
139	Laos, Demokratische Volksrepublik	0,569	0,430	24,5	8	24,1	21,5	0,583	34,1	0,287	16,8	0,474	5,9	1,6	36,7
140	Kongo	0,564	0,391	30,7	0	30,6	36,0	0,382	25,4	0,381	30,3	0,410	10,7	2,8	47,3
141	Sambia	0,561	0,365	35,0	-4	34,5	37,2	0,368	23,8	0,451	42,6	0,292	17,4	4,8	57,5
142	Bangladesch	0,558	0,396	29,1	4	28,7	20,1	0,623	37,8	0,278	28,3	0,357	4,7	1,3	32,1
142	São Tomé und Príncipe	0,558	0,384	31,2	0	30,4	26,9	0,521	20,0	0,375	44,2	0,290	50,8
144	Äquatorialguinea	0,556	44,4	0,283
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG															
145	Nepal	0,540	0,384	28,8	3	27,8	21,1	0,588	44,0	0,253	18,3	0,381	5,0	1,3	32,8
146	Pakistan	0,537	0,375	30,1	2	28,7	29,9	0,502	45,2	0,204	11,0	0,516	4,2	1,2	30,0
147	Kenia	0,535	0,360	32,8	0	32,7	31,5	0,440	30,7	0,357	36,0	0,297	11,0	2,8	47,7
148	Swasiland	0,530	0,354	33,3	-2	33,1	35,0	0,290	26,8	0,404	37,6	0,378	14,0	3,5	51,5
149	Angola	0,526	0,295	44,0	-17	43,6	46,2	0,264	34,6	0,310	50,0	0,313	9,0	2,2	42,7
150	Myanmar	0,524	27,1	0,507	19,4	0,299
151	Ruanda	0,506	0,338	33,2	-4	33,1	30,2	0,473	29,4	0,338	39,6	0,241	11,0	3,2	50,8
152	Kamerun	0,504	0,339	32,8	-2	32,4	39,4	0,327	34,8	0,317	23,1	0,377	6,9	1,8	38,9
152	Nigeria	0,504	0,300	40,3	-14	40,2	40,8	0,296	45,2	0,233	34,5	0,394	12,2	3,0	48,8
154	Jemen	0,500	0,336	32,8	-2	31,7	30,3	0,462	47,2	0,179	17,6	0,457	6,3	1,7	37,7
155	Madagaskar	0,498	0,346	30,5	2	30,3	24,8	0,517	30,1	0,320	36,1	0,250	9,3	2,3	44,1
156	Simbabwe	0,492	0,358	27,2	7	26,8	26,8	0,449	17,8	0,411	35,8	0,249
157	Papua-Neuguinea	0,491	26,5	0,480	11,5	0,333
157	Salomonen	0,491	0,374	23,8	11	23,8	22,3	0,570	22,8	0,313	26,3	0,293
159	Komoren	0,488	34,2	0,414	47,4	0,237	26,7	..	64,3
159	Tansania, Vereinigte Republik	0,488	0,356	27,1	8	26,9	30,4	0,445	29,5	0,300	20,9	0,339	6,6	1,7	37,6
161	Mauretanien	0,487	0,315	35,3	-2	34,6	36,6	0,405	45,9	0,191	21,2	0,404	7,8	1,9	40,5
162	Lesotho	0,486	0,313	35,6	-2	34,9	33,5	0,301	24,3	0,382	47,0	0,267	19,0	3,9	52,5
163	Senegal	0,485	0,326	32,9	3	32,3	29,5	0,471	44,6	0,204	22,7	0,359	7,7	1,9	40,3
164	Uganda	0,484	0,335	30,8	5	30,8	33,8	0,399	31,2	0,329	27,3	0,285	8,7	2,3	44,3
165	Benin	0,476	0,311	34,6	0	34,2	37,0	0,381	42,0	0,240	23,6	0,329	6,6	1,8	38,6
166	Sudan	0,473	32,8	0,435	6,2	1,4	35,3
166	Togo	0,473	0,317	32,9	4	32,6	36,8	0,355	37,6	0,321	23,5	0,280	7,6	1,8	39,3
168	Haiti	0,471	0,285	39,5	-3	38,9	27,9	0,478	40,4	0,223	48,4	0,218	59,2
169	Afghanistan	0,468	0,321	31,4	7	30,0	34,3	0,414	45,0	0,201	10,8	0,397	4,0	1,0	27,8
170	Dschibuti	0,467	0,306	34,6	2	33,7	32,5	0,434	47,0	0,162	21,7	0,406	40,0
171	Côte d'Ivoire	0,452	0,279	38,3	-2	37,9	40,2	0,283	45,4	0,213	28,1	0,361	8,5	2,0	41,5
172	Gambia	0,441	34,8	0,389	26,9	0,303	11,0	2,8	47,3
173	Äthiopien	0,435	0,307	29,4	5	28,0	30,2	0,469	44,3	0,176	9,5	0,351	5,3	1,4	33,6
174	Malawi	0,414	0,282	31,9	1	31,6	40,0	0,326	30,2	0,307	24,6	0,224	8,9	2,3	43,9
175	Liberia	0,412	0,273	33,8	-1	32,8	33,1	0,417	46,4	0,197	19,0	0,247	7,0	1,7	38,2
176	Mali	0,407	45,6	0,293	36,9	0,193	5,2	1,3	33,0
177	Guinea-Bissau	0,396	0,239	39,6	-4	39,4	45,3	0,289	40,3	0,194	32,5	0,244	35,5
178	Mosambik	0,393	0,277	29,5	2	28,9	40,2	0,278	18,2	0,304	28,4	0,250	9,8	2,5	45,7
179	Guinea	0,392	0,243	38,0	-1	37,8	40,3	0,332	42,0	0,171	31,1	0,253	7,3	1,8	39,4

HDI-Rang	Index der menschlichen Entwicklung (HDI)		Ungleichheit einbeziehender HDI (IHDI)		Koeffizient der menschl. Entwicklung	Ungleichheit bei der Lebenserwartung	Ungleichheit einbeziehender Index der Lebenserwartung	Ungleichheit bei der Bildung ^a	Ungleichheit einbeziehender Bildungsindex	Ungleichheit beim Einkommen ^a	Ungleichheit einbeziehender Einkommensindex	Einkommensungleichheit			
	Wert	Wert	Gesamt- abzug (%)	Rangver- änderung ^b	Wert	(%)	Wert	(%)	Wert	(%)	Wert	Verh. Ein- kommens- quintile	Palma- Verhältnis	Gini- Koeffizient	
	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2013 ^c	2013	2013 ^c	2013	2003–2012	2003–2012	2003–2012	
180	Burundi	0,389	0,257	33,9	2	32,6	43,6	0,296	41,0	0,218	13,2	0,264	4,8	1,3	33,3
181	Burkina Faso	0,388	0,252	35,0	2	34,6	41,1	0,329	38,5	0,154	24,2	0,318	7,0	1,9	39,8
182	Eritrea	0,381	24,7	0,496
183	Sierra Leone	0,374	0,208	44,3	-3	43,6	51,2	0,192	48,7	0,156	31,0	0,302	5,6	1,5	35,4
184	Tschad	0,372	0,232	37,8	1	36,8	46,1	0,259	43,4	0,145	21,0	0,332	7,4	1,8	39,8
185	Zentralafrikanische Republik	0,341	0,203	40,4	-2	39,9	45,7	0,252	45,9	0,172	28,1	0,192	18,0	4,5	56,3
186	Kongo, Demokratische Republik	0,338	0,211	37,6	1	36,8	49,9	0,231	29,4	0,262	31,2	0,155	9,3	2,4	44,4
187	Niger	0,337	0,228	32,4	3	31,8	37,9	0,367	39,5	0,120	17,9	0,269	5,3	1,4	34,6
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE															
..	Korea, Dem. Volksrepublik	15,4	0,651
..	Marshallinseln	70,0
..	Monaco
..	Nauru
..	San Marino
..	Somalia	42,1	0,312
..	Südsudan	40,8	0,321	45,5
..	Tuvalu	10,5
HDI-Gruppierungen															
0,890	Sehr hohe menschliche Entwicklung	0,780	12,3	—	12,0	4,9	0,881	8,7	0,769	22,4	0,702	—	—	—	—
0,735	Hohe menschliche Entwicklung	0,590	19,7	—	19,3	10,7	0,749	17,4	0,531	29,9	0,517	—	—	—	—
0,614	Mittlere menschliche Entwicklung	0,457	25,6	—	25,2	21,9	0,575	35,1	0,331	18,6	0,502	—	—	—	—
0,493	Niedrige menschliche Entwicklung	0,332	32,6	—	32,4	35,0	0,394	38,2	0,241	23,9	0,387	—	—	—	—
Regionen															
0,682	Arabische Staaten	0,512	24,9	—	24,2	17,4	0,639	38,0	0,334	17,3	0,629	—	—	—	—
0,703	Ostasien und Pazifik	0,564	19,7	—	19,5	11,7	0,734	19,7	0,477	27,0	0,513	—	—	—	—
0,738	Europa und Zentralasien	0,639	13,3	—	13,2	14,2	0,676	8,6	0,639	16,9	0,605	—	—	—	—
0,740	Lateinamerika und Karibik	0,559	24,5	—	23,9	13,2	0,733	22,2	0,502	36,3	0,474	—	—	—	—
0,588	Südasien	0,419	28,7	—	28,0	24,4	0,549	41,6	0,274	18,0	0,489	—	—	—	—
0,502	Afrika südlich der Sahara	0,334	33,6	—	33,5	36,6	0,359	35,7	0,276	28,1	0,375	—	—	—	—
0,487	Am wenigsten entwickelte Länder	0,336	31,0	—	30,9	32,3	0,433	35,6	0,253	24,7	0,348	—	—	—	—
0,665	Kleine Inselentwicklungsländer	0,497	25,3	—	24,9	18,5	0,626	22,1	0,433	34,2	0,452	—	—	—	—
0,702	Welt	0,541	22,9	—	22,8	17,3	0,647	27,0	0,433	24,1	0,564	—	—	—	—

HINWEISE

a Die Liste der für die Schätzung von Ungleichheiten herangezogenen Erhebungen kann unter <http://hdr.undp.org> abgerufen werden.

b Basiert auf den Ländern, für die der Ungleichheit einbeziehende Index der menschlichen Entwicklung berechnet wird.

c Die Daten beziehen sich auf 2013 oder das letzte verfügbare Jahr.

DEFINITIONEN

Index der menschlichen Entwicklung (HDI): Ein zusammengesetzter Index, der die durchschnittlich erzielten Fortschritte bei drei grundlegenden Dimensionen menschlicher Entwicklung misst: einem langen und gesunden Leben, Wissen und angemessenem Lebensstandard. Detaillierte Informationen zur Berechnung des Indexes enthält die *Technische Erläuterung 1* unter <http://hdr.undp.org>.

Ungleichheit einbeziehender HDI (IHDI): HDI-Wert, korrigiert um Ungleichheiten bei den drei grundlegenden Dimensionen menschlicher Entwicklung. Detaillierte Informationen zur Berechnung des IHDI enthält die *Technische Erläuterung 2* unter <http://hdr.undp.org>.

Gesamtabzug: Prozentualer Unterschied zwischen IHDI und HDI.

Rangveränderung: Differenz zwischen HDI- und IHDI-Rang, nur für Länder ermittelt, für die ein IHDI-Wert berechnet wurde.

Koeffizient der menschlichen Ungleichheit: Durchschnittliche Ungleichheit in den drei grundlegenden Dimensionen menschlicher

Entwicklung. Siehe *Technische Erläuterung 2* unter <http://hdr.undp.org>.

Ungleichheit bei der Lebenserwartung: Ungleichheit bei der Verteilung der voraussichtlichen Lebensdauer auf der Grundlage von Lebensstafel-daten, geschätzt unter Heranziehung des Indexes der Ungleichheit von Atkinson.

Ungleichheit einbeziehender Index der Lebenserwartung: Der HDI-Lebenserwartungsindex, korrigiert um Ungleichheit bei der Verteilung der voraussichtlichen Lebensdauer auf der Grundlage von Daten aus den in den Hauptdatenquellen genannten Lebensstafeln.

Ungleichheit bei der Bildung: Ungleichheit bei der Verteilung der Schulbesuchsjahre auf der Grundlage von Daten aus Haushaltserhebungen, geschätzt unter Heranziehung des Indexes der Ungleichheit von Atkinson.

Ungleichheit einbeziehender Bildungsindex: Der HDI-Bildungsindex, korrigiert um Ungleichheit bei der Verteilung der Jahre des Schulbesuchs auf der Grundlage von Daten aus den in den Hauptdatenquellen genannten Haushaltserhebungen.

Ungleichheit beim Einkommen: Ungleichheit bei der Einkommensverteilung auf der Grundlage von Daten aus Haushaltserhebungen, geschätzt unter Heranziehung des Indexes der Ungleichheit von Atkinson.

Ungleichheit einbeziehender Einkommensindex: Der HDI-Einkommensindex, korrigiert um Ungleichheit bei der Einkommensverteilung auf der Grundlage von Daten aus den in den Hauptdatenquellen genannten Haushaltserhebungen.

Verhältnis der Einkommensquintile:

Verhältnis des Durchschnittseinkommens der reichsten 20 Prozent der Bevölkerung zum Durchschnittseinkommen der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung.

Palma-Verhältnis: Verhältnis des Anteils der reichsten 10 Prozent der Bevölkerung am Bruttonationaleinkommen (BNE) dividiert durch den Anteil der ärmsten 40 Prozent. Es basiert auf den Arbeiten von Palma (2011), der feststellte, dass das Einkommen der Mittelschicht fast immer rund die Hälfte des Bruttonationaleinkommens ausmacht, während die andere Hälfte zwischen den reichsten 10 Prozent und den ärmsten 40 Prozent aufgeteilt ist, wobei jedoch der jeweilige Anteil dieser beiden Gruppen von Land zu Land erheblich variieren kann.

Gini-Koeffizient: Maß für die Abweichung der Verteilung des Einkommens auf Personen oder Haushalte innerhalb eines Landes von einer vollkommen gleichen Verteilung. Ein Wert von 0 bedeutet absolute Gleichheit, ein Wert von 100 absolute Ungleichheit.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalte 1: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten von UNDESA (2013a), Barro und Lee (2013), UNESCO Institute for Statistics (2013b), UN Statistics Division (2014), World Bank (2014) und IMF (2014).

Spalte 2: Berechnet als geometrisches Mittel der Werte in den Spalten 7, 9 und 11 unter Verwendung der Methode in der *Technischen Erläuterung 2* (unter <http://hdr.undp.org>).

Spalte 3: Berechnet auf der Grundlage von Daten in den Spalten 1 und 2.

Spalte 4: Berechnet auf der Grundlage von Daten in Spalte 2 und der neu ermittelten HDI-Ränge der Länder, für die der IHDI berechnet wurde.

Spalte 5: Berechnet als arithmetisches Mittel der Werte in den Spalten 6, 8 und 10 unter Verwendung der Methode in der *Technischen Erläuterung 2* (unter <http://hdr.undp.org>).

Spalte 6: Berechnet auf der Grundlage der verkürzten Lebensstafeln von UNDESA (2013a).

Spalte 7: Berechnet auf der Grundlage von Daten in Spalte 6 und des Lebenserwartungsindex ohne Einbeziehung von Ungleichheit.

Spalten 8 und 10: Berechnet auf der Grundlage von Daten der Luxembourg Income Study Database, der Statistiken der Europäischen Union über Einkommens- und Lebensbedingungen (Eurostat), der World Bank (International Income Distribution Database), der Multiple Indicator Cluster Surveys von UNICEF und der von ICF Macro durchgeführten Demographic and Health Surveys unter Verwendung der Methode in der *Technischen Erläuterung 2* (unter <http://hdr.undp.org>).

Spalte 9: Berechnet auf der Grundlage von Daten in Spalte 8 und des Bildungsindex ohne Einbeziehung von Ungleichheit.

Spalte 11: Berechnet auf der Grundlage von Daten in Spalte 10 und des Einkommensindex ohne Einbeziehung von Ungleichheit.

Spalten 12 und 13: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten der World Bank (2013a).

Spalte 14: World Bank (2013a).

Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit

HDI-Rang	Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit		Müttersterblichkeit	Geburtenhäufigkeit im Jugendalter	Anteil Parlamentssitze	Bevölkerung mit Sekundarschulbildung		Erwerbsbeteiligung		
	Wert	Rang	(Sterbefälle pro 100.000 Lebendgeburten)	(Geburten pro 1.000 Frauen, 15-19 Jahre)	(% Frauen)	(% der über 25-Jährigen)		(% der über 15-Jährigen)		
			2010	2010/2015 ^a		2013	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich
	2013	2013	2010	2010/2015 ^a	2013	2005-2012 ^b	2005-2012 ^b	2012	2012	
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG										
1	Norwegen	0,068	9	7	7,8	39,6	97,4	96,7	61,5	69,5
2	Australien	0,113	19	7	12,1	29,2	94,3 ^c	94,6 ^c	58,8	71,9
3	Schweiz	0,030	2	8	1,9	27,2	95,0	96,6	61,2	75,3
4	Niederlande	0,057	7	6	6,2	37,8	87,7	90,5	79,9	87,3
5	Vereinigte Staaten	0,262	47	21	31,0	18,2	95,1	94,8	56,8	69,3
6	Deutschland	0,046	3	7	3,8	32,4	96,3	97,0	53,5	66,4
7	Neuseeland	0,185	34	15	25,3	32,2	95,0	95,3	62,1	73,9
8	Kanada	0,136	23	12	14,5	28,0	100,0	100,0	61,6	71,2
9	Singapur	0,090	15	3	6,0	24,2	74,1	81,0	59,0	77,5
10	Dänemark	0,056	5	12	5,1	39,1	95,5 ^d	96,6 ^d	59,1	67,5
11	Irland	0,115	20	6	8,2	19,5	80,5	78,6	52,7	67,9
12	Schweden	0,054	4	4	6,5	44,7	86,5	87,3	60,2	68,1
13	Island	0,088	14	5	11,5	39,7	91,0	91,6	70,6	77,3
14	Vereinigtes Königreich	0,193	35	12	25,8	22,6	99,8	99,9	55,7	68,8
15	Hongkong, China (SAR)	3,3	..	72,2	79,2	51,6	68,0
15	Korea, Republik	0,101	17	16	2,2	15,7	77,0 ^e	89,1 ^e	49,9	72,0
17	Japan	0,138	25	5	5,4	10,8	87,0	85,8	48,1	70,4
18	Liechtenstein	20,0
19	Israel	0,101	17	7	7,8	22,5	84,4	87,3	58,1	69,5
20	Frankreich	0,080	12	8	5,7	25,1	78,0	83,2	50,9	61,8
21	Österreich	0,056	5	4	4,1	28,7	100,0	100,0	54,6	67,7
21	Belgien	0,068	9	8	6,7	38,9	77,5	82,9	46,9	59,4
21	Luxemburg	0,154	29	20	8,3	21,7	100,0 ^d	100,0 ^d	50,7	64,9
24	Finnland	0,075	11	5	9,2	42,5	100,0	100,0	56,0	64,3
25	Slowenien	0,021	1	12	0,6	24,6	95,8	98,0	52,3	63,5
26	Italien	0,067	8	4	4,0	30,6	71,2	80,5	39,4	59,4
27	Spanien	0,100	16	6	10,6	35,2	66,8	73,1	52,6	66,5
28	Tschechische Republik	0,087	13	5	4,9	20,6	99,9	99,7	50,1	67,8
29	Griechenland	0,146	27	3	11,9	21,0	59,5	67,0	44,2	62,6
30	Brunei Darussalam	24	23,0	..	66,6 ^e	61,2 ^e	52,9	75,6
31	Katar	0,524	113	7	9,5	0,1 ^f	66,7	59,0	50,8	95,6
32	Zypern	0,136	23	10	5,5	10,7	72,2	79,6	55,8	70,8
33	Estland	0,154	29	2	16,8	20,8	100,0 ^d	100,0 ^d	56,0	68,7
34	Saudi-Arabien	0,321	56	24	10,2	19,9	60,5	70,3	18,2	75,5
35	Litauen	0,116	21	8	10,6	24,1	89,1	94,3	55,8	66,3
35	Polen	0,139	26	5	12,2	21,8	79,4	85,5	48,9	64,8
37	Andorra	50,0	49,5	49,3
37	Slowakei	0,164	32	6	15,9	18,7	99,1	99,5	51,0	68,7
39	Malta	0,220	41	8	18,2	14,3	68,6	78,2	38,0	66,5
40	Vereinigte Arabische Emirate	0,244	43	12	27,6	17,5	73,1	61,3	46,6	91,0
41	Chile	0,355	68	25	55,3	13,9	73,3	76,4	49,0	74,6
41	Portugal	0,116	21	8	12,6	28,7	47,7	48,2	55,4	67,2
43	Ungarn	0,247	45	21	12,1	8,8	97,9 ^d	98,7 ^d	44,7	59,9
44	Bahrain	0,253	46	20	13,8	18,8	74,4 ^e	80,4 ^e	39,4	87,2
44	Kuba	0,350	66	73	43,1	48,9	73,9 ^e	80,4 ^e	43,3	70,1
46	Kuwait	0,288	50	14	14,5	6,2	55,6	56,3	43,4	82,8
47	Kroatien	0,172	33	17	12,7	23,8	85,0	93,6	44,8	58,5
48	Lettland	0,222	42	34	13,5	23,0	98,9	99,0	54,5	67,1
49	Argentinien	0,381	74	77	54,4	37,7	57,0 ^e	54,9 ^e	47,3	75,0
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG										
50	Uruguay	0,364	70	29	58,3	12,3	54,4	50,3	55,5	76,8
51	Bahamas	0,316	53	47	28,5	16,7	91,2 ^e	87,6 ^e	69,3	79,3
51	Montenegro	8	15,2	17,3	84,2	94,7
53	Belarus	0,152	28	4	20,6	29,5	87,0	92,2	49,9	62,7
54	Rumänien	0,320	54	27	31,0	11,6	86,1	92,0	48,5	64,7
55	Libyen	0,215	40	58	2,5	16,5	55,6 ^e	44,0 ^e	30,0	76,4
56	Oman	0,348	64	32	10,6	9,6	47,2	57,1	28,6	81,8
57	Russische Föderation	0,314	52	34	25,7	12,1	89,6	92,5	57,0	71,4
58	Bulgarien	0,207	38	11	35,9	24,6	93,0	95,7	47,8	58,8
59	Barbados	0,350	66	51	48,4	21,6	89,5 ^e	87,6 ^e	65,9	76,7
60	Palau	10,3

HDI-Rang	Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit		Müttersterblichkeit	Geburtenhäufigkeit im Jugendalter	Anteil Parlamentssitze	Bevölkerung mit Sekundarschulbildung		Erwerbsbeteiligung	
	Wert	Rang	(Sterbefälle pro 100.000 Lebendgeburten)	(Geburten pro 1.000 Frauen, 15-19 Jahre)	(% Frauen)	(% der über 25-Jährigen)		(% der über 15-Jährigen)	
						Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich
	2013	2013	2010	2010/2015 ^a	2013	2005–2012 ^b	2005–2012 ^b	2012	2012
61 Antigua und Barbuda	49,3	19,4
62 Malaysia	0,210	39	29	5,7	13,9	66,0 ^e	72,8 ^e	44,3	75,3
63 Mauritius	0,375	72	60	30,9	18,8	49,4	58,0	43,5	74,3
64 Trinidad und Tobago	0,321	56	46	34,8	26,0	59,4	59,2	52,9	75,5
65 Libanon	0,413	80	25	12,0	3,1	38,8	38,9	22,8	70,5
65 Panama	0,506	107	92	78,5	8,5	63,5 ^e	60,7 ^e	49,0	81,9
67 Venezuela, Bolivarische Republik	0,464	96	92	83,2	17,0	56,5	50,8	50,9	79,2
68 Costa Rica	0,344	63	40	60,8	38,6	54,5 ^e	52,8 ^e	46,4	79,0
69 Türkei	0,360	69	20	30,9	14,2	39,0	60,0	29,4	70,8
70 Kasachstan	0,323	59	51	29,9	18,2	99,3	99,4	67,5	77,5
71 Mexiko	0,376	73	50	63,4	36,0	55,7	60,6	45,0	80,0
71 Seychellen	56,3	43,8	66,9	66,6
73 St. Kitts und Nevis	6,7
73 Sri Lanka	0,383	75	35	16,9	5,8	72,7	75,5	35,0	76,4
75 Iran, Islamische Republik	0,510	109	21	31,6	3,1	62,2	67,6	16,4	73,1
76 Aserbaidschan	0,340	62	43	40,0	16,0	93,7	97,4	62,5	68,9
77 Jordanien	0,488	101	63	26,5	12,0	69,5	78,5	15,3	66,2
77 Serbien	12	16,9	33,2	58,4	73,6
79 Brasilien	0,441	85	56	70,8	9,6	51,9	49,0	59,5	80,9
79 Georgien	67	46,8	12,0	56,2	74,7
79 Grenada	24	35,4	25,0
82 Peru	0,387	77	67	50,7	21,5	56,3	66,1	68,0	84,4
83 Ukraine	0,326	61	32	25,7	9,4	91,5 ^e	96,1 ^e	53,0	66,6
84 Belize	0,435	84	53	71,4	13,3	35,2 ^e	32,8 ^e	49,1	82,3
84 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	0,162	31	10	18,3	34,1	40,2	55,6	42,9	67,3
86 Bosnien und Herzegowina	0,201	36	8	15,1	19,3	44,8	70,0	34,1	57,2
87 Armenien	0,325	60	30	27,1	10,7	94,1 ^e	94,8 ^e	51,6	73,4
88 Fidschi	26	42,8	..	57,5	58,1	37,5	72,0
89 Thailand	0,364	70	48	41,0	15,7	35,7	40,8	64,4	80,8
90 Tunesien	0,265	48	56	4,6	26,7	32,8	46,1	25,1	70,6
91 China	0,202	37	37	8,6	23,4	58,7	71,9	63,8	78,1
91 St. Vincent und die Grenadinen	48	54,5	13,0	55,7	78,2
93 Algerien	0,425	81	97	10,0	25,8	20,9	27,3	15,0	71,9
93 Dominica	12,5	29,7	23,2
95 Albanien	0,245	44	27	15,3	17,9	81,8	87,9	45,0	65,4
96 Jamaika	0,457	88	110	70,1	15,5	74,0 ^e	71,1 ^e	56,1	71,0
97 St. Lucia	35	56,3	17,2	62,6	76,0
98 Kolumbien	0,460	92	92	68,5	13,6	56,9	55,6	55,7	79,7
98 Ecuador	0,429	82	110	77,0	38,7	40,1	39,4	54,4	82,6
100 Suriname	0,463	95	130	35,2	11,8	44,6	47,1	40,4	68,8
100 Tonga	0,458	90	110	18,1	3,6	87,5	88,3	53,5	74,8
102 Dominikanische Republik	0,505	105	150	99,6	19,1	55,6	53,1	51,2	78,7
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG									
103 Malediven	0,283	49	60	4,2	6,5	13,3	16,6	55,9	77,1
103 Mongolei	0,320	54	63	18,7	14,9	85,3 ^e	84,1 ^e	56,1	68,8
103 Turkmenistan	67	18,0	16,8	46,7	76,5
106 Samoa	0,517	111	100	28,3	4,1	64,3	60,0	23,4	58,4
107 Palästina, Staat	64	45,8	..	31,5	32,2	15,2	66,3
108 Indonesien	0,500	103	220	48,3	18,6	39,9	49,2	51,3	84,4
109 Botsuana	0,486	100	160	44,2	7,9	73,6 ^e	77,3 ^e	71,8	81,5
110 Ägypten	0,580	130	66	43,0	2,8	43,4 ^e	59,3 ^e	23,6	74,6
111 Paraguay	0,457	88	99	67,0	18,4	36,8	40,8	55,4	84,8
112 Gabun	0,508	108	230	103,0	16,7	53,8 ^e	34,7 ^e	56,0	65,1
113 Bolivien, Plurinationaler Staat	0,472	97	190	71,9	30,1	47,6	59,1	64,1	80,9
114 Moldau, Republik	0,302	51	41	29,3	19,8	93,6	96,6	37,0	43,3
115 El Salvador	0,441	85	81	76,0	26,2	36,8	43,6	47,6	79,0
116 Usbekistan	28	38,8	19,2	47,9	75,2
117 Philippinen	0,406	78	99	46,8	26,9	65,9	63,8	51,0	79,7
118 Südafrika	0,461	94	300	50,9	41,1 ^e	72,7	75,9	44,2	60,0
118 Syrien, Arabische Republik	0,556	125	70	41,6	12,0	29,0	38,9	13,4	72,7
120 Irak	..	120	63	68,7	25,2	22,0 ^e	42,7 ^e	14,7	69,7
121 Guyana	0,542	113	280	88,5	31,3	61,5 ^e	48,8 ^e	42,3	80,9

TABELLE 4 INDEX DER GESCHLECHTSSPEZIFISCHEN UNGLEICHHEIT

HDI-Rang	Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit		Müttersterblichkeit	Geburtenhäufigkeit im Jugendalter	Anteil Parlamentssitze	Bevölkerung mit Sekundarschulbildung		Erwerbsbeteiligung		
	Wert	Rang	(Sterbefälle pro 100.000 Lebendgeburten)	(Geburten pro 1.000 Frauen, 15-19 Jahre)	(% Frauen)	(% der über 25-Jährigen)		(% der über 15-Jährigen)		
			2010	2010/2015 ^a		2013	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich
121	0,322	58	59	29,0	24,4	59,4	71,2	72,8	81,9	
123	79	70,6	20,8	51,1	83,5	
124	100	18,6	0,1	
125	0,523	112	120	97,2	13,3	21,9	23,2	49,1	88,2	
125	0,348	64	71	29,3	23,3	94,5	96,8	55,7	79,0	
127	0,450	87	200	54,9	25,0	33,0 ^e	34,0 ^e	75,2	82,2	
128	300	52,2	38,5	24,7	51,1	
129	0,482	99	100	84,0	19,5	28,0	25,8	42,5	82,9	
129	0,460	92	100	35,8	11,0	20,1 ^e	36,3 ^e	43,0	57,4	
131	110	44,8	0,1	61,5	80,3	
132	0,458	90	95	100,8	40,2	30,8 ^e	44,7 ^e	47,0	80,1	
133	16,6	8,7	
133	0,383	75	65	42,8	17,5	89,9	95,0	58,7	76,9	
135	0,563	127	200	32,8	10,9	26,6 ^e	50,4 ^e	28,8	80,9	
136	0,495	102	180	40,9	6,9	34,0	34,5	66,4	76,9	
136	0,505	105	250	44,3	18,1 ^h	9,9	22,2	78,9	86,5	
138	0,549	123	350	58,4	10,9	45,2	64,7	67,2	71,2	
139	0,534	118	470	65,0	25,0	22,9 ^e	36,8 ^e	76,3	78,9	
140	0,617	135	560	126,7	9,6	43,8 ^e	48,7 ^e	68,4	72,9	
141	0,617	135	440	125,4	11,5	25,7 ^e	44,2 ^e	73,2	85,7	
142	0,529	115	240	80,6	19,7	30,8 ^e	39,3 ^e	57,3	84,1	
142	70	65,1	18,2	44,9	77,5	
144	240	112,6	18,8	80,6	92,3	
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG										
145	0,479	98	170	73,7	33,2	17,9 ^e	39,9 ^e	54,3	63,2	
146	0,563	127	260	27,3	19,7	19,3	46,1	24,4	82,9	
147	0,548	122	360	93,6	19,9	25,3	31,4	62,0	72,2	
148	0,529	115	320	72,0	21,9	49,9 ^e	46,1 ^e	43,8	71,3	
149	450	170,2	34,1	63,1	76,9	
150	0,430	83	200	12,1	4,6	18,0 ^e	17,6 ^e	85,7	82,9	
151	0,410	79	340	33,6	51,9	7,4 ^e	8,0 ^e	86,5	85,5	
152	0,622	138	690	115,8	16,1	21,1 ^e	34,9 ^e	63,6	76,7	
152	630	119,6	6,6	48,1	63,5	
154	0,733	149	200	47,0	0,7	7,6 ^e	24,4 ^e	25,2	71,8	
155	240	122,8	15,8	86,8	90,6	
156	0,516	110	570	60,3	35,1	48,8	62,0	83,2	89,7	
157	0,617	133	230	62,1	2,7	6,8 ^e	14,1 ^e	70,5	74,0	
157	93	64,9	2,0	53,4	79,1	
159	280	51,1	3,0	35,0	80,2	
159	0,553	124	460	122,7	36,0	5,6 ^e	9,2 ^e	88,1	90,2	
161	0,644	142	510	73,3	19,2	8,0 ^e	20,8 ^e	28,6	79,0	
162	0,557	126	620	89,4	26,8	21,9	19,8	58,8	73,3	
163	0,537	119	370	94,4	42,7	7,2	15,4	65,9	88,0	
164	0,529	115	310	126,6	35,0	22,9	33,5	75,9	79,3	
165	0,614	134	350	90,2	8,4	11,2 ^e	25,6 ^e	67,5	78,3	
166	0,628	140	730	84,0	24,1	12,8 ^e	18,2 ^e	31,2	76,0	
166	0,579	129	300	91,5	15,4	15,3 ^e	45,1 ^e	80,7	81,2	
168	0,599	132	350	42,0	3,5	22,5 ^e	36,3 ^e	60,6	70,8	
169	0,705	150	460	86,8	27,6	5,8 ^e	34,0 ^e	15,7	79,7	
170	200	18,6	12,7	36,1	67,3	
171	0,645	143	400	130,3	10,4	13,7 ^e	29,9 ^e	52,2	81,5	
172	0,624	139	360	115,8	7,5	16,9 ^e	31,4 ^e	72,2	83,0	
173	0,547	120	350	78,4	25,5	7,8	18,2	78,2	89,4	
174	0,591	131	460	144,8	22,3	10,4	20,4	84,7	81,3	
175	0,655	145	770	117,4	11,7	15,7 ^e	39,2 ^e	58,2	64,7	
176	0,673	145	540	175,6	10,2	7,7	15,1	50,6	81,4	
177	790	99,3	14,0	68,1	78,5	
178	0,657	146	490	137,8	39,2	1,5 ^e	6,0 ^e	26,3	75,8	
179	610	131,0	65,5	78,3	
180	0,501	104	800	30,3	34,9	5,2 ^e	9,3 ^e	83,2	81,8	
181	0,607	133	300	115,4	15,7	0,9	3,2	77,1	90,1	
182	240	65,3	22,0	79,9	89,8	

HDI-Rang	Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit		Müttersterblichkeit	Geburtenhäufigkeit im Jugendalter	Anteil Parlamentssitze	Bevölkerung mit Sekundarschulbildung		Erwerbsbeteiligung		
	Wert	Rang	(Sterbefälle pro 100.000 Lebendgeburten)	(Geburten pro 1.000 Frauen, 15-19 Jahre)	(% Frauen)	(% der über 25-Jährigen)		(% der über 15-Jährigen)		
						Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	
	2013	2013	2010	2010/2015 ^a	2013	2005–2012 ^b	2005–2012 ^b	2012	2012	
183	Sierra Leone	0,643	141	890	100,7	12,4	9,5 ^e	20,4 ^e	65,7	68,9
184	Tschad	0,707	151	1,100	152,0	14,9	1,7	9,9	64,0	79,2
185	Zentralafrikanische Republik	0,654	144	890	98,3	12,5 ⁱ	10,3 ^e	26,2 ^e	72,5	85,1
186	Kongo, Demokratische Republik	0,669	147	540	135,3	8,3	10,7 ^e	36,2 ^e	70,7	73,2
187	Niger	0,674	146	590	204,8	13,3	44,5	49,5	39,9	89,8
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE										
	Korea, Dem. Volksrepublik	81	0,6	15,6	72,3	84,2
	Marshallinseln	3,0
	Monaco	20,8
	Nauru	5,3
	San Marino	18,3
	Somalia	1,000	110,4	13,8	37,2	75,6
	Südsudan	75,3	24,3
	Tuvalu	6,7
HDI-Gruppierungen										
	Sehr hohe menschliche Entwicklung	0,197	—	16	19,2	26,7	86,1	87,7	52,3	69,0
	Hohe menschliche Entwicklung	0,315	—	42	28,8	18,8	60,2	69,1	57,1	77,1
	Mittlere menschliche Entwicklung	0,513	—	186	43,4	17,5	34,2	51,4	38,7	80,0
	Niedrige menschliche Entwicklung	0,587	—	427	92,3	20,0	14,9	29,6	55,7	78,4
Regionen										
	Arabische Staaten	0,546	—	164	45,4	13,8	32,9	46,4	24,7	73,2
	Ostasien und Pazifik	0,331	—	72	21,2	18,7	54,6	66,4	62,8	79,3
	Europa und Zentralasien	0,317	—	31	30,8	18,2	70,4	80,6	45,5	70,2
	Lateinamerika und Karibik	0,416	—	74	68,3	25,3	53,3	53,9	53,7	79,8
	Südasien	0,539	—	202	38,7	17,8	28,4	49,9	30,7	80,7
	Afrika südlich der Sahara	0,578	—	474	109,7	21,7	22,9	32,9	63,6	76,3
	Am wenigsten entwickelte Länder	0,570	—	389	97,0	20,3	16,5	27,2	64,0	81,6
	Kleine Inselentwicklungsländer	0,478	—	195	61,5	23,0	50,4	55,2	52,8	73,3
	Welt	0,451	—	145	47,4	21,1	54,2	64,2	50,6	76,7

HINWEISE

- a** Die Daten stellen den jährlichen Durchschnitt der für 2010-2015 hochgerechneten Werte dar.
- b** Die Daten beziehen sich auf das letzte verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.
- c** Bezieht sich auf die Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren.
- d** Bezieht sich auf die Bevölkerung zwischen 25 und 74 Jahren.
- e** Schätzung von Barro und Lee (2013) für 2010 auf der Grundlage von Daten des UNESCO-Instituts für Statistik.
- f** Zur Berechnung des Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit wurde ein Wert von 0,1 Prozent verwendet.
- g** In den Zahlen sind die 36 turnusmäßig wechselnden Sonderdelegierten nicht enthalten.
- h** Bezieht sich auf 2012.

- i** Bezieht sich auf ein früheres Jahr als das angegebene.

DEFINITIONEN**Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit:**

Ein zusammengesetzter Index zur Messung ungleicher Fortschritte von Frauen und Männern bei drei Dimensionen: reproduktive Gesundheit, Teilhabe und Erwerbsbeteiligung. Nähere Informationen zur Berechnung des Indexes der geschlechtsspezifischen Ungleichheit enthält die *Technische Erläuterung 3* unter <http://hdr.undp.org>.

Müttersterblichkeit: Zahl der Sterbefälle im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt pro 100.000 Lebendgeburten.

Geburtenhäufigkeit im Jugendalter: Zahl der Geburten von Frauen zwischen 15 und 19 Jahren pro 1.000 Frauen desselben Alters.

Anteil Parlamentssitze: Anteil der Sitze von Frauen im nationalen Parlament, ausgedrückt als prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Sitze. Für Länder mit Zweikammer-Legislative wird der Anteil der Sitze auf der Grundlage beider Kammern berechnet.

Bevölkerung mit Sekundarschulbildung: Anteil der Bevölkerung über 25 Jahre, die die Sekundarstufe erreicht, aber nicht notwendigerweise abgeschlossen hat.

Erwerbsbeteiligung: Anteil der Bevölkerung eines Landes im erwerbsfähigen Alter (ab 15 Jahren), die sich am Arbeitsmarkt beteiligt, entweder durch Ausübung einer Arbeit oder durch aktive Arbeitssuche, ausgedrückt als prozentualer Anteil an der Erwerbsbevölkerung.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalte 1: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von UN Maternal Mortality Estimation Group (2013), UNDESA (2013a), IPU (2013), Barro und Lee (2013), UNESCO Institute for Statistics (2013b) und ILO (2013a).

Spalte 2: Berechnet auf der Grundlage von Daten in Spalte 1.

Spalte 3: UN Maternal Mortality Estimation Group 2013.

Spalte 4: UNDESA 2013a.

Spalte 5: IPU 2013.

Spalten 6 und 7: UNESCO Institute for Statistics 2013b.

Spalten 8 und 9: ILO 2013a.

Index der geschlechtsspezifischen Entwicklung

HDI-Rang	Index der geschlechtsspezifischen Entwicklung		Index der menschlichen Entwicklung (HDI)		Lebenserwartung bei der Geburt		Durchschnittliche Schulbesuchsdauer		Voraussichtliche Schulbesuchsdauer		Geschätztes BNE pro Kopf ^f		
	Verhältnis weibl./männl. HDI	Rang ^b	Wert		(Jahre)		(Jahre)		(Jahre)		(KKP \$ 2011)		
			Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	
	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2002–2012 ^c	2002–2012 ^c	2000–2012 ^c	2000–2012 ^c	2013	2013	
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
1	Norwegen	0,997	5	0,940	0,943	83,6	79,4	12,7	12,6	18,2	16,9	56.994	70.807
2	Australien	0,975	40	0,920	0,944	84,8	80,3	12,5	13,1	20,3	19,4	35.551	47.553
3	Schweiz	0,953	76	0,895	0,939	84,9	80,2	11,5	13,1	15,6	15,8	42.561	65.278
4	Niederlande	0,968	51	0,899	0,929	82,9	79,1	11,6	12,2	18,0	17,8	34.497	50.432
5	Vereinigte Staaten	0,995	7	0,911	0,915	81,3	76,5	13,0	12,9	17,4	15,7	41.792	63.163
6	Deutschland	0,962	61	0,892	0,928	83,1	78,3	12,6	13,3	16,2	16,4	33.028	53.445
7	Neuseeland	0,971	47	0,896	0,923	83,0	79,2	12,5	12,6	20,2	18,5	26.695	38.656
8	Kanada	0,986	24	0,893	0,906	83,6	79,3	12,3	12,2	16,2	15,4	34.612	49.272
9	Singapur	0,967	52	0,878	0,908	84,7	79,8	9,7 ^d	10,7 ^d	15,5 ^e	15,3 ^e	50.001	95.329 ^f
10	Dänemark	0,989	17	0,895	0,906	81,5	77,3	11,9	12,3	17,6	16,3	37.106	48.742
11	Irland	0,965	56	0,881	0,913	82,9	78,6	11,7	11,5	18,5	18,7	23.872	43.092
12	Schweden	1,004	6	0,898	0,894	83,9	79,7	11,8 ^d	11,4 ^d	16,6	15,1	38.071	48.365
13	Island	0,982	30	0,883	0,899	83,9	80,3	10,8	10,0	19,9	17,6	27.612	42.520
14	Vereinigtes Königreich	0,993	13	0,887	0,894	82,5	78,6	12,8	11,8	16,7	15,8	27.589	42.632
15	Hongkong, China (SAR)	0,969	49	0,874	0,902	86,4	80,4	9,8	10,3	15,3	15,4	40.051	66.417
15	Korea, Republik	0,940	85	0,860	0,915	84,8	78,1	11,1	12,5	16,1	17,8	21.795	38.990
17	Japan	0,951	79	0,863	0,907	87,0	80,1	11,2	11,8	15,1	15,4	22.384	51.906
18	Liechtenstein	13,8	16,4
19	Israel	0,984	29	0,879	0,893	83,6	79,9	12,6	12,5	16,1	15,2	24.636	35.402
20	Frankreich	0,989	17	0,878	0,888	85,2	78,3	10,9	11,4	16,3	15,6	29.580	44.139
21	Österreich	0,935	91	0,834	0,892	83,6	78,5	8,9	10,6	15,9	15,3	25.170	61.543
21	Belgien	0,977	38	0,866	0,887	83,1	78,0	10,5 ^d	10,7 ^d	16,5	16,0	30.213	49.077
21	Luxemburg	0,961	66	0,861	0,896	83,0	78,0	10,9	11,7	14,0	13,8	41.351	76.196 ^f
24	Finnland	1,006	8	0,881	0,876	83,7	77,4	10,3	10,2	17,6	16,4	32.123	42.795
25	Slowenien	1,006	8	0,876	0,871	82,8	76,4	11,8	12,0	17,9	15,8	21.762	31.916
26	Italien	0,962	61	0,852	0,886	85,0	79,6	9,7	10,6	16,8	15,8	22.303	43.640
27	Spanien	0,985	25	0,861	0,874	85,3	78,9	9,5	9,7	17,5	16,8	23.487	37.804
28	Tschechische Republik	0,969	49	0,844	0,871	80,7	74,6	12,1	12,5	16,9	15,9	16.233	33.098
29	Griechenland	0,959	69	0,833	0,868	83,1	78,4	9,9	10,4	16,6	16,4	17.791	31.707
30	Brunei Darussalam	0,981	31	0,839	0,856	80,5	76,7	8,6	8,8	14,9	14,2	52.831	88.468
31	Katar	0,979	32	0,838	0,856	79,5	77,8	10,1	8,7	14,0	13,9	45.863	141.468 ^f
32	Zypern	0,940	85	0,817	0,869	81,8	77,9	10,7	12,6	14,0	13,9	19.787	33.461
33	Estland	1,042	70	0,856	0,821	79,6	69,1	12,3	11,7	17,5	15,5	19.410	27.985
34	Saudi-Arabien	0,897	112	0,773	0,861	77,6	73,9	8,0	9,2	15,9	15,4	16.197	78.689
35	Litauen	1,036	58	0,848	0,818	78,2	66,0	12,3	12,4	17,3	16,0	19.588	28.607
35	Polen	1,010	14	0,837	0,828	80,5	72,3	11,9	11,7	16,3	14,7	16.462	26.871
37	Andorra
37	Slowakei	1,000	1	0,829	0,829	79,2	71,5	11,6 ^g	11,5 ^g	15,6	14,5	19.450	31.554
39	Malta	0,954	75	0,807	0,846	82,0	77,5	9,5	10,3	14,7	14,3	18.832	35.217
40	Vereinigte Arabische Emirate	0,958	70	0,800	0,835	78,2	76,1	10,2	8,7	13,9 ^g	12,9 ^g	23.903	72.659
41	Chile	0,962	61	0,803	0,835	82,7	77,1	9,6	9,9	15,3	15,0	14.339	27.410
41	Portugal	0,970	48	0,808	0,833	82,9	76,9	8,0	8,5	16,5	16,1	17.846	30.817
43	Ungarn	0,998	4	0,816	0,818	78,6	70,5	11,2 ^d	11,4 ^d	15,7	15,1	17.233	25.663
44	Bahrain	0,961	66	0,798	0,831	77,5	75,9	9,1	9,6	15,1 ^h	13,7 ^h	24.531	36.660
44	Kuba	0,962	61	0,796	0,827	81,3	77,3	10,1 ^g	10,3 ^g	15,1	13,9	13.302	26.319
46	Kuwait	0,987	22	0,801	0,812	75,5	73,5	7,9	6,8	15,2	14,2	43.134	114.532 ^f
47	Kroatien	0,987	22	0,807	0,818	80,4	73,7	10,5	11,6	15,2	13,9	15.777	22.509
48	Lettland	1,033	52	0,823	0,797	77,5	66,7	11,5 ^d	11,5 ^d	16,3	14,8	18.624	26.415
49	Argentinien	1,001	2	0,806	0,805	79,9	72,6	10,0	9,6	17,5	15,4	11.975	22.849
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
50	Uruguay	1,015	25	0,793	0,781	80,6	73,7	8,7	8,2	16,6	14,4	13.789	22.730
51	Bahamas	78,2	72,1	11,1	11,1	17.934	25.047
51	Montenegro	77,2	72,5	9,9 ⁱ	11,2 ⁱ	15,5	14,8
53	Belarus	1,021	32	0,793	0,777	75,8	64,2	11,4 ⁱ	11,7 ⁱ	16,3	15,2	12.655	20.730
54	Rumänien	0,973	43	0,771	0,793	77,5	70,3	10,4	11,0	14,5	13,7	12.005	23.148
55	Libyen	0,931	93	0,749	0,805	77,3	73,5	7,5	7,5	16,4	15,9	10.649	32.678
56	Oman	79,0	74,8	13,9	13,4	17.346	56.424
57	Russische Föderation	1,038	61	0,792	0,763	74,4	61,8	11,7	11,8	14,5	13,5	18.228	27.741
58	Bulgarien	0,994	8	0,775	0,779	77,3	70,0	10,6 ^d	10,5 ^d	14,5	14,1	12.539	18.430
59	Barbados	1,021	32	0,784	0,767	77,8	73,0	9,5	9,2	17,2	13,8	11.165	16.054
60	Palau	12,2	12,6	14,6	12,9

	Index der geschlechts-spezifischen Entwicklung		Index der menschlichen Entwicklung (HDI)		Lebenserwartung bei der Geburt		Durchschnittliche Schulbesuchsdauer		Voraussichtliche Schulbesuchsdauer		Geschätztes BNE pro Kopf ^a	
	Verhältnis weibl./männl. HDI	Rang ^b	Wert		(Jahre)		(Jahre)		(Jahre)		(KKP \$ 2011)	
			Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich
HDI-Rang	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2002–2012 ^c	2002–2012 ^c	2000–2012 ^c	2000–2012 ^c	2013	2013
61 Antigua und Barbuda	78,3	73,5	13,7	13,8
62 Malaysia	0,935	91	0,743	0,794	77,4	72,7	9,2	9,9	12,7	12,7	13.187	30.984
63 Mauritius	0,957	72	0,750	0,784	77,1	70,3	8,0	9,1	15,9	15,2	10.980	22.726
64 Trinidad und Tobago	0,994	8	0,763	0,767	73,6	66,4	10,9	10,6	12,5	12,1	19.079	31.713
65 Libanon	0,900	110	0,715	0,794	82,3	78,1	7,6 ⁱ	8,2 ⁱ	13,0	13,3	7.199	25.038
65 Panama	0,978	36	0,753	0,770	80,5	74,8	9,6 ^g	9,2 ^g	12,9	11,9	10.798	21.850
67 Venezuela, Bolivarische Republik	0,999	2	0,759	0,760	77,7	71,7	8,7	8,4	15,3	13,1	11.924	22.180
68 Costa Rica	0,973	43	0,751	0,772	82,2	77,8	8,4	8,3	13,9	13,2	9.719	16.204
69 Türkei	0,884	118	0,704	0,796	78,7	71,8	6,4	8,7	13,8	15,0	8.813	28.318
70 Kasachstan	1,015	25	0,762	0,751	72,3	61,0	10,2 ^g	10,5 ^g	15,4	14,7	14.369	24.902
71 Mexiko	0,940	85	0,728	0,775	79,8	75,1	8,1	8,8	12,9	12,6	10.060	22.020
71 Seychellen	78,1	69,0	9,4 ⁱ	9,4 ⁱ	12,1	11,1
73 St. Kitts und Nevis	13,4	12,4
73 Sri Lanka	0,961	66	0,720	0,749	77,4	71,2	10,7 ^g	9,4 ^g	13,9	13,4	5.078	13.616
75 Iran, Islamische Republik	0,847	128	0,672	0,793	76,1	72,2	7,1	8,6	15,0	15,3	4.159	22.631
76 Aserbaidshjan	0,952	77	0,723	0,759	73,9	67,6	10,5 ⁱ	11,2 ⁱ	11,6	11,9	10.968	20.541
77 Jordanien	0,842	130	0,658	0,781	75,6	72,3	9,4	10,4	13,5	13,1	2.875	19.459
77 Serbien	76,9	71,3	9,2 ^g	9,9 ^g	14,1	13,2
79 Brasilien	77,6	70,4	7,3 ^g	7,2 ^g	10.851	17.813
79 Georgien	0,941	84	0,713	0,758	77,8	70,5	11,9 ⁱ	12,4 ⁱ	12,8	12,8	4.231	9.871
79 Grenada	75,3	70,3	16,3	15,3
82 Peru	0,957	72	0,720	0,753	77,6	72,2	8,5	9,6	13,2	13,1	8.942	13.607
83 Ukraine	1,012	21	0,738	0,729	74,4	62,8	11,2	11,4	15,3	14,9	6.450	10.279
84 Belize	0,963	60	0,714	0,742	77,1	70,9	9,2 ^g	9,3 ^g	14,1	13,3	6.163	12.571
84 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	0,944	83	0,708	0,750	77,5	72,9	7,9 ⁱ	8,5 ⁱ	13,4	13,2	7.913	15.563
86 Bosnien und Herzegowina	78,9	73,8	7,2 ⁱ	9,5 ⁱ	6.381	12.628
87 Armenien	0,994	8	0,725	0,729	78,0	71,3	10,8 ^g	10,8 ^g	13,6	11,2	5.486	10.282
88 Fidschi	0,937	89	0,679	0,725	73,0	67,0	9,8	10,0	14,1	13,7	4.100	10.214
89 Thailand	0,990	14	0,718	0,725	77,8	71,1	7,0	7,7	13,4	12,7	11.728	15.069
90 Tunesien	0,891	116	0,669	0,751	78,3	73,6	5,5	7,5	15,0	14,0	4.751	16.226
91 China	0,939	88	0,696	0,740	76,7	74,1	6,9	8,2	13,0	12,8	9.288	13.512
91 St. Vincent und die Grenadinen	74,7	70,4	13,4	13,1	7.541	13.085
93 Algerien	0,843	129	0,629	0,746	72,7	69,4	5,9	7,8	14,2	13,8	3.695	21.219
93 Dominica
95 Albanien	0,957	72	0,694	0,725	80,6	74,6	9,1	9,5	10,3	10,3	6.704	11.734
96 Jamaika	0,989	17	0,703	0,711	76,1	71,0	9,8	9,2	12,4	11,5	6.406	9.990
97 St. Lucia	77,5	72,2	12,5	11,8	7.597	10.966
98 Kolumbien	0,972	46	0,697	0,718	77,7	70,4	7,0	7,1	13,5	12,9	7.698	15.485
98 Ecuador	79,4	73,7	7,4	7,8 ^g	7.045	12.951
100 Suriname	0,974	41	0,693	0,711	74,3	67,9	7,3	8,0	12,9	11,2	9.874	20.329
100 Tonga	0,966	54	0,682	0,706	75,7	69,8	9,2 ^d	9,5 ^d	14,0	13,4	3.983	6.642
102 Dominikanische Republik	76,7	70,4	7,7	7,2	7.514	14.172
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG												
103 Malediven	0,936	90	0,673	0,718	79,0	76,9	5,4 ^d	6,2 ^d	12,8	12,5	7.504	12.608
103 Mongolei	1,021	32	0,705	0,691	71,6	63,7	8,5	8,2	15,6	14,4	7.299	9.654
103 Turkmenistan	69,8	61,4	7.714	15.479
106 Samoa	0,948	81	0,670	0,707	76,5	70,2	10,3	10,3	13,3 ^k	12,5 ^k	2.868	6.436
107 Palästina, Staat	0,974	41	0,612	0,628	75,0	71,5	8,4 ⁱ	9,3 ⁱ	14,0	12,5	1.651	8.580
108 Indonesien	0,923	98	0,654	0,709	72,9	68,8	6,9	8,1	12,8	12,7	5.873	12.030
109 Botsuana	0,964	58	0,669	0,694	66,8	62,1	8,7	9,0	11,7	11,6	11.491	18.054
110 Ägypten	0,855	125	0,617	0,722	73,6	68,8	5,3	7,5	12,7	13,3	4.225	16.522
111 Paraguay	0,966	54	0,664	0,687	74,6	70,1	7,5	7,9	12,2	11,7	5.984	9.150
112 Gabun	64,5	62,4	8,4	6,4	14.003	19.919
113 Bolivien, Plurinationaler Staat	0,931	93	0,642	0,690	69,5	65,1	8,4 ^g	10,0 ^g	12,9	13,4	4.406	6.701
114 Moldau, Republik	0,990	14	0,659	0,666	72,8	65,0	9,6 ^g	10,0 ^g	12,1	11,6	4.196	5.979
115 El Salvador	0,965	56	0,648	0,672	77,1	67,8	6,1	6,9	12,0	12,3	5.383	9.302
116 Usbekistan	0,945	82	0,637	0,674	71,7	65,0	9,5 ⁱ	9,9 ⁱ	11,3	11,7	3.579	6.893
117 Philippinen	0,989	17	0,652	0,659	72,2	65,4	8,8 ^d	8,5 ^d	11,5	11,1	4.987	7.771
118 Südafrika	58,8	54,7	9,8	10,1	8.539	15.233
118 Syrien, Arabische Republik	0,851	127	0,588	0,691	77,8	71,8	6,1	7,1	12,0	12,1	1.922	9.478
120 Irak	0,802	137	0,556	0,693	73,2	65,9	4,4	6,7	8,7	11,4	4.246	23.555

TABELLE 5 INDEX DER GESCHLECHTSSPEZIFISCHEN ENTWICKLUNG

	Index der geschlechts-spezifischen Entwicklung		Index der menschlichen Entwicklung (HDI)		Lebenserwartung bei der Geburt		Durchschnittliche Schulbesuchsdauer		Voraussichtliche Schulbesuchsdauer		Geschätztes BNE pro Kopf ^a	
	Verhältnis weibl./ männl. HDI	Rang ^b	Wert		(Jahre)		(Jahre)		(Jahre)		(KKP \$ 2011)	
			Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich
HDI-Rang	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2002–2012 ^c	2002–2012 ^c	2000–2012 ^c	2000–2012 ^c	2013	2013
121 Guyana	0,985	25	0,629	0,638	68,9	63,6	9,0 ^g	8,1 ^g	11,7	9,9	3.993	8.613
121 Vietnam	80,5	71,3	5,2	5,7	4.147	5.655
123 Kap Verde	78,8	71,1	13,6	12,9	4.266	8.480
124 Mikronesien, Föd. Staaten von	69,9	68,0	5,6	9,2
125 Guatemala	0,910	104	0,596	0,655	75,6	68,5	5,0	6,4	10,3	11,1	4.456	9.397
125 Kirgistan	0,976	39	0,618	0,633	71,9	63,4	9,3 ^g	9,3 ^g	12,7	12,3	2.228	3.837
127 Namibia	0,978	36	0,616	0,631	67,1	61,7	6,3	6,1	11,4	11,3	7.288	11.196
128 Timor-Leste	0,875	122	0,574	0,656	69,1	66,0	3,6 ^l	5,3 ^l	11,3	12,0	5.634	13.582
129 Honduras	0,929	95	0,590	0,634	76,2	71,5	5,3	5,7	12,1	11,2	2.474	5.800
129 Marokko	0,828	132	0,545	0,658	72,7	69,1	3,2	5,6	10,6	11,6	3.215	10.692
131 Vanuatu	0,900	110	0,581	0,646	73,8	69,7	8,0	10,0	10,2	10,9	2.022	3.264
132 Nicaragua	0,912	102	0,583	0,639	77,9	71,8	4,8	6,7	10,8	10,3	2.821	5.743
133 Kiribati	71,8	66,1	12,7	11,9
133 Tadschikistan	0,952	77	0,591	0,621	70,8	64,1	10,0 ^g	9,7 ^g	10,4	12,0	1.939	2.906
135 Indien	0,828	132	0,519	0,627	68,3	64,7	3,2	5,6	11,3	11,8	2.277	7.833
136 Bhutan	68,7	68,0	12,5	12,3	5.419	7.942
136 Kambodscha	0,909	105	0,533	0,587	74,5	69,1	3,2 ^g	5,0 ^g	10,3	11,5	2.410	3.220
138 Ghana	0,884	118	0,537	0,607	62,1	60,2	5,9	8,1	10,9	12,1	2.937	4.138
139 Laos, Demokratische Volksrepublik	0,897	112	0,537	0,599	69,7	66,9	3,8	5,4	9,5	10,8	3.806	4.902
140 Kongo	0,928	96	0,543	0,585	60,2	57,4	5,5	6,7	10,9	11,3	4.222	5.597
141 Sambia	0,913	101	0,534	0,585	60,0	56,3	5,8	7,2	13,0	13,9	2.344	3.455
142 Bangladesch	0,908	107	0,528	0,582	71,5	69,9	4,6	5,6	10,3	9,7	1.928	3.480
142 São Tomé und Príncipe	0,894	115	0,524	0,586	68,3	64,3	4,0 ^l	5,5 ^l	11,4	11,2	2.001	4.248
144 Äquatorialguinea	54,6	51,7	6,9	10,0	17.769	25.977
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG												
145 Nepal	0,912	102	0,514	0,564	69,6	67,3	2,4	4,2	12,5	12,2	1.857	2.554
146 Pakistan	0,750	145	0,447	0,596	67,5	65,7	3,3	6,1	6,9	8,4	1.707	7.439
147 Kenia	0,908	107	0,508	0,560	63,6	59,8	5,4 ^g	7,1 ^g	10,7	11,3	1.763	2.554
148 Swasiland	0,877	121	0,493	0,562	48,3	49,6	7,4	6,8	10,9	11,8	3.738	7.384
149 Angola	53,4	50,4	8,7	14,0	5.080	7.587
150 Myanmar	67,2	63,1	4,1	3,8	3.362	4.673
151 Ruanda	0,950	80	0,463	0,487	65,7	62,4	3,1	3,6	10,3	10,2	1.263	1.550
152 Kamerun	0,872	123	0,468	0,537	56,2	53,9	5,1	6,7	9,5	11,2	2.062	3.052
152 Nigeria	0,839	131	0,458	0,546	52,8	52,2	4,2 ^l	6,3 ^l	8,2	9,8	4.068	6.594
154 Jemen	0,738	146	0,415	0,562	64,5	61,8	1,2	3,8	7,7	10,6	1.775	6.080
155 Madagaskar	0,917	99	0,476	0,519	66,2	63,2	4,8 ^k	5,6 ^k	10,2	10,5	1.102	1.566
156 Simbabwe	0,909	105	0,468	0,515	60,8	58,8	6,7 ^g	7,8 ^g	9,1	9,5	1.124	1.496
157 Papua-Neuguinea	64,6	60,4	3,2	8,4	2.140	2.754
157 Salomonen	69,2	66,3	8,8	9,7	940	1.816
159 Komoren	62,3	59,5	12,3	13,2	798	2.201
159 Tansania, Vereinigte Republik	0,916	100	0,466	0,509	62,9	60,2	4,5	5,8	9,0	9,3	1.501	1.903
161 Mauretanien	0,801	138	0,425	0,530	63,1	60,0	2,6	4,9	8,1	8,3	1.362	4.592
162 Lesotho	0,973	43	0,474	0,488	49,5	49,2	6,8 ^d	4,6 ^d	11,6	10,6	2.217	3.395
163 Senegal	0,864	124	0,449	0,520	64,9	61,9	3,4 ^g	5,6 ^g	7,8	8,1	1.642	2.717
164 Uganda	0,896	114	0,456	0,509	60,4	58,0	4,3	6,4	10,6	10,9	1.167	1.502
165 Benin	0,822	134	0,428	0,520	60,7	57,9	2,0	4,4	9,4	12,7	1.455	1.999
166 Sudan	63,9	60,3	2,5	3,8	1.692	5.153
166 Togo	0,803	136	0,401	0,499	57,4	55,6	3,3	6,7	8,5	11,9	998	1.263
168 Haiti	65,0	61,2	3,2	6,7	1.349	1.930
169 Afghanistan	0,602	148	0,330	0,549	62,2	59,7	1,2	5,1	7,2	11,3	503	3.265
170 Dschibuti	63,4	60,2	5,9	6,9	1.907	4.300
171 Côte d'Ivoire	51,6	50,0	3,1	5,4	1.866	3.648
172 Gambia	60,2	57,5	2,0	3,6	1.309	1.811
173 Äthiopien	0,853	126	0,401	0,470	65,3	62,0	1,4 ^l	3,6 ^l	8,0	9,0	1.090	1.515
174 Malawi	0,891	116	0,389	0,437	55,4	55,1	3,4 ^g	5,1 ^g	10,8	10,7	652	777
175 Liberia	0,786	140	0,379	0,482	61,5	59,6	2,3	5,6	8,9	12,4	634	868
176 Mali	0,771	143	0,350	0,455	54,9	55,1	1,4 ^d	2,6 ^d	7,6	9,6	914	2.076
177 Guinea-Bissau	55,8	52,8	1,4 ^j	3,4 ^j	907	1.275
178 Mosambik	0,879	120	0,343	0,391	51,0	49,3	0,8 ^l	1,7 ^l	8,9	10,1	939	1.086
179 Guinea	0,785	141	0,344	0,439	56,9	55,3	0,8 ^l	2,6 ^l	7,4	10,1	913	1.370

	Index der geschlechts-spezifischen Entwicklung		Index der menschlichen Entwicklung (HDI)		Lebenserwartung bei der Geburt		Durchschnittliche Schulbesuchsdauer		Voraussichtliche Schulbesuchsdauer		Geschätztes BNE pro Kopf ^a	
	Verhältnis weibl./männl. HDI	Rang ^b	Wert		(Jahre)		(Jahre)		(Jahre)		(KKP \$ 2011)	
			Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich
HDI-Rang	2013	2013	2013	2013	2013	2013	2002–2012 ^c	2002–2012 ^c	2000–2012 ^c	2000–2012 ^c	2013	2013
180 Burundi	0,904	109	0,370	0,410	56,1	52,2	2,2	3,3	9,6	10,7	685	815
181 Burkina Faso	0,924	97	0,376	0,407	56,9	55,7	1,9 ⁱ	1,1 ⁱ	7,0	8,0	1.335	1.871
182 Eritrea	65,2	60,5	3,7	4,6	986	1.309
183 Sierra Leone	0,799	139	0,329	0,412	45,8	45,3	2,0	3,8	6,1	8,4	1.617	2.016
184 Tschad	0,762	144	0,319	0,419	52,1	50,3	0,6	2,3	5,9	8,9	1.289	1.953
185 Zentralafrikanische Republik	0,776	142	0,296	0,382	52,1	48,3	2,3	4,9	5,9	8,6	482	698
186 Kongo, Demokratische Republik	0,822	134	0,304	0,369	51,8	48,2	2,1	4,1	8,4	10,9	390	499
187 Niger	0,714	147	0,275	0,385	58,6	58,3	0,8	2,1	4,8	6,1	471	1.268
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE												
Korea, Dem. Volksrepublik	73,4	66,4
Marshallinseln	12,0	11,4
Monaco
Nauru	9,9	8,9
San Marino	15,9	14,7
Somalia	56,7	53,4
Südsudan	56,3	54,2
Tuvalu	11,4	10,3
HDI-Gruppierungen												
Sehr hohe menschliche Entwicklung	0,975	—	0,874	0,896	83,0	77,4	11,6	11,8	16,7	15,8	26.677	53.683
Hohe menschliche Entwicklung	0,946	—	0,710	0,750	76,8	72,3	7,5	8,5	13,4	13,1	9.426	16.966
Mittlere menschliche Entwicklung	0,875	—	0,565	0,646	70,0	65,9	4,7	6,4	11,4	11,8	3.199	8.619
Niedrige menschliche Entwicklung	0,834	—	0,446	0,535	60,5	58,2	3,1	5,1	8,3	9,8	2.011	3.789
Regionen												
Arabische Staaten	0,866	—	0,626	0,722	72,2	68,4	4,9	6,7	12,1	12,8	6.991	23.169
Ostasien und Pazifik	0,943	—	0,682	0,724	75,8	72,3	6,8	7,9	12,8	12,6	8.154	12.488
Europa und Zentralasien	0,938	—	0,705	0,752	75,4	67,3	8,8	9,8	13,4	13,8	7.287	17.867
Lateinamerika und Karibik	0,963	—	0,716	0,744	78,0	71,8	7,7	8,0	13,6	13,0	8.962	18.732
Südasien	0,830	—	0,522	0,629	68,9	65,7	3,5	5,8	10,8	11,4	2.384	7.852
Afrika südlich der Sahara	0,867	—	0,460	0,531	58,0	55,6	3,7	5,4	8,8	10,1	2.492	3.812
Am wenigsten entwickelte Länder	0,859	—	0,447	0,520	62,8	60,3	2,9	4,5	9,0	10,1	1.576	2.629
Kleine Inselentwicklungsländer	..	—	72,4	67,7	13,5	12,8	6.993	12.017
Welt	0,920	—	0,655	0,712	73,0	68,8	6,0	7,4	12,0	12,3	8.956	18.277

HINWEISE

- a Da keine aufgeschlüsselten Einkommensdaten zur Verfügung stehen, wurden die Daten grob geschätzt. Detaillierte Informationen zur Methodik finden sich in den Definitionen sowie in der *Technischen Erläuterung 4* unter <http://hdr.undp.org>.
- b Die Einstufung der Länder erfolgt anhand der absoluten Abweichung von der Geschlechterparität bei den HDI-Werten.
- c Die Daten beziehen sich auf das letzte verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.
- d Aktualisiert durch das HDRO auf der Grundlage von Daten über Bildungsabschlüsse des UNESCO-Instituts für Statistik (2013b) und der Methodik von Barro und Lee (2013).
- e Berechnet durch das Bildungsministerium Singapurs.
- f Zur Berechnung des HDI für Männer gilt für das geschätzte Arbeitseinkommen eine Kappungsgrenze von 75.000 Dollar.
- g Auf der Grundlage von Daten des UNESCO-Instituts für Statistik (2011).
- h Auf der Grundlage von Daten über die voraussichtliche Schulbesuchsdauer des UNESCO-Instituts für Statistik (2013a).
- i Auf der Grundlage der durch das UNESCO-Institut für Statistik (2013a) geschätzten Verteilung von Bildungsabschlüssen.

j HDRO-Berechnungen auf der Grundlage aktueller Daten aus den Multiple Indicator Cluster Surveys.

k HDRO-Berechnungen auf der Grundlage der vom Statistikbüro Samoas 2011 durchgeführten Volkszählung (o.J.).

l HDRO-Schätzung auf der Grundlage der aktuellsten Daten des Demographic and Health Survey in diesem Land.

DEFINITIONEN

Index der geschlechtsspezifischen Entwicklung: Ein zusammengesetztes Maß, das die unterschiedlichen Fortschritte von Männern und Frauen bei drei Dimensionen menschlicher Entwicklung – Gesundheit, Bildung und Lebensstandard – widerspiegelt. Detaillierte Informationen zur Berechnung des Indexes der geschlechtsspezifischen Entwicklung enthält die *Technische Erläuterung 4* unter <http://hdr.undp.org>.

Verhältnis weiblicher/männlicher HDI: Verhältnis zwischen den weiblichen und den männlichen HDI-Werten.

Index der menschlichen Entwicklung: Ein zusammengesetzter Index, der die durchschnittlich erzielten Fortschritte bei drei grundlegenden Dimensionen menschlicher Entwicklung misst: einem langen und gesunden Leben, Wissen und angemessenem Lebensstandard.

Detaillierte Informationen zur Berechnung des Indexes enthält die *Technische Erläuterung 1* unter <http://hdr.undp.org>.

Lebenserwartung bei der Geburt: Zahl der Jahre, die ein Neugeborenes leben würde, wenn die zur Zeit seiner Geburt vorherrschenden Muster altersspezifischer Sterblichkeit während seines gesamten Lebens unverändert blieben.

Durchschnittliche Schulbesuchsdauer in Jahren: Durchschnittliche Zahl der Jahre des Schulunterrichts, die ab 25-Jährige in ihrem Leben erhalten haben, umgewandelt aus den Bildungsstufenabschlüssen der Bevölkerung auf der Basis der offiziellen Dauer jeder Bildungsstufe.

Voraussichtliche Schulbesuchsdauer in Jahren: Zahl der Jahre des Schulunterrichts, die ein Kind im Schuleintrittsalter zu erhalten erwarten kann, wenn die vorherrschenden altersspezifischen Einschulungsquoten während des gesamten Lebens des Kindes konstant bleiben.

Geschätztes Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf: Abgeleitet vom Lohnverhältnis zwischen Frauen und Männern, dem Frauen- bzw. Männeranteil an der Erwerbsbevölkerung und dem BNE (in konstanten KKP \$ 2011) siehe *Technische Erläuterung 4* unter <http://hdr.undp.org>.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1 und 2: Berechnet auf der Grundlage von Daten aus den Spalten 3 und 4.

Spalten 3 und 4: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten von UNDESA (2013a), Barro und Lee (2013), UN Statistics Division (2014), UNESCO Institute for Statistics (2013b), World Bank (2014) und ILO (2014).

Spalten 5 und 6: UNDESA (2013a).

Spalten 7 und 8: Barro und Lee (2013), UNESCO Institute for Statistics (2013b) und HDRO-Schätzungen auf der Grundlage von Daten über Bildungsabschlüsse des UNESCO Institute for Statistics (2013b) und der Methodik von Barro und Lee (2013).

Spalten 9 und 10: UNESCO Institute for Statistics 2013.

Spalten 11 und 12: HDRO-Berechnung auf der Grundlage von ILO (2013a), UNDESA (2013a) und World Bank (2014).

Index der mehrdimensionalen Armut

		Index der mehrdimensionalen Armut ^b								Bevölkerung unterhalb der Einkommensgrenze				
		Überarbeitete Spezifikationen ^c		Spezifikationen 2010 ^d		Bevölkerung in mehrdimensionaler Armut ^e		Bevölkerung nahe an mehrdimensionaler Armut ^e	Bevölkerung in starker Armut ^e	Beitrag der Deprivation in der jeweiligen Dimension zur Gesamtarmut		Nationale Einkommensgrenze		
		Index	Betroffene	Index	Betroffene	Betroffene	Intensität der Deprivation			(%)	(%)	Bildung	Gesundheit	Lebensstandard
Jahr und Erhebung ^a	Wert	(%)	Wert	(%)	(Tausend)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	\$ 1,25 KKP pro Tag	Nationale Einkommensgrenze
Afghanistan	2010/2011 M	0,293 ^g	58,8 ^g	0,353 ^g	66,2 ^g	17.116 ^g	49,9 ^g	16,0 ^g	29,8 ^g	45,6 ^g	19,2 ^g	35,2 ^g	..	36
Albanien	2008/2009 D	0,005	1,2	0,005	1,4	38	38,3	7,2	0,1	22,4	47,1	30,5	0,62	12,4
Argentinien	2005 N	0,015 ^h	3,7 ^h	0,011 ^h	2,9 ^h	1.438 ^h	39,1 ^h	5,2 ^h	0,5 ^h	38,2 ^h	27,8 ^h	34,0 ^h	0,92	..
Armenien	2010 D	0,002	0,6	0,001	0,3	18	37,0	3,0	0,1	3,4	87,8	8,7	2,47	35,8
Aserbaidschan	2006 D	0,009	2,4	0,021	5,3	210	38,2	11,5	0,2	20,0	50,7	29,3	0,43	6
Bangladesch	2011 D	0,237	49,5	0,253	51,2	75.610	47,8	18,8	21,0	28,4	26,6	44,9	43,25	31,51
Belarus	2005 M	0,001	0,4	0,000	0,0	41	34,5	1,1	0,0	2,6	89,7	7,7	0,07	6,3
Belize	2011 M	0,030	7,4	0,018	4,6	23	41,2	6,4	1,5	36,2	34,8	29,0
Benin	2006 D	0,401 ⁱ	69,8 ⁱ	0,412 ⁱ	71,8 ⁱ	5.897 ⁱ	57,4 ⁱ	18,8 ⁱ	45,7 ⁱ	35,0 ⁱ	24,9 ⁱ	40,1 ⁱ	47,33	36,2
Bhutan	2010 M	0,128	29,4	0,119	27,2	211	43,5	18,0	8,8	40,3	26,3	33,4	1,66	12
Bolivien, Plurinationaler Staat	2008 D	0,097	20,6	0,089	20,5	2.022	47,0	17,3	7,8	21,9	27,9	50,2	15,61	51,3
Bosnien und Herzegowina	2011/2012 M	0,006 ^j	1,7 ^j	0,002 ^j	0,5 ^j	65 ^j	37,3 ^j	3,2 ^j	0,0 ^j	7,8 ^j	79,5 ^j	12,7 ^j	0,04	14
Brasilien	2012 N	0,012 ^{gk}	3,1 ^{gk}	6.083 ^{gk}	40,8 ^{gk}	7,4 ^{gk}	0,5 ^{gk}	27,7 ^{gk}	38,4 ^{gk}	33,9 ^{gk}	6,14	21,4
Burkina Faso	2010 D	0,508	82,8	0,535	84,0	12.875	61,3	7,6	63,8	39,0	22,5	38,5	44,6	46,7
Burundi	2010 D	0,442	81,8	0,454	80,8	7.553	54,0	12,0	48,2	25,0	26,3	48,8	81,32	66,9
Kambodscha	2010 D	0,211	46,8	0,212	45,9	6.721	45,1	20,4	16,4	25,9	27,7	46,4	18,6	20,5
Kamerun	2011 D	0,260	48,2	0,248	46,0	10.187	54,1	17,8	27,1	24,5	31,3	44,2	9,56	39,9
Zentralafrikanische Republik	2010 M	0,424	76,3	0,430	77,6	3.320	55,6	15,7	48,5	23,8	26,2	50,0
China	2009 N	0,026 ^{kl}	6,0 ^{kl}	80.784 ^{kl}	43,4 ^{kl}	19,0 ^{kl}	1,3 ^{kl}	21,0 ^{kl}	44,4 ^{kl}	34,6 ^{kl}	11,8	..
Kolumbien	2010 D	0,032	7,6	0,022	5,4	3.534	42,2	10,2	1,8	34,3	24,7	41,0	8,16	32,7
Kongo	2011/2012 D	0,192	43,0	0,181	39,7	1.866	44,7	26,2	12,2	10,6	32,8	56,6	54,1	46,5
Kongo, Demokratische Republik	2010 M	0,399	74,4	0,392	74,0	46.278	53,7	15,5	46,2	18,5	25,5	55,9	87,72	71,3
Cote d'Ivoire	2011/2012 D	0,307	59,3	0,310	58,7	11.772	51,7	17,9	32,4	36,5	25,8	37,7	23,75	42,7
Dschibuti	2006 M	0,127	26,9	0,139	29,3	212	47,3	16,0	11,1	36,1	22,7	41,2	18,84	..
Dominikanische Republik	2007 D	0,026	6,2	0,018	4,6	599	41,9	10,8	1,4	36,2	30,4	33,3	2,24	40,9
Ägypten	2008 D	0,036 ^m	8,9 ^m	0,024 ^m	6,0 ^m	6.740 ^m	40,3 ^m	8,6 ^m	1,5 ^m	41,8 ^m	45,6 ^m	12,6 ^m	1,69	25,2
Äthiopien	2011 D	0,537	88,2	0,564	87,3	78.887	60,9	6,7	67,0	27,4	25,2	47,4	30,65	29,6
Gabun	2012 D	0,073	16,7	0,070	16,5	273	43,4	19,9	4,4	15,2	43,8	40,9	4,84	32,7
Gambia	2005/2006 M	0,329	60,8	0,324	60,4	901	54,1	15,7	35,9	34,0	30,5	35,5	33,63	48,4
Georgien	2005 M	0,008	2,2	0,003	0,8	99	37,6	4,1	0,1	7,4	67,4	25,2	17,99	24,7
Ghana	2011 M	0,144	30,5	0,139	30,4	7.559	47,3	18,7	12,1	27,7	27,1	45,2	28,59	28,5
Guinea	2005 D	0,548	86,5	0,506	82,5	8.283	63,4	7,7	68,6	34,4	22,3	43,3	43,34	55,2
Guinea-Bissau	2006 M	0,495	80,4	0,462	77,5	1.168	61,6	10,5	58,4	30,5	27,9	41,6	48,9	69,3
Guyana	2009 D	0,031	7,8	0,030	7,7	61	40,0	18,8	1,2	16,8	51,2	32,0
Haiti	2012 D	0,242	50,2	0,248	49,4	5.104	48,1	22,2	20,1	24,8	23,4	51,8
Honduras	2011/2012 D	0,098 ⁱ	20,7 ⁱ	0,072 ⁱ	15,8 ⁱ	1.642 ⁱ	47,4 ⁱ	28,6 ⁱ	7,2 ⁱ	36,6 ⁱ	23,1 ⁱ	40,3 ⁱ	17,92	60
Indien	2005/2006 D	0,282	55,3	0,283	53,7	631.999	51,1	18,2	27,8	22,7	32,5	44,8	32,68	21,9
Indonesien	2012 D	0,024 ^g	5,9 ^g	0,066 ^g	15,5 ^g	14.574 ^g	41,3 ^g	8,1 ^g	1,1 ^g	24,7 ^g	35,1 ^g	40,2 ^g	16,20	12
Irak	2011 M	0,052	13,3	0,045	11,6	4.236	39,4	7,4	2,5	50,1	38,6	11,3	2,82	22,9
Jordanien	2009 D	0,004	1,0	0,008	2,4	64	36,8	4,1	0,1	33,7	56,3	10,0	0,12	13,3
Kasachstan	2010/2011 M	0,004	1,1	0,001	0,2	173	36,4	2,3	0,0	4,3	83,9	11,8	0,11	3,8
Kenia	2008/2009 D	0,226	48,2	0,229	47,8	19.190	47,0	29,1	15,7	11,2	32,4	56,4	43,37	45,9
Kirgistan	2005/2006 M	0,013	3,4	0,019	4,9	173	37,9	10,1	0,3	5,0	63,9	31,2	5,03	38
Laos, Demokratische Volksrepublik	2011/2012 M	0,186	36,8	0,174	34,1	2.447	50,5	18,5	18,8	37,7	25,4	36,9	33,88	27,6
Lesotho	2009 D	0,227	49,5	0,156	35,3	984	45,9	20,4	18,2	14,8	33,8	51,4	43,41	56,6
Liberia	2007 D	0,459	81,9	0,485	83,9	2.883	56,1	12,9	52,8	30,4	21,8	47,8	83,76	63,8
Madagaskar	2008/2009 D	0,420	77,0	0,357	66,9	15.774	54,6	11,7	48,0	31,6	24,5	43,9	81,29	75,3
Malawi	2010 D	0,332	66,7	0,334	66,7	10.012	49,8	24,5	29,8	18,9	27,7	53,4	61,64	50,7
Malediven	2009 D	0,008	2,0	0,018	5,2	6	37,5	8,5	0,1	27,8	60,2	11,9	1,48	..
Mali	2006 D	0,533	85,6	0,558	86,6	10.545	62,4	7,8	66,8	37,4	22,6	40,1	50,43	43,6
Mauretanien	2007 M	0,362	66,0	0,352	61,7	2.197	54,9	12,8	42,3	33,5	18,2	48,3	23,43	42
Mexiko	2012 N	0,024	6,0	0,011	2,8	7.272	39,9	10,1	1,1	31,4	25,6	43,0	0,72	52,3
Moldau, Republik	2005 D	0,005	1,3	0,007	1,9	49	38,8	5,2	0,2	17,7	46,6	35,6	0,39	16,6
Mongolei	2005 M	0,077	18,3	0,065	15,8	462	42,0	19,0	4,2	13,5	35,7	50,8	..	27,4
Montenegro	2005/2006 M	0,012 ^j	3,0 ^j	0,006 ^j	1,5 ^j	19 ^j	40,1 ^j	1,3 ^j	0,5 ^j	21,0 ^j	63,8 ^j	15,3 ^j	0,12	9,3
Mosambik	2011 D	0,390	70,2	0,389	69,6	17.246	55,6	14,8	44,1	30,4	22,3	47,3	59,58	54,7
Namibia	2006/2007 D	0,200	42,1	0,187	39,6	876	47,5	22,6	15,7	14,8	33,4	51,8	31,91	28,7
Nepal	2011 D	0,197	41,4	0,217	44,2	11.255	47,4	18,1	18,6	27,3	28,2	44,5	24,82	25,2
Nicaragua	2011/2012 D	0,088	19,4	0,072	16,1	1.146	45,6	14,8	6,9	37,8	12,6	49,6
Niger	2012 D	0,584	89,8	0,605	89,3	15.408	65,0	5,9	73,5	35,9	24,0	40,0	43,62	59,5
Nigeria	2011 M	0,239	43,3	0,240	43,3	71.014	55,2	17,0	25,7	26,9	32,6	40,4	67,98	46

	Jahr und Erhebung ^a	Index der mehrdimensionalen Armut ^b				Bevölkerung in mehrdimensionaler Armut ^c				Beitrag der Deprivation in der jeweiligen Dimension zur Gesamtarmut			Bevölkerung unterhalb der Einkommensgrenze (%)	
		Überarbeitete Spezifikationen ^c		Spezifikationen 2010 ^d		Bevölkerung Betroffene	Intensität der Deprivation	Bevölkerung nahe an mehrdimensionaler Armut ^e	Bevölkerung in starker Armut ^e	Bildung	Gesundheit	Lebensstandard	2002–2012 ^f	Nationale Armutsgrenze 2002–2012 ^g
		Index	Betroffene	Index	Betroffene									
		Wert	(%)	Wert	(%)	(Tausend)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	(%)	\$ 1,25 KKP pro Tag	Nationale Armutsgrenze
Pakistan	2012/2013 D	0,237	45,6	0,230	44,2	83.045	52,0	14,9	26,5	36,2	32,3	31,6	21,04	22,3
Palestine (State of)	2006/2007 N	0,007	2,0	0,005	1,4	74	36,9	7,4	0,1	16,6	72,3	11,1	0,04	21,9
Peru	2012 D	0,043	10,4	0,043	10,5	3.132	41,4	12,3	2,1	19,4	29,8	50,8	4,91	25,8
Philippinen	2008 D	0,038 ^{g,n}	7,3 ^{g,n}	0,064 ^{g,n}	13,4 ^{g,n}	6.559 ^{g,n}	51,9 ^{g,n}	12,2 ^{g,n}	5,0 ^{g,n}	37,1 ^{g,n}	25,7 ^{g,n}	37,2 ^{g,n}	18,42	26,5
Ruanda	2010 D	0,352	70,8	0,350	69,0	7.669	49,7	17,9	34,6	23,8	27,2	49,0	63,17	44,9
São Tomé und Príncipe	2008/2009 D	0,217	47,5	0,154	34,5	82	45,5	21,5	16,4	29,1	26,5	44,4	..	61,7
Senegal	2010/2011 D	0,390	69,4	0,439	74,4	9.247	56,2	14,4	45,1	36,7	33,1	30,2	29,61	46,7
Serbien	2010 M	0,001	0,3	0,000	0,1	25	39,9	3,1	0,0	24,7	48,6	26,7	0,21	9,2
Sierra Leone	2010 M	0,405	72,7	0,388	72,5	4.180	55,8	16,7	46,4	24,2	28,3	47,4	51,71	52,9
Somalia	2006 M	0,500	81,8	0,514	81,2	7.104	61,1	8,3	63,6	33,7	18,8	47,5
Südafrika	2012 N	0,041	10,3	0,044	11,1	5.400	39,6	17,1	1,3	8,4	61,4	30,2	13,77	23
Suriname	2010 M	0,033 ^j	7,6 ^j	0,024 ^j	5,9 ^j	40 ^j	43,1 ^j	4,7 ^j	2,0 ^j	31,0 ^j	37,2 ^j	31,8 ^j
Swasiland	2010 M	0,113	25,9	0,086	20,4	309	43,5	20,5	7,4	13,7	41,0	45,3	40,63	63
Syrien, Arabische Republik	2006 M	0,024	6,4	0,021	5,5	1.197	38,0	7,7	0,9	44,4	43,1	12,5	1,71	..
Tadschikistan	2012 D	0,031	7,9	0,054	13,2	629	39,0	23,4	1,2	13,4	52,6	34,0	6,56	46,7
Tansania, Vereinigte Republik	2010 D	0,335	66,4	0,332	65,6	29.842	50,4	21,5	32,1	16,9	28,2	54,9	67,87	28,2
Thailand	2005/2006 M	0,004	1,0	0,006	1,6	664	38,8	4,4	0,1	19,4	51,3	29,4	0,38	13,2
Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	2011 M	0,007 ⁱ	1,7 ⁱ	0,002 ^j	0,7 ^j	36 ^j	38,4 ^j	2,4 ^j	0,1 ^j	18,5 ^j	57,2 ^j	24,3 ^j	0,6	19
Timor-Leste	2009/2010 D	0,322	64,3	0,360	68,1	694	50,1	21,4	31,5	20,0	30,4	49,6	..	49,9
Togo	2010 M	0,260	50,9	0,250	49,8	3.207	51,2	20,3	26,4	28,9	25,0	46,1	28,22	58,7
Trinidad und Tobago	2006 M	0,007 ^g	1,7 ^g	0,020 ^g	5,6 ^g	23 ^g	38,0 ^g	0,5 ^g	0,2 ^g	2,2 ^g	86,1 ^g	11,7 ^g
Tunesien	2011/2012 M	0,006	1,5	0,004	1,2	161	39,3	3,2	0,2	33,7	48,2	18,1
Uganda	2011 D	0,359	70,3	0,367	69,9	24.712	51,1	20,6	33,3	18,0	30,2	51,9	38,01	24,5
Ukraine	2007 D	0,002 ^g	0,6 ^g	0,008 ^g	2,2 ^g	264 ^g	34,3 ^g	0,2 ^g	0,0 ^g	1,0 ^g	95,1 ^g	3,8 ^g	0,02	2,9
Usbekistan	2006 M	0,013	3,5	0,008	2,3	935	36,6	6,2	0,1	3,7	83,4	12,8
Vanuatu	2007 M	0,135	31,2	0,129	30,1	69	43,1	32,6	7,3	24,4	24,1	51,6
Vietnam	2010/2011 M	0,026	6,4	0,017	4,2	5.796	40,7	8,7	1,3	35,9	25,7	38,4	16,85	20,7
Jemen	2006 M	0,191 ^g	37,5 ^g	0,283 ^g	52,5 ^g	7.741 ^g	50,9 ^g	16,7 ^g	18,4 ^g	33,4 ^g	21,3 ^g	45,3 ^g	17,53	34,8
Sambia	2007 D	0,318	62,8	0,328	64,2	7.600	50,7	18,7	31,3	16,3	29,4	54,3	74,45	60,5
Simbabwe	2010/2011 D	0,181	41,0	0,172	39,1	5.482	44,1	24,9	12,2	7,8	37,9	54,3	..	72,3

HINWEISE

- a** Angaben zu Datenquellen: *D*: Demographic and Health Surveys, *M*: Multiple Indicator Cluster Surveys, *N*: Daten aus nationalen Erhebungen. (Eine Liste dieser nationalen Erhebungen findet sich unter <http://hdr.undp.org>).
- b** Nicht alle Indikatoren standen für alle Länder zur Verfügung, daher ist bei länderübergreifenden Vergleichen Vorsicht geboten. Bei fehlenden Daten wurde die Gewichtung der Indikatoren auf insgesamt 100 Prozent bereinigt.
- c** Die überarbeiteten Spezifikationen beziehen sich auf im Vergleich zu den Spezifikationen von 2010 leicht abgeänderte Definitionen der Formen von Deprivation in einigen Indikatoren. Detaillierte Informationen finden sich in der *Technischen Erläuterung 5* unter <http://hdr.undp.org>.
- d** Die Spezifikationen von 2010 basieren auf einer Methodik von Alkire und Santos (2010).
- e** Basiert auf den überarbeiteten Spezifikationen in der *Technischen Erläuterung 5* (unter <http://hdr.undp.org>).
- f** Die Daten beziehen sich auf das letzte verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.
- g** Fehlende Indikatoren für Ernährung

h Bezieht sich nur auf den städtischen Teil des Landes.

i Fehlender Indikator für Elektrizität.

j Fehlender Indikator für Kindersterblichkeit.

k Fehlender Indikator für die Beschaffenheit von Fußböden.

l Bezieht sich nur auf einen Teil des Landes (9 Provinzen).

m Fehlender Indikator für Kochbrennstoff.

n Fehlender Indikator für die Teilnahme am Schulunterricht.

DEFINITIONEN

Index der mehrdimensionalen Armut: Anteil der Bevölkerung, die von mehrdimensionaler Armut betroffen ist, korrigiert um die Deprivationsintensität. Detaillierte Informationen zur Berechnung des Indexes der mehrdimensionalen Armut enthält die *Technische Erläuterung 5* unter <http://hdr.undp.org>.

Von mehrdimensionaler Armut Betroffene: Bevölkerung mit einem gewichteten Deprivationswert von mindestens 33 Prozent.

Deprivationsintensität der mehrdimensionalen Armut: Durchschnittliche prozentuale Deprivation der von mehrdimensionaler Armut Betroffenen.

Bevölkerung nahe der mehrdimensionalen Armut: Anteil der Bevölkerung, die dem Risiko ausgesetzt ist, Mehrfachformen von Deprivation zu erleiden (Deprivationswert von 20 bis 33 Prozent).

Bevölkerung in starker Armut: Anteil der Bevölkerung, die in starker mehrdimensionaler Armut lebt (Deprivationswert ab 50 Prozent).

Beitrag der Deprivation zur Gesamtarmut: Prozentualer Anteil des Indexes der mehrdimensionalen Armut, der der Deprivation in dem jeweiligen Bereich zuzuordnen ist.

Bevölkerung unterhalb der Grenze von \$ 1,25 KKP pro Tag: Anteil der Bevölkerung, die unterhalb der internationalen Armutsgrenze von 1,25 US-Dollar (in Kaufkraftparitäten) pro Tag lebt.

Bevölkerung unterhalb der nationalen Armutsgrenze: Anteil der Bevölkerung, die unterhalb der nationalen Armutsgrenze lebt, d. h. der Armutsgrenze, die von den Behörden eines Landes für dieses als angemessen erachtet wird.

Nationale Schätzungen basieren auf Schätzungen der nach Bevölkerung gewichteten Untergruppen aus Haushaltserhebungen.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalte 1: Berechnet aus verschiedenen Haushaltserhebungen, namentlich Demographic and Health Surveys von ICF Macro, Multiple Indicator Cluster Surveys des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen und mehrere nationale Haushaltserhebungen, die zwischen 2005 und 2012 durchgeführt wurden.

Spalten 2, 3 und 6-12: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten über Deprivation von Haushalten in Bezug auf Bildung, Gesundheit und Lebensstandard aus den verschiedenen in Spalte 1 genannten Haushaltserhebungen und der in der *Technischen Erläuterung 5* beschriebenen überarbeiteten Methodik (unter <http://hdr.undp.org>).

Spalten 4 und 5: Alkire, Conconi und Seth 2014.

Spalten 13 und 14: World Bank 2013a.

Index der mehrdimensionalen Armut – Veränderungen im Zeitverlauf (ausgewählte Länder)

	Jahr und Erhebung ^a	Index der mehrdimensionalen Armut ^b	Bevölkerung in mehrdimensionaler Armut ^c				Bevölkerung nahe der mehrdimensionalen Armut		Beitrag der Deprivation zur Gesamtarmut		
			Betroffene		Intensität der Deprivation		Bevölkerung in starker Armut	Beitrag der Deprivation zur Gesamtarmut			
			Wert	(%)	(Tausend)	(%)		(%)	(%)		
							Bildung	Gesundheit	Lebensstandard		
Bangladesch	2011 D	0,237	49,5	75.610	47,8	18,8	21,0	28,4	26,6	44,9	
Bangladesch	2007 D	0,294	59,5	87.185	49,3	18,7	27,2	26,0	26,5	47,5	
Belize	2011 M	0,030	7,4	23	41,2	6,4	1,5	36,2	34,8	29,0	
Belize	2006 M	0,028	6,9	19	40,8	6,5	1,2	13,8	52,6	33,6	
Bosnien und Herzegowina	2011/2012 M	0,006 ^d	1,7 ^d	65 ^d	37,3 ^d	3,2 ^d	0,0 ^d	7,8 ^d	79,5 ^d	12,7 ^d	
Bosnien und Herzegowina	2006 M	0,013 ^d	3,5 ^d	134 ^d	38,1 ^d	5,3 ^d	0,1 ^d	7,9 ^d	76,3 ^d	15,8 ^d	
Brasilien	2012 N	0,012 ^{e,f}	3,1 ^{e,f}	6.083 ^{e,f}	40,8 ^{e,f}	7,4 ^{e,f}	0,5 ^{e,f}	27,7 ^{e,f}	38,4 ^{e,f}	33,9 ^{e,f}	
Brasilien	2006 N	0,017 ^g	4,0 ^g	7.578 ^g	41,4 ^g	11,2 ^g	0,7 ^g	41,4 ^g	20,4 ^g	38,2 ^g	
Burkina Faso	2010 D	0,508	82,8	12.875	61,3	7,6	63,8	39,0	22,5	38,5	
Burkina Faso	2006 M	0,538	85,2	11.775	63,2	6,9	67,1	38,0	22,3	39,6	
Burundi	2010 D	0,442	81,8	7.553	54,0	12,0	48,2	25,0	26,3	48,8	
Burundi	2005 M	0,485 ^e	87,9 ^e	6.833 ^e	55,2 ^e	8,5 ^e	53,5 ^e	37,8 ^e	11,1 ^e	51,1 ^e	
Kambodscha	2010 D	0,211	46,8	6.721	45,1	20,4	16,4	25,9	27,7	46,4	
Kambodscha	2005 D	0,282	58,0	7.746	48,7	17,5	26,4	29,0	26,3	44,7	
Kamerun	2011 D	0,260	48,2	10.187	54,1	17,8	27,1	24,5	31,3	44,2	
Kamerun	2006 M	0,304 ^d	51,8 ^d	9.644 ^d	58,7 ^d	14,0 ^d	35,9 ^d	24,8 ^d	31,7 ^d	43,5 ^d	
Zentralafrikanische Republik	2010 M	0,424	76,3	3.320	55,6	15,7	48,5	23,8	26,2	50,0	
Zentralafrikanische Republik	2006 M	0,464	80,5	3.245	57,7	12,1	54,5	30,2	24,3	45,6	
Kongo	2011/2012 D	0,192	43,0	1.866	44,7	26,2	12,2	10,6	32,8	56,6	
Kongo	2009 D	0,154 ^e	32,7 ^e	1.308 ^e	47,1 ^e	29,9 ^e	15,1 ^e	16,2 ^e	25,6 ^e	58,2 ^e	
Cote d'Ivoire	2011/2012 D	0,307	59,3	11.772	51,7	17,9	32,4	36,5	25,8	37,7	
Cote d'Ivoire	2005 D	0,269 ^{e,g}	50,0 ^{e,g}	8.693 ^{e,g}	53,9 ^{e,g}	22,7 ^{e,g}	26,7 ^{e,g}	42,8 ^{e,g}	20,8 ^{e,g}	36,5 ^{e,g}	
Ghana	2011 M	0,144	30,5	7.559	47,3	18,7	12,1	27,7	27,1	45,2	
Ghana	2008 D	0,186	39,2	9.057	47,4	20,3	15,4	26,5	28,5	45,0	
Guyana	2009 D	0,031	7,8	61	40,0	18,8	1,2	16,8	51,2	32,0	
Guyana	2007 M	0,032	7,9	61	40,1	10,7	1,5	16,9	44,8	38,3	
Haiti	2012 D	0,242	50,2	5.104	48,1	22,2	20,1	24,8	23,4	51,8	
Haiti	2005/2006 D	0,315	59,3	5.566	53,2	18,1	32,8	28,8	22,8	48,5	
Honduras	2011/2012 D	0,098 ^h	20,7 ^h	1.642 ^h	47,4 ^h	28,6 ^h	7,2 ^h	36,6 ^h	23,1 ^h	40,3 ^h	
Honduras	2005/2006 D	0,156 ^h	31,5 ^h	2.214 ^h	49,6 ^h	26,6 ^h	13,3 ^h	38,4 ^h	22,6 ^h	39,2 ^h	
Indonesien	2012 D	0,024 ^e	5,9 ^e	14.574 ^e	41,3 ^e	8,1 ^e	1,1 ^e	24,7 ^e	35,1 ^e	40,2 ^e	
Indonesien	2007 D	0,043 ^e	10,1 ^e	23.432 ^e	42,4 ^e	15,4 ^e	2,3 ^e	30,4 ^e	21,0 ^e	48,7 ^e	
Irak	2011 M	0,052	13,3	4.236	39,4	7,4	2,5	50,1	38,6	11,3	
Irak	2006 M	0,077	18,5	5.182	41,8	15,0	4,3	45,7	33,9	20,4	
Kasachstan	2010/2011 M	0,004	1,1	173	36,4	2,3	0,0	4,3	83,9	11,8	
Kasachstan	2006 M	0,007	1,8	277	38,5	4,7	0,2	5,5	73,4	21,2	
Laos, Demokratische Volksrepublik	2011/2012 M	0,186	36,8	2.447	50,5	18,5	18,8	37,7	25,4	36,9	
Laos, Demokratische Volksrepublik	2006 M	0,320 ^d	55,0 ^d	3.242 ^d	58,3 ^d	11,1 ^d	35,2 ^d	32,3 ^d	32,6 ^d	35,2 ^d	
Mexiko	2012 N	0,024	6,0	7.272	39,9	10,1	1,1	31,4	25,6	43,0	
Mexiko	2006 N	0,028	6,9	7.779	40,9	10,7	1,6	32,0	29,0	39,0	
Mosambik	2011 D	0,390	70,2	17.246	55,6	14,8	44,1	30,4	22,3	47,3	
Mosambik	2009 D	0,395 ^e	70,0 ^e	16.343 ^e	56,5 ^e	14,7 ^e	43,2 ^e	31,3 ^e	20,3 ^e	48,4 ^e	
Nepal	2011 D	0,197	41,4	11.255	47,4	18,1	18,6	27,3	28,2	44,5	
Nepal	2006 D	0,314	62,1	15.910	50,6	15,5	31,6	26,0	28,0	46,0	
Nicaragua	2011/2012 D	0,088	19,4	1.146	45,6	14,8	6,9	37,8	12,6	49,6	
Nicaragua	2006/2007 D	0,137	27,9	1.561	49,2	15,3	12,9	38,1	12,3	49,7	
Niger	2012 D	0,584	89,8	15.408	65,0	5,9	73,5	35,9	24,0	40,0	
Niger	2006 D	0,677	93,4	12.774	72,5	3,4	86,1	35,2	24,5	40,3	
Nigeria	2011 M	0,239	43,3	71.014	55,2	17,0	25,7	26,9	32,6	40,4	
Nigeria	2008 D	0,294	53,8	81.357	54,7	18,2	31,4	27,2	30,8	42,0	
Pakistan	2012/2013 D	0,237	45,6	83.045	52,0	14,9	26,5	36,2	32,3	31,6	
Pakistan	2006/2007 D	0,218 ^e	43,5 ^e	71.378 ^e	50,0 ^e	13,2 ^e	21,7 ^e	43,0 ^e	19,7 ^e	37,3 ^e	
Peru	2012 D	0,043	10,4	3.132	41,4	12,3	2,1	19,4	29,8	50,8	
Peru	2011 D	0,051	12,2	3.607	42,2	12,3	2,8	20,2	29,0	50,8	
Peru	2010 D	0,056	13,2	3.859	42,1	14,3	3,1	18,3	30,3	51,4	
Peru	2008 D	0,069	16,1	4.605	42,7	53,8	15,1	17,9	29,1	53,0	
Ruanda	2010 D	0,352	70,8	7.669	49,7	17,9	34,6	23,8	27,2	49,0	
Ruanda	2005 D	0,481	86,5	8.155	55,6	9,7	60,4	23,3	22,3	54,4	
Senegal	2010/2011 D	0,390	69,4	9.247	56,2	14,4	45,1	36,7	33,1	30,2	
Senegal	2005 D	0,436	71,1	8.018	61,3	11,7	51,6	38,4	26,1	35,5	
Serbien	2010 M	0,001	0,3	25	39,9	3,1	0,0	24,7	48,6	26,7	
Serbien	2005/2006 M	0,011 ^d	3,0 ^d	296 ^d	38,3 ^d	3,8 ^d	0,3 ^d	18,1 ^d	60,1 ^d	21,8 ^d	
Sierra Leone	2010 M	0,405	72,7	4.180	55,8	16,7	46,4	24,2	28,3	47,4	

	Jahr und Erhebung ^a	Index der mehrdimensionalen Armut ^b	Bevölkerung in mehrdimensionaler Armut ^c			Bevölkerung nahe der mehrdimensionalen Armut	Bevölkerung in starker Armut	Beitrag der Deprivation zur Gesamtarmut		
			Betroffene		Intensität der Deprivation			(%)		
			Wert	(%)	(Tausend)			(%)	(%)	(%)
Sierra Leone	2008 D	0,451	79,7	4.409	56,6	12,5	51,7	32,0	22,7	45,3
Südafrika	2012 N	0,041	10,3	5.400	39,6	17,1	1,3	8,4	61,4	30,2
Südafrika	2008 N	0,039 ^f	9,4 ^f	4.701 ^f	41,5 ^f	21,4 ^f	1,4 ^f	13,4 ^f	45,6 ^f	41,1 ^f
Suriname	2010 M	0,033 ^d	7,6 ^d	40 ^d	43,1 ^d	4,7 ^d	2,0 ^d	31,0 ^d	37,2 ^d	31,8 ^d
Suriname	2006 M	0,044	9,2	46	47,4	6,3	3,6	36,7	21,1	42,2
Tadschikistan	2012 D	0,031	7,9	629	39,0	23,4	1,2	13,4	52,6	34,0
Tadschikistan	2005 M	0,059	14,7	1.002	39,8	18,6	2,3	11,0	57,3	31,7
Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	2011 M	0,007 ^d	1,7 ^d	36 ^d	38,4 ^d	2,4 ^d	0,1 ^d	18,5 ^d	57,2 ^d	24,3 ^d
Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	2005 M	0,013	3,0	64	42,2	7,1	0,7	50,7	22,3	27,0
Togo	2010 M	0,260	50,9	3.207	51,2	20,3	26,4	28,9	25,0	46,1
Togo	2006 M	0,277	53,1	3.021	52,2	20,3	28,8	31,4	23,2	45,4
Uganda	2011 D	0,359	70,3	24.712	51,1	20,6	33,3	18,0	30,2	51,9
Uganda	2006 D	0,399	74,5	22.131	53,6	18,2	41,5	17,1	30,4	52,5
Simbabwe	2010/2011 D	0,181	41,0	5.482	44,1	24,9	12,2	7,8	37,9	54,3
Simbabwe	2006 D	0,193	42,4	5.399	45,4	22,8	15,7	11,5	29,6	58,9

HINWEISE

- a** Angaben zu Datenquellen: *D*: Demographic and Health Surveys, *M*: Multiple Indicator Cluster Surveys, *N*: Daten aus nationalen Erhebungen. (Eine Liste dieser nationalen Erhebungen findet sich unter <http://hdr.undp.org>).
- b** Nicht alle Indikatoren standen für alle Länder zur Verfügung, daher ist bei länderübergreifenden Vergleichen Vorsicht geboten. Bei fehlenden Daten wurde die Gewichtung der Indikatoren auf insgesamt 100 Prozent bereinigt.
- c** Die überarbeiteten Spezifikationen beziehen sich auf im Vergleich zu den Spezifikationen von 2010 leicht abgeänderte Definitionen der Formen von Deprivation in einigen Indikatoren. Detaillierte Informationen finden sich in der *Technischen Erläuterung 5* unter <http://hdr.undp.org>.
- d** Fehlender Indikator für Kindersterblichkeit.

- e** Fehlende Indikatoren für Ernährung.
- f** Fehlender Indikator für die Beschaffenheit von Fußböden.
- g** Fehlender Indikator für Kochbrennstoff.
- h** Fehlender Indikator für Elektrizität.

DEFINITIONEN

Index der mehrdimensionalen Armut: Anteil der Bevölkerung, die von mehrdimensionaler Armut betroffen ist, korrigiert um die Deprivationsintensität. Detaillierte Informationen zur Berechnung des Indexes der mehrdimensionalen Armut enthält die *Technische Erläuterung 5*.

Von mehrdimensionaler Armut Betroffene: Bevölkerung mit einem gewichteten Deprivationswert von mindestens 33 Prozent.

Deprivationsintensität der mehrdimensionalen Armut: Durchschnittliche prozentuale Deprivation der von mehrdimensionaler Armut Betroffenen.

Bevölkerung nahe der mehrdimensionalen Armut: Anteil der Bevölkerung, die dem Risiko ausgesetzt ist, Mehrfachformen von Deprivation zu erleiden (Deprivationswert von 20 bis 33 Prozent).

Bevölkerung in starker Armut: Anteil der Bevölkerung, die in starker mehrdimensionaler Armut lebt (Deprivationswert ab 50 Prozent).

Beitrag der Deprivation zur Gesamtarmut: Prozentualer Anteil des Indexes der mehrdimensionalen Armut, der der Deprivation in dem jeweiligen Bereich zuzuordnen ist.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1 und 2: B Berechnet aus verschiedenen Haushaltserhebungen, namentlich Demographic and Health Surveys von ICF Macro, Multiple Indicator Cluster Surveys des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen und mehrere nationale Haushaltserhebungen, die zwischen 2005 und 2012 durchgeführt wurden.

Spalten 3-10: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten über Deprivation von Haushalten in Bezug auf Bildung, Gesundheit und Lebensstandard aus den verschiedenen in Spalte 1 genannten Haushaltserhebungen, unter Verwendung der in der *Technischen Erläuterung 5* beschriebenen einheitlichen Methodik (siehe <http://hdr.undp.org>).

Gesundheit: Kinder und Jugendliche

HDI-Rang	Aus- schließ- lich gestillte Säuglinge (% der Altersgruppe 0-5 Monate)	Säuglinge ohne Impfschutz (% der Einjährigen)		Sterblichkeit (pro 1.000 Lebendgeb.)		Schwan- geren Vorsorge (% der Lebend- geburten)	Mangelernährung bei Kindern (% der unter 5-Jährigen)		HIV-Prävalenz			HIV-Prävention			
		DTP	Masern	Säuglinge	Unter 5-Jährige		Wachstums- störungen (mäßig bis schwer)	Über- gewicht (mäßig bis schwer)	Kinder (0-14 Jahre)		Jugendliche (% der 15-24-Jähr.)		Kondomgebrauch bei Jugendlichen mit mehreren Partnern (% der 15-24-Jähr.)		Schwangere mit HIV, die keine Behandlung zur Verhütung von Mutter-Kind- Übertragung erhalten ^a (%)
									Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	
		2008-2012 ^b	2012	2012	2012		2012	2008-2012 ^b	2008-2012 ^b	2012	2012	2012	2008-2012 ^b	2008-2012 ^b	2011
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG															
1 Norwegen	..	1	6	2	3	
2 Australien	..	8	6	4	5	98,3	
3 Schweiz	..	5	8	4	4	
4 Niederlande	..	1	4	3	4	
5 Vereinigte Staaten	..	2	8	6	7	..	3,3 ^c	7,0 ^c	
6 Deutschland	..	3	3	3	4	100,0 ^c	
7 Neuseeland	..	6	8	5	6	
8 Kanada	..	2	2	5	5	100,0 ^c	
9 Singapur	..	2	5	2	3	..	4,4 ^c	2,6 ^c	
10 Dänemark	..	3	10	3	4	
11 Irland	..	2	8	3	4	99,5 ^c	
12 Schweden	..	1	3	2	3	100,0 ^c	
13 Island	..	3	10	2	2	
14 Vereinigtes Königreich	..	1	7	4	5	
15 Hongkong, China (SAR)	
15 Korea, Republik	..	1	1	3	4	
17 Japan	..	1	4	2	3	
18 Liechtenstein	
19 Israel	..	4	4	3	4	
20 Frankreich	..	1	11	3	4	99,8 ^c	
21 Österreich	..	7	24	3	4	
21 Belgien	..	1	4	3	4	
21 Luxemburg	..	1	4	2	2	
24 Finnland	..	1	3	2	3	99,8 ^c	
25 Slowenien	..	2	5	3	3	99,5 ^c	
26 Italien	..	1	10	3	4	99,0 ^c	
27 Spanien	..	1	3	4	5	
28 Tschechische Republik	..	1	2	3	4	
29 Griechenland	..	1	1	4	5	
30 Brunei Darussalam	..	4	1	7	8	99,0	
31 Katar	..	6	3	6	7	100,0	
32 Zypern	..	1	14	3	3	99,2 ^c	
33 Estland	..	4	6	3	4	
34 Saudi-Arabien	..	2	2	7	9	97,0	
35 Litauen	..	3	7	4	5	100,0 ^c	5,0	
35 Polen	..	1	2	4	5	
37 Andorra	..	1	2	3	3	
37 Slowakei	..	1	1	6	8	96,9 ^c	
39 Malta	..	1	7	6	7	100,0 ^c	
40 Vereinigte Arabische Emirate	..	6	6	7	8	100,0 ^c	
41 Chile	63,0	10	10	8	9	0,1	0,2	5,0 ^d	
41 Portugal	..	1	3	3	4	100,0 ^c	
43 Ungarn	..	1	1	5	6	
44 Bahrain	..	1	1	8	10	100,0 ^c	
44 Kuba	48,6	4	1	4	6	100,0	0,1 ^e	0,1 ^e	66,4	..	5,0 ^d	
46 Kuwait	..	1	1	10	11	100,0	
47 Kroatien	..	3	5	4	5	
48 Lettland	..	5	10	8	9	91,8 ^c	5,0 ^d	
49 Argentinien	54,0	6	6	13	14	99,2 ^c	8,2 ^c	9,9 ^c	..	0,1	0,2	5,0	
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG															
50 Uruguay	65,2	2	4	6	7	96,2 ^c	14,7 ^c	10,0 ^c	..	0,2	0,5	5,0	
51 Bahamas	..	1	9	14	17	98,0 ^c	
51 Montenegro	19,0 ^c	2	10	6	6	97,4 ^c	7,0 ^c	15,6 ^c	
53 Belarus	9,0 ^c	2	2	4	5	99,4	4,0 ^c	9,7 ^c	..	0,2	0,3	
54 Rumänien	16,0 ^c	4	6	11	12	93,5 ^c	13,0 ^c	8,3 ^c	5,0	
55 Libyen	..	1	2	13	15	93,0 ^c	21,0 ^c	22,4 ^c	
56 Oman	..	1	1	10	12	99,0	9,8	1,7	
57 Russische Föderation	..	3	2	9	10	5,0 ^d	

HDI-Rang	Ausschließlich gestillte Säuglinge (% der Altersgruppe 0-5 Monate)	Säuglinge ohne Impfschutz (% der Einjährigen)		Sterblichkeit (pro 1.000 Lebendgeb.)		Schwangeren Vorsorge (% der Lebendgeburten)	Mangelernährung bei Kindern (% der unter 5-Jährigen)		HIV-Prävalenz			HIV-Prävention		Schwangere mit HIV, die keine Behandlung zur Verhütung von Mutter-Kind-Übertragung erhalten ^a (%)
		DTP	Masern	Säuglinge	Unter 5-Jährige		Wachstumsstörungen (mäßig bis schwer)	Übergewicht (mäßig bis schwer)	HIV-Prävalenz		Kondomgebrauch bei Jugendlichen mit mehreren Partnern (% der 15-24-Jähr.)			
									Kinder (0-14 Jahre)	Jugendliche (% der 15-24-Jähr.)	Weiblich	Männlich	Weiblich	
		2008-2012 ^b	2012	2012	2012		2012	2008-2012 ^b	2008-2012 ^b	2008-2012 ^b	2012	2012	2012	
58 Bulgarien	..	4	6	11	12	65,4
59 Barbados	..	7	10	17	18	100,0 ^c
60 Palau	..	1	9	15	21	90,3
61 Antigua und Barbuda	..	1	2	9	10	100,0
62 Malaysia	..	1	5	7	9	90,7	16,6 ^c	5,1	..	0,1	0,1	5,0 ^d
63 Mauritius	21,0	1	1	13	15	0,3	0,3	5,0 ^d
64 Trinidad und Tobago	13,0 ^c	3	15	18	21	95,7 ^c	67,1 ^c
65 Libanon	14,8	16	20	8	9	95,6 ^c
65 Panama	..	1	2	16	19	95,8	19,0	0,3	0,4	5,0 ^d
67 Venezuela, Bolivarische Republik	..	10	13	13	15	94,1 ^c	15,6 ^c	6,1 ^c	..	0,3	0,3	33,4
68 Costa Rica	18,7 ^c	8	10	9	10	89,9	5,6	8,1	..	0,2	0,1
69 Türkei	41,6	2	2	12	14	92,0	12,3
70 Kasachstan	31,8	1	4	17	19	99,9	13,1	0,6	73,5	76,2	5,0 ^d
71 Mexiko	18,6	1	1	14	16	95,8	13,6 ^c	9,7 ^c	..	0,1	0,1	30,8
71 Seychellen	..	2	2	11	13
73 St. Kitts und Nevis	..	1	5	7	9	100,0 ^c
73 Sri Lanka	76,0 ^c	1	1	8	10	99,4 ^c	17,0 ^c	0,8	..	0,1 ^e	0,1 ^e	86,3
75 Iran, Islamische Republik	23,0 ^c	1	2	15	18	98,3	0,1	0,1	75,4
76 Aserbaidschan	12,0 ^c	19	34	31	35	76,6	25,0 ^c	12,9 ^c	..	0,1	0,2	..	28,6	5,0 ^d
77 Jordanien	22,7	2	2	16	19	98,8	7,7	4,4
77 Serbien	13,7	9	13	6	7	99,0	6,6	15,6	64,5 ^f	63,3	66,7
79 Brasilien	41,0	1	1	13	14	98,2	7,0 ^c	7,3 ^c	5,0 ^d
79 Georgien	54,8	6	7	18	20	97,6	11,3	19,9	..	0,1	0,3	5,0 ^d
79 Grenada	..	1	6	11	14	100,0 ^c
82 Peru	70,6	1	6	14	18	95,4	19,5	9,8	..	0,2	0,2	38,0 ^{c,f}	..	5,0 ^d
83 Ukraine	18,0 ^c	24	21	9	11	98,5 ^c	0,5	0,4	62,7 ^c	63,7 ^c	5,0 ^d
84 Belize	14,7	1	4	16	18	94,0	19,3	7,9	..	0,6	0,5	25,5 ^{c,d}	..	16,7
84 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	23,0	3	3	7	7	98,6	4,9	12,4
86 Bosnien und Herzegowina	18,5	5	6	6	7	98,9	8,9 ^c	17,4 ^c	67,4	..
87 Armenien	34,6	2	3	15	16	99,1	19,3	15,3	..	0,1 ^e	0,1 ^e	25,0
88 Fidschi	39,8 ^c	1	1	19	22	100,0	0,1	0,1
89 Thailand	15,1	1	2	11	13	99,1	16,0 ^c	8,0 ^c	..	0,3	0,3	5,0 ^f
90 Tunesien	6,0	1	4	14	16	96,0	10,1	14,3	..	0,1 ^e	0,1 ^e	18,2
91 China	27,6	1	1	12	14	94,1	9,9	6,6	33,9
91 St. Vincent und die Grenadinen	..	2	6	21	23	99,5
93 Algerien	7,0	1	5	17	20	89,4 ^c	15,0 ^c	12,9 ^c	24,7
93 Dominica	..	2	1	12	13	100,0
95 Albanien	38,6 ^c	1	1	15	17	97,3	19,0 ^c	21,7 ^c	54,9	..
96 Jamaika	15,0 ^c	1	7	14	17	99,0	4,8	4,0	..	0,5	0,9	49,4	75,5	8,7
97 St. Lucia	..	1	1	15	18	99,2 ^c
98 Kolumbien	42,8	8	6	15	18	97,0	13,2	4,8	..	0,2	0,3	38,8	..	22,4
98 Ecuador	40,0 ^c	1	6	20	23	84,2 ^c	29,0 ^c	5,1 ^c	..	0,2	0,4	5,0
100 Suriname	2,8	6	27	19	21	89,9	8,8 ^c	4,0 ^c	..	0,7	0,4	39,3 ^c	..	5,0
100 Tonga	..	5	5	11	13	97,9
102 Dominikanische Republik	7,8 ^c	8	21	23	27	98,9 ^c	9,8 ^c	8,3	..	0,2	0,1	33,9 ^c	61,8 ^c	5,0
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
103 Malediven	47,8	1	2	9	11	99,1	18,9	6,5	..	0,1 ^e	0,1 ^e
103 Mongolei	65,7	1	1	23	28	99,0	15,3	10,9 ^c	..	0,1 ^e	0,1 ^e	..	68,9	84,2
103 Turkmenistan	11,0 ^c	2	1	45	53	99,1 ^c	19,0 ^c
106 Samoa	51,3	1	15	15	18	93,0
107 Palästina, Staat	27,0 ^c	2	2	19	23	98,8	10,9
108 Indonesien	41,5	9	20	26	31	92,7	35,6	12,3	..	0,5	0,4	76,6
109 Botsuana	20,0 ^c	2	6	41	53	94,1 ^c	31,4 ^c	11,2 ^c	11,0	6,7	3,7	5,0
110 Ägypten	53,2	6	7	18	21	73,6	28,9	20,5	..	0,1 ^e	0,1 ^e	85,7
111 Paraguay	24,4	4	9	19	22	96,3	17,5 ^c	7,1 ^c	..	0,3	0,2	51,3	..	12,9
112 Gabun	6,0	14	29	42	62	94,4	16,5	7,4	3,6	1,6	0,4	55,7	76,5	27,1
113 Bolivien, Plurinationaler Staat	60,4	15	16	33	41	85,8	27,1	8,5	..	0,1	0,1	..	40,7	5,0
114 Moldau, Republik	46,0 ^c	3	9	15	18	98,0 ^c	10,0 ^c	9,1 ^c	..	0,2	0,2	23,9
115 El Salvador	31,4	8	7	14	16	94,0	19,2	6,0	..	0,2	0,3	26,7

TABELLE 7 GESUNDHEIT: KINDER UND JUGENDLICHE

HDI-Rang	Aus-schließ-lich gestillte Säuglinge (% der Altersgruppe 0-5 Monate)	Säuglinge ohne Impfschutz (% der Einjährigen)		Sterblichkeit (pro 1.000 Lebendgeb.)		Schwan-geren Vor-sorge (% der Lebend-geburten)	Mangelernährung bei Kindern (% der unter 5-Jährigen)		HIV-Prävalenz			HIV-Prävention			
		DTP	Masern	Säuglinge	Unter 5-Jährige		Wachstums-störungen (mäßig bis schwer)	Über-gewicht (mäßig bis schwer)	Kinder (0-14 Jahre)		Jugendliche (% der 15-24-Jähr.)		Kondomgebrauch bei Jugendlichen mit mehreren Partnern (% der 15-24-Jähr.)		Schwangere mit HIV, die keine Behandlung zur Verhütung von Mutter-Kind-Übertragung erhalten ^a (%)
									Tausend	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich	
		2008-2012 ^b	2012	2012	2012		2012	2008-2012 ^b	2008-2012 ^b	2008-2012 ^b	2012	2012	2012	2008-2012 ^b	2008-2012 ^b
116 Usbekistan	26,0 ^c	1	1	34	40	99,0 ^c	19,0 ^c	12,8 ^c	..	0,1 ^e	0,1 ^e	5,0	
117 Philippinen	34,0	10	15	24	30	91,1	32,0	4,3	..	0,1 ^d	0,1 ^d	92,1	
118 Südafrika	8,0 ^c	30	21	33	45	97,1	33,0 ^c	19,2 ^c	410,0	13,9	3,9	5,0	
118 Syrien, Arabische Republik	42,6	32	39	12	15	87,7	27,5	17,9	
120 Irak	19,6	13	31	28	34	83,8	22,6	11,8	
121 Guyana	33,2	1	1	29	35	92,1	18,2	6,2	..	0,8	0,5	..	76,1	5,0	
121 Vietnam	17,0	1	4	18	23	93,7	22,7	4,4	..	0,1	0,2	58,1	
123 Kap Verde	60,0 ^c	1	4	19	22	97,6 ^c	0,1 ^e	0,1 ^e	
124 Mikronesien, Föd. Staaten von	..	3	9	31	39	80,0	
125 Guatemala	49,6	2	7	27	32	93,2	48,0	4,9	..	0,2	0,3	27,3 ^f	74,3	5,0	
125 Kirgistan	32,0 ^c	4	2	24	27	96,9	22,6	4,4	..	0,1	0,2	..	75,7	65,7	
127 Namibia	24,0 ^c	11	24	28	39	94,6 ^c	29,0 ^c	4,6 ^c	18,0	4,1	2,2	73,7	82,2	5,0	
128 Timor-Leste	51,5	31	38	48	57	84,4	58,1	4,7	
129 Honduras	31,2	12	7	19	23	91,7	22,6 ^c	5,1 ^c	..	0,2	0,2	38,0 ^c	59,0	34,6	
129 Marokko	31,0 ^c	1	1	27	31	77,1	14,9	10,7	..	0,1	0,1	70,0	
131 Vanuatu	40,0 ^c	22	48	15	18	84,3 ^c	26,3 ^c	4,5 ^c	
132 Nicaragua	30,6 ^c	1	1	21	24	90,2 ^c	22,0 ^c	6,2 ^c	..	0,2	0,3	42,9	
133 Kiribati	69,0	6	9	46	60	88,4	2,4 ^f	29,6	..	
133 Tadschikistan	25,0 ^c	4	6	49	58	88,8	26,2	5,9	..	0,1	0,1	51,9	
135 Indien	46,4 ^c	12	26	44	56	74,2 ^c	48,0 ^c	1,9 ^c	..	0,1	0,1	17,1 ^{c,f}	32,4 ^c	..	
136 Bhutan	48,7	3	5	36	45	97,3	33,5	7,6	..	0,1	0,1	61,5	
136 Kambodscha	73,5	3	7	34	40	89,1	39,9	1,6	..	0,2	0,2	14,4	
138 Ghana	45,7	8	12	49	72	96,4	22,7	2,6	28,0	0,5	0,3	27,2	39,3	9,8	
139 Laos, Demokratische Volksrepublik	26,0 ^c	13	28	54	72	35,1	44,2	2,0	..	0,2	0,2	73,7	
140 Kongo	19,0 ^c	10	20	62	96	93,0	30,0 ^c	3,3	13,0	1,3	0,8	44,0	55,0	93,0	
141 Sambia	61,0 ^c	14	17	56	89	93,7 ^c	45,4 ^c	7,9 ^c	160,0	4,6	3,5	41,5 ^{c,f}	43,1 ^c	5,0	
142 Bangladesch	64,1	1	4	33	41	54,6	41,3	1,5	..	0,1 ^e	0,1 ^e	25,0	
142 São Tomé und Príncipe	51,4	2	8	38	53	97,9	29,3	10,5	..	0,4	0,3	..	59,1	..	
144 Äquatorialguinea	24,0 ^c	35	49	72	100	86,1 ^c	35,0 ^c	8,3 ^c	
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG															
145 Nepal	69,6	10	14	34	42	58,3	40,5	1,5	..	0,1 ^e	0,1 ^e	..	45,1	71,2	
146 Pakistan	37,0 ^c	12	17	69	86	60,9 ^c	43,7	6,4	..	0,1 ^e	0,1 ^e	95,5	
147 Kenia	32,0	11	7	49	73	91,5	35,3	4,7	200,0	3,6	1,8	37,1	67,3	25,0	
148 Swasiland	44,1	3	12	56	80	96,8	30,9	10,7	22,0	20	10,3	68,6	84,5	5,0	
149 Angola	11,0 ^c	1	3	100	164	79,8 ^c	29,0 ^c	..	30,0	1,2	0,6	76,4	
150 Myanmar	23,6	11	16	41	52	83,1	35,1	2,6	..	0,1 ^e	0,1 ^e	5,0	
151 Ruanda	84,9	1	3	39	55	98,0	44,2	7,1	27,0	1,3	1	34,1	
152 Kamerun	20,0	6	18	61	95	84,7	32,5	6,5	59,0	1,8	1,0	46,5	66,5	38,4	
152 Nigeria	15,1	53	58	78	124	57,7	35,8	3,0	430,0	1,3	0,7	46,6	..	79,1	
154 Jemen	12,0 ^c	11	29	46	60	47,0 ^c	57,7 ^c	5,0 ^c	..	0,1	0,1	97,8	
155 Madagaskar	50,7	4	31	41	58	86,3	50,1	0,3	0,3	6,6	8,8	83,7	
156 Simbabwe	31,4	5	10	56	90	89,8	32,0	5,5	180,0	6,3	3,9	38,5 ^f	50,5	38,2	
157 Papua-Neuguinea	56,0 ^c	15	33	48	63	78,8 ^c	43,6 ^c	4,4 ^c	3,1	0,1 ^e	0,1 ^e	74,9	
157 Salomonen	74,0 ^c	6	15	26	31	73,9 ^c	32,8 ^c	2,5 ^c	18,0 ^c	39,1	..	
159 Komoren	..	9	15	58	78	75,0	30,1	9,3	..	1,6	2,8	..	52,3	..	
159 Tansania, Vereinigte Republik	49,8	1	3	38	54	87,8	42,0	5,0	230,0	3,6	1,8	33,9	40,6	15,3	
161 Mauretanien	45,9	5	25	65	84	75,4	22,5	1,2	..	0,2	0,1	95,7	
162 Lesotho	53,5	7	15	74	100	91,8	39,0	7,3	38,0	10,7	5,8	44,9	60,3	30,0	
163 Senegal	39,0	3	16	45	60	93,3	26,5	2,5	..	0,3	0,1	60,8	
164 Uganda	63,2	11	18	45	69	93,3	33,4	3,4	190,0	4	2,3	..	47,3	43,3	
165 Benin	32,5	12	28	59	90	85,8	44,6	17,9	9,1	0,4	0,2	34,6	43,8	63,9	
166 Sudan	41,0	1	15	49	73	55,9	35,0	
166 Togo	62,4	6	28	62	96	71,6	29,7	1,6	17,0	0,9	0,5	39,2	54,4	21,0	
168 Haiti	39,7	19	42	57	76	84,5	21,9 ^c	3,6 ^c	12,0	0,9	0,6	51,6 ^c	61,8 ^c	5,0	
169 Afghanistan	..	14	32	71	99	47,9	59,0 ^c	4,6 ^c	..	0,1 ^e	0,1 ^e	99,0 ^g	
170 Dschibuti	1,0 ^c	15	17	66	81	92,3 ^c	30,8	8,1	1,2	0,3	0,2	80,1	
171 Côte d'Ivoire	12,1	2	15	76	108	90,6	29,8	3,0	63,0	1,2	0,7	34,2	56,5	18,6	
172 Gambia	33,5	1	5	49	73	98,1	23,4	1,9	..	0,5	0,2	49,3 ^f	..	5,0	
173 Äthiopien	52,0	20	34	47	68	42,5	44,4	1,7	170,0	0,5	0,3	..	47,2	72,3	

HDI-Rang	Ausschließlich gestillte Säuglinge (% der Altersgruppe 0-5 Monate)	Säuglinge ohne Impfschutz (% der Einjährigen)		Sterblichkeit (pro 1.000 Lebendgeb.)		Schwangeren Vorsorge (% der Lebendgeburten)	Mangelernährung bei Kindern (% der unter 5-Jährigen)		HIV-Prävalenz			HIV-Prävention		Schwangere mit HIV, die keine Behandlung zur Verhütung von Mutter-Kind-Übertragung erhalten ^a		
		DTP	Masern	Säuglinge	Unter 5-Jährige		Wachstumsstörungen (mäßig bis schwer)	Übergewicht (mäßig bis schwer)	Kinder (0-14 Jahre)	Jugendliche (% der 15-24-Jähr.)		weiblich	männlich	weiblich	männlich	(%)
	2008-2012 ^b	2012	2012	2012	2012	2008-2012 ^b	2008-2012 ^b	2008-2012 ^b	2012	2012	2012	2008-2012 ^b	2008-2012 ^b	2011		
174 Malawi	71,4	1	¹⁰	46	71	94,7	47,1	8,3	180,0	4,5	2,7	31,4	40,5	39,4		
175 Liberia	29,0 ^c	14	20	56	75	79,3 ^c	41,8	4,6	3,7	0,1 ^e	0,1 ^e	16,2	27,8	23,1		
176 Mali	20,4	15	41	80	128	70,4	27,8 ^c	1,0	..	0,3	0,2	7,9 ^f	38,0	57,9		
177 Guinea-Bissau	38,3	8	31	81	129	92,6	32,2	3,2	5,9	1,7	0,9	50,0	..	59,5		
178 Mosambik	42,8	9	18	63	90	92,3	42,6	7,4	180,0	6,6	2,8	38,3	40,8	39,0		
179 Guinea	48,0	14	42	65	101	88,4	34,5	3,6	14,0	0,8	0,4	37,0	54,0	44,9		
180 Burundi	69,3	1	7	67	104	98,9	57,7	2,7	17,0	0,6	0,4	38,0		
181 Burkina Faso	38,2	6	13	66	102	94,3	32,9	2,4	21,0	0,5	0,4	65,3	74,7	45,8		
182 Eritrea	52,0	1	1	37	52	70,3 ^c	44,0 ^c	1,6 ^c	3,1	0,2	0,2		
183 Sierra Leone	31,6	6	20	117	182	93,0	44,4	9,6	5,8	1	0,3	12,4	..	5,0		
184 Tschad	3,4	36	36	89	150	53,1	38,7	2,8	34,0	1,1	0,6	57,1 ^f	..	86,0		
185 Zentralafrikanische Republik	34,3	31	51	91	129	68,3	40,7	1,8	34,0 ^c	46,5 ^c	25,5		
186 Kongo, Demokratische Republik	37,0	14	27	100	146	88,8	43,4	4,9	88,0	0,8	0,4	15,9		
187 Niger	23,3	20	²⁷	63	114	46,1	43,9	2,4	..	0,1 ^e	0,1 ^d	57,6		
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE																
Korea, Dem. Volksrepublik	65,0	3	1	23	29	100,0	27,9		
Marshallinseln	31,0 ^c	3	22	31	38	81,2 ^c	8,8 ^f	22,6	..		
Monaco	..	1	1	3	4		
Nauru	67,0 ^c	2	4	30	37	94,5 ^c	24,0 ^c	2,8 ^c	8,2	16,7	..		
San Marino	..	2	13	3	3		
Somalia	9,0 ^c	48	54	91	147	26,1 ^c	42,0 ^c	4,7	..	0,2	0,2	94,0		
Südsudan	45,1	21	38	67	104	40,3	31,1	5,4	19,0	1,2	0,6	7,3	..	90,0		
Tuvalu	35,0 ^c	1	2	25	30	97,4 ^c	10,0 ^c	6,3 ^c		
HDI-Gruppierungen																
Sehr hohe menschliche Entwicklung	..	2	6	5	6		
Hohe menschliche Entwicklung	..	2	3	13	15	94,9		
Mittlere menschliche Entwicklung	..	10	20	37	46	78,7	40,3	5,3	8,3		
Niedrige menschliche Entwicklung	..	18	27	64	94	70,5	39,8	4,2	46,1		
Regionen																
Arabische Staaten	..	8	15	28	37	78,1	27,7		
Ostasien und Pazifik	..	4	6	17	21	93,4	18,4	7,0		
Europa und Zentralasien	..	6	7	20	23	95,2	15,5	9,7		
Lateinamerika und Karibik	..	4	5	16	19	96,1	14,6	11,9		
Südasien	..	11	22	45	57	71,8	46,7	2,5		
Afrika südlich der Sahara	..	20	28	64	97	76,9	37,8	4,6	200,8	34,8		
Am wenigsten entwickelte Länder	..	10	20	57	84	69,1	41,1	3,8	33,7		
Kleine Inselentwicklungsländer	..	11	25	37	49	92,1		
Welt	..	9	16	35	47	84,8		

HINWEISE

- a** Die Schätzungen sind Obergrenzen.
- b** Die Daten beziehen sich auf das letzte verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.
- c** Bezieht sich auf ein früheres Jahr als das angegebene.
- d** 5 oder weniger.
- e** 0,1 oder weniger.
- f** Auf der Grundlage eines kleinen Nenners (in der Regel 25-49 ungewichene Fälle).
- g** 99 oder größer.

DEFINITIONEN

Ausschließlich gestillte Säuglinge: Prozentualer Anteil der 0-5 Monate alten Kinder, die in den 24 Stunden vor der Erhebung ausschließlich mit Muttermilch ernährt wurden.

Säuglinge ohne Impfschutz gegen DTP: Anteil der überlebenden Säuglinge, die ihre erste Dosis des

Impfstoffs gegen Diphtherie, Pertussis (Keuchhusten) und Tetanus nicht erhalten haben.

Säuglinge ohne Impfschutz gegen Masern: Anteil der überlebenden Säuglinge, die die erste Dosis des Impfstoffs gegen Masern nicht erhalten haben.

Säuglingssterblichkeit: Sterbewahrscheinlichkeit zwischen Geburt und exakt einem Jahr, ausgedrückt pro 1.000 Lebendgeburten.

Sterblichkeit der Kinder unter 5 Jahren: Sterbewahrscheinlichkeit zwischen Geburt und exakt fünf Jahren, ausgedrückt pro 1.000 Lebendgeburten.

Schwangerenvorsorge: Anteil der Frauen, die mindestens einmal während der Schwangerschaft eine vorgeburtliche Betreuung durch fachkundiges Gesundheitspersonal aus schwangerschaftsbezogenen Gründen in Anspruch nahmen, ausgedrückt als prozentualer Anteil an den Lebendgeburten.

Kinder mit Wachstumsstörungen: Anteil der Kinder von 0-59 Monaten, bei denen das Verhältnis zwischen Körpergewicht und Alter um mehr als zwei Standardabweichungen unter dem Mittelwert der WHO Child Growth Standards (von der Weltgesundheitsorganisation festgelegte Standards für das Wachstum von Kindern) liegt.

Übergewichtige Kinder: Anteil der Kinder von 0-59 Monaten, bei denen das Verhältnis zwischen Körpergewicht und Körpergröße um mehr als zwei Standardabweichungen über dem Mittelwert der WHO Child Growth Standards liegt.

Kinder mit HIV: Geschätzte Anzahl der Kinder (0-14 Jahre), die mit HIV leben.

HIV-Prävalenz, Jugendliche: Anteil der Bevölkerung zwischen 15 und 24 Jahren, die mit HIV lebt.

Kondomgebrauch bei Jugendlichen mit mehreren Partnern: Anteil der jungen Menschen (15-24 Jahre), die angaben, dass sie in den

letzten 12 Monaten mehr als einen Sexualpartner hatten und beim letzten Geschlechtsverkehr mit irgendeinem Partner ein Kondom verwendeten, ausgedrückt als prozentualer Anteil aller jungen Menschen mit mehreren Partnern.

Schwangere mit HIV, die keine Behandlung zur Verhütung von Mutter-Kind-Übertragung erhalten: Anteil der mit HIV lebenden schwangeren Frauen, die keine antiretrovirale Medikamente erhalten, um eine Mutter-Kind-Übertragung zu verhindern, ausgedrückt als prozentualer Anteil aller schwangeren Frauen mit HIV.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1 und 6-13: UNICEF 2014.

Spalten 2 und 3: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten von UNICEF (2014).

Spalten 4 und 5: Inter-agency Group for Child Mortality Estimation 2013.

Spalte 14: WHO 2013a.

Gesundheit von Erwachsenen und Gesundheitsausgaben

HDI-Rang	Erwachsensterblichkeit		Altersstandardisierte Sterblichkeit		Altersstandardisierte Adipositas, Erwachsene	HIV-Prävalenz, Erwachsene	Lebenserwartung			Gesundheitsausgaben			
	(pro 1.000 Personen)		(pro 100.000 Personen)				im Alter von 60 Jahren	in Gesundheit		Ärzte	Insgesamt	Eigenauslagen	
	Weiblich	Männlich	durch Alkoholkonsum	durch Drogenkonsum	(% der über 20-jährigen)	(% der 15-49-Jährigen)		(Jahre)					(pro 10.000 Personen)
	2011	2011	2008	2008	2008	2012	2010/2015 ^a	2010	2010	2003-2012 ^b	2011	2011	
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
1	Norwegen	49	77	2,9	0,9	19,8	..	24,0	69,7	66,3	..	9,1	13,6
2	Australien	46	80	1,0	0,5	25,1	..	25,1	71,8	68,4	38,5	9,0	19,8
3	Schweiz	41	69	2,3	3,0	14,9	..	25,0	72,4	69,1	40,8	10,9	25,0
4	Niederlande	55	72	0,9	0,1	16,2	..	23,5	70,2	67,9	..	12,0	5,1
5	Vereinigte Staaten	77	131	2,1	1,6	31,8	..	23,2	69,5	66,2	24,2	17,9	11,3
6	Deutschland	51	96	4,3	0,9	21,3	..	23,5	70,9	67,1	36,9	11,1	12,4
7	Neuseeland	55	85	0,4	0,3	27,0	..	24,1	70,7	67,7	27,4	10,1	10,5
8	Kanada	53	84	1,6	1,2	24,3	..	24,4	70,9	68,3	20,7	11,2	14,4
9	Singapur	41	72	6,4	..	24,5	72,6	69,6	19,2	4,6	60,4
10	Dänemark	62	103	6,9	0,5	16,2	..	22,4	69,5	66,3	..	11,2	13,2
11	Irland	51	85	1,6	2,2	24,5	..	23,4	70,5	67,2	..	9,4	14,5
12	Schweden	44	71	2,8	1,5	16,6	..	24,1	71,2	68,0	38,7	9,4	16,9
13	Island	38	64	0,9	0,3	21,9	..	24,3	69,9	66,9	34,6	9,1	18,2
14	Vereinigtes Königreich	57	91	1,4	1,8	24,9	..	23,5	70,1	67,1	27,7	9,3	9,2
15	Hongkong, China (SAR)	25,4
15	Korea, Republik	42	102	2,2	0,2	7,3	..	24,0	72,6	67,9	20,2	7,2	32,9
17	Japan	46	84	0,3	0,0	4,5	..	26,1	75,5	70,6	21,4	9,3	16,4
18	Liechtenstein
19	Israel	44	75	0,8	1,4	25,5	..	24,3	70,9	68,3	31,1	7,7	21,4
20	Frankreich	53	113	4,2	0,5	15,6	..	25,1	71,9	67,0	33,8	11,6	7,5
21	Österreich	49	94	3,2	2,6	18,3	..	23,9	71,2	67,0	48,6	10,6	16,3
21	Belgien	59	102	1,7	0,4	19,1	..	23,6	70,6	66,5	37,8	10,6	19,1
21	Luxemburg	52	84	3,7	1,0	23,4	..	23,4	69,9	66,9	27,8	7,7	11,4
24	Finnland	51	116	3,5	0,7	19,9	..	23,8	69,6	65,0	..	8,9	19,2
25	Slowenien	51	118	4,1	0,3	27,0	..	22,8	70,7	65,7	25,4	9,1	13,0
26	Italien	40	73	0,2	0,7	17,2	..	24,7	71,9	68,3	38,0	9,5	19,9
27	Spanien	41	91	0,6	1,4	24,1	..	24,8	73,0	68,8	39,6	9,4	20,1
28	Tschechische Republik	60	132	1,3	0,3	28,7	..	21,1	69,6	64,8	37,1	7,4	15,1
29	Griechenland	43	102	0,1	..	17,5	..	23,5	70,4	67,0	..	10,8	36,7
30	Brunei Darussalam	71	105	..	0,5	7,9	..	21,4	68,6	66,2	13,6	2,5	14,8
31	Katar	52	74	..	0,0	33,1	..	21,2	67,4	66,2	27,6	1,9	13,6
32	Zypern	38	79	0,0	0,1	23,4	..	22,0	70,6	67,1	27,5	7,4	49,4
33	Estland	69	207	8,8	0,6	18,9	..	20,2	69,3	61,7	33,4	6,0	18,6
34	Saudi-Arabien	52	71	0,4	0,2	35,2	..	19,2	66,6	63,9	9,4	3,7	18,0
35	Litauen	92	267	0,7	0,4	24,7	..	19,1	68,4	60,0	36,4	6,6	27,9
35	Polen	72	191	3,7	0,1	23,2	..	21,1	69,3	62,8	20,7	6,7	22,9
37	Andorra	44	93	0,4	1,2	24,2	72,2	68,3	39,1	7,2	19,6
37	Slowakei	70	170	0,0	1,5	24,6	..	19,8	68,3	62,4	30,0	8,7	26,2
39	Malta	42	77	0,2	..	26,6	..	22,3	70,6	66,7	32,3	8,7	33,9
40	Vereinigte Arabische Emirate	64	85	1,1	0,3	33,7	..	19,8	66,2	64,7	19,3	3,3	16,2
41	Chile	58	113	3,0	0,8	29,1	0,4	23,6	71,0	66,2	10,3	7,5	37,2
41	Portugal	50	117	0,9	1,5	21,6	..	23,2	70,7	66,4	..	10,4	27,3
43	Ungarn	93	208	3,3	1,5	24,8	..	19,9	67,3	61,1	34,1	7,7	26,2
44	Bahrain	51	69	0,5	0,5	32,6	..	19,5	65,2	64,3	14,9	3,8	16,6
44	Kuba	75	119	2,1	0,0	20,5	0,1 ^c	22,9	66,9	63,5	67,2	10,0	5,3
46	Kuwait	44	61	0,1	..	42,8	..	17,6	67,0	65,3	17,9	2,7	16,1
47	Kroatien	60	140	2,9	1,6	21,3	..	20,6	68,3	63,6	27,2	7,8	14,6
48	Lettland	89	237	1,9	1,5	22,0	..	19,1	67,2	60,0	29,0	6,2	39,6
49	Argentinien	85	154	1,7	0,9	29,4	0,4	21,4	68,7	63,5	31,6	8,1	24,7
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
50	Uruguay	80	152	1,2	0,3	23,6	0,7	21,8	70,0	64,0	37,4	8,0	13,1
51	Bahamas	116	190	4,9	0,2	35,0	..	22,3	66,9	59,4	28,2	7,7	28,7
51	Montenegro	81	154	21,8	..	19,2	66,1	63,3	20,3	9,3	30,0
53	Belarus	103	307	3,1	2,3	23,4	0,4	17,1	65,6	56,4	37,6	5,3	26,7
54	Rumänien	84	209	2,9	0,0	17,7	..	19,4	67,3	61,4	23,9	5,8	19,4
55	Libyen	134	411	0,0	6,9	30,8	..	19,7	63,6	62,2	19,0	4,4	31,2
56	Oman	78	157	0,4	0,2	22,0	..	20,5	66,4	63,6	20,5	2,3	11,4
57	Russische Föderation	131	351	3,5	4,5	24,9	..	17,5	64,5	55,4	43,1	6,2	35,4
58	Bulgarien	86	194	0,8	0,1	21,4	..	18,8	66,8	61,5	37,6	7,3	43,2

HDI-Rang	Erwachsensterblichkeit		Altersstandardisierte Sterblichkeit		Altersstandardisierte Adipositas, Erwachsene	HIV-Prävalenz, Erwachsene	Lebenserwartung			Gesundheitsausgaben		
	(pro 1.000 Personen)		(pro 100.000 Personen)				im Alter von 60 Jahren	in Gesundheit		Ärzte	Insgesamt	Eigenauslagen
	Weiblich	Männlich	durch Alkoholkonsum	durch Drogenkonsum	(% der über 20-jährigen)	(% der 15-49-Jährigen)		(Jahre)				
							(Jahre)	(Jahre)	Weiblich	Männlich		
	2011	2011	2008	2008	2008	2012	2010/2015 ^a	2010	2010	2003–2012 ^b	2011	2011
59 Barbados	70	122	0,7	..	33,4	..	19,5	64,7	61,9	18,1	7,7	29,0
60 Palau	109	231	0,1	0,0	50,7	13,8	10,6	11,6
61 Antigua und Barbuda	164	203	5,5	..	25,8	..	21,5	65,5	61,2	..	5,9	28,2
62 Malaysia	90	174	0,9	0,4	14,1	0,4	19,0	66,4	62,6	12,0	3,6	41,7
63 Mauritius	94	208	4,1	0,5	18,2	1,2	19,3	66,8	61,2	10,6	5,9	53,0
64 Trinidad und Tobago	104	222	0,8	0,4	30,0	..	17,8	63,3	55,7	11,8	5,7	38,5
65 Libanon	99	148	2,0	4,6	28,2	..	22,7	67,5	65,9	35,4	6,3	56,5
65 Panama	82	148	0,3	0,8	25,8	0,7	23,9	69,0	64,3	..	8,2	26,8
67 Venezuela, Bolivarische Republik	90	198	0,6	0,8	30,8	0,6	21,1	68,5	61,7	..	5,2	57,0
68 Costa Rica	66	114	1,3	0,4	24,6	0,3	23,8	70,5	67,3	..	10,9	27,2
69 Türkei	68	123	..	0,2	29,3	..	20,9	66,0	61,8	17,1	6,7	16,1
70 Kasachstan	152	337	3,1	4,0	24,4	..	16,5	62,4	53,9	38,4	3,9	41,5
71 Mexiko	95	177	1,1	0,2	32,8	0,2	22,7	69,1	64,7	19,6	6,2	46,5
71 Seychellen	101	220	4,5	0,5	24,6	..	19,4	62,7	54,2	15,1	3,8	5,4
73 St. Kitts und Nevis	83	170	4,4	..	40,9	4,4	41,8
73 Sri Lanka	77	191	5,2	0,4	5,0	0,1	19,6	68,6	62,3	4,9	3,4	45,9
75 Iran, Islamische Republik	85	154	1,2	11,1	21,6	0,2	19,9	65,3	61,5	8,9	6,0	58,5
76 Aserbaidschan	85	175	1,7	0,5	24,7	0,2	18,3	65,1	59,9	33,8	5,2	70,1
77 Jordanien	99	146	0,7	1,7	34,3	..	19,0	63,2	64,8	25,6	8,4	24,7
77 Serbien	86	175	23,0	..	18,7	68,0	64,0	21,1	10,4	36,2
79 Brasilien	100	202	4,8	0,5	19,5	..	21,8	66,6	61,1	17,6	8,9	31,3
79 Georgien	88	227	0,2	3,7	21,2	0,3	19,8	66,9	59,3	42,4	9,9	69,5
79 Grenada	122	196	3,7	0,9	24,0	..	18,5	61,7	57,4	6,6	6,2	50,5
82 Peru	93	119	1,0	1,0	16,5	0,4	21,5	66,6	64,8	9,2	4,8	38,4
83 Ukraine	120	310	3,6	2,3	20,1	0,9	17,4	64,9	56,6	35,2	7,2	45,2
84 Belize	139	210	2,0	0,3	34,9	1,4	21,5	61,5	57,3	8,3	5,7	23,4
84 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	74	137	1,8	1,0	20,3	..	19,1	66,4	63,2	26,2	6,6	38,3
86 Bosnien und Herzegowina	66	141	0,2	2,8	24,2	..	20,2	68,1	64,4	16,9	10,2	31,3
87 Armenien	94	228	1,3	0,6	23,4	0,2	20,0	67,2	59,9	28,5	4,3	57,4
88 Fidschi	153	244	0,2	..	31,9	0,2	17,0	59,0	57,1	4,3	3,8	21,0
89 Thailand	102	207	1,9	0,9	8,5	1,1	21,4	67,8	62,7	3,0	4,1	13,7
90 Tunesien	72	134	1,6	4,6	23,8	0,1 ^c	20,2	67,5	64,6	12,2	6,2	39,5
91 China	81	112	0,9	0,0	5,6	..	19,5	70,4	65,5	14,6	5,2	34,8
91 St. Vincent und die Grenadinen	115	176	4,1	0,7	25,1	..	19,7	62,5	58,1	..	4,9	18,3
93 Algerien	100	123	0,5	0,2	17,5	..	17,9	64,6	63,8	12,1	3,9	18,2
93 Dominica	118	222	1,9	0,7	25,0	65,0	58,3	..	5,9	23,6
95 Albanien	87	123	0,1	0,7	21,1	..	21,1	67,0	62,5	11,1	6,3	55,0
96 Jamaika	103	188	0,1	0,0	24,6	1,7	21,3	64,6	61,0	4,1	4,9	32,5
97 St. Lucia	88	180	1,9	..	22,3	..	21,0	64,1	59,0	..	7,2	51,1
98 Kolumbien	76	154	0,0	1,2	18,1	0,5	21,3	67,1	62,4	14,7	6,1	17,0
98 Ecuador	89	162	3,7	1,2	22,0	0,6	23,6	68,5	64,4	16,9	7,3	49,4
100 Suriname	111	194	0,7	0,2	25,8	1,1	18,5	63,0	58,5	9,1	5,3	11,0
100 Tonga	242	123	0,0	0,2	59,6	..	18,6	63,2	58,9	5,6	5,3	11,1
102 Dominikanische Republik	148	165	1,8	0,1	21,9	0,7	21,9	64,5	60,1	..	5,4	40,0
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG												
103 Malediven	61	91	3,6	1,5	16,1	0,1 ^c	21,0	68,9	67,3	16,0	8,5	49,1
103 Mongolei	147	309	0,8	0,0	16,4	0,1 ^c	16,3	60,3	53,0	27,6	5,3	39,7
103 Turkmenistan	201	375	5,9	0,5	14,3	..	17,0	63,0	57,1	..	2,7	39,2
106 Samoa	105	177	0,1	0,2	55,5	..	18,9	63,2	59,8	4,8	7,0	7,1
107 Palästina, Staat	18,7	64,0	60,5
108 Indonesien	166	200	1,0	1,0	4,7	0,4	17,8	62,5	59,3	2,0	2,7	49,9
109 Botsuana	238	301	0,6	0,3	13,5	23,0	16,4	61,3	57,1	3,4	5,1	5,0
110 Ägypten	85	141	0,4	13,5	34,6	0,1 ^c	17,5	60,8	57,5	28,3	4,9	58,2
111 Paraguay	97	176	3,2	0,3	19,2	0,3	20,8	64,4	61,3	..	9,7	56,1
112 Gabun	266	300	0,7	0,3	15,0	4,0	18,2	52,8	47,4	2,9	3,2	46,6
113 Bolivien, Plurinationaler Staat	165	222	1,5	1,2	18,9	0,3	18,6	61,5	60,1	..	4,9	25,8
114 Moldau, Republik	109	269	2,8	0,2	20,4	0,7	16,2	64,6	57,5	36,4	11,4	44,9
115 El Salvador	138	294	22,8	0,1	26,9	0,6	22,0	67,0	60,5	16,0	6,8	32,3
116 Usbekistan	132	213	0,3	1,0	17,3	0,1	18,3	61,7	57,1	25,4	5,4	43,9
117 Philippinen	137	256	0,9	0,3	6,4	0,1 ^c	17,0	63,2	57,4	11,5	4,1	55,9

TABELLE 8 GESUNDHEIT VON ERWACHSENEN UND GESUNDHEITSAUSGABEN

HDI-Rang	Erwachsensterblichkeit		Altersstandardisierte Sterblichkeit		Altersstandardisierte Adipositas, Erwachsene	HIV-Prävalenz, Erwachsene	Lebenserwartung			Gesundheitsausgaben		
	(pro 1.000 Personen)		(pro 100.000 Personen)				im Alter von 60 Jahren	in Gesundheit		Ärzte (pro 10.000 Personen)	Insgesamt (% des BIP)	Eigenausgaben (% der ges. Gesundheitsausgaben)
	Weiblich	Männlich	durch Alkoholkonsum	durch Drogenkonsum	(% der über 20-jährigen)	(% der 15-49-Jährigen)	(Jahre)					
	2011	2011	2008	2008	2008	2012	2010/2015 ^a	2010	2010	2003–2012 ^b	2011	2011
118 Südafrika	407	474	0,9	0,4	33,5	17,9	16,0	52,7	49,1	7,6	8,5	7,2
118 Syrien, Arabische Republik	75	132	0,6	2,9	31,6	..	19,9	67,5	64,6	15,0	3,7	51,0
120 Irak	116	207	0,3	6,9	29,4	..	17,5	60,9	60,8	6,1	8,3	19,3
121 Guyana	258	379	1,1	0,6	16,9	1,3	16,6	57,6	52,5	2,1	5,9	18,0
121 Vietnam	87	128	0,9	1,7	1,6	0,4	22,4	69,1	62,6	12,2	6,8	55,7
123 Kap Verde	103	269	0,5	0,4	11,5	0,2	19,9	66,4	60,8	3,0	4,8	23,4
124 Mikronesien, Föd. Staaten von	152	177	0,1	0,2	42,0	..	17,3	58,6	55,2	1,8	13,4	9,0
125 Guatemala	155	282	14,7	9,4	20,7	0,7	21,5	63,8	58,1	9,3	6,7	53,4
125 Kirgistan	135	279	1,7	1,3	17,2	0,3	16,8	61,4	54,1	24,7	6,5	34,4
127 Namibia	242	282	0,5	0,3	10,9	13,3	17,3	55,1	50,0	3,7	5,3	7,7
128 Timor-Leste	224	259	0,9	1,0	2,9	..	16,9	59,2	56,9	1,0	5,1	4,0
129 Honduras	114	163	13,7	0,3	19,8	0,5	22,1	62,2	61,0	3,7	8,6	47,9
129 Marokko	89	141	0,8	8,0	17,3	0,1	17,9	61,9	60,3	6,2	6,0	58,0
131 Vanuatu	117	166	0,1	0,3	29,8	..	18,0	57,4	54,3	1,2	4,1	6,9
132 Nicaragua	119	204	10,5	0,3	24,2	0,3	22,2	66,3	61,9	3,7	10,1	42,2
133 Kiribati	164	340	..	0,1	45,8	..	17,4	54,7	49,6	3,8	10,1	1,3
133 Tadschikistan	156	180	0,5	3,4	9,9	0,3	18,2	61,0	56,5	19,0	5,8	60,1
135 India	159	247	1,2	1,9	1,9	0,3	17,0	57,7	54,9	6,5	3,9	59,4
136 Bhutan	157	210	1,1	2,2	5,5	0,2	19,5	61,5	58,2	0,7	4,1	15,3
136 Kambodscha	220	260	1,2	7,1	2,3	0,8	23,8	60,0	55,9	2,3	5,7	56,9
138 Ghana	217	252	1,8	2,1	8,0	1,4	15,5	56,1	54,5	0,9	4,8	29,1
139 Laos, Demokratische Volksrepublik	164	204	1,2	8,9	3,0	0,3	17,1	57,8	54,1	1,9	2,8	39,7
140 Kongo	287	332	0,7	0,2	5,3	2,8	17,1	51,6	48,4	1,0	2,5	31,5
141 Sambia	377	426	0,8	0,3	4,2	12,7	17,0	48,7	46,8	0,7	6,1	27,0
142 Bangladesch	136	163	1,0	2,3	1,1	0,1 ^c	18,4	59,8	57,1	3,6	3,7	61,3
142 São Tomé und Príncipe	189	234	1,8	0,4	11,3	1,0	18,2	60,6	58,5	4,9	7,7	56,9
144 Äquatorialguinea	331	369	1,0	0,3	11,5	..	15,9	51,1	46,7	3,0	4,0	31,6
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG												
145 Nepal	157	183	1,0	1,2	1,5	0,3	17,1	59,9	57,6	2,1	5,4	54,8
146 Pakistan	152	186	0,4	6,0	5,9	0,1 ^c	17,4	58,0	55,2	8,1	2,5	63,0
147 Kenia	294	346	0,7	0,2	4,7	6,1	17,8	56,8	54,2	1,8	4,5	46,4
148 Swasiland	504	558	0,7	0,3	23,4	26,5	16,3	43,3	40,4	1,7	8,0	13,1
149 Angola	331	383	1,3	0,3	7,2	2,3	15,7	54,0	49,7	1,7	3,5	27,3
150 Myanmar	181	231	1,1	3,8	4,1	0,6	16,6	58,3	53,2	5,0	2,0	80,7
151 Ruanda	291	344	0,9	0,0	4,3	2,9	17,8	56,4	53,2	0,6	10,8	21,4
152 Kamerun	372	415	0,8	0,3	11,1	4,5	16,4	51,4	49,0	0,8	5,2	65,1
152 Nigeria	360	393	0,9	1,7	7,1	3,1	13,7	50,8	50,0	4,0	5,3	60,4
154 Jemen	185	234	0,5	13,1	16,7	0,1	16,2	55,3	55,3	2,0	5,5	78,1
155 Madagaskar	167	213	0,8	0,4	1,7	0,5	16,9	54,7	53,0	1,6	4,1	25,2
156 Simbabwe	473	501	0,8	0,1	8,6	14,7	18,8	46,1	43,3	0,6
157 Papua-Neuguinea	235	312	1,1	1,0	15,9	0,5	14,9	51,5	49,6	0,5	4,3	11,7
157 Salomonen	159	201	0,1	0,2	32,1	..	16,9	55,3	53,0	2,2	8,8	3,0
159 Komoren	229	275	0,6	0,3	4,4	2,1	15,9	54,6	53,4	1,5	5,3	42,2
159 Tansania, Vereinigte Republik	322	363	0,8	0,0	5,4	5,1	17,9	52,6	51,8	0,1	7,3	31,7
161 Mauretanien	218	287	0,8	0,3	14,0	0,4	16,4	55,0	53,5	1,3	5,4	37,3
162 Lesotho	541	583	0,5	0,4	16,9	23,1	15,5	42,6	37,7	0,5	12,8	17,9
163 Senegal	239	293	0,8	0,0	8,0	0,5	16,2	56,5	54,8	0,6	6,0	32,7
164 Uganda	363	410	0,8	0,1	4,6	7,2	17,5	52,8	50,1	1,2	9,5	47,8
165 Benin	270	326	0,8	0,2	6,5	1,1	15,6	55,1	52,2	0,6	4,6	42,6
166 Sudan	216	279	1,3	3,5	6,6	..	17,4	58,1	55,9	2,8	8,4	69,1
166 Togo	313	359	0,8	0,2	4,6	2,9	14,5	52,0	50,0	0,5	8,0	40,4
168 Haiti	223	258	9,2	0,3	8,4	2,1	17,2	37,1	27,8	..	7,9	22,1
169 Afghanistan	245	289	0,7	33,1	2,4	0,1 ^c	15,9	46,2	48,5	1,9	9,6	79,4
170 Dschibuti	308	352	0,1	14,9	10,4	1,2	17,5	54,1	52,9	2,3	7,9	31,6
171 Côte d'Ivoire	310	348	1,1	0,3	6,7	3,2	13,9	50,6	45,4	1,4	6,8	64,3
172 Gambia	237	295	0,8	0,3	8,5	1,3	15,2	54,2	52,3	1,1	4,4	22,3
173 Äthiopien	265	306	0,7	0,0	1,2	1,3	17,8	53,5	51,4	0,3	4,7	33,8
174 Malawi	347	384	0,8	0,3	4,5	10,8	17,0	46,4	43,7	0,2	8,4	14,2
175 Liberia	292	331	0,9	0,3	5,5	0,9	15,4	47,9	47,6	0,1	19,5	17,7
176 Mali	304	369	0,9	0,3	4,8	0,9	15,4	48,4	48,8	0,8	6,8	54,3

HDI-Rang	Erwachsenensterblichkeit		Altersstandardisierte Sterblichkeit		Altersstandardisierte Adipositas, Erwachsene	HIV-Prävalenz, Erwachsene	Lebenserwartung			Gesundheitsausgaben			
	(pro 1.000 Personen)		(pro 100.000 Personen)				im Alter von 60 Jahren	in Gesundheit		Ärzte	Insgesamt	Eigenauslagen	
	Weiblich	Männlich	durch Alkoholkonsum	durch Drogenkonsum	(% der über 20-jährigen)	(% der 15-49-Jährigen)		(Jahre)					(pro 10.000 Personen)
	2011	2011	2008	2008	2008	2012	2010/2015 ^a	2010	2010	2003–2012 ^b	2011	2011	
177	Guinea-Bissau	352	405	0,9	0,3	5,4	3,9	14,9	49,5	46,7	0,7	6,3	41,3
178	Mosambik	421	457	0,7	0,3	5,4	11,1	16,8	46,1	42,9	0,3	6,6	9,0
179	Guinea	294	348	0,9	0,3	4,7	1,7	14,8	50,6	49,8	1,0	6,0	67,4
180	Burundi	321	370	0,9	0,2	3,3	1,3	16,0	46,8	45,5	0,3	8,7	43,6
181	Burkina Faso	236	298	0,9	0,3	2,4	1,0	15,1	48,8	45,4	0,5	6,5	36,6
182	Eritrea	259	347	0,6	0,2	1,8	0,7	15,1	52,0	50,3	0,5	2,6	51,2
183	Sierra Leone	438	459	1,2	0,0	7,0	1,5	12,5	50,7	47,6	0,2	18,8	74,9
184	Tschad	311	373	1,0	0,3	3,1	2,7	15,6	48,6	45,1	0,4	4,3	70,5
185	Zentralafrikanische Republik	420	466	0,9	0,2	3,7	..	15,9	41,7	37,7	0,5	3,8	43,4
186	Kongo, Demokratische Republik	358	411	0,9	0,2	1,9	1,1	15,2	48,1	44,7	1,1	8,5	43,5
187	Niger	272	312	1,1	0,3	2,5	0,5	15,5	49,4	48,5	0,2	5,3	37,6
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE													
	Korea, Dem. Volksrepublik	131	203	0,8	0,6	3,8	..	16,8	64,4	60,3	32,9
	Marshallinseln	392	433	0,2	0,2	46,5	55,8	53,1	4,4	16,5	12,6
	Monaco	51	110	2,0	70,6	4,4	7,0
	Nauru	57	105	0,9	..	71,1	7,1	..	8,0
	San Marino	46	56	48,8	7,2	14,7
	Somalia	316	399	2,1	6,4	5,3	0,5	16,1	48,2	46,8	0,4
	Südsudan	344	378	2,7	16,4	1,6	55,4
	Tuvalu	283	251	0,2	0,1	10,9	17,3	0,1
HDI-Gruppierungen													
	Sehr hohe menschliche Entwicklung	59	109	1,9	1,0	22,0	..	23,0	70,9	66,9	27,8	12,2	13,7
	Hohe menschliche Entwicklung	89	152	1,6	0,9	12,5	..	19,9	68,6	63,6	17,2	6,0	33,8
	Mittlere menschliche Entwicklung	157	230	1,3	2,3	5,9	..	18,5	59,5	56,3	7,4	4,6	44,7
	Niedrige menschliche Entwicklung	270	313	0,9	2,9	5,4	..	16,2	53,0	50,7	2,8	5,2	52,7
Regionen													
	Arabische Staaten	111	160	0,7	6,6	25,5	..	19,0	61,8	60,0	13,7	4,3	31,1
	Ostasien und Pazifik	99	137	1,0	0,4	5,6	..	18,5	68,2	63,5	12,1	4,8	35,9
	Europa und Zentralasien	104	216	2,3	1,4	23,1	..	18,7	64,8	58,9	26,2	6,3	28,5
	Lateinamerika und Karibik	98	181	3,4	0,8	23,6	..	21,2	66,8	62,0	..	7,6	34,4
	Südasien	153	228	1,1	3,2	3,2	..	18,6	58,3	55,5	6,3	4,2	59,7
	Afrika südlich der Sahara	327	372	0,9	0,6	7,6	..	16,6	51,6	49,4	1,8	6,3	27,6
	Am wenigsten entwickelte Länder	246	289	1,0	2,7	3,6	..	16,8	53,7	51,3	1,7	5,6	48,2
	Kleine Inselentwicklungsländer	155	206	3,0	0,3	18,6	..	19,3	57,1	52,5	25,5	5,6	33,6
	Welt	127	188	1,4	1,7	11,6	..	20,7	63,7	59,8	13,4	10,1	17,8

HINWEISE

- a Die Daten stellen den jährlichen Durchschnitt der für 2010-2015 hochgerechneten Werte dar.
- b Die Daten beziehen sich auf das letzte verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.
- c 0,1 oder weniger.

DEFINITIONEN

Erwachsenensterblichkeit: Wahrscheinlichkeit, dass eine 15-jährige Person vor Erreichen des 60. Lebensjahrs stirbt, ausgedrückt pro 1.000 Personen.

Altersstandardisierte Sterblichkeit durch Alkoholkonsum: Der gewichtete Durchschnitt der altersspezifischen Sterblichkeit durch Alkoholkonsum pro 100.000 Personen, wobei die Personenanteile an den entsprechenden Altersgruppen der WHO-Standardbevölkerung zur Gewichtung herangezogen werden.

Altersstandardisierte Sterblichkeit durch

Drogenkonsum: Der gewichtete Durchschnitt der altersspezifischen Sterblichkeit durch Drogenkonsum pro 100.000 Personen, wobei die Personenanteile an den entsprechenden Altersgruppen der WHO-Standardbevölkerung zur Gewichtung herangezogen werden.

Altersstandardisierte Adipositas bei

Erwachsenen: Der gewichtete Durchschnitt der altersspezifischen Adipositas (Körpermasse-Index von 30 kg/m² oder höher) bei Erwachsenen über 20 Jahren, ausgedrückt als prozentualer Anteil der Gesamtbevölkerung über 20 Jahre.

HIV-Prävalenz, Erwachsene: Prozentualer Anteil der 15-49-Jährigen, die mit HIV leben.

Lebenserwartung im Alter von 60 Jahren: Zusätzliche Zahl von Jahren, die 60-Jährige noch zu erwarten hätten, wenn die vorherrschenden Muster

der altersspezifischen Sterblichkeit während ihres gesamten restlichen Lebens gleich bleiben würden.

Lebenserwartung in Gesundheit:

Durchschnittliche Zahl der in voller Gesundheit zu lebenden Jahre, die eine Person erwarten kann, unter Berücksichtigung der Jahre, die wegen Krankheiten und Verletzungen in weniger als der vollen Gesundheit gelebt werden.

Ärzte pro 10.000 Personen: Anzahl der Ärzte (Allgemeinmediziner und Fachärzte), ausgedrückt pro 10.000 Personen.

Gesundheitsausgaben insgesamt: Laufende und Kapitalausgaben aus staatlichen Haushalten (Zentralregierung und Gebietskörperschaften), externen Darlehen und Zuschüssen (einschließlich Spenden internationaler Einrichtungen und nichtstaatlicher Organisationen), und Mitteln der Sozialversicherung, ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP.

Eigenauslagen für Gesundheit: Direktzahlungen von Haushalten an öffentliche und private Krankenkassen und gemeinnützige Einrichtungen sowie nicht erstattungsfähige Kostenbeteiligungen wie Selbstbehalte, Zuzahlungen und Dienstleistungsgebühren, ausgedrückt als prozentualer Anteil an den Gesamtausgaben für Gesundheit.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1-6 und 10: WHO 2013a.

Spalte 7: UNDESA 2013a.

Spalten 8 und 9: Salomon und andere 2012.

Spalte 11: World Bank 2013a.

Spalte 12: WHO 2013b.

HDI-Rang	Alphabetisierungsgrad		Bevölkerung mit Sekundar-schulbild. (% 25 Jahre und älter)	Bruttoeinschulungsquoten				Abbrecher- quote Grund- schule (% der Grund- schulkohorte)	Bildungsqualität					Bildungs- ausgaben (% des BIP)	
	Erwachs.	Jugendl.		Vorschul- stufe	Primar- stufe	Sekundar- stufe	Tertiär- stufe		Ausgebildete Grundschul- lehrer	Leistungen 15-jähriger Schüler			Schüler- Lehrer- Verhältnis		
	(% 15 Jahre und älter)	(% 15-24 Jahre)		(% der Kinder im Vorschul- alter)	(% der Bevölkerung im Primar- schulalter)	(% der Bevölkerung im Sekundar- schulalter)	(% der Bevölkerung im Tertiär- schulalter)		(%)	Mathematik ^a	Lesen ^b	Natur- wissenschaften ^c	(Anzahl der Schüler pro Lehrer)		
	2005–2012 ^d	2005–2012 ^d		2003–2012 ^d	2003–2012 ^d	2003–2012 ^d	2003–2012 ^d		2003–2012 ^d	2012	2012	2012	2003–2012 ^d		2005–2012 ^d
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG															
1	Norwegen	97,1	99	99	113	73	0,7	..	489	504	495	..	6,9
2	Australien	94,4 ^e	95	104	133	83	504	512	521	..	5,1
3	Schweiz	95,7	100	103	96	54	531	509	515	..	5,4
4	Niederlande	89,0	90	108	128	76	523	511	522	..	6,0
5	Vereinigte Staaten	95,0	73	99	94	95	6,9	..	481	498	497	14	5,6
6	Deutschland	96,6	112	101	102	57	3,4	..	514	508	524	12	5,1
7	Neuseeland	95,2	93	100	120	81	500	512	516	15	7,2
8	Kanada	100,0	71	99	102	518	523	525	..	5,5
9	Singapur	95,9	99,8	77,4	1,3	94	573	542	551	17	3,3
10	Dänemark	96,1 ^f	100	100	120	74	1,1	..	500	496	498	..	8,7
11	Irland	79,6	67	105	118	73	501	523	522	16	6,5
12	Schweden	86,9	95	101	97	74	4,4	..	478	483	485	9	7,0
13	Island	91,3	97	99	109	81	2,9	..	493	483	478	10	7,8
14	Vereinigtes Königreich	99,9	85	107	97	61	494	499	514	17	5,6
15	Hongkong, China (SAR)	75,4	101	101	106	60	1,0	96	561	545	555	14	3,4
15	Korea, Republik	82,9 ^g	118	104	97	101	1,0	..	554	536	538	19	5,0
17	Japan	86,4	87	103	102	60	0,1	..	536	538	547	17	3,8
18	Liechtenstein	95	105	111	44	20,6	..	535	516	525	8	2,1
19	Israel	85,8	97	104	102	62	1,1	..	466	486	470	13	6,0
20	Frankreich	80,5	110	108	110	57	495	505	499	18	5,9
21	Österreich	100,0	101	100	98	71	0,6	..	506	490	506	11	6,0
21	Belgien	80,1	119	104	106	69	6,7	..	515	509	505	11	6,6
21	Luxemburg	100,0 ^f	89	97	101	18	490	488	491	9	..
24	Finnland	100,0	70	99	107	96	0,4	..	519	524	545	14	6,8
25	Slowenien	99,7	99,9	96,9	91	98	98	85	1,4	..	501	481	514	17	5,7
26	Italien	99,0	99,9	75,7	98	100	101	64	0,5	..	485	490	494	10	4,5
27	Spanien	97,7	99,6	69,9	127	104	129	83	2,2	..	484	488	496	12	5,0
28	Tschechische Republik	99,8	103	102	96	65	0,8	..	499	493	508	19	4,2
29	Griechenland	97,3	99,4	63,1	76	103	111	91	2,6	..	453	477	467	10	4,1
30	Brunei Darussalam	95,4	99,7	63,8 ^g	92	95	108	24	3,6	88	11	3,3
31	Katar	96,3	96,8	60,5	73	103	112	12	6,4	49	376	388	384	10	2,5
32	Zypern	98,7	99,8	78,7	79	101	93	47	4,7	..	440	449	438	13	7,3
33	Estland	99,8	99,8	100,0 ^f	90	98	109	72	2,5	..	521	516	541	12	5,7
34	Saudi-Arabien	87,2	98,0	66,5	13	103	114	51	1,3	91	11	5,6
35	Litauen	99,7	99,8	91,4	77	99	107	77	3,6	..	479	477	496	12	5,4
35	Polen	99,7	100,0	82,3	74	99	97	74	1,5	..	518	518	526	10	5,2
37	Andorra	49,4	112	35,4	100	10	3,0
37	Slowakei	99,3	90	102	94	55	1,9	..	482	463	471	15	4,2
39	Malta	92,4	98,3	73,3	114	96	95	39	3,7	13	5,4
40	Vereinigte Arabische Emirate	90,0	95,0	62,7	71	108	15,6	100	434	442	448	18	..
41	Chile	98,6	98,9	74,8	112	102	90	71	2,1	..	423	441	445	22	4,1
41	Portugal	95,4	99,7	48,0	83	112	110	66	487	488	489	11	5,8
43	Ungarn	99,0	98,9	98,3 ^e	87	101	101	60	1,9	..	477	488	494	11	4,9
44	Bahrain	94,6	98,2	78,0 ^g	50	..	96	33	2,2	82	12	2,9
44	Kuba	99,8	100,0	77,1 ^g	109	99	90	62	3,5	100	9	12,9
46	Kuwait	93,9	98,6	56,0	81	106	100	22	5,9	78	9	3,8
47	Kroatien	98,9	99,6	89,1 ^g	64	94	98	59	0,7	100	471	485	491	14	4,3
48	Lettland	99,8	99,7	98,9	90	105	99	67	6,9	..	491	489	502	11	5,0
49	Argentinien	97,9	99,2	56,3 ^g	75	118	90	75	4,7	..	388	396	406	16	5,8
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG															
50	Uruguay	98,1	98,8	52,5	89	112	90	63	5,3	..	409	411	416	14	2,9
51	Bahamas	89,6	..	108	93	..	10,5	92	14	..
51	Montenegro	98,5	99,3	89,2 ^g	61	101	91	56	19,5	..	410	422	410	8	..
53	Belarus	99,6	99,8	89,3	103	99	106	91	0,9	100	15	5,2
54	Rumänien	97,7	97,2	88,9	78	96	96	52	5,2	..	445	438	439	17	4,2
55	Libyen	89,5	99,9	49,6 ^g	10	114	104	61
56	Oman	86,9	97,7	53,9	55	109	94	16	6,4	20	4,3
57	Russische Föderation	99,7	99,7	90,9	90	99	85	75	3,9	..	482	475	486	18	4,1

HDI-Rang	Alphabetisierungsgrad		Bevölkerung mit Sekundarbildung	Bruttoeinschulungsquoten				Abbrecherquote Grundschule	Bildungsqualität					Bildungsausgaben (% des BIP)
	Erwachs.	Jugendl.		Vorschulstufe	Primarstufe	Sekundarstufe	Tertiärstufe		Ausgebildete Grundschullehrer	Leistungen 15-jähriger Schüler			Schüler-Lehrer-Verhältnis	
	(% 15 Jahre und älter)	(% 15-24 Jahre)	(% 25 Jahre und älter)	(% der Kinder im Vorschulalter)	(% der Bevölkerung im Primar-schulalter)	(% der Bevölkerung im Sekundar-schulalter)	(% der Bevölkerung im Tertiär-schulalter)	(%)	Mathematik ^a	Lesen ^b	Naturwissenschaften ^c	(Anzahl der Schüler pro Lehrer)		
	2005-2012 ^d	2005-2012 ^d	2005-2012 ^d	2003-2012 ^d	2003-2012 ^d	2003-2012 ^d	2003-2012 ^d	2003-2012 ^d	2003-2012 ^d	2012	2012	2012	2003-2012 ^d	2005-2012 ^d
58 Bulgarien	98,4	97,9	94,3	85	101	93	60	3,4	..	439	436	446	17	4,1
59 Barbados	88,6 ^g	79	105	105	61	6,6	55	13	7,5
60 Palau	101	96
61 Antigua und Barbuda	99,0	83	101	106	14	8,7	65	15	2,5
62 Malaysia	93,1	98,4	69,4 ^g	78	101	67	37	0,8	..	421	398	420	13	5,1
63 Mauritius	88,8	96,8	53,6	120	108	96	40	2,7	100	21	3,7
64 Trinidad und Tobago	99,8	99,6	59,3	83	106	86	12	10,6	88	18	..
65 Libanon	89,6	98,7	54,2	91	107	74	46	6,7	10	14	1,6
65 Panama	94,1	97,6	62,1 ^g	65	100	84	42	8,4	90	23	4,1
67 Venezuela, Bolivarische Republik	95,5	98,5	53,7	72	102	85	78	6,1	3,6
68 Costa Rica	96,3	98,3	53,6 ^g	73	107	101	47	9,0	91	407	441	429	17	6,3
69 Türkei	94,1	98,7	49,4	29	102	89	61	5,0	..	448	475	463	..	2,9
70 Kasachstan	99,7	99,8	99,3	54	105	98	45	0,7	..	432	393	425	16	3,1
71 Mexiko	93,5	98,5	58,0	99	104	84	28	5,0	96	413	424	415	28	5,3
71 Seychellen	91,8	99,1	66,8	110	107	101	1	6,0	99	13	4,8
73 St. Kitts und Nevis	96	88	79	18	26,5	61	16	4,2
73 Sri Lanka	91,2	98,2	74,0	87	99	99	14	2,7	82	24	2,0
75 Iran, Islamische Republik	85,0	98,7	65,1	35	106	86	55	3,8	98	20	4,7
76 Aserbaidshjan	99,8	100,0	95,5	27	96	100	20	1,8	100	12	2,8
77 Jordanien	95,9	99,1	74,1	34	99	89	40	2,1	..	386	399	409	20	..
77 Serbien	98,0	99,3	65,6	56	93	92	52	1,6	56	449	446	445	16	4,7
79 Brasilien	90,4	97,5	53,6	391	410	405	..	5,8
79 Georgien	99,7	99,8	92,0	58	106	87	28	6,9	95	6	2,7
79 Grenada	99	103	108	53	..	65	16	..
82 Peru	89,6	97,4	61,1	77	105	91	43	18,5	..	368	384	373	20	2,6
83 Ukraine	99,7	99,8	93,5 ^g	101	106	98	80	1,9	100	16	5,3
84 Belize	76,1 ^g	47	121	84	26	9,1	54	22	6,6
84 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	97,4	98,7	47,8	26	90	82	41	2,5	16	..
86 Bosnien und Herzegowina	98,0	99,7	56,8	16	38	16,7
87 Armenien	99,6	99,8	94,4 ^g	51	102	96	46	4,4	77	19	3,1
88 Fidschi	57,8	18	105	90	62	9,1	100	31	4,1
89 Thailand	93,5	98,1	38,1	112	97	87	51	427	441	444	16	5,8
90 Tunesien	79,1	97,2	39,3	..	110	91	35	5,3	100	388	404	398	17	6,2
91 China	95,1	99,6	65,3 ^g	62	128	87	24	613	570	580	17	..
91 St. Vincent und die Grenadinen	80	105	101	..	31,4	85	16	5,1
93 Algerien	72,6	91,8	24,1	79	117	98	31	7,2	99	23	4,3
93 Dominica	26,5	95	119	97	..	12,2	61	16	3,5
95 Albanien	96,8	98,8	84,8	69	..	82	55	1,2	..	394	394	397	19	3,3
96 Jamaika	87,0	95,6	72,6 ^g	113	..	93	26	4,8	28	6,4
97 St. Lucia	61	87	91	10	10,4	88	17	4,4
98 Kolumbien	93,6	98,2	56,3	49	107	93	45	15,3	100	376	403	399	25	4,5
98 Ecuador	91,6	98,7	39,8	150	114	87	39	8,6	84	18	5,2
100 Suriname	94,7	98,4	45,9	88	114	85	..	9,7	100	15	..
100 Tonga	99,0	99,4	87,9	35	110	91	6	9,6	21	..
102 Dominikanische Republik	90,1	97,0	54,4	37	105	75	33	25,2	85	25	2,2
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
103 Malediven	98,4	99,3	14,9	95	98	72	13	..	81	12	7,2
103 Mongolei	97,4	95,7	84,7 ^g	86	117	103	61	7,0	99	29	5,5
103 Turkmenistan	99,6	99,8
106 Samoa	99,8	99,5	62,1	34	105	86	..	10,0	30	5,8
107 Palästina, Staat	95,3	99,3	56,7	42	94	83	49	0,7	100	24	..
108 Indonesien	92,8	98,8	44,5	42	109	81	27	12,0	..	375	396	382	16	2,8
109 Botsuana	85,1	95,2	75,5 ^g	18	106	82	7	7,0	100	25	7,8
110 Ägypten	73,9	89,3	51,2 ^g	27	109	76	29	1,1	28	3,8
111 Paraguay	93,9	98,6	38,8	35	97	68	35	17,4	28	4,1
112 Gabun	89,0	97,9	24,0 ^g	35	165	100	25	..
113 Bolivien, Plurinationaler Staat	91,2	99,4	53,1	51	94	77	38	13,8	24	7,6
114 Moldau, Republik	99,0	100,0	95,0	80	94	75	38	4,2	16	8,6
115 El Salvador	84,5	96,0	39,8	63	114	67	25	16,0	96	29	3,4

TABELLE 9 BILDUNG

HDI-Rang	Alphabetisierungsgrad		Bevölkerung mit Sekundar-schulbildung	Bruttoeinschulungsquoten				Abbrecher-quoten Grund-schule	Bildungsqualität					Bildungs-ausgaben (% des BIP)
	Erwachs.	Jugendl.		Vorschul-stufe	Primar-stufe	Sekundar-stufe	Tertiär-stufe		Ausgebildete Grundschul-lehrer	Leistungen 15-jähriger Schüler			Schüler-Lehrer-Verhältnis	
	(% 15 Jahre und älter)	(% 15-24 Jahre)		(% der Kinder im Vorschul-alter)	(% der Bevölkerung im Primar-schulalter)	(% der Bevölkerung im Sekundar-schulalter)	(% der Bevölkerung im Tertiär-schulalter)		(% der Grund-schul-kohorte)	Mathematik ^a	Lesen ^b	Natur-wissen-schaften ^c	(Anzahl der Schüler pro Lehrer)	
	2005-2012 ^d	2005-2012 ^d		2005-2012 ^d	2003-2012 ^d	2003-2012 ^d	2003-2012 ^d		2003-2012 ^d	2003-2012 ^d	2012	2012	2012	
116 Usbekistan	99,4	99,9	..	25	93	105	9	1,9	100	16	..
117 Philippinen	95,4	97,8	64,8 ^g	51	106	85	28	24,2	31	2,7
118 Südafrika	93,0	98,8	74,3	77	102	102	87	30	6,0
118 Syrien, Arabische Republik	84,1	95,3	34,1	11	122	74	26	6,8	5,1
120 Irak	78,5	82,4	32,4 ^g	7	107	53	16	..	100	17	..
121 Guyana	85,0	93,1	31,2 ^g	63	80	105	13	16,5	68	25	3,6
121 Vietnam	93,4	97,1	65,0	77	105	..	25	2,5	100	511	508	528	19	6,6
123 Kap Verde	84,9	98,4	..	75	112	93	21	10,7	95	23	5,6
124 Mikronesien, Föd. Staaten von	112	83
125 Guatemala	75,9	87,4	22,6	64	114	65	18	29,1	26	2,8
125 Kirgistan	99,2	99,8	95,6 ^g	25	106	88	41	2,9	72	24	5,8
127 Namibia	76,5	87,1	33,5 ^g	30	109	65	9	15,5	98	41	8,4
128 Timor-Leste	58,3	79,5	..	10	125	57	18	16,4	31	10,1
129 Honduras	85,1	95,9	27,0	42	109	73	21	30,4	36	34	..
129 Marokko	67,1	81,5	28,0	59	116	69	16	8,4	100	26	5,4
131 Vanuatu	83,2	94,6	..	61	122	60	5	28,5	100	22	5,2
132 Nicaragua	78,0	87,0	37,6 ^g	55	117	69	18	51,6	75	30	4,7
133 Kiribati	116	86	85	25	..
133 Tadschikistan	99,7	99,9	92,4	9	100	86	22	2,0	94	23	3,9
135 India	62,8	81,1	38,7 ^g	58	113	69	23	35	3,3
136 Bhutan	52,8	74,4	34,4	9	112	74	9	5,1	91	24	4,7
136 Kambodscha	73,9	87,1	15,5	15	124	45	16	34,1	100	46	2,6
138 Ghana	71,5	85,7	54,3 ^g	114	110	58	12	27,8	52	33	8,2
139 Laos, Demokratische Volksrepublik	72,7	83,9	29,7 ^g	24	123	47	17	30,1	97	27	3,3
140 Kongo	46,2	14	109	54	10	29,7	80	44	6,2
141 Sambia	61,4	64,0	35,0 ^g	..	114	101	..	46,9	49	1,3
142 Bangladesch	57,7	78,7	26,7 ^g	26	114	51	13	33,8	58	40	2,2
142 São Tomé und Príncipe	69,5	80,2	..	50	118	71	8	33,9	48	29	..
144 Äquatorialguinea	94,2	98,1	..	73	91	27,9	49	26	..
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
145 Nepal	57,4	82,4	28,3 ^g	82	139	66	14	38,3	93	28	4,7
146 Pakistan	54,9	70,7	33,2	49	93	37	10	39,0	84	41	2,4
147 Kenia	72,2	82,4	28,6	51	112	60	4	..	97	47	6,7
148 Swasiland	87,8	93,7	48,1 ^g	25	115	60	6	32,7	78	29	7,8
149 Angola	70,4	73,0	..	87	140	32	7	68,1	46	3,5
150 Myanmar	92,7	96,1	17,8 ^g	9	114	50	14	25,2	100	28	0,8
151 Ruanda	65,9	77,3	7,7 ^g	13	134	32	7	64,4	96	59	4,8
152 Kamerun	71,3	80,6	27,9	30	111	50	12	30,2	79	46	3,2
152 Nigeria	51,1	66,4	..	13	81	44	10	20,1	66	36	..
154 Jemen	65,3	86,4	16,0 ^g	2	97	47	10	30	5,2
155 Madagaskar	64,5	64,9	..	9	145	38	4	59,3	95	43	2,8
156 Simbabwe	83,6	90,9	55,4 ^g	38	6	39	2,5
157 Papua-Neuguinea	62,4	70,8	10,5 ^g	100	60	36	..
157 Salomonen	43	141	48	..	36,6	54	24	7,3
159 Komoren	75,5	86,0	..	24	117	73	11	..	55	28	7,6
159 Tansania, Vereinigte Republik	67,8	74,6	7,4 ^g	34	93	35	4	18,6	97	46	6,2
161 Mauretanien	58,6	69,0	14,2 ^g	..	97	27	5	18,8	100	40	3,7
162 Lesotho	75,8	83,2	20,9	36	111	52	11	36,8	68	34	13,0
163 Senegal	49,7	65,0	10,8	14	84	41	8	38,6	65	32	5,6
164 Uganda	73,2	87,4	28,8	14	110	28	9	75,2	95	48	3,3
165 Benin	28,7	42,4	18,4 ^g	19	123	48	12	40,7	47	44	5,3
166 Sudan	71,9	87,3	15,5 ^g	9,1	60	38	..
166 Togo	60,4	79,9	29,8 ^g	11	133	55	10	48,3	83	42	4,6
168 Haiti	48,7	72,3	29,1 ^g
169 Afghanistan	20,3 ^g	..	97	52	4	44	..
170 Dschibuti	4	70	44	5	..	100	35	8,4
171 Côte d'Ivoire	56,9	67,5	22,1 ^g	5	94	..	8	17,8	99	42	4,6
172 Gambia	51,1	68,1	24,0 ^g	30	85	57	4	17,2	63	34	3,9
173 Äthiopien	39,0	55,0	12,5	18	95	37	8	63,4	57	54	4,7

HDI-Rang	Alphabetisierungsgrad		Bevölkerung mit Sekundarschulbildung	Bruttoeinschulungsquoten				Abbrecherquote Grundschule	Bildungsqualität				Bildungsausgaben	
	Erwachs.	Jugendl.		Vorschulstufe	Primarstufe	Sekundarstufe	Tertiärstufe		Ausgebildete Grundschullehrer	Leistungen 15-jähriger Schüler		Schüler-Lehrer-Verhältnis		
	(% 15 Jahre und älter)	(% 15-24 Jahre)	(% 25 Jahre und älter)	(% der Kinder im Vorschulalter)	(% der Bevölkerung im Primar-schulalter)	(% der Bevölkerung im Sekundar-schulalter)	(% der Bevölkerung im Tertiär-schulalter)	(%)	Mathematik ^a	Lesen ^b	Naturwissenschaften ^c	(Anzahl der Schüler pro Lehrer)	(% des BIP)	
	2005–2012 ^d	2005–2012 ^d	2005–2012 ^d	2003–2012 ^d	2003–2012 ^d	2003–2012 ^d	2003–2012 ^d	2003–2012 ^d	2003–2012 ^d	2012	2012	2012	2003–2012 ^d	2005–2012 ^d
174 Malawi	61,3	72,1	8,6 ^g	..	141	34	1	50,9	78	74	5,4
175 Liberia	42,9	49,1	27,3 ^g	..	102	45	..	32,2	56	27	1,9
176 Mali	33,4	46,9	10,9	4	88	51	7	38,4	52	48	4,7
177 Guinea-Bissau	55,3	73,2	..	7	116	34	3	..	39	52	..
178 Mosambik	50,6	67,1	3,6 ^g	..	105	26	5	69,4	84	55	5,0
179 Guinea	25,3	31,4	..	16	91	39	9	41,4	75	44	3,1
180 Burundi	86,9	88,9	7,1 ^g	5	137	28	3	56,2	95	47	6,1
181 Burkina Faso	28,7	39,3	2,0	4	85	26	5	31,0	95	48	3,4
182 Eritrea	68,9	90,1	..	13	42	30	2	31,0	90	41	2,1
183 Sierra Leone	43,3	61,0	14,8 ^g	9	131	55	33	2,7
184 Tschad	35,4	47,9	5,5	1	95	23	2	61,9	62	61	2,6
185 Zentralafrikanische Republik	56,6	65,6	17,9 ^g	6	95	18	3	53,4	58	80	1,2
186 Kongo, Demokratische Republik	61,2	65,8	16,5 ^g	4	111	43	8	29,3	94	35	2,5
187 Niger	28,7	36,5	48,3	6	71	16	2	30,7	97	39	4,5
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE														
Korea, Dem. Volksrepublik	100,0	100,0
Marshallinseln	48	105	103	43	16,5
Monaco	1,6
Nauru	94	93	63	74	22	..
San Marino	108	92	95	64	3,8	6	..
Somalia	29	7	36	..
Südsudan
Tuvalu	105	100	19	..
HDI-Gruppierungen														
Sehr hohe menschliche Entwicklung	86,9	85	103	101	76	3,6	..	—	—	—	..	5,3
Hohe menschliche Entwicklung	94,2	98,9	64,9	67	118	87	35	8,1	..	—	—	—	..	4,6
Mittlere menschliche Entwicklung	71,7	85,9	47,5	51	111	70	23	18,3	..	—	—	—	..	3,7
Niedrige menschliche Entwicklung	58,2	70,2	22,1	24	98	39	8	42,7	..	—	—	—	..	3,7
Regionen														
Arabische Staaten	77,0	89,9	41,1	32	105	76	28	5,8	..	—	—	—
Ostasien und Pazifik	94,4	98,8	..	58	120	84	—	—	—
Europa und Zentralasien	97,7	99,4	75,6	43	101	95	50	4,1	..	—	—	—	..	3,4
Lateinamerika und Karibik	91,5	97,1	54,7	79	106	85	44	14,6	..	—	—	—	..	5,2
Südasiens	62,9	80,6	38,4	54	110	64	22	21,2	..	—	—	—	..	3,4
Afrika südlich der Sahara	58,9	69,2	28,1	24	100	43	8	37,7	..	—	—	—	..	5,2
Am wenigsten entwickelte Länder														
Kleine Inselentwicklungsländer														
Welt	81,2	87,9	63,6	52	108	74	31	17,1	..	—	—	—	..	5,0

HINWEISE

- a** Durchschnittliche Punktzahl in den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): 494.
- b** Durchschnittliche Punktzahl in den OECD-Ländern: 496.
- c** Durchschnittliche Punktzahl in den OECD-Ländern: 501.
- d** Die Daten beziehen sich auf das letzte verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.
- e** Bezieht sich auf die Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren.
- f** Bezieht sich auf die Bevölkerung zwischen 25 und 74 Jahren.
- g** Schätzungen von Barro und Lee (2013) für 2010 auf der Grundlage von Daten des UNESCO-Instituts für Statistik.

DEFINITIONEN

- Alphabetisierungsgrad der Erwachsenen:** Anteil der ab 15-Jährigen, die eine kurze, einfache Aussage über ihren Alltag sowohl lesen und verstehen als auch verständlich schreiben können.
- Alphabetisierungsgrad der Jugendlichen:** Anteil der 15-24-Jährigen, die eine kurze, einfache Aussage über ihren Alltag sowohl lesen und verstehen als auch verständlich schreiben können.
- Bevölkerung mit Sekundarschulbildung:** Anteil der ab 25-Jährigen, die mindestens die Sekundarstufe erreicht haben.
- Bruttoeinschulungsquote:** Altersunabhängige Gesamteinschulung auf einer Bildungsstufe (Vorschul-, Primar-, Sekundar- oder Tertiärstufe), ausgedrückt als prozentualer Anteil der Bevölkerung im offiziellen Schulalter für dieselbe Bildungsstufe.

Abbrecherquote Grundschule: Anteil der Schüler in einer bestimmten Kohorte, die in die Grundschule eingeschult wurden, sie jedoch vor Abschluss der letzten Grundschulklasse verlassen. Der Anteil wird berechnet als 100 minus Verbleibquote bis Ende der letzten Grundschulklasse, unter der Annahme, dass die beobachteten Abgangquoten während des Bestehens der Kohorte unverändert bleiben und dass die Schulabbrecher den Schulbesuch nicht wieder aufnehmen.

Ausgebildete Grundschullehrer: Anteil der Grundschullehrer, die vor der Einstellung oder im Dienst den für den Grundschulunterricht vorgeschriebenen Mindestumfang an organisierter Lehrerausbildung erhalten haben.

Leistungen 15-jähriger Schüler in Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften: Erreichte Punktzahl bei Tests der Kompetenzen und Kenntnisse

15-jähriger Schüler in diesen Fächern, die für die Teilhabe an der Gesellschaft unverzichtbar sind.

Schüler-Lehrer-Verhältnis: Durchschnittliche Schülerzahl pro Lehrer in der Primarstufe im jeweiligen Schuljahr.

Bildungsausgaben: Öffentliche Gesamtausgaben (laufende und Kapitalausgaben) für Bildung, ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1-9 und 13: UNESCO Institute for Statistics 2013.

Spalten 10-12: OECD 2013.

Spalte 14: World Bank 2013a.

Verfügung über und Aufteilung von Ressourcen

HDI-Rang	BIP		Bruttoanlageinvestitionen (% des BIP)	Staatliche Konsumausgaben		Steuern aus Einkommen, Gewinnen u. Kapitalert. (% des Gesamtsteueraufkommens)	Ausgaben für Forschung und Entwicklung (% des BIP)	Anteil der Landwirtschaft, Jagd und Fischerei (% des BIP)	SCHULDEN			PREISE		
	(Milliarden KKP \$ 2011)	BIP pro Kopf (KKP \$ 2011)		Insgesamt (% des BIP)	Durchschnittl. jährliches Wachstum (%)				Inländische Kredite des Bankensektors (% des BIP)	Auslands-schulden (% des BNE)	Gesamt-schulden-dienst (% des BNE)	Verbraucherpreis-index (2005=100)	Inländische Nahrungsmittelpreise Index	Volatilitäts-index
	2012	2012	2005–2012 ^a	2005–2012 ^a	2005–2012	2005–2012 ^a	2005–2012 ^a	2012	2012	2005–2012 ^a	2012	2012	2013	2013
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
1 Norwegen	315,5	62.858	20,6	21,3	1,8	33,0	1,7	1,2	87,0 ^b	114	1,2	6,8
2 Australien	960,6	42.278	27,9	17,9	3,4	63,6	2,4	2,4	154,4	122	1,2 ^b	12,7
3 Schweiz	410,2	51.293	20,4	11,1	2,0	24,2	3,0	0,7	192,6	104	1,1 ^b	9,2
4 Niederlande	711,3	42.453	16,8	28,4	0,0	25,2	1,8	1,7	216,0	113	0,9 ^b	4,2
5 Vereinigte Staaten	15.965,5	50.859	14,7	17,3	-2,6	54,9	2,9	1,1	231,6	118	1,0 ^b	..
6 Deutschland	3.375,2	41.966	17,6	19,5	1,2	15,4	2,8	0,9	123,6	113	1,1	13,8
7 Neuseeland	143,5	32.360	18,8	20,1	0,3	45,8	1,3	6,3	157,8 ^b	121	1,3 ^b	13,0
8 Kanada	1.410,6	40.588	22,0	20,9	0,8	53,3	1,8	1,5	177,6 ^b	114	1,3 ^b	9,4
9 Singapur	379,7	71.475	24,1	9,7	-3,6	34,4	2,4	0,0	99,5	125	1,3	15,8
10 Dänemark	232,2	41.524	17,6	28,6	0,2	38,9	3,1	1,5	206,6	117	1,1 ^b	20,9
11 Irland	196,9	42.919	10,0	17,6	-3,4	36,0	1,8	1,6	202,1	112	1,0 ^b	4,2
12 Schweden	398,3	41.840	18,8	26,9	0,7	11,2	3,4	1,6	144,8	112	1,1 ^b	10,0
13 Island	12,4	38.553	14,4	25,5	-0,2	28,5	2,6	7,8	143,2	163	1,1 ^b	39,2
14 Vereinigtes Königreich	2.207,0	34.694	14,2	22,1	2,2	35,6	1,8	0,7	210,1	123	1,2	22,9
15 Hongkong, China (SAR)	359,8	50.291	26,4	9,1	3,7	38,7	0,8	..	200,6	122
15 Korea, Republik	1.474,9	29.495	26,7	15,8	3,9	30,3	3,7	2,6	168,7	123	2,0 ^b	41,7
17 Japan	4.465,4	35.006	20,6	20,4	1,5	42,9	3,4	1,2	346,2	99	1,9	10,0
18 Liechtenstein	0,7
19 Israel	242,1	30.600	20,4	22,9	3,2	27,6	4,4	2,0	85,9 ^b	120	1,3 ^b	33,0
20 Frankreich	2.369,9	36.074	19,8	24,7	1,4	23,7	2,3	2,0	136,4	112	1,1 ^b	8,8
21 Österreich	363,7	43.139	21,4	18,8	0,4	23,3	2,8	1,6	133,4	116	1,2	15,9
21 Belgien	439,5	39.498	20,7	24,9	0,4	35,4	2,0	0,8	116,6	118	1,1 ^b	8,4
21 Luxemburg	46,0	86.587	20,2	16,9	5,0	29,8	1,6	0,3	167,7	118	1,1	..
24 Finnland	206,3	38.104	19,4	24,8	0,8	15,6	3,9	2,8	104,1	117	1,2	23,4
25 Slowenien	56,4	27.394	17,8	20,8	-1,3	11,2	2,1	2,7	93,8	120	1,4	20,2
26 Italien	2.004,6	33.668	18,2	20,1	-2,9	32,3	1,3	2,0	167,6	116	1,2 ^b	9,1
27 Spanien	1.458,9	31.198	19,1	20,1	-0,5	21,7	1,4	2,5	221,5	119	1,1 ^b	19,8
28 Tschechische Republik	281,0	26.733	23,6	20,8	-1,2	14,5	1,6	2,4	68,7	121	1,2	46,0
29 Griechenland	281,7	25.391	13,1	17,8	-4,2	17,0	0,6	3,4	135,5	123	1,1 ^b	14,4
30 Brunei Darussalam	29,3	71.080	13,4	17,3	2,0	0,7	13,5	107	1,6 ^b	11,7
31 Katar	274,2	133.713	33,8	12,3	..	40,2	..	0,1	77,5	141	0,8	52,1
32 Zypern	25,9	29.698	18,4	19,7	0,5	28,4	0,5	2,5	344,1	119	1,3 ^b	10,7
33 Estland	32,2	24.195	25,0	19,6	4,0	8,0	1,6	4,1	79,0	138	1,5 ^b	39,5
34 Saudi-Arabien	1.436,8	50.791	22,2	20,4	0,1	1,9	-10,5	141	1,2 ^b	34,7
35 Litauen	70,4	23.554	16,7	17,6	0,7	7,4	0,8	4,0	52,3	72,6	16,35	138	1,8 ^b	128,1
35 Polen	853,3	22.143	19,4	17,9	0,1	13,1	0,7	3,9	63,8	125	1,3 ^b	7,5
37 Andorra	0,6
37 Slowakei	138,1	25.537	21,5	17,6	-0,7	9,6	0,6	3,1	54,1 ^b	124	1,4	32,5
39 Malta	11,9	28.398	14,6	20,5	0,9	31,8	0,6	1,6	154,1	118	1,5	15,0
40 Vereinigte Arabische Emirate	525,1	57.045	21,9	6,9	3,6	0,7	76,5	116
41 Chile	368,5	21.099	24,1	12,1	3,9	27,2	0,4	3,6	74,3	41,0	6,52	108	1,6	23,1
41 Portugal	263,9	25.096	15,8	18,3	-4,4	21,7	1,6	2,3	198,7	116	1,1 ^b	15,4
43 Ungarn	219,7	22.146	17,2	20,3	-2,5	12,5	1,2	4,7	68,2	143	1,5 ^b	37,0
44 Bahrain	53,6	40.658	19,5	14,6	..	0,5	..	0,3	73,1	117	1,2 ^b	17,2
44 Kuba	9,9	37,9	2,4	..	0,6	5,0
46 Kuwait	273,7 ^b	84.188 ^b	15,6	14,8	..	0,6	0,1	0,3	54,8 ^b	140	0,9	25,3
47 Kroatien	85,1	19.946	18,8	19,9	-1,9	7,8	0,7	5,0	96,3	123	1,5	36,3
48 Lettland	43,2	21.229	23,7	15,3	-0,2	8,1	0,6	5,0	63,0	134,4	28,50	148	1,4	97,0
49 Argentinien	21,8	16,6	5,2	..	0,6	9,0	37,3	26,3	3,57	111 ^b	1,3	29,3
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
50 Uruguay	61,0	17.966	20,6	12,2	5,4	18,0	0,4	7,7	32,0	31,6	3,26	166	1,4	28,2
51 Bahamas	8,4	22.705	28,1	14,8	3,5	2,0	105,0	119
51 Montenegro	8,7	14.040	18,4	22,1	1,1	8,8	57,9	45,6	5,00	126 ^b
53 Belarus	159,6	16.868	32,8	14,6	-1,2	3,3	0,6	9,5	32,2	54,6	3,33	396	1,8 ^b	62,4
54 Rumänien	346,0	17.234	26,7	6,6	2,3	17,6	0,5	6,0	54,3	72,3	10,20	148	1,4 ^b	24,2
55 Libyen	27,9	9,3	2,3	-65,9 ^b	154
56 Oman	17,2	..	2,5	..	1,1	35,4	141	1,1 ^b	39,4
57 Russische Föderation	3.327,7	23.184	22,0	18,6	-0,2	1,7	1,2	3,9	41,1	31,1	3,50	185	1,6 ^b	24,2
58 Bulgarien	115,0	15.738	21,4	7,8	-0,4	15,5	0,6	6,4	71,0	77,9	8,75	148	1,3 ^b	39,3

HDI-Rang	BIP		Bruttoanlageinvestitionen (% des BIP)	Staatliche Konsumausgaben		Durschnitl. jährliches Wachstum (%)	Steuern aus Einkommen, Gewinnen u. Kapitalerl. (% des Gesamteinkommens)	Ausgaben für Forschung und Entwicklung (% des BIP)	Anteil der Landwirtschaft, Jagd und Fischerei (% des BIP)	SCHULDEN			PREISE	
	(Milliarden KKP \$ 2011)	BIP pro Kopf (KKP \$ 2011)		Insgesamt (% des BIP)	Durschnitl. jährliches Wachstum (%)					Inländische Kredite des Bankensektors (% des BIP)	Auslandschulden (% des BNE)	Gesamtschuldendienst (% des BNE)	Verbraucherpreisindex (2005=100)	Inländische Nahrungsmittelpreise
	2012	2012	2005–2012 ^a	2005–2012 ^a	2005–2012	2005–2012 ^a	2005–2012 ^a	2012	2012	2005–2012 ^a	2012	2012	2013	2013
59 Barbados	4,3 ^b	15.299 ^b	14,6	20,3	..	31,6	..	1,6	136,3 ^b	151
60 Palau	0,3	14.411	6,1
61 Antigua und Barbuda	1,8	19.714	29,3	17,8	2,1	94,5	120
62 Malaysia	640,3	21.897	25,6	13,5	5,0	52,0	0,6	10,2	134,5	34,8	3,87	120	1,6	7,6
63 Mauritius	20,9	16.194	24,0	13,5	2,3	18,2	0,4	3,5	113,6	12,5	1,43	152	1,8 ^b	71,4
64 Trinidad und Tobago	38,9	29.086	9,7	9,5	-0,6	47,5	0,1	0,4	36,5	178
65 Libanon	73,1	16.509	31,2	14,5	6,9	17,2	..	5,0	176,4	61,7	13,36	118
65 Panama	63,3	16.655	27,7	11,2	18,1	..	0,2	3,5	89,0	43,7	2,80	137
67 Venezuela, Bolivarische Republik	528,5	17.642	20,3	12,2	6,3	21,5	..	5,7	42,0	21,8	2,00	249	2,3	82,1
68 Costa Rica	62,9	13.091	20,2	17,9	1,7	15,5	0,5	5,9	53,3	25,7	3,98	173
69 Türkei	1.344,3	18.167	20,3	14,8	5,7	25,5	0,8	8,9	71,9	40,1	7,36	178	1,9	81,7
70 Kasachstan	361,1	21.506	20,6	11,6	11,3	36,5	0,2	4,5	41,8	77,9	20,49	184	..	15,0
71 Mexiko	1.950,9	16.144	20,7	11,5	1,5	..	0,4	3,5	47,1	25,2	3,69	134	1,3	6,7
71 Seychellen	2,0	23.152	31,5	0,3	2,6	38,8	184,4	3,43	203
73 St. Kitts und Nevis	1,1	20.895	29,9	10,4	..	6,8	..	1,6	108,2	133
73 Sri Lanka	180,1	8.862	27,1	14,8	6,3	16,6	0,1	11,1	48,4	41,0	2,24	196	1,8 ^b	33,9
75 Iran, Islamische Republik	1.181,6 ^b	15.461 ^b	25,8	11,2	-4,3	19,3	0,8	9,3	18,0 ^b	..	0,74	316	2,6 ^b	58,6
76 Aserbaidschan	147,7	15.888	22,5	10,3	10,2	18,1	0,2	5,5	24,7	14,9	3,32	179	1,9 ^b	66,4
77 Jordanien	71,6	11.340	25,2	16,5	-13,5	12,3	0,4	3,0	113,4	61,5	3,25	147	1,3	20,5
77 Serbien	83,7	11.587	26,3	18,9	-2,2	8,8	0,9	10,2	62,4	71,8	12,34	183
79 Brasilien	2.840,9	14.301	18,1	21,5	3,2	28,4	1,2	5,2	110,5	16,6	2,43	141	1,3 ^b	25,2
79 Georgien	30,0	6.691	21,8	17,7	..	35,2	0,2	8,3	35,0	79,1	11,46	154	..	7,2
79 Grenada	1,2	11.786	21,9	17,1	..	15,2	..	5,6	92,4	73,8	3,41	127
82 Peru	347,9	11.603	26,6	10,3	9,4	34,5	..	7,0	17,8	25,8	2,03	123	1,7	9,1
83 Ukraine	379,9	8.332	18,9	19,4	2,4	12,8	0,9	8,9	80,2	83,3	17,02	212	1,2 ^b	70,6
84 Belize	2,7 ^b	8.438 ^b	25,4	15,8	5,1	29,8	..	12,4	66,9 ^b	96,0	9,99	116
84 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	24,7	11.708	20,6	18,3	-2,8	12,7	0,2	10,3	48,8	62,8	9,24	124	1,6 ^b	38,8
86 Bosnien und Herzegowina	35,2	9.184	21,9	23,0	1,7	6,6	0,0	8,4	67,0	58,6	4,71	125	1,7 ^b	17,5
87 Armenien	21,6	7.291	31,3	11,9	14,2	19,4	0,3	20,9	44,4	68,3	8,66	145	1,9	51,0
88 Fidschi	6,6	7.552	20,7	14,8	..	32,5	..	12,2	117,1	23,6	5,19	144	1,4 ^b	19,3
89 Thailand	907,3	13.586	28,5	13,6	7,5	38,0	0,2	10,4	168,9	24,0	3,14	124	1,9	16,4
90 Tunesien	114,4	10.612	22,7	13,8	3,3	29,0	1,1	8,9	82,2	50,4	6,03	134	1,8	19,3
91 China	14.548,6	10.771	46,1	13,5	9,7	23,1	1,7	10,1	152,7	9,4	1,07	125	2,0 ^b	65,9
91 St. Vincent und die Grenadinen	1,1	10.271	25,2	16,2	..	23,6	..	7,1	56,8	42,1	4,47	131
93 Algerien	491,7	12.779	38,3	14,2	6,6	60,2	0,1	8,8	-2,1	3,4	0,35	139
93 Dominica	0,7	9.629	22,8	17,6	14,6	63,4	59,9	3,63	121
95 Albanien	29,2	9.243	25,3	8,2	7,6	..	0,2	20,4	67,0	46,0	2,97	122	1,7	22,8
96 Jamaika	22,8 ^b	8.421 ^b	20,8	16,0	..	31,4	..	6,4	51,5	98,8	11,87	205
97 St. Lucia	1,9	10.242	35,7	16,6	2,9	134,7	37,6	3,76	123
98 Kolumbien	557,5	11.687	23,6	16,1	770,6	22,0	0,2	6,5	69,6	24,3	3,15	134	1,7	30,3
98 Ecuador	153,4	9.900	26,6	13,5	7,7	..	0,3	9,4	24,3 ^b	25,1	3,15	137	1,6	13,1
100 Suriname	8,1	15.174	24,9	23,3	9,1	26,9	179
100 Tonga	0,5	5.127	30,7	17,1	18,8	27,2	43,5	1,34	141
102 Dominikanische Republik	113,2	11.016	16,3	8,1	11,5	18,7	..	5,9	46,4	28,8	2,80	153
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
103 Malediven	3,8	11.270	40,4	16,8	..	3,1	..	4,1	70,3	50,2	5,12	174	1,7 ^b	55,4
103 Mongolei	23,2	8.288	51,7	14,1	9,4	15,3	0,2	17,1	30,8	32,7	1,44	211	1,8 ^b	59,0
103 Turkmenistan	64,5	12.460	54,1	9,5	13,8	..	2,0	0,49
106 Samoa	0,9	4.935	9,8	45,7	58,5	1,95	141
107 Palästina, Staat	25,7	32,6	8,5	2,1	..	5,6	119 ^b
108 Indonesien	2.186,3	8.856	33,1	8,9	2,3	35,6	0,1	14,4	42,6	26,0	3,80	160	2,0	23,5
109 Botsuana	28,9	14.443	36,1	19,3	2,2	28,5	0,5	3,0	14,9	13,8	0,46	181	2,0	64,6
110 Ägypten	862,5	10.685	16,0	11,6	3,1	29,7	0,2	14,8	79,3	15,7	1,51	204	2,0	102,7
111 Paraguay	48,3	7.215	14,7	12,2	21,0	13,8	0,1	20,9	37,2	25,7	1,83	157	1,7	66,7
112 Gabun	29,4	17.997	25,9	8,9	13,6	..	0,6	2,7	13,0	19,7	2,48	117	2,5 ^b	19,7
113 Bolivien, Plurinationaler Staat	59,3	5.650	18,2	13,5	4,9	9,6	0,2	12,3	48,7	27,6	2,00	157	1,6 ^b	35,9
114 Moldau, Republik	14,8	4.146	23,4	20,6	11,1	1,0	0,5	12,8	42,2	72,0	6,18	173	1,5	46,8
115 El Salvador	46,9	7.445	14,2	11,2	2,5	24,3	0,1	11,4	66,1	53,5	5,52	127
116 Usbekistan	140,1	4.705	23,5	22,7	19,8	..	17,8	1,32
117 Philippinen	580,7	6.005	19,4	10,5	12,2	42,1	0,1	11,8	50,9	33,6	4,85	137	1,6	26,4

TABELLE 10 VERFÜGUNG ÜBER UND AUFTEILUNG VON RESSOURCEN

HDI-Rang	BIP		Bruttoanlageinvestitionen (% des BIP)	Staatliche Konsumausgaben		Steuern aus Einkommen, Gewinnen u. Kapitalert. (% des Gesamteinkommens)	Ausgaben für Forschung und Entwicklung (% des BIP)	Anteil der Landwirtschaft, Jagd und Fischerei (% des BIP)	SCHULDEN			PREISE		
	(Milliarden KKP \$ 2011)	(KKP \$ 2011)		Insgesamt (% des BIP)	Durchschnittl. jährliches Wachstum (%)				Inländische Kredite des Bankensektors (% des BIP)	Auslands-schulden (% des BNE)	Gesamt-schulden-dienst (% des BNE)	Verbraucherpreis-index (2005=100)	Inländische Nahrungsmittelpreise	Volatilitäts-index
	2012	2012	2005–2012 ^a	2005–2012 ^a	2005–2012	2005–2012 ^a	2005–2012 ^a	2012	2012	2005–2012 ^a	2012	2012	2013	2013
118 Südafrika	626,7	11.989	19,2	22,4	4,2	50,2	0,9	2,6	187,2	28,4	1,66	155	1,5 ^b	35,6
118 Syrien, Arabische Republik	18,8	10,1	8,5	21,0	47,7 ^b	..	1,09	204	1,5 ^b	44,0
120 Irak	473,3	14.527	4,1	-1,9	181 ^b	1,6	47,2
121 Guyana	4,8	6.054	23,9	15,4	18,0	50,6	..	1,78	146
121 Vietnam	436,1	4.912	27,7	5,4	4,8	19,7	115,4	49,1	2,88	216	1,7 ^b	28,7
123 Kap Verde	3,1	6.311	36,5	20,7	7,7	18,2	..	9,4	76,8	55,5	2,15	130	1,5	9,1
124 Mikronesien, Föd. Staaten von	0,4	3.428	-19,0
125 Guatemala	105,4	6.990	14,7	10,7	6,8	29,6	0,1	11,5	39,2	35,9	4,54	148
125 Kirgistan	16,0	2.847	24,0	18,2	2,2	20,3	0,2	19,5	14,0 ^b	..	7,24	200	..	0,0
127 Namibia	20,6	9.136	21,9	25,2	7,9	28,3	..	7,6	49,5	157	1,8	38,9
128 Timor-Leste	2,2	1.815	4,4	-52,7	171
129 Honduras	35,1	4.423	24,3	16,1	1,3	22,7	..	14,0	55,9	28,5	6,12	156
129 Marokko	227,5	6.878	31,4	19,2	7,9	25,4	0,6	13,7	115,4	29,4	3,36	114	1,6	19,8
131 Vanuatu	0,7	2.894	26,2	18,1	21,9	68,2 ^b	25,4	0,83	122
132 Nicaragua	25,5	4.254	25,2	6,9	4,5	29,6	..	20,0	44,0	101,0	7,02	184
133 Kiribati	0,2	1.772	25,7
133 Tadschikistan	18,6	2.320	18,7	9,9	1,2	..	0,1	23,1	13,1	51,6	8,99	202
135 India	6.245,4	5.050	29,6	11,8	3,9	49,5	0,8	17,4	76,6	18,3	1,57	181	1,6 ^b	35,0
136 Bhutan	5,6	7.490	56,1	20,8	-2,1	15,9	..	18,1	50,4	65,0	4,90	161	1,8 ^b	28,2
136 Kambodscha	41,5	2.789	16,0	6,0	7,8	12,1	..	35,6	33,8	35,3	0,63	160	1,2	101,3
138 Ghana	92,3	3.638	29,0	13,6	5,1	24,7	0,2	22,7	32,3	29,8	0,91	224	1,7	44,8
139 Laos, Demokratische Volksrepublik	29,2	4.388	27,7	9,9	11,8	15,8	..	31,7	26,5 ^b	80,3	3,63	143	2,2 ^b	25,9
140 Kongo	24,4	5.631	25,1	10,0	2,8	4,9	..	3,6	-8,9	23,1	0,96	137	2,5 ^b	10,4
141 Sambia	42,1	2.990	23,4	20,6	38,8	44,0	0,3	18,2	18,5	24,7	1,05	189	1,4	19,0
142 Bangladesch	365,7	2.364	25,4	5,7	5,6	22,4	..	17,3	69,2	22,6	1,22	174	1,6 ^b	20,3
142 São Tomé und Príncipe	0,5	2.837	20,5	35,1	92,2	0,67	321	2,4 ^b	39,0
144 Äquatorialguinea	27,6	37.479	40,0	3,7	3,4	2,0	-3,5	147	..	0,0
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
145 Nepal	58,5	2.131	19,6	10,3	12,5	19,2	..	35,7	67,0	20,8	1,06	186	1,6 ^b	35,1
146 Pakistan	781,2	4.360	10,9	8,3	8,2	28,8	0,5	24,4	44,5	27,3	1,34	222	2,1	46,5
147 Kenia	91,1	2.109	20,4	17,2	9,3	42,5	0,4	29,6	52,3	30,4	1,27	225	2,4 ^b	57,3
148 Swasiland	7,3	5.912	9,6	15,3	-5,8	7,3	21,1	15,5	1,16	167	..	22,6
149 Angola	152,9	7.346	11,4	19,5	9,4	15,9	23,4	3,12	233	2,4 ^b	133,7
150 Myanmar	25,2	..	36,4	239
151 Ruanda	15,8	1.379	22,8	8,2	15,2	35,1	8,0 ^b	17,5	0,31	174	1,8 ^b	30,3
152 Kamerun	55,4	2.551	19,8	14,9	9,8	23,3	15,2	12,2	1,28	124	2,0 ^b	11,2
152 Nigeria	918,4	5.440	0,6	0,2	33,1	35,3	6,1	0,19	201	2,4 ^b	38,6
154 Jemen	95,3	3.996	11,7	11,8	-14,1	14,6	26,9	20,5	0,93	228	1,6 ^b	49,6
155 Madagaskar	30,7	1.378	32,6	10,0	3,9	11,8	0,1	27,5	12,9	28,4	0,43	185	2,0	32,6
156 Simbabwe	18,4	1.337	12,4	23,8	17,5	75,5 ^b	64,8	12,45	1,197 ^b	2,1	54,0
157 Papua-Neuguinea	17,1	2.382	29,1	38,3	101,2	9,86	144
157 Salomonen	1,1	1.964	13,4	39,2	28,9	12,0	37,9	2,27	167
159 Komoren	1,1	1.493	12,4	15,3	50,9	21,6	45,6	0,65	123
159 Tansania, Vereinigte Republik	76,8	1.654	36,1	16,4	14,2	..	0,4	28,3 ^c	24,8	42,6	0,64	197	2,4	67,6
161 Mauretanien	11,2	2.938	38,9	15,2	6,4	23,6	36,8	70,8	2,72	147	2,2 ^b	20,7
162 Lesotho	4,9	2.368	31,8	38,1	17,6	17,4	0,0	8,2	3,1	27,1	1,40	157	1,8 ^b	55,7
163 Senegal	29,8	2.174	30,3	8,7	4,8	..	0,4	17,0	31,0	30,6	2,50	120	2,0 ^b	31,7
164 Uganda	48,5	1.334	24,4	11,3	3,3	39,1	0,4	24,2	16,4	23,5	0,44	203	1,9	78,5
165 Benin	17,0	1.687	17,6	11,9	2,9	17,1	..	35,3	19,7	19,5	0,53	130	2,0	54,0
166 Sudan	125,4	3.370	19,2	10,9	20,9	41,8 ^d	24,5	..	0,91	280
166 Togo	8,5	1.286	18,6	9,8	15,8	10,3	..	47,1	37,6	18,1	0,46	125	2,2 ^b	284,3
168 Haiti	16,0	1.575	..	9,1	18,8	19,6	10,6	0,07	173
169 Afghanistan	56,4 ^b	1.892 ^b	16,6	16,0	..	2,7	..	30,3	-3,0 ^b	..	0,06	164
170 Dschibuti	37,5	25,1	8,0	3,7	26,5 ^b	145
171 Côte d'Ivoire	54,5	2.747	10,1	8,6	0,4	30,0	27,3	52,1	2,36	121	2,1 ^b	51,9
172 Gambia	2,8	1.565	19,2	9,6	-3,4	..	0,0	23,0	43,9	43,6	2,82	129 ^b	2,8 ^b	23,7
173 Äthiopien	111,8	1.218	25,5	8,1	-0,8	16,0	0,2	48,4	37,1 ^b	27,2	1,12	365	1,9	100,6
174 Malawi	11,8	739	13,5	19,9	10,0	32,0	35,6	22,3	0,39	203	1,9 ^b	67,0
175 Liberia	3,3	782	25,0	15,2	2,9	25,5	..	70,7	33,3	42,9	0,24	188
176 Mali	23,9	1.607	22,2	17,1	3,8	21,8	0,2	42,3	19,9	29,1	0,67	126	2,0	24,0

HDI-Rang	BIP	BIP pro Kopf	Bruttoanlageinvestitionen	Staatliche Konsumausgaben		Steuern aus Einkommen, Gewinnen u. Kapitalertr.	Ausgaben für Forschung und Entwicklung	Anteil der Landwirtschaft, Jagd und Fischerei	SCHULDEN			PREISE			
				Insgesamt	Durschnitl. jährliches Wachstum (%)				Inländische Kredite des Bankensektors	Auslands-schulden	Gesamt-schulden-dienst	Verbraucherpreis-index	Inländische Nahrungsmittel-preise		
														(% des BIP)	(% des BIP)
	(Milliarden KKP \$ 2011)	(KKP \$ 2011)	(% des BIP)	(% des BIP)	(% des BIP)	(% des Gesamts-teuerauf-kommens)	(% des BIP)	(% des BIP)	(% des BIP)	(% des BNE)	(% des BNE)	(2005=100)	Index	Volatilitäts-index	
	2012	2012	2005–2012 ^a	2005–2012 ^a	2005–2012	2005–2012 ^a	2005–2012 ^a	2012	2012	2005–2012 ^a	2012	2012	2013	2013	
177	Guinea-Bissau	1,9	1.164	46,4	18,6	29,2	0,53	127	2,0 ^b	11,7	
178	Mosambik	24,5	971	24,7	14,0	14,7	..	0,2	30,0	28,1	32,1	0,46	175	2,1 ^b	23,5
179	Guinea	13,9	1.216	17,6	10,6	69,2	25,9	32,2 ^b	65,6	3,67	331	2,9 ^b	66,7
180	Burundi	7,3	737	20,0	28,0	2,3	39,7	26,1	26,9	0,36	211	..	0,0
181	Burkina Faso	25,1	1.528	16,7	19,3	9,5	19,2	0,2	35,0	19,8	23,8	0,68	123	2,1	34,8
182	Eritrea	7,2	1.180	10,0	21,1	-9,5	16,9	104,0 ^b	40,8	0,86
183	Sierra Leone	9,5	1.586	40,3	10,1	2,0	21,8	..	45,8	14,0	48,2	0,71	214	2,4 ^b	108,9
184	Tschad	24,9	2.003	31,8	13,2	-0,9	18,7	6,2	21,4	0,81	122	2,7 ^b	60,6
185	Zentralafrikanische Republik	4,4	964	12,5	8,1	-2,2	54,3	26,8	26,5	0,03	132	..	11,2
186	Kongo, Demokratische Republik	29,6	451	20,5	13,2	6,9	11,9	0,5	41,6	10,7	37,9	1,76	2.378 ^b
187	Niger	15,2	884	36,8	14,4	..	11,6	..	40,4	13,6	23,7	0,58	117	2,5 ^b	31,9
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE															
	Korea, Dem. Volksrepublik	21,2
	Marshallinseln	0,2	3.526	14,1
	Monaco	0,0
	Nauru	5,1
	San Marino	16,9	..	0,1	120
	Somalia	60,2
	Südsudan	19,4	1.790	10,5	17,1	16,8	9,7	149 ^b
	Tuvalu	0,0	3.489	22,8
HDI-Gruppierungen															
	Sehr hohe menschliche Entwicklung	45.473,5	40.397	18,2	19,2	0,7	37,2	2,5	1,5	203,4	—	—	—
	Hohe menschliche Entwicklung	31.426,4	12.920	33,0	14,9	21,9	23,5	..	7,8	109,5	20,7	2,74	—	—	—
	Mittlere menschliche Entwicklung	12.959,8	5.875	27,4	12,0	6,3	14,4	72,5	23,8	2,17	—	—	—
	Niedrige menschliche Entwicklung	3.010,1	2.830	17,1	12,6	6,3	28,1	32,8	23,4	1,17	—	—	—
Regionen															
	Arabische Staaten	5.098,0	16.367	23,7	14,5	8,1	24,8	—	—	—
	Ostasien und Pazifik	19.423,3	10.151	10,7	139,8	—	—	—
	Europa und Zentralasien	2.879,7	12.453	22,0	15,0	4,5	23,8	0,7	9,0	62,8	50,0	9,19	—	—	—
	Lateinamerika und Karibik	7.482,5	13.554	20,1	16,6	37,0	5,6	73,0	22,7	3,18	—	—	—
	Südasien	8.878,4	5.147	27,0	11,3	1,2	41,9	..	18,1	72,1	20,0	1,43	—	—	—
	Afrika südlich der Sahara	2.797,2	3.237	21,0	17,8	5,8	18,4	77,2	24,0	1,24	—	—	—
	Am wenigsten entwickelte Länder	1.602,4	1.971	21,6	12,4	6,1	24,6	31,5	27,4	1,22	—	—	—
	Kleine Inselentwicklungsländer	286,4	6.736	8,7	52,5	—	—	—
	Welt	92.889,4	13.599	22,6	17,6	5,8	4,4	168,0	—	—	—

HINWEISE

- a** Die Daten beziehen sich auf das letzte verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.
b Bezieht sich auf ein früheres Jahr als das angegebene.
c Nur das Festland Tansanias.
d Ohne Südsudan.

DEFINITIONEN

Bruttoinlandsprodukt (BIP): Bruttowertschöpfung aller gebietsansässigen Produktionseinheiten in der Volkswirtschaft zuzüglich Gütersteuern und abzüglich der nicht im Güterwert inbegriffenen Subventionen, ausgedrückt in internationalen Dollar von 2005 unter Berücksichtigung der Kaufkraftparität.

BIP pro Kopf: BIP in einem bestimmten Zeitraum, geteilt durch die Gesamtbevölkerung im gleichen Zeitraum.

Bruttoanlageinvestitionen: Wert der Anschaffungen neuer oder bestehender Anlagegüter durch Wirtschaft, Regierungen und Haushalte (ausgenommen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit), abzüglich der Veräußerungen von Anlagegütern, ausgedrückt als prozentualer

Anteil am BIP. Abschreibungen auf Anlagevermögen werden nicht berücksichtigt.

Staatliche Konsumausgaben: Alle laufenden Ausgaben des Staates für den Kauf von Gütern und Dienstleistungen (einschließlich der geleisteten Arbeitnehmerentgelte und der meisten Ausgaben für Landesverteidigung und nationale Sicherheit, aber ausschließlich der unter die staatlichen Anlageinvestitionen fallenden Militärausgaben), ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP.

Steuern aus Einkommen, Gewinnen und Kapitalerträgen: Steuern, die auf das tatsächliche oder angenommene Nettoeinkommen von Personen, auf Gewinne von Konzernen und Unternehmen, auf Kapitalgewinne (ob realisiert oder nicht), auf Grundstücke, Wertpapiere und andere Vermögenswerte erhoben werden.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung: Laufende und Kapitalausgaben (öffentlicher und privater Stellen) für kreative Tätigkeiten, die systematisch unternommen werden, um Wissen zu erweitern und für neue Anwendungsbereiche einzusetzen, ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP. Umfasst Grundlagenforschung, angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung.

Anteil der Landwirtschaft, Jagd, Forstwirtschaft und Fischerei:

Bruttowertschöpfung in den Sektoren Landwirtschaft, Jagd, Forstwirtschaft und Fischerei, ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP.

Inländische Kredite des Bankensektors:

Kredite an verschiedene Sektoren auf Bruttobasis, mit Ausnahme der Kredite für die Zentralregierung, die Nettowerte sind, ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP.

Auslandsschulden als prozentualer Anteil am BNE:

Schulden gegenüber Gebietsfremden, rückzahlbar in Devisen, Gütern oder Dienstleistungen, ausgedrückt als prozentualer Anteil am Bruttonationaleinkommen.

Gesamtschuldendienst: Summe der Tilgungen und der für langfristige Schulden tatsächlich gezahlten Zinsen in Form von Devisen, Gütern oder Dienstleistungen, der für kurzfristige Schulden gezahlten Zinsen und der gegenüber dem Internationalen Währungsfonds geleisteten Tilgungen (Rückkäufe und Gebühren), ausgedrückt als prozentualer Anteil am BNE.

Verbraucherpreisindex: Ein Index, der die Veränderung der Kosten widerspiegelt, die dem Durchschnittsverbraucher beim Kauf eines

festgelegten bzw. in bestimmten Intervallen, zum Beispiel jährlich, veränderten Waren- und Dienstleistungskorbs entstehen.

Inländischer Nahrungsmittelpreisindex:

Kaufkraftparität (KKP) für Nahrungsmittel geteilt durch die allgemeine Kaufkraftparität. Der Index zeigt den Nahrungsmittelpreis in dem betreffenden Land in Relation zum Preis des allgemeinen Warenkorbs dieses Landes.

Inländischer Index der Preisvolatilität von Nahrungsmitteln:

Ein Messwert für Schwankungen des inländischen Nahrungsmittelpreisindex, ermittelt als Standardabweichung aus den Trendabweichungen während der vorangegangenen fünf Jahre.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1 und 2: World Bank (2014).

Spalten 3-7 und 9-12: World Bank (2013a).

Spalte 8: United Nations Statistics Division (2013a).

Spalten 13 und 14: FAO 2013a.

Soziale Kompetenzen

HDI-Rang	Beschäftigung und Unsicherheit								Bezieher von Altersrenten ^a			Selbstmordrate	
	Beschäftigungsquote	Unsichere Beschäftigung	Jugend-arbeitslosigkeit	Arbeitslosenquote	Kinderarbeit	Anteil der erwerbstätigen Armen (\$ 2 KKP pro Tag)	Gesetzl. bezahlter Mutterschaftsurlaub	Geburtenregistrierung	(% der Bevölkerung im gesetzlichen Rentenalter)			(pro 100.000)	
	(% der ab 25-jährigen)	(% der Gesamtbeschäftigung)	(% der 15-24-jährigen)	(% ab 15-jährigen)	(% 5-14-jährigen)	(% Gesamtbeschäftigung)	(Tage)	(% der unter 5-jährigen)	Insgesamt	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich
	2012	2003–2012 ^b	2008–2012 ^b	2004–2013 ^b	2005–2012	2003–2010 ^b	2013	2005–2012 ^b	2004–2013 ^b	2004–2013 ^b	2004–2013 ^b	2003–2009 ^b	2003–2009 ^b
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
1 Norwegen	65,5	..	8,6	3,1	100,0	100,0	100,0	100,0	6,5	17,3
2 Australien	62,3	9,0	11,7	5,2	100,0	83,0	87,6	77,5	3,6	12,8
3 Schweiz	65,9	9,1	8,4	4,2	98	100,0	100,0	100,0	100,0	11,4	24,8
4 Niederlande	61,0	11,5	9,5	5,3	112	100,0	100,0	100,0	100,0	5,5	13,1
5 Vereinigte Staaten	61,0	..	16,2	7,4	100,0	92,5	4,5	17,7
6 Deutschland	58,0	6,8	8,1	5,5	98	100,0	100,0	100,0	100,0	6,0	17,9
7 Neuseeland	66,2	12,1	17,7	6,9	98	100,0	98,0	96,5	99,8	5,5	18,1
8 Kanada	62,9	..	14,3	7,2	105	100,0	97,7	5,4	17,3
9 Singapur	72,5	9,3	6,7	3,1	112	7,7	12,9
10 Dänemark	59,2	..	14,1	7,5	126	100,0	100,0	100,0	100,0	6,4	17,5
11 Irland	55,6	11,7	30,4	14,7	182	100,0	90,5	66,3	100,0	4,7	19,0
12 Schweden	62,7	..	23,7	8,0	100,0	100,0	100,0	100,0	6,8	18,7
13 Island	71,2	..	13,6	6,0	90	100,0	100,0	100,0	100,0	7,0	16,5
14 Vereinigtes Königreich	59,1	..	21,0	7,9	273	100,0	99,5	99,2	100,0	3,0	10,9
15 Hongkong, China (SAR)	60,9	7,4	9,3	3,3	70	..	72,9	10,7	19,0
15 Korea, Republik	65,4	24,8	9,0	3,2	90	..	77,6	22,1	39,9
17 Japan	58,5	10,5	7,9	4,3	98	100,0	80,3	13,2	36,2
18 Liechtenstein	2,5 ^c	100,0
19 Israel	63,4	7,2	12,1	6,8	98	100,0	73,6	1,5	7,0
20 Frankreich	54,4	7,1	23,8	9,9	112	100,0	100,0	100,0	100,0	8,5	24,7
21 Österreich	58,9	8,6	8,7	4,3	112	100,0	100,0	93,7	77,5	7,1	23,8
21 Belgien	53,0	10,3	19,8	7,5	105	100,0	84,6	67,8	100,0	10,3	28,8
21 Luxemburg	60,5	5,7	18,8	5,1	100,0	90,0	56,4	100,0	3,2	16,1
24 Finnland	57,6	..	17,7	7,7	147	100,0	100,0	100,0	100,0	10,0	29,0
25 Slowenien	56,4	12,8	20,6	8,8	105	100,0	95,1	85,9	100,0	9,4	34,6
26 Italien	47,1	18,2	35,3	10,7	150	100,0	81,1	69,2	100,0	2,8	10,0
27 Spanien	47,9	..	53,2	25,0	112	100,0	68,2	46,6	97,4	3,4	11,9
28 Tschechische Republik	59,3	15,0	19,5	7,0	196	100,0	100,0	100,0	100,0	4,4	23,9
29 Griechenland	43,8	29,7	55,3	24,2	119	100,0	77,4	54,6	100,0	1,0	6,0
30 Brunei Darussalam	68,1	1,7	81,7
31 Katar	89,8	0,4	1,3	0,4	7,9
32 Zypern	62,4	12,5	27,8	11,8	100,0	85,2	57,2	100,0	1,7	7,4
33 Estland	59,4	..	20,9	10,2	140	100,0	98,0	97,5	98,5	7,3	30,6
34 Saudi-Arabien	60,4	..	28,3	5,6	70
35 Litauen	58,5	8,9	26,4	13,2	126	100,0	100,0	100,0	100,0	10,4	61,3
35 Polen	55,5	18,2	26,5	10,1	182	100,0	96,5	94,9	100,0	4,1	26,4
37 Andorra	100,0
37 Slowakei	57,0	12,4	34,0	14,0	238	100,0	100,0	100,0	100,0	3,4	22,3
39 Malta	49,9	8,9	14,2	6,4	100,0	60,5	32,0	97,5	1,0	5,9
40 Vereinigte Arabische Emirate	84,4	1,0	12,1	4,2	45	100,0
41 Chile	64,8	24,4	16,3	6,0	2,9	0,0	126	99,8 ^d	74,5	73,4	76,4	4,2	18,2
41 Portugal	55,5	16,7	37,6	15,7	3,4 ^{d,e}	100,0	100,0	100,0	100,0	4,0	15,6
43 Ungarn	50,7	..	28,1	10,9	168	100,0	91,4	87,6	97,7	10,6	40,0
44 Bahrain	72,5	2,0	5,0	1,1	4,6	40,1	3,5	4,0
44 Kuba	58,4	..	3,1	3,2	100,0 ^d	5,5	19,0
46 Kuwait	76,3	2,2	..	3,6	70	..	27,3	1,7	1,9
47 Kroatien	47,4	16,5	43,1	15,8	..	0,0	208	..	57,6	44,2	85,1	7,5	28,9
48 Lettland	55,0	..	28,4	14,9	112	100,0	100,0	100,0	100,0	8,2	40,0
49 Argentinien	62,5	19,0	18,3	7,3	6,5 ^d	1,8	90	99,0 ^{d,e}	90,7	93,3	86,8	3,0	12,6
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
50 Uruguay	65,3	..	18,5	6,4	7,9 ^d	0,0	84	100,0	68,2	64,4	73,6	6,3	26,0
51 Bahamas	70,8	..	30,8	14,7	84,2	0,6	1,9
51 Montenegro	44,9	..	41,1	19,7	9,9	..	45	99,0	52,3
53 Belarus	53,9	2,1	12,5	0,7	1,4	0,0	126	100,0	93,6	8,8	48,7
54 Rumänien	57,3	31,5	22,7	7,0	0,9 ^e	..	126	..	98,0	88,0	100,0	3,5	21,0
55 Libyen	55,4	43,3
56 Oman	67,6	42	..	24,7
57 Russische Föderation	65,0	..	14,8	5,5	..	0,0	140	100,0	100,0	100,0	100,0	9,5	53,9
58 Bulgarien	50,3	8,0	28,1	12,3	410	100,0	96,9	95,5	99,4	6,2	18,8

HDI-Rang	Beschäftigung und Unsicherheit								Bezieher von Altersrenten ^a			Selbstmordrate	
	Beschäftigungsquote	Unsichere Beschäftigung	Jugend-arbeitslosigkeit	Arbeitslosenquote	Kinderarbeit	Anteil der erwerbstätigen Armen (\$ 2 KKP pro Tag)	Gesetzl. bezahlter Mutterschaftsurlaub	Geburtenregistrierung	(% der Bevölkerung im gesetzlichen Rentenalter)			(pro 100.000)	
	(% der ab 25-jährigen)	(% der Gesamtbeschäftigung)	(% der 15-24-jährigen)	(% ab 15-jährigen)	(% 5-14-jährigen)	(% Gesamtbeschäftigung)	(Tage)	(% der unter 5-jährigen)	Insgesamt	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich
	2012	2003–2012 ^b	2008–2012 ^b	2004–2013 ^b	2005–2012	2003–2010 ^b	2013	2005–2012 ^b	2004–2013 ^a	2004–2013 ^b	2004–2013 ^b	2003–2009 ^b	2003–2009 ^b
59 Barbados	67,5	14,0	..	11,6	68,3	0,0	7,3
60 Palau	48,0
61 Antigua und Barbuda	69,7
62 Malaysia	65,5	..	10,3	3,0	..	1,9	60	..	19,8
63 Mauritius	59,3	16,2	23,7	8,1	84	..	100,0	100,0	100,0	1,9	11,8
64 Trinidad und Tobago	64,5	15,6	10,5	5,0 ^f	0,7	97,0	98,7	3,8	17,9
65 Libanon	50,0	33,9	16,8	9,0	1,9	..	49	99,5	0,0
65 Panama	68,8	29,2	10,3	6,5	5,6 ^d	6,8	98	..	37,3	28,9	49,4	1,9	9,0
67 Venezuela, Bolivarische Republik	68,2	31,8	17,1	7,5	7,7 ^e	8,2	182	81,0 ^{d,e}	59,4	50,2	70,0	1,2	5,3
68 Costa Rica	64,0	20,2	18,4	7,8	4,7	4,2	120	..	55,8	48,8	65,4	1,9	10,2
69 Türkei	48,5	32,1	17,5	8,1	2,6 ^d	6,4	112	93,7	88,1
70 Kasachstan	75,2	29,2	3,9	5,8	2,2	1,1	126	99,7	95,9	9,4	43,0
71 Mexiko	63,9	..	9,4	4,8	6,3	6,5	84	93,4	25,2	17,2	34,6	1,5	7,0
71 Seychellen	100,0	0,0	8,9
73 St. Kitts und Nevis	44,7	39,7	51,6
73 Sri Lanka	57,9	..	17,3	5,0	..	26,0	84	97,2	17,1
75 Iran, Islamische Republik	44,7	..	23,0	13,5	11,4	6,2	90	98,6	26,4
76 Aserbaidshon	73,0	54,7	14,2	5,2	6,5 ^d	6,1	126	93,6	81,7	79,0	82,6	0,3	1,0
77 Jordanien	44,3	9,7	29,3	12,2	1,9 ^d	2,8	70	99,1	42,2	11,8	82,3	0,0	0,2
77 Serbien	47,2	26,4	51,1	23,9	4,4	..	135	98,9	46,1	44,8	48,4	10,0	28,1
79 Brasilien	68,4	..	15,4	6,2	8,6 ^d	5,9	120	93,4 ^d	86,3	83,0	90,6	2,0	7,7
79 Georgien	62,4	60,6	33,3	15,0	18,4	26,8	126	98,5	89,8	1,7	7,1
79 Grenada	34,0	0,0	0,0
82 Peru	78,9	46,3	9,5	6,8 ^g	33,5 ^d	13,5	90	96,0	33,2	26,1	41,4	1,0	1,9
83 Ukraine	58,2	..	17,3	7,5	7,3	0,0	126	99,8	95,0	7,0	37,8
84 Belize	66,9	14,4	5,8	95,2	64,6	0,7	6,6
84 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	42,9	22,1	53,9	31,0	12,5	3,4	270	99,7	52,2	4,0	9,5
86 Bosnien und Herzegowina	36,4	27,4	62,8	28,0	5,3	0,0	365	99,5	29,6
87 Armenien	58,6	..	39,2	28,6	3,9 ^d	9,0	140	99,6	80,0	1,1	2,8
88 Fidschi	56,3	38,8	..	4,6	..	49,7	84	..	10,6
89 Thailand	77,0	53,5	2,8	0,6	8,3	10,1	45	100,0	81,7	84,6	77,9	3,8	12,0
90 Tunesien	47,1	28,8	42,3	17,6	2,1	..	30	99,2	68,8
91 China	72,2	4,1 ^h	98	..	74,4
91 St. Vincent und die Grenadinen	..	8,0	33,8	76,6	1,9	5,4
93 Algerien	45,4	29,5	22,4	9,8	4,7 ^d	..	98	99,3	63,6
93 Dominica	38,5
95 Albanien	53,3	..	22,5	13,8	12,0	3,4	365	98,6	77,0	60,8	100,0	3,3	4,7
96 Jamaika	65,3	..	34,0	13,9	6,1	4,6	56	97,8	55,5
97 St. Lucia	21,0	26,5	8,3	10,3	0,0	4,9
98 Kolumbien	68,2	..	21,9	11,8	13,0 ^d	22,6	98	96,5	23,0	18,4	28,3	2,0	7,9
98 Ecuador	72,2	..	11,1	5,0	7,5	12,1	84	90,0	53,0	50,8	55,5	3,6	10,5
100 Suriname	56,3	9,5	4,1	98,9	4,8	23,9
100 Tonga	..	55,2	..	1,1	1,0
102 Dominikanische Republik	63,2	..	29,4	14,7	12,9	10,7	84	82,4	11,1	6,2	16,5	0,7	3,9
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
103 Malediven	67,4	29,6	..	11,7	..	11,2	..	92,5	99,7	0,0	0,7
103 Mongolei	69,3	54,9	11,9	9,9	10,4	..	120	99,0	100,0
103 Turkmenistan	62,1	4,0	95,5
106 Samoa	..	38,1	16,1	47,7	49,5
107 Palästina, Staat	40,3	26,7	38,8	22,9	5,7	..	70	99,3 ^d	8,0
108 Indonesien	70,7	57,2	22,2	6,2	6,9 ^d	52,0	90	67,0	8,1
109 Botsuana	74,5	17,6	9,0 ^d	..	84	72,2	100,0	100,0	100,0
110 Ägypten	51,2	23,1	24,8	9,0	9,3	14,4	90	99,0	32,7	8,0	61,7	0,0	0,1
111 Paraguay	71,5	..	11,2	5,7	14,6	11,0	63	76,0	22,2	20,0	24,9	2,0	5,1
112 Gabun	63,2	52,9	..	20,4	13,4	14,2	98	89,6 ^e	38,8
113 Bolivien, Plurinationaler Staat	78,5	..	6,2	5,2	26,4 ^d	23,4	84	75,8 ^d	100,0	100,0	100,0
114 Moldau, Republik	42,7	28,6	13,1	5,6	16,3	10,9	126	100,0 ^e	72,8	77,0	63,7	5,6	30,1
115 El Salvador	64,5	..	12,4	6,4	10,4 ^d	12,1	84	98,6	18,1	10,3	31,6	3,6	12,9
116 Usbekistan	62,6	0,4 ^c	..	66,5	126	99,9	98,1	2,3	7,0
117 Philippinen	69,3	39,8	16,3	7,3	..	40,9	60	90,0 ^e	28,5

TABELLE 11 SOZIALE KOMPETENZEN

HDI-Rang	Beschäftigung und Unsicherheit								Bezieher von Altersrenten ^a			Selbstmordrate	
	Beschäftigungsquote	Unsichere Beschäftigung	Jugend- arbeits- losigkeit	Arbeitslosen- quote	Kinder- arbeit	Anteil der erwerb- stätigen Armen (\$ 2 KKP pro Tag)	Gesetzl. bezahlter Mutterschafts- urlaub	Geburten- registrierung	(% der Bevölkerung im gesetzlichen Rentenalter)			(pro 100.000)	
	(% der ab 25-jährigen)	(% der Gesamt- beschäftigung)	(% der 15- 24-jährigen)	(% ab 15-jährigen)	(% 5-14- jährigen)	(% Gesamt- beschäftigung)	(Tage)	(% der unter 5-jährigen)	Insgesamt	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich
	2012	2003–2012 ^b	2008–2012 ^b	2004–2013 ^b	2005– 2012	2003–2010 ^b	2013	2005–2012 ^b	2004–2013 ^b	2004–2013 ^b	2004–2013 ^b	2003– 2009 ^b	2003– 2009 ^b
118 Südafrika	48,6	10,1	51,5	25,1 ^e	..	19,7	120	95,0 ^e	92,6	0,4	1,4
118 Syrien, Arabische Republik	47,0	32,9	19,2	8,6	4,0	12,9	120	96,0	16,7
120 Irak	44,0	8,0 ⁱ	4,7	16,6	..	99,2	56,0
121 Guyana	56,2	16,4	87,9	100,0	13,4	39,0
121 Vietnam	80,9	62,5	5,5	1,8	6,9	37,3	180	95,0	34,5
123 Kap Verde	66,8	3,2 ^{d,e}	91,4	55,7	52,8	59,8
124 Mikronesien, Föd. Staaten von
125 Guatemala	69,1	..	7,5	2,9	25,8 ^d	..	84	96,7	14,1	10,3	18,2	1,7	5,6
125 Kirgistan	70,7	47,3	..	8,4	3,6	25,5	126	96,0	100,0	100,0	100,0	3,6	14,1
127 Namibia	63,5	32,7	34,3	16,7	84	78,0	98,4
128 Timor-Leste	54,0	69,6	14,8	..	4,2	68,2	..	55,2	100,0
129 Honduras	66,6	..	8,0	4,3	15,6	29,6	84	93,6	8,4	5,8	13,8
129 Marokko	51,5	50,7	18,6	9,0	8,3	13,0	98	94,0 ^{d,e}	39,8
131 Vanuatu	..	70,0	..	5,5	43,0	3,5
132 Nicaragua	65,5	..	11,9	7,8	14,5 ^e	27,4	84	85,0 ^d	23,7	16,2	42,3	2,6	9,0
133 Kiribati	30,6	93,5
133 Tadschikistan	71,1	..	16,7	11,5	10,0	48,3	140	88,3	80,2	72,1	95,6	2,3	2,9
135 India	60,8	80,8	10,7	9,3	11,8	74,5	84	41,1	24,1	7,8	13,0
136 Bhutan	81,0	53,1	7,2	2,0	2,9	50,8	..	99,9	3,2
136 Kambodscha	85,8	..	3,4	7,1 ⁱ	36,1 ^d	53,1	90	62,1	5,0	..	6,1
138 Ghana	81,6	76,8	..	5,3 ^e	33,9	48,3	84	62,5	7,6
139 Laos, Demokratische Volksrepublik	85,0	1,4	10,1	64,0	90	74,8	5,6
140 Kongo	78,6	75,1	..	10,0 ^j	24,7	72,9	105	91,0 ^d	22,1	4,7	42,4
141 Sambia	79,9	81,0	..	13,2 ^k	40,6 ^d	76,1	84	14,0	7,7
142 Bangladesch	73,4	85,0	..	4,5	12,8	80,1	112	30,5	39,5
142 São Tomé und Príncipe	16,6	7,5	75,1	41,8
144 Äquatorialguinea	86,5	27,8 ^e	14,0	..	37,0 ^e
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
145 Nepal	85,2	33,9 ^d	74,1	52	42,3	62,5
146 Pakistan	56,3	..	7,7	5,5	..	57,0	84	26,5	2,3
147 Kenia	75,6	25,9 ^e	33,6	90	60,0	7,9
148 Swasiland	56,1	28,2	7,3	49,5	86,0	..	7,3
149 Angola	75,5	23,5 ^e	..	90	36,0 ^e	14,5
150 Myanmar	83,1	60,8	..	72,4
151 Ruanda	92,6	28,5	87,4	84	63,2	4,7
152 Kamerun	80,5	3,8	41,7	..	98	61,4	12,5	5,9	20,2
152 Nigeria	61,7	23,9 ^l	24,7	79,2	84	41,5
154 Jemen	50,0	..	33,7	16,2	22,7 ^e	33,5	70	17,0	8,5
155 Madagaskar	91,4	3,8	28,1 ^d	88,1	98	79,7	4,6
156 Simbabwe	88,6	5,4	..	87,1	98	48,8	6,2
157 Papua-Neuguinea	77,9	0,9
157 Salomonen	72,8	44,2	13,1
159 Komoren	62,4	27,1 ^e	61,2	..	88,0 ^e
159 Tansania, Vereinigte Republik	91,9	87,7	7,1	4,3	21,1 ^d	84,7	84	16,3	3,2
161 Mauretanien	44,5	10,1 ^e	14,6	..	98	58,8	9,3 ^d
162 Lesotho	59,9	..	34,4	24,4	22,9 ^e	51,2	84	45,1	100,0	100,0	100,0
163 Senegal	75,5	10,4	16,5 ^d	61,1	98	74,6	23,5
164 Uganda	86,8	..	5,4	9,1 ^g	25,4 ^d	61,7	60	29,9	6,6
165 Benin	80,8	89,9	45,6	71,3	98	80,2	9,7
166 Sudan	55,1	..	22,9	19,8	56	59,3	4,6
166 Togo	83,9	89,1	28,3	66,7	98	77,9	10,9
168 Haiti	75,5	24,4	..	42	79,7	1,0	0,0	0,0
169 Afghanistan	52,2	8,5	10,3	73,6	..	37,4	10,7
170 Dschibuti	7,7	92,0	12,0 ^d
171 Côte d'Ivoire	73,1	26,0	45,5	98	65,0	7,7
172 Gambia	80,4	19,2	54,5	..	52,5	10,8
173 Äthiopien	84,1	17,5 ^{e,j}	27,4 ^e	73,1	90	6,6	9,0
174 Malawi	91,8	25,7	89,3	56	..	4,1
175 Liberia	72,0	78,7	5,1	3,7	20,8	94,4	90	3,6 ^d
176 Mali	65,5	82,9	..	7,3	21,4	77,7	98	80,8	5,7	3,7	8,5

HDI-Rang	Beschäftigung und Unsicherheit								Bezieher von Altersrenten ^a			Selbstmordrate	
	Beschäftigungsquote	Unsichere Beschäftigung	Jugend-arbeitslosigkeit	Arbeitslosenquote	Kinderarbeit	Anteil der erwerbstätigen Armen (\$ 2 KKP pro Tag)	Gesetzl. bezahlter Mutterschaftsurlaub	Geburtenregistrierung	(% der Bevölkerung im gesetzlichen Rentenalter)			(pro 100.000)	
									Insgesamt	Weiblich	Männlich	Weiblich	Männlich
	(% der ab 25-jährigen)	(% der Gesamtbeschäftigung)	(% der 15-24-jährigen)	(% ab 15-jährigen)	(% 5-14-jährigen)	(% Gesamtbeschäftigung)	(Tage)	(% der unter 5-jährigen)	2004-2013 ^a	2004-2013 ^b	2004-2013 ^b	2003-2009 ^b	2003-2009 ^b
2012	2003-2012 ^b	2008-2012 ^b	2004-2013 ^b	2005-2012	2003-2010 ^b	2013	2005-2012 ^b	2004-2013 ^a	2004-2013 ^b	2004-2013 ^b	2003-2009 ^b	2003-2009 ^b	
177 Guinea-Bissau	77,8	38,0	24,1	6,2
178 Mosambik	89,4	87,8	..	22,5	22,2	81,1	60	47,9	17,3	15,9	20,0
179 Guinea	79,0	1,7	40,1	70,2	98	43,2	8,8
180 Burundi	87,8	94,6	26,3	89,8	84	75,2	4,0	2,0	6,8
181 Burkina Faso	85,5	89,6	..	2,3	39,2	81,1	98	76,9	3,2	0,5	7,1
182 Eritrea	83,9	73,1
183 Sierra Leone	76,7	2,8	26,0	78,2	84	78,0	0,9
184 Tschad	76,7	26,1	80,4	98	15,7	1,6
185 Zentralafrikanische Republik	82,3	28,5	77,5	..	61,0
186 Kongo, Demokratische Republik	82,2	15,0	82,2	98	27,8	15,0
187 Niger	66,0	84,8	42,8	73,7	98	31,8 ^d	6,1
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE													
Korea, Dem. Volksrepublik	79,1	60,8	..	100,0
Marshallinseln	95,9	64,2
Monaco	100,0
Nauru	82,6	56,5
San Marino	100,0
Somalia	59,2	49,0	74,5	..	3,0
Südsudan	35,4
Tuvalu	49,9	19,5
HDI-Gruppierungen													
Sehr hohe menschliche Entwicklung	58,7	..	18,3	7,9	—	99,9	..	87,5	97,5	6,6	20,5
Hohe menschliche Entwicklung	68,1	..	16,2	5,4	—
Mittlere menschliche Entwicklung	63,7	8,3	11,8	60,5	—	57,2
Niedrige menschliche Entwicklung	72,2	25,2	74,9	—	40,3
Regionen													
Arabische Staaten	52,7	..	24,6	10,4	—	80,8
Ostasien und Pazifik	72,8	—	79,0
Europa und Zentralasien	56,5	..	19,2	8,3	4,7	19,7	—	96,5	5,5	23,9
Lateinamerika und Karibik	67,3	..	14,0	6,6	11,1	..	—	92,5	2,0	8,1
Südasien	60,9	8,6	12,3	74,2	—	41,3
Afrika südlich der Sahara	75,0	26,2	71,1	—	43,5
Am wenigsten entwickelte Länder	77,8	23,5	77,8	—	38,1
Kleine Inselentwicklungsländer	65,7	—
Welt	65,4	7,5	—	62,3

HINWEISE

- a Da die Daten auf dem gesetzlichen Rentenalter basieren, das von Land zu Land unterschiedlich sein kann, ist bei Vergleichen Vorsicht geboten.
- b Die Daten beziehen sich auf das letzte verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.
- c Nur registrierte Arbeitslose.
- d Bezieht sich auf ein früheres Jahr als der angegebene Zeitraum.
- e Weicht von der Standarddefinition ab oder bezieht sich nur auf einen Teil des Landes.
- f Ohne Erstarbeitssuchende.
- g Nur Großstädte und Ballungsgebiete.
- h Nur registrierte Arbeitslose in städtischen Gebieten.
- i Einschließlich Personen mit atypischer Erwerbsunterbrechung.
- j Einschließlich 12-14-jähriger Jugendlicher.
- k Nur städtische Gebiete.
- l Einschließlich derjenigen, die weniger als 40 Stunden pro Woche arbeiten.

DEFINITIONEN

Beschäftigungsquote: Prozentualer Anteil der abhängig beschäftigten Bevölkerung ab 25 Jahre.

Unsichere Beschäftigung: Anteil der unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen und der auf eigene Rechnung arbeitenden Erwerbstätigen.

Jugend-arbeitslosigkeit: Anteil der Erwerbsbevölkerung zwischen 15 und 24 Jahren, die weder einer bezahlten Beschäftigung nachgeht noch selbständig erwerbstätig ist, aber arbeitswillig ist und Schritte unternommen hat, um eine bezahlte Beschäftigung oder eine selbständige Erwerbstätigkeit zu finden.

Arbeitslosenquote: Anteil der Erwerbsbevölkerung ab 15 Jahren, die weder einer bezahlten Beschäftigung nachgeht noch selbständig erwerbstätig ist, aber arbeitswillig ist und Schritte unternommen hat, um eine bezahlte Beschäftigung oder eine selbständige Erwerbstätigkeit zu finden.

Kinderarbeit: Anteil der 5-11-jährigen Kinder, die in einer Referenzwoche mindestens eine Stunde eine

wirtschaftliche Tätigkeit ausüben oder mindestens 28 Stunden Haushaltsarbeit verrichteten, oder Anteil der 12-14-jährigen Kinder, die in der Referenzwoche mindestens 14 Stunden eine wirtschaftliche Tätigkeit ausüben oder mindestens 28 Stunden Haushaltsarbeit verrichteten.

Anteil der erwerbstätigen Armen: Erwerbstätige, die mit weniger als zwei Dollar pro Tag leben, ausgedrückt als Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen ab 15 Jahren.

Gesetzlicher bezahlter Mutterschaftsurlaub: Zahl der bezahlten Urlaubstage, auf die eine weibliche Beschäftigte Anspruch hat, um ein neugeborenes Kind zu betreuen.

Geburtenregistrierung: Anteil der Kinder unter 5 Jahren, die zum Zeitpunkt der Erhebung registriert waren. Umfasst Kinder, deren Geburtsurkunde dem Befragter vorgelegt wurde, sowie Kinder, deren Mutter oder Betreuungsperson Angaben, die Geburt sei registriert worden.

Bezieher von Altersrenten: Personen über dem gesetzlichen Rentenalter, die eine Altersrente (von einer gesetzlichen und/oder privaten Rentenversicherung) erhalten, ausgedrückt als Prozentualer Anteil an der anspruchsberechtigten Bevölkerung.

Selbstmordrate: Gesamtzahl der Todesfälle aufgrund vorsätzlicher Selbstverletzungen in der Gesamtbevölkerung bzw. einer bestimmten Geschlechts- oder Altersgruppe, geteilt durch die Gesamtzahl der Referenzbevölkerung, ausgedrückt pro 100.000 Personen.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1, 2, 3 und 6: ILO 2013a.

Spalte 4: ILO 2014b.

Spalten 5 und 8: UNICEF 2014.

Spalte 7: World Bank 2013b.

Spalten 9-11: ILO 2014a.

Spalten 12 und 13: WHO 2013c.

Persönliche Unsicherheit

HDI-Rang	Anfällige Gruppen							Einstellungen		
	Flüchtlinge nach Herkunftsland ^a	Binnenvertriebene ^b	Obdachlose	Waisenkinder	Gefängnisinsassen	Langzeitarbeitslose	Nahrungsmitteldefizit	Mordfälle	Rechtfertigung des Schlagens der Ehefrau	
	(Tausend)	(Tausend)	(% der Bevölkerung)	(Tausend)	(pro 100.000 Einwohner)	(% der Erwerbsbevölkerung)	(Kcal/Kopf/Tag)	(pro 100.000)	(% der Frauen, 15-49 Jahre)	(% d. Männer, 15-49 Jahre)
	2012	2012	2009	2012	2002–2013 ^c	2005–2012 ^c	2011/2013	2008–2011	2005–2012 ^c	2005–2012 ^c
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG										
1 Norwegen	0,0	72	0,3	..	2,3
2 Australien	0,0	130	1,1	..	1,1
3 Schweiz	0,0	82	1,5	..	0,6
4 Niederlande	0,1	82	1,7	..	0,9
5 Vereinigte Staaten	4,5 ^d	716	2,4	..	4,7
6 Deutschland	0,2	79	2,5	..	0,8
7 Neuseeland	0,0	192	0,8	..	0,9
8 Kanada	0,1	118	0,9	..	1,5
9 Singapur	0,1	..	0,0	..	230	0,6	..	0,3
10 Dänemark	0,0	73	4,7	..	0,8
11 Irland	0,0	88	9,0	..	0,9
12 Schweden	0,0	67	1,3	..	0,9
13 Island	0,0	47	1,5	..	0,9
14 Vereinigtes Königreich	0,2	148	2,7	..	1,2
15 Hongkong, China (SAR)	0,0	128	0,2
15 Korea, Republik	0,6	..	0,4	..	99	0,0	6	2,6
17 Japan	0,2	51	1,6	..	0,3
18 Liechtenstein	24	0,0
19 Israel	1,3	..	0,0	..	223	0,8	..	2,0
20 Frankreich	0,1	98 ^e	3,9	..	1,2
21 Österreich	0,0	98	1,1	..	0,8
21 Belgien	0,1	108	3,4	..	1,8
21 Luxemburg	122	1,6	..	0,8
24 Finnland	0,0	58	1,6	..	2,2
25 Slowenien	0,0	66	4,2	..	0,8
26 Italien	0,1	106	5,6	..	0,9
27 Spanien	0,1	147	11,1	..	0,8
28 Tschechische Republik	0,6	154	3,0	..	0,8
29 Griechenland	0,1	111	14,4	..	1,6
30 Brunei Darussalam	0,0	..	0,0	..	122	..	2
31 Katar	0,1	..	0,0	..	60	0,1	..	0,9
32 Zypern	0,0	208 ^f	106 ^g	3,6	..	0,8
33 Estland	0,5	238	5,5	..	4,8
34 Saudi-Arabien	0,8	..	0,0	..	162	..	12
35 Litauen	0,5	329	6,5	..	6,4
35 Polen	1,6	217	3,5	..	1,2
37 Andorra	0,0	38	1,2
37 Slowakei	0,2	187	8,9	..	1,8
39 Malta	0,0	145	3,0	..	0,7
40 Vereinigte Arabische Emirate	0,6	..	0,0	..	238	..	25
41 Chile	1,2	..	0,6	..	266	..	23	3,7
41 Portugal	0,0	136	7,6	..	1,1
43 Ungarn	1,1	186	5,1	..	1,4
44 Bahrain	0,3	..	0,0	..	275	0,5
44 Kuba	6,7	..	1,9	..	510	..	4	5,0
46 Kuwait	1,2	137	..	11	2,2
47 Kroatien	62,6	0	108	10,2	..	1,1
48 Lettland	0,7	304	7,7	..	3,1
49 Argentinien	0,4	..	0,4	..	147	2,0	23	5,5
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG										
50 Uruguay	0,2	..	0,4	..	281	..	42	5,9
51 Bahamas	0,2	..	0,6	..	444	7,1	40	36,6
51 Montenegro	4,1	208	15,8	..	3,6	10,9	..
53 Belarus	6,2	335	4,9	4,1	4,2
54 Rumänien	2,8	155	3,2	..	1,6
55 Libyen	5,3	50 ^h	0,0	..	81	..	8	2,9
56 Oman	0,1	..	0,0	..	61	0,7
57 Russische Föderation	110,7	9,9 ⁱ	475	1,7	..	9,7
58 Bulgarien	2,1	151	6,8	..	1,7
59 Barbados	0,1	..	1,0	..	521	2,3	23	11,3
60 Palau	295	0,0
61 Antigua und Barbuda	0,0	..	9,4	..	403	..	100	6,8

HDI-Rang	Anfällige Gruppen							Einstellungen		
	Flüchtlinge nach Herkunftsland ^a	Binnenvertriebene ^b	Obdachlose	Waisenkinder	Gefängnisinsassen	Langzeitarbeitslose	Nahrungsmitteldefizit	Mordfälle	Rechtfertigung des Schlagens der Ehefrau	
	(Tausend)	(Tausend)	(% der Bevölkerung)	(Tausend)	(pro 100.000 Einwohner)	(% der Erwerbsbevölkerung)	(Kcal/Kopf/Tag)	(pro 100.000)	(% der Frauen, 15-49 Jahre)	(% d. Männer, 15-49 Jahre)
	2012	2012	2009	2012	2002–2013 ^c	2005–2012 ^e	2011/2013	2008–2011	2005–2012 ^e	2005–2012 ^e
62 Malaysia	0,5	..	0,3	..	132	..	23
63 Mauritius	0,1	..	0,3	..	202	2,0	37	3,4
64 Trinidad und Tobago	0,3	..	0,0	..	281	..	53	26,1	7,6	..
65 Libanon	15,1	44,6	0,1	..	118	..	20	2,2	9,7 ⁱ	..
65 Panama	0,1	..	0,5	..	411	..	57	21,3
67 Venezuela, Bolivarische Republik	8,2	..	0,7	..	161	..	14	45,1	.. ^j	.. ^j
68 Costa Rica	0,3	..	1,4	..	314	..	57	10,0
69 Türkei	135,4	954–1,201 ⁱ	1,6	..	179	2,3	5	3,3	24,7	..
70 Kasachstan	3,6	295	..	3	8,8	12,2	16,7
71 Mexiko	8,4	..	0,7	..	210	0,1	2	23,7
71 Seychellen	0,0	..	0,2	..	709	..	49
73 St. Kitts und Nevis	0,0	..	0,2	..	714	..	72	38,2
73 Sri Lanka	132,8	90	12,1	..	132	1,5	200	3,6	53,2 ^j	..
75 Iran, Islamische Republik	75,6	..	0,5	..	284	..	29	3,0
76 Aserbaidschan	15,9	600 ^k	413	..	9	2,2	49,0	58,3
77 Jordanien	2,4	..	0,0	..	95	..	20	..	90,0 ^j	..
77 Serbien	157,9	225	142	18,7	..	1,3	2,9	6,6 ^j
79 Brasilien	1,1	..	0,3	..	274	9,8	56	21,8
79 Georgien	9,3	280 ^l	225 ^m	2,5	6,9	..
79 Grenada	0,3	..	0,0	..	424	..	138	11,5
82 Peru	5,2	150	2,5	..	202	..	76	10,3
83 Ukraine	25,3	305	2,1	..	4,3	3,6	11,1
84 Belize	0,0	..	0,0	..	476	..	39	39,0	8,6	..
84 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	7,6	122	25,4	..	1,5	14,5	..
86 Bosnien und Herzegowina	51,9	113	80	25,4	..	1,3	4,8	6,0
87 Armenien	16,1	8,4	164	9,7	16	1,4	9,3	19,9
88 Fidschi	1,3	..	1,9	..	174	2,6	18
89 Thailand	0,4	..	0,4	..	398	0,1	40	4,8
90 Tunesien	1,9	..	0,0	..	199	..	6	1,1	30,3	..
91 China	193,3	..	4,5	..	121 ⁿ	..	76	1,0
91 St. Vincent und die Grenadinen	1,3	..	0,0	..	376	16,9	38	19,2
93 Algerien	5,7	..	0,8	..	162	7,1	15	0,8	67,9	..
93 Dominica	0,1	..	7,4	..	391	..	14	22,1
95 Albanien	12,6	158	10,6	..	4,4	29,8	36,4
96 Jamaika	1,4	..	0,1	..	152	..	60	41,2	2,9 ^j	21,5 ^j
97 St. Lucia	0,6	..	0,2	..	317	..	88	25,2
98 Kolumbien	111,8	4,900–5,500	1,7	..	245	..	70	33,2
98 Ecuador	0,8	..	0,9	..	149	..	106	18,2
100 Suriname	0,0	..	0,0	..	186	..	70	4,6	12,5	..
100 Tonga	0,0	..	3,6	..	150	1,0
102 Dominikanische Republik	0,3	..	1,5	..	240	..	107	25,0	4,1	..
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG										
103 Malediven	0,0	..	13,9	..	307 ^o	..	35	1,6	30,8 ^j	14,3 ^j
103 Mongolei	2,1	..	0,0	..	287	3,4	188	9,5	10,1	8,8 ^j
103 Turkmenistan	0,7	224	..	15	..	37,7 ^j	..
106 Samoa	0,0	..	16,0	..	228	..	23	1,1	60,8	45,7
107 Palästina, Staat	5.366,7 ^p	144,5	211
108 Indonesien	10,1	170	0,8	..	59	..	64	0,6	35,0 ^j	17,0 ^j
109 Botsuana	0,1	..	2,0	160	205	10,4	187	14,5
110 Ägypten	10,0	..	0,1	..	80	7,7	8	3,3	39,3	..
111 Paraguay	0,1	..	0,2	..	118	..	157	11,4
112 Gabun	0,2	..	0,0	61	196	..	35	13,8	50,2	39,7
113 Bolivien, Plurinationaler Staat	0,6	..	0,8	..	140	1,3	140	7,7	16,1	..
114 Moldau, Republik	6,1	188 ^q	1,7	..	8,6	20,8	21,7 ^j
115 El Salvador	8,2	..	0,0	..	422	..	78	70,2
116 Usbekistan	7,1	3,4	152	..	38	3,1	69,6	59,4 ^j
117 Philippinen	1,0	72 ^r	3,3	..	111	0,1	100	5,4	14,1	..
118 Südafrika	0,4	..	0,1	4,000	294	8,1	13	30,9
118 Syrien, Arabische Republik	728,2	6500	0,0	..	58	..	38	2,3
120 Irak	746,4 ^s	2,100	0,0	..	110	..	217	2,0	51,2	..
121 Guyana	0,8	..	1,4	..	260	..	33	17,2	16,3	19,3
121 Vietnam	336,9 ^t	..	2,0	..	145 ^o	..	63	1,6	35,8	..
123 Kap Verde	0,0	..	1,1	..	267	..	66	..	17,3	16,3 ^j

TABELLE 12 PERSÖNLICHE UNSICHERHEIT

HDI-Rang	Anfällige Gruppen							Einstellungen		
	Flüchtlinge nach Herkunftsland ^a	Binnenvertriebene ^b	Obdachlose	Waisenkinder	Gefängnisinsassen	Langzeitarbeitslose	Nahrungsmitteldefizit	Mordfälle	Rechtfertigung des Schlagens der Ehefrau	
	(Tausend)	(Tausend)	(% der Bevölkerung)	(Tausend)	(pro 100.000 Einwohner)	(% der Erwerbsbevölkerung)	(Kcal/Kopf/Tag)	(pro 100.000)	(% der Frauen, 15-49 Jahre)	(% d. Männer, 15-49 Jahre)
	2012	2012	2009	2012	2002–2013 ^c	2005–2012 ^c	2011/2013	2008–2011	2005–2012 ^c	2005–2012 ^c
124 Mikronesien, Föd. Staaten von	80	0,9
125 Guatemala	6,4	..	0,0	..	105	..	201	38,5
125 Kirgistan	3,5	67	181	..	39	6,5	37,7	..
127 Namibia	1,1	..	0,0	130	191	30,9	212	..	35,2	40,8
128 Timor-Leste	0,0	..	0,2	..	25	0,4	254	6,9	86,2	80,7
129 Honduras	2,6	..	0,9	..	153	..	46	91,6	12,4	9,9
129 Marokko	2,4	..	0,0	..	220	5,8	31	1,4	63,9	..
131 Vanuatu	0,0	..	5,0	..	76	..	48	0,9	60,0	..
132 Nicaragua	1,5	..	0,4	..	153	..	144	12,6	13,7	..
133 Kiribati	0,0	..	4,8	..	114	..	48	7,3	75,6	59,7
133 Tadschikistan	0,7	130	..	249	2,1	74,4 ⁱ	..
135 India	14,3	540	1,0	..	30	1,4	121	3,5	54,4	51,0
136 Bhutan	41,6	..	0,2	..	135	1,0	68,4	..
136 Kambodscha	14,0	..	2,2	..	106	..	102	..	45,7 ⁱ	22,4 ⁱ
138 Ghana	24,3	..	1,2	1.000	54	..	18	15,7	44,1	25,7 ⁱ
139 Laos, Demokratische Volksrepublik	8,0	..	19,7	..	69	..	195	4,6	58,2	49,1
140 Kongo	12,2	7,8	2,1	220	31	..	234	30,8	75,7	..
141 Sambia	0,2	..	0,1	1.400	119	..	306	1,8	61,9	49,3
142 Bangladesch	10,2	..	2,1	..	42	..	118	2,7	32,5	..
142 São Tomé und Príncipe	0,0	..	0,0	..	128	..	45	3,6	19,5	21,7
144 Äquatorialguinea	0,2	..	0,0	..	95	20,7
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG										
145 Nepal	7,6	..	0,9	..	48	1,0	112	2,8	23,2	21,5
146 Pakistan	33,6	758 ^u	6,2	..	39	1,1	131	7,8
147 Kenia	8,9	412 ^v	0,0	2.600	121	..	166	6,3	52,6	44,0
148 Swasiland	0,1	..	0,0	120	284	..	262	..	27,6	23,1 ⁱ
149 Angola	20,2	..	0,2	1.100	105	..	153	19,0
150 Myanmar	215,3	498	0,3	..	120	10,2
151 Ruanda	97,5	..	0,1	590	492 ^w	..	201	17,1	56,2	25,1
152 Kamerun	13,4	..	0,1	1.300	119	..	85	..	46,5	38,7
152 Nigeria	18,0	..	0,5	11.500	32	..	42	12,2	45,6	..
154 Jemen	2,6	307	1,2	..	55 ^x	4,0	188	4,2
155 Madagaskar	0,3	..	3,8	..	87	..	176	8,1	32,3	30,1
156 Simbabwe	22,1	..	0,5	1.200	129	..	226	7,7	39,6	33,7
157 Papua-Neuguinea	0,2	..	3,7	320	48	13,0
157 Salomonen	0,1	..	0,3	..	55	..	81	3,7	68,8	65,1
159 Komoren	0,5	..	0,1	..	16	..	655	12,2
159 Tansania, Vereinigte Republik	1,1	..	0,2	3.100	78	..	221	24,5	53,5	38,1
161 Mauretanien	33,8	..	2,2	..	45	..	46	14,7	37,9	..
162 Lesotho	0,0	..	0,1	220	121	15,6	102	35,2	37,1	48,4
163 Senegal	18,7	10–40	0,6	..	64	..	142	8,7	60,0	24,7
164 Uganda	5,6	30	1,4	2.700	97	..	192	10,9	58,3	43,7
165 Benin	0,5	..	0,9	450	75	..	34	15,1	46,6	13,5
166 Sudan	558,5 ^y	2900	1,3	..	56	24,2	47,0	..
166 Togo	15,7	..	1,8	360	64	..	98	10,9	43,0	..
168 Haiti	38,6	360	1,6	430	96	..	431	6,9	16,7	14,9
169 Afghanistan	2.585,6	493	0,7	..	76	2,4	90,2	..
170 Dschibuti	0,6	..	3,1	43	83	..	143	3,4
171 Côte d'Ivoire	100,7	40–80 ^z	0,4	1.300	34 ^{aa}	..	133	56,9	47,9	42,0
172 Gambia	3,1	..	0,4	..	56	..	102	10,8	74,5	..
173 Äthiopien	74,9	..	0,2	4.500	136	1,3	314	25,5	68,4	44,9
174 Malawi	0,3	..	1,9	1.300	76	..	119	36,0	12,6	12,9
175 Liberia	23,5	..	0,2	190	46	..	201	10,1	59,3	30,2
176 Mali	149,9	353,4	0,7	..	36	..	39	8,0	87,2	..
177 Guinea-Bissau	1,2	..	0,1	120	61	20,2	40,2	..
178 Mosambik	0,2	..	3,0	2.000	65	5,9	269	3,3	22,9	19,9
179 Guinea	14,2	..	0,0	670	25	..	91	22,5	85,6	..
180 Burundi	73,6	78,8	1,0	680	72	..	581	4,1	72,9	44,3
181 Burkina Faso	1,5	..	0,4	980	28	..	178	18,0	43,5	34,1
182 Eritrea	247,8	10	0,4	160	488	17,8	70,7	..
183 Sierra Leone	7,4	..	0,4	370	52	..	209	14,9	73,3	..
184 Tschad	15,8	90	1,1	960	41	..	216	15,8	62,3	..
185 Zentralafrikanische Republik	162,4	533 ^{ab}	2,2	..	19	..	196	29,3	79,6	80,3 ⁱ

HDI-Rang	Flüchtlinge nach Herkunftsland ^a	Anfällige Gruppen					Einstellungen			
		Binnenvertriebene ^b	Obdachlose	Waisenkinder	Gefängnisinsassen	Langzeitarbeitslose	Nahrungsmitteldefizit	Mordfälle	Rechtfertigung des Schlagens der Ehefrau	
		(Tausend)	(% der Bevölkerung)	(Tausend)	(pro 100.000 Einwohner)	(% der Erwerbsbevölkerung)	(Kcal/Kopf/Tag)	(pro 100.000)	(% der Frauen, 15-49 Jahre)	(% d. Männer, 15-49 Jahre)
	2012	2012	2009	2012	2002–2013 ^c	2005–2012 ^c	2011/2013	2008–2011	2005–2012 ^e	2005–2012 ^e
186	Kongo, Demokratische Republik	509,2	2,770	0,4	5,100	33	..	21,7	75,9	..
187	Niger	0,8	..	1,3	..	42	..	77	3,8	70,1
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE										
	Korea, Dem. Volksrepublik	1,1	..	5,3	238	15,2
	Marshallinseln	0,0	58	55,9	57,6
	Monaco	0,0	73	..	0,0
	Nauru	277	..	9,8
	San Marino	0,0	6
	Somalia	1.136,1	1,133	6,8	1,5	75,7 ^{ac}	..
	Südsudan	86,9 ^{ad}	430	..	470	65	78,5	..
	Tuvalu	0,0	..	5,5	..	120	70,0	73,1
HDI-Gruppierungen										
	Sehr hohe menschliche Entwicklung	86,9	—	283	3,1	..	2,3	..
	Hohe menschliche Entwicklung	1.136,6	—	3,2	..	186	..	62	6,4	..
	Mittlere menschliche Entwicklung	7.369,0	—	1,1	..	63	..	104	4,7	46,8
	Niedrige menschliche Entwicklung	5.085,4	—	1,6	..	71	..	157	14,1	53,8
Regionen										
	Arabische Staaten	8.585,0	—	0,5	..	116	..	56	4,9	..
	Ostasien und Pazifik	784,3	—	3,6	..	123	..	76	1,8	..
	Europa und Zentralasien	463,9	—	220	3,8	26,8
	Lateinamerika und Karibik	207,9	—	0,7	..	230	..	57	22,7	..
	Südostasien	2.901,2	—	1,7	..	46	..	119	3,8	51,9
	Afrika südlich der Sahara	1.768,7	—	0,7	4,535	91	..	149	17,4	54,7
	Am wenigsten entwickelte Länder	6.185,7	—	1,3	..	77	..	187	12,8	52,0
	Kleine Inselentwicklungsländer	54,1	—	1,8	..	231	..	152	14,2	..
	Welt	14.902,2	—	2,1	..	145	..	6,5

HINWEISE

- a** Daten beziehen sich auf die nach dem UN-Übereinkommen von 1951, dem UN-Protokoll von 1967 und dem Übereinkommen der Afrikanischen Union von 1969 anerkannten Flüchtlinge. In Ermangelung von durch Regierungen bereitgestellten Zahlen hat das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) die Flüchtlingspopulation in 25 Industrieländern auf der Grundlage individueller Flüchtlingsanerkennungen in einem Zehnjahreszeitraum geschätzt.
- b** Ausführlichere Kommentare zu den Schätzungen finden sich unter www.internal-displacement.org/.
- c** Die Daten beziehen sich auf das letzte verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.
- d** Eine begrenzte Zahl von Ländern verzeichnet in den Flüchtlings- und Asylstatistiken das Geburtsland und nicht das Herkunftsland. Dies wirkt sich auf die Zahl der Flüchtlinge aus, für die als Herkunftsland die Vereinigten Staaten angegeben werden.
- e** Ohne Gebiete in Afrika, Amerika und Ozeanien.
- f** Einschließlich der mehr als 200.000 griechischen und türkischen Zypriern, die 1974 vertrieben wurden.
- g** Ohne die international nicht anerkannte Türkische Republik Nordzypern.
- h** Innerhalb des Landes vertriebene Nicht-Libyer sind in den Zahlen nicht enthalten.
- i** Einschließlich der Binnenvertriebenen aus Tschetschenien und Nordossetien mit erzwungenem Migrantenstatus innerhalb und außerhalb des Nordkaukasus.
- j** Auf der Grundlage einer von der Regierung in Auftrag gegebenen und durch die Hacettepe-Universität durchgeführten Erhebung.
- k** Einschließlich der Binnenvertriebenen aus Bergkarabach und den umliegenden Distrikten sowie der während der Vertreibung geborenen Kinder.
- l** Einschließlich der in den 1990er Jahren und im Jahr 2008 Vertriebenen sowie der

- 10.000 Binnenvertriebenen in Südossetien. Umfasst auch Personen mit dem Status von Binnenvertriebenen, die zurückgekehrt sind oder mit ihren Kindern neu angesiedelt wurden.
- m** Ohne Abchasien und Südossetien, die ihre Unabhängigkeit von Georgien erklärt haben.
- n** Ohne Untersuchungs- oder Verwaltungsverfahrgangene.
- o** Nur verurteilte Strafgefangene.
- p** Einschließlich palästinensischer Flüchtlinge unter der Verantwortung des Hilfswers der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten.
- q** Ohne das international nicht anerkannte Transnistrien.
- r** Einschließlich der Personen in staatlich anerkannten Lagern und Neuansiedlungsarten, derjenigen, die 2012 durch bewaffnete Konflikte, Clan-Gewalt und Kriminalität vertrieben wurden, aber ohne Binnenvertriebene, die von Gastfamilien aufgenommen wurden, oder Personen, deren Rückkehr oder Neuansiedlung an anderer Stelle nicht dauerhaft möglich war.
- s** Die Flüchtlingszahlen für Iraker in Jordanien und der Arabischen Republik Syrien sind Regierungsschätzungen. Am Stichtag 31. Dezember 2013 hatte das UNHCR in beiden Ländern 90.500 Iraker registriert und unterstützt sie.
- t** Rund 300.000 vietnamesische Flüchtlinge sind gut integriert und erhalten in der Praxis Schutz durch die Regierung Chinas.
- u** Umfasst sind nur die Vertriebenen in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa und den föderal verwalteten Stammesgebieten, die die offiziellen Registrierungskriterien für Binnenvertriebene erfüllen.
- v** Einschließlich derjenigen, die durch die Gewalt nach den Wahlen von 2007 vertrieben wurden, sowie derjenigen, die nach früheren Gewaltepisoden immer noch vertrieben sind.
- w** Umfasst Tausende Personen, die im Zusammenhang mit dem Völkermord von 1994 verurteilt wurden oder auf ihren Prozess warten.

- x** Nur Haftanstalten des Innenministeriums.
- y** Kann Staatsangehörige Südsudans umfassen.
- z** Ohne Personen, die während des Konflikts 2002–2007 vertrieben wurden.
- aa** Nur Haftanstalten unter staatlicher Kontrolle.
- ab** Grobe Schätzung, da der Zugang zu den betroffenen Bevölkerungsgruppen eingeschränkt ist.
- ac** Weicht von der Standarddefinition ab oder bezieht sich nur auf einen Teil des Landes.
- ad** In den Daten für Sudan kann eine unbekannte Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden aus Südsudan enthalten sein.

DEFINITIONEN

- Flüchtlinge nach Herkunftsland:** Anzahl der Personen, die aus wohlbegründeter Furcht vor Verfolgung aufgrund ihrer Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, politischen Meinung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe aus ihrem Herkunftsland geflohen sind und nicht dorthin zurückkehren können oder wollen.
- Binnenvertriebene:** Anzahl der Personen, die gezwungen waren, ihr Heim oder ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort zu verlassen – insbesondere als Ergebnis oder zur Vermeidung der Auswirkungen eines bewaffneten Konflikts, von Situationen weit verbreiteter Gewalt, Verletzungen der Menschenrechte und Natur- oder anthropogener Katastrophen – und die keine international anerkannte Staatsgrenze überquert haben.
- Obdachlose:** Personen, die als Ergebnis von Naturkatastrophen keine Unterkunft haben, in der sie leben können, die ihre wenigen Habseligkeiten mit sich tragen und mehr oder weniger zufällig auf der Straße, in Hauseingängen oder auf Piers oder an irgendeinem anderen Platz schlafen, ausgedrückt als prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung.
- Waisenkinder:** Anzahl der Kinder (0–17 Jahre), die aus irgendeiner Ursache einen oder beide Elternteile verloren haben.

- Gefängnisinsassen:** Anzahl der erwachsenen und jugendlichen Gefangenen (einschließlich Untersuchungsgefangenen, falls nicht anders angegeben), ausgedrückt pro 100.000 Einwohner.
- Langzeitarbeitslose:** Prozentualer Anteil der Erwerbsbevölkerung (d.h. der erwerbstätigen und erwerbslosen Personen) ab 15 Jahren, die nicht arbeiten, aber arbeitswillig sind und mindestens 12 Monate lang konkrete Schritte unternommen haben, um eine bezahlte Beschäftigung oder eine selbständige Erwerbstätigkeit zu finden.
- Ernährungsdefizit:** Anzahl der Kilokalorien, die unterernährte Personen bei ansonsten gleichbleibenden Faktoren benötigen, um ihren Zustand zu überwinden.
- Mordfälle:** Anzahl der rechtswidrigen Tötungsdelikte, die von einer Person vorsätzlich an einer anderen Person begangen werden, ausgedrückt pro 100.000 Einwohner.
- Rechtfertigung des Schlagens der Ehefrau:** Prozentualer Anteil der Frauen und Männer zwischen 15 und 49 Jahren, die der Auffassung sind, dass das Schlagen der Ehefrau durch ihren Ehemann gerechtfertigt ist, wenn zumindest einer der folgenden Gründe vorliegt: wenn die Ehefrau das Essen verbrennt, ihm widerspricht, ausgeht, ohne ihm Bescheid zu sagen, die Kinder vernachlässigt oder sexuelle Beziehungen verweigert.
- HAUPTDATENQUELLEN**
- Spalte 1:** UNHCR 2013.
- Spalte 2:** IDMC 2013.
- Spalte 3:** United Nations Statistics Division 2013.
- Spalten 4, 9 und 10:** UNICEF 2014.
- Spalte 5:** International Centre for Prison Studies 2013.
- Spalte 6:** ILO 2013a.
- Spalte 7:** FAO 2013a.
- Spalte 8:** UNODC 2013.

Internationale Integration

HDI-Rang	Handel		Finanzströme					Menschliche Mobilität			Kommunikation		
	Markt- entfernung (Kilometer)	Inter- nationaler Handel (% des BIP)	Ausländische Direkt- investitionen, Netto- zuflüsse (% des BIP)	Private Kapital- ströme (% des BIP)	Erhaltene öffentliche Entwick- lungshilfe, netto ^a (% des BNE)	Rücküber- weisungen, Zuflüsse (% des BIP)	Gesamt- reserven abzüglich Gold (% des BIP)	Netto- migrations- rate (pro 1.000 Personen)	Anteil der Immigranten (% der Bevölkerung)	Einreisende inter- nationale Touristen (Tausend)	Internet- nutzer (% der Bevölkerung)	Internationaler Telefonverkehr (Minuten pro Person)	
												Eingehende Anrufe	Ausgehende Anrufe
	2012	2012 ^b	2012 ^b	2012 ^b	2011	2011 ^c	2012 ^b	2010/2015 ^d	2013	2011	2012	2006–2011 ^e	2006–2011 ^e
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
1 Norwegen	5.709	68,2	1,5	12,8	-1,0	0,16	3,4	6,0	13,8 ^f	4.963	95,0	..	251,0
2 Australien	13.506	42,6	4,8	-3,6	-0,4	0,14	0,7	6,5	27,7 ^g	5.875	82,3
3 Schweiz	5.878	91,6	1,5	4,0	-0,5	0,50	..	8,0	28,9	8.534	85,2	..	422,2
4 Niederlande	5.741	165,9	-1,1	9,4	-0,8	0,21	1,6	0,6	11,7	11.300	93,0	..	99,9
5 Vereinigte Staaten	8.678	31,7	1,3	-2,3	-0,2	0,04	..	3,1	14,3	62.711	81,0	81,2	199,8
6 Deutschland	5.972	97,6	0,8	4,3	-0,4	0,37	10,3	1,3	11,9	28.374	84,0	..	180,5
7 Neuseeland	14.121	59,0	2,7	-4,5	-0,3	0,55	0,4	3,3	25,1	2.572	89,5	..	174,0
8 Kanada	7.000	62,1	2,5	-1,9	-0,3	..	0,6	6,3	20,7	16.014	86,8
9 Singapur	10.132	379,1	20,6	5,7	0,1	15,0	42,9	10.390	74,2	483,4	1.582,4
10 Dänemark	5.696	104,6	0,4	6,4	-0,9	0,38	3,5	2,7	9,9	7.363	93,0	176,7	205,0
11 Irland	5.796	192,4	15,7	-1,2	-0,5	0,34	..	2,2	15,9	7.630	79,0	..	430,5
12 Schweden	5.735	91,3	0,7	0,5	-1,0	0,14	..	4,2	15,9	5.006	94,0	..	173,7
13 Island	5.866	112,1	3,8	41,9	-0,2	0,15	13,4	3,3	10,4	566	96,0	209,5	131,3
14 Vereinigtes Königreich	5.930	65,7	2,3	14,3	-0,6	0,07	..	2,9	12,4	29.306	87,0	..	143,2
15 Hongkong, China (SAR)	8.740	447,2	38,7	4,2	..	0,14	..	4,2	38,9	22.316	72,8	492,3	1.700,7
15 Korea, Republik	8.000	109,9	0,4	0,8	..	0,76	..	1,2	2,5	9.795	84,1	22,4	51,2
17 Japan	8.956	31,2	0,0	2,7	-0,2	0,04	1,4	0,6	1,9	6.219	79,1	14,1	27,3
18 Liechtenstein	6,4	..	33,1	53	89,4
19 Israel	6.783	72,2	4,3	1,3	-0,1	0,23	1,6	-2,0	26,5	2.820	73,4
20 Frankreich	5.990	57,1	2,5	-1,6	-0,5	0,69	8,2	2,0	11,6	81.411	83,0	172,9	190,7
21 Österreich	5.860	110,5	0,5	1,2	-0,3	0,64	3,1	3,5	15,7	23.012	81,0	..	211,3
21 Belgien	5.746	168,4	-0,4	-9,2	-0,5	2,12	2,9	2,7	10,4	7.494	82,0	..	257,5
21 Luxemburg	5.740	311,4	31,0	-449,3	-1,0	2,94	..	9,7	43,3	871	92,0	809,9	821,8
24 Finnland	5.763	80,1	0,7	-2,2	-0,5	0,29	..	1,8	5,4	4.192	91,0
25 Slowenien	5.889	147,3	0,0	0,0	-0,1	0,86	0,5	2,1	11,3	2.037	70,0	85,6	101,4
26 Italien	6.224	59,3	0,4	-0,8	-0,2	0,32	..	3,0	9,4	46.119	58,0	..	162,2
27 Spanien	6.320	63,4	2,7	1,7	-0,3	0,67	..	2,6	13,8 ^h	56.694	72,0	..	118,1
28 Tschechische Republik	5.776	150,7	5,4	-5,8	-0,1	0,84	..	3,8	4,0	8.775	75,0	125,5	46,5
29 Griechenland	6.347	59,0	1,2	50,3	-0,1	0,41	2,7	0,9	8,9	16.427	56,0	88,1	168,1
30 Brunei Darussalam	10.034	112,5	7,4	-4,3	1,0	0,8	49,3	242	60,3
31 Katar	7.409	96,5	-0,1	14,6	..	0,33	1,8	48,8	73,8	2.527	88,1	427,4	..
32 Zypern	6.581	86,7	4,3	-32,2	..	0,51	4,5	6,2	18,2 ⁱ	2.392	61,0	248,8	460,5
33 Estland	5.743	184,4	7,4	-2,0	-0,1	1,84	..	0,0	16,3	2.665	79,0	127,0	85,0
34 Saudi-Arabien	7.423	86,4	1,7	-0,6	..	0,04	1,1	2,1	31,4	17.498	54,0	106,6	632,4
35 Litauen	5.785	167,9	1,6	-3,9	..	4,56	0,1	-1,9	4,9	1.775	68,0	81,4	37,3
35 Polen	5.814	92,0	0,6	-4,8	-0,1	1,48	1,5	-0,2	1,7	13.350	65,0	..	34,6
37 Andorra	56,9	1.948	86,4	641,0	711,5
37 Slowakei	5.843	186,3	3,8	-14,8	-0,1	1,83	3,0	0,6	2,7	1.460	80,0	100,2	73,3
39 Malta	6.380	185,5	4,7	22,9	..	0,40	5,7	2,1	8,0	1.412	70,0	..	141,5
40 Vereinigte Arabische Emirate	7.526	169,6	2,2	0,8	11,4	83,7	..	85,0	313,3	654,5
41 Chile	12.324	68,1	11,3	-2,2	0,0	0,00	3,4	0,3	2,3	3.070	61,4	22,7	11,5
41 Portugal	6.380	78,1	6,5	9,4	-0,3	1,59	2,2	1,9	8,4	7.264	64,0	..	115,6
43 Ungarn	5.885	181,8	6,8	-4,0	-0,1	1,76	1,1	1,5	4,7	10.250	72,0	115,9	50,2
44 Bahrain	7.323	123,7	2,7	-18,8	0,1	..	5,2	3,4	54,7	6.732	88,0	285,7	1.585,8
44 Kuba	8.274	38,6	0,0	-2,5	0,1	2.688	25,6	32,2	2,9
46 Kuwait	7.114	95,7	0,2	9,6	1,5	18,3	60,2	269	79,2
47 Kroatien	5.911	86,6	2,3	-6,7	..	2,23	0,3	-0,9	17,6	9.927	63,0	98,7	53,1
48 Lettland	5.749	125,7	3,2	-7,5	..	2,45	..	-1,0	13,8	1.493	74,0
49 Argentinien	12.258	37,1	2,7	-2,4	0,0	0,15	2,1	-0,5	4,5	5.705	55,8	..	18,4
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
50 Uruguay	12.159	65,2	4,7	-8,9	0,0	0,22	0,5	-1,8	2,2	2.857	55,1	76,2	47,9
51 Bahamas	8.002	101,0	7,6	-4,0	0,3	..	1,9	5,2	16,3	1.346	71,7
51 Montenegro	..	106,4	12,4	-13,0	1,6	7,62	..	-0,8	8,2	1.201	56,8
53 Belarus	5.823	158,7	2,3	-1,8	0,5	1,27	..	-0,2	11,6	116	46,9	88,2	64,7
54 Rumänien	6.077	85,1	1,4	-4,0	..	2,13	0,8	-0,4	0,9	7.611	50,0	115,5	40,3
55 Libyen	6.566	94,8	2,2	5,0	3,5	-7,7	12,2	34	19,9
56 Oman	7.626	94,5	1,1	0,8	..	0,06	..	59,2	30,6	1.048	60,0	247,9	215,8
57 Russische Föderation	6.080	51,6	2,6	-1,0	..	0,26	9,0	1,5	7,7	24.932	53,3	..	59,3
58 Bulgarien	6.106	137,0	4,0	-0,8	0,8	2,77	1,8	-1,4	1,2	6.328	55,1	107,3	51,1
59 Barbados	8.615	99,7	9,1	-10,4	0,1	2,22	2,4	1,4	11,3	568	73,3

HDI-Rang	Handel		Finanzströme				Gesamtreserven abzüglich Gold	Menschliche Mobilität			Kommunikation		
	Markt-entfernung (Kilometer)	Inter-nationaler Handel (% des BIP)	Ausländische Direktinvestitionen, Nettozuflüsse	Private Kapitalströme	Erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe, netto ^a	Rücküberweisungen, Zuflüsse		Netto-migrations-rate (pro 1.000 Personen)	Anteil der Immigranten (% der Bevölkerung)	Einreisende inter-nationale Touristen (Tausend)	Internet-nutzer (% der Bevölkerung)	Internationaler Telefonverkehr (Minuten pro Person)	
			(% des BIP)	(% des BIP)	(% des BNE)	(% des BIP)						Eingehende Anrufe	Ausgehende Anrufe
	2012	2012 ^b	2012 ^b	2012 ^b	2011	2011 ^c		2012 ^b	2010/2015 ^d	2013	2011	2012	2006–2011 ^e
60 Palau	10.216	153,2	0,9	..	20,7	..	3,6	..	26,7	109	..	157,6	180,0
61 Antigua und Barbuda	8.344	105,0	5,1	-6,6	1,4	1,82	4,3	-0,1	31,9	24,1	83,8	367,6	180,0
62 Malaysia	9.949	163,0	4,2	-3,9	0,0	0,42	..	3,1	8,3 ^j	24.714	65,8
63 Mauritius	10.613	119,9	2,4	-96,7	1,7	0,00	14,5	0,0	3,6 ^k	965	41,4	150,0	102,4
64 Trinidad und Tobago	8.835	91,9	2,4	0,39	..	-2,2	2,4	386	59,5	192,2	205,9
65 Libanon	6.677	72,9	8,7	-2,8	1,1	18,26	..	21,3	17,6	1.655	61,2	314,6	86,3
65 Panama	9.308	147,5	9,3	-8,0	0,4	1,24	..	1,5	4,1	1.473	45,2	54,7	102,5
67 Venezuela, Bolivarische Republik	8.975	50,4	0,6	-1,2	0,0	0,04	1,5	0,3	3,9	595	44,0	34,2	21,8
68 Costa Rica	9.325	79,4	5,3	-8,8	0,1	1,27	2,3	2,7	8,6	2.192	47,5	85,5	43,0
69 Türkei	6.306	58,0	1,6	-6,2	0,1	0,14	5,6	0,9	2,5	34.038	45,1	58,3	16,1
70 Kasachstan	6.933	78,5	7,1	2,6	0,1	0,10	1,2	0,0	21,1	3.393	53,3	45,1	41,5
71 Mexiko	9.118	66,9	1,1	-5,2	0,1	2,04	..	-2,0	0,9	23.403	38,4
71 Seychellen	9.484	144,7	13,1	-11,2	2,1	2,41	..	-3,4	13,0	194	47,1	63,2	93,4
73 St. Kitts und Nevis	8.346	72,6	15,2	-12,2	2,5	6,35	10,5	92	79,3	821,4	630,3
73 Sri Lanka	9.181	60,7	1,6	-3,3	1,0	8,71	0,3	-3,0	1,5	856	18,3	28,5	..
75 Iran, Islamische Republik	6.873	..	0,8	0,26	0,3	-0,8	3,4	3.354	26,0
76 Aserbaidschan	6.592	74,3	7,7	-1,6	0,5	2,87	..	0,0	3,4 ^l	1.562	54,2	78,7	19,9
77 Jordanien	6.784	119,1	5,1	-5,7	3,3	11,97	2,2	11,3	40,2	3.975	41,0	108,0	143,4
77 Serbien	5.987	92,4	6,2	-6,6	1,3	7,56	..	-2,1	5,6 ^m	764	48,1	99,4	40,5
79 Brasilien	11.491	26,5	3,4	-3,4	0,2	0,11	1,0	-0,2	0,3	5.433	49,8	1,0	2,1
79 Georgien	6.448	96,2	5,0	-9,2	3,9	10,65	0,4	-5,8	4,4 ⁿ	2.822	45,5	62,4	34,9
79 Grenada	8.726	73,8	5,3	-3,0	1,6	3,71	1,9	-8,1	10,7	118	42,1	487,2	315,3
82 Peru	10.907	49,9	4,7	-4,3	0,4	1,53	..	-2,0	0,3	2.598	38,2	92,1	19,7
83 Ukraine	5.943	110,3	4,4	-6,4	0,5	4,79	1,9	-0,2	11,4	21.415	33,7
84 Belize	8.870	130,8	6,6	-5,6	0,4	5,23	3,7	4,6	15,3	250	25,0	130,0	147,6
84 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	6.113	129,3	3,4	-2,5	1,6	4,17	..	-0,5	6,6	327	63,1	230,2	22,2
86 Bosnien und Herzegowina	6.005	110,8	3,7	-3,3	0,1	10,73	..	-0,3	0,6	392	65,4	200,1	43,8
87 Armenien	6.506	72,3	4,9	-4,8	3,5	19,66	0,0	-3,4	10,6	758	39,2	176,2	253,3
88 Fidschi	12.589	105,6	5,4	-6,0	2,0	4,14	..	-6,6	2,6	675	33,7
89 Thailand	9.132	148,8	2,4	0,2	0,0	1,32	8,2	0,3	5,6	19.230	26,5	14,3	11,1
90 Tunesien	6.323	106,6	0,9	-3,4	1,5	4,32	1,2	-0,6	0,3	4.785	41,4	57,2	15,9
91 China	8.513	58,7	3,0	-2,9	0,0	0,55	0,2	-0,2	0,1	57.581	42,3	9,1	2,8
91 St. Vincent und die Grenadinen	8.632	82,9	15,9	-18,0	2,8	4,27	3,4	-9,1	9,4	74	47,5	439,1	146,4
93 Algerien	6.359	52,4	1,4	-1,0	0,1	0,10	0,7	-0,3	0,7	2.395	15,2	57,9	25,5
93 Dominica	8.475	89,6	7,2	-4,9	5,2	4,87	4,3	..	8,9	76	55,2	134,1	164,3
95 Albanien	6.128	89,8	9,6	-6,9	2,4	8,96	..	-3,2	3,1	2.932	54,7	252,0	24,0
96 Jamaika	8.541	84,7	1,2	-2,7	0,4	14,60	2,4	-5,8	1,3	1.952	46,5	259,7	882,7
97 St. Lucia	8.566	114,1	6,7	-11,6	3,0	2,43	..	0,0	6,7	312	48,6	284,5	200,8
98 Kolumbien	9.603	38,7	4,3	-5,8	0,4	1,25	2,1	-0,5	0,3	2.385	49,0
98 Ecuador	10.014	64,4	0,8	-0,9	0,3	3,49	..	-0,4	2,3	1.141	35,1	60,6	11,6
100 Suriname	9.093	..	3,4	-1,3	2,3	0,09	..	-1,9	7,7	220	34,7
100 Tonga	12.825	78,5	2,4	..	21,1	16,68	0,2	-15,4	5,2	46	34,9
102 Dominikanische Republik	8.371	58,9	4,1	-5,6	0,4	6,56	0,8	-2,7	3,9	4.306	45,0	123,9	21,0
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
103 Malediven	9.236	214,4	13,1	-12,8	2,7	0,14	0,8	0,0	24,4	931	38,9	..	327,6
103 Mongolei	7.108	127,8	53,8	-65,6	4,3	3,19	..	-1,1	0,6	457	16,4	38,6	19,1
103 Turkmenistan	6.842	123,2	11,4	..	0,1	-1,0	4,3	8	7,2
106 Samoa	12.241	90,5	2,3	-3,8	16,6	21,94	0,4	-13,4	3,0	121	12,9
107 Palästina, Staat	1,0	-2,0	5,9 ^o	449
108 Indonesien	10.862	50,1	2,3	-2,7	0,1	0,82	3,6	-0,6	0,1	7.650	15,4
109 Botsuana	10.458	95,1	2,0	-1,5	0,2	0,41	26,3	2,0	7,2	2.145	11,5	..	31,3
110 Ägypten	6.859	44,8	-0,2	-0,2	0,2	6,07	1,0	-0,5	0,4	9.497	44,1	69,8	6,9
111 Paraguay	11.491	93,5	1,6	-3,4	0,4	3,43	0,4	-1,2	2,7	524	27,1	76,5	14,3
112 Gabun	8.696	..	3,9	..	0,5	..	1,0	0,6	23,6	..	8,6	11,0	17,7
113 Bolivien, Plurinationaler Staat	11.042	85,1	3,6	-2,6	0,5	4,36	0,7	-2,4	1,4	807	34,2	83,7	6,8
114 Moldau, Republik	6.007	128,1	2,3	-2,1	6,0	22,81	..	-5,9	11,2 ^p	11	43,4	224,1	62,7
115 El Salvador	9.153	74,9	1,1	-5,9	1,3	15,84	4,2	-7,1	0,7	1.184	25,5	258,4	234,8
116 Usbekistan	8.879	64,4	3,1	..	0,5	..	0,3	-1,4	4,4	975	36,5
117 Philippinen	9.442	64,8	1,1	-1,8	-0,1	10,25	1,4	-1,4	0,2	3.917	36,2
118 Südafrika	11.090	59,6	1,5	-1,8	0,3	0,29	1,6	-0,4	4,5	8.339	41,0
118 Syrien, Arabische Republik	6.710	71,1	2,5	-2,2	..	2,74	..	-13,7	6,4	8.546	24,3	81,1	22,2

TABELLE 13 INTERNATIONALE INTEGRATION

HDI-Rang	Handel		Finanzströme					Menschliche Mobilität			Kommunikation			
	Markt-entfernung (Kilometer)	Inter-nationaler Handel (% des BIP)	Ausländische Direkt-investitionen, Netto-zuflüsse	Private Kapital-ströme	Erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe, netto ^a	Rücküber-weisungen, Zuflüsse	Gesamt-reserven abzüglich Gold (% des BIP)	Netto-migrations-rate (pro 1.000 Personen)	Anteil der Immigranten (% der Bevölkerung)	Einreisende inter-nationale Touristen (Tausend)	Internet-nutzer (% der Bevölkerung)	Internationaler Telefonverkehr (Minuten pro Person)		
			(% des BIP)	(% des BIP)	(% des BNE)	(% des BIP)						Eingehende Anrufe	Ausgehende Anrufe	
	2012	2012 ^b	2012 ^b	2012 ^b	2011	2011 ^c	2012 ^b	2010/2015 ^d	2013	2011	2012	2006–2011 ^e	2006–2011 ^e	
120	Irak	6.848	..	0,8	1,3	1,7	0,21	1,2	2,7	0,3	1.518	7,1
121	Guyana	9.073	..	6,4	-6,7	6,2	14,48	1,3	-8,2	1,8	157	34,3	110,2	46,1
121	Vietnam	8.671	180,0	6,0	-6,5	3,0	6,95	0,4	-0,4	0,1	6.014	39,5
123	Kap Verde	8.000	114,8	2,8	-3,7	0,1	9,28	4,0	-6,9	3,0	428	34,7	172,6	34,1
124	Mikronesien, Föd. Staaten von	10.636	..	2,5	..	41,2	..	1,5	-15,7	2,5	26	26,0
125	Guatemala	9.114	60,8	2,3	-3,7	0,9	9,45	3,3	-1,0	0,5	1.823	16,0	138,6	48,7
125	Kirgistan	6.892	136,2	11,2	-5,8	9,2	27,57	..	-6,3	4,1	3.114	21,7	47,0	83,0
127	Namibia	10.276	95,0	7,7	-4,4	2,4	0,12	..	-0,3	2,2	984	12,9	41,1	28,9
128	Timor-Leste	11.254	..	4,3	216,3	..	11,99	4,3	-13,3	1,0	51	0,9	7,0	11,7
129	Honduras	9.074	120,6	5,9	-5,9	3,8	15,87	..	-1,2	0,3	871	18,1	91,1	186,1
129	Marokko	6.601	86,6	2,5	-2,6	1,3	7,31	0,0	-2,7	0,2	9.342	55,0	123,3	23,9
131	Vanuatu	12.466	95,0	7,4	-7,4	12,4	2,77	1,5	0,0	1,2	94	10,6
132	Nicaragua	9.205	98,2	7,7	-8,3	7,6	9,48	2,4	-4,0	0,7	1.060	13,5
133	Kiribati	11.212	..	2,3	..	27,1	-2,0	2,6	5	10,7
133	Tadschikistan	6.986	73,9	0,2	-0,2	5,5	46,91	0,0	-2,5	3,4	183	14,5
135	India	7.843	55,4	1,7	-1,1	0,2	3,41	3,5	-0,4	0,4	6.309	12,6	20,4	7,6
136	Bhutan	7.944	87,3	0,9	..	0,2	0,57	4,8	2,7	6,7	66	25,4
136	Kambodscha	9.332	113,6	7,0	-10,6	0,1	1,25	..	-2,3	0,5	2.882	4,9
138	Ghana	8.385	102,1	8,1	-8,7	4,8	0,38	..	-0,8	1,4	931	17,1	50,8	27,3
139	Laos, Demokratische Volksrepublik	8.816	82,3	3,7	-3,8	5,2	1,34	2,1	-2,2	0,3	1.786	10,7
140	Kongo	9.012	122,1	20,3	..	2,4	..	0,0	-2,1	9,7	101	6,1	31,9	73,3
141	Sambia	9.846	83,1	10,3	-8,2	6,1	0,24	2,5	-0,6	0,7	815	13,5	8,7	4,9
142	Bangladesch	8.214	60,3	1,0	-0,9	0,9	10,78	1,6	-2,6	0,9	303	6,3	141,6	2,9
142	São Tomé und Príncipe	8.714	68,8	8,5	-7,0	30,2	2,77	..	-1,6	3,3	8	21,6	46,2	21,8
144	Äquatorialguinea	8.465	139,9	4,4	..	0,2	..	1,8	5,3	1,3	..	13,9
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG														
145	Nepal	7.855	42,4	0,5	..	4,7	22,22	3,7	-2,9	3,5	736	11,1	14,0	..
146	Pakistan	7.322	33,1	0,4	-0,4	1,6	5,82	..	-1,8	2,2	907	10,0	44,2	20,6
147	Kenia	8.954	71,8	1,0	-0,8	7,4	2,72	2,5	-0,2	2,2	1.470	32,1	14,6	15,3
148	Swasiland	10.604	141,3	2,4	-5,0	3,2	1,38	4,7	-1,0	2,0	879	20,8	339,8	22,7
149	Angola	9.343	108,3	-2,9	8,6	0,2	0,00	..	0,6	0,4	481	16,9
150	Myanmar	0,2	-0,4	0,2	391	1,1	2,7	0,2
151	Ruanda	8.925	46,0	1,7	-2,3	20,2	1,62	..	-0,8	3,8	619	8,0	3,2	9,0
152	Kamerun	8.455	65,4	1,4	-0,5	0,3	0,45	0,1	-0,5	1,3	573	5,7	22,1	5,2
152	Nigeria	8.326	75,2	3,6	-7,9	0,8	8,45	..	-0,4	0,7	715	32,9	18,6	7,9
154	Jemen	7.912	65,1	-2,2	1,9	1,5	4,43	5,4	-1,1	1,3	1.025	17,4	80,9	4,8
155	Madagaskar	10.325	63,2	9,2	..	4,2	..	0,1	0,0	0,1	225	2,1	4,0	2,1
156	Simbabwe	10.030	137,3	4,0	..	7,4	5,7	2,6	2.423	17,1	32,6	14,5
157	Papua-Neuguinea	11.638	..	-2,5	0,8	4,9	0,09	..	0,0	0,3	165	2,3
157	Salomonen	11.809	72,9	12,2	-16,3	49,6	0,19	..	-4,3	1,4	23	7,0
159	Komoren	9.758	67,1	1,1	..	8,5	..	4,5	-2,8	1,7	11	6,0
159	Tansania, Vereinigte Republik	9.370	81,3	4,6	-6,0	10,4	0,32	0,4	-0,6	0,6	795	13,1	3,7	3,1
161	Mauretanien	7.690	152,3	1,1	..	9,2	..	3,0	-1,0	2,3	..	5,4	38,4	15,2
162	Lesotho	10.772	154,5	5,2	-5,4	9,0	25,72	..	-1,9	0,1	397	4,6	8,4	5,6
163	Senegal	7.941	68,0	2,0	-2,7	7,4	10,23	8,5	-1,4	1,5	1.001	19,2	77,0	26,3
164	Uganda	8.793	58,1	8,7	-8,7	9,6	5,64	0,7	-0,8	1,4	1.151	14,7	..	6,0
165	Benin	8.305	41,9	1,6	-1,1	0,1	2,53	3,2	-0,2	2,3	209	3,8	32,6	27,8
166	Sudan	7.763	34,8	4,8	-4,2	1,9	2,22	4,7	-4,3	1,2	536	21,0	34,7	12,6
166	Togo	8.327	97,6	1,5	-0,8	15,5	9,13	5,3	-0,3	3,0	300	4,0	33,4	9,8
168	Haiti	8.407	68,8	2,5	..	23,2	21,12	2,0	-3,4	0,4	349	10,9
169	Afghanistan	7.192	45,3	0,5	0,0	35,0	..	1,3	-2,6	0,3	..	5,5	5,4	2,6
170	Dschibuti	-3,7	14,2	53	8,3	43,6	222,0
171	Côte d'Ivoire	8.429	85,3	1,4	-3,4	6,2	1,55	0,0	0,5	12,0	270	2,4	29,3	29,2
172	Gambia	8.008	76,0	4,0	..	15,6	10,09	..	-1,5	8,8	106	12,4
173	Äthiopien	8.268	48,7	2,0	..	11,8	1,62	0,8	-0,1	0,8	523	1,5	8,0	0,4
174	Malawi	9.792	69,1	1,6	-1,5	14,5	0,31	3,0	0,0	1,3	767	4,4	6,7	0,9
175	Liberia	8.424	120,8	84,9	..	53,6	23,29	..	-0,9	5,3	..	3,8	29,4	36,8
176	Mali	7.964	61,8	1,7	0,6	12,3	4,44	0,9	-4,0	1,3	160	2,2	45,4	19,5
177	Guinea-Bissau	8.103	..	2,0	-2,6	12,3	4,74	1,5	-1,2	1,1	30	2,9
178	Mosambik	10.596	75,7	16,5	-36,0	16,3	1,25	..	-0,2	0,8	1.718	4,8	5,8	13,9
179	Guinea	8.264	78,4	18,8	-22,9	4,5	1,27	..	-0,2	3,2	30	1,5

HDI-Rang	Handel		Finanzströme				Menschliche Mobilität			Kommunikation				
	Markt-entfernung (Kilometer)	Inter-nationaler Handel (% des BIP)	Ausländische Direkt-investitionen, Netto-zuflüsse	Private Kapital-ströme	Erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe, netto ^a	Rücküber-weisungen, Zuflüsse	Gesamt-reserven abzüglich Gold (% des BIP)	Netto-migrations-rate (pro 1.000 Personen)	Anteil der Immigranten (% der Bevölkerung)	Einreisende inter-nationale Touristen (Tausend)	Internet-nutzer (% der Bevölkerung)	Internationaler Telefonverkehr (Minuten pro Person)		
			(% des BIP)	(% des BIP)	(% des BNE)	(% des BIP)						2012	Eingehende Anrufe 2006–2011 ^e	Ausgehende Anrufe 2006–2011 ^e
180	Burundi	9.017	47,0	0,1	..	1,0	1,93	7,0	-0,4	2,5	142	1,2
181	Burkina Faso	7.930	49,7	0,1	1,8	0,3	1,06	3,3	-1,5	4,1	238	3,7
182	Eritrea	7.842	37,5	0,7	..	6,3	..	0,1	1,8	0,2	107	0,8	47,5	1,7
183	Sierra Leone	8.304	69,9	24,3	-25,5	14,6	2,00	0,8	-0,7	1,6	52	1,3
184	Tschad	7.888	66,2	17,5	..	4,9	..	0,7	-1,9	3,4	71	2,1
185	Zentralafrikanische Republik	8.423	35,6	5,0	..	0,5	..	4,7	0,4	2,9	54	3,0	..	7,3
186	Kongo, Demokratische Republik	9.216	146,3	10,2	..	38,4	0,73	0,9	-0,2	0,7	186	1,7	4,1	5,6
187	Niger	7.825	76,5	16,8	-18,9	10,9	1,69	2,8	-0,3	0,7	82	1,4
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE														
..	Korea, Dem. Volksrepublik	0,1	0,0	0,2
10.788	Marshallinseln	4,2	..	38,2	..	1,3	..	3,2	5	10,0
..	Monaco	64,2	295	87,0
..	Nauru	20,6
5.958	San Marino	0,5	..	15,4	156	50,9
..	Somalia	-2,9	0,2	..	1,4
..	Südsudan	..	94,2	2,3	15,7	5,6
11.948	Tuvalu	5,0	..	76,9	..	6,7	..	1,5	1	35,0
HDI-Gruppierungen														
7.825	Sehr hohe menschliche Entwicklung	63,1	1,9	0,4	-0,3	0,26	..	2,5	12,5	581.506	77,1	..	174,8	..
8.536	Hohe menschliche Entwicklung	60,0	2,8	-3,0	0,1	0,82	..	-0,1	1,8	282.225	42,5	21,2	13,1	..
8.741	Mittlere menschliche Entwicklung	63,3	2,2	-1,9	0,5	3,67	2,7	-0,9	0,7	84.432	17,6
8.360	Niedrige menschliche Entwicklung	66,1	2,5	..	5,1	5,03	2,4	-0,8	1,6	19.970	12,3	..	10,3	..
Regionen														
7.037	Arabische Staaten	91,9	1,5	1,0	1,3	0,4	8,3	71.884	34,2	92,0	106,3
8.809	Ostasien und Pazifik	66,2	3,0	..	0,1	0,93	0,9	-0,3	0,4	125.944	36,7
6.364	Europa und Zentralasien	77,0	3,6	-4,5	0,5	2,06	..	-0,6	6,7	74.011	41,1	79,3	34,1	..
10.621	Lateinamerika und Karibik	45,8	3,1	-3,8	0,3	1,11	1,5	-1,0	1,3	70.256	43,4	39,9	25,4	..
7.845	Südasien	53,5	1,4	-1,1	0,6	3,57	2,7	-0,9	0,9	13.462	12,3	34,1
9.496	Afrika südlich der Sahara	76,9	3,3	..	3,8	2,73	2,2	-0,1	1,8	30.695	15,2	..	9,7	..
8.646	Am wenigsten entwickelte Länder	74,3	3,2	..	6,9	4,67	2,4	-1,1	1,2	18.701	6,8
9.133	Kleine Inselentwicklungsländer	69,2	2,5	-9,6	3,3	5,79	..	-2,8	1,9	16.456	25,1
Welt		8.078	62,4	2,2	-0,7	0,1	0,71	2,9	0,0	3,2	968.591	35,5	..	42,4

HINWEISE

- a Ein negativer Wert bezieht sich auf die von Geberländern gezahlte öffentliche Entwicklungshilfe, netto.
- b Die Daten beziehen sich auf 2012 oder das letzte verfügbare Jahr.
- c Die Daten beziehen sich auf 2011 oder das letzte verfügbare Jahr.
- d Die Daten sind durchschnittliche jährliche Hochrechnungen für 2010-2015.
- e Die Daten beziehen sich auf das letzte verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.
- f Einschließlich Inselgruppe Spitzbergen (Svalbard und Jan Mayen).
- g Einschließlich Weihnachtsinseln, Cocos-(Keeling-) Inseln und Norfolkinsel.
- h Einschließlich Kanarische Inseln, Ceuta und Melilla.
- i Einschließlich Nordzypern.
- j Einschließlich Sabah und Sarawak.
- k Einschließlich Agalega, Rodrigues und St. Brandon.
- l Einschließlich Bergkarabach.
- m Einschließlich Kosovo.
- n Ohne Abchasien und Südossetien.
- o Einschließlich Ostjerusalem. Flüchtlinge werden nicht zu den im Ausland geborenen Migranten im Staat Palästina gezählt.
- p Einschließlich Transnistrien.

DEFINITIONEN

Marktentfernung: Die nach BIP gewichtete durchschnittliche Entfernung von den Weltmärkten. Sie wird berechnet als Summe aller bilateralen Entfernungen zwischen der Hauptstadt eines Landes und allen anderen Hauptstädten, gewichtet nach dem Anteil des Partnerlandes am Welt-BIP.

Internationaler Handel: Basisindikator für die Offenheit für internationalen Handel und wirtschaftliche Integration. Er zeigt die Abhängigkeit der inländischen Erzeuger von ausländischer Nachfrage (Ausfuhren) und der inländischen Verbraucher und Erzeuger von ausländischen Lieferungen (Einfuhren), in Relation zur wirtschaftlichen Größe des Landes (BIP). Handel ist die Summe der Ausfuhren und Einfuhren von Gütern und Dienstleistungen, gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt.

Ausländische Direktinvestitionen, Nettozuflüsse: Summe aus Aktienkapital, Reinvestition von Gewinnen sowie anderem lang- und kurzfristigem Kapital, ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP.

Private Kapitalströme: Ausländische Direktinvestitionen und Portfolio-Investitionen, ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP.

Erhaltene öffentliche Entwicklungshilfe, netto: Auszahlungen von Darlehen zu Vorzugsbedingungen (abzüglich Darlehensrückzahlungen) und Zuschüsse offizieller Stellen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wohlergehens in Ländern

und Gebieten, die in Teil I der Empfängerliste des Entwicklungshilfausschusses (DAC) der OECD aufgeführt sind, ausgedrückt als prozentualer Anteil am BNE des Empfängerlands.

Rücküberweisungen, Zuflüsse: Einkünfte und materielle Ressourcen, die von internationalen Migranten oder Flüchtlingen an Empfänger in ihrem Herkunftsland oder früheren Wohnländern transferiert werden.

Gesamtreserven abzüglich Gold: Summe der Sonderziehungsrechte, der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) gehaltenen Reserven seiner Mitglieder sowie der von den Währungsbehörden gehaltenen Devisenbestände, mit Ausnahme von Goldreserven, ausgedrückt als prozentualer Anteil am BIP.

Nettomigrationsrate: Verhältnis des Saldos der Zu- und Fortzüge von Migranten in einem Land zur Durchschnittsbevölkerung, ausgedrückt pro 1.000 Personen.

Anteil der Immigranten: Verhältnis der Zu- und Einwanderer in einem Land zur Bevölkerung, ausgedrückt als prozentualer Anteil. Die Definition von Immigranten ist von Land zu Land unterschiedlich, bezieht sich aber in der Regel auf die im Ausland geborenen Personen oder Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft bzw. eine Kombination aus beiden.

Einreisende internationale Touristen: Einreisen nicht gebietsansässiger Besucher

(Übernachtungsgäste, Touristen, Tagesbesucher, Ausflügler) an Grenzübergangsstellen.

Internetnutzer: Personen mit Zugang zum World Wide Web.

Internationaler Telefonverkehr, eingehende Anrufe: Zustande gekommene Telefongespräche (Festnetz und Mobil), die von einem Anschluss außerhalb eines bestimmten Landes mit einem Anschluss innerhalb dieses Landes geführt werden, ausgedrückt in Gesprächsminuten pro Person.

Internationaler Telefonverkehr, ausgehende Anrufe: Zustande gekommene Telefongespräche (Festnetz und Mobil), die von einem Anschluss innerhalb eines bestimmten Landes mit einem Anschluss außerhalb dieses Landes geführt werden, ausgedrückt in Gesprächsminuten pro Person.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalte 1: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von BIP-Daten aus World Bank (2013a) und Geo-Entfernungsdaten von CEPII (2013).

Spalte 2: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von World Bank (2013a).

Spalten 3-7, 10 und 11: World Bank (2013a).

Spalte 8: UNDESA 2013a.

Spalte 9: UNDESA 2013c.

Spalten 12 und 13: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von ITU-Daten (2013) über den eingehenden und ausgehenden Telefonverkehr.

HDI-Rang	Natürliche Ressourcen									Auswirkungen von Umweltbedrohungen						
	Primärenergieaufkommen		Elektrifizierungsrate	Kohlendioxidemissionen pro Kopf		Erschöpfung nat. Ressourcen	Waldfläche		Frischwasserentnahme	Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren			Bevölk., die auf degrad. Flächen lebt	Auswirkungen von Naturkatastrophen		
	Fossile Brennst.	Erneuerb. Quellen		Durschn. jährl. Wachstum (%)	(% des BNE)		(% der ges. Waldfläche)	(% Änderung)		(% d. ges. erneuerb. Wasserressourcen)	pro 100.000 Kinder unter 5 Jahren			Anzahl d. Todesfälle	Betroffene Bevölk.	
	(% der Gesamtmenge)	(% der Bevölkerung)	(Tonnen)			(pro Jahr pro Millionen Personen)			(pro Jahr pro Millionen Personen)							
	2012 ^a	2012 ^a	2010	2010	1970/2010	2010–2012 ^b	2011	1990/2011	2007–2011 ^b	2008	2004	2004	2010	2005/2012	2005/2012	
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG																
1	Norwegen	57,3	47,8	..	11,7	4,5	10,5	33,3	11,1	0,8	0	0	0	0,2	0	41
2	Australien	95,4	4,6	..	16,9	5,5	6,9	19,3	-4,0	4,6	0	0	0	9,0	3	1.503
3	Schweiz	51,1	49,7	..	5,0	2,3	0,0	31,1	8,1	4,9	0	0	0	0,5	0	92
4	Niederlande	91,4	6,7	..	11,0	4,3	0,8	10,8	5,9	11,7	0	0	0	5,4	7	0
5	Vereinigte Staaten	83,6	16,3	..	17,6	5,6	1,2	33,3	2,9	15,6	0	0	0	1,1	2	5.691
6	Deutschland	80,2	20,4	..	9,1	..	0,2	31,8	3,3	21,0	0	0	0	8,1	0	3
7	Neuseeland	61,4	38,4	..	7,2	3,3	1,1	31,4	7,0	1,5	0	0	..	5,3	5	20.003
8	Kanada	73,7	27,9	..	14,6	5,1	3,0	34,1	0,0	1,5	0	0	0	2,7	0	407
9	Singapur	97,2	2,8	100,0	2,7	0,7	0,0	3,3	-4,3	31,7	0	0	0
10	Dänemark	70,6	26,8	..	8,3	3,6	1,9	12,9	22,6	10,8	0	0	1	8,5	0	0
11	Irland	84,7	6,4	..	8,9	3,8	0,1	10,9	60,8	1,5	0	0	..	0,5	0	45
12	Schweden	31,7	70,5	..	5,6	2,6	0,4	68,7	3,4	1,5	0	0	0	0,3	0	0
13	Island	15,3	84,7	..	6,2	2,9	0,0	0,3	254,0	0,1	0	0	0	..	0	0
14	Vereinigtes Königreich	85,1	14,4	..	7,9	3,5	1,3	11,9	10,6	8,8	0	0	..	2,7	0	1.049
15	Hongkong, China (SAR)	94,8	0,4	..	5,2	2,4	0,0	0	0	558
15	Korea, Republik	82,8	17,2	..	11,5	4,5	0,0	64,0	-0,8	36,5	0	0	..	2,9	1	289
17	Japan	94,8	5,2	..	9,2	3,9	0,0	68,6	0,2	20,9	0	0	0	0,3	18	795
18	Liechtenstein	43,1	6,2
19	Israel	96,7	4,8	99,7	9,3	3,9	0,3	7,1	16,5	79,7	0	0	..	12,9	1	2.675
20	Frankreich	49,1	52,4	..	5,6	2,6	0,0	29,2	10,1	15,0	0	0	..	3,9	3	881
21	Österreich	67,1	32,2	..	8,0	3,5	0,2	47,2	3,1	4,7	0	0	0	2,7	0	28
21	Belgien	70,1	28,3	..	10,0	4,1	0,0	22,4	..	34,0	0	0	0	10,5	10	13
21	Luxemburg	87,4	4,0	..	21,4	6,1	0,1	33,5	..	1,9	0	0	2	..	0	0
24	Finnland	43,0	47,5	..	11,5	4,5	0,1	72,9	1,5	1,5	0	0	0	0,0	0	75
25	Slowenien	66,6	34,5	..	7,5	..	0,3	62,3	5,6	3,0	0	0	..	8,4	0	2.133
26	Italien	83,7	13,9	..	6,7	3,1	0,1	31,4	21,6	23,7	0	0	..	2,2	1	184
27	Spanien	75,9	24,9	..	5,9	2,7	0,0	36,8	33,0	29,0	0	0	0	1,4	0	64
28	Tschechische Republik	76,9	26,5	..	10,6	..	0,6	34,4	1,2	12,9	0	0	1	4,2	1	241
29	Griechenland	90,6	8,8	..	7,7	3,4	0,4	30,5	19,2	12,7	0	0	..	1,1	1	218
30	Brunei Darussalam	100,0	0,0	99,7	22,9	6,3	29,9	71,8	-8,4	1,1	0	0
31	Katar	100,0	0,0	98,7	40,3	7,8	381,0	1	0	6	0,1
32	Zypern	94,9	5,1	..	7,0	3,2	0,0	18,8	7,5	19,3	0	0	13	11,4	0	0
33	Estland	88,1	14,6	..	13,7	..	1,7	52,1	5,7	14,0	0	0	0	5,0	0	37
34	Saudi-Arabien	100,0	0,0	99,0	17,0	5,5	36,0	0,5	0,0	936,2	2	0	..	4,3	1	63
35	Litauen	74,0	14,5	..	4,1	..	0,8	34,6	11,5	9,6	0	0	..	4,8	1	0
35	Polen	90,7	9,6	..	8,3	3,6	1,6	30,8	5,5	19,4	0	0	..	13,2	3	310
37	Andorra	6,6	34,0	0,0	..	0	0	0
37	Slowakei	67,5	32,3	..	6,6	..	0,4	40,2	0,6	1,4	0	0	0	9,1	3	38
39	Malta	94,5	5,5	..	6,2	2,9	..	0,9	0,0	71,3	0	0
40	Vereinigte Arabische Emirate	101,0	0,1	100,0	19,9	5,9	..	3,8	29,9	1.867,0	1	0	10	1,9
41	Chile	75,6	24,2	99,4	4,2	1,9	12,4	21,9	6,6	2,9	0	0	1	1,1	4	25.719
41	Portugal	74,9	22,0	..	4,9	2,3	0,1	37,8	4,0	12,3	0	0	..	2,3	1	21
43	Ungarn	71,1	26,0	..	5,1	2,3	0,5	22,5	12,3	5,4	0	0	0	17,1	7	522
44	Bahrain	99,9	0,0	99,4	19,3	5,8	18,1	0,7	145,1	205,8	0	0
44	Kuba	86,7	13,3	97,0	3,4	1,3	3,3	27,3	42,4	11,6	0	1	1	17,0	0	61.215
46	Kuwait	100,0	0,0	100,0	31,3	7,1	29,3	0,4	82,6	2.075,0	1	0	..	0,6
47	Kroatien	81,6	10,6	..	4,7	..	1,0	34,4	3,9	0,6	0	0	0	17,5	1	130
48	Lettland	63,7	33,8	..	3,4	..	0,5	54,1	6,0	1,2	0	0	0	1,8	3	0
49	Argentinien	89,7	9,3	97,2	4,5	2,0	4,9	10,7	-16,2	4,0	0	0	3	1,7	0	1.837
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG																
50	Uruguay	57,0	42,1	98,8	2,0	0,0	0,5	10,2	94,4	2,6	0	0	3	5,7	1	10.565
51	Bahamas	6,8	3,1	0,0	51,4	0,0	..	0	0	2	..	1	12.130
51	Montenegro	60,2	28,4	..	4,2	40,4	0,0	8,0	0	4.999	
53	Belarus	90,4	5,9	..	6,6	..	1,4	42,7	11,4	7,5	0	0	1	4,7	0	349
54	Rumänien	77,7	22,8	..	3,7	1,5	1,8	28,7	3,4	3,2	1	6	..	13,5	3	778
55	Libyen	98,7	1,3	99,8	9,8	4,0	29,0	0,1	0,0	615,4	3	2	..	8,5
56	Oman	100,0	0,0	98,0	20,4	6,0	31,1	0,0	0,0	86,6	1	0	..	5,8	3	2.528
57	Russische Föderation	91,0	9,2	..	12,2	..	14,3	49,4	0,1	1,5	0	0	5	3,1	44	176

HDI-Rang	Natürliche Ressourcen									Auswirkungen von Umweltbedrohungen					
	Primärenergieaufkommen		Elektrifizierungsrate	Kohlendioxidemissionen pro Kopf		Erschöpfung nat. Ressourcen	Waldfläche		Frischwasserentnahme	Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren			Bevölk., die auf degrad. Flächen lebt	Auswirkungen von Naturkatastrophen	
	Fossile Brennst.	Erneuerb. Quellen		(Tonnen)	Durschn. jährl. Wachstum (%)		(% der ges. Waldfläche)	(% Änderung)		(% d. ges. erneuerb. Wasserressourcen)	(pro 100.000 Kinder unter 5 Jahren)			Anzahl d. Todesfälle	Betroffene Bevölk.
	(% der Gesamtmenge)	(% der Bevölkerung)	(1970/2010)	(% des BNE)	2011	1990/2011	2007–2011 ^b	d. Luftverschm. im Freien	d. Luftverschm. in Innenräumen	d. verschm. Wasser, unverbesserte Sanitär- u. o. mang. Hygiene	(%)	(pro Jahr pro Millionen Personen)	(pro Millionen Personen)		
2012 ^a	2012 ^a	2010	2010	2010–2012 ^a	2011	1990/2011	2007–2011 ^b	2008	2004	2004	2010	2005/2012	2005/2012		
58 Bulgarien	75,0	29,4	..	5,9	2,8	2,4	36,7	22,0	28,7	1	2	2	7,8	2	1.145
59 Barbados	5,4	2,5	..	19,4	0,0	108,0	0	0	0	..	0	4.482
60 Palau	10,6	4,2	..	87,6	0	0	40
61 Antigua und Barbuda	5,9	2,7	..	22,3	-4,9	16,2	0	1	0	..	0	178.447
62 Malaysia	94,5	5,5	99,4	7,7	3,4	6,2	62,0	-9,0	1,9	0	0	33	1,2	1	2.054
63 Mauritius	99,4	3,2	1,2	0,0	17,3	-9,7	26,4	0	0	7	..	1	689
64 Trinidad und Tobago	99,9	0,1	99,0	38,2	7,7	30,9	44,0	-6,2	6,0	0	1	5	..	0	0
65 Libanon	95,5	3,3	99,9	4,7	2,2	0,0	13,4	4,6	18,6	1	0	40	1,2	0	4
65 Panama	79,7	20,2	88,1	2,6	0,7	0,5	43,6	-14,6	0,6	0	16	55	4,1	2	2.749
67 Venezuela, Bolivarische Republik	88,9	11,2	99,5	6,9	3,2	20,8	52,1	-11,6	0,7	0	1	30	1,9	1	785
68 Costa Rica	48,3	51,8	99,2	1,7	-0,5	0,1	51,5	2,5	5,1	0	2	4	1,3	2	13.250
69 Türkei	89,5	10,3	..	4,1	1,8	0,5	14,9	18,3	18,5	2	11	85	5,5	1	242
70 Kasachstan	98,9	1,0	..	15,2	..	28,0	1,2	-3,5	18,6	5	3	249	23,5	0	1.213
71 Mexiko	90,1	9,9	..	3,8	1,6	7,0	33,3	-8,0	16,9	1	8	23	3,8	1	10.808
71 Seychellen	7,8	3,5	0,0	88,5	0,0	..	0	0	0	38.151
73 St. Kitts und Nevis	4,8	2,2	..	42,3	0,0	..	0	0	28
73 Sri Lanka	48,7	51,3	76,6	0,6	-2,9	0,3	29,4	-21,5	24,5	0	8	42	21,1	5	33.200
75 Iran, Islamische Republik	99,5	0,7	98,4	7,7	3,4	19,6	6,8	0,0	67,9	6	3	..	25,1	2	954
76 Aserbaidschan	97,9	2,6	..	5,1	..	33,9	11,3	0,7	35,2	2	132	269	3,8	0	3.632
77 Jordanien	96,0	2,0	99,4	3,4	1,4	1,7	1,1	-0,6	99,4	3	0	59	22,0	0	..
77 Serbien	89,1	11,1	..	6,3	31,6	19,3	2,5	18,5	0	3.731
79 Brasilien	54,6	44,2	98,7	2,2	0,2	3,6	61,2	-10,0	0,7	0	18	123	7,9	1	4.236
79 Georgien	72,8	28,3	..	1,4	..	0,5	39,4	-1,4	2,9	2	70	169	1,9	0	5.359
79 Grenada	2,5	0,5	..	50,0	0,0	..	0	12	5	..	1	7.910
82 Peru	76,0	24,0	85,5	2,0	0,0	9,9	53,0	-3,3	1,0	2	21	69	0,7	8	14.947
83 Ukraine	79,6	20,7	..	6,6	..	3,9	16,8	4,9	13,8	0	0	3	6,2	3	1.344
84 Belize	1,4	-0,9	0,0	60,6	-12,8	1,2	0	21	27	1,1	4	56.475
84 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	82,1	10,4	..	5,2	..	4,0	39,8	10,8	16,1	0	1	..	7,1	0	96.337
86 Bosnien und Herzegowina	93,9	7,9	..	8,1	42,8	-1,1	0,9	1	1	2	6,1	0	3.222
87 Armenien	71,5	32,7	..	1,4	..	1,7	9,1	-25,7	36,8	2	17	65	9,6	0	..
88 Fidschi	1,5	-0,7	0,5	55,7	6,8	0,3	1	18	11	..	6	13.877
89 Thailand	80,4	18,9	87,7	4,4	2,0	3,5	37,2	-2,9	13,1	0	21	59	17,0	3	70.880
90 Tunesien	85,3	14,8	99,5	2,5	0,5	5,2	6,6	59,0	61,7	1	3	64	36,7	0	312
91 China	88,3	11,7	99,7	6,2	2,9	6,1	22,5	33,4	19,5	2	10	55	8,6	8	68.601
91 St. Vincent und die Grenadinen	1,9	-0,1	0,0	68,7	5,8	..	0	2	0	21.068
93 Algerien	99,9	0,1	99,3	3,3	1,3	18,4	0,6	-11,0	48,9	1	5	101	28,8	1	433
93 Dominica	1,9	-0,1	0,0	59,2	-11,2	..	0	1	0	..	3	54.721
95 Albanien	60,5	26,6	..	1,4	-1,0	3,7	28,3	-1,8	3,1	0	5	50	5,7	0	41.348
96 Jamaika	82,1	17,9	92,0	2,6	0,7	1,1	31,1	-2,3	9,9	1	15	47	3,3	2	16.769
97 St. Lucia	2,3	0,3	..	77,0	7,3	..	0	3	2	..	7	8.562
98 Kolumbien	75,6	24,8	97,4	1,6	-0,5	10,4	54,4	-3,4	0,6	1	6	33	2,0	4	19.920
98 Ecuador	86,3	12,9	92,2	2,2	0,2	16,4	38,9	-22,0	2,3	1	2	63	1,6	1	8.368
100 Suriname	4,5	2,1	8,5	94,6	-0,1	0,5	0	0	43	..	1	30.325
100 Tonga	1,5	-0,7	0,0	12,5	0,0	..	0	16	55	..	9	2.448
102 Dominikanische Republik	89,3	10,7	96,9	2,1	0,1	0,4	40,8	0,0	26,1	2	12	73	7,0	6	5.827
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG															
103 Malediven	3,3	..	0,0	3,0	0,0	15,7	1	41	167	..	1	4.596
103 Mongolei	95,4	4,1	86,2	4,2	1,9	32,2	7,0	-13,7	1,6	19	78	195	31,5	3	147.305
103 Turkmenistan	100,9	0,0	..	10,5	8,8	0,0	112,5	2	2	449	11,1
106 Samoa	0,9	-2,1	0,3	60,4	31,5	..	0	26	63	..	96	33.004
107 Palästina, Staat	0,6	1,5	1,0	49,9	0	979
108 Indonesien	66,4	33,6	73,0	1,8	-0,3	7,2	51,7	-20,9	5,6	2	41	130	3,1	6	3.976
109 Botsuana	65,4	22,3	45,4	2,7	..	3,1	19,8	-18,1	1,6	4	210	341	22,0	26	2.694
110 Ägypten	96,5	3,7	99,6	2,6	0,7	9,1	0,1	60,5	96,6	2	2	86	25,3	0	18
111 Paraguay	33,8	147,8	97,4	0,8	-2,3	0,0	43,8	-17,7	0,1	1	21	56	1,3	2	41.164
112 Gabun	38,9	61,1	60,0	1,7	-0,5	34,7	85,4	0,0	0,1	9	33	102	..	0	16.269
113 Bolivien, Plurinationaler Staat	72,7	27,3	80,2	1,5	-0,7	14,7	52,5	-9,4	0,4	0	93	245	2,0	3	17.376
114 Moldau, Republik	94,9	3,4	..	1,4	..	0,1	11,9	22,5	9,1	1	13	15	21,8	1	13.802
115 El Salvador	47,9	51,9	91,6	1,0	-1,7	0,5	13,6	-25,0	7,3	1	24	82	6,3	9	11.704

TABELLE 14 UMWELT

HDI-Rang	Primärenergieaufkommen		Elektrifizierungsrate	Kohlendioxidemissionen pro Kopf		Natürliche Ressourcen			Auswirkungen von Umweltbedrohungen						
	Fossile Brennst.	Erneuerb. Quellen		Erschöpfung nat. Ressourcen	Waldfläche	Frischwasserentnahme	Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren			Bevölk., die auf degräd. Flächen lebt	Auswirkungen von Naturkatastrophen				
	(% der Gesamtmenge)	(% der Bevölkerung)	(Tonnen)				Durschn. jährl. Wachstum (%)	(% des BNE)	(% der ges. Waldfläche)		(% d. ges. erneuerb. Wasserressourcen)	d. Luftverschm. im Freien	d. Luftverschm. in Innenräumen	d. verschm. Wasser, unverbesserte Sanitär- u. o. mang. Hygiene	(%)
	2012 ^a	2012 ^a	2010	2010	1970/2010	2010–2012 ^b	2011	1990/2011	2007–2011 ^b	2008	2004	2004	2010	(pro Jahr pro Millionen Personen)	(pro Millionen Personen)
116 Usbekistan	98,2	1,8	..	3,7	..	17,5	7,7	7,4	100,6	1	192	325	27,0	0	29
117 Philippinen	59,7	40,3	83,3	0,9	-2,1	2,7	25,9	17,5	17,0	1	37	96	2,2	12	68.576
118 Südafrika	87,2	12,9	75,8	9,2	3,9	6,7	7,6	0,0	24,3	2	23	104	17,5	1	967
118 Syrien, Arabische Republik	98,7	1,4	92,7	2,9	0,9	13,3	2,7	33,7	86,4	2	12	54	33,3	0	30.906
120 Irak	97,5	1,0	98,0	3,7	1,6	50,6	1,9	3,3	73,4	12	12	383	4,5	0	337
121 Guyana	2,2	0,2	10,5	77,2	0,0	0,7	0	38	132	..	5	131.160
121 Vietnam	71,0	28,2	97,6	1,7	-0,4	9,6	45,0	56,3	9,3	1	27	65	8,0	3	17.587
123 Kap Verde	0,7	-2,5	0,1	21,0	46,7	6,8	0	26	93	..	2	41.479
124 Mikronesien, Föd. Staaten von	1,0	58,4	-0,4	..	0	30	83	..	0	0
125 Guatemala	33,5	66,2	80,0	0,8	-2,3	2,1	33,6	-24,2	3,1	2	57	126	9,1	15	51.710
125 Kirgistan	68,4	39,4	..	1,2	..	9,7	5,1	16,1	32,6	1	115	245	9,7	2	47.549
127 Namibia	66,0	21,0	43,7	1,5	..	1,0	8,8	-17,6	1,6	1	11	21	28,5	14	79.190
128 Timor-Leste	38,0	0,2	49,1	-24,3	14,3	0	0	149	..	2	3.007
129 Honduras	51,6	48,8	79,9	1,1	-1,6	0,6	45,3	-37,7	2,2	1	49	106	15,0	5	13.635
129 Marokko	93,6	4,1	98,9	1,6	-0,6	2,6	11,5	1,8	43,5	6	8	114	39,1	0	619
131 Vanuatu	0,5	-3,4	0,0	36,1	0,0	..	0	9	41	..	0	13.300
132 Nicaragua	49,8	50,3	72,1	0,8	-2,3	1,2	25,3	-32,6	0,7	1	49	102	13,9	7	13.510
133 Kiribati	0,6	-2,8	..	15,0	0,0	..	0	0	206	..	0	883
133 Tadschikistan	42,9	57,5	..	0,4	..	1,1	2,9	0,5	51,1	1	343	551	10,5	3	43.344
135 India	72,3	27,6	75,0	1,7	-0,5	4,9	23,1	7,3	33,9	5	131	316	9,6	1	11.130
136 Bhutan	0,7	-2,7	3,4	84,9	31,5	0,4	0	124	324	0,1	4	14.213
136 Kambodscha	26,2	71,1	31,1	0,3	-4,7	0,1	56,5	-23,0	0,5	3	346	595	39,3	4	22.695
138 Ghana	37,4	63,1	60,5	0,4	-4,1	10,5	21,2	-35,2	1,8	3	152	226	1,4	2	3.586
139 Laos, Demokratische Volksrepublik	63,0	0,3	-4,7	10,5	67,9	-9,5	1,0	1	157	242	4,1	1	31.911
140 Kongo	48,9	51,0	37,1	0,5	-3,4	67,8	65,6	-1,4	0,0	19	149	220	0,1	10	2.080
141 Sambia	8,8	91,8	18,5	0,2	-5,8	17,5	66,3	-6,6	1,5	12	378	503	4,6	3	33.251
142 Bangladesch	71,5	28,5	46,5	0,4	..	2,3	11,1	-3,7	2,9	2	142	334	11,3	5	29.222
142 São Tomé und Príncipe	0,6	-3,2	0,7	28,1	0,0	0,3	9	225	428
144 Äquatorialguinea	6,7	3,1	40,4	57,5	-13,2	0,1	10	0	505	..	2	1.398
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG															
145 Nepal	12,5	86,9	76,3	0,1	-6,4	2,2	25,4	-24,7	4,5	1	139	337	2,3	6	9.560
146 Pakistan	60,9	39,1	67,4	0,9	-1,9	2,6	2,1	-34,9	74,4	22	132	205	4,5	48	29.793
147 Kenia	19,7	80,3	18,1	0,3	-4,6	1,2	6,1	-6,8	8,9	4	217	362	31,0	3	47.765
148 Swasiland	0,9	-2,1	0,0	33,0	20,2	23,1	2	148	252	..	0	89.821
149 Angola	39,3	60,7	40,2	1,6	-0,6	35,0	46,8	-4,3	0,5	11	1.073	1.266	3,3	21	13.856
150 Myanmar	21,3	78,7	48,8	0,2	-5,9	..	48,2	-19,7	2,8	3	181	378	19,2	290	6.913
151 Ruanda	0,1	-8,6	2,9	18,0	39,9	1,6	2	803	970	10,1	2	14.103
152 Kamerun	26,8	73,2	48,7	0,4	-4,3	5,3	41,7	-19,0	0,3	14	361	497	15,3	5	702
152 Nigeria	17,4	82,6	50,3	0,5	-3,4	24,4	9,5	-49,9	4,6	14	370	559	11,5	3	7.126
154 Jemen	98,5	1,5	39,6	1,0	-1,8	15,6	1,0	0,0	168,6	5	174	377	32,4	2	239
155 Madagaskar	17,4	0,1	-7,3	2,7	21,5	-8,7	4,9	2	390	540	0,0	3	13.101
156 Simbabwe	28,3	70,3	36,9	0,7	-2,5	3,4	39,5	-31,0	21,0	5	168	256	29,4	37	43.309
157 Papua-Neuguinea	0,5	-3,6	23,1	63,1	-9,3	0,0	1	108	288	..	7	9.760
157 Salomonen	0,4	-4,0	15,1	78,9	-5,0	..	0	54	84	..	17	9.788
159 Komoren	0,2	-5,5	1,1	1,4	-78,3	0,8	2	108	177	..	5	106.714
159 Tansania, Vereinigte Republik	10,7	89,3	14,8	0,2	-6,2	4,4	37,3	-20,4	5,4	4	239	322	25,0	1	15.931
161 Mauretanien	0,6	-2,9	39,2	0,2	-42,9	11,8	16	220	390	23,8	2	77.339
162 Lesotho	17,0	0,0	..	1,0	1,5	10,5	1,4	2	19	44	63,6	1	202.696
163 Senegal	53,2	46,4	53,5	0,5	-3,2	1,6	43,8	-9,8	5,7	14	292	530	16,2	3	13.748
164 Uganda	8,5	0,1	-7,0	5,0	14,5	-39,0	0,5	2	327	427	23,5	3	11.021
165 Benin	41,7	56,2	27,9	0,5	-3,2	0,3	40,0	-21,7	0,5	8	394	518	1,6	2	18.298
166 Sudan	29,5	70,5	35,9	0,3	-4,5	9,8	23,2	-27,9	42,8	11	181	255	39,9	8	31.574
166 Togo	15,2	82,4	27,9	0,2	-5,1	3,7	4,9	-61,0	1,2	5	302	419	5,1	2	9.785
168 Haiti	22,0	78,0	20,0	0,2	-5,4	0,6	3,6	-13,6	8,6	5	297	428	15,2	2.485	58.688
169 Afghanistan	30,0	0,3	-4,7	2,1	2,1	0,0	31,0	21	1.183	1.405	11,0	13	18.859
170 Dschibuti	0,6	-2,8	0,3	0,2	0,0	6,3	31	41	454	7,5	1	223.142
171 Côte d'Ivoire	21,5	79,0	58,9	0,3	-4,6	4,4	32,7	1,8	1,9	9	370	561	1,3	1	176
172 Gambia	0,3	-4,8	0,7	47,6	9,0	1,1	7	197	286	17,9	1	59.517
173 Äthiopien	5,7	94,3	23,0	0,1	-7,9	5,2	12,2	-20,0	4,6	2	538	705	72,3	2	32.750

HDI-Rang	Primärenergieaufkommen		Elektrifizierungsrate	Kohlendioxidemissionen pro Kopf	Natürliche Ressourcen					Auswirkungen von Umweltbedrohungen					
	Fossile Brennst.	Erneuerb. Quellen			Erschöpfung nat. Ressourcen	Waldfläche		Frischwasserentnahme	Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren			Bevölk., die auf degrad. Flächen lebt	Auswirkungen von Naturkatastrophen		
	(% der Gesamtmenge)	(% der Bevölkerung)	(Tonnen)	(% d. ges. jährl. Wachstum (%))		(% des BNE)	(% der ges. Waldfläche)		(% Änderung)	(% d. ges. erneuerb. Wasserressourcen)	d. Luftverschm. im Freien		d. Luftverschm. in Innenräumen	d. verschm. Wasser, unverbesserte Sanitär- u. o. mang. Hygiene	(%)
	2012 ^a	2012 ^a	2010	2010	1970/2010	2010–2012 ^a	2011	1990/2011	2007–2011 ^b	2008	2004	2004	2010	2005/2012	2005/2012
174 Malawi	8,7	0,1	-7,7	1,7	34,0	-17,8	7,9	3	498	617	19,4	2	61.541
175 Liberia	0,2	-5,6	4,7	44,6	-12,8	0,1	6	676	885	..	1	28.135
176 Mali	0,0	-9,1	9,8	10,2	-11,8	6,5	9	703	880	59,5	1	55.720
177 Guinea-Bissau	0,2	-6,3	0,5	71,6	-9,2	0,6	12	648	873	1,0	41	20.739
178 Mosambik	9,5	93,3	15,0	0,1	-6,8	2,8	49,4	-10,5	0,4	11	270	388	1,9	4	20.084
179 Guinea	0,1	-6,9	14,2	26,5	-10,4	0,2	11	324	480	0,8	4	1.704
180 Burundi	0,0	-9,7	9,6	6,6	-41,1	2,3	4	897	1.088	18,5	2	39.618
181 Burkina Faso	14,6	0,1	-7,0	7,8	20,4	-18,4	5,7	9	632	786	73,2	27	28.139
182 Eritrea	21,7	78,3	32,0	0,1	..	0,0	15,1	-5,8	9,2	3	237	379	58,8	0	305.872
183 Sierra Leone	0,1	-6,8	1,8	37,8	-13,2	0,1	11	1.207	1.473	..	11	1.069
184 Tschad	0,0	-9,3	25,4	9,1	-12,7	2,0	14	488	618	45,4	11	54.883
185 Zentralafrikanische Republik	0,1	-8,4	0,1	36,2	-2,7	0,1	10	411	511	..	1	1.959
186 Kongo, Demokratische Republik	4,2	95,8	15,2	0,0	-8,9	18,0	67,9	-4,1	0,1	16	644	786	0,1	4	604
187 Niger	0,1	-7,5	1,8	0,9	-38,7	2,9	6	1.023	1.229	25,0	5	122.010
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE															
Korea, Dem. Volksrepublik	88,4	11,6	26,0	2,9	46,0	-32,5	11,2	3	0	245	2,9	6	26.951
Marshallinseln	2,0	70,2	45	201	..	0	66.716
Monaco	0	0	2
Nauru	0	1
San Marino	0	0
Somalia	0,1	-8,3	..	10,6	-19,5	22,4	19	710	885	26,3	16	145.928
Südsudan	0	16.491
Tuvalu	33,3	0,0	..	0	18	148	..	0	0
HDI-Gruppierungen															
Sehr hohe menschliche Entwicklung	82,0	17,9	..	11,2	..	2,4	27,6	1,7	8,5	0	0	..	3,3	3	2.989
Hohe menschliche Entwicklung	87,2	12,8	..	5,8	..	7,8	36,6	-1,0	4,6	2	10	61	8,8	8	42.653
Mittlere menschliche Entwicklung	74,9	25,3	..	1,8	..	7,7	27,6	-8,7	13,9	4	106	261	10,3	3	14.518
Niedrige menschliche Entwicklung	0,4	..	12,1	26,3	-13,9	6,5	10	396	542	20,2	48	24.030
Regionen															
Arabische Staaten	96,8	3,2	87,8	4,6	..	24,7	5,9	-22,5	71,1	6	73	214	24,3	2	10.933
Ostasien und Pazifik	4,9	29,7	2,6	..	2	28	90	..	15	54.689
Europa und Zentralasien	89,4	10,5	..	5,4	..	7,2	9,1	7,7	34,8	2	63	169	10,7	1	5.389
Lateinamerika und Karibik	74,2	25,8	..	2,9	..	6,9	46,7	-9,2	1,5	1	22	80	5,3	44	12.252
Südostasien	76,3	23,7	72,0	1,7	..	6,1	14,6	3,3	26,8	7	153	328	10,0	7	14.621
Afrika südlich der Sahara	0,9	..	14,8	28,3	-10,8	1,6	8	428	576	22,3	4	22.382
Am wenigsten entwickelte Länder	0,3	..	8,7	28,9	-12,0	3,1	7	431	590	23,5	51	28.158
Kleine Inselentwicklungsländer	2,7	..	4,9	63,0	-3,6	..	2	123	218	..	479	33.638
Welt	81,4	18,6	..	4,6	..	5,3	31,0	-3,5	7,6	5	140	258	10,2	12	24.203

HINWEISE

- a Die Daten beziehen sich auf 2012 oder das letzte verfügbare Jahr.
- b Die Daten beziehen sich auf das letzte verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.

DEFINITIONEN

Fossile Brennstoffe: Anteil der in der geologischen Vergangenheit durch Biomasse gebildeten natürlichen Ressourcen (wie Kohle, Erdöl und Erdgas) am Gesamtenergieaufkommen.

Erneuerbare Quellen: Anteil der Energie aus sich ständig erneuernden natürlichen Prozessen am Gesamtenergieaufkommen. Umfasst Sonnen- und Windenergie, Biomasse, geothermische Energie, Wasserkraft und Meeresenergie sowie bestimmte Abfälle, jedoch nicht die Kernenergie.

Elektrifizierungsrate: Anteil der Personen mit Zugang zu elektrischem Strom, ausgedrückt als prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung. Umfasst gewerblich verkauften Strom (netzgekoppelt oder netzunabhängig) und selbst erzeugten Strom, aber keine ungenutzten Anschlüsse.

Kohlendioxidemissionen pro Kopf: Anthropogene Kohlendioxidemissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe, dem Abfackeln von Gas und der Herstellung von Zement, geteilt durch die Bevölkerung zur Jahresmitte. Umfasst auch Kohlendioxid, das bei

der Zerstörung von Waldflächen durch Waldbiomasse emittiert wird.

Erschöpfung natürlicher Ressourcen: Geldwert der Erschöpfung von Energiequellen, mineralischen Rohstoffen und Wäldern, ausgedrückt als prozentualer Anteil am gesamten Bruttonationaleinkommen (BNE).

Waldfläche: Über 0,5 Hektar große Fläche mit über 5 Meter hohen Bäumen und einem Überschimmungsgrad von über 10 Prozent, bzw. mit Bäumen, die auf dem jeweiligen Standort diese Werte erreichen können. Ausgeschlossen sind überwiegend zu landwirtschaftlichen oder städtischen Zwecken genutzte Flächen, Baumbestände in landwirtschaftlichen Produktionssystemen (z.B. in Obstplantagen und Agroforst-Systemen) und Bäume in städtischen Parks und Gärten. Umfasst auch Aufforstungsflächen, die einen Überschimmungsgrad von 10 Prozent und eine Baumhöhe von 5 Metern zwar noch nicht erreicht haben, aber voraussichtlich erreichen werden, sowie infolge menschlicher Eingriffe oder natürlicher Ursachen vorübergehend unbestockte Flächen, die sich voraussichtlich jedoch regenerieren werden.

Entnahme von Frischwasser: Gesamtentnahme von Frischwasser, ausgedrückt als prozentualer Anteil an den gesamten erneuerbaren Wasserressourcen.

Sterbefälle aufgrund von Luftverschmutzung im Freien: Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren

aufgrund von Atemwegsinfektionen und -erkrankungen, Lungenkrebs und ausgewählten Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die auf Luftverschmutzung im Freien zurückzuführen sind.

Sterbefälle aufgrund von Luftverschmutzung in Innenräumen: Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren aufgrund akuter Atemwegsinfektionen, die auf Rauch aus festen Brennstoffen in Innenräumen zurückzuführen sind.

Sterbefälle aufgrund von verschmutztem Wasser, unverbesserten Sanitäranlagen oder mangelnder Hygiene: Sterbefälle von Kindern unter 5 Jahren aufgrund von Durchfallerkrankungen, die auf Wasser-, Sanitär- und Hygieneprobleme zurückzuführen sind.

Bevölkerung, die auf degradierten Flächen lebt: Prozentualer Anteil der Bevölkerung, die auf stark und sehr stark degradierten Flächen lebt. Schätzungen der Degradation berücksichtigen Aspekte wie Biomasse, Bodengesundheit, Wassermenge und biologische Vielfalt.

Anzahl Todesopfer aufgrund von Naturkatastrophen: Als tot bestätigte, als vermisst geltende oder als tot angenommene Menschen aufgrund von Naturkatastrophen, ausgedrückt pro Million Einwohner. Naturkatastrophen werden als klimatologische, hydrologische und meteorologische Katastrophen klassifiziert und umfassen Dürren,

Extremtemperaturen, Überschwemmungen, Erdbeben, Regenstürme und Busch- oder Waldbrände.

Von Naturkatastrophen betroffene Bevölkerung: Menschen, die während eines Notstands aufgrund einer Naturkatastrophe Soforthilfe benötigen, einschließlich Vertriebener, evakuierter, obdachloser und verletzter Menschen, ausgedrückt pro Million Einwohner.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1 und 2: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten zum Gesamtprimärenergieaufkommen von World Bank (2013a).

Spalten 3-5 und 7: World Bank 2013a.

Spalte 6: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von World Bank 2013a.

Spalte 8: HDRO-Berechnungen auf der Grundlage von Daten zu Waldflächen und zur gesamten Landfläche von World Bank (2013a).

Spalte 9: FAO 2013b.

Spalten 10-12: WHO 2013a.

Spalte 13: FAO 2013a.

Spalten 14 und 15: CRED EM-DAT 2013 und UNDESA 2013a.

Bevölkerungstrends

HDI-Rang	Bevölkerung						Abhängigkeitsquotient				Zusammengefasste Geburtenziffer		Geschlechterverhältnis bei Geburt ^b <small>(Verhältnis von männl. zu weibl. Neugeborenen)</small>
	Insgesamt		Unter 5 Jahren	Ab 65 Jahren	Durchschnittliche jährl. Wachstumsrate		Stadtbevölkerung ^a	Medianalter	(pro 100 Einwohner, 15-64 Jahre)				
	(Millionen)	(Millionen)	(Millionen)	(%)	(%)	(%)	(Jahre)	Jüngere (0-14 Jahre)	Ältere (ab 65 Jahre)	(Geburten pro Frau)	(Geburten pro Frau)		
	2013 ^c	2030 ^e	2013 ^c	2013 ^c	2000/2005	2010/2015 ^f	2013 ^c	2015 ^e	2015	2015	2000/2005	2010/2015 ^e	2010/2015 ^e
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
1 Norwegen	5,0 ^d	5,8 ^d	0,3 ^d	0,8 ^d	0,6 ^d	1,0 ^d	79,9 ^d	39,2 ^d	28,6 ^d	25,2 ^d	1,8 ^e	1,9 ^d	1,06 ^d
2 Australien	23,3 ^e	28,3 ^e	1,6 ^e	3,3 ^e	1,3 ^e	1,3 ^e	89,5 ^e	37,4 ^e	29,1 ^e	22,7 ^e	1,8 ^e	1,9 ^e	1,06 ^e
3 Schweiz	8,1	9,5	0,4	1,4	0,7	1,0	73,8	42,3	21,9	27,1	1,4	1,5	1,05
4 Niederlande	16,8	17,3	0,9	2,9	0,6	0,3	84,0	42,4	25,8	27,8	1,7	1,8	1,06
5 Vereinigte Staaten	320,1	362,6	20,8	44,7	0,9	0,8	82,9	37,7	29,4	22,2	2,0	2,0	1,05
6 Deutschland	82,7	79,6	3,5	17,5	0,1	-0,1	74,2	46,3	19,7	32,7	1,4	1,4	1,06
7 Neuseeland	4,5	5,2	0,3	0,6	1,4	1,0	86,3	37,3	30,8	22,5	1,9	2,1	1,06
8 Kanada	35,2	40,6	2,0	5,3	1,0	1,0	80,9	40,5	24,4	23,7	1,5	1,7	1,06
9 Singapur	5,4	6,6	0,3	0,6	2,7	2,0	100,0	38,7	20,8	15,2	1,3	1,3	1,07
10 Dänemark	5,6	6,0	0,3	1,0	0,3	0,4	87,2	41,5	27,0	29,1	1,8	1,9	1,06
11 Irland	4,6	5,3	0,4	0,6	1,8	1,1	62,8	35,9	32,9	19,2	2,0	2,0	1,07
12 Schweden	9,6	10,7	0,6	1,8	0,4	0,7	85,5	41,2	27,6	31,8	1,7	1,9	1,06
13 Island	0,3	0,4	0,0	0,0	1,1	1,1	93,9	35,9	31,2	20,3	2,0	2,1	1,05
14 Vereinigtes Königreich	63,1	68,6	4,0	11,0	0,5	0,6	79,9	40,5	27,4	28,1	1,7	1,9	1,05
15 Hongkong, China (SAR)	7,2	7,9	0,3	1,0	0,2	0,7	100,0	43,2	16,0	20,5	1,0	1,1	1,07
15 Korea, Republik	49,3	52,2	2,4	6,0	0,5	0,5	83,8	40,5	19,5	17,9	1,2	1,3	1,07
17 Japan	127,1	120,6	5,4	31,9	0,2	-0,1	92,5	46,5	21,2	43,6	1,3	1,4	1,06
18 Liechtenstein	0,0	0,0	1,0	0,7	14,3
19 Israel	7,7	9,6	0,8	0,8	1,9	1,3	92,0	30,1	45,8	17,8	2,9	2,9	1,05
20 Frankreich	64,3	69,3	3,9	11,5	0,7	0,5	86,9	41,0	28,6	29,6	1,9	2,0	1,05
21 Österreich	8,5	9,0	0,4	1,6	0,5	0,4	68,1	43,3	21,6	27,9	1,4	1,5	1,06
21 Belgien	11,1	11,7	0,7	2,0	0,5	0,4	97,5	41,9	26,7	29,0	1,7	1,9	1,05
21 Luxemburg	0,5	0,6	0,0	0,1	1,0	1,3	85,9	39,1	25,4	21,2	1,7	1,7	1,05
24 Finnland	5,4 ^f	5,6 ^f	0,3 ^f	1,0 ^f	0,3 ^f	0,3 ^f	83,9 ^f	42,6 ^f	26,1 ^f	32,3 ^f	1,8 ^f	1,9 ^f	1,04 ^f
25 Slowenien	2,1	2,1	0,1	0,4	0,1	0,2	49,8	43,0	21,4	26,4	1,2	1,5	1,05
26 Italien	61,0	61,2	2,9	12,9	0,6	0,2	68,7	45,0	21,8	33,8	1,3	1,5	1,06
27 Spanien	46,9 ^g	48,2 ^g	2,5 ^g	8,3 ^g	1,5 ^g	0,4 ^g	77,7 ^g	42,2 ^g	23,4 ^g	27,6 ^g	1,3 ^g	1,5 ^g	1,06 ^g
28 Tschechische Republik	10,7	11,1	0,6	1,8	0,0	0,4	73,4	40,9	23,0	26,3	1,2	1,6	1,06
29 Griechenland	11,1	11,0	0,6	2,2	0,1	0,0	61,9	43,5	22,6	31,1	1,3	1,5	1,07
30 Brunei Darussalam	0,4	0,5	0,0	0,0	2,1	1,4	76,7	31,1	34,6	6,9	2,3	2,0	1,06
31 Katar	2,2	2,8	0,1	0,0	6,5	5,9	99,1	31,7	15,9	1,1	3,0	2,1	1,05
32 Zypern	1,1 ^h	1,3 ^h	0,1 ^h	0,1 ^h	1,8 ^h	1,1 ^h	70,9 ^h	35,9 ^h	23,5 ^h	18,1 ^h	1,6 ^h	1,5 ^h	1,07 ^h
33 Estland	1,3	1,2	0,1	0,2	-0,6	-0,3	69,6	41,3	24,7	28,2	1,4	1,6	1,06
34 Saudi-Arabien	28,8	35,6	2,9	0,8	4,1	1,8	82,7	28,4	41,2	4,4	3,5	2,7	1,03
35 Litauen	3,0	2,8	0,2	0,5	-1,2	-0,5	67,3	39,7	22,4	22,8	1,3	1,5	1,05
35 Polen	38,2	37,4	2,1	5,5	-0,1	0,0	60,7	39,4	21,7	22,0	1,3	1,4	1,06
37 Andorra	0,1	0,1	4,3	0,8	86,2
37 Slowakei	5,5	5,4	0,3	0,7	0,0	0,1	54,6	38,9	21,4	19,1	1,2	1,4	1,05
39 Malta	0,4	0,4	0,0	0,1	0,4	0,3	95,2	41,4	20,8	26,0	1,4	1,4	1,06
40 Vereinigte Arabische Emirate	9,3	12,3	0,7	0,0	6,3	2,5	84,9	31,4	19,4	0,6	2,4	1,8	1,05
41 Chile	17,6	19,8	1,2	1,8	1,1	0,9	89,6	33,7	29,9	15,3	2,0	1,8	1,04
41 Portugal	10,6	10,4	0,5	2,0	0,4	0,0	62,1	43,0	21,8	29,3	1,5	1,3	1,06
43 Ungarn	10,0	9,5	0,5	1,7	-0,3	-0,2	70,4	41,0	21,9	26,1	1,3	1,4	1,06
44 Bahrain	1,3	1,6	0,1	0,0	5,5	1,7	88,8	30,2	28,3	3,0	2,7	2,1	1,04
44 Kuba	11,3	10,8	0,5	1,5	0,3	-0,1	75,1	41,3	22,1	19,9	1,6	1,5	1,06
46 Kuwait	3,4	4,8	0,3	0,1	3,7	3,6	98,3	29,7	33,6	3,3	2,6	2,6	1,04
47 Kroatien	4,3	4,0	0,2	0,8	-0,4	-0,4	58,4	43,1	22,0	28,6	1,4	1,5	1,06
48 Lettland	2,1	1,9	0,1	0,4	-1,3	-0,6	67,7	41,7	23,5	28,2	1,3	1,6	1,05
49 Argentinien	41,4	46,9	3,4	4,5	0,9	0,9	92,8	31,6	36,7	17,3	2,4	2,2	1,04
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
50 Uruguay	3,4	3,6	0,2	0,5	0,0	0,3	92,7	34,8	33,4	22,3	2,2	2,1	1,05
51 Bahamas	0,4	0,4	0,0	0,0	2,0	1,4	84,6	32,5	29,4	11,7	1,9	1,9	1,06
51 Montenegro	0,6	0,6	0,0	0,1	0,2	0,0	63,7	37,6	26,9	20,2	1,8	1,7	1,07
53 Belarus	9,4	8,5	0,5	1,3	-0,6	-0,5	75,9	39,5	22,4	19,7	1,2	1,5	1,06
54 Rumänien	21,7	20,2	1,1	3,3	-0,2	-0,3	52,8	40,0	21,8	22,3	1,3	1,4	1,06
55 Libyen	6,2	7,5	0,6	0,3	1,6	0,9	78,1	27,2	44,7	7,6	2,9	2,4	1,06
56 Oman	3,6	4,9	0,4	0,1	2,8	7,9	73,9	27,1	29,2	4,0	3,2	2,9	1,05
57 Russische Föderation	142,8	133,6	8,3	18,6	-0,4	-0,2	74,2	38,5	23,4	18,8	1,3	1,5	1,06
58 Bulgarien	7,2	6,2	0,3	1,4	-0,8	-0,8	74,3	43,4	21,2	30,1	1,2	1,5	1,06

HDI-Rang	Bevölkerung						Abhängigkeitsquotient					Geschlechterverhältnis bei Geburt ^b (Verhältnis von männl. zu weibl. Neugeborenen)	
	Insgesamt		Unter 5 Jahren	Ab 65 Jahren	Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate		Stadt-bewohner ^a	Median-alter	(pro 100 Einwohner, 15-64 Jahre)		Zusammengefasste Geburtenziffer		
	(Millionen)		(Millionen)	(Millionen)	(%)		(% der Bevölkerung)	(Jahre)	Jüngere (0-14 Jahre)	Ältere (ab 65 Jahre)	(Geburten pro Frau)		
	2013 ^c	2030 ^c	2013 ^c	2013 ^c	2000/2005	2010/2015 ^c	2013 ^c	2015 ^c	2015	2015	2000/2005		2010/2015 ^c
59 Barbados	0,3	0,3	0,0	0,0	0,5	0,5	45,4	37,4	26,7	16,2	1,8	1,9	1,04
60 Palau	0,0	0,0	0,8	0,8	85,8
61 Antigua und Barbuda	0,1	0,1	0,0	0,0	1,2	1,0	29,8	30,9	35,2	10,4	2,3	2,1	1,03
62 Malaysia	29,7 ⁱ	36,8 ⁱ	2,5 ⁱ	1,6 ⁱ	2,0 ⁱ	1,6 ⁱ	74,2 ⁱ	28,2 ⁱ	36,6 ⁱ	8,3 ⁱ	2,5 ⁱ	2,0 ⁱ	1,06 ⁱ
63 Mauritius	1,2 ⁱ	1,3 ⁱ	0,1 ⁱ	0,1 ⁱ	0,5 ⁱ	0,4 ⁱ	41,8 ⁱ	35,5 ⁱ	26,4 ⁱ	13,3 ⁱ	1,9 ⁱ	1,5 ⁱ	1,04 ⁱ
64 Trinidad und Tobago	1,3	1,3	0,1	0,1	0,5	0,3	14,2	34,2	29,9	13,8	1,8	1,8	1,04
65 Libanon	4,8	5,2	0,3	0,4	4,2	3,0	87,5	30,7	27,1	12,3	2,0	1,5	1,05
65 Panama	3,9	4,9	0,4	0,3	1,9	1,6	76,5	28,5	42,5	11,7	2,8	2,5	1,05
67 Venezuela, Bolivarische Republik	30,4	37,2	3,0	1,9	1,8	1,5	93,9	27,7	42,6	10,1	2,7	2,4	1,05
68 Costa Rica	4,9	5,8	0,4	0,3	1,9	1,4	65,6	30,6	32,5	10,8	2,3	1,8	1,05
69 Türkei	74,9	86,8	6,4	5,5	1,4	1,2	73,4	30,1	37,0	11,4	2,3	2,1	1,05
70 Kasachstan	16,4	18,6	1,7	1,1	0,7	1,0	53,4	29,7	39,4	10,1	2,0	2,4	1,07
71 Mexiko	122,3	143,7	11,3	7,8	1,3	1,2	78,7	27,7	41,7	10,3	2,5	2,2	1,05
71 Seychellen	0,1	0,1	0,0	0,0	1,8	0,6	54,4	33,2	31,7	11,2	2,2	2,2	1,06
73 St. Kitts und Nevis	0,1	0,1	1,5	1,1	32,1
73 Sri Lanka	21,3	23,3	1,9	1,8	1,1	0,8	15,2	32,0	38,1	13,7	2,3	2,4	1,04
75 Iran, Islamische Republik	77,4	91,3	7,1	4,1	1,2	1,3	69,3	29,5	34,2	7,8	2,0	1,9	1,05
76 Aserbaidschan	9,4 ^k	10,5 ^k	0,8 ^k	0,5 ^k	1,1 ^k	1,1 ^k	54,1 ^k	30,4 ^k	30,8 ^k	7,8 ^k	2,0 ^k	1,9 ^k	1,15 ^k
77 Jordanien	7,3	9,4	1,0	0,3	1,9	3,5	83,2	24,0	53,0	5,8	3,9	3,3	1,05
77 Serbien	9,5 ^l	8,6 ^l	0,5 ^l	1,4 ^l	-0,6 ^l	-0,5 ^l	57,1 ^l	39,3 ^l	22,9 ^l	21,7 ^l	1,6 ^l	1,4 ^l	1,05 ^l
79 Brasilien	200,4	222,7	14,6	15,1	1,3	0,8	85,2	31,2	33,6	11,6	2,3	1,8	1,05
79 Georgien	4,3 ^m	4,0 ^m	0,3 ^m	0,6 ^m	-1,2 ^m	-0,4 ^m	53,0 ^m	38,1 ^m	27,6 ^m	22,0 ^m	1,6 ^m	1,8 ^m	1,11 ^m
79 Grenada	0,1	0,1	0,0	0,0	0,3	0,4	39,8	27,2	40,0	10,7	2,4	2,2	1,05
82 Peru	30,4	36,5	2,9	1,9	1,3	1,3	77,9	27,1	42,9	10,3	2,8	2,4	1,05
83 Ukraine	45,2	39,8	2,5	6,8	-0,8	-0,6	69,3	39,9	21,4	21,2	1,2	1,5	1,06
84 Belize	0,3	0,5	0,0	0,0	2,6	2,4	44,3	23,7	52,1	6,5	3,4	2,7	1,03
84 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	2,1	2,1	0,1	0,3	0,4	0,1	59,5	37,8	23,2	18,3	1,6	1,4	1,05
86 Bosnien und Herzegowina	3,8	3,7	0,2	0,6	0,2	-0,1	49,3	40,1	21,2	22,9	1,2	1,3	1,07
87 Armenien	3,0	3,0	0,2	0,3	-0,4	0,2	64,2	33,4	29,2	15,0	1,7	1,7	1,14
88 Fidschi	0,9	0,9	0,1	0,0	0,3	0,7	53,0	27,5	43,9	8,9	3,0	2,6	1,06
89 Thailand	67,0	67,6	3,6	6,5	1,0	0,3	34,8	38,0	24,2	14,5	1,6	1,4	1,06
90 Tunesien	11,0	12,6	0,9	0,8	1,0	1,1	66,7	31,2	33,4	10,8	2,0	2,0	1,05
91 China	1,385,6	1,453,3	90,2	123,0	0,6	0,6	53,2	36,0	25,1	13,1	1,6	1,7	1,16
91 St. Vincent und die Grenadinen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,2	0,0	50,1	29,8	36,0	10,7	2,2	2,0	1,03
93 Algerien	39,2	48,6	4,6	1,8	1,4	1,8	74,7	27,5	42,4	7,0	2,4	2,8	1,05
93 Dominica	0,1	0,1	0,2	0,4	67,4
95 Albanien	3,2	3,3	0,2	0,3	-0,7	0,3	55,6	33,5	28,1	16,3	2,2	1,8	1,08
96 Jamaika	2,8	2,9	0,2	0,2	0,8	0,5	52,2	28,2	39,5	12,3	2,5	2,3	1,05
97 St. Lucia	0,2	0,2	0,0	0,0	1,1	0,8	16,1	31,2	34,1	13,2	2,1	1,9	1,03
98 Kolumbien	48,3	57,2	4,5	3,0	1,6	1,3	75,8	28,3	40,7	10,0	2,6	2,3	1,05
98 Ecuador	15,7	19,6	1,6	1,0	1,9	1,6	68,6	26,7	45,8	10,7	3,0	2,6	1,05
100 Suriname	0,5	0,6	0,0	0,0	1,4	0,9	70,5	29,1	39,6	10,2	2,6	2,3	1,08
100 Tonga	0,1	0,1	0,0	0,0	0,6	0,4	23,6	21,3	64,3	10,2	4,2	3,8	1,05
102 Dominikanische Republik	10,4	12,2	1,1	0,7	1,5	1,2	70,8	26,4	46,4	10,3	2,8	2,5	1,05
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
103 Malediven	0,3	0,4	0,0	0,0	1,7	1,9	43,4	26,0	42,2	7,3	2,8	2,3	1,06
103 Mongolei	2,8	3,4	0,3	0,1	1,0	1,5	70,4	27,5	40,4	5,6	2,1	2,4	1,03
103 Turkmenistan	5,2	6,2	0,5	0,2	1,1	1,3	49,4	26,4	41,7	6,1	2,8	2,3	1,05
106 Samoa	0,2	0,2	0,0	0,0	0,6	0,8	19,4	21,2	64,9	9,1	4,4	4,2	1,08
107 Palästina, Staat	4,3 ⁿ	6,4 ⁿ	0,6 ⁿ	0,1 ⁿ	2,1 ⁿ	2,5 ⁿ	74,8 ⁿ	19,7 ⁿ	67,3 ⁿ	5,3 ⁿ	5,0 ⁿ	4,1 ⁿ	1,05 ⁿ
108 Indonesien	249,9	293,5	24,0	13,1	1,4	1,2	52,2	28,4	42,2	8,2	2,5	2,4	1,05
109 Botswana	2,0	2,3	0,2	0,1	1,3	0,9	62,9	22,8	52,3	6,0	3,2	2,6	1,03
110 Ägypten	82,1	102,6	9,3	4,7	1,6	1,6	43,8	25,8	48,8	9,4	3,2	2,8	1,05
111 Paraguay	6,8	8,7	0,8	0,4	2,0	1,7	63,0	24,4	50,8	9,1	3,5	2,9	1,05
112 Gabun	1,7	2,4	0,2	0,1	2,4	2,4	86,9	20,9	67,6	8,9	4,5	4,1	1,03
113 Bolivien, Plurinationaler Staat	10,7	13,7	1,3	0,5	1,9	1,6	67,7	22,8	56,1	8,3	4,0	3,3	1,05
114 Moldau, Republik	3,5 ^o	3,1 ^o	0,2 ^o	0,4 ^o	-1,7 ^o	-0,8 ^o	49,1 ^o	36,3 ^o	23,6 ^o	16,4 ^o	1,5 ^o	1,5 ^o	1,06 ^o
115 El Salvador	6,3	6,9	0,6	0,5	0,4	0,7	65,8	24,7	45,2	11,5	2,6	2,2	1,05
116 Usbekistan	28,9	34,1	3,0	1,2	1,0	1,4	36,3	26,0	41,5	6,4	2,6	2,3	1,05
117 Philippinen	98,4	127,8	11,3	3,8	2,0	1,7	49,3	23,4	53,4	6,5	3,7	3,1	1,06

TABELLE 15 BEVÖLKERUNGSTRENDS

HDI-Rang	Bevölkerung							Abhängigkeitsquotient					Geschlechterverhältnis bei Geburt ^b
	Insgesamt		Unter 5 Jahren	Ab 65 Jahren	Durchschnittliche jährl. Wachstumsrate		Stadtbevölkerung ^a	Medianalter	(pro 100 Einwohner, 15-64 Jahre)		Zusammengefasste Geburtenziffer		
	(Millionen)		(Millionen)	(Millionen)	(%)		(% der Bevölkerung)	(Jahre)	Jüngere (0-14 Jahre)	Ältere (ab 65 Jahre)	(Geburten pro Frau)		
	2013 ^c	2030 ^e	2013 ^c	2013 ^c	2000/2005	2010/2015 ^f	2013 ^c	2015 ^e	2015	2015	2000/2005	2010/2015 ^f	2010/2015 ^f
118 Südafrika	52,8	58,1	5,4	2,9	1,5	0,8	62,9	26,5	45,1	8,8	2,8	2,4	1,03
118 Syrien, Arabische Republik	21,9	29,9	2,6	0,9	2,1	0,7	56,9	22,7	56,4	7,1	3,7	3,0	1,05
120 Irak	33,8	51,0	4,9	1,1	2,8	2,9	66,4	20,0	68,1	5,5	4,8	4,1	1,07
121 Guyana	0,8	0,9	0,1	0,0	0,4	0,5	28,5	23,0	55,7	5,7	2,7	2,6	1,05
121 Vietnam	91,7	101,8	7,1	6,0	1,0	1,0	32,3	30,7	31,7	9,6	1,9	1,8	1,10
123 Kap Verde	0,5	0,6	0,0	0,0	1,6	0,8	64,1	25,2	42,4	7,9	3,3	2,3	1,03
124 Mikronesien, Föd. Staaten von	0,1	0,1	0,0	0,0	-0,2	0,2	22,8	21,5	55,3	7,1	4,1	3,3	1,07
125 Guatemala	15,5	22,6	2,3	0,7	2,5	2,5	50,7	19,7	71,3	8,4	4,6	3,8	1,05
125 Kirgistan	5,5	6,9	0,7	0,2	0,4	1,4	35,5	25,1	47,6	6,3	2,5	3,1	1,06
127 Namibia	2,3	3,0	0,3	0,1	1,3	1,9	39,5	21,8	57,0	5,9	3,8	3,1	1,03
128 Timor-Leste	1,1	1,6	0,2	0,0	3,1	1,7	29,1	16,9	86,5	6,6	7,0	5,9	1,05
129 Honduras	8,1	10,8	1,0	0,4	2,0	2,0	53,3	22,5	56,1	7,5	3,7	3,0	1,05
129 Marokko	33,0	39,2	3,4	1,6	1,0	1,4	57,8	27,5	41,7	7,6	2,5	2,8	1,06
131 Vanuatu	0,3	0,4	0,0	0,0	2,5	2,2	25,5	22,1	60,3	6,7	4,1	3,4	1,07
132 Nicaragua	6,1	7,4	0,7	0,3	1,3	1,4	58,1	23,8	50,4	7,6	3,0	2,5	1,05
133 Kiribati	0,1	0,1	0,0	0,0	1,8	1,5	44,1	24,1	47,8	6,7	3,6	3,0	1,07
133 Tadschikistan	8,2	11,4	1,2	0,3	1,9	2,4	26,6	22,0	59,4	5,2	3,7	3,9	1,05
135 India	1.252,1	1.476,4	121,3	66,0	1,6	1,2	32,0	26,9	42,9	8,3	3,0	2,5	1,11
136 Bhutan	0,8	0,9	0,1	0,0	2,8	1,6	37,1	26,7	39,9	7,3	3,1	2,3	1,04
136 Kambodscha	15,1	19,1	1,7	0,8	1,8	1,7	20,3	25,0	49,0	8,9	3,5	2,9	1,05
138 Ghana	25,9	35,3	3,7	0,9	2,5	2,1	53,2	20,9	65,0	5,9	4,6	3,9	1,05
139 Laos, Demokratische Volksrepublik	6,8	8,8	0,9	0,3	1,4	1,9	36,5	22,0	55,6	6,2	3,7	3,1	1,05
140 Kongo	4,4	6,8	0,7	0,2	2,5	2,6	64,5	18,7	78,5	6,3	5,1	5,0	1,03
141 Sambia	14,5	25,0	2,7	0,4	2,5	3,2	40,0	16,7	90,6	5,0	6,0	5,7	1,02
142 Bangladesch	156,6	185,1	15,1	7,5	1,6	1,2	29,4	25,8	43,8	7,3	2,9	2,2	1,05
142 São Tomé und Príncipe	0,2	0,3	0,0	0,0	2,1	2,6	64,1	19,4	74,8	5,8	4,6	4,1	1,03
144 Äquatorialguinea	0,8	1,1	0,1	0,0	3,1	2,8	39,8	20,9	65,6	4,8	5,6	4,9	1,03
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
145 Nepal	27,8	32,9	2,9	1,4	1,7	1,2	17,7	23,1	53,4	8,6	3,7	2,3	1,07
146 Pakistan	182,1	231,7	21,8	8,0	1,9	1,7	36,8	23,2	52,3	7,0	4,0	3,2	1,09
147 Kenia	44,4	66,3	7,0	1,2	2,7	2,7	24,8	19,0	75,4	5,0	5,0	4,4	1,03
148 Swasiland	1,2	1,5	0,2	0,0	0,8	1,5	21,2	20,5	63,1	6,1	4,0	3,4	1,03
149 Angola	21,5	34,8	4,0	0,5	3,4	3,1	60,7	16,4	92,9	4,8	6,8	5,9	1,03
150 Myanmar	53,3	58,7	4,4	2,8	0,7	0,8	33,8	29,8	34,4	7,7	2,2	2,0	1,03
151 Ruanda	11,8	17,8	1,9	0,3	2,3	2,7	19,7	18,4	74,1	4,5	5,6	4,6	1,02
152 Kamerun	22,3	33,1	3,6	0,7	2,6	2,5	53,2	18,5	78,4	5,9	5,5	4,8	1,03
152 Nigeria	173,6	273,1	30,5	4,8	2,6	2,8	50,9	17,7	83,9	5,1	6,1	6,0	1,06
154 Jemen	24,4	34,0	3,4	0,7	2,8	2,3	33,5	19,7	67,5	5,1	5,9	4,2	1,05
155 Madagaskar	22,9	36,0	3,6	0,6	3,0	2,8	33,8	18,7	75,2	5,1	5,3	4,5	1,03
156 Simbabwe	14,1	20,3	2,0	0,5	0,3	2,8	39,6	20,1	66,9	6,7	4,0	3,5	1,02
157 Papua-Neuguinea	7,3	10,0	1,0	0,2	2,5	2,1	12,6	21,2	62,2	5,0	4,4	3,8	1,08
157 Salomonen	0,6	0,8	0,1	0,0	2,6	2,1	21,4	19,9	69,4	5,9	4,6	4,1	1,07
159 Komoren	0,7	1,1	0,1	0,0	2,6	2,4	28,2	19,1	75,1	5,1	5,3	4,7	1,05
159 Tansania, Vereinigte Republik	49,3 ^p	79,4 ^p	8,7 ^p	1,6 ^p	2,6 ^p	3,0 ^p	27,6 ^p	17,6 ^p	85,9 ^p	6,2 ^p	5,7 ^p	5,2 ^p	1,03 ^p
161 Mauretanien	3,9	5,6	0,6	0,1	3,0	2,5	42,0	20,0	69,4	5,6	5,2	4,7	1,05
162 Lesotho	2,1	2,4	0,3	0,1	0,7	1,1	29,0	21,2	59,2	6,9	3,8	3,1	1,03
163 Senegal	14,1	21,9	2,4	0,4	2,7	2,9	43,1	18,2	80,5	5,4	5,4	5,0	1,04
164 Uganda	37,6	63,4	7,1	0,9	3,4	3,3	16,4	15,9	96,6	4,9	6,7	5,9	1,03
165 Benin	10,3	15,5	1,7	0,3	3,3	2,7	46,2	18,6	76,7	5,3	5,8	4,9	1,04
166 Sudan	38,0	55,1	5,7	1,2	2,6	2,1	33,5	19,4	72,1	5,9	5,3	4,5	1,04
166 Togo	6,8	10,0	1,1	0,2	2,6	2,6	39,0	19,0	74,6	4,9	5,1	4,7	1,02
168 Haiti	10,3	12,5	1,3	0,5	1,5	1,4	56,1	22,7	55,8	7,5	4,0	3,2	1,05
169 Afghanistan	30,6	43,5	4,9	0,7	3,8	2,4	24,1	17,0	85,4	4,7	7,4	5,0	1,06
170 Dschibuti	0,9	1,1	0,1	0,0	1,4	1,5	77,2	23,4	53,9	6,6	4,2	3,4	1,04
171 Côte d'Ivoire	20,3	29,2	3,2	0,6	1,5	2,3	52,8	19,1	73,4	5,7	5,2	4,9	1,03
172 Gambia	1,8	3,1	0,3	0,0	3,1	3,2	58,4	17,0	87,9	4,5	5,9	5,8	1,03
173 Äthiopien	94,1	137,7	14,2	3,2	2,9	2,6	17,5	18,6	75,2	6,3	6,1	4,6	1,04
174 Malawi	16,4	26,0	2,9	0,5	2,6	2,8	16,0	17,3	86,3	6,3	6,1	5,4	1,03
175 Liberia	4,3	6,4	0,7	0,1	2,5	2,6	48,9	18,6	77,4	5,5	5,7	4,8	1,05
176 Mali	15,3	26,0	3,0	0,4	3,0	3,0	36,2	16,2	95,5	5,4	6,8	6,9	1,05

HDI-Rang	Bevölkerung							Abhängigkeitsquotient				Geschlechterverhältnis bei Geburt ^a <small>(Verhältnis von männl. zu weibl. Neugeborenen)</small>	
	Insgesamt		Unter 5 Jahren	Ab 65 Jahren	Durchschnittliche jährl. Wachstumsrate		Stadt-bewohner ^b	Median-alter	(pro 100 Einwohner, 15-64 Jahre)		Zusammengefasste Geburtenziffer		
	(Millionen)	(Millionen)	(Millionen)	(%)	(%)	(%)	(Jahre)	(% der Bevölkerung)	Jüngere (0-14 Jahre)	Ältere (ab 65 Jahre)	(Geburten pro Frau)		
	2013 ^c	2030 ^c	2013 ^c	2013 ^c	2000/2005	2010/2015 ^c	2013 ^c	2015 ^c	2015	2015	2000/2005	2010/2015 ^c	2010/2015 ^c
177 Guinea-Bissau	1,7	2,5	0,3	0,0	2,2	2,4	45,3	19,3	73,3	5,3	5,7	5,0	1,03
178 Mosambik	25,8	38,9	4,4	0,8	2,8	2,5	31,7	17,3	87,4	6,4	5,7	5,2	1,03
179 Guinea	11,7	17,3	1,9	0,4	1,8	2,5	36,4	18,8	75,9	5,6	5,8	5,0	1,02
180 Burundi	10,2	16,4	1,9	0,2	3,0	3,2	11,5	17,6	85,3	4,5	6,9	6,1	1,03
181 Burkina Faso	16,9	26,6	3,0	0,4	2,9	2,8	28,2	17,3	85,6	4,6	6,4	5,7	1,05
182 Eritrea	6,3	9,8	1,1	0,1	4,2	3,2	22,2	18,5	78,8	4,3	5,7	4,7	1,05
183 Sierra Leone	6,1	8,1	0,9	0,2	4,3	1,9	40,0	19,3	72,4	4,7	5,7	4,8	1,02
184 Tschad	12,8	20,9	2,5	0,3	3,8	3,0	22,0	15,9	96,3	4,8	7,2	6,3	1,03
185 Zentralafrikanische Republik	4,6	6,3	0,7	0,2	1,7	2,0	39,5	20,0	68,7	6,7	5,3	4,4	1,03
186 Kongo, Demokratische Republik	67,5	103,7	11,9	1,9	2,8	2,7	35,4	17,5	84,7	5,4	6,9	6,0	1,03
187 Niger	17,8	34,5	3,7	0,5	3,6	3,9	18,3	15,0	106,0	5,5	7,7	7,6	1,05
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE													
Korea, Dem. Volksrepublik	24,9	26,7	1,7	2,4	0,8	0,5	60,6	33,9	30,5	13,8	2,0	2,0	1,05
Marshallinseln	0,1	0,1	0,0	0,2	72,5
Monaco	0,0	0,0	1,0	0,8	100,0
Nauru	0,0	0,0	0,1	0,2	100,0
San Marino	0,0	0,0	2,0	0,6	94,2
Somalia	10,5	16,9	2,0	0,3	2,7	2,9	38,7	16,5	92,6	5,6	7,4	6,6	1,03
Südsudan	11,3	17,3	1,8	0,4	3,8	4,0	18,4	18,9	75,3	6,4	5,9	5,0	1,04
Tuvalu	0,0	0,0	0,6	0,2	51,4
HDI-Gruppierungen													
Sehr hohe menschliche Entwicklung	1.189,7	1.276,5	69,4	193,9	0,7	0,6	81,6	40,2	26,1	25,7	1,7	1,8	1,05
Hohe menschliche Entwicklung	2.485,5	2.662,3	176,8	215,9	0,7	0,7	61,4	34,2	28,7	12,9	1,8	1,8	1,06
Mittlere menschliche Entwicklung	2.262,1	2.716,0	228,7	115,9	1,6	1,3	38,3	26,5	44,6	8,1	3,0	2,6	1,05
Niedrige menschliche Entwicklung	1.145,6	1.675,6	176,9	38,0	2,5	2,4	34,5	19,5	72,6	6,0	5,3	4,6	1,04
Regionen													
Arabische Staaten	366,0	481,3	43,9	15,4	2,2	2,0	57,8	24,6	50,8	6,8	3,6	3,2	1,05
Ostasien und Pazifik	2.035,9	2.211,9	149,2	160,7	0,8	0,8	50,8	33,7	29,5	11,8	1,8	1,9	1,05
Europa und Zentralasien	233,4	251,0	18,9	21,2	0,4	0,7	60,5	32,2	33,4	13,4	2,0	2,0	1,07
Lateinamerika und Karibik	611,3	711,1	53,6	44,0	1,3	1,1	79,5	29,0	39,4	11,4	2,5	2,2	1,05
Südasien	1.749,0	2.085,5	175,1	89,6	1,6	1,3	33,4	26,4	44,2	8,1	3,1	2,6	1,06
Afrika südlich der Sahara	888,2	1.348,9	146,6	27,6	2,6	2,7	37,4	18,5	78,9	5,8	5,7	5,1	1,03
Am wenigsten entwickelte Länder	898,4 ^T	1.287,0 ^T	132,1 ^T	31,7 ^T	2,4 ^T	2,3 ^T	29,4 ^T	19,9 ^T	69,1 ^T	6,2 ^T	4,9 ^T	4,2 ^T	1,04
Kleine Inselentwicklungsländer	54,3	63,4	5,4	3,7	1,3	1,1	53,0	27,9	45,4	11,0	3,1	2,7	1,06
Welt	7.162,1^T	8.424,9^T	659,0^T	570,5^T	1,2^T	1,1^T	53,0^T	29,6^T	39,5^T	12,5^T	2,6^T	2,5^T	1,07

HINWEISE

- a Da die Daten auf nationalen Definitionen für Städte oder Ballungsgebiete basieren, ist bei länderübergreifenden Vergleichen Vorsicht geboten.
- b Als natürliches Geschlechterverhältnis bei der Geburt gilt 1,05 zu 1, also 105 männliche auf 100 weibliche Neugeborene (übliche Annahme, empirisch bestätigt).
- c Hochrechnungen auf der Grundlage der mittleren Fertilitätsvariante.
- d Einschließlich Inselgruppe Spitzbergen (Svalbard und Jan Mayen).
- e Einschließlich Weihnachtsinseln, Cocos-(Keeling-) Inseln und Norfolk-Inseln.
- f Einschließlich Åland-Inseln.
- g Einschließlich Kanarische Inseln, Ceuta und Melilla.
- h Einschließlich Nordzypern.

- i Einschließlich Sabah und Sarawak.
- j Einschließlich Agalega, Rodrigues und St. Brandon.
- k Einschließlich Bergkarabach.
- l Einschließlich Kosovo.
- m Einschließlich Abchasien und Südossetien.
- n Einschließlich Ostjerusalem.
- o Einschließlich Transnistrien.
- p Einschließlich Sansibar.
- q Der Originaldatenquelle entnommen.

DEFINITIONEN

Bevölkerung: Tatsächliche Bevölkerung eines Landes, eines Gebiets oder einer Region am 1. Juli.

Bevölkerung unter 5 Jahren: Tatsächliche Bevölkerung unter 5 Jahren in einem Land, einem Gebiet oder einer Region am 1. Juli.

Bevölkerung ab 65 Jahren: Tatsächliche Bevölkerung ab 65 Jahren in einem Land, einem Gebiet oder einer Region am 1. Juli.

Durchschnittliches jährliches Bevölkerungswachstum: Durchschnittliche jährliche exponentielle Wachstumsrate für den angegebenen Zeitraum.

Stadtbewohner: Bevölkerung, die am 1. Juli tatsächlich in Gebieten lebt, die nach den Kriterien des jeweiligen Landes oder Gebiets als Städte klassifiziert werden.

Medianalter: Alterlinie, die die Bevölkerung in zwei gleiche Teile teilt: 50 Prozent der Bevölkerung liegen über diesem Alter, 50 Prozent darunter.

Abhängigkeitsquotient Jüngere: Verhältnis der Altersgruppe 0-14 Jahre zur Altersgruppe 15-64 Jahre, ausgedrückt als Anzahl der Abhängigen pro 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre).

Abhängigkeitsquotient Ältere: Verhältnis der Altersgruppe ab 65 Jahre zur Altersgruppe 15-64-Jahre, ausgedrückt als Anzahl der Abhängigen pro 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre).

Zusammenfassende Geburtenziffer: Zahl der Kinder, die jede Frau gebären würde, wenn sie bis zum Ende ihres Reproduktionsalters leben und in jedem Alter Kinder entsprechend der vorherrschenden altersspezifischen Geburtenhäufigkeit gebären würde.

Geschlechterverhältnis bei der Geburt: Zahl der männlichen Neugeborenen im Verhältnis zur Zahl der weiblichen Neugeborenen.

HAUPTDATENQUELLEN

- Spalte 1-6 und 8-13: UNDESA 2013a.
- Spalte 7: UNDESA 2013b.

Ergänzende Indikatoren: Wahrnehmung von Wohlbefinden

HDI-Rang	Wahrnehmung von individuellem Wohlbefinden						Wahrnehmung des Gemeinwesens			Wahrnehmung der Regierung			
	Bildungs- qualität	Gesund- heitsver- sorgung	Lebens- standard	Berufliche Tätigkeit	Sicherheit	Wahl- freiheit	Index der allgemeinen Lebens- zufriedenheit	Lokaler Arbeits- markt	Vertrauen in andere Menschen	Gemein- wesen	Anstren- gungen zugunsten der Armen	Maßnah- men zum Schutz der Umwelt	Vertrauen in die Regierung des Landes
	(% zufrieden)	(% zufrieden)	(% zufrieden)	(% zufrieden)	(% Ja)	(% zufrieden)	(0 geringste Zufriedenheit, 10 größte Zufriedenheit)	(% „Gut“)	(% „Man kann ihnen vertrauen“)	(% Ja)	(% zufrieden)	(% zufrieden)	(% Ja)
	2012	2008–2012 ^a	2007–2013 ^a	2007–2012 ^a	2007–2012	2007–2012	2007–2012 ^a	2007–2012 ^a	2009–2011 ^a	2007–2012 ^a	2007–2013 ^a	2007–2013 ^a	2007–2012 ^a
SEHR HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
1 Norwegen	78	82	90	91	87	92	7,7	54	..	92	34	52	66
2 Australien	66	81	87	87	65	93	7,2	27	..	90	45	69	42
3 Schweiz	77	94	94	93	78	94	7,8	35	44	94	67	74	77
4 Niederlande	74	88	88	92	77	87	7,5	14	46	93	63	66	57
5 Vereinigte Staaten	64	73	72	85	74	82	7,0	28	37	85	43	59	35
6 Deutschland	60	86	90	91	79	90	6,7	46	31	94	50	67	52
7 Neuseeland	71	83	87	86	64	90	7,2	29	..	89	53	77	61
8 Kanada	74	75	86	90	84	92	7,4	43	42	91	45	60	52
9 Singapur	85	84	80	88	89	82	6,5	63	33	92	66	84	83
10 Dänemark	72	81	88	92	80	92	7,5	18	60	94	57	70	53
11 Irland	82	64	76	88	74	90	7,0	6	30	90	52	63	35
12 Schweden	65	81	90	90	81	93	7,6	32	55	94	30	57	63
13 Island	78	79	81	93	80	87	7,6	33	..	75	34	55	26
14 Vereinigtes Königreich	73	86	80	88	75	88	6,9	9	35	88	51	71	42
15 Hongkong, China (SAR)	46	54	79	81	88	87	5,5	46	29	82	38	38	50
15 Korea, Republik	55	68	72	73	67	59	6,0	25	26	79	33	33	23
17 Japan	55	75	71	79	77	70	6,0	16	33	85	33	41	17
18 Liechtenstein
19 Israel	62	69	68	80	63	65	7,1	26	26	79	14	42	34
20 Frankreich	67	78	83	81	67	83	6,6	16	20	86	44	53	44
21 Österreich	72	93	95	93	82	90	7,4	35	29	94	54	61	38
21 Belgien	69	87	87	86	66	82	6,9	19	30	91	45	58	44
21 Luxemburg	65	88	92	91	73	91	7,0	18	26	94	72	76	74
24 Finnland	81	65	82	91	77	91	7,4	24	58	92	42	57	60
25 Slowenien	76	81	71	86	85	89	6,1	9	15	92	44	58	24
26 Italien	62	55	66	83	66	55	5,8	3	20	75	30	32	28
27 Spanien	63	74	80	86	78	74	6,3	5	22	88	42	41	34
28 Tschechische Republik	62	71	65	78	59	71	6,3	11	24	84	21	52	17
29 Griechenland	46	29	38	73	47	36	5,1	1	16	80	7	17	13
30 Brunei Darussalam
31 Katar	72	90	84	88	92	90	6,7	66	23	92	91	91	89
32 Zypern	66	62	69	88	68	69	6,2	11	11	85	39	49	34
33 Estland	51	45	43	78	61	65	5,4	18	33	85	8	54	27
34 Saudi-Arabien	65	56	77	90	77	59	6,5	73	36	93	80	56	..
35 Litauen	54	51	29	73	45	46	5,8	14	25	84	18	42	15
35 Polen	60	42	66	83	68	75	5,9	18	25	90	22	47	27
37 Andorra
37 Slowakei	61	59	49	78	55	53	5,9	8	21	83	22	42	37
39 Malta	64	70	63	80	72	82	6,0	19	16	82	47	64	50
40 Vereinigte Arabische Emirate	83	82	87	87	90	88	7,2	47	18	93	85	89	..
41 Chile	49	35	72	82	57	72	6,6	57	15	82	35	38	34
41 Portugal	67	57	52	83	60	73	5,0	7	27	88	29	43	23
43 Ungarn	60	64	40	75	56	55	4,7	7	13	74	17	45	21
44 Bahrain	82	70	66	77	60	63	5,0	44	11	90	57	57	..
44 Kuba
46 Kuwait	65	62	88	93	..	93	6,2	69	11	93	89	78	..
47 Kroatien	62	63	39	73	66	46	6,0	5	16	75	9	40	31
48 Lettland	54	48	32	77	58	51	5,1	17	13	85	12	55	19
49 Argentinien	64	63	67	81	45	73	6,5	34	23	82	34	42	42
HOHE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
50 Uruguay	62	76	79	83	51	85	6,4	56	27	82	58	58	58
51 Bahamas
51 Montenegro	60	48	37	59	74	43	5,2	7	21	69	9	35	36
53 Belarus	53	38	37	62	61	53	5,7	26	34	82	26	45	59
54 Rumänien	53	52	36	70	54	60	5,2	9	15	82	8	23	24
55 Libyen	33	41	57	74	91	68	5,8	49	..	72	56	37	..
56 Oman	..	78	87	86	..	91	6,9	69	..	90
57 Russische Föderation	39	27	42	70	39	51	5,6	26	24	72	12	17	45
58 Bulgarien	45	39	29	74	59	59	4,2	6	20	77	9	33	34

HDI-Rang	Wahrnehmung von individuellem Wohlbefinden						Wahrnehmung des Gemeinwesens			Wahrnehmung der Regierung			
	Bildungs- qualität	Gesund- heitsver- sorgung	Lebens- standard	Berufliche Tätigkeit	Sicherheit	Wahl- freiheit	Index der allgemeinen Lebens- zufriedenheit	Lokaler Arbeits- markt	Vertrauen in andere Menschen	Gemein- wesen	Anstren- gungen zugunsten der Armen	Maßnah- men zum Schutz der Umwelt	Vertrauen in die Regierung des Landes
	(% zufrieden)	(% zufrieden)	(% zufrieden)	(% zufrieden)	(% Ja)	(% zufrieden)	(0 geringste Zufriedenheit, 10 größte Zufriedenheit)	(% „Gut“)	(% „Man kann ihnen vertrauen“)	(% Ja)	(% zufrieden)	(% zufrieden)	(% Ja)
	2012	2008–2012 ^a	2007–2013 ^a	2007–2012 ^a	2007–2012	2007–2012	2007–2012 ^a	2007–2012 ^a	2009–2011 ^a	2007–2012 ^a	2007–2013 ^a	2007–2013 ^a	2007–2012 ^a
59 Barbados
60 Palau
61 Antigua und Barbuda
62 Malaysia	91	87	75	83	45	82	5,9	44	14	83	70	72	76
63 Mauritius	..	77	64	85	55	83	5,5	38	..	91	..	79	67
64 Trinidad und Tobago	..	63	71	90	69	77	6,5	46	..	87	34	44	52
65 Libanon	63	46	45	63	62	61	4,6	13	7	81	19	27	37
65 Panama	68	61	79	89	48	73	6,9	57	21	87	37	46	36
67 Venezuela, Bolivarische Republik	77	64	79	89	26	78	7,1	57	13	81	60	63	54
68 Costa Rica	83	65	75	85	53	92	7,3	26	14	85	40	72	28
69 Türkei	55	60	55	71	55	45	5,3	32	8	78	41	45	53
70 Kasachstan	59	47	64	75	51	75	5,8	38	33	80	32	40	73
71 Mexiko	62	71	78	76	54	77	7,3	43	29	79	41	53	36
71 Seychellen
73 St. Kitts und Nevis
73 Sri Lanka	80	78	60	84	77	77	4,2	50	17	90	58	70	78
75 Iran, Islamische Republik	61	52	67	67	55	57	4,6	22	..	76	58	61	56
76 Aserbaidshan	50	34	49	66	69	54	4,9	27	27	73	22	48	71
77 Jordanien	61	72	46	69	81	65	5,1	13	9	74	51	47	77
77 Serbien	50	43	34	65	62	45	5,2	3	17	65	10	25	22
79 Brasilien	52	25	77	83	46	80	6,9	56	15	74	43	46	46
79 Georgien	67	48	24	50	91	60	4,3	12	16	77	36	53	61
79 Grenada
82 Peru	53	37	60	74	46	66	5,8	43	12	72	37	40	27
83 Ukraine	44	18	24	67	46	49	5,0	15	29	76	8	18	24
84 Belize	69	..	43	62	6,5	44	..	67	20	30	26
84 Mazedonien, ehem. jugoslaw. Republik	62	47	39	60	63	58	4,6	8	11	65	16	37	37
86 Bosnien und Herzegowina	54	42	32	59	65	40	4,8	5	18	66	6	19	19
87 Armenien	52	40	30	50	78	46	4,3	12	15	55	14	32	29
88 Fidschi
89 Thailand	91	88	83	97	74	83	6,3	73	27	95	67	75	70
90 Tunesien	44	32	54	63	59	53	4,5	22	15	71	30	38	44
91 China	62	65	73	72	82	77	5,1	38	57	80	68	72	..
91 St. Vincent und die Grenadinen
93 Algerien	64	52	66	72	53	56	5,6	53	16	83	41	48	53
93 Dominica
95 Albanien	60	38	48	68	59	58	5,5	12	7	71	13	27	36
96 Jamaika	..	58	42	68	56	75	5,4	20	..	72	21	32	36
97 St. Lucia
98 Kolumbien	65	46	75	82	45	81	6,4	41	14	83	34	49	36
98 Ecuador	76	60	69	84	47	81	6,0	35	9	84	59	67	64
100 Suriname	82	78	64	83	60	87	6,3	34	..	90	61	65	72
100 Tonga
102 Dominikanische Republik	72	59	63	70	39	83	4,8	21	15	81	46	57	43
MITTLERE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
103 Malediven
103 Mongolei	55	40	59	81	46	59	4,9	12	14	76	16	22	31
103 Turkmenistan	..	64	89	86	77	63	5,5	57	27	94	38	61	..
106 Samoa
107 Palästina, Staat	67	62	47	64	63	53	4,6	8	9	76	39	40	47
108 Indonesien	82	80	63	77	89	70	5,4	38	21	90	28	54	67
109 Botsuana	68	56	36	52	35	79	4,8	32	9	61	74	67	66
110 Ägypten	40	35	63	71	57	44	4,2	10	25	63	31	20	60
111 Paraguay	76	69	86	89	44	75	5,8	60	12	92	33	46	30
112 Gabun	36	29	29	50	35	56	4,0	35	..	45	26	49	36
113 Bolivien, Plurinationaler Staat	70	48	71	85	40	85	6,0	50	10	84	56	58	44
114 Moldau, Republik	55	40	45	64	46	55	6,0	6	12	73	18	19	21
115 El Salvador	78	67	72	80	53	67	5,9	35	18	85	43	50	31
116 Usbekistan	83	86	64	89	84	88	6,0	55	26	93	67	82	..
117 Philippinen	83	83	70	83	66	91	5,0	65	14	90	82	87	76

TABELLE 16 ERGÄNZENDE INDIKATOREN: WAHRNEHMUNG VON WOHLBEFINDEN

HDI-Rang	Wahrnehmung von individuellem Wohlbefinden						Wahrnehmung des Gemeinwesens			Wahrnehmung der Regierung			
	Bildungs- qualität	Gesund- heitsver- sorgung	Lebens- standard	Berufliche Tätigkeit	Sicherheit	Wahl- freiheit	Index der allgemeinen Lebens- zufriedenheit	Lokaler Arbeits- markt	Vertrauen in andere Menschen	Gemein- wesen	Anstren- gungen zugunsten der Armen	Maßnah- men zum Schutz der Umwelt	Vertrauen in die Regierung des Landes
	(% zufrieden)	(% zufrieden)	(% zufrieden)	(% zufrieden)	(% Ja)	(% zufrieden)	(0 geringste Zufriedenheit, 10 größte Zufriedenheit)	(% „Gut“)	(% „Man kann ihnen vertrauen“)	(% Ja)	(% zufrieden)	(% zufrieden)	(% Ja)
	2012	2008–2012 ^a	2007–2013 ^a	2007–2012 ^a	2007–2012	2007–2012	2007–2012 ^a	2007–2012 ^a	2009–2011 ^a	2007–2012 ^a	2007–2013 ^a	2007–2013 ^a	2007–2012 ^a
118 Südafrika	67	46	43	55	27	58	5,1	29	17	54	25	42	43
118 Syrien, Arabische Republik	43	30	38	53	49	40	3,2	17	9	35	47	44	..
120 Irak	50	30	45	60	41	29	4,7	40	15	64	8	15	34
121 Guyana	64	..	47	66	6,0	33	..	75	20	34	46
121 Vietnam	83	59	68	82	67	73	5,5	35	26	81	59	50	86
123 Kap Verde
124 Mikronesien, Föd. Staaten von
125 Guatemala	74	49	66	85	53	84	5,9	33	15	88	41	49	50
125 Kirgistan	64	53	62	69	51	66	5,2	38	34	87	35	44	51
127 Namibia	61	..	33	76	4,9	33	..	77	35	58	82
128 Timor-Leste
129 Honduras	64	49	56	82	49	69	4,6	31	13	84	32	47	26
129 Marokko	41	25	74	68	56	72	5,0	21	58	77	48	51	45
131 Vanuatu
132 Nicaragua	83	65	71	85	56	84	5,4	40	11	89	53	67	57
133 Kiribati
133 Tadschikistan	76	68	81	84	86	67	4,5	58	31	91	53	58	92
135 India	69	48	47	67	61	57	4,6	30	20	75	39	40	54
136 Bhutan
136 Kambodscha	92	83	49	84	63	95	3,9	55	9	92	89	92	83
138 Ghana	59	46	35	63	73	68	5,1	29	19	55	22	44	58
139 Laos, Demokratische Volksrepublik	73	66	73	85	75	87	4,9	66	..	94	66	90	98
140 Kongo	56	38	42	63	51	77	3,9	53	..	67	28	61	54
141 Sambia	54	50	34	54	46	78	5,0	32	31	56	27	41	59
142 Bangladesch	84	63	74	80	81	64	4,7	35	15	90	57	60	71
142 São Tomé und Príncipe
144 Äquatorialguinea
NIEDRIGE MENSCHLICHE ENTWICKLUNG													
145 Nepal	79	56	57	85	61	57	4,2	36	17	84	34	45	44
146 Pakistan	59	43	58	74	41	35	5,1	17	20	79	16	19	23
147 Kenia	69	57	33	50	50	61	4,5	34	10	65	26	51	40
148 Swasiland	..	58	45	55	42	61	4,9	25	..	62	..	56	35
149 Angola	..	30	50	65	45	57	5,6	44	..	50	60	42	23
150 Myanmar	69	54	45	71	89	65	4,4	32	..	90	51	50	..
151 Ruanda	76	65	30	43	86	84	3,3	44	30	60	66	90	95
152 Kamerun	67	48	43	63	60	76	4,2	33	13	60	29	53	53
152 Nigeria	55	47	49	64	61	63	5,5	31	13	69	15	35	30
154 Jemen	35	19	47	53	65	67	4,1	12	27	71	27	21	60
155 Madagaskar	50	35	18	48	40	48	3,6	29	..	83	23	36	35
156 Simbabwe	62	58	48	53	52	46	5,0	33	15	65	36	58	41
157 Papua-Neuguinea
157 Salomonen
159 Komoren	49	24	38	61	72	53	4,0	30	35	75	17	39	46
159 Tansania, Vereinigte Republik	35	28	40	66	58	57	4,0	32	26	60	26	36	41
161 Mauretanien	30	30	43	56	63	48	4,7	32	30	64	26	37	38
162 Lesotho	..	21	27	47	38	62	4,9	21	..	52	..	23	40
163 Senegal	31	42	37	68	57	67	3,7	40	28	64	23	40	65
164 Uganda	48	41	38	59	41	64	4,3	21	17	65	21	44	40
165 Benin	52	44	20	51	71	77	3,2	27	..	63	25	46	58
166 Sudan	38	28	44	48	68	40	4,6	17	31	63	22	26	54
166 Togo	..	23	16	42	52	56	2,9	24	..	58	10	46	51
168 Haiti	39	24	17	38	40	43	4,4	17	30	40	15	38	37
169 Afghanistan	64	43	31	88	39	49	3,8	37	25	70	20	43	44
170 Dschibuti	..	49	63	70	72	74	4,4	55	55	75	55	58	68
171 Côte d'Ivoire	..	21	17	..	47	76	4,2	25	13	41	8	32	42
172 Gambia
173 Äthiopien
174 Malawi	66	64	37	50	49	64	4,3	32	33	78	47	61	47
175 Liberia	..	32	43	63	43	87	4,2	53	12	63	17	34	53
176 Mali	35	31	26	60	67	70	4,3	31	45	60	13	42	49

HDI-Rang	Wahrnehmung von individuellem Wohlbefinden						Wahrnehmung des Gemeinwesens			Wahrnehmung der Regierung				
	Bildungsqualität	Gesundheitsversorgung	Lebensstandard	Berufliche Tätigkeit	Sicherheit	Wahl-freiheit	Index der allgemeinen Lebens-zufriedenheit	Lokaler Arbeitsmarkt	Vertrauen in andere Menschen	Gemeinwesen	Anstren-gungen zugunsten der Armen	Maßnah-men zum Schutz der Umwelt	Vertrauen in die Regierung des Landes	
	(% zufrieden)	(% zufrieden)	(% zufrieden)	(% zufrieden)	(% Ja)	(% zufrieden)	(0 geringste Zufriedenheit, 10 größte Zufriedenheit)	(% „Gut“)	(% „Man kann ihnen vertrauen“)	(% Ja)	(% zufrieden)	(% zufrieden)	(% Ja)	
	2012	2008–2012 ^a	2007–2013 ^a	2007–2012 ^a	2007–2012	2007–2012	2007–2012 ^a	2007–2012 ^a	2009–2011 ^a	2007–2012 ^a	2007–2013 ^a	2007–2013 ^a	2007–2012 ^a	
177	Guinea-Bissau	
178	Mosambik	..	47	38	63	42	64	5,0	45	..	83	35	55	63
179	Guinea	22	21	20	49	50	64	3,7	46	..	64	10	43	56
180	Burundi	..	41	26	65	65	49	3,7	17	38	76	27	71	85
181	Burkina Faso	66	42	35	56	70	62	4,0	27	26	78	23	61	62
182	Eritrea
183	Sierra Leone	..	34	32	61	50	77	4,5	30	16	52	11	46	58
184	Tschad	58	47	42	71	33	56	4,0	37	21	68	19	67	30
185	Zentralafrikanische Republik	..	23	34	67	60	78	3,7	36	37	76	27	69	78
186	Kongo, Demokratische Republik	40	32	42	55	48	54	4,6	35	39	60	27	40	44
187	Niger	47	37	57	72	86	73	3,8	45	40	77	34	57	53
ANDERE LÄNDER ODER GEBIETE														
	Korea, Dem. Volksrepublik
	Marshallinseln
	Monaco
	Nauru
	San Marino
	Somalia
	Südsudan
	Tuvalu
HDI-Gruppierungen														
	Sehr hohe menschliche Entwicklung	63	72	—	84	72	77	6,6	—	31	86	41	53	36
	Hohe menschliche Entwicklung	60	58	—	74	68	73	5,5	..	79	55	60	48	48
	Mittlere menschliche Entwicklung	71	54	—	71	65	62	4,8	..	78	41	46	59	59
	Niedrige menschliche Entwicklung	..	42	—	64	55	56	4,6	..	70	24	39	40	40
Regionen														
	Arabische Staaten	48	39	—	68	60	53	4,8	—	25	71	39	36	..
	Ostasien und Pazifik	—
	Europa und Zentralasien	57	50	—	71	60	56	5,3	—	21	79	33	43	47
	Lateinamerika und Karibik	..	47	—	80	47	77	6,6	..	78	41	49	42	42
	Südasien	69	49	—	70	60	55	4,6	—	20	77	39	41	52
	Afrika südlich der Sahara	..	42	—	59	53	63	4,6	..	65	24	44	44	44
	Am wenigsten entwickelte Länder	..	45	—	67	62	62	4,3	..	74	37	49	55	55
	Kleine Inselentwicklungsländer	—
	Welt	64	57	—	74	66	68	5,3	—	30	78	44	51	48

HINWEIS

a Die Daten beziehen sich auf das letzte verfügbare Jahr im angegebenen Zeitraum.

DEFINITIONEN**Zufriedenheit mit der Bildungsqualität:**

Prozentualer Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Sind Sie mit dem Bildungssystem zufrieden oder unzufrieden?“ mit „Zufrieden“ beantworteten.

Zufriedenheit mit der Qualität der Gesundheitsversorgung:

Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Sind Sie mit der Verfügbarkeit einer hochwertigen Gesundheitsversorgung zufrieden oder unzufrieden?“ mit „Zufrieden“ beantworteten.

Zufriedenheit mit dem Lebensstandard: Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Sind Sie mit Ihrem Lebensstandard, mit all den Dingen, die Sie kaufen oder tun können, zufrieden oder unzufrieden?“ mit „Zufrieden“ beantworteten.

Zufriedenheit mit der beruflichen Tätigkeit:

Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Sind Sie mit ihrer beruflichen Tätigkeit zufrieden oder unzufrieden?“ mit „Zufrieden“ beantworteten.

Wahrnehmung von Sicherheit: Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Fühlen Sie sich sicher, wenn Sie in der Stadt bzw. dem Gebiet, in dem Sie leben, nachts zu Fuß unterwegs sind?“ mit „Ja“ beantworteten.

Zufriedenheit mit Wahlfreiheit: Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Sind Sie in diesem Land zufrieden oder unzufrieden mit Ihrer Freiheit, sich die Art Ihrer Lebensführung auszusuchen?“ mit „Zufrieden“ beantworteten.

Index der allgemeinen Lebenszufriedenheit: Durchschnittliche Antwort auf die Frage im Rahmen des Gallup World Poll: „Stellen Sie sich bitte eine Skala von Null bis Zehn vor, auf der die oberste Stufe dem bestmöglichen Leben für Sie entspricht, die unterste dem schlechtestmöglichen. Angenommen, Ihr Lebensgefühl ist umso besser, je höher die Stufe,

und umso schlechter, je niedriger die Stufe, wo würden Sie sich Ihrem persönlichen Gefühl nach zum jetzigen Zeitpunkt einordnen? Welche Stufe der Skala kommt Ihrem Gefühl am nächsten?“

Zufriedenheit mit dem lokalen Arbeitsmarkt:

Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Wenn sie über die Arbeitssituation in der Stadt bzw. dem Gebiet, in dem Sie leben, nachdenken, würden Sie sagen, dass der jetzige Zeitpunkt gut oder schlecht ist, um einen Arbeitsplatz zu finden?“ mit „Gut“ beantworteten.

Vertrauen in andere Menschen: Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Würden Sie ganz allgemein sagen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann oder dass man beim Umgang mit Menschen vorsichtig sein muss?“ mit „Man kann ihnen vertrauen“ beantworteten.

Zufriedenheit mit dem Gemeinwesen: Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Sind Sie mit der Stadt bzw. dem Gebiet,

in dem Sie leben, zufrieden oder unzufrieden?“ mit „Zufrieden“ beantworteten.

Zufriedenheit mit den Anstrengungen zugunsten der Armen:

Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Sind Sie in diesem Land mit den Anstrengungen, die zugunsten der Armen unternommen werden, zufrieden oder unzufrieden?“ mit „Zufrieden“ beantworteten.

Zufriedenheit mit den Maßnahmen zum Umweltschutz:

Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Sind Sie in diesem Land mit den Maßnahmen zum Schutz der Umwelt zufrieden oder unzufrieden?“ mit „Zufrieden“ beantworteten.

Vertrauen in die Regierung: Anteil der Befragten, die die Frage im Rahmen des Gallup World Poll „Haben Sie in diesem Land Vertrauen in die Regierung?“ mit „Ja“ beantworteten.

HAUPTDATENQUELLEN

Spalten 1-13: Gallup 2013.

Regionen

Arabische Staaten (20 Länder oder Gebiete)

Ägypten, Algerien, Bahrain, Dschibuti, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Oman, Palästina (Staat), Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, Arabische Republik Syrien, Tunesien, Vereinigte Arabische Emirate

Ostasien und Pazifik (24 Länder)

China, Fidschi, Indonesien, Kambodscha, Demokratische Volksrepublik Korea, Kiribati, Demokratische Volksrepublik Laos, Malaysia, Marshallinseln, Föderierte Staaten von Mikronesien, Mongolei, Myanmar, Nauru, Palau, Papua-Neuguinea, Philippinen, Salomonen, Samoa, Thailand, Timor-Leste, Tonga, Tuvalu, Vanuatu, Vietnam

Europa und Zentralasien (17 Länder)

Albanien, Armenien, Aserbeidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Serbien, Tadschikistan, Türkei, Turkmenistan, Ukraine, Usbekistan

Lateinamerika und Karibik (33 countries)

Antigua und Barbuda, Argentinien, Bahamas, Barbados, Belize, Plurinationaler Staat Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Dominica, Dominikanische Republik, Ecuador, El Salvador, Grenada, Guatemala, Guyana, Haiti, Honduras, Kolumbien, Kuba, Jamaika, Mexico, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Suriname, Trinidad und Tobago, Uruguay, Bolivarische Republik Venezuela

Südasien (9 Länder)

Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Indien, Islamische Republik Iran, Malediven, Nepal, Pakistan, Sri Lanka

Afrika südlich der Sahara (46 Länder)

Angola, Äquatorialguinea, Äthiopien, Benin, Botsuana, Burkina Faso, Burundi, Côte d'Ivoire, Eritrea, Gabun, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kap Verde, Kenia, Komoren, Kongo, Demokratische Republik Kongo, Lesotho, Liberia, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mauritius, Mosambik, Namibia, Niger, Nigeria, Ruanda, Sambia, Sao Tome und Principe, Senegal, Seychellen, Sierra Leone, Simbabwe, Südafrika, Südsudan, Swasiland, Vereinigte Republik Tansania, Tschad, Togo, Uganda, Zentralafrikanische Republik

Hinweis: Die in den zusammengefassten Werten der Gruppen „Am wenigsten entwickelte Länder“ und „Kleine Inselentwicklungsländer“ berücksichtigten Länder entsprechen den UN-Klassifikationen, die unter <http://www.unohrlls.org/> verfügbar sind.

Statistische Referenzen

- Aguna, C., and M. Kovacevic. 2011.** "Uncertainty and Sensitivity Analysis of the Human Development Index." Human Development Research Paper 2010/47. UNDP–HDRO, New York. <http://hdr.undp.org/en/content/uncertainty-and-sensitivity-analysis-human-development-index>.
- Alkire, S., A. Conconi, and S. Seth. 2014.** "Multi-dimensional Poverty Index 2014: Brief Methodological Note and Results." Oxford Poverty and Human Development Initiative, Oxford University, UK.
- Akire, S., and M. Santos. 2010.** "Acute Multidimensional Poverty: A New Index for Developing Countries." Human Development Research Paper 2010/11. UNDP–HDRO, New York. <http://hdr.undp.org/en/content/acute-multidimensional-poverty>.
- Barro, R.J., and J.W. Lee. 2013.** *A New Data Set of Educational Attainment in the World, 1950–2010*. National Bureau of Economic Research Working Paper 15902. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research. www.nber.org/papers/w15902. Accessed 15 November 2013.
- CEPII (Centre d'Etudes Prospectives et d'Informations Internationales). 2013.** GeoDist. www.cepii.fr/CEPII/en/bdd_modele/presentation.asp?id=6. Accessed 15 November 2013.
- CRED EM-DAT (Centre for Research on the Epidemiology of Disasters). 2013.** The International Disaster Database. www.emdat.be. Accessed 15 November 2013.
- ECLAC (Economic Commission for Latin America and the Caribbean). 2013.** *Preliminary Overview of the Economies of Latin America and the Caribbean, 2012–2013*. Santiago. www.eclac.org/cgi-bin/getProd.asp?xml=/publicaciones/xml/4/41974/P41974.xml. Accessed 15 November 2013.
- Eurostat. 2013.** "European Union Statistics on Income and Living Conditions (EUSILC)". Brussels. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/microdata/eu_silc. Accessed 15 September 2013.
- FAO (Food and Agriculture Organization). 2013a.** FAOSTAT database. <http://faostat3.fao.org/faostat-gateway/go/to/home/E>. Accessed 15 November 2013.
- . **2013b.** AQUASTAT database. www.fao.org/nr/water/aquastat/data. Accessed 15 December 2013.
- Gallup. 2013.** Gallup World Poll database. <http://worldview.gallup.com>. Accessed 15 December 2013.
- Høyland, B., K. Moene, and F. Willumsen. 2011.** "The Tyranny of International Index Rankings." *Journal of Development Economics* 97(1): 1–14.
- ICF Macro. Various years.** The DHS Program. www.dhsprogram.com. Accessed 15 November 2013.
- IDMC (Internally Displaced Monitoring Centre). 2013.** IDPs worldwide. www.internal-displacement.org. Accessed 15 December 2013.
- ILO (International Labour Organization). 2013a.** *Key Indicators of the Labour Market*. 7th edition. Geneva. www.ilo.org/empelem/what/WCMS_114240/lang--en/index.htm. Accessed 15 December 2013.
- . **2013b.** LABORSTA database. <http://laborsta.ilo.org>. Accessed 15 November 2013.
- . **2014a.** Social Protection Department database. www.social-protection.org/gimi/gess/RessourceDownload.action?ressource.ressourceId=37897. Accessed 15 February 2014.
- . **2014b.** ILOSTAT database. www.ilo.org/ilostat. Accessed 15 February 2014.
- IMF (International Monetary Fund). 2014.** World Economic Outlook database. April 2014. www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2014/01/weodata/index.aspx. Accessed 7 May 2014.
- Inter-agency Group for Child Mortality Estimation. 2013.** Child mortality estimates. www.childmortality.org. Accessed 15 December 2013.
- International Centre for Prison Studies. 2013.** World prison brief. www.prisonstudies.org. Accessed 15 September 2013.
- IPU (Inter-Parliamentary Union). 2013.** Women in national parliaments. www.ipu.org/wmn-e/classif.htm. Accessed 15 October 2013.
- ITU (International Telecommunication Union). 2013.** World Telecommunication/ICT Indicators database. www.itu.int/ITU-D/ict/statistics. Accessed 15 August 2013.
- LIS (Luxembourg Income Study). 2013.** Luxembourg Income Study Project. www.lisdatacenter.org/our-data/lis-database/. Accessed 15 September 2013.
- National Institute for Educational Studies of Brazil. 2013.** Correspondence on school life expectancy. Brasília.
- OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development). 2013.** PISA 2012 results. www.oecd.org/pisa/keyfindings/pisa-2012-results.htm. Accessed 15 December 2013.
- Palma, J.G. 2011.** "Homogeneous Middles vs. Heterogeneous Tails, and the End of the 'Inverted-U': The Share of the Rich Is What It's All About." Cambridge Working Papers in Economics 1111. Cambridge University, UK. www.econ.cam.ac.uk/dae/repec/cam/pdf/cwpe1111.pdf. Accessed 15 September 2013.
- Salomon, J.A., H. Wang, M.K. Freeman, T. Vos, A.D. Flaxman, A.D. Lopez, and C.J.L. Murray. 2012.** "Healthy Life Expectancy for 187 Countries, 1990–2010: A Systematic Analysis for the Global Burden Disease Study 2010." *Lancet* 380(9859): 2144–62.
- Samoa Bureau of Statistics. n.d.** Census tables. www.sbs.gov.ws. Accessed 15 November 2013.
- UNDESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs). 2011.** *World Population Prospects: The 2010 Revision*. New York. www.un.org/en/development/desa/population/publications/trends/population-prospects_2010_revision.shtml. Accessed 15 October 2013.
- . **2013a.** *World Population Prospects: The 2012 Revision*. New York. <http://esa.un.org/unpd/wpp>. Accessed 15 October 2013.
- . **2013b.** *World Urbanization Prospects: The 2011 Revision*. New York. <http://esa.un.org/unup/CD-ROM/Urban-Rural-Population.htm>. Accessed 15 October 2013.
- . **2013c.** *Trends in International Migrant Stock: The 2013 Revision*. New York. <http://esa.un.org/unmigration/migrantstocks2013.htm>. Accessed 15 September 2013.
- UNESCO Institute for Statistics. 2011.** *Global Education Digest 2011*. Montreal.
- . **2012.** *Global Education Digest 2012*. Montreal.
- . **2013a.** Data Centre. <http://stats.uis.unesco.org>. Accessed 15 May 2013.
- . **2013b.** Data Centre. <http://stats.uis.unesco.org>. Accessed 15 December 2013.
- UNESWA (United Nations Economic and Social Commission for Western Asia). 2013.** *Survey of Economic and Social Developments in Western Asia, 2012–2013*. Beirut. www.escwa.un.org/information/pubaction.asp?PubID=1370. Accessed 15 November 2013.
- UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees). 2013.** Correspondence on refugees, September 2013. Geneva.
- UNICEF (United Nations Children's Fund). 2014.** *The State of the World's Children 2014 in Numbers: Every Child Counts: Revealing Disparities, Advancing Children's Rights*. New York. www.unicef.org/sowc2014/numbers. Accessed 15 April 2014.
- . **Various years.** Multiple Indicators Cluster Surveys. New York. www.unicef.org/statistics/index_24302.html. Accessed November 2013.
- United Nations Statistics Division. 2013.** National reporting of household characteristics, living arrangements and homeless households. www.un.org/en/development/desa/policy/cdp/ldc/ldc_data.shtml. Accessed 15 November 2013.
- . **2014.** National Accounts Main Aggregate Database. <http://unstats.un.org/unsd/snaama>. Accessed 7 May 2014.
- UNODC (United Nations Office on Drugs and Crime). 2013.** Homicide statistics. www.unodc.org/unodc/en/data-analysis/homicide.html. Accessed 15 November 2013.
- WHO (World Health Organization). 2013a.** Global Health Observatory. www.who.int/entity/gho/mortality_burden_disease/mortality_adult/en/. Accessed 15 September 2013.
- . **2013b.** Global Health Expenditure database. <http://apps.who.int/nha/database>. Accessed 15 November 2013.
- . **2013c.** Mental health. www.who.int/gho/mental_health. Accessed 15 November 2013.
- WHO (World Health Organization), UNICEF (United Nations Children's Fund), UNFPA (United Nations Population Fund) and the World Bank. 2013.** Trends in estimates of maternal mortality ratio. www.childinfo.org/maternal_mortality_ratio.php. Accessed 15 November 2013.
- World Bank. 2013a.** World Development Indicators database. Washington, D.C. <http://data.worldbank.org>. Accessed 15 October 2013.
- . **2013b.** "Getting a Job." <http://wbi.worldbank.org/Data/ExploreTopics/getting-a-job#Parental>. Accessed 15 July 2013.
- . **2014.** World Development Indicators database. Washington, D.C. <http://data.worldbank.org>. Accessed 7 May 2014.

Regionale und Nationale Human Development Reports.

Regionale Human Development Reports: In den letzten 20 Jahren wurden mit Unterstützung der UNDP-Regionalbüros über 40 redaktionell unabhängige Human Development Reports mit regionalen Schwerpunkten herausgegeben. Diese Berichte, die oft provozierende Analysen sowie auch Empfehlungen für politische Handlungskonzepte enthielten, setzten sich mit kritischen Themen auseinander, etwa mit bürgerlichen Freiheiten und der Teilhabe von Frauen am politischen Leben in den arabischen Staaten, mit Lebensmittelsicherheit in Afrika, mit Klimawandel in Asien, mit der Behandlung von Minderheiten in Zentraleuropa und mit den Herausforderungen der Ungleichheit und der individuellen Sicherheit in Lateinamerika und der Karibik.

Nationale Human Development Reports: Der erste nationale Human Development Report erschien 1992. Seither haben lokale Redaktionsteams in 140 Ländern mit Unterstützung des UNDP ca. 700 nationale Berichte verfasst. Durch lokal gesteuerte Konsultationen und Forschungsaktivitäten bringen diese Berichte die Perspektive der menschlichen Entwicklung in den politischen Diskurs des jeweiligen Landes ein. Die nationalen Berichte, die häufig Themen wie Geschlechtergleichstellung, Klimawandel oder die Jugendarbeitslosigkeit in den Mittelpunkt stellen, tragen dazu bei, Ungleichheiten zu ermitteln, Fortschritte zu erfassen und potenzielle Konflikte frühzeitig zu erkennen.

Human Development Report, englische Ausgaben

2014	Sustaining Human Progress: Reducing Vulnerabilities and Building Resilience
2013	The Rise of the South: Human Progress in a Diverse World
2011	Sustainability and Equity: A Better Future for All
2010	The Real Wealth of Nations: Pathways to Human Development
2009	Overcoming Barriers: Human Mobility and Development
2007/2008	Fighting Climate Change: Human Solidarity in a Divided World
2006	Beyond Scarcity: Power, Poverty and the Global Water Crisis
2005	International Cooperation at a Crossroads: Aid, Trade and Security in an Unequal World
2004	Cultural Liberty in Today's Diverse World
2003	Millennium Development Goals: A Compact among Nations to End Human Poverty
2002	Deepening Democracy in a Fragmented World
2001	Making New Technologies Work for Human Development
2000	Human Rights and Human Development
1999	Globalization with a Human Face
1998	Consumption for Human Development
1997	Human Development to Eradicate Poverty
1996	Economic Growth and Human Development
1995	Gender and Human Development
1994	New Dimensions of Human Security
1993	People's Participation
1992	Global Dimensions of Human Development
1991	Financing Human Development
1990	Concept and Measurement of Human Development

Weitere Informationen:

<http://hdr.undp.org>

Bericht über die menschliche Entwicklung, deutsche Ausgaben

- | | |
|-----------|---|
| 2014 | Den menschlichen Fortschritt dauerhaft sichern:
Anfälligkeit verringern, Widerstandskraft stärken
ISBN 978-3-923904-74-7 |
| 2013 | Der Aufstieg des Südens: Menschlicher Fortschritt in einer ungleichen Welt
ISBN 978-3-923904-71-6 |
| 2011 | Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit: Eine bessere Zukunft für alle.
ISBN 978-3-923904-68-6 |
| 2010 | Der wahre Wohlstand der Nationen: Wege zur menschlichen Entwicklung
ISBN 978-3-923904-67-9 |
| 2009 | Barrieren überwinden: Migration und menschliche Entwicklung
ISBN 978-3-923904-65-5 |
| 2007/2008 | Den Klimawandel bekämpfen: Menschliche Solidarität in einer geteilten Welt
ISBN 978-3-923904-64-8 |
| 2006 | Nicht nur eine Frage der Knappheit: Macht, Armut und die globale Wasserkrise
ISBN 978-3-923904-63-1 |
| 2005 | Internationale Zusammenarbeit am Scheidepunkt:
Entwicklungshilfe, Handel und Sicherheit in einer ungleichen Welt
ISBN 978-3-923904-61-7 |
| 2004 | Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt
ISBN 978-3-923904-57-0 |
| 2003 | Millenniums-Entwicklungsziele:
Ein Pakt zwischen Nationen zur Beseitigung menschlicher Armut
ISBN 978-3-923904-54-9 |
| 2002 | Stärkung der Demokratie in einer fragmentierten Welt
ISBN 978-3-923904-50-1 |
| 2001 | Neue Technologien im Dienste der menschlichen Entwicklung
ISBN 978-3-923904-48-8 |
| 2000 | Menschenrechte und menschliche Entwicklung
ISBN 978-3-923904-46-4 |
| 1999 | Globalisierung mit menschlichem Antlitz
ISBN 978-3-923904-45-7 |
| 1998 | Konsum und menschliche Entwicklung
ISBN 978-3-923904-42-6 |
| 1997 | Armut und menschliche Entwicklung
ISBN 978-3-923904-37-2 |
| 1996 | Wirtschaftswachstum und menschliche Entwicklung
ISBN 978-3-923904-34-1 |
| 1995 | Gleichstellung der Geschlechter und menschliche Entwicklung
ISBN 978-3-923904-30-3 |
| 1994 | Neue Dimensionen menschlicher Sicherheit (vergriffen)
ISBN 978-3-923904-27-0 |

Alle deutschen Ausgaben sind für das UNDP veröffentlicht von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V., Berlin.

Die Berichte sind erhältlich über den
BWV - Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH
Markgrafenstraße 12-14, D-10969 Berlin
Telefon: +49 (0)30 / 84 17 70 - 0 / Telefax: +49 (0)30 / 84 17 70 -21
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de / Internet: www.bwv-verlag.de

HDI 2013 – Länder und Rangstufen; Veränderungen 2012 zu 2013

Afghanistan	169		
Ägypten	110	-2	
Albanien	95	2	
Algerien	93		
Andorra	37		
Angola	149		
Antigua und Barbuda	61	-1	
Äquatorialguinea	144	-3	
Argentinien	49		
Armenien	87		
Aserbaidshan	76	-1	
Äthiopien	173		
Australien	2		
Bahamas	51		
Bahrain	44		
Bangladesch	142	1	
Barbados	59	-1	
Belarus	53	1	
Belgien	21		
Belize	84		
Benin	165		
Bhutan	136		
Bolivien, Plurinat. Staat	113		
Bosnien u. Herzegowina	86		
Botsuana	109	-1	
Brasilien	79		
Brunei Darussalam	30		
Bulgarien	58		
Burkina Faso	181		
Burundi	180		
Chile	41	1	
China	91	2	
Costa Rica	68	-1	
Côte d'Ivoire	171		
Dänemark	10		
Deutschland	6		
Dominica	93	-1	
Dominikanische Republik	102	-1	
Dschibuti	170		
Ecuador	98		
El Salvador	115		
Eritrea	182		
Estland	33		
Fidschi	88		
Finnland	24		
Frankreich	20		
Gabun	112	-1	
Gambia	172		
Georgien	79	2	
Ghana	138		
Grenada	79	-1	
Griechenland	29		
Guatemala	125		
Guinea	179	-1	
Guinea-Bissau	177		
Guyana	121		
Haiti	168		
Honduras	129		
Hongkong, China (SVZ)	15		
Indien	135		
Indonesien	108		
Irak	120		
Iran, Islamische Republik	75	-2	
Irland	11	-3	
Island	13		
Israel	19		
Italien	26		
Jamaika	96	-3	
Japan	17	-1	
Jemen	154		
Jordanien	77		
Kambodscha	136	1	
Kamerun	152		
Kanada	8		
Kap Verde	123	-2	
Kasachstan	70		
Katar	31		
Kenia	147		
Kirgistan	125	1	
Kiribati	133		
Kolumbien	98		
Komoren	159	-1	
Kongo	140		
Kongo, Demokratische Rep.	186	1	
Korea, Republik	15	1	
Kroatien	47		
Kuba	44		
Kuwait	46	-2	
Laos, Demokratische Volksrep.	139		
Lesotho	162	1	
Lettland	48		
Libanon	65		
Liberia	175		
Libyen	55	-5	
Liechtenstein	18	-2	
Litauen	35	1	
Luxemburg	21		
Madagaskar	155		
Malawi	174		
Malaysia	62		
Malediven	103		
Mali	176		
Malta	39		
Marokko	129	2	
Mauretanien	161	-2	
Mauritius	63		
Mazedonien, ehem. jugosl. Rep.	84	1	
Mexiko	71	-1	
Mikronesien, Föd. Staaten von	124		
Moldau, Republik	114	2	
Mongolei	103	3	
Montenegro	51	1	
Mosambik	178	1	
Myanmar	150		
Namibia	127		
Nepal	145		
Neuseeland	7		
Nicaragua	132		
Niederlande	4		
Niger	187	-1	
Nigeria	152	1	
Norwegen	1		
Oman	56		
Österreich	21		
Pakistan	146		
Palau	60		
Palästina, Staat	107		
Panama	65	2	
Papua-Neuguinea	157	-1	
Paraguay	111		
Peru	82		
Philippinen	117	1	
Polen	35	-1	
Portugal	41		
Ruanda	151		
Rumänien	54	1	
Russische Föderation	57		
Salomonen	157		
Sambia	141	2	
Samoa	106	-2	
São Tomé und Príncipe	142	-1	
Saudi-Arabien	34		
Schweden	12	-1	
Schweiz	3		
Senegal	163	-3	
Serbien	77	1	
Seychellen	71	-1	
Sierra Leone	183	1	
Simbabwe	156	4	
Singapur	9	3	
Slowakei	37	1	
Slowenien	25		
Spanien	27		
Sri Lanka	73	2	
St. Kitts und Nevis	73		
St. Lucia	97	-4	
St. Vincent und die Grenadinen	91		
Südafrika	118	1	
Sudan	166		
Suriname	100	1	
Swasiland	148		
Syrien, Arabische Rep.	118	-4	
Tadschikistan	133	1	
Tansania, Vereinigte Rep.	159	1	
Thailand	89		
Timor-Leste	128	1	
Togo	166	1	
Tonga	100		
Trinidad und Tobago	64		
Tschad	184	-1	
Tschechische Republik	28		
Tunesien	90		
Türkei	69		
Turkmenistan	103	1	
Uganda	164		
Ukraine	83		
Ungarn	43		
Uruguay	50	2	
Usbekistan	116		
Vanuatu	131	-3	
Venezuela, Bolivarische Rep.	67	-1	
Vereinigte Arabische Emirate	40		
Vereinigte Staaten	5		
Vereinigtes Königreich	14		
Vietnam	121		
Zentralafrikanische Republik	185		
Zypern	32		

HINWEIS

Positive oder negative Werte in der rechten Spalte zeigen die Veränderungen des Ranges eines Landes nach oben oder unten im Zeitraum 2012 bis 2013 unter Verwendung konsistenter Daten und einer einheitlichen Methodik. Keine Angabe bedeutet keine Veränderung.



Jährlich sind mehr als 200 Millionen Menschen, hauptsächlich in Entwicklungsländern, von Naturkatastrophen betroffen. Ende 2012 waren 45 Millionen Menschen durch Konflikte oder Verfolgung zwangsvertrieben – die höchste Zahl seit 18 Jahren. Wirtschaftliche Rückschläge drohen soziale Fortschritte zu untergraben, selbst in hochindustrialisierten Ländern. Die Globalisierung bringt nicht nur viele Vorteile mit sich, sondern auch neue Anfälligkeiten: Kommt es an einer Stelle der Welt zu plötzlichen Krisen, können sie sich rasch ausbreiten und spürbar auf das Leben der Menschen an anderen Orten auswirken.

Dieser Bericht handelt von der Notwendigkeit, einerseits die Wahlmöglichkeiten der Menschen zu fördern und andererseits die Erfolge der menschlichen Entwicklung zu sichern. Er unterstreicht, wie wichtig es ist, hartnäckige Anfälligkeiten zu ermitteln und ihnen durch Stärkung der Widerstandskraft und Verbesserung der Fähigkeiten der Menschen zur Bewältigung finanzieller, naturbedingter oder sonstiger Katastrophenereignisse zu begegnen.

Fast jeder Mensch wird sich zu irgendeinem Zeitpunkt seines Lebens verwundbar fühlen, aber manchen Menschen und Gruppen geht es systematisch schlechter als anderen. Nahezu 1,5 Milliarden Menschen leben in mehrdimensionaler Armut, mit vielfältigen Formen der Benachteiligung bei Gesundheit, Bildung und Lebensstandard. Fast 800 Millionen Menschen laufen Gefahr, bei Rückschlägen in die Armut zurückzufallen.

Dieser Bericht konzentriert sich auf die Bevölkerungsgruppen mit den höchsten Risiken und auf die entscheidenden Antriebskräfte von Vulnerabilität. Er analysiert strukturelle Ursachen – soziale Ausgrenzung, die Position in der Gesellschaft und unzureichende öffentliche Dienstleistungen – und lenkt die Aufmerksamkeit auf die unterschiedlichen Anfälligkeiten, denen Menschen in verschiedenen Phasen ihres Lebens ausgesetzt sind.

Das Eintreten von Gefahrensituationen und Krisen wird nicht immer zu verhindern sein, aber es können Maßnahmen ergriffen werden, um die Beeinträchtigung der menschlichen Entwicklung durch solche Ereignisse zu begrenzen. Dieser Bericht vertritt die Auffassung, dass die meisten Schocks und Rückschläge durch die richtigen politischen Maßnahmen und ein stärkeres Engagement für gesellschaftlichen Zusammenhalt überwunden werden können. Frühwarnmechanismen und maßvolle Investitionen zum richtigen Zeitpunkt können häufig die Anfälligkeit erheblich reduzieren und die Widerstandskraft stärken. Daher ist ein auf die menschliche Entwicklung ausgerichteter Ansatz ohne die Einbeziehung von Vulnerabilität und Resilienz in der Analyse unvollständig. Die Benennung und gezielte Förderung schutzbedürftiger Gruppen, die Verringerung von Ungleichheit und die Überwindung struktureller Anfälligkeiten sind wesentliche Voraussetzungen für belastbare und nachhaltige Fortschritte der menschlichen Entwicklung über Generationen hinweg.

„Durch die Verringerung von Anfälligkeiten können alle Menschen am Entwicklungsfortschritt teilhaben, und die menschliche Entwicklung wird zunehmend ausgewogener und nachhaltiger werden.“

– Helen Clark, Administratorin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen

„Vulnerabilität hat vielerlei Ursachen und Folgen. Ihre Verringerung ist ein wichtiger Bestandteil einer jeden Agenda zur Verbesserung menschlicher Entwicklung. Wenn wir allerdings Anfälligkeit erfolgreich verringern wollen, müssen wir dafür einen breit angelegten systemischen Ansatz wählen.“

– Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, aus Kapitel 4

„Bei menschlicher Resilienz geht es um die Beseitigung der Hindernisse, die Menschen in ihrer Handlungsfreiheit hemmen. Es geht auch darum, benachteiligten Menschen und ausgegrenzten Gruppen zu ermöglichen, ihre Anliegen zu äußern, damit Gehör zu finden und an der Gestaltung ihres Schicksals aktiv mitzuwirken.“

– Khalid Malik, Leitender Autor des Berichts, aus Kapitel 1

„Trotz großer und vielfältiger Fortschritte gibt es weiterhin verwundbare Menschen und Bevölkerungsgruppen – und keine ist so sehr verwundbar wie die Behinderten. Die Vereinten Nationen schätzen, dass über eine Milliarde Menschen mit irgendeiner Form von Behinderung leben. Sie sind unter den Ärmsten dieser Welt überproportional stark vertreten.“

– Professor Stephen Hawking, aus Kapitel 3